Dieter Segert · Richard Stöss · Oskar Niedermayer (Hrsg.)

Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas

Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin

ehemals Schriften des Instituts für politische Wissenschaft

Band 82

Dieter Segert · Richard Stöss
Oskar Niedermayer (Hrsg.)

Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas

Westdeutscher Verlag

Softcover reprint of the hardcover 1st edition 1997
Der Westdeutsche Verlag ist ein Unternehmen der Bertelsmann Fachinformation.



Umschlaggestaltung: Christine Huth, Wiesbaden

Gedruckt auf säurefreiem Papier

ISBN-13: 978-3-531-13007-1 e-ISBN-13: 978-3-322-85102-4
DOI: 10.1007/978-3-322-85102-4

Vorwort der Herausgeber

Unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus in Osteuropa gegen Ende der achtziger Jahre und der Umwälzung der sozioökonomischen, politischen und kulturellen Gegebenheiten schossen in den Ländern des damaligen Einflußbereichs der UdSSR politische Parteien wie Pilze aus dem Boden. Sie propagierten unterschiedliche Konzepte für die Gestaltung der postkommunistischen Verhältnisse und entwickelten sich rasch zu maßgeblichen Trägern des Systemwechsels.

Zwar existierten in den sozialistischen Staaten Osteuropas auch zuvor Organisationen, die die Bezeichnung Partei trugen. Dabei handelte es sich freilich um integrale Bestandteile der diktatorischen Herrschaftsorganisation, deren Aufgabe es war, die führende Rolle auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens auszuüben und politisch zuverlässiges, qualifiziertes Führungspersonal (Kader) zu rekrutieren. Es handelte sich mithin nicht um politische Parteien, sondern um Staatsparteien.

Als politische Partei gilt allgemein eine Gruppe von Personen, die durch ihren Zusammenschluß spezifische politische Ziele erreichen will und daher mit anderen Parteien um Macht innerhalb und außerhalb des Staates konkurriert. Die Rolle der politischen Parteien besteht darin, Interessen zu artikulieren, zu bündeln, in staatlich-administrative Praxis umzusetzen und diese gegenüber ihren Anhängern zu legitimieren

Staatsparteien konkurrieren nicht um Macht. Sie befinden sich im Besitz der Macht, üben sie aus und sichern sie gegen äußere und innere Feinde. Sie repräsentieren auch keine spezifischen Interessen, Ziele oder Werte, sondern das sozialistische System schlechthin Und sie sind nicht gehalten, ihre Politik gegenüber der Gesellschaft zu legitimieren. Denn die legitimationsspendende Quelle ihrer Macht ist nicht das souveräne Volk, sondern der Marxismus-Leninismus, über dessen Auslegung sie selbst als Gralshüter wachen.

Allerdings vollzieht sich im System dieser Herrschaft seit Mitte der fünfziger Jahre in fast allen osteuropaischen Ländern ein deutlicher Wandel. Er ist insbesondere dadurch geprägt, daß die Regime nach dem Ende des systematischen Terrors der Stalinzeit und bedingt durch untergründige Deideologisierungsprozesse einer fortlaufenden Duldung, ja Unterstützung durch die Bevölkerung bedurften. Sie erwarben sich diesen "specific support" durch

wohlfahrtsstaatliche Leistungen. Erst dadurch wird verständlich, warum der Zusammenbruch der staatssozialistischen Regime durch die umfassende und tiefgreifende Wirtschaftskrise in den achtziger Jahren verursacht wurde.

Aus demokratietheoretischer Perspektive begann der Transitionsprozeß in den osteuropäischen Staaten damit, daß erstens die Volkssouveränität im Prinzip anerkannt und folglich (früher oder später) auch die Gründungsfreiheit von Parteien gewährleistet wurde, und daß zweitens durch freie, demokratische "Urwahlen" über die Machtverhältnisse und die ersten Schritte auf dem Weg der gesellschaftlich-politischen Umgestaltung entschieden werden konnte.

Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive handelte es sich dabei um einen faszinierenden Vorgang: Innerhalb weniger Jahre fanden auf evolutionärem Weg historisch umwälzende Veränderungen statt, gewaltfreie Revolutionen gewissermaßen, die von den Massenmedien "life" übertragen wurden und jedem interessierten Wissenschaftler in aller Welt die Chance der teilnehmenden Beobachtung boten. Die Parteienforscher konnten im Zeitraffertempo miterleben, wie in so unterschiedlichen politischen Kulturen und historischen Traditionen wie etwa Polen oder Albanien politische Parteien entstanden - teilweise aus Oppositionsgruppen gegen die staatssozialistischen Regime, teilweise aus den Staatsparteien selbst heraus und oft auch als Wiederbegründung von Parteien aus der vorsozialistischen Ära - und nicht selten nach kurzer Zeit und anfänglicher Euphorie dahinvegetierten oder ihr Leben ganz aushauchten. Sie wurden Zeuge der Geburt ganzer Parteiensysteme, deren Struktur und Entwicklung im Kontext nationaler politischer und sozioökonomischer Entwicklungen und auf der Grundlage reichhaltiger Quellen bzw. Daten vergleichend und begleitend analysiert werden konnten.

Diese beispiellose Konstellation nahm der 1990 wiederbegründete "Arbeitskreis Parteienforschung" der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) auf seiner dritten Zusammenkunft im Oktober 1992 in Lüneburg zum Anlaß, die folgende Herbsttagung zum Thema "osteuropäische Parteiensysteme" durchzuführen[1]. Sie wurde von den Vorsitzenden des Arbeitskreises, Oskar Niedermayer und Richard Stöss, gemeinsam mit Dieter Segert vorbereitet und im November 1993 an der Humboldt-Universität in Berlin veranstaltet. Damit nahm sich der Arbeitskreis nicht nur einer brandaktuellen und wissenschaftlich überaus fesselnden, sondern auch einer von der deutschen Parteienforschung stark vernachlässigten Thematik

1 Zur Geschichte des Arbeitskreises vgl. Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993, Einleitung, S. 30ff

an[2]. Unbegreiflicherweise wurde dieses Forschungsdefizit lange Zeit nicht einmal als Mangel empfunden[3], so daß sich die Parteienforschung den Vorwurf gefallen lassen muß, wichtige, ihre Disziplin betreffende Entwicklungen in Osteuropa ignoriert, wenn nicht gar verschlafen zu haben.

Dieser Band enthält die Referate der vierten Tagung des "Arbeitskreises Parteienforschung"[4] sowie ferner Beiträge von Autorinnen und Autoren, die im nachhinein für die Bearbeitung einzelner Länderkapitel gewonnen werden konnten. Die Manuskripte wurden zwischen Anfang 1994 und Ende 1995 fertiggestellt und sind daher von unterschiedlicher Aktualität. Leider war es nicht möglich, alle osteuropäischen Parteiensysteme zu behandeln. Als besonders unbefriedigend empfinden wir, daß die baltischen Staaten und Weißrußland nicht vertreten sind. Allerdings dürften die wesentlichen Typen von Parteiensystemen und alle Varianten des Systemwechsels abgedeckt sein. Dargestellt werden die Parteiensysteme von neun ehemals staatssozialistischen Ländern in Ostmitteleuropa (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn), Osteuropa (Rußland, Ukraine) und Südosteuropa (Rumänien, Bulgarien, Albanien). Die Beiträge vermitteln einen an Wahlen orientierten Überblick über die Grundzüge der politischen Geschichte der jeweiligen Länder, über die Konfliktstruktur und die Rahmenbedingungen der Parteiensysteme, über die sie prägenden Kräfteverhältnisse und die Beziehungen der Parteien zueinander, und sie enthalten Kurzcharakteristiken der wichtigen Parteien mit Angaben zur Organisation und Finanzierung, zum programmatischen Profil und zu ihrer Mitgliederschaft. Oft sind Forschungsstand und Datenlage noch recht unbefriedigend und ermöglichen es nicht immer, alle relevanten parteiensoziologischen Aspekte zu behandeln. Die Länderkapitel werden durch eine systematische Betrachtung der Entstehungsbedingungen wettbewerbsorientierter Parteiensysteme im osteuropäischen Transitionsprozeß, ihrer Fragmentierung und Konsolidierungschancen eingeleitet. Abschließend wird eine vergleichende Analyse der in diesem Band behandelten Parteiensysteme gewagt.

2 Als hervorhebenswerte Ausnahme verdient das von Frank Wende herausgegebene, eher historisch orientierte Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa (Stuttgart 1981) Erwähnung, das alle Lander und Regionen Osteuropas berücksichtigt.

3 Vgl dazu die kritischen Bemerkungen zum Stand der Parteienforschung in: Niedermayer/Stöss, Stand und Perspektiven (Anm 1), Einleitung, S. 13ff.

4 Die Referate der ersten Tagung erschienen in Niedermayer/Stöss, Stand und Perspektiven (Anm 1); die der zweiten Tagung in dies. (Hrsg), Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensysteme und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern, Opladen 1994. Die dritte Tagung (Lüneburg 7./8.10.1992) war keiner speziellen Thematik gewidmet Die fünfte Tagung fand in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung am 16./17.11.1995 zum Thema "Parteiendemokratie in Deutschland" in Berlin statt. Die Referate werden unter diesem Titel 1996 in der Schriftenreihe der Bundeszentrale erscheinen. Herausgeber sind Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer und Richard Stöss

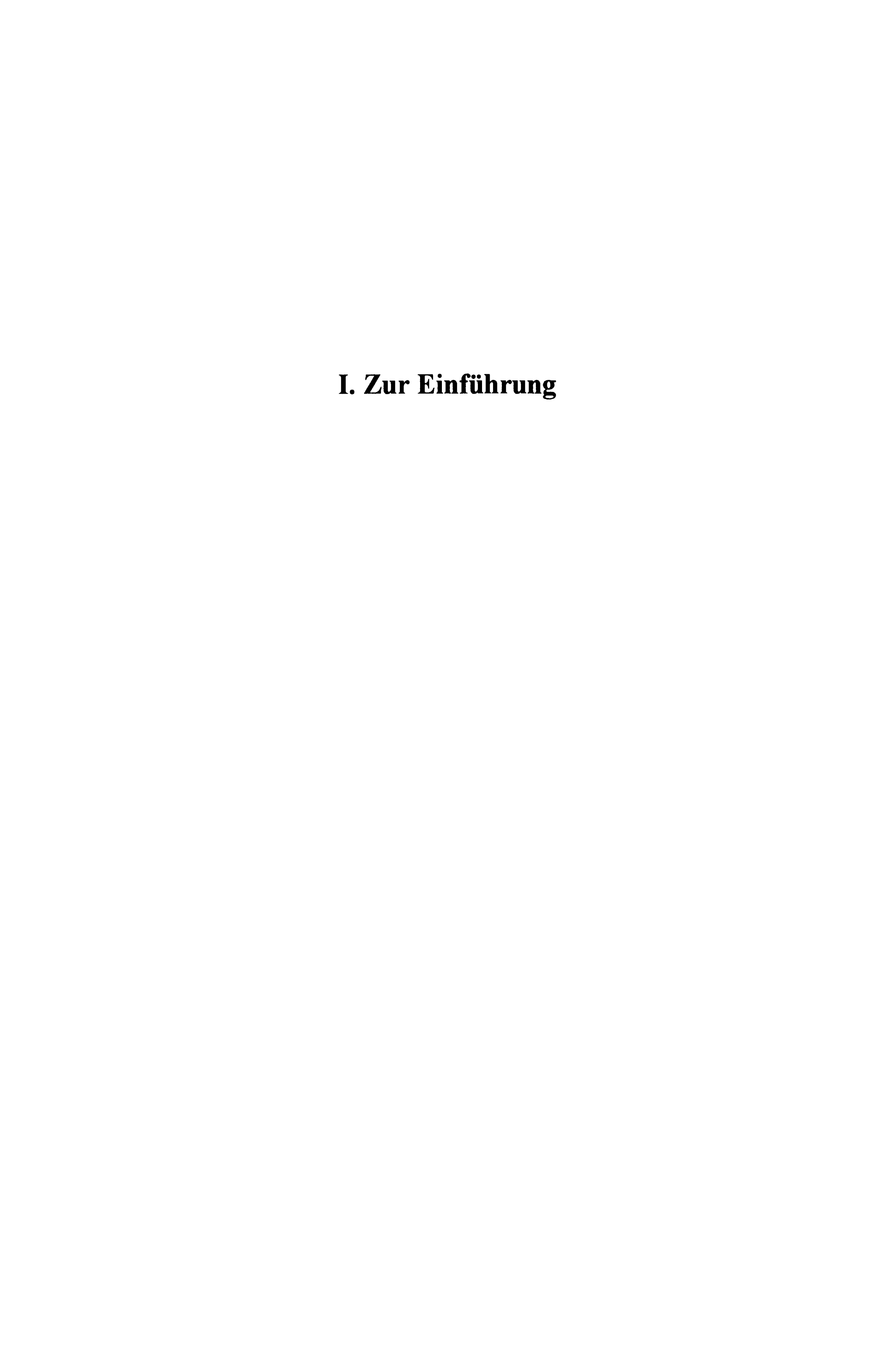
Es liegt vor allem an der eigentümlichen Entstehungsgeschichte dieses Bandes, daß die Beiträge in Umfang und Intensität, in der das von den Herausgebern vorgegebene Raster abgearbeitet wird, unterschiedlich ausfallen. Nicht alle Verfasserinnen und Verfasser haben an der Tagung des Arbeitskreises teilgenommen und sind in den Genuß von Anregungen für die Überarbeitung der Texte gelangt. Einigen stand auch nur vergleichsweise wenig Zeit für die Erstellung der Manuskripte zur Verfügung. In einem Fall mußte kurzfristig Ersatz für einen Autor gefunden werden, der sich gezwungen sah, seine akademische Tätigkeit aufzugeben.

Es ist den Herausgebern daher ein aufrichtiges Bedürfnis, gerade jenen Kolleginnen und Kollegen für ihre Kooperationsbereitschaft zu danken, die trotz ungesicherter beruflicher Position oder anderer widriger Umstände zum Gelingen dieses Projekts beigetragen haben. Dank gebührt aber auch den Kontributoren, die ihre Manuskripte frühzeitig eingereicht haben, Postskripta nachlieferten und mit großer Geduld auf die Veröffentlichung warten mußten. Diese wurden von Frauke Burian sorgfältig lektoriert und redaktionell betreut. Die letzte Fassung vor der Drucklegung las Ursula Böhme. Auch ihnen sei abschließend herzlich gedankt.

Berlin, im Juli 1996

Dieter Segert
Richard Stöss
Oskar Niedermayer

Inhalt



I. Zur Einführung

Klaus von Beyme

Parteiensysteme in Osteuropa - eine Einführung

1. Optionen der Parteienbildung

Die Institutionen der Verfassung werden von den Eliten in den Transformationsprozessen bewußt geschaffen. Das Parteiensystem hingegen ist weit mehr von unterschiedlichen Faktoren abhängig Auch bei der Existenz einer dominanten politischen Gruppierung wird das Parteiensystem nicht von dieser determiniert. Hierin unterscheidet sich die Transformation der sozialistischen Systeme von den Prozessen der Nationenbildung, die aus einem revolutionären Befreiungskrieg hervorgingen und in denen die dominante Gruppierung auch das Parteiensystem beherrschte (Beispiel. die indische Kongreßpartei), soweit sie überhaupt ein Mehrparteiensystem zuließ.

Die Schaffung eines Parteiensystems war vielfach dann begünstigt, wenn die Gruppen, welche die friedliche Revolution trugen, rasch zur Neuwahl schritten. In anderen Ländern, z. B. Polen und Rußland, wurde dies versäumt - mit stark negativen Folgen für das System. Die Parteien blieben abgehoben vom realen Machtsystem. Ein großer Teil der Gruppen in Rußland, die in früheren Übersichten beschrieben wurden, existierte zwei Jahre später nicht mehr[1]. Die Parteienliteratur schien nach zwei Jahren jedesmal von ganz anderen Phänomenen zu berichten und förderte wenig vergleichbares Material zu Tage. Die theoretische Standardfrage seit Duverger ("Wie entstehen normalerweise Parteien?") wurde kaum je gestellt.

Die Folgen waren beachtlich. Die Parteien Osteuropas wurden an denen Westeuropas gemessen, und die Beschreibung stand dem normativen Verdikt osteuropäischer Unzulänglichkeiten gegenüber.

Stellte man hingegen die Frage der Entstehungsgründe von Parteien, so ist nicht verwunderlich, daß das Bild so diffus geblieben ist. Historisch entstand ein Teil der *Parteien außerparlamentarisch auf der Basis einer sozialen*

1 Vgl. hierzu S. Babst, Die neuen sowjetischen Parteien und Gruppierungen - ein systematischer Überblick, in: *Zeitschrift fur Parlamentsfragen,* 1991, S. 88-110, M.A Babkina (Hrsg.), *New Political Parties and Movements in the Soviet Union,* Commack/New York, Nova Science 1991

Bewegung bei Aufbruch von neuen säkularen Konfliktlinien (z. B. Arbeiter organisierten sich in Arbeiterparteien). Je später diese Parteien in die Parlamente einrückten, um so mehr behielten sie das Bild der außengesteuerten ideologischen Partei bei. Nach 1989 konnte dieser Typ von Partei kaum entstehen. Die neuen sozialen Bewegungen hinter den friedlichen Kerzenrevolutionen waren nicht mehr im Sinne der klassischen Moderne straff organisiert. Sie hatten kaum eine Organisation, geschweige denn eine, die fähig gewesen wäre, parlamentarische Parteien von außen zu steuern. Die Forumsparteien entstanden fast regelwidrig in den Parlamenten oder kurz zuvor als Wahlbündnisse. Ihr rascher Zerfall zeigte an, wie wenige ideologische Gemeinsamkeiten vorhanden waren. Forumsparteien waren sehr heterogene Koalitionen sozialer Kräfte.

Im Prozeß der Parteienbildung überwog der Typ der *innerparlamentarischen Parteibildung*. Es entstanden zwar genügend Gruppen außerhalb des Parlaments, aber sie blieben intellektuelle Klüngel ohne politischen Einfluß. Je undefinierter die Rolle des Parlamentes war, um so diffuser blieben die Parteistrukturen. Es ist kein Zufall, daß in Systemen mit einer dualen Struktur, die im Machtkampf von Parlamentsmehrheit und Präsident endete, die Parteienfragmentierung am größten war, wie in Polen und Rußland.

Viele Parteien waren keine Parteien im westlichen Sinn. Sie konnten allenfalls als *Protoparteien* bezeichnet werden, wobei noch immer die Gefahr bestand, daß in einem Evolutionsschema der Normaldemokratisierung unterstellt wurde, daß diese Protoparteien sich zu modernen demokratischen Parteien transformieren werden[2]. Die Mehrzahl der Gruppierungen konnte allenfalls als *Pseudoparteien* bezeichnet werden, die in einem Konsolidierungsprozeß des Parteiensystems auf dem Aussterbeetat stehen dürften. In Rußland war die zögerliche Parteienbildung auffällig. Sie erscheint jedoch unvermeidlich, weil sie nur die Widerspiegelung des retardierten Prozesses der Institutionenbildung überhaupt war.

In der Perestroika-Phase (1986-1991) ist eine Phase der Dominanz der Klubs festgestellt worden (1986-1988). Es folgten 1988-1990 Massenbewegungen und ab 1990 schrittweise legalisierte Parteien[3]. Parteien mit Einfluß benötigten Wahlen als Kristallisationspunkt. Es erwies sich als nachteilig für die Konsolidierung eines Parteiensystems, daß Rußland und Polen mit den Wahlen allzu lange zögerten. Vor allem Jelzin hätte nach dem August-

2 Vgl R. Sakwa, Parties and the Multiparty System in Russia, in· *RFE/RL Research Report,* 31/1993, S. 3-15, hier S. 14

3 Vgl. G. und O Luchterhandt, Die Genesis der politischen Vereinigungen, Bewegungen und Parteien in Rußland, in: H.J. Veen/P.R. Weilemann (Hrsg.), *Rußland auf dem Weg zur Demokratie? Politik und Parteien in der Russischen Föderation,* Paderborn: Schöningh 1993, S 209.

Putsch 1991 sein gewachsenes Prestige für sofortige Neuwahlen einsetzen müssen. Im Herbst 1993 konnte er dies nur um den Preis des Bruchs einer ungeliebten, aber geltenden Verfassung. In Rußland wurde die Bildung von Parteien am stärksten behindert. Einige Faktoren wirkten in allen Ländern Osteuropas, z. B. ein genereller Antiparteienaffekt bei den Wählern und die abgehobene Intellektuellenpolitik ohne Mitglieder. Travkins "Demokratische Partei Rußlands" mit 30.000 Mitgliedern und die Republikanische Partei mit 20.000 Mitgliedern waren schon die mitgliederstärksten Organisationen. Überdies mußte in Rußland Art. 6 über die führende Rolle der kommunistischen Partei fallen, was erst im März 1990 erfolgte. Es gab darüber hinaus KGB-Fälschungen von Parteien, etwa den Liberal-Demokraten. Die Programme zeigten, daß es kaum um konkrete Machtteilhabe ging. Sie enthielten nur mehr eine Weltsicht und ein Verfassungsprogramm als konkrete Entscheidungshilfen für anstehende Politikentscheidungen.

Im Kongreß mit 1045 Abgeordneten und im Obersten Sowjet mit 256 Abgeordneten - einige Mandate blieben jeweils unbesetzt - bildeten sich drei Blöcke heraus: der Block der demokratischen Fraktionen (Koalition für Reformen), der Block der konstruktiven Kräfte und der Block "Russische Einheit". Alle drei zerfielen in mehrere Untergliederungen. Daneben bildeten sich Gruppen der Blockfreien heraus[4]. Wichtiger als die fluktuierenden Namen der Gruppen war ihre soziale Basis. Der entscheidende Prozeß war die Lösung der Industriemanagerfraktionen von den Kommunisten und ihre Hinwendung zu den Zentristen, als sie den Übergang zur Marktwirtschaft akzeptiert hatten. Aber die Erhaltung ihrer Machtbasis verlangte einen gradualistischen Weg. Die Manager wurden vielfach zum Zünglein an der Waage in der Auseinandersetzung der schrumpfenden Zahl der Reformer und der wachsenden Zahl der Kommunisten und Nationalisten, die sich in einer unheiligen Allianz der Beharrungskräfte zu sammeln begannen.

Die Kräfteverhältnisse der Fraktionen wechselten laufend. Die Aufstellungen der verschiedenen Autoren differieren auch in einem gegebenen Moment beträchtlich. 1990, im ersten Kongreß der Volksdeputierten, waren 86 Prozent Kommunisten gewesen, Mitte 1993 weniger als zehn Prozent[5]. 338 hielten sich für parteilos, 648 spezifizierten ihre Bindungen nicht. Dennoch ließen sich Zuordnungen treffen. Demokratische Gruppen, die hinter Jelzin standen, zählten 222 Mitglieder. Das Zentrum umfaßte die heterogenste Gruppe und war am schwächsten organisiert. Vizepräsident Ruckojs "Bürgerunion", die vor allem für ein Ende von Gajdars Schocktherapie kämpfte,

4 Siehe die Aufstellung von Wagner, in: ebd., S. 230. Abweichend: *RFE/RL Research Report,* 20/1993, S. 18 ff.

5 Vgl. V. Tolz, The Role of the Republics and Regions, in: *RFE/RL Research Report,* 15/1993, S. 8-13.

wurde zum wichtigen Kristallisationspunkt. Chazbulatov und Gorbatschow signalisierten Sympathien für die Mitte, der zunehmend alte Reformer wie Ambarcumov oder der Führer des sozialdemokratischen Zentrums, Oleg Rumjancev, angehörten. Kommunistische und nationalistische Organisationen - eine "rot-braune Opposition", die sich in Anspielung an die einstigen Bürgerkriegsparteien lieber "rot-weiße Opposition" nannte - bildeten die antireformerische Opposition. Eine ihrer Stützen wurde die Kommunistische Partei der russischen Föderation, die 600.000 Mitglieder umfaßte.

Die Vorliebe vieler Führer in der neuen Unabhängigkeit der Staaten für ein Präsidialsystem führte zu einer Vernachlässigung der Parteien, die noch stärker ausgeprägt war als bei de Gaulle, der das Modell in Europa entwikkelt hatte. Der "Präsident über den Parteien" war vielfach das Eigenimage. Daß der Präsident nicht Mitglied einer Partei sein dürfe, wurde gelegentlich sogar zum Verfassungsgrundsatz erhoben (Rumänien Art. 84.1). Jelzins größtes Versäumnis war es, sich mit der Auflösung der KPdSU zu begnügen. Ohne selbst als Parteibildner tätig zu werden, taktierte er mit der Unterstützung aus dem demokratisch-reformerischen Lager. Erst als im Konflikt um die Verfassung Mitte 1993 sichtbar wurde, wie bröckelnd Jelzins Mehrheiten in allen Gremien waren, kündigte der Präsident an, daß er sich künftig um die Bildung einer Partei kümmern werde.

Faktionen im Parlament konnte man an ihrem Abstimmungsverhalten feststellen. Die Parteien im Lande hingegen wurden vorwiegend nach ihrer Selbstdarstellung beurteilt, denn nur wenige hatten eine Massenbasis. Ebenso wie in Entwicklungsländern galt: *"every ism is a somebody-ism"*. Personen traten in den Vordergrund. Ihre Parteien kamen vielfach über Taxi-Parteien nicht hinaus (die gesamte Mitgliederschaft paßte in ein Taxi). Die Parteiprogramme waren kaum voneinander zu unterscheiden. Dort, wo klare Positionen vertreten wurden, erschienen sie gelegentlich seitenverkehrt: Rechte Parteien traten mit linken Programmen an[6]. Der *Personalismus* des Parteiensystems war bei diesem Systemwechsel besonders groß, weil kaum einer der neuen Parteiführer im alten Regime ein unbeschriebenes Blatt gewesen war. Konflikte zwischen Gruppen vollzogen sich weniger aufgrund von programmatischen Meinungsverschiedenheiten als von Verdachtsmomenten, "wer gegen wen" mit den Sicherheitsbehörden zusammengearbeitet hatte.

Parteien schienen nach der langen Einparteienherrschaft generell diskreditiert. Wie viele Gruppen nach 1945 bevorzugten die neuen Führer volksum-

6 Vgl. hierzu J. Lityński, Politik zwischen Versprechungen und Verantwortungen, in. U Thaysen/H M. Kloth (Hrsg.), *Wandel durch Repräsentation - Repräsentation im Wandel*, Baden-Baden. Nomos 1992, S. 106

spannende Termini wie "Union" oder "Forum". Nur der Begriff "Front" knüpfte gelegentlich an die paramilitärischen Organisationsmuster des alten Regimes an. Die Erforschung der neuen Parteiensysteme in Osteuropa kann sich auf die Erfahrungen älterer Parteilbildungsprozesse nach 1945 und der neuen Demokratien in den siebziger Jahren stützen. Der "Faschismus" war kurzlebiger gewesen als der Sozialismus. Es waren daher mehr Anknüpfungspunkte an das alte Parteiensystem möglich. Dennoch wurde die Kräfteverteilung unter den Parteien eine andere als erwartet.

2. Die Überlebenschancen der kommunistischen Nachfolgeparteien

Der Transformationsprozeß in Osteuropa wich in vieler Hinsicht von den drei früheren Demokratisierungswellen in Europa (1918 ff., 1945 ff., 1970er Jahre) ab. Nie zuvor hatte es soviel Kontinuität gegeben - bei den Eliten, den Institutionen und den Einstellungen der Bürger.

Neu war vor allem die Polarisierung der zahlreichen Cleavages in einer Konfrontation von Kräften des neuen Systems und Beharrungskräften des Ancién régime. Nur nach 1918 hatte es eine ähnliche Kontinuität gegeben. Damals waren semiautoritäre Repräsentativsysteme abgelöst worden. Der Bruch war weniger tiefgreifend als nach 1945. Nur nach 1918 kam es zu einer noch größeren Kontinuität der Eliten und Parteien.

In Osteuropa war das wichtigste Novum der Parteienentwicklung als institutioneller Ausdruck der sozialen Cleavages das Gegenüber von Forumsparteien und kommunistischen Nachfolgeparteien. Die Forumsparteien zerfielen in den meisten Ländern rasch - ebenso wie die UCD in Spanien in den 70er Jahren[7]. Die kommunistischen Parteien aber hielten sich - unter neuen Namen - besser als erwartet.

Zwei Fragen drängten sich im Vergleich der Entwicklung der kommunistischen Parteien auf:

- Wie ist der Niedergang der *Kommunistischen Partei* in den meisten Ländern zu erklären?
- Wie ist zu erklären, daß dieser Niedergang nicht so total war, wie vielfach prognostiziert? Viele Prognosen für freie Wahlen aufgrund von heimlichen Umfragen, die im Westen veröffentlicht wurden, haben den Anteil der Kommunisten auf drei bis fünf Prozent geschätzt. Sie bekamen jedoch

7 Vgl. K. von Beyme (Hrsg.), Demokratisierung und Parteiensysteme in Osteuropa, *Geschichte und Gesellschaft*, 3/1992.

immerhin 13 Prozent in der ČSFR und 16 Prozent in der DDR und 33,1 Prozent im Oktober 1991 in Bulgarien. In Rumänien und Albanien kam es zu einem starken Aderlaß der Kommunisten bei den zweiten Wahlen. Dennoch hielten sie ihre Position in der Provinz. In Ungarn und Albanien haben die Zugewinne der Kommunisten bei den Gemeindewahlen den bürgerlichen Gruppen an der Macht den Sieg versauert. In Albanien erzielte die PSSh im Juli 1992 bei den Bezirks- und Kommunalwahlen derart hohe Gewinne, daß sie fast die Hälfte der Bezirksräte und viele Stadträte beherrschte. Über die Hälfte der Bürgermeister wurden von ihr gestellt, außer in den wichtigsten Städten[8]. Dort, wo ethnische Gruppen die Wahlen boykottierten wie die Albaner im Kosovo oder unterdurchschnittlich partizipierten, unterstützten sie gegen ihren Willen die Ex-Kommunisten[9].

In der ersten Phase der Transformation und bei den ersten freien Wahlen war das Abschneiden der Kommunisten nicht selten von der früheren *Rekrutierungspolitik* ihrer Volkspartei abhängig. In den meisten Ländern erstarrte die innere Dynamik der Partei kurz nach dem Höhepunkt in der Blütezeit der Partei in den sechziger Jahren. Die Fähigkeit zur Mobilisierung ließ nach. Die Tendenz zur Repression verstärkte sich, auch wenn die soziale Kontrolle mildere Formen annahm. Überall wurden die Staatssicherheitsapparate aufgebläht. Trotz überschwenglicher Lippenbekenntnisse zur "wissenschaftlich-technischen Revolution" stagnierte das *Bildungssystem*. Bei einer Überproduktion von Intellektuellen nahm die Fähigkeit der Regime ab, die neuen Anwärter auf bessere Posten zu kooptieren. Der *tertiäre Sektor*, der in solchen Phasen in westlichen Demokratien in der Regel das Protestpotential partiell absorbierte, wurde nicht ausgebaut. Der Dienstleistungssektor blieb Stiefkind angesichts der ideologischen Betonung der Industrieproduktion. Am krassesten ließ sich das in Gebieten zeigen, die eine gemeinsame staatliche Vergangenheit gehabt hatten. Um 1930 hatten Österreich und Böhmen und Mähren noch etwa die gleich Zahl - 30 Prozent - der Beschäftigten im Dienstleistungssektor. 1980 lagen die tschechischen Landesteile noch bei 31 Prozent, Österreich bei 57 Prozent[10]. Schon die Statistik war verräterisch. Im realen Sozialismus gingen Dienstleistungen nicht ins Nationalprodukt ein. Die Gerontokratie der Partei behinderte mit ihrer Kaderpolitik die Elitenrotation in allen Bereichen der Gesellschaft. In Polen und Ungarn wurde das Erosionsmodell möglich, weil die jüngeren Eliten in der Partei nachdrängen

8 Vgl. H.-J. Hoppe, Das Profil der neuen politischen Elite Albaniens, in: *BioST*, 5/1993, S. 15.

9 Siehe M. Andrejevich, The Radicalization of Serbian Politics, in: *RFE/RL Research Report*, 13/1993, S. 14-24, hier S. 17.

10 Vgl. M. Haller u.a., Soziale Mobilität in Österreich, in der Tschechoslowakei und in Ungarn, in. *Journal für Sozialforschung*, 1990, S 33-72, hier S. 49.

konnten. In Ungarn sprach man von einer "Revolution der stellvertretenden Abteilungsleiter". Die jungen Kooptierten gingen frühzeitig auf Reformkurs, ein Zug, der in der DDR und der ČSSR völlig fehlte. In Ungarn kam es zu einer regelrechten *Doppelstruktur*. In einem Lobbysystem korporativer Art wurde die Distribution neu organisiert. Kolosi[11] sprach von einer "kleinbürgerlich geprägten Verbürgerlichung". In Polen hingegen blieb die neue Elite als alternative Equipe außerhalb des Distributionssystems, aber mit hinreichendem Erpressungspotential im politischen Bereich ausgestattet. Ein Modernisierungsdefizit zeigt sich in Polen auch in der Transformation: In anderen sozialistischen Ländern wurde durch die forcierte Kollektivierung wenigstens der unrentable Minifundismus beseitigt. Nicht so in Polen. Hier blieb der kleinbäuerliche Charakter der Landwirtschaft auch ein Hindernis für die Zusammenarbeit mit marktorientierten Gruppen außerhalb der Landwirtschaft, wie sie sich in Ungarn anbahnte. "Die Parzellenbauern" sind bis heute in fast Marxschen Termini anfällig für Bonapartismusgefahren, auch wenn sie dort "Pilsudskismus" genannt werden sollten.

Die Flexibilität der alten Elite im ungarischen Modell wurde von den Wählern nicht honoriert. In den inflexibelsten sozialistischen Systemen fiel die Treueprämie für die alte Staatspartei höher aus, gerade weil die alten Gruppen mit dem System etwas zu verlieren hatten: Bürokraten, Teile der Intelligenz, landwirtschaftsnahe Bevölkerungskreise. Die ständische Verfestigung der Nomenklatura-Klasse, die immer wieder in übertriebenen historischen Analogien gebrandmarkt worden ist[12], führte zum konservativen Votum für den *Status quo ante*.

Systembrüche haben in der Regel dazu geführt, daß die *Führungsorganisation des Ancien régime verboten* worden ist. Das erschien selbstverständlich bei faschistischen Parteien. In Italien traten jedoch neue faschistoide Gruppierungen zuerst im "Uomo Qualunque", später im MSI auf, blieben aber als nicht koalitionsfähig marginalisiert. In der Bundesrepublik Deutschland wurde in einem System der "wehrhaften Demokratie" die neofaschistische "Sozialistische Reichspartei" (SRP) 1952 vom Verfassungsgericht verboten. Gegenüber der kommunistischen Seite verhielt sich nur die Bundesrepublik symmetrisch. Am Verbot der KPD 1956 hatte die Adenauer-Regierung jedoch schon kein Interesse mehr, als der Richterspruch aus Karlsruhe erfolgte, weil man inzwischen die Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion anstrebte.

11 T. Kolosi u.a., The Making of Political Fields in Post-Communist Transition, in. A. Bózoki (Hrsg.), *Post-Communist Transition. Emerging Pluralism in Hungary,* London: Pinter/New York: St. Martin's Press 1992, S. 132-162.

12 Vgl. A. Meier, Abschied von der sozialistischen Ständegesellschaft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte,* B 16/17, 1990, S. 3-14.

In der zweiten Welle der Demokratisierung nach dem Zweiten Weltkrieg gab es nicht mehr viel aufzulösen. Die größte Organisation des alten Regimes, das spanische Movimento, war längst zum Veteranenverein erstarrt. Seine ca. 50.000 Funktionäre wurden entlassen, blieben aber vielfach nicht dauerhaft in Arbeitslosigkeit.

In der dritten Welle der Demokratisierung richteten sich die Verbotsbestrebungen gegen die alten kommunistischen Parteien. Überall - außer in Rußland - kamen sie einem Verbot zuvor, lösten sich auf oder organisierten sich um und machten mehr oder weniger eine reformsozialistische Orientierung glaubhaft, in Polen mit dem Eingeständnis ihres Versagens. Selbst die Bundesrepublik duldete - gewitzt durch eine international nie akzeptierte Verbotspolitik gegenüber den Linken - die PDS als Nachfolgeorganisation der SED. Die Bestrebungen richteten sich nur gegen die Wettbewerbsverzerrungen, die entstehen mußten, wenn das ganze SED-Vermögen auf die neue Minipartei überging. Machenschaften des eiligen Transfers von Geld nach Moskau haben die Glaubwürdigkeit der PDS in Deutschland untergraben.

In Albanien wurde die alte KP 1991 verboten. In Rußland führte die Auflösung der KPdSU zu einer Auseinandersetzung vor dem Verfassungsgericht. Sie endete mit einem weisen Kompromiß, der allen Beteiligten das Gefühl vermittelte, gesiegt zu haben. Jelzins Auflösungsdekret wurde als verfassungsmäßig erkannt, zugleich aber wurde den Kommunisten nicht jedes politische Assoziationsrecht genommen. Die Parteizellen an der Basis waren nicht rechtskonform aufgelöst worden. Damit wurde dem Weg zu einem Kongreß zur Wiedergründung der Partei die Tür geöffnet, der Mitte Februar 1993 stattfand. Der Einigungskongreß, auf dem auch um zahlreiche kommunistische Splittergruppen geworben wurde, die inzwischen entstanden waren, fand unter Bedingungen der Halböffentlichkeit statt. Die russische Regierung und einzelne Mitglieder des Verfassungsgerichts äußerten Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Neugründungsversuchs. Ein unattraktives Lokal mußte außerhalb Moskaus gefunden werden, da die alte Staatspartei keinen Zugriff mehr auf einen zentralen Tagungsort hatte und ihre Neugründungsführer in der Furcht lebten, das Justizministerium könnte die Versammlung doch noch in letzter Minute verbieten.

650 Delegierte versammelten sich, um eine halbe Million Kommunisten zu vertreten, die sich in die Basisorganisationen eingeschrieben hatten. Das von der Versammlung gewählte zentrale Exekutivkomitee umfaßte 89 Mitglieder, unter ihnen Anatolij Lukjanov und Oleg Senin, die wegen des Coups im August 1991 unter Anklage standen. Gennadij Zjuganov wurde als Vorsitzender gewählt, unter den sechs Stellvertretern befanden sich Führer der kommunistischen Fraktionen im russischen Parlament. Roj Medvedev's Vorschlag einer Troika mit kollektiver Führung, die den Übergang zu innerpar-

teilicher Demokratie dokumentieren sollte, fand keine Mehrheit. Mit der Reklamierung des Eigentums der enteigneten KPdSU folgte die neue Gruppe "KP-Russische Föderation" dem Drang nach Kontinuität. Lenins Verdikt gegen die Fraktionsbildung wurde übernommen. So kann nicht verwundern, daß schon auf dem Gründungskongreß einige der eingeladenen Führer von kommunistischen Mini-Parteien eher Propaganda für ihre Sondergruppe machten als Anstalten, der wiederbelebten Kommunistischen Partei beizutreten.

Mit seiner Meinung, daß der Kongreß illegal sei, berief sich das Justizministerium auf das Urteil des Verfassungsgerichts. Das Gericht aber bestätigte das Recht der Kommunisten auf eine politische Partei, vorausgesetzt, daß neue Strukturen entständen und nicht nur die alten revitalisiert würden. Verfassungsgerichtspräsident Zorkin mahnte in der "Pravda" (12.2.1993), die Kommunisten in ihrem Organisationsstreben nicht zu behindern, solange sie sich an die Verfassung hielten. Gleichwohl äußerten andere Richter, wie z. B. Ametivtow, ihre Zweifel an der Legalität neuer zentraler Parteistrukturen öffentlich. Mitte 1993 zeigte sich der Einfluß der neuen Partei vor allem in gesteuerten Anti-Jelzin-Demonstrationen und im Versuch, Nationalisten und Kommunisten zu einheitlicher Opposition gegen die Reformen zu organisieren.

Der Präsident des russischen Verfassungsgerichts, Zorkin, sprach zweifellos aus, was die meisten Bürger ex-sozialistischer Staaten dachten. Kommunisten und Rechtsextremisten wurden in der Tradition der jahrelangen antifaschistischen Propaganda nicht symmetrisch gesehen. Die Redefreiheit für Faschisten wollte eine Mehrheit der Befragten der Times-Mirror-Studie von 1991 nicht gewähren. In Ostdeutschland lag diese Meinung mit 79 Prozent an der Spitze des gesamten ehemaligen Ostblocks. Mit gutem Recht, weil hier neonazistische Gruppen bereits offen ihre Terrorpolitik zu betreiben begannen.

Der Anteil der Befragten, der Freiheit für die Bildung aller Parteien verlangte, lag niedriger: In Polen (54 Prozent), Litauen (51 Prozent) und der ČSFR (52 Prozent) schienen die Bürger am tolerantesten zu sein. In der DDR (20 Prozent dafür) und Rußland (nur 32 Prozent) schien man der Idee einer universellen Assoziationsfreiheit für die Parteien am intolerantesten gegenüberzustehen. Dabei korrelierte diese Intoleranz keineswegs mit der Akzeptanz des Mehrparteiensystems. Bei ihr lagen die Ostdeutschen mit 91 Prozent an der Spitze, und selbst in Rußland schien eine Mehrheit von 60 Prozent den Parteienpluralismus internalisiert zu haben (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Haltungen gegenüber dem Extremismus

	USA	UK	FR	E	I	GR	D	DDR	CSFR	Ungarn	Polen	Bulgarien	Rußland	Ukraine	Litauen
Wandel (insgesamt)	-	-	-	-	-	-	-	91	77	73	66	75	60	72	74
zum Mehrparteien-system (stark)								52	37	18	23	27	21	21	30
In einer Demokratie sollten alle Parteien erlaubt sein	57	47	67	48	39	-	30	20	52	33	54	48	32	40	51
Faschisten sollte keine Redefreiheit gegeben werden	35	32	40	25	23	63	59	79	67	72					

Quelle: Times Mirror, Center for People and the Press, 1991: The Pulse of Europe A Study of Political and Social Values and Attitudes, 1992 (hektographiert).

In den meisten ex-sozialistischen Ländern hat sich das Problem des Parteienverbots in dem Maße erledigt, als die Nachfolgeparteien glaubhaft demokratisch waren, wie die Partei von Brazauskas in Litauen, die bis 1992 das spektakulärste Comeback einer kommunistischen Nachfolgepartei an die Macht erlebte. In Rumänien ist die Nachfolgepartei an der Macht noch keineswegs über demokratische Zweifel erhaben, erst recht nicht in Serbien. Aber das gilt inzwischen auch für eher nationalistische Gruppierungen an der Macht, wie in Kroatien. In den übrigen Ländern hat die kommunistische Nachfolgepartei - mit Ausnahme von Bulgarien und Albanien - keine so starke Stellung, daß sie ihre *Koalitionsfähigkeit* erzwingen könnte. Dort, wo die reformkommunistischen Parteien schwach waren, richteten sich die Bestrebungen der Entmachtung des alten Regimes eher auf die Gruppe der Nomenklatur in der Verwaltung als auf die neue Partei.

Die Koalitionsfähigkeit war nicht nur bei den gemauserten Kommunisten in einigen Systemen umstritten. Sie wurde auch bei Parteien mit unverdächtigen Namen wie "Liberale Demokraten" in Slowenien von der rechten "Nationalen Partei" unter Jelicinc angefochten, weil sie aus der Sozialistischen Jugendliga Sloweniens hervorgegangen war[13].

3. Politische Fragmentierung und Konsolidierung der Parteiensysteme

Die allgemeinen Vorbedingungen für die Konsolidierung postautoritärer Regime gelten *a forteriori* für die Konsolidierung der Parteiensysteme. Ein Minimum an Vertrauen in den fairen Konfliktaustrag ist notwendig. Er fehlt dort, wo - wie in Polen - darum gestritten werden muß, ob an einem Samstag oder an einem Sonntag gewählt werden soll. Der Vorschlag des Samstags wurde selbst von treuen Katholiken erhoben, die Anstoß daran nahmen, daß vielfach Priester nach der Messe ihre Schäfchen ins Wahllokal führten. Noch größer sind die Zweifel dort, wo, wie in Rumänien - auch ohne Fälschung der Wahlergebnisse -, durch unlautere Praktiken der Regierung die Ergebnisse verzerrt wurden Vielfach wurden die Oppositionsparteien behindert. Schon die geringe Zahl von Unterschriften zur Parteigründung war ein Trick, um die Opposition zu zersplittern. Ehemalige Securitate-Beamte saßen den Wahlkommissionen vor. Das staatliche Fernsehen sorgte für un-

13 Vgl. M Andrejevich, Elections in Slovenia Maintain Status quo, in: *RFE/RL Research Report,* 4/1992, S. 29.

günstige Übermittlung der Wahlspots der Oppositionsparteien. Trotzdem wurde bei den zweiten Wahlen von 1992 auch in Rumänien ein Zuwachs an "fair play" registriert, der hoffen läßt[14]. Die Aussichten auf Konsolidierung von Parteiensystemen war abhängig von der Art des Parteiensystems, das in der Umbruchsphase entstanden war.

Vier Parteiensysteme lassen sich in der Parteienforschung unterscheiden: Zweiparteiensysteme mit alternierender Regierung, gemäßigter Pluralismus, polarisierter Pluralismus, Systeme mit einer hegemonialen Partei im polarisierten Pluralismus[15]. Ein *Zweiparteiensystem* war schon wegen der Adaption von Varianten des Proporzwahlrechts in allen osteuropäischen Staaten nicht zu erwarten. Ein *gemäßigter Pluralismus* entstand dort, wo man es nicht erwartet hätte: in relativ wenig entwickelten neuen Demokratien wie Bulgarien mit fünf und in Albanien mit drei Parteien, von denen in Bulgarien jedoch nur drei zu den relevanten Parteien gezählt werden konnten. Ein *polarisierter Pluralismus* entstand vor allem in Rumänien, und zwar in der zweiten Wahl. In der ersten Wahl gehörte das Land eindeutig zum vierten Typ, dem des *Systems mit hegemonialer Partei*. Die manchmal wenig gewandelten Reformkommunisten konnte man in den meisten Ländern nicht als radikale Fundamentalopposition ansehen, wie sie im Typ "Weimarer Republik" oder "Zweite spanische Republik" existierten. Nur die PDS in der DDR war so marginalisiert, daß man mit ihr nicht rechnen mußte.

Die Partei des *Ancien régime* erinnerte in vielen Ländern an die monarchistische Rechte in den neuen Republiken des 20. Jahrhunderts in der ersten Demokratisierungswelle. Die Kontinuität der Eliten war stark genug, um eine Marginalisierung der alten Herrschaftskonstellation zu verhindern.

Albanien erwies sich als Sonderfall mit geringer Fragmentierung, obwohl man diesem Lande keine besondere demokratische Reife bescheinigen konnte. Das Ergebnis war um so bemerkenswerter, als der Proporz in Albanien am stärksten durchschlug - nicht zuletzt durch sein System der Zusatzsitze, die auch in den Regionen den Proporz zu wahren halfen. Ein reifes Parteiensystem wie das ungarische hingegen basierte auf einem Wahlsystem, in dem fast die Hälfte der Sitze in Einerwahlkreisen nach dem Mehrheitswahlsystem vergeben wurde, so daß in den Regionen der Proporz kaum gewahrt war. Übersichtliche Parteiensysteme konnten allenfalls dann als das Resultat von hohen *Sperrklauseln* angesehen werden, wenn die Parteien - wie in der Tschechoslowakei - bei zwei bis drei Parteienkoalitionen sieben Prozent und

14 Vgl. E Fillinger, *Die Parteienfamilien und Parteien Rumäniens nach der Wende*, Konstanz, Diplomarbeit 1993, S. 71 ff

15 Vgl K v Beyme, *Parteien in westlichen Demokratien*, überarb. Neuausg., München/ Zürich· Piper 1984, S 321

Tabelle 2: Parteiprofile in der Volkskammer der osteuropäischen Staaten

Land	Anzahl der Parteien während der Wahl	Anzahl der Parteien im Parlament	Anzahl der effektiven Parteien	% der unrepräsentierten Wähler	% der Abweichung vom Proporz
Polen	67	18[a]	10.9	10.3	5.5
Rumänien	74	7[b]	4.8	20.0	1.9
Ungarn	45	7	3.8	12.7	1.5
Tschechische Rep.	21	6	3.4	25.1	2.8
Slowakei	22	5	3.4	26.3	1.6
Bulgarien	37	3	2.4	24.9	0.7
Albanien	11	5	1.9	1.9	4.0

a) Ohne 11 Parteien mit 1 Sitz
b) Ohne 13 Parteien für nationale Minderheiten
Quelle: J. McGregor, How Electoral Laws Shape the Eastern Europe's Parliaments, in. *RFE/RL Research Report*, 4/1993, S 13

bei vier oder mehr Parteiengruppierungen sogar zehn Prozent der Stimmen erreichen mußten, um in das Parlament einziehen zu können. Die meisten osteuropäischen Länder hatten eine moderate Hürde errichtet: Sie betrug in Rumänien und Slowenien drei Prozent, in Albanien, Bulgarien, Lettland und Ungarn vier Prozent. In Rumänien aber wurde die Sperrklausel für jede Partei in einer Listenverbindung um ein Prozent angehoben, und zwar bis zur Grenze von acht Prozent. In Polen verhinderte eine Fünfprozentsperre bei Listenverbindungen die extreme Parteienfragmentierung nicht. Wie beim Vorbild der Sperrklausel, Deutschland, ließ sich das Parteiensystem nicht direkt aus der Höhe der Eintrittsbarriere folgern. Auch in Osteuropa wurde gezeigt[16], daß andere Faktoren wie die *Größe der Wahlkreise* und die *Methoden der Allokation von Sitzen* einen Einfluß auf die Parteienstärke im Parlament ausübten.

Die stärkste Fragmentierung eines Parteiensystems ereignete sich in Polen und löste eine theoretische Kontroverse aus. Für Präsident Walesa war die Fragmentierung das Produkt eines fehlerhaften Wahlgesetzes. Der Augenschein scheint solchen Kritikern Recht zu geben. Das Wahlgesetz vom Juni 1991 teilte Polen in 37 Wahlkreise mit mehreren Sitzen. Lokale Gruppen bekamen so eine Chance, ohne landesweit konkurrieren zu müssen. In kleineren Wahlkreisen genügten etwa drei Prozent, in großen wurden zehn Prozent der

16 Vgl J McGregor, How Electoral Laws Shape the Eastern Europe's Parliaments, in. *RFE/RL Research Report*, 4/1993, S. 16.

Stimmen benötigt, um einen Abgeordneten zu stellen. Wissenschaftler haben gleichwohl davor gewarnt, die Fragmentierung nur vom Wahlrecht zu deduzieren. Der Senat hatte ein weniger dispersives Wahlrecht, und trotz einer "Gewinner-nimmt-alles-Regel" sind 21 Parteien und sechs Unabhängige ins polnische Oberhaus eingezogen. Man hat errechnet, daß mit dem bulgarischen Wahlrecht vom Oktober 1991 und seiner Vier-Prozent-Hürde in Polen noch immer neun fast gleich große Gruppen im Sejm saßen[17]. Diese Fragmentierung war um so bemerkenswerter, als die extremistischen Nationalisten, Antisemiten oder "Stalinisten" wenig Erfolg hatten. Selbst Tymínskis "Partei X" hat in den vier Bezirken, in denen sie ordnungsgemäß registriert war, keine vier Prozent erreicht. Daher müssen die sozialstrukturellen Differenzen innerhalb des Mainstreams analysiert werden. Die beiden Blöcke "Solidarität" und "Kommunismus" haben die internen Differenzen der Gruppen allzu lange verdeckt, und sie brachen bei den ersten wirklich freien Wahlen um so heftiger auf. Die verspätete Testwahl in Polen hat sich vermutlich gerächt. Nach einer längeren Diktaturphase sind die Bürger neuer Demokratien in der Regel schwer für die neuen Parteien zu mobilisieren.

Das polnische Wahlrecht für die Wahlen von 1993 hat die Anzahl der Wahlbezirke - mit Ausnahme der Großagglomeration Warschau und Kattowitz - den Wojewodschaftsgrenzen angepaßt und damit die Organisation der Wahlen erleichtert. Es wurde eine Fünf-Prozent-Klausel (bei landesweiten Listen eine Acht-Prozent-Klausel) mit Ausnahme der Listen ethnischer Minderheiten festgelegt. Die Regeln für die Parteienfinanzierung, die 1991 weitgehend ignoriert wurden, sind strikter geworden. Eine begrenzte Staatssubvention für die Wahlkampfaktivitäten wurde eingeführt. Die Sorge vor der Fragmentierung war so groß, daß für den unwahrscheinlichen Fall, daß keine Partei fünf Prozent erreicht, die Eintrittsbarriere für Parteien auf drei Prozent und für Koalitionen auf fünf Prozent gesenkt wurde. Eine Hochrechnung ergab, daß 1991 die neue Formel noch immer zehn Parteien in den Sejm gebracht hätte. Von den relevanten Kräften hätte nur die Partei der Bierfreunde den Einzug ins Parlament nicht geschafft[18]. Nach den Umfragen im Vorwahlkampf schien es wahrscheinlich, daß sechs Parteien in den Sejm gelangten. Ästhetisch wäre das Ergebnis befriedigender gewesen. Die Koalitionsbildung aber wäre bei den heterogenen fusionierten Parteien mit verschärften Fraktionierungstendenzen noch größer geworden.

Apathie und Zynismus haben sich Anfang der 90er Jahre in vielen neuen Demokratien verstärkt. Die *Verdrossenheit über den Parteienstaat* wuchs,

17 Vgl D. McQuaid, Poland The Parliamentary Elections: a Postmortem, in: *Report on Eastern Europe*, 8. Nov 1991, S. 15-21, hier S. 19.

18 Vgl. L. Vinton, Poland's New Electoral Law: Fewer Parties, Same Impasse?, in: *RFE/RL Research Report*, 28/1993, S. 7-17, hier S 9.

noch ehe er sich konsolidiert hatte. Der Meinung, daß eine Partei genug sei, stimmten in Polen 19 Prozent, in Ungarn 18 Prozent und in der ČSFR neun Prozent zu[19]. Das österreichische Team[20] fand immer neue alarmierende Zahlen. So äußerten 1993 acht Prozent der Tschechen, 16 Prozent der Slowaken und 31 Prozent der Polen eine gewisse Vorliebe für ein Einparteiensystem. Die Vergleichszahlen in postautoritären Demokratien in Westeuropa zeigten die Dimensionen der neuen Gefahr (Österreich fünf Prozent, Italien sechs Prozent, Deutschland acht Prozent). Der Vergleich von postautoritären Meinungsbildern war jedoch schief. In Deutschland und Italien wurde das Fortleben autoritärer Neigungen durch einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung schrittweise abgebaut. In Osteuropa ist eine vergleichbare Entwicklung nicht in Sicht. Deutschland und Italien wurden in den 50er Jahren sogar zu den am besten organisierten Parteiendemokratien der Welt. Im Gegensatz zu Frankreich war in diesen Ländern der Anteil der Parteimitglieder an den Wählern hoch. In der Bundesrepublik lag der Organisationsgrad der Wähler bei fünf Prozent, in Italien noch höher[21]. Die rechtliche Privilegierung der Parteien in der Verfassung (Italien Art. 49, Deutschland Art. 21) und die faktische Privilegierung durch eine beachtlich hohe Parteienfinanzierung und die Eröffnung vielfältiger Patronagemöglichkeiten in den öffentlich-rechtlichen Medien oder in der staatlichen Wirtschaft trugen zur Hebung des Organisationsgrades bei.

Die neuen Demokratien der 70er Jahre in Südeuropa haben eine vergleichbare parteiliche Organisationsfähigkeit nicht nachholen können. Der *Organisationsgrad* blieb auf etwa zwei Prozent beschränkt und sank mit der Erosion der beherrschenden reformsozialistischen Kräfte (PASOK, PSOE). Die neuesten Demokratien in Osteuropa dürften eher dem südeuropäischen Beispiel folgen. Der Organisationsgrad ist gering - in Polen etwa drei Prozent. Vergleichsweise am höchsten war er dort, wo - wie in Ostdeutschland - das alte Blockparteiensystem in das neue Parteiensystem einging. Albanien - immer wieder der Ausnahmefall - zeigte noch einen vordemokratischen Organisationsgrad unter seinen 300.000 Parteimitgliedern, was einem Drittel der Wahlberechtigten nahekam[22]. Ein vergleichsweise reifes Parteiensystem wie das ungarische hat ebenfalls eher Wähler- als Mitgliederparteien entwikkelt. Dennoch wurde hier der Organisationsgrad auf vier oder fünf Prozent

19 Vgl. P. Gerlich/F. Plasser/P.A. Ulram (Hrsg.), *Regimewechsel. Demokratisierung und politische Kultur in Ost-Mitteleuropa*, Wien: Böhlau 1992, S 113 f.
20 F Plasser/P.A. Ulram (Hrsg.), *Transformation oder Stagnation? Aktuelle politische Trends in Osteuropa*, Wien· Signum 1993.
21 Vgl v. Beyme, *Parteien* (Anm 15), S. 233, Tab. 18.
22 Vgl Hoppe, Profil (Anm. 8), S. 36.

geschätzt[23], was keinen Anlaß zur Besorgnis gibt. Der Organisationsgrad war in der ungarischen Transformationsphase besser als der Partizipationsgrad der Wähler, der 1990 im zweiten Wahlgang schon unter die 50-Prozent-Marge sank. In der Tschechoslowakei betrug der Organisationsgrad der Wähler sieben Prozent. Die stärkere Bereitschaft der Tschechen zu konventioneller und unkonventioneller politischer Aktivität half, die Differenz zu Ungarn erklären[24]. Mit dem Ausbau neuer Partizipationsmöglichkeiten der sich konsolidierenden Demokratien kann jedoch auch in den anderen exsozialistischen Ländern der Organisationsgrad wieder steigen.

Die Konsolidierung der Parteiensysteme ist an mehrere Voraussetzungen gebunden:

1. Die *Koalitionsbildung* muß den Regeln von parlamentarischen Demokratien folgen. Dort, wo Parteien, die nicht im Parlament vertreten waren - wie die Republikaner und die Sozialdemokraten in Albanien -, in eine Koalitionsregierung aufgenommen wurden, ist der Zählwert in starker Diskrepanz zum faktischen Einfluß, was der Konsolidierung durch Vertrauen der Bürger und Berechenbarkeit des Systems nicht dienlich ist. Eine Koalition von sieben Parteien, wie sie Hanna Suchocka führte, die sich seit Oktober 1991 im Wahlkampf erbittert bekämpft hatten, hatte gegenüber den Launen eines Präsidenten wenig Überlebenschancen, selbst wenn die Opposition in eine harte und eine weiche gespalten war (vgl. Tabelle 3). Dies zeigte sich 1993, als Walesa die populäre Ministerpräsidentin als Rivalin zu fürchten begann. So mancher Abgeordnete, der mit seiner Stimme für das Mißtrauensvotum Frau Suchocka nur einen Denkzettel verpassen wollte, hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht, weil er unterstellte, daß der Präsident das Parlament nicht auflösen werde. Kleinlicher Eigennutz vieler Abgeordneten schadete so den eigenen langfristigen Interessen. Sie sind in allen Parlamenten der Welt auf möglichst seltene Neuwahlen gerichtet.

Die Koalitionsbildung wurde erleichtert in Ländern wie Ungarn, in denen die Linke isoliert schien. Sie wurde erschwert, wenn nicht nur die extremen Lager atomisiert wurden, sondern auch die Mitte wie in Polen. Die *Programme müssen sich ausdifferenzieren.* In der ersten Phase glichen sie einander wie ein Ei dem anderen. Nur für die reiferen Parteiensysteme kann man bereits eine klare Hierarchie der Prioritäten von Politikfeldern in der Programmatik der Parteien angeben wie in Ungarn[25]. Beim Zerfall der großen Forumsparteien wurde ein Paradoxon sichtbar: Die Spaltung der Bewegungen reflektierte keine sozialen Gruppen. Je fragmentierter die Parteien-

23 Vgl A Körösényi, *Parteien und Parteipolitik in Ungarn,* mimeo, Budapest 1993, S 2.
24 Vgl Gerlich/Plasser/Ulram, *Regimewechsel* (Anm. 19), S 33
25 Vgl. A Körösényi, in Bozóki u.a , *Transition* (Anm 11), S. 117

landschaft im Parlament, desto unklarer blieb die Vertretung der großen Interessen[26]. Es müssen sich klare Parteilager herausbilden. Solange bestimmte Interessen wie der Faktor "Arbeit" unzulänglich repräsentiert sind, ist selbst eine quantitative Stabilisierung des Angebots von Parteien auf dem politischen Markt nicht zu erwarten.

Tabelle 3: Polens exzessive Fragmentierung des Parteiensystems 1992/93

Parteien		Anzahl der Sitze
	Siebenparteienkoalition	
Innerer Kreis:	Demokratische Union (UD)	62
	Liberal-Demokrat. Kongreß (KLD)	37
	Poln. Wirtschaftsprogramm (PPG)	12
	Christl.-Agrar./Christl.-Nat. Union	48
Gruppe der weiteren Koalition:	Bauernallianz (PL)	19
	Christl. Bauernpartei (SChL)	10
	Part. d. Christl. Demokraten (PChD)	6
Unterstützende Parteien:	Solidarität	27
	Deutsche Minderheit	7
	Christliche Demokratie (ChDSP)	5
Parlamentarische Unterstützung für die Koalition		233
	Opposition	
Weiche Opposition:	Polnische Bauernpartei (PSL)	50
	Zentrumsallianz (PC)	30
	Union der Arbeit (UP)	5
Harte Opposition:	Bündn. der Demokrat. Linken (SLD)	59
	Konföderation Unabh. Polen (KPN)	49
	Bewegung für die Republik (RdR)	10
	Union für Realpolitik (UPR)	3
Parlamentarische Unterstützung der Opposition		206
Unabhängige und nicht lagergebundene Abgeordnete		21
Insgesamt		460

26 Vgl. A Rychard, Zur Ungleichzeitigkeit wirtschaftlicher und politischer Reformen, in: Thaysen/Kloth, *Wandel* (Anm 6), S 123.

2. Die *Stimmungs- und Strömungseliten müssen professionalisierten Parteipolitikern Platz gemacht haben.* Dieser Prozeß hat sich vergleichsweise am schnellsten vollzogen, selbst in wenig entwickelten Systemen wie in Rumänien und Albanien. In Albanien stellten die kulturellen Eliten nach den Fachleuten (nur Ingenieure und Ärzte) die zweitgrößte Gruppe in der Fraktion der Demokratischen Partei (PDSh). Aber auch die sogenannten Fachleute waren zwar "professionals", aber keine professionellen Politiker. So witzelte die reformkommunistische Presse, ob die PDSh das Parlament in einen Operationssaal oder ein Schmierentheater verwandeln wolle[27]. In der ersten Phase kam es zur übereilten Mobilisierung von viel "*good will*". Die Idealisten haben sich in den Fraktionen nicht lange halten können.

Mangels klarer Parteienprofile waren die desorientierten Wähler anfällig für politische Wunderheiler. Der krasseste Fall war das Auftauchen von Stanislaw Tymínski aus dem kanadischen Exil, der - trotz krauser Programmatik und demonstrierter Inkompetenz - Mazowieckis Position im polnischen Präsidentschaftswahlkampf gegen Walesa untergraben konnte. Eine Konsolidierung der osteuropäischen Parteiensysteme wird auf die Dauer die "populistischen Ufos" wie Tymínski eher zu den Phänomenen des parteiinternen Faktionalismus reduzieren. Dort, wo die Fraktionsbildung von der Mehrheit nicht mehr geduldet wurde - wie Csurkas Gruppe im Demokratischen Forum Ungarns 1993 -, kann jedoch die Entstehung einer populistischen Partei unausweichlich werden.

3. Die *Arbeitsteilung zwischen Parteien und Interessengruppen* muß akzeptiert werden. Autoritäre Systeme - linke wie rechte - haben Pluralismus nur als manipulierte Vielfalt akzeptiert. Sie gründeten "*administrierte Massenorganisationen*", die auch in der postautoritären Phase nicht ganz ausgestorben waren[28].

Funktionale Gruppen hatten in der ersten Phase der Transformation noch eine zu große Bedeutung. Gelegentlich verschleierten sie auch ihr eigentliches Interesse - am krassesten die "Bierfreunde" in einigen Ländern. Auch in der Bundesrepublik hatte es 1949 noch solche funktionalen Gruppen gegeben. Die Wirtschaftliche Aufbauvereinigung WAV war auf 2,9 Prozent der Stimmen gekommen. Sie verschwand im Nachkriegsdeutschland eher von der parlamentarischen Bildfläche als die Vertriebenenpartei. Das "Polnische Wirtschaftsprogramm" könnte als Äquivalent angesehen werden (Tabelle 3).

Die Etablierung einer Gewaltenteilung zwischen Parteien und Interessengruppen ist schwer zu realisieren, solange nicht eine echte Tarifautonomie

27 Vgl Hoppe, Profil (Anm. 8), S. 22
28 Vgl. G.J. Kasza, Parties, Interest Groups, and Administered Mass Organizations, in: *Comparative Political Studies*, 1/1993, S 81-110.

besteht. In vielen ex-sozialistischen Ländern kann die Entwicklung der Tarifautonomie nicht weiter sein als der Stand der Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse. Die *Gewerkschaften* verhandeln in den meisten Ländern noch nicht mit privaten oder vom Staat unabhängigen öffentlichen Betrieben. Erst recht hat sich keine Parität von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden herausgebildet. Vor allem in den GUS-Staaten sind die Partner der Kollektivverträge Betriebsleitungen von überwiegend noch staatlich geführten Unternehmen[29]. In solchen Übergangssituationen können die Rollen der Interessenartikulation (Verbände) und die der Interessenaggregation (Parteien) noch nicht nach westlichem Vorbild ausdifferenziert werden.

Auch die "Heldin der polnischen Revolution", die Solidarność, hatte in der Konsolidierungsphase zunehmend Rollenschwierigkeiten. Formal blieb sie eine unabhängige selbstverwaltete Gewerkschaft, so, wie sie 1980 gegründet wurde. Mit der Drohung des Drucks von der Straße und durch Massenstreiks wurden die Regierungen eingeschüchtert. Die Regierung Suchocka, die mit Unterstützung der Solidaritätsfraktion zustandegekommen war, wurde im Juni 1993 durch ein Mißtrauensvotum dieser Gruppe gestürzt. Der Anlaß war nicht nur nichtig, sondern zeigte die Kluft zwischen der reinen Gewerkschaftsrolle der Bewegung und der Funktion als verantwortliche Partei. Es ging um Gehaltserhöhungen, für welche die Regierung Suchocka keine Mittel hatte. Die Solidarność hat mit ihrer Rollenvermischung nicht wenig dazu beigetragen, daß ein neues Wahlrecht erarbeitet wurde, welches die Chancen der Gruppe, wieder ins Parlament einzuziehen, sehr verringerte. Zudem wurde der Ruf nach einem Gewerkschafts- und Verbändegesetz provoziert, das die politische Einmischung von Interessengruppen künftig reduzieren sollte.

Dort, wo Verbände und Parteien organisatorisch hinreichend ausdifferenziert waren, kam es gelegentlich zu dem alten Kooperationsmodell, das symbiotisch genannt werden kann. Die ungarische Sozialistische Partei suchte Halt beim größten Gewerkschaftsverband (MSZODSZ), der den Systemwechsel überlebte und angesichts der sozialen Konflikte der Transformationsperiode zunehmend wieder Mobilisierungskraft erlangte. Die Partei der Kleinen Landwirte (FKGP) erneuerte die organisatorischen Bande mit dem Bauernverband, und auch die oppositionelle SZDSZ (Bund Freier Demokraten) organisierte ein breites Spektrum von Zubringerorganisationen.

4. Der *Faktionalismus* darf die Konsolidierung von Parteiensystemen nicht behindern. Nicht jeder Faktionalismus verhindert stabile Parteiensysteme. Besonders bei dominanten Parteisystemen hat es in westlichen Demo-

29 Vgl. E. Schneider, Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen in Rußland, der Ukraine und Belarus, in: *Osteuropa,* 4/1993, S. 358-368, und 5/1993, S. 473-480.

kratien immer wieder eine starke innerparteiliche Fraktionsbildung gegeben, vor allem bei der japanischen Regierungspartei und in der italienischen Christdemokratie DC. Er war bis zum Aufkommen des Eurokommunismus am geringsten bei den Kommunisten ausgeprägt, hat sich aber im Prozeß der Sozialdemokratisierung auch bei ihnen gezeigt, namentlich bei der Kommunistischen Partei Italiens, schon ehe sie das Prinzip des "demokratischen Zentralismus" offiziell aufgab.

Bei den *kommunistischen Nachfolgeparteien* bot sich eine Fraktionierung auf der Cleavage-Linie Ancien régime - Transformationssystem an. In Rumänien hat dies 1992 bereits zur Abspaltung des Flügels der stärker westlich-technokratisch orientierten Gruppe um den früheren Ministerpräsidenten Petre Roman von der Partei Präsident Iliescus geführt.

Am stärksten waren die *Forumsparteien* von der Fragmentierung bedroht. Hier war die Konfliktlinie Festhalten an den Idealen der Kerzenrevolution oder westlich-professionalisierte Parteipolitik entscheidend wie in der tschechischen Republik. Ein rechtsliberaler Flügel um den damaligen Finanzminister Klaus und ein als "sozialliberal" bezeichneter Flügel um den damaligen Außenminister Dienstbier und den tschechischen Landesregierungschef Pithart sind vor der zweiten Wahl entstanden und führten zur Parteispaltung.

Selbst kleine Gruppen, die durch ein marktwirtschaftliches Interesse geeint schienen, wie die polnische Partei der Bierfreunde, waren vor einem spalterischen Faktionalismus nicht sicher. Im Wahlkampf 1991 spaltete sich das "Polnische Wirtschaftsprogramm" ab - im Volksmund "Großes Bier" genannt - und wurde mit der Demokratischen Union und dem Liberal-Demokratischen Kongreß zur "inneren Koalition" von Suchockas Sieben-Parteien-Regierungsverbindung.

Der alte Gegensatz Regime-Kontinuität oder Transformationssystem verlor zunehmend an Bedeutung. Aber vor allem in wirtschaftspolitischen Fragen kam es zur Kontroverse zwischen Anhängern der neuen reinen marktwirtschaftlichen Lehre und denen eines eher sozialverträglichen Wegs in den Kapitalismus.

In der Slowakei zeigte sich erstmals eine neue Fraktionierungslinie in dem Gegensatz von regionalem Nationalismus und Erhaltung der Gesamtstaatlichkeit. Die Forumspartei "Öffentlichkeit gegen Gewalt" wurde zwischen den Christdemokraten und dem damaligen slowakischen Landesregierungschef Carnogursky und der Slowakischen Nationalpartei zerrieben. Die Absetzung des slowakischen Ministerpräsidenten Vladimir Mečiar hatte im April 1991 mehr Menschen auf die Straße getrieben als 1989 die gesamte Revolution. Mečiar zeigte deutlich die Gefahr eines Faktionalismus aufgrund von populistischen Führungsgestalten. In Osteuropa handelte es sich gleichwohl auch bei den personalistischen Faktionen um ideologische Differenzen -

zu stark war das System auch ohne konsolidiertes Parteiensystem modernisiert worden. Aber dort, wo die Parteien sich glichen wie eine Erbse der anderen[30], konnten sich einzelne Parteiführer um so leichter profilieren.

Der Zerfallsprozeß, der in der spanischen Transformation vor allem die führende Partei UCD unter Suárez früh erfaßte, war am stärksten dort, wo die Forumsbewegung am größten war. Hatte man für die polnische Solidaritätsbewegung bei den ersten kaum halbfreien Wahlen über 70 Prozent hochgerechnet, war eine Einigkeit der Flügel nicht zu erwarten, sobald der verhaßte Gegner Kommunismus entmachtet schien. Im Wahlkampf um die Präsidentschaftswahl in Polen bildeten sich Faktionen um Walesa, den damaligen Premierminister Mazowiecki und den Präsidenten des Parlamentarischen Burgerklubs (OKP), Geremek. Im Mai 1990 wurde die Zentrumsallianz (PC) als separate politische Gruppierung unter Jaroslaw Kaczyński gegründet. Ihr schlossen sich Teile der OKP und der Bürgerkomitees an. Der Bruch der Solidarität war vollendet, als im Juli 1990 die "Bürgerbewegung - Demokratische Aktion" (ROAD) gegründet wurde. Über die Trennungslinien ist viel gerätselt worden. Fest stand nur, daß das alte Rechts-Links-Schema für den neuen Faktionalismus nicht zutraf. Neue Konzeptionsunterschiede gaben den personenorientierten Faktionen programmatische Verfestigung, vor allem die Alternative: parlamentarische Verfassungsmäßigkeit gegen außerparlamentarischen Nationalismus[31]. Der Prozeß der Auflösung dieser Avantgarde-Organisation des osteuropäischen Systemwechsels konnte als Konflikt der Eliten gedeutet werden. Die intellektuelle Elite um Mazowiecki wurde durch eine professionellere Gruppe abgelöst, die pragmatisch der Walesa-Klientel nachgab, um den Reformprozeß den Forderungen der Mehrheit anzupassen. Populistische Taktik verband sich bei Walesa mit einem wachsenden Sinn für professionelle Machtpolitik. Im Frühjahr 1991 begann der spätere Präsident, im Konflikt um das Wahlsystem das Vertrauenskonto zu überziehen, das von den professionelleren Politikern in der OKP angespart worden war.

In allen osteuropäischen Systemen hätte der Satz des früheren tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Čalfa fallen können[32]: "Wie in der Wirtschaft werden wir auch in der Politik zu den bewährten Institutionen zurückkehren: den politischen Parteien. Es zeigt sich, daß auch hier kein dritter

30 Dan Hrúby, zit bei G Wightman, Czechoslovakia, in: *Electoral Studies,* 1990, S 319-326, hier S. 322.

31 Vgl hierzu K Ziemer, Fehlstart in die Demokratie? Prämissen, Struktur und Defizite des neuen polnischen Parteiensystems, in v Beyme, Demokratisierung (Anm 7), S 321

32 B. Kohler, Das Verständnis für die gemeinsame Sache ist verschwunden Ein Gespräch mit dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Čalfa, in. *FAZ,* 16.10. 1990, S. 6.

Weg existieren kann." Die Idee der Forumspartei, die Politik und Antipolitik in sich vereint und eine Politik neuen Typs verkörperte, verblaßte mit den hehren Idealen der Zivilgesellschaft. Der Faktionalismus war hier nur der Anfang von einem "*realignment*" der Fraktionen in einem neuen Parteiensystem.

Das ideologische Vakuum, das der reale Sozialismus hinterließ, wurde zunehmend vom Nationalismus ausgefüllt. Dort, wo alte Staaten sich auflösten, wie in der ČSFR oder in Jugoslawien, wurde der Nationalismus zur Konfliktlinie des Faktionalismus wie zuerst in der Slowakei. Aber auch bei Systemen, die sich als ethnisch homogene Nationalstaaten fühlten wie Ungarn, wurde der Nationalismus zur Spaltungslinie innerhalb der Forumsorganisation. Istvan Csurka hat im Februar 1993 die Quadratur des Zirkels geschaffen und seine Fraktion mit dem Mantel einer "nationalen Bewegung" (Magyar Ut) umgeben. Csurkas Faktion machte Stimmung gegen die Kontinuität der Herrschaft von Kryptokommunisten im Land und plädierte für eine Vollendung des Systemwechsels. Der Antikommunismus im Namen eines "ungarischen Ungarns" knüpfte an rechtspopulistische Ideen eines "Dritten Weges" für Ungarn an, die sich bis in die 30er Jahre zurückverfolgen ließen. Träume von revisionsbedürftigen Grenzen verbanden sich mit einer Suche nach dem ungarischen Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Ein Faktionalismus von italienischer Tiefenwirkung zeigte sich. Csurkas Bewegung hatte eigene Publikationsorgane wie das "Magyar Forum" und reklamierte 60.000 Anhänger, die in 400 Ortsgruppen organisiert waren[33]. Erstmals schien eine Faktion eine doppelte Option zu eröffnen: Übernahme der Partei oder Abspaltung als neue Partei. Ministerpräsident Antall hat dem Faktionsstreben erstaunlich lange untätig zugesehen, um die Einheit der Partei zu retten. Die Rettung erschien 1993 jedoch nur möglich um den Preis des Image-Verlustes des Demokratischen Forums als einer zentristischen Partei. Im Juni 1993 wurden sechs radikale Nationalisten aus der Parlamentsfraktion der MDF ausgeschlossen.

Der Zerfall der Forumsparteien wurde auch im Westen vielfach mit bitterer Ironie kommentiert. Im Sinne der Erfahrungen von einer Konsolidierung der Demokratie war er jedoch eine notwendige Bündelung der Kräfte unter Abstoßung nicht zu integrierender Teile - mit Ausnahme von Polen, wo die Fragmentierung so weit ging, daß keine Nachfolgeorganisation mehr über zwölf Prozent der Stimmen hinauskam. So fraktioniert und geschwächt die Führungsgruppen der bürgerlichen Koalitionen in der tschechischen Republik und in Ungarn auch erscheinen - die Opposition zeigte sich noch hetero-

33 Vgl. E Oltay, Hungary Csurka launches 'National Movement', in: *RFL/RL Research Report*, 13/1993, S. 25-31, hier S 29

gener. Trotz ihrer arithmetischen Stärke im Parlament blieb sie relativ einflußlos. So konnte die Gruppe um die Regierung Klaus 1993 in Umfragen ein Vertrauen verbuchen, das weit über ihren parlamentarischen Rückhalt hinausging[34].

Die Fraktionierung des Regierungslagers, die vor allem durch den Zerfall der Forumsparteien ausgelöst wurde, führte zu schwachen Regierungen, die kaum Vertrauen bei den Wählern aufbauten. Der Ruf nach der stärkeren Hand war in den Umfragen vieler Länder unüberhörbar. Die schwachen Parteienkoalitionen an der Macht wurden vielfach nur deshalb am Leben gehalten, weil das Lager der Opposition noch zersplitterter war, oder weil einige Regierungs- und Oppositionsparteien durch die Angst geeint waren, daß der Präsident - wie in Polen - die Schwäche der Parteiendemokratie zum Ausbau eines Präsidentialsystems nutzen könnte.

Die Nachzügler müssen nicht alle Züge eines Systems der Vorreiter imitieren, lehrte schon Thorstein Veblen. In der Konsolidierung von Parteiensystemen imitieren sie eher die letzten Nachzügler in Südeuropa. Die *Parteiidentifikation* des ideologischen Zeitalters kann nicht imitiert werden. Sie lag 1991 in Ungarn bei 25 Prozent, in der ČSFR bei 29 Prozent (37 Prozent) und in Polen nur bei 15 Prozent (13 Prozent) im Vergleich zu 58 Prozent in Österreich und 70 Prozent in Westdeutschland[35]. In der Organisationsbereitschaft blieben die ostdeutschen Wahlberechtigten ebenfalls hinter dem Durchschnitt zurück. Dennoch bleibt bemerkenswert, daß sich die Institutionen überhaupt nach dem Muster westlicher Demokratien entwickelten. In den 70er Jahren hatte es Künder neuer Organisationsformen der Demokratie gegeben: Korporative Dominanz der Interessengruppen oder Auflösung der Parteiendemokratie in den neuen sozialen Bewegungen. Sie hatten sich zwar geirrt, wie Schmitter[36] feststellte, als wenn er nicht einer der prominentesten geistigen Führer der Irrenden gewesen wäre. Nach dem autoritären Staatskorporatismus im realen Sozialismus war die korporative Lösung keine Alternative. Parteien waren schwach, blieben aber dominant, weil die Interessengruppen noch schwächer waren. Die "Runden Tische" verfestigten sich nicht zu einem neuen Dauerkorporatismus.

34 Siehe hierzu J. Obrman, Czech Opposition Parties in Disarray, in: ebd, S. 5.

35 In Klammern die Werte für 1992; siehe Plasser/Ulram, *Transformation* (Anm 20), Tab. 30, Gerlich/Plasser/Ulram, *Regimewechsel* (Anm 19), S. 399.

36 Ph Schmitter, Interest Systems and Consolidation of Democracies, in. G Marks/L Diamond (Hrsg.), *Reexamining Democracy,* London· Sage 1992, S. 156-181, hier S 176.

Die neuen sozialen Bewegungen waren 1989 noch einmal eine Hoffnung gewesen - selbst für viele Spontaneisten im Westen. Aber auch sie wurden von "*politics as usual*", den Parteien, abgelöst.

II. Parteiensysteme in Ostmitteleuropa

Klaus Ziemer

Das Parteiensystem Polens

Die Wahlen zum polnischen Sejm vom 19. September 1993 brachten den beiden stärksten, als "postkommunistisch" apostrophierten Listen, dem "Bündnis der Demokratischen Linken" (SLD) und der "Polnischen Bauernpartei" (PSL), rund 66 Prozent der Mandate. Sie erhielten damit in unzweifelhaft demokratischen Wahlen fast auf den Prozentpunkt genau so viele Mandate, wie für die Ausnahmewahlen 1989 am Runden Tisch für die Kommunisten und ihre Bündnispartner vereinbart worden waren. Oberflächlich betrachtet, ergab sich damit eine geradezu frappierende Anknüpfung an das Parteiensystem der Volksrepublik. Tatsächlich jedoch lassen sich zwischen dem heutigen Parteiensystem und dem der Volksrepublik sowohl Kontinuitäten als auch insbesondere Diskontinuitäten beobachten. 1989 kennzeichnete große Teile der Bevölkerung eine politische Polarisierung, die das Ergebnis der Parlamentswahlen vom Juni 1989 zu einem Referendum gegen 40 Jahre Volksrepublik machte. Das am Runden Tisch vereinbarte neue politische Institutionensystem und ein verantwortungsbewußtes Verhalten der politischen Eliten sowohl des kommunistischen Establishments als auch der "Solidarität"[1] (dazu eine günstige internationale Konstellation) ermöglichten es, die politische Dynamik in Richtung einer friedlichen Systemtransformation zu lenken. Das Parteiensystem, das sich dabei seit 1989 herausbildete, wurde nachhaltig durch das Bestehen der "S" und ihre schrittweise Desintegration geprägt. Im folgenden werden nach einem Abriß der wichtigsten Ereignisse seit 1989 zunächst entscheidende Determinanten für die Strukturierung des Parteiensystems analysiert und Klassifizierungsversuche der einzelnen Cleavages in der politikwissenschaftlichen Literatur dargelegt, ehe im einzelnen auf die heutigen Parteien eingegangen wird und Perspektiven für das polnische Parteiensystem aufgezeigt werden.

1 Im folgenden, wie in der polnischen Publizistik üblich, "S".

1. Die "Beschleunigung der Geschichte" ab 1989 und die Suche nach einem stabilen politischen System für die "Dritte Republik"

Am Runden Tisch wurde im Frühjahr 1989 vereinbart, daß die Kommunisten und ihre Bündnispartner im kommenden Sejm 65 Prozent der Mandate erhalten sollten. Im Gegenzug wurde für den neugeschaffenen Senat, der jedoch geringere Kompetenzen erhalten sollte, Chancengleichheit für alle, also auch bisher parteilose Bewerber, vereinbart. Das bisherige Parteiensystem war durch eine absolute Dominanz der Kommunisten, d.h. der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR), gekennzeichnet gewesen. Die formal selbständigen, in der Praxis den Kommunisten jedoch vollständig untergeordneten Parteien ZSL (Vereinigte Bauernpartei) und SD (Demokratische Partei) wurden offiziell als "Bündnisparteien" bezeichnet. Ihre Aufgabe bestand darin, unter Anerkennung des absoluten Führungsanspruchs der PZPR ihre jeweilige Klientel, das hieß für die in den 80er Jahren rund 450.000 Mitglieder der ZSL: die (insbesondere privaten) Bauern und für die rund 120 000 Mitglieder der SD: das private Handwerk und die städtische Intelligenz, im Sinne der kommunistischen Partei zu funktionalisieren und in das politische System zu integrieren. Waren ZSL und SD in der Zeit des Stalinismus reine Transmissionsriemen der kommunistischen Partei gewesen, so entwickelten sie sich in den 80er Jahren immer mehr zu Interessengruppen ihrer jeweiligen Klientel und versuchten immer stärker, ein Eigengewicht gegenüber der PZPR zu gewinnen. Zur "Regierungskoalition" im Sinne des Runden Tisches zählten auch die drei kleinen christlichen Gruppierungen: PAX, ChSS (Christlich-Soziale Vereinigung) und PZKS (Polnischer Katholisch-Sozialer Verband). Auch diese drei Organisationen standen unter strikter Kontrolle der PZPR, wobei der PZKS schrittweise die frühere episkopat-loyale Organisation ZNAK unterwandert und abgelöst hatte[2].

Mit der überraschenden Bildung der Regierung Mazowiecki, die durch eine Koalition aus dem "Parlamentarischen Bürgerklub" (OKP), der "S" und den bisherigen "Bündnisparteien" PZPR, ZSL und SD ermöglicht wurde, wurde der politische und der sozioökonomische Systemwechsel eingeleitet. Auf der politischen Ebene bedeutete dies das Ende des Machtmonopols der kommunistischen Partei und die Einführung eines Rechtsstaates, auf der sozioökonomischen Ebene die unter dem Finanzminister und Vizepremier

2 Zu diesen drei Gruppierungen siehe u. a. Halina Lisicka, *Pluralizm światopoglądowy w koncepcjach politycznych PAX, ChSS, PZKS*, Wrocław: Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego, Nauki Polityczne XXXIX, 1991.

Leszek Balcerowicz durchgesetzte Einführung der Marktwirtschaft zum 1. Januar 1990. Mit der Marktwirtschaft und den Modalitäten ihrer Implementierung war auch eine zentrale Konfliktlinie für die Herausbildung des künftigen Parteiensystems gegeben.

Angesichts wachsender Perspektivlosigkeit und drastischen Mitgliederschwunds löste sich Ende Januar 1990 die PZPR, die 1989 rund 2,1 Mio. Mitglieder (bei rund 38 Mio. Einwohnern) gezählt hatte, auf ihrem letzten Parteitag auf. Der größte Teil der Delegierten konstituierte sich zur "Sozialdemokratie der Republik Polen" (SdRP). Mit der Selbstauflösung der PZPR entfiel der wichtigste Vertragspartner von seiten des bisherigen politischen Establishments, der die Vereinbarungen des Runden Tisches unterzeichnet hatte. Dies verstärkte Desintegrationstendenzen innerhalb der "S", die fast die gesamte "konstruktive" Opposition der 80er Jahre umschloß, die zu einer evolutionären Systemveränderung bereit gewesen war. Entsprechend reichte das in der "S" und auch in ihrer Parlamentsfraktion vertretene Spektrum von sozialistischen bis zu nationalistischen Strömungen, die vor allem durch den von der PZPR ausgehenden Druck zusammengehalten wurden. Mit dem Zerfall der PZPR setzte auch die Erosion der "S" und ihrer Parlamentsfraktion OKP ein, so daß die Neugründung von Parteien zu einem großen Teil aus dem Parlament heraus vorgenommen wurde. Dies galt auch für andere Gruppierungen, insbesondere die Bauern[3]. Daneben artikulierten sich jedoch nun auch zunehmend Vertreter der früheren Fundamentalopposition, die von den Gesprächen am Runden Tisch und der Aufstellung der Parlamentskandidaten der "S" 1989 ausgeschlossen gewesen waren. Ein Teil der neuen politischen Parteien konstituierte sich also auch außerhalb des Parlaments.

Lech Wałęsa fühlte sich nach der Bildung der Regierung Mazowiecki vom politischen Entscheidungsprozeß weitgehend abgeschnitten[4], gab seiner Frustration nach der Auflösung der PZPR immer offener Ausdruck und propagierte ab Frühjahr 1990 das Schlagwort "Beschleunigung", das sich zum einen auf das Tempo der Umgestaltung in der Wirtschaft, vor allem aber auf die von Wałęsa nun mit Nachdruck geforderte "Dekommunisierung" bezog. Ihr setzte Mazowiecki das Postulat eines "dicken Striches" entgegen, d.h. einer differenzierten Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit. Nach Mazowiecki sollten nur diejenigen zur Rechenschaft gezogen werden, die sich konkreter Vergehen und Ver-

3 Vgl. u.a. Jarosław Pawlak, Podziały w klubach poselskich, in: Jacek Wasilewski/ Włodzimierz Wesołowski (Red.), *Początki parlamentarnej elity. Posłowie kontraktowego Sejmu*, Warszawa: Wydawnictwo IFiS PAN 1992, S. 97-117.

4 Vgl. hierzu die Angaben von Wałęsas damaligem Pressesprecher, Jarosław Kurski, Wódz, Warszawa: PoMOST 1991.

brechen schuldig gemacht hatten. Damit war eine zweite wichtige Konfliktlinie zwischen den künftigen politischen Parteien gekennzeichnet.

Nach den Präsidentschaftswahlen vom November/Dezember 1990, in denen Mazowiecki nicht nur Wałęsa, sondern auch dem zuvor völlig unbekannten Auslandspolen Stan Tymiński unterlag, trat Mazowiecki als Premierminister zurück. Aus dem bisherigen Regierungslager (OKP, ZSL und SD, wobei das OKP sich allerdings immer mehr differenzierte) bildete Jan Krzysztof Bielecki eine neue Regierung, die zunächst nur als Übergangsregierung gedacht war, nicht zuletzt wegen der langwierigen Auseinandersetzungen zwischen Wałęsa und dem Sejm über das neue Wahlgesetz aber fast ein Jahr im Amt blieb.

Vor allem aufgrund des neuen Wahlgesetzes (s.u.) kam es zu einer extremen parteipolitischen Zersplitterung des 1991 gewählten Sejm, in den 29 politische und gesellschaftliche Gruppierungen einzogen, davon zehn mit nur einem Abgeordneten Entsprechend schwierig gestaltete sich die Regierungsbildung, die nach erheblichem Widerstand Wałęsas von dem Anwalt Jan Olszewski aus einer Koalition von rechts der Mitte stehenden Parteien gebildet wurde Olszewskis Regierung bildete ein eher "irritierendes Zwischenspiel"[5], das durch häufigen Streit zwischen der Regierung und dem Präsidenten um Kompetenzen gekennzeichnet war. Die Regierung wurde im Juni 1992 nach dem Bekanntwerden umstrittener Listen angeblicher früherer Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes, die Innenminister Antoni Macierewicz nach einem Sejm-Beschluß hatte erstellen lassen, vom Parlament gestürzt. Der von Präsident Wałęsa überraschend mit der Regierungsbildung beauftragte und vom Sejm auch zum Premierminister gewählte 32jährige Chef der "gewendeten" Bauernpartei, Waldemar Pawlak, konnte in 33 Tagen Amtszeit keine Regierung bilden. Dies gelang der Abgeordneten Hanna Suchocka von der UD (s.u.), deren Kabinett von den meisten sich aus der "S" herleitenden Parlamentsfraktionen getragen wurde, dennoch aber keine sichere parlamentarische Mehrheit besaß. Angesichts der heterogenen und in ihren Zielsetzungen keineswegs immer kompatiblen Koalitionspartner war es erstaunlich, daß diese Regierung über ein Jahr im Amt blieb. Zu den wichtigsten Leistungen der Regierung Suchocka zählte die Verabschiedung einer provisorischen ("Kleinen") Verfassung im Herbst 1992[6] sowie die Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes im Mai 1993, mit dem der Zersplitte-

5 So Adam Krzemiński, *Polen im 20. Jahrhundert. Ein politisches Essay*, München: Beck 1993, S. 189.

6 Vgl. hierzu u.a. Klaus Ziemer, Probleme des politischen Systemwandels in Polen. Eine Zwischenbilanz nach drei Jahren, in: *Jahrbuch für Politik*, 3. Jg., 1. Hbd., Baden-Baden: Nomos 1993, S. 93-123, hier S. 116-120. Für Sejm- und Senatswahlen blieb das aktive Wahlrecht ab 18, das passive ab 21 Jahren erhalten.

rung des Parlaments in Zukunft entgegengewirkt werden sollte. Tatsächlich sorgten die Sperrklauseln des Wahlgesetzes dafür, daß die Anzahl der im Parlament vertretenen Parteien drastisch reduziert wurde und rund ein Drittel der gültigen Wählerstimmen bei der Sitzverteilung unberücksichtigt blieb. Nicht zuletzt dieser Umstand wirkt seither als Katalysator für neue Umgruppierungen innerhalb des Parteiensystems.

2. Determinanten des Parteiensystems

2.1. Die sozioökonomischen Veränderungen

Zu den wichtigsten Veränderungen, die sich in Polen seit 1989 vollzogen haben, zählt der wirtschaftliche Systemwechsel. Zum 1. Januar 1990 wurde die Marktwirtschaft eingeführt, zugleich wurde die in einzelnen Bereichen schon in den 70er und verstärkt in den 80er Jahren begonnene Privatisierung der Wirtschaft nun auf breiter Front fortgesetzt. Anfang 1994 waren rund 60 Prozent der Erwerbstätigen im privaten Sektor tätig - ein Wert, den kein anderer früherer Staat des RGW (ausgenommen die DDR) erreicht. Auch ein etwa gleich hoher Anteil des BIP wird im privaten Sektor erwirtschaftet. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß Polen auch zu realsozialistischen Zeiten immer etwa vier Mio. privater Landwirte zählte.

Eine negative Konsequenz der Einführung der Marktwirtschaft zum 1. Januar 1990 bedeutete die in Polen jahrzehntelang praktisch unbekannte Arbeitslosigkeit. Nachdem anfangs jeden Monat etwa 100.000 Personen ihren Arbeitsplatz verloren hatten, nahm das Tempo gegen Ende 1991 etwas ab, doch wurden Anfang 1994 drei Mio. Arbeitslose (16 Prozent der potentiell Erwerbstätigen oder mehr als ein Viertel der außerhalb der Landwirtschaft Beschäftigten) gezählt. Die Einstellung der Bevölkerung zur Marktwirtschaft war von Anfang an ambivalent. Einerseits belegten zahlreiche Umfragen, daß die Marktwirtschaft als abstrakte Größe weithin akzeptiert wurde - offenbar als ein Wirtschaftssystem, das als dem des Sozialismus überlegen perzipiert wurde und vor allem Wohlstand garantieren sollte. Mit der Marktwirtschaft verbundene Konsequenzen wie Arbeitslosigkeit oder hohe Ungleichheit von Einkommen wurden dabei teils nicht gesehen, teils abgelehnt. Mit dem Ansteigen der Arbeitslosigkeit und der wachsenden Polarisierung der Einkommen sowie einer Pauperisierung großer Teile der Bevölkerung nahm jedoch auch die Befürwortung der im Realsozialismus propagierten

Werte der Arbeitsplatzgarantie und sozialer Egalität und Gerechtigkeit zu. Befürwortete noch 1990 etwa die Hälfte der Polen die Privatisierung als günstig für die Wirtschaft, so waren es zwei Jahre später nur noch 32 Prozent. 1993 sprachen sich 65 Prozent der Befragten dafür aus, daß große Unternehmen ausschließlich staatlich sein sollten. Der einzige Vorteil, den die Polen bei Privatunternehmen ausmachten, lag in der besseren Bezahlung (67 Prozent der Befragten), im übrigen wurden Vorteile fast nur bei Staatsunternehmen gesehen: größere Gewerkschaftsfreiheiten (72 Prozent), größere Beschäftigungssicherheit (58 Prozent) etc. Die Einkommensunterschiede wurden von 83 Prozent der Polen als zu hoch kritisiert, nur ein Prozent war mit ihnen einverstanden[7].

2.2. Institutionelle Faktoren: Verfassungssystem, Wahlgesetzgebung, Parteiengesetz

2.2.1. Das Verfassungssystem

In Polen hat sich nach den am Runden Tisch 1989 getroffenen Vereinbarungen zum politischen Institutionensystem kein semipräsidentielles Regierungssystem herausbilden können, wie die Orientierung am Verfassungssystem der Fünften Französischen Republik eigentlich hätte nahelegen können Unter General Jaruzelski, der die dem Präsidenten zugewiesenen Vollmachten nach der Wahlniederlage der Kommunisten 1989 und seiner eigenen hauchdünnen Wahl zum Präsidenten nicht extensiv ausnutzte, lag das Machtzentrum bei Regierung und Parlament. Wałęsa nutzte dagegen die Vollmachten des Präsidenten teilweise über die Maßen, aber er war nicht in der Lage, eine "Präsidialpartei" zu gründen oder wenigstens ein ihn stützendes dauerhaftes politisches Lager zu etablieren. Vielmehr gab es wechselnde Konstellationen nicht nur zwischen den Gruppierungen, die die Regierung bildeten, sondern auch innerhalb der einzelnen Parteien zu Wałęsa. Dieser überwarf sich über kurz oder lang mit so gut wie allen Gruppierungen, die ihn zuvor gestützt hatten. Drei Monate vor den Parlamentswahlen von 1993 ließ er eine ihm nahestehende Gruppierung gründen, den "Parteilosen Block für die Unterstützung der Reformen", dessen polnisches Akronym BBWR an die von Wałęsas Vorbild Pilsudski 1930 gegründete Gruppierung "Partei-

7 Andrzej Zybala, Diabeł w szczegółach, in: *Wprost*, Nr. 37, 12.9.1993, S. 15.

loser Block zur Zusammenarbeit mit der Regierung" erinnern sollte. Der BBWR übersprang bei den Wahlen im September 1993 aber nur knapp die Fünf-Prozent-Hürde. Mit 16 von 460 Abgeordneten des Sejm verfügt der Präsident damit über keine parlamentarische Hausmacht von Bedeutung. Es ergaben sich somit keinerlei Impulse, die aus einem institutionell möglicherweise zu erwartenden Zusammenspiel zwischen Präsident, Regierung und Regierungsmehrheit auf die Strukturierung des Parteiensystems hätten einwirken können.

2.2.2. Die Wahlgesetzgebung

Eine zentrale Determinante für die Anzahl der im Sejm vertretenen Parteien bildete indes das jeweilige Wahlsystem. Für die ersten freien Wahlen 1991 wurde gegen den heftigen Widerstand von Präsident Wałęsa, der ein eher mehrheitsbildendes und die Parteien stärkendes Wahlsystem befürwortete, von der Parlamentsmehrheit ein Wahlsystem durchgesetzt, das die Reprasentationsfunktionen des Parlaments überbetonte, also eine möglichst spiegelbildliche Umsetzung der Wählerstimmen in Mandate und damit bewußt auch den Einzug von Splitterparteien ins Parlament förderte. Die Motivation hierfür war allerdings je nach politischem Lager unterschiedlich. Die früher kommunistischen Abgeordneten und ihre Verbündeten favorisierten ein Wahlsystem, das kleine Gruppierungen begünstigte, weil sie sich darüber im klaren waren, daß ihre Parteien in freien Wahlen kaum mit den Nachfolgeorganisationen der "S" würden konkurrieren können. Vertreter der "S" und ihrer sich ausdifferenzierenden Unterorganisationen traten für ein kleine politische Gruppierungen begünstigendes Wahlsystem ein mit dem Argument, in den vergangenen Jahrzehnten habe das kommunistische Machtmonopol in der Gesellschaft bestehende Meinungsunterschiede nicht zum Ausdruck kommen lassen. Daher müßten zumindest in den ersten freien Wahlen alle gesellschaftlichen Gruppierungen die Möglichkeit haben, auch im Parlament vertreten zu sein[8]. Das schließlich verabschiedete Wahlgesetz vom 28. Juni 1991[9] sah vor, daß 85 Prozent der 460 Sejm-Mandate in 37 Mehrmann-Wahlkreisen (zwischen sieben und 17 Mandaten) nach Proporz (Methode Hare-Niemeyer) an Listen vergeben wurden. Ein größere Parteien begünsti-

8 So der damalige für die Zusammenarbeit mit den politischen Parteien zuständige Minister der Regierung Mazowiecki, Aleksander Hall, im Gespräch mit dem Verfasser am 30.7.1990 in Warschau.

9 Dz. U. nr 59, poz. 252.

gendes Element war im Wahlgesetz insofern eingebaut, als die Vergabe der restlichen 69 Mandate (15 Prozent) denjenigen Parteien vorbehalten war, die entweder landesweit mindestens fünf Prozent der gültigen Stimmen oder Mandate in wenigstens fünf der 37 Wahlkreise erhalten hatten. Diese 15 Prozent der Sitze wurden nach Proporz nach der Methode Sainte Lague vergeben. Für die Zulassung einer Liste im Wahlkreis waren mindestens 5.000 Unterschriften von dort Wahlberechtigten erforderlich. Brachten Parteien dieses Quorum in mindestens fünf Wahlkreisen auf, so waren sie zur Kandidatenaufstellung in allen 37 Wahlkreisen berechtigt. Diese Anforderung erfüllten 28 Parteien und politische Gruppierungen[10]. Parteien nationaler Minderheiten wurden gewisse Erleichterungen eingeräumt. Sie mußten z. B. im Wahlkreis statt 5.000 nur 3.000 Unterschriften beibringen. Das Wahlergebnis zum Sejm zeigte jedoch, daß auch für Gruppierungen, denen landesweit nur eine marginale Bedeutung zukam, die aber regionale Hochburgen besaßen, die 5.000 Unterschriften kein entscheidendes Hindernis für eine Kandidatur bildeten. Entsprechend zersplittert war sowohl die Stimmabgabe als auch die Sitzverteilung, wobei das Wahlsystem diese Zersplitterung tendenziell noch verstärkte[11].

Die seit dem Zerfall der OKP 1990/91 zu beobachtende extreme Fluktuation in der Fraktionszusammensetzung des Parlaments setzte sich auch nach den Wahlen von 1991 fort. Dies bedeutete ein zusätzliches, die Mehrheitsverhältnisse im Parlament destabilisierendes Element, das die angesichts der parteipolitischen Fragmentierung ohnehin schwierige Bildung und Erhaltung von Regierungsmehrheiten weiter erschwerte. Die Verabschiedung der Kleinen Verfassung vom Herbst 1992 konnte die Position der Regierung innerhalb des Institutionensystems nicht in dem Maße stützen, wie dies ursprünglich intendiert worden war.

Um so erstaunlicher war es, daß nach langen und heftigen Auseinandersetzungen am 28. Mai 1993 doch noch ein neues Wahlgesetz zum Sejm verabschiedet wurde[12], dessen Bestimmungen vor allem darauf ausgerichtet waren, Splitterparteien aus dem Parlament zu eliminieren. Entsprechend gruppierten sich die Befürworter und die Gegner dieses Gesetzes nicht entlang den Trennlinien zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien. Viel-

10 Vgl. Edward K. Nowak, Funkcja wyborcza partii i ugrupowań politycznych w Polsce, in: *Państwo i Prawo*, Nr. 555, 47. Jg., 1992, Nr. 5, S. 37-45, hier S. 37.

11 Eine Aufschlüsselung von Wahlkreisen nach der dort jeweils vergebenen Anzahl der Sitze zeigt, daß bei den Sejm-Wahlen von 1991 für die Erlangung eines Mandates in einem 17-Mandate-Wahlkreis 1,79% der dort abgegebenen gültigen Stimmen ausreichten, in einem 13-Mandate-Wahlkreis 2,77%, in einem 15-Mandate-Wahlkreis 3,08% etc. Vgl. Stanisław Gebethner, Osiemnaście miesięcy rozczłonkowanego parlamentu, in: ders. (Red.), *Polska scena polityczna a wybory*, Warszawa: Wydawnictwo FIS "Polska w Europie", 1993, S. 7-30, hier S. 17.

12 Ordynacja wyborcza do Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej, Dz. U. nr 45, poz. 205.

mehr kamen die 239 Stimmen für das Gesetz aus den Reihen der größten Fraktionen, von SLD, UD, PPL, PSL, KPN, aber auch von der PC und der Deutschen Minderheit. Die 132 Gegenstimmen kamen von der zweitwichtigsten Regierungspartei, der ZChN, sowie von Abgeordneten kleinerer Fraktionen und Abgeordnetenzirkel. Nach der Kleinen Verfassung von 1992 war ein Proporzwahlsystem vorgeschrieben; nach dem Wahlgesetz von 1993 galt sowohl für die Wahlkreise als auch für die Landeslisten die Sitzverteilung nach dem System d'Hondt. Die Abkehr von einer Überbetonung der Repräsentationsfunktion des Parlaments hin zur Absicht, die Schaffung von Mehrheiten für die Regierungsbildung und die Gesetzgebung zu erleichtern, ließ sich daran ablesen, daß künftig nur diejenigen Parteien Sitze erhalten, die landesweit mindestens fünf Prozent der gültigen Stimmen gewinnen. Ausgenommen von dieser Bestimmung sind nur Parteien nationaler Minderheiten. Wie zuvor werden 85 Prozent der 460 Sejm-Sitze in nun 52 Wahlkreisen vergeben. Die Wahlkreise sind mit den 49 Wojewodschaften identisch, nur die beiden bevölkerungsreichsten Wojewodschaften Warschau und Kattowitz wurden zwei- bzw. dreigeteilt. Je nach Einwohnerzahl entfallen auf diese Wahlkreise zwischen drei und 17 Mandate. Schließen sich Parteien zu Wahlkoalitionen zusammen, wird die Fünf-Prozent-Hürde auf acht Prozent angehoben. Die restlichen 15 Prozent der Mandate werden an diejenigen Parteien vergeben, die landesweit mindestens sieben Prozent der gültigen Stimmen erhalten haben. Bei aller parteipolitischen Zersplitterung wirkt es kurios, daß Bestimmungen für den Fall vorgesehen wurden, daß keine oder nur eine Partei bzw. Parteienkoalition die Fünf-Prozent- bzw. Acht-Prozent-Hürde überspringen kann. Dann soll das Quorum auf drei Prozent bzw. fünf Prozent abgesenkt werden. Die 15 Prozent über Landeslisten zu vergebenden Sitze fallen dann an die drei relativ stärksten Parteien oder Parteienkoalitionen. Erreichen weniger als drei Parteien oder Parteienkoalitionen die genannten Quoren, fallen die 15 Prozent Sitze ausschließlich an sie.

In diesen Bestimmungen waren starke Anreize für Parteien mit benachbarten Programmen enthalten, zur Wahl gemeinsam anzutreten. Dies führte aber nur in einem einzigen Falle zur Bildung einer Wahlkoalition (s. u.), die mit 6,4 Prozent jedoch das vorgeschriebene Quorum von acht Prozent verfehlte. Personelle Querelen verhinderten insbesondere im rechten Spektrum der aus der "S" hervorgegangenen Parteien eine Einigung, so daß mehrere Gruppen getrennt antraten und unter der Fünf-Prozent-Hürde blieben. In der Parlamentsdebatte hatte der Abgeordnete Stefan Niesiołowski (ZChN) vor einer Situation gewarnt, in der 25 Prozent der Wählerschaft keine Vertretung im Sejm finden würden. Das Wahlergebnis vom 19. September 1993 brachte das bei Verhältniswahl wohl einmalige Resultat, daß aufgrund der Fünf-

Tabelle 1: Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 27.10 1991 und vom 19.9.1993

	1991	1993
Wahlberechtigte	27.517.280	27.677.302
Wahlbeteiligung (zum Sejm)	11.887.949	14 415.586
Wahlbeteiligung in v. H.	43,2	52,08
Gültige Stimmen	11.218.602	13.796.227

	Sejm					Senat	
	1991 Stimmenanteil in v H	Sitze	Sitzverteilung Juni 1993	1993 Stimmenanteil in v H	Sitze	1991 Sitze	1993 Sitze
Demokratische Union (UD)	12,31	62	57	10,59	74	21	4
Bundnis der Demokratischen Linken (SLD)	11,98	60	58	20,41	171	4	37
Christlich-Nationale Vereinigung (ZChN)[a]	8,73	49	43	6,37	-	9	1
Bauernpartei (PSL)	8,67	48	49	15,40	132	8	36
Konföderation Unabhangiges Polen (KPN)	7,50	46	47	5,77	22	4	-
Zentrumsallianz(PC)	8,71	44	23	4,42	-	9	1
Liberal-Demokratischer Kongreß (KLD)	7,48	37	-	3,99	-	6	1

Bauernallianz (PL)	5,46	28	19	2,37	-	7	1
Gewerkschaft "S"	5,05	27	26	4,90	-	12	9
Polnische Partei der Bierfreunde (PPPP)	3,27	16	3	0,10	-	-	-
Union fur Realpolitik (UPR)	2,25	3	3	3,18	-	-	-
Union der Arbeit (UP)	2,05	4	6	7,28	41	-	2
Deutsche Minderheit	1,17	7	7	0,80	4	1	1
Partei "X"	0,47	3	-	2,74	-	-	-
Parteiloser Block zur Unterstützung der Reformen (BBWR)	-	-	-	5,41	16	-	2
Samoobrona	-	-	-	2,78	-	-	-
Polnisches Liberales Programm (PPL)[b]	-	-	48	-	-	-	-
Polnischer Konvent (KP)[c]	-	-	26	-	-	-	-
Koalition für die Republik (KdR)	-	-	19	2,70	-	-	-
Sonstige	14,90	26	26	0,79	-	19	5

Quellen Ziemer (Anm 6), S 110f , Jasiewicz (Anm 21), S 395, *Rzeczpospolita* 27 9 1993

a) 1991 Katholische Wahlaktion (WAK), 1993 Wahlkoalition "Ojczyzna" ("Vaterland") zusammen mit dem "Polnischen Konvent" Aleksander Halls

b) Zusammenschluß von KLD, der PPPP-Abspaltung PPG (Polnisches Wirtschaftsprogramm) und fünf PC-Abgeordneten.

c) Zusammenschluß von fruheren UD-, PC- und PL-Abgeordneten, ging 1993 ein Wahlbundnis mit dem ZChN ein

Prozent- bzw. Acht-Prozent-Klausel 34 Prozent der gültigen Wählerstimmen bei der Sitzverteilung im Parlament unberücksichtigt blieben. Lediglich sechs Parteien schafften den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde, wobei durch den Bonus für die Parteien mit mehr als sieben Prozent der gültigen Wählerstimmen die Disproportionen zwischen Stimmen und Mandaten bei den ersten vier Parteien noch verstärkt wurden. (Die mit vier Abgeordneten ins Parlament eingezogene Deutsche Minderheit war von der Fünf-Prozent-Klausel ausgenommen.)

Beibehalten wurde das 1991 eingeführte Prinzip der lose gebundenen Liste auf Wahlkreisebene. Der Wähler stimmt also nicht nur für eine Partei, sondern bringt auch seine Präferenz für einen bestimmten Kandidaten dieser Partei zum Ausdruck. Die Gesamtzahl der Stimmen für eine Partei entscheidet über die ihr im Wahlkreis bzw. über die Landesliste zustehenden Mandate. Welche Kandidaten konkret gewählt sind, bestimmt die durch die Wähler zum Ausdruck gebrachte Reihenfolge. Dabei ergaben sich 1993 zum Teil riesige Unterschiede selbst innerhalb der einzelnen Parteien. So erhielt die Premierministerin Hanna Suchocka als Spitzenreiterin der UD in ihrem Posener Wahlkreis 108.872 Stimmen, während der im gleichen Wahlkreis auch für die UD gewählte Piotr Buczkowski nur auf 640 Stimmen kam. Aleksander Kwaśniewski gewann im großen Warschauer Wahlkreis für die SLD 148.553 Stimmen. Für die gleiche Gruppierung kam der ebenfalls in Warschau kandidierende Ryszard Grodzicki mit ganzen 249 Stimmen über die Landesliste in den Sejm[13].

Von geringerer politischer Bedeutung als der Sejm ist heute die zweite Kammer des Parlaments, der Senat. Nachdem am Runden Tisch für die Wahlen zum Sejm eine 65:35-Mehrheit für die von den Kommunisten geführte bisherige Regierungskoalition vereinbart worden war, sollte der Senat den freien Willen der Wählerschaft zum Ausdruck bringen. 1989 wurden in jeder der 49 Wojewodschaften zwei, in den beiden bevölkerungsreichsten Warschau und Kattowitz je drei Senatoren nach absoluter Mehrheit gewählt, wobei die "S" 99 der 100 Sitze gewann. Mit der Durchführung freier Wahlen auch zum Sejm ab 1991 stellte sich die Frage, wen die zweite Kammer nunmehr eigentlich repräsentiere. Es gab zahlreiche Stimmen - insbesondere des Linksbündnisses SLD -, die dafür plädierten, den Senat wieder abzuschaffen. In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CBOS vom

13 Vgl. die Auflistung der 460 Abgeordneten und ihrer Stimmenzahlen in: *Gazeta Wyborcza* 225, 25./26.9.1993, S. 8f.

November 1993 sprachen sich nur 27 Prozent der Befragten dafür aus, den Senat beizubehalten[14].

Seit 1991 werden die hundert Senatoren nicht mehr nach absoluter, sondern nach relativer Mehrheitswahl in Zweier- bzw. Dreierwahlkreisen gewählt. Da hierbei Persönlichkeiten und keine Listen kandidieren, sind beim Ausscheiden von Senatoren aus ihrem Amt Nachwahlen erforderlich. Diese bieten nach dem Scheitern zahlreicher Parteien an der Fünf-Prozent-Klausel 1993 nun aus dem Sejm ausgeschiedenen Politikern möglicherweise die Chance, über einen Sitz im Senat doch noch eine Tribüne zu erhalten, von der aus sie mit landesweiter Wirkung agieren können.

2.2.3. Das Parteiengesetz

Mit der Verfassungsänderung von Ende 1989, die das Machtmonopol der kommunistischen Partei aufhob, wurde auch die verfassungsmäßige Beschränkung der legalen Tätigkeit politischer Parteien auf die Kommunisten und ihre Bündnispartner beseitigt. Die Neugründung politischer Parteien ist seither ohne zahlenmäßige Begrenzung möglich. Am 28. Juli 1990 wurde das Gesetz über die politischen Parteien erlassen[15], das eine politische Partei als "gesellschaftliche Organisation" definiert, die sich als Ziel "die Teilnahme am öffentlichen Leben, insbesondere durch Einflußnahme auf die Gestaltung der Politik des Staates und die Ausübung der Macht stellt" (Art. 1). Offensichtlich als Reaktion auf die jahrzehntelange kommunistische Praxis wurde den Parteien ausdrücklich verboten, in den Betrieben und in den Streitkräften eigene Organisationseinheiten zu unterhalten. Die Zulassung einer Partei bedurfte nun keiner Genehmigung mehr. Erforderlich war und ist nur ihre Anmeldung in einem vom Wojewodschaftsgericht in Warschau geführten Register, die von 15 Personen unterschrieben sein muß. Die Quittung über die Anmeldung gilt als Beleg für die Erlangung der Rechtsfähigkeit der Partei.

Auf Antrag des Wojewodschaftsgerichts in Warschau oder des Innenministers kann der Verfassungsgerichtshof die Verfassungswidrigkeit von Zielen oder der Tätigkeit einer Partei feststellen und innerhalb einer bestimmten Frist Änderungen am Statut oder am Programm der Partei anordnen. Wenn

14 Nur für den Sejm sprachen sich 41% aus, 25% war das Problem gleichgültig, 7% antworteten: "Schwer zu sagen". CBOS, Społeczna wizja systemu politycznego Polski. Komunikat z badań, BS/26/22/94, Warszawa, Februar 1994.

15 Dz U nr 54, poz 312

die Tätigkeit einer Partei den Umsturz der Verfassungsordnung durch Gewalt zum Ziel hat oder ihre Führung die Anwendung von Gewalt im öffentlichen Leben organisiert, kann der Justizminister beim Verfassungsgerichtshof einen Antrag auf Verbot der Partei stellen. Diese Regelungen sind bisher allerdings toter Buchstabe, da es noch keine Ausführungsbestimmungen dazu gibt[16].

Parteien können auch wirtschaftliche Tätigkeiten durchführen, jedoch nur in Form von Genossenschaften oder von Teilhabe an GmbH. Parteien dürfen indessen keinerlei Sach- oder Finanzhilfe von ausländischen physischen Personen oder von Rechtspersonen mit ausschließlich ausländischer Beteiligung erhalten.

Die Parteien haben ihre Finanzen und insbesondere ihre Wahlkampfkosten offenzulegen. Jede Wählerliste, die in einem Wahlkreis registriert wurde, muß die Herkunft ihrer Finanzquellen angeben, insbesondere diejenigen Bankkredite und ihre Konditionen sowie diejenigen Spenden, die das Zehnfache eines durchschnittlichen Monatslohns in den sechs grundlegenden Wirtschaftsbereichen der materiellen Produktion ausmachen, sowie die Ausgaben für Wahlzwecke. Auch der Staat erstattet Wahlkampfkosten, doch stehen nur 20 Prozent der Summe zur Disposition, die im Staatshaushalt für die Organisation und Durchführung der Wahlen insgesamt vorgesehen ist. Dieser Betrag wird durch 560 (460 Sejm-Abgeordnete und 100 Senatoren) geteilt. Die so errechnete Summe wird für jedes Wahlkreiskomitee (Partei) mit der Zahl der von ihren Abgeordneten und Senatoren gewonnenen Mandate multipliziert. Wahlkomitees ohne Abgeordnete oder Senatoren bleiben bei der Vergabe unberücksichtigt.

Um den Abgeordneten und Senatoren eine gewisse finanzielle Unabhängigkeit zu sichern, stehen ihnen (Stand: Sommer 1994) monatlich acht Mio. Złoty (rund 550 DM, etwa 50 Prozent mehr als ein Durchschnittsgehalt) an nicht zu versteuernden Diäten zu. Abgeordnete, die keinen Nebenberuf mehr ausüben - das sind mehr als die Hälfte -, erhalten zusätzlich (versteuerte) zehn Mio. Złoty monatlich. Hinzu kommen gegebenenfalls noch Zuschläge für die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden von Parlamentskommissionen und -unterkommissionen sowie für alle Parlamentarier kostenloses Reisen im Inland und Zuwendungen für Hotelkosten sowie Zuschüsse für den Unterhalt von Abgeordnetenbüros. Eine Novellierung des Gesetzes über den Status von Abgeordneten

16 Vgl. Stanisław Podemski, Niemożność Delegalizacja partii, in. *Polityka* 5, 28 1 1994, S. 13

und Senatoren soll weitere Anreize für den Übergang zum Berufsparlamentariertum schaffen[17].

3. Politische Cleavages und Kriterien für die Klassifizierung des Parteiensystems

Höchst umstritten sind in der Literatur die Kriterien für eine Klassifizierung des Parteiensystems. Eine Zuordnung der politischen Parteien entsprechend dem in westlichen Gesellschaften gängigen Rechts-Links-Schema ist in postkommunistischen Gesellschaften im allgemeinen und in Polen im besonderen kaum möglich. Herbert Kitschelt hat in einem vielbeachteten Aufsatz die These vertreten, die Parteiensysteme der postkommunistischen Staaten ließen sich entlang der beiden Achsen Wirtschaft (Marktwirtschaft versus politische Umverteilung, also Planwirtschaft) und Grundausrichtung des politischen Systems (libertär-kosmopolitisches versus autoritär-partikularistisches Politikverständnis) klassifizieren. Entsprechend konstruiert Kitschelt eine Vierfelder-Matrix, innerhalb derer einerseits die Parteien aufgrund ihrer programmatischen Aussagen loziert werden. Andererseits werden hier auch die empirischen Daten der Wählereinstellungen abgetragen. Das Gros dieser Wählerpraferenzen setzt Kitschelt zwischen zwei Parallelen, die einen "Korridor" kennzeichnen, innerhalb dessen sich die meisten Wähler bewegen. Parteien, die außerhalb dieses "Korridors" bleiben, haben nur geringe Chancen, Wählerstimmen und damit Mandate im Parlament zu erringen[18].

Dreidimensionale Klassifizierungsversuche finden sich bei polnischen Sozialwissenschaftlern. Mirosława Grabowska hebt folgende Dimensionen hervor: die ökonomische (freier Markt versus Staatsprotektionismus), die politische (das Modell der Regierung) und die spirituelle (die Beziehungen zwischen Staat und Kirche)[19]. Stanisław Gebethner verwendet folgende drei Dimensionen: rechts versus links, was für ihn ein Kriterium sowohl auf der ökonomischen Ebene als auch in der Dimension Nationa-

17 Vgl. Jerzy Pilczyński, Pieniądze dla posła, in: *Rzeczpospolita* 213, 13.9.1994, S. 1, 3.

18 Herbert Kitschelt, The Formation of Party Systems in East Central Europe, in: *Politics & Society,* 20. Jg., 1992, Nr. 1, S. 7-50. Die für Polen auf einer Datenbasis von 1991 getroffenen Aussagen müßten allerdings auf der Basis aktueller empirischer Erhebungen modifiziert werden.

19 Mirosława Grabowska, System partyjny w budowie, in Mirosława Grabowska/Tadeusz Szawiel, *Anatomia elit politycznych. Partie polityczne w postkomunistycznej Polsce 1991-93,* Warszawa: Instytut Socjologii UW, 1993, S 13-30

lismus versus prowestliche Optionen darstellt. Als weiteres Kriterium unterscheidet Gebethner die Haltung von Parteien zum Problem der Dekommunisierung[20]. Eine Mischung der beiden zuletzt genannten Einteilungen bietet der Soziologe Jerzy Wiatr: Monetarismus versus Antimonetarismus, Säkularismus versus religiösen Fundamentalismus und Unterstützung oder Ablehnung der Dekommunisierung[21].

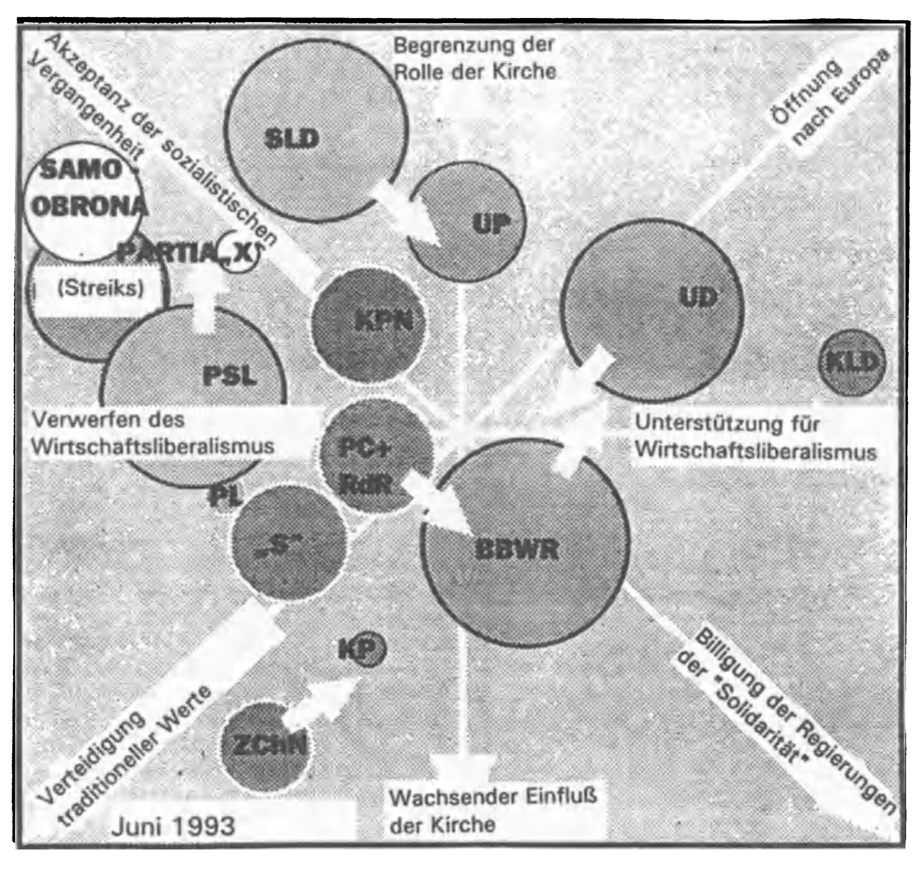
Eine schrittweise Ausdifferenzierung der Konfliktdimensionen innerhalb des Parteiensystems zwischen 1989 und 1991 hat der Soziologe Tomasz Żukowski herausgearbeitet. Danach dominierte bei den Wahlen im Anschluß an den Runden Tisch von 1989 das jahrzehntelang gültige Konfliktmuster: "Wir" (die "S" oder die "Mannschaft Wałęsas") versus "die da oben" (die Kommunisten und ihre bisherigen Alliierten). Nach der Selbstauflösung der kommunistischen Partei Anfang 1990 und der wachsenden Ausdifferenzierung des "S"-Lagers im Laufe des Jahres ergaben sich bis zu den Präsidentschaftswahlen Ende 1990 bereits drei Konfliktdimensionen. Neben die bisherige Konfliktlinie Unterstützung für die "S" bzw. das frühere Regierungslager trat nun die ökonomische Dimension, die sich in Polen in der Befürwortung oder Ablehnung des Balcerowicz-Programms äußerte. Eine polnische Besonderheit bildete die Konfliktlinie Befürwortung oder Ablehnung eines weiteren Anwachsens des Einflusses der katholischen Kirche. Bis zu den ersten freien Parlamentswahlen vom Herbst 1991 ergab sich nach Żukowski eine weitere Konfliktlinie, "Öffnung nach Europa" auf der einen und "Verteidigung traditioneller Werte" auf der anderen Seite, während die anderen Konfliktdimensionen zum Teil leicht modifiziert wurden. Dieses vierdimensionale Konfliktmodell bestand nach Żukowski auch im Juni 1993 noch. Kurz nach der Auflösung des Parlaments durch den Staatspräsidenten und etwa drei Monate vor den Neuwahlen positionierte er, wie aus der nachfolgenden Abbildung hervorgeht, die einzelnen Parteien entsprechend ihren programmatischen Aussagen. Die Größe der Kreise entspricht dabei

20 Stanisław Gebethner 1992: Partie, parlament a rząd w 10 miesięcy po wyborach, in Stanisław Gebethner/Jacek Raciborski (Hrsg.), Wybory '91 a polska scena polityczna, Warszawa: Wydawnictwo FIS "Polska w Europie", 1993, S.7-30, hier S. 28.

21 Jerzy Wiatr, Fragmented Parties in a New Democracy: Poland. Paper presented at a conference on "Political Parties in a Democracy", Vienna, Austria, April 1992, zit. bei: Krzysztof Jasiewicz, Polish Politics on the Eve of the 1993 Elections· Toward Fragmentation or Pluralism?, in: *Communist and Post-Communist Studies*, 26. Jg., 1993, S 387-411, hier. S 397.

den im Juni 1993 durch Meinungsumfragen ermittelten Sympathiewerten für die einzelnen politischen Gruppierungen[22].

Abbıldung 1: Politische Konfliktlinien, Positionierung der Parteien und ihre relative Stärke im Juni 1993

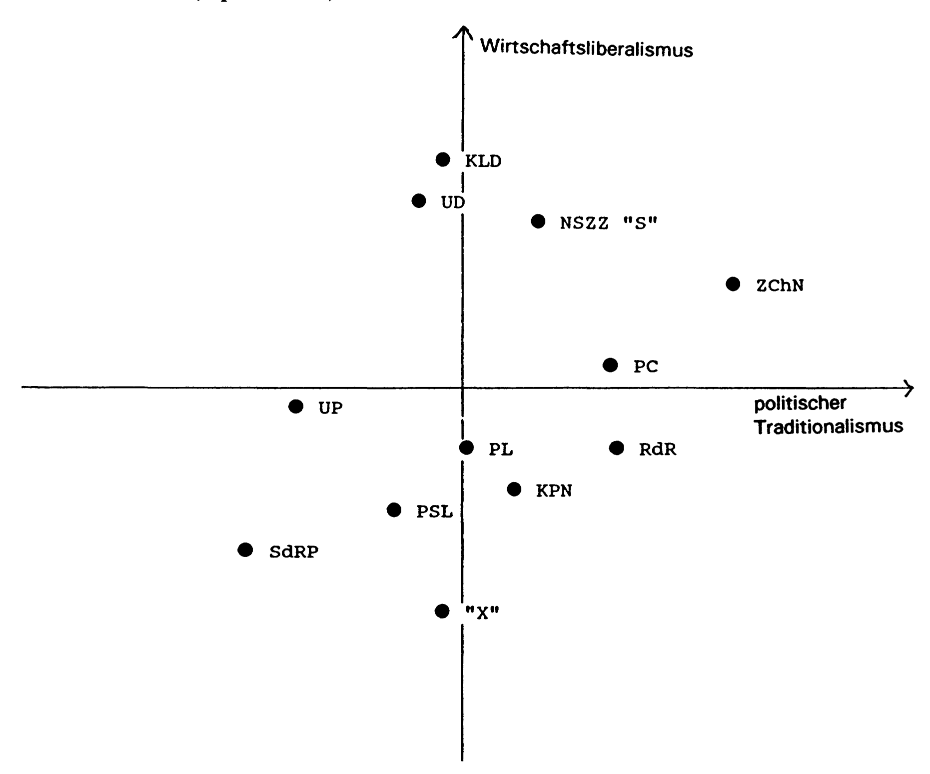


Quelle CBOS, *Partıe polityczne. Ich poparcıe ı społeczny image*
Komunıkat z badań, BS/65/53/93, Warszawa, Mai 1993, S. 8

22 Dıese sind keineswegs gleichbedeutend mit den Resultaten der dreı Monate später abgehaltenen Parlamentswahlen. Bemerkenswert ist ınsbesondere der relativ hohe Prozentsatz an Zustimmung für den BBWR unmittelbar nach seiner Gründung, während die Gruppierung in den Wahlen im September 1993 tatsächlich nur auf 5,4% kam Ebenso liegen PSL, SLD und UD hiernach in etwa gleichauf, während im tatsächlıchen Wahlresultat die UD nur etwa halb so viele Stimmen wie die SLD erringen konnte.

In einer empirischen Untersuchung, in der ursprünglich mehr als 300 Variablen auf 20 reduziert wurden, fand ein Forscherteam um Krzysztof Jasiewicz heraus, daß zur Zeit der Wahlen von 1991 fünf unabhängige Dimensionen die politischen Cleavages in Polen widerspiegelten. Dies waren: politischer und ökonomischer Liberalismus versus Populismus, Säkularismus versus Religiosität, Westernisierung versus Nationalismus (wobei Jasiewicz hervorhebt, daß "Nationalismus" hier ohne pejorative Konnotation verwendet wird), politischer Autoritarismus versus Demokratie und schließlich Dekommunisierung[23].

Abbildung 2: Plazierung der Gruppierungen im politischen Feld (April 1993)



Quelle: Nach Tomasz Żukowski, Wybory '93 Przed podniesieniem kurtyny, in *Polityka* 28, 10 7 1993, S. 14

23 Vgl Jasiewicz, Polish Politics on the Eve of the 1993 Elections (Anm 21), S 398ff

Ein zweidimensionales Modell in Gestalt eines vertikalen und eines horizontalen Vektors verwendete das Meinungsforschungsinstitut CBOS, um das gesellschaftliche Image der Parteien zu ermitteln. Der horizontale Vektor ging in Richtung politischer Traditionalismus, der vertikale in Richtung "wirtschaftlicher Liberalismus". Anhand von Erhebungen im September 1991 und April 1993 ergaben sich Positionierungen der Parteien, die relativ stabil waren. Die oben wiedergegebene Abbildung 2 vom April 1993 kommt der Positionierung bei Żukowski relativ nahe[24].

4. Parteienverdrossenheit - die polnische Version

Nicht nur Politikwissenschaftler haben Schwierigkeiten, sich in der polnischen Parteienlandschaft zu orientieren. Auch dem polnischen Wähler muß dies in Anbetracht der nicht mehr zu uberschauenden Vielzahl politischer Parteien ausgesprochen schwerfallen Im Juni 1993 waren über 200 Parteien formell registriert, weitere traten in der Öffentlichkeit in Erscheinung, ohne sich um den rechtlichen Status einer Partei zu bemühen. Von zahlreichen "Parteien" gab es jedoch außer ihrer Registrierung keinerlei Lebenszeichen, etliche andere entfalteten eher karitative oder Protestaktivitäten als politische Tätigkeit im eigentlichen Sinne[25]. Auch die Mitgliederzahlen selbst der meisten im Parlament vertretenen Parteien liegen ausgesprochen niedrig. Ein klares Profil konnten nur wenige politische Gruppierungen gewinnen, zumal im Sejm zumindest von 1989 bis 1991 die Zugehörigkeit von Parteien zu Regierungskoalition oder Opposition nicht immer eindeutig zuzuordnen war, der Fraktionswechsel von Abgeordneten ein geradezu atemberaubendes Tempo hatte[26] und politische Verantwortlichkeiten somit verwischten. Zusammen mit der für weite Kreise der Bevölkerung als enttäuschend empfundenen sozioökonomischen Entwicklung führte dies zu einer raschen Entfremdung vom neuen politischen System und den meisten seiner Repräsentanten, denen unterstellt wurde, sie verfolgten primär Eigeninteressen. In

24 CBOS Partie polityczne. Ich poparcie i społeczny image. Komunikat z badań, BS/65/53/93, Warszawa, Mai 1993. Die Abbildung findet sich auf S. 8.

25 Vgl. Konstanty Adam Wojtaszczyk, Programy głównych ugrupowań politycznych w okresie transformacji 1989-1992, in. Gebethner (Red), *Polska scena polityczna a wybory* (Anm 11), S 31-45, hier S 31f. Eine Auflistung der mehr als 200 Parteien findet sich im selben Band, S 261-268.

26 In der nur 18 Monate dauernden Wahlperiode 1991 bis 1993 wechselten 123 Abgeordnete, also mehr als ein Viertel, ihre Fraktionszugehörigkeit Vgl Gebethner, Osiemnaście miesięcy rozczłonkowanego parlamentu, in: ders. (Red.), *Polska scena polityczna a wybory* (Anm 11), S. 7-30, hier S 8

einer repräsentativen Erhebung erklärte 1992 nur ein Viertel der Bevölkerung, es gebe Institutionen und Organisationen, die ihre Interessen verteidigten. Von diesem Viertel nannte in diesem Zusammenhang rund die Hälfte die Gewerkschaften, lediglich drei Prozent nannten politische Parteien[27].

Auf derselben Linie lagen 1991 die Ergebnisse eines international vergleichenden Forschungsprojekts. Danach hielten zwar 67 Prozent der befragten Polen Parteien für unabdingbar für die Vertretung des Volkswillens. Gleichzeitig wurde jedoch ein ausgesprochen niedriges Ansehen der Parteien und eine geringe Parteienbindung offenkundig[28]. In eine ähnliche Richtung zeigten die Ergebnisse einer Mitte August 1994 durchgeführten repräsentativen Umfrage, nach der 45 Prozent der Befragten die Meinung äußerten, bei der Besetzung der höchsten Positionen im Lande komme es vor allem darauf an, welche Persönlichkeiten die Macht ausübten. Nur 15 Prozent gaben an, entscheidend sei deren Parteizugehörigkeit, 21 Prozent hielten beide Kriterien für gleich wichtig[29].

Die in etlichen Umfragen belegte Aversion gegen politische Parteien begünstigte nicht nur bei den Kommunalwahlen von 1990 Kandidaten, die sich ausdrücklich als "parteilos" bezeichneten, sondern auch den erstaunlichen Erfolg der Polnischen Partei der Bierfreunde (PPPP), die 1991 mit 16 Abgeordneten in den Sejm einzogen und in Umfragen zeitweilig bei sechs Prozent der Wählerstimmen gelegen hatten. Eine andere Konsequenz der verbreiteten Politik- und Parteienverdrossenheit ist die niedrige Wahlbeteiligung, die bei den Parlamentswahlen 1991 bei 43 Prozent und 1993 bei 52 Prozent sowie bei den Kommunalwahlen 1994 unter 34 Prozent lag. Empirische Untersuchungen für die Gründe der Wahlenthaltung bei den Parlamentswahlen ergaben in erster Linie Enttäuschung über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Polens, die Erwartung, die eigene wirtschaftliche Situation werde sich weiter verschlechtern und die Stimmabgabe darauf keinen Einfluß haben, sowie geringes Interesse an Politik allgemein[30].

27 CBOS, Potrzeba reprezentacji interesów i poczucie jej zaspokojenia Komunikat z badań (BS/348/57/92), Warszawa, Juli 1992.

28 Vgl. Gerhard Mangott, Parteienbildung und Parteiensystem in Ost-Mitteleuropa im Vergleich, in: Peter Gerlich/Fritz Plasser/Peter A. Ulram (Hrsg.), *Regimewechsel. Demokratisierung und politische Kultur in Ost-Mitteleuropa,* Wien/Köln/Graz: Böhlau 1992, S.99-127.

29 13% erklärten, ob Partei oder Persönlichkeit, habe keine Bedeutung, 6%: "schwer zu sagen"; Człowiek i partia, in: *Rzeczpospolita* 200, 29.8.1994, S. 1.

30 CBOS, Nieobecni w wyborach '93. Diagnoza absencji wyborczej na podstawie przed- i powyborczych sondaży CBOS. Komunikat z badań (BS/167/136/94), Warzawa, November 1993.

5. Die Parteiengruppierungen nach den Parlamentswahlen vom 19. September 1993

Die Wahlen zum Sejm vom 19. September 1993 haben das polnische Parteienspektrum in mehrfacher Hinsicht verändert. Zum einen ist die Anzahl der im Parlament vertretenen Parteien drastisch reduziert worden, und zwar vor allem deshalb, weil die konservativen Gruppierungen - im polnischen Sprachgebrauch "die Rechte" - wegen oft kleinkarierter persönlicher Ambitionen völlig zersplittert antraten und, abgesehen von Wałęsas neu geschaffenem Block, die im Wahlgesetz vorgesehenen Sperrklauseln nicht überwinden konnten. Die Zusammensetzung des Parlaments ist damit überschaubarer geworden, aber um den Preis, daß 34,34 Prozent der gültigen Wählerstimmen ohne Vertretung im Sejm blieben.

Eine zumindest scheinbare Klarheit verrät auch die wahlgeographische Karte Polens mit den nach relativer Mehrheit in den Wahlkreisen siegreichen Listen:

Abbildung 3: Nach relativer Mehrheit in den Wahlkreisen siegreiche Parteien bei den Sejm-Wahlen vom 19.9.1993

Quelle: *Rzeczpospolita* 225, 25./26.9.1993, S. 2.

Danach zeigt sich eine deutliche Zweiteilung des Landes in eine nordwestliche, von der SLD beherrschte und eine südöstliche, von der PSL dominierte Hälfte, die nur wenige, erklärbare, "Einsprengsel" aufweisen (die Industriestädte Warschau und Lodz für die SLD, Posen und Krakau als Hochburgen der UD sowie Oppeln knapp an die deutsche Minderheit). Gewisse Analogien zur in der Vorkriegszeit geläufigen Einteilung in "Polen A" (links der Weichsel, stärker industrialisiert und urbanisiert) und "Polen B" (rechts der Weichsel, deutlich ländlich-agrarisch geprägt) scheinen unübersehbar. Tatsächlich ist das Bild jedoch weit differenzierter.

Das polnische Parteiensystem ist im Umbruch, und die Parlamentswahlen von 1993 haben Tendenzen zu weiteren Umgruppierungen verstärkt, die dazu führen können, daß sich seine Struktur mehr an westeuropäische Muster annähert. Polnische Besonderheiten sind u.a. bedingt durch die große Bedeutung der Landwirtschaft und die gesellschaftliche Rolle der katholischen Kirche. Die Reihenfolge der Darstellung des gegenwärtigen polnischen Parteienspektrums lehnt sich im folgenden im wesentlichen an die Zugehörigkeit der jeweiligen Parteien zur aktuellen Regierungskoalition und zur parlamentarischen Opposition an, wobei ansatzweise ein Links-Rechts-Schema verwendet wird, das im einzelnen jedoch zu modifizieren ist

5.1. Das Bündnis der Demokratischen Linken (SLD)

Mit 20,4 Prozent der gültigen Stimmen fast doppelt so hoch wie in monatelang relativ stabilen Wahlprognosen vorausgesagt[31] war im September 1993 das Ergebnis der Wahlen zum Sejm für das "Bündnis der Demokratischen Linken" (SLD), eine Koalition aus 28 Gruppierungen, unter denen die "Sozialdemokratie der Republik Polen" (SdRP) die mit Abstand stärkste Kraft darstellte, gefolgt von dem in den 80er Jahren mit den Kommunisten verbundenen Gewerkschaftsverband OPZZ sowie der Lehrergewerkschaft. Die übrigen, weit kleineren Gruppierungen haben eine Spannweite von der Demokratischen Frauenunion bis zu Formationen der alten Parteikonservativen wie dem "Bund der Polnischen Kommunisten 'Proletariat'" oder der "Bewegung der Werktätigen" des früheren OPZZ-Vorsitzenden Alfred Miodowicz, aber auch der winzigen, sich aus dem "S"-Lager herleitenden Funk-

31 Noch Mitte Juni 1993 erklärte ein so ausgewiesener Wahlforscher wie Stanisław Gebethner, Prognosen, es drohe eine Ruckkehr der postkommunistischen Linken, seien "wenig real und stark übertrieben", Gebethner, Osiemnaście miesięcy rozczłonkowanego parlamentu (Anm 26), S. 10f

tionärsgruppe der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), die sich mit zwei rivalisierenden PPS-Grüppchen in der SLD befindet[32]. Die Dominanz der SdRP innerhalb der SLD kommt auch im Führungstrio zum Ausdruck. Vorsitzender ist Włodzimierz Cimoszewicz, seit Auflösung der PZPR parteilos, früher Sekretär des Parteikomitees an der Warschauer Universität, 1989 PZPR-Abgeordneter und 1990 mit neun Prozent erstaunlich erfolgreicher Präsidentschaftskandidat der SLD; seine Stellvertreter sind die OPZZ-Vorsitzende Ewa Spychalska sowie der SdRP-Vorsitzende Aleksander Kwaśniewski.

Auf dem Auflösungsparteitag der PZPR gründete die Mehrzahl der Delegierten Ende Januar 1990 die SdRP als Nachfolgeorganisation. Die vom früheren Parteiliberalen Tadeusz Fiszbach auf demselben Kongreß ins Leben gerufene "Polnische Sozialdemokratische Union" (PUS) distanzierte sich von der PZPR-Vergangenheit und lehnte konsequenterweise jede Beteiligung am früheren Parteivermögen ab. Die PUS fand jedoch zwischen der SdRP und der Post-"S"-Linken kein eigenes Profil und löste sich 1992 auf.

Das PZPR-Parteivermögen war und ist zum Teil noch immer heftig umstritten. Am 9. November 1990 wurde ein Gesetz verabschiedet, nach dem das am 24. August 1989, dem Tag der Bildung der Regierung Mazowiecki, bestehende PZPR-Vermögen an den Staat fiel. Die Verwirklichung dieses Gesetzes stieß in der Praxis auf viele Schwierigkeiten sowohl hinsichtlich der Immobilien als auch des beweglichen und des Geldvermögens. Besonders umstritten war ein den polnischen Behörden entgegen polnischem Recht verheimlichter Kredit der KPdSU über mehr als eine Mio. USD vom Frühjahr 1990 sowie der Transfer von mehreren Mio. USD aus dem PZPR-Vermögen für Firmengründungen im westlichen Ausland[33]. Erhalten blieb der Partei die Tageszeitung "Trybuna" (früher "Trybuna Ludu").

Die SdRP zählt heute rund 60.000 Mitglieder. Ihre Organisation kann sich auf den Kern des früheren Parteiapparates stützen und ist allein dadurch allen anderen Parteien - abgesehen von der PSL - überlegen. Die Basis der Parteiorganisation bilden "Kreise" am Wohnort und am Arbeitsplatz, gefolgt von beratenden und Exekutivorganen auf gemeindli-

32 Vgl u.a. Sławomir Mizerski, Kto z kim w Sojuszu, in: *Życie Warszawy* 227, 29.9 1993, S. I und III, Joachim Weidemann, *Schein und Sein der Postkommunisten Polens* (Friedrich-Ebert-Stiftung Warschau), September 1993

33 Vgl u a Szybkie zyski SdRP dzięki pomocy KPZR. Tajny dokument radzieckich komunistów, in *Życie Warszawy* 174, 22 7.1992, S 3, Danuta Frey, Co zostało po PZPR, in. *Rzeczpospolita* 81, 6 4.1993, S I

cher, Wojewodschafts- und nationaler Ebene. Nicht nur die SLD, auch die SdRP ist sehr heterogen zusammengesetzt, was sich auch in der personellen Zusammensetzung der Parteispitze widerspiegelt. Der Parteivorsitzende Aleksander Kwaśniewski, Jahrgang 1954, 1985-87 bereits Minister für Jugendfragen und Hoffnungsträger des Reformflügels der PZPR, repräsentiert die sozialdemokratische Strömung innerhalb der Partei und die pragmatisch-effizienzorientierte Richtung der in der Mitgliederschaft überproportional stark vertretenen Manager (denen nachgesagt wird, daß sie zum Teil die Umwandlung von Staatsbetrieben in Genossenschaften zu deren privater Aneignung nutzen konnten). Kwaśniewskis Stellvertreter, Leszek Miller, Jahrgang 1946, gilt ebenso als konservativer Vertreter des alten Parteiapparates wie der Generalsekretär des Zentralen Exekutivkomitees der Partei, Jerzy Szmajdziński, Jahrgang 1952, in den 80er Jahren Vorsitzender des kommunistischen Jugendverbandes und Mitglied des ZK der PZPR.

Tabelle 2: Prozentanteil ausgewählter Parteien in einzelnen Berufskategorien

Partei	Berufskategorien								
	A	B	C	D	E	F	G	H	I
SLD	22	16	15	17	8	16	19	24	23
PSL	12	16	7	8	46	19	12	9	5
UD	15	9	20	13	3	6	7	13	23
UP	5	6	8	6	2	6	7	10	10
KPN	5	4	6	7	3	7	11	5	3
BBWR	6	6	5	8	3	6	6	6	4
Ojczyzna	9	8	4	4	6	7	4	5	6
KLD	3	4	11	9	1	3	3	5	8
"S"	6	6	3	4	3	6	8	6	3

A - Rentner; B - Hausfrauen, C - Studenten, D - Selbständige; E - Landwirte, F - Hilfsarbeiter; G - Facharbeiter; H - Angestellte ohne Hochschulabschluß, I - Angestellte mit Hochschulabschluß.
Quelle: INFAS-Übersicht vom Wahltag (19.9.1993) nach Edmund Wnuk-Lipiński, *Left turn in Poland, A Sociological and Political Analysis*, Institute of Political Studies. Polish Academy of Sciences, Warsaw, Oktober - November 1993, S.18.

Die Wählerschaft der SLD bei den Parlamentswahlen 1993 zeichnete sich durch einen hohen Anteil nicht nur unter Facharbeitern und ungelernten Arbeitern sowie unter Rentnern aus, sondern auch unter Angestellten mit und ohne Universitätsabschluß sowie unter Studenten. Besonders bemerkenswert

war, daß mit 17 Prozent die meisten Selbständigen für die SLD stimmten (vgl. Tabelle 2).

Die Einheit der Partei wurde bis 1993 nicht zuletzt durch ihre von fast allen anderen politischen Gruppierungen praktizierte Ausgrenzung gefestigt. Seit dem Eintritt in die Regierung sind jedoch Spannungen innerhalb der SLD ebenso wie innerhalb der SdRP unübersehbar. Der marktwirtschaftlich orientierte Flügel fand sich schnell im Gegensatz zu den Repräsentanten der OPZZ, aber auch zu früheren Exponenten der PZPR wie Mieczysław Rakowski, denen ein klares ideologisches Konzept der SdRP fehlte[34].

Diese Richtungskämpfe fanden ihren Ausdruck auch in der SLD-Fraktion, deren Vorsitzender Aleksander Kwaśniewski mehrfach mit seiner Position unterlag, ohne daß dies freilich seine Stellung anfechten konnte. Offen ist, wie sich die innerparteilichen Auseinandersetzungen weiter entwickeln werden[35].

5.2. Die Polnische Bauernpartei (PSL)

Das Wahlergebnis vom 19. September 1993 machte die PSL mit 15,4 Prozent der gültigen Stimmen und 132 der 460 Mandate im Sejm sowie 36 der 100 Sitze im Senat zur erfolgreichsten "gewendeten Blockpartei" des gesamten früheren "sozialistischen Lagers" (sieht man vom Sonderfall der "gewendeten" CDU in den ostdeutschen Bundesländern einmal ab). Allerdings gestaltete sich der Umgestaltungsprozeß ausgesprochen schwierig. Über 40 Jahre beanspruchte die ZSL, die 1949 aus der Fusion der KP-nahen "Bauernpartei" (SL) mit den Resten der wichtigsten Oppositionspartei, der "Polnischen Bauernpartei" (PSL) des 1947 in den Westen geflohenen Stanisław Mikołajczyk, hervorgegangen war, das Erbe der traditionsreichen polnischen Bauernbewegung für sich. 1988/89 entstanden jedoch mehrere neue, sich zum Teil auf die PSL-Tradition, zum Teil auf die Bauern-"S" berufende Gruppierungen, die jeweils den alten Parteinamen PSL annahmen (teilweise mit Zusätzen wie "S"), während innerhalb der ZSL spätestens mit der Bildung der Regierung Mazowiecki ein Reformprozeß einsetzte, der im Austausch des Führungspersonals und im November 1989 in der Umbenennung

34 Vgl. die Kritik von Mieczysław F. Rakowski, Którędy do przyszłości, in: *Polityka* 17, 23.4.1994, S. 3, und die Replik des SLD-Sprechers Zbigniew Siemiątkowski, Przeciw magicznemu myśleniu, in: *Polityka* 19, 7.5.1994, S. 13.

35 Zu einer kritischen Auseinandersetzung mit SdRP und SLD vgl. Weidemann, *Schein und Sein* (Anm. 32).

der Partei in PSL-Odrodzenie (Wiedergeburt; Kurzform: PSL-O) seinen Ausdruck fand.

In der Folge gab es mehrere Versuche zur Einigung der Bauernbewegung, die jedoch nicht zuletzt aufgrund von persönlichen Ambitionen einzelner Politiker zu kaum mehr überschaubaren Fusionen und erneuten Abspaltungen führten[36]. Im Ergebnis bildeten sich zwei Hauptrichtungen heraus, zu unterscheiden nach der Herkunft aus der früheren Blockpartei oder der früheren Opposition, wobei sich die letztere Richtung noch weiter teilte. Bereits bei den Parlamentswahlen von 1991 setzte sich die "gewendete" PSL, die inzwischen auf den Zusatz "O" verzichtet hatte, mit 8,67 Prozent der gültigen Stimmen klar gegen die "Bauernallianz" (PL) mit 5,46 Prozent durch, während bei den Wahlen von 1993 die PSL mit 15,40 Prozent die PL mit 2,37 Prozent deklassierte und nun fast ein Monopol auf die Vertretung der Bauernschaft besitzt.

Von der Mitgliederzahl her ist die PSL mit beanspruchten 250.000 die mit Abstand größte Partei Polens, doch weiß niemand, wie viele "Mitglieder" tatsächlich Beiträge zahlen. Die Zahl der aktiven Parteimitglieder wird auf 10.000 geschätzt[37]. Die Parteiorganisation ist nach der Grundorganisation in "Kreise" dreistufig entsprechend der staatlichen Verwaltungsorganisation gegliedert. Das formal höchste Gremium auf nationaler Ebene bildet der Kongreß. Er wählt u.a. den Parteivorsitzenden und den Vorsitzenden des Hauptrates. Letzterer stellt zwischen den Parteitagen das wichtigste Parteiorgan dar und setzt sich aus 25 vom Kongreß gewählten Mitgliedern sowie dem Parteivorsitzenden, dem Vorsitzenden des Hauptrats sowie je zwei Vertretern der 49 Wojewodschaften zusammen. Der Hauptrat wählt aus seiner Mitte das 15köpfige Oberste Exekutivkomitee als Gremium für die Entscheidung und Durchführung der laufenden Angelegenheiten. Eng mit der PSL verbundene Organisationen sind der "Verband der Dorfjugend" (ZMW) mit angeblich 100.000 Mitgliedern, die Bauerngewerkschaft "Landesverband der Bauernkreise und -organisationen" (KZKiOR) mit beanspruchten 1,5 Mio. Mitgliedern in rund 80 Prozent der polnischen Dörfer sowie eine Reihe weiterer mit dem polnischen Dorf verbundener Organisationen[38]. Da das ZSL-Parteivermögen

36 Vgl. Kai-Olaf Lange, Die Polnische Bauernpartei - von der Klassenpartei zur Christdemokratie?, in: *WeltTrends*, Nr 3, 1994, S.78-92, hier S. 78-81.

37 Vgl. Janina Paradowska, Oswajanie ludowców, in: *Polityka* 10, 8 3.1994, S 16. Lange, Polnische Bauernpartei (Anm. 36), S 82, gibt für Oktober 1992 PSL-eigene Daten von 195.000 Mitgliedern an

38 Vgl ebd , S 82f

im wesentlichen unangetastet blieb, kann sich die PSL heute rühmen, eine Partei ohne Schulden zu sein.

Ihre soziale Basis hat die Partei ebenso wie die anderen Bauernparteien auf dem Lande. Da einerseits noch mehr als 25 Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft arbeiten, andererseits aber ein Strukturwandel, der die wirtschaftliche Existenz von Hunderttausenden von kleinen Bauernhöfen fordern wird, absehbar ist (und damit die Reduzierung der sozialstrukturellen Basis aller Bauernparteien), scheint die Programmatik der PSL vorgezeichnet. Gegner halten ihr vor, sie richte sich gegen eine Modernisierung Polens. Tatsächlich tritt die PSL für stärkeren Protektionismus zugunsten der Landwirtschaft und damit für mehr Staatsinterventionismus statt Marktwirtschaft ein. Für ihre Aussagen beruft sie sich sowohl auf die katholische Soziallehre als auch auf den demokratischen Sozialismus[39].

Umstritten ist, ob sie sich nach dem Ausscheiden explizit katholischer Parteien aus dem Sejm in Zukunft in Richtung einer christlich-demokratischen Partei entwickeln wird, was angesichts offenkundigen Wohlwollens kirchlicher Kreise für die PSL und des Eintretens der PSL für eine rasche Ratifizierung des Konkordats mit dem Vatikan (in krassem Gegensatz zum Koalitionspartner SLD) nicht ausgeschlossen scheint. Freilich gibt es auch auf katholischer Seite Stimmen, die vor einem solchen Bündnis warnen, da u.a. in der PSL noch alte Kader das Sagen hätten und die Partei mit dem rückständigen "Polen B" assoziiert werde[40]. Ferner sprechen noch immer in der PSL bestehende Ressentiments gegen die katholische Kirche und die von der westlichen Christdemokratie entfernte Wirtschaftsprogrammatik gegen eine dauerhafte Anbindung an die katholische Kirche[41]. Andere Minderheitenströmungen in der Partei wollen die PSL zu einer Volkspartei im westeuropäischen Sinne öffnen, entweder stärker zur Mitte oder - so der Sejm-Marschall von 1989 bis 1991, Prof. Mikołaj Kozakiewicz - nach links orientiert. Die dominierende Richtung freilich beharrt auf dem fest umrissenen Milieucharakter der Partei. Allen Gruppen gemeinsam ist offensichtlich der entschlossene Wille, die nach den Wahlen von 1993 errungene politische Macht mit

39 Vgl. ebd., S 86-89.

40 Vgl. u a. Janusz A. Majcherek, Ostrożnie z sojuszami, in: *Tygodnik Powszechny* 10, 6 3 1994, S 3. Als Beleg wird beispielsweise der katholische Publizist (mit bewegtem Lebenslauf) Andrzej Micewski angeführt, der sich mit dem Ziel, die PSL zu einer christlich-demokratischen Partei umzugestalten, auf der PSL-Liste in den Sejm wählen ließ, aber kurz nach der Wahl aus der PSL-Fraktion austrat.

41 Lange, Polnische Bauernpartei (Anm. 36), S. 91.

allen Mitteln zu behaupten[42], nicht zuletzt durch eine straffe Zentralisierung des Staatsapparates und eine konsequent betriebene Personalpolitik, die an die Nomenklaturpolitik der realsozialistischen Zeit erinnert, etwa bei der Besetzung von Wojewodenposten durch den Leiter des Ministerratsamtes, Michał Strąk.

Unumstrittener Chef der PSL ist inzwischen Ministerpräsident Waldemar Pawlak. Eine in der dualistischen Exekutive der Parteiorganisation angelegte mögliche Rivalität zwischen dem Parteichef und dem Vorsitzenden des Hauptrats (Józef Zych) war bisher nicht zu beobachten. Pawlak achtet strikt darauf, daß sich in der Partei keine möglichen Rivalen profilieren können und behielt z.B. trotz Kritik aus den eigenen Reihen auch als Ministerpräsident das Amt des Fraktionsvorsitzenden formal bei, während es in der Praxis von Franciszek Stefaniuk ausgeübt wird, einem Politiker, der als zu schwach gilt, um Pawlak gefährlich werden zu können[43].

5.3. Die Arbeitsunion (UP)

Den größten Zugewinn bei den Sejm-Wahlen 1993 (Erhöhung der Mandatszahl von sechs auf 41) verzeichnete die erst im Juni 1992 gegründete Arbeitsunion, deren Führungspersonal sich mehrheitlich aus Angehörigen des früheren linken "S"-Flügels rekrutiert und die sozialdemokratische bis sozialistische Positionen vertritt. Ihr Vorsitzender Ryszard Bugaj gründete 1990 aus der "S"-Fraktion heraus die "Solidarität der Arbeit" (SP), die bei den Sejmwahlen 1991 auf 2,05 Prozent der gültigen Stimmen und vier Sitze kam. Sie schloß sich 1992 mit der Gruppierung des aus dem Untergrundkampf der "S" bekannten Abgeordneten Zbigniew Bujak, der "Sozialdemokratischen Union Großpolens" von Wiesława Ziółkowska (früher PUS) und Teilen der PPS zur UP zusammen. Die UP, die sich als eine Art Labour Party versteht, ist nach Bugaj weder eine post-"S"- noch eine postkommunistische, sondern eine "normale Partei der gemäßigten Linken". Rund ein Viertel der Delegierten des Gründungskongresses war früher in der PZPR. Die Partei zählt etwa 7.000-8.000 Mitglieder. Ihr höchstes Organ bildet der 50-köpfige Landesrat. Ihre Anhängerschaft zeichnet sich durch einen über-

42 Vgl. Paradowska, Oswajanie ludowców (Anm. 37).
43 Vgl. Robert Krasowski, Wódz i jego ludzie, czyli Pawlak i liderzy PSL, in: *Życie Warszawy*, 11.3.1994, S. 6

durchschnittlich hohen Bildungsgrad aus. Rund die Hälfte hat Abitur, ca. zehn Prozent haben Hochschulbildung[44].

Die UP befürwortet eine soziale Marktwirtschaft, ist aber auch für eine Gleichberechtigung der Wirtschaftssektoren und den Schutz des polnischen Marktes, u.a. durch Ausgleichszahlungen und andere Hilfen für die Bauern. Sie fordert einen weltanschaulich neutralen Staat, ist für Religionsunterricht an den Schulen, aber auf der Basis absoluter Freiwilligkeit. Sie lehnt die Ratifizierung des Konkordats in seiner gegenwärtigen Form kategorisch ab und fordert Neuverhandlungen. Eine gewisse Popularität dürfte die UP durch die führende Teilnahme von Zbigniew Bujak an der landesweiten Kampagne für ein Referendum über das Abtreibungsgesetz gewonnen haben.

Nach den Parlamentswahlen von 1993 war die UP unschlüssig, ob sie der Koalition aus SLD und PSL beitreten solle. Der UP-Abgeordnete Marek Pol wurde Minister der neuen Regierung, ohne daß die UP formell Koalitionspartner wurde. Unzufrieden mit der weitgehenden Fortführung der bisherigen Wirtschaftspolitik durch die SLD, erklärte die UP Mitte 1994, sie stehe nun in Opposition zur Regierung und wolle eine linke Alternative darstellen. Marek Pol suspendierte seine Mitgliedschaft in der UP-Fraktion und blieb Mitglied der Regierung. Diese zögerliche und halbherzige Haltung hat die UP offensichtlich Glaubwürdigkeit und Zustimmung in der Wählerschaft gekostet, was auch in ihrem schlechten Abschneiden bei den Kommunalwahlen vom Juni 1994 zum Ausdruck kam.

5.4. Die Freiheitsunion (UW)

Die größte Oppositionspartei bildet heute die UW, die erst im Frühjahr 1994 aus der Fusion der Demokratischen Union (UD) und des Liberal-Demokratischen Kongresses (KLD) entstanden ist. Ihr gehören mit Tadeusz Mazowiecki, Jan Krzysztof Bielecki und Hanna Suchocka drei ehemalige Premierminister an, ferner etliche prominente Intellektuelle der früheren Oppositionsbewegung wie Bronisław Geremek, Jacek Kuroń oder Adam Michnik.

44 Vgl. Ireneusz Krzemiński, Partie i ich wyborcy, in: *Rzeczpospolita* 164, 16.7.1993, S. 3.

Die UD war ihrerseits nach der Spaltung der "S"-Fraktion OKP und der Niederlage Tadeusz Mazowieckis im Präsidentschaftswahlkampf im Dezember 1990 aus dem Zusammenschluß unterschiedlich orientierter Gruppierungen hervorgegangen: der sozialdemokratisch ausgerichteten "Bürgerbewegung - Demokratische Aktion" (ROAD), dem "Forum der Demokratischen Rechten" (FPD) und den Wahlkomitees Mazowieckis. Mit Ausnahme der Zeit von den Parlamentswahlen Ende 1991 bis Juli 1992 war die UD bis zum Herbst 1993 an allen Regierungen maßgeblich beteiligt und bildete während der Regierung Olszewski zusammen mit dem KLD und dem PPG (s.u.) den Kern der Opposition. Die Mitgliederzahl schwankte zwischen 10.000 und 15.000. Die Parteiorganisation folgte der Verwaltungsgliederung. Höchste Organe waren der alle zwei Jahre zusammentretende Landeskongreß, der 100köpfige Rat, der Vorsitzende und drei Stellvertreter sowie das zehnköpfige Präsidium, die Revisionskommission und das Kollegialgericht.

Zur besseren Integration der sehr heterogenen Flügel der UD wurde innerhalb der Partei die Gründung von "Fraktionen" gestattet. Dies konnte jedoch nicht verhindern, daß Aleksander Hall mit seinem FPD im Herbst 1992 die Partei verließ und den "Polnischen Konvent" (KP) gründete. Von Bedeutung waren seither vor allem die Sozialliberale Fraktion um die Senatorin Zofia Kuratowska und der Konservativ-Liberale Klub um Jan Maria Rokita und Hanna Suchocka, während das "Zentrum", als dessen Wortführer Bronisław Geremek galt, sich weniger formell organisierte.

Die UD galt als die populärste Partei und erhielt bei Umfragen bis 1993 regelmäßig die meiste Zustimmung, bei Wahlen allerdings ebenso regelmäßig deutlich weniger Stimmen als erwartet. Bei den Sejm-Wahlen 1991 waren dies enttäuschende 12,31 Prozent der Stimmen, 1993 gar nur 10,59 Prozent. Die UD war in erster Linie eine Partei von Intellektuellen, deren Anhängerschaft zu etwa 30 Prozent Hochschulbildung besitzt[45]. Ihr Programm war ausgerichtet auf den Aufbau eines Rechtsstaates, eine gewisse Dezentralisierung des Staates zur institutionellen Absicherung des gesellschaftlichen Pluralismus, die Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen und außenpolitisch auf die Integration in die westlichen Kooperationsstrukturen.

Der KLD wurde 1990 von wirtschaftsliberal ausgerichteten jungen Politikern vor allem aus der Region Danzig gegründet, deren Programm auf

45 Vgl ebd

den Aufbau eines "demokratischen Kapitalismus" und eines Staates abzielte, der Recht und Eigentum sichert. Die sozialstrukturelle Basis einer solchen Partei konnte in einer Zeit der Systemtransformation nur begrenzt sein. Die Mitgliederschaft wurde mit 2.500-3.000 angegeben, die Parteiorganisation umfaßte die Landeskonferenz, den Politischen Rat (Vorsitzender: Jan Krzysztof Bielecki), den Hauptvorstand (Vorsitzender: Donald Tusk) und das Generalsekretariat.

Bei den Sejm-Wahlen von 1991 konnte der KLD offensichtlich vom Amtsbonus von Premierminister Bielecki profitieren und erhielt mit 7,48 Prozent der gültigen Stimmen 37 Mandate. Anfang November 1992 schien sich die Bildung einer breiteren liberalen Gruppierung abzuzeichnen, denn dem KLD gelang es, die zwölf Abgeordneten des von den "Bierfreunden" abgespaltenen "Polnischen Wirtschaftsprogramms" (PPG) und fünf liberale Dissidenten der PC (s.u.) zur Fraktion "Polnisches Liberales Programm" (PPL) zusammenzuschließen, die mit 58 Abgeordneten die drittstärkste des Sejm wurde, in der Wählerschaft aber keine Entsprechung hatte.

Bereits vor den Wahlen von 1993 gab es Gespräche über eine engere Zusammenarbeit zwischen der UD und dem KLD. Nach dessen Wahlfiasko - er scheiterte mit 3,99 Prozent der Stimmen an der Fünf-Prozent-Hürde - führten Verhandlungen zum Zusammenschluß von UD und KLD zur UW, die im April 1994 auf dem Vereinigungskongreß vollzogen wurde. Neuer Vorsitzender wurde Tadeusz Mazowiecki, sein einziger Stellvertreter Donald Tusk. Die UD-Linke hatte zwei Stellvertreter gefordert, doch wurden alle ihre Anträge auf dem Kongreß abgelehnt, u.a. auch die Wiedereinführung der Möglichkeit von Fraktionsbildungen. Auch im UW-Präsidium ist die Linke nicht vertreten. Barbara Labuda, vor allem durch die Kampagne für ein Referendum über die Abtreibungsfrage bekannt geworden, und Jacek Kuroń lehnten eine Kandidatur zu den Führungsgremien ab. Der frühere Gewerkschaftsführer Władysław Frasyniuk wurde erst als 19. in den 100köpfigen Landesrat gewählt, in dem dem KLD zuvor mit 27 Sitzen eine im Verhältnis zur Zahl der jeweiligen Mitgliederschaft überproportional große Vertretung zugestanden worden war.

Die innerparteilichen Konflikte haben seit der Bildung der UW offenbar noch zugenommen. Dies betrifft zum einen Spannungen zwischen Fraktion und Parteiführung, die offenbar wurden, als der UW-Landesrat elf Landessekretäre als eine Art Schattenkabinett berief. In der Bildung

der Sekretariate sahen Abgeordnete eine Konkurrenz zur Fraktion[46]. Zum anderen befürchten dem Zentrum und der Linken der Partei zuzurechnende Politiker eine Verschiebung der UW nach rechts in Richtung auf eine christlich-demokratische Partei, zumal sich der Vizeparteivorsitzende Tusk jetzt überraschend verständnisvoll gegenüber der Kirche zeigt. Trotz Fraktionsverbots haben Politiker um Zofia Kuratowska eine "Polnische Liberale Gruppe" (PGL) gebildet, die möglicherweise den Kristallisationskern für Sozialliberale auch aus anderen Lagern bilden könnte, ehemalige PZPR-Mitglieder eingeschlossen[47]. Sollte diese Gruppe die UW verlassen, rechnet man mit einem Verlust von 10-20 Prozent der Mitglieder. Sollte es innerparteilich jedoch zum Bruch entlang politischer Streitfragen kommen - z.B. in der Haltung zum Konkordat, zur Abtreibung oder in der Sozialpolitik -, wäre eine Teilung der Partei in einen je etwa gleich starken rechten und linken Flügel nicht ausgeschlossen[48]. Angesichts der inzwischen fast vierjährigen Erfahrungen, die man in der UD mit innerparteilichen Richtungskämpfen besitzt, scheint bei Prognosen jedoch Zurückhaltung geboten.

Quasi als Fußnote bleibt anzumerken, daß der frühere "liberale" Bündnispartner der PZPR, die SD, aus dem politischen Leben praktisch verschwunden ist. Ihre Führung, die in sich zerstritten ist, kann sich zwar noch auf Organisationsstrukturen in 41 von 49 Wojewodschaften stützen und beansprucht 25.000 bis 30.000 Mitglieder[49]. Die SD konnte jedoch unter den neuen Rahmenbedingungen kein eigenes Profil mehr entwikkeln, gewann bei den Sejm-Wahlen 1991 gerade noch 1,41 Prozent der Stimmen und ein Mandat und erzielte 1993 nurmehr ein mikroskopisches Ergebnis.

5.5. Der BBWR

Zu den Überraschungen nach der Auflösung des Parlaments durch Lech Wałęsa im Mai 1993 zählte die von ihm initiierte Gründung des BBWR, die er mit dem ungenügenden Funktionieren der bestehenden Parteien und Insti-

46 Gabinet cieni Unii Wolności, in: *Rzeczpospolita* 118, 23 5.1994, S.2
47 Vgl den Bericht vom ersten Kongreß der PGL· Liberałowie o socjalnym obliczu, in *Rzeczpospolita* 159, 11 7.1994, S. 2
48 Vgl. Eryk Mistewicz, Unia sprzeczności, in: *Wprost* 30, 24.7.1994, S. 22f.
49 Vgl Co się przydarzyło Stronnictwu Demokratycznemu, in· *Rzeczpospolita* 29, 4 2. 1994, S 3.

tutionen motivierte. Kritiker hielten dem Präsidenten vor, er versuche eine negative Mobilisierung, die die neu geschaffenen demokratischen Institutionen abwerte. Ferner bestehe das Programm nur aus seiner Person[50]. Nachdem Umfragen verschiedener Institute dem BBWR im Juni 1993 18-20 Prozent der Wählerstimmen vorhergesagt hatten, sank die Zahl der Befürworter der Gruppierung von Woche zu Woche. Bei den Wahlen vom 19. September 1993 schaffte der BBWR dann mit 5,41 Prozent der Stimmen gerade noch den Einzug in den Sejm.

Der BBWR hatte große Schwierigkeiten mit dem Aufbau einer Organisation und mit der Rekrutierung bekannter Kandidaten. Außer dem populären Medizinprofessor Zbigniew Religa, der in den Senat gewählt wurde, und dem späteren Außenminister Andrzej Olechowski fand sich kaum eine Persönlichkeit von nationaler Statur. Eine besondere Enttäuschung bedeutete für Wałęsa, daß die "S" es ablehnte, auf den Listen des BBWR zu kandidieren, und statt dessen getrennt antrat. Nach den Wahlen hat die Organisation des BBWR in der Provinz offenbar weitgehend aufgehört zu bestehen[51].

Der Status des BBWR war auch nach den Wahlen weiter unklar. Die Organisation hatte sich, wohl um flexibler zu sein, formal als Vereinigung gegründet. Die Umbildung zur Partei sollte nach den Kommunalwahlen vom Juni 1994 stattfinden. Im Sommer 1994 wurde der erste Parteitag dann für den Herbst 1994 angekündigt. Auf der ersten BBWR-Programmkonferenz im Mai 1994 wurden erste Versuche des BBWR deutlich, gegenüber Wałęsa, der offizieller BBWR-Präsidentschaftskandidat ist, ein eigenes Profil zu gewinnen, z.B. durch ein konkurrierendes Verfassungsprojekt zu dem des Präsidenten. Wie immer der BBWR sich weiter entwickeln mag, Wałęsas Versuch, über ihn endlich eine eigene politische Hausmacht aufzubauen, dürfte gescheitert sein.

50 So Ireneusz Krzemiński, Bezpartyjny blok pana prezydenta, in: *Rzeczpospolita* 179, 3.8.1993, S. 4.

51 Vgl. Kazimierz Groblewski/Piotr Adamowicz, BBWR: Efemeryda, która miała być gigantem, in: *Rzeczpospolita* 274, 24.11.1993, S. 3

5.6. Die sich neu formierenden politischen Gruppierungen der Rechten

Eine herbe Niederlage brachten die Sejm-Wahlen von 1993 für die rechts der Mitte angesiedelten politischen Parteien, die aufgrund ihrer Zersplitterung, ihrem Mangel an überzeugenden Konzeptionen und Führungspersönlichkeiten durchweg an der Fünf- bzw. Acht-Prozent-Hürde scheiterten[52]. Besonders bitter war das Ergebnis für die "S", der mit 4,9 Prozent nur wenige tausend Stimmen zum Wiedereinzug in den Sejm fehlten (den sie mit neun Sitzen allerdings in den Senat schaffte). Nach langen Debatten hatte die "S" 1991 für das Parlament kandidiert, und zwar mit der Zielsetzung, dort Gewerkschaftsinteressen zum Ausdruck zu bringen und an keiner Regierung teilzunehmen. Die "S" erhielt zwar nur 5,05 Prozent der Stimmen zum Sejm und damit 27 Abgeordnete (sowie 12 der 100 Senatoren), konnte sich wegen der Zersplitterung des Parlaments aber aus tagespolitischen Auseinandersetzungen nicht heraushalten. Mehrfach führten Konflikte über "staatstragendes" oder gewerkschaftsorientiertes Abstimmungsverhalten fast zur Spaltung der Fraktion sowie zu heftigen Spannungen zwischen der Gewerkschaftsbasis und der "S"-Fraktion[53]. Von der "S" ging 1993 der Mißtrauensantrag aus, der die Regierung Suchocka stürzte. Daß Wałęsas Angebot, die "S" könne auf der Liste des BBWR kandidieren, von der Mehrheit der Delegierten des 5. "S"-Kongresses im Sommer 1993 abgelehnt wurde, bildete einen der Gründe für den Bruch Wałęsas mit der von ihm gegründeten Gewerkschaft, in der er aber in dem in den Statuten nicht vorgesehenen "Sieć" ("Netzwerk") weiterhin über einen Brückenkopf verfügt[54].

Die "S", die weit von der 1981 beanspruchten Mitgliederzahl von knapp 10 Mio. entfernt ist, leidet unter einem ständigen Mitgliederverlust (1991 2,28 Mio., 1994 ca. 1,8 Mio.; Wählerstimmen 1993: 676.000) und ist nach der Wahlniederlage von 1993 in eine offene Krise geraten. U.a. zur Mobilisierung der Mitglieder attackiert die "S"-Führung seither frontal die SLD-PSL-Regierung in zahlreichen Demonstrationen und Streiks, doch gibt es vor allem um den einflußreichen Vorsitzenden der Region Mazowsze (Warschau), Gabriel Janowski, auch Bestrebungen,

52 Vgl. Andrzej Siciński, Dlaczego prawica poniosła klęskę?, in: *Rzeczpospolita* 221, 21 9.1993, S. 3.

53 Vgl Klaus Ziemer, Polens Gewerkschaften auf der Suche nach ihrem Platz im postsozialistischen System, in. *Industrielle Beziehungen*, 1. Jg., 1994, Nr 3, S. 239-260, hier S. 250f.

54 Vgl Anna Sabbat-Swidlicka, Solidarity Parts Company with Walesa, in *RFE/RL Research Report*, Vol. 2, Nr. 31, 30 7.1993, S. 1-6

eine eigene politische Organisation der "S" aufzubauen. Ferner ist nicht auszuschließen, daß die "S" einem konsolidierten Bündnis der Rechten beitritt und dort eine ähnliche Rolle spielt wie die OPZZ innerhalb der SLD.

Als erste Post-"S"-Partei entstand im Mai 1990 die Zentrumsallianz (PC) unter dem damaligen engen Mitarbeiter Wałęsas, Jarosław Kaczyński. In ihr sammelten sich vor allem Politiker, die bei der Bildung der Regierung Mazowiecki nicht berücksichtigt worden waren, nun mit Wałęsa eine "Beschleunigung" der Reformen forderten und auf eine Erfüllung ihrer persönlichen Ambitionen hofften. Die PC war vergleichsweise gut organisiert und zählte anfangs 40.000 bis 50.000 Mitglieder. Die Organisation orientiert sich bis heute an der Verwaltungseinteilung. Auf der nationalen Ebene bestehen neben dem alle zwei Jahre tagenden Landeskongreß der Oberste Politische Rat, der Vorsitzende (bis heute Jarosław Kaczyński), der Hauptvorstand, das Oberste Disziplinargericht und die Landesrevisionskommission.

Nach dem Sieg Wałęsas in den Präsidentschaftswahlen 1990 zog Jarosław Kaczyński zwar in die Präsidialkanzlei ein und die PC trat in die Regierung ein, doch blieb ihr Einfluß auf die Regierung gering. Dies war einer der Gründe für wachsende Spannungen zwischen Wałęsa und Kaczyński. Nach den Parlamentswahlen von 1991, bei denen die PC immerhin 8,71 Prozent der Stimmen und 44 Sitze im Sejm erringen konnte, trat er offen als Gegner, ja Feind Wałęsas auf. Der Wahlerfolg der PC stützte sich nicht zuletzt auf die Bürgerkomitees (sie hatten den Wahlsieg der "S" 1989 organisiert), die der Rechtsanwalt Jan Olszewski in das gemeinsame Wahlbündnis "Bürgerallianz Zentrum" eingebracht hatte. In der Regierung Olszewski stellte die PC nur vier Minister, die Schlüsselpositionen fielen an patriotisch-national eingestellte Politiker von außerhalb des Parlaments. Die wachsende persönliche Entfremdung zwischen Kaczyński und Olszewski nahm zu, als dieser innerhalb der PC eine "Christlich-Demokratische Fraktion" bildete. Unmittelbar nach dem Sturz der Regierung Olszewski ließ Kaczyński dessen Fraktion am 13. Juni 1992 auf dem 2. PC-Kongreß aus der Partei ausschließen. Olszewski gründete daraufhin die "Bewegung für die Republik" (RdR), der sich 17 Abgeordnete und vier der neuen Senatoren der PC anschlossen[55].

55 Vgl u a. Marcin Dominik Zdort, PC - Partia frustracji, in: *Rzeczpospolita* 107, 10.5 1994, S. 3.

Der Verlust der organisatorischen Basis von Olszewskis "Bürgerkomitees" traf die PC empfindlich[56]. Ihre Erosion setzte sich fort, als Kaczyński den Beitritt zur Regierung Suchocka wegen seiner grundsätzlichen Gegnerschaft zur UD ablehnte, fünf "liberale" PC-Abgeordnete aber der PPL beitraten (s.o.). Die Mitgliederschaft der Partei wird auf nur noch 12.000 geschätzt. Nach dem Scheitern der PC an der Fünf-Prozent-Hürde bei den Wahlen zum Sejm 1993 verließen die wichtigsten verbliebenen Politiker Kaczyński, der seither zur Bildung eines breiteren Bündnisses der Rechten aufruft.

Wenig Erfolg hatte auch Olszewskis RdR. Gespräche über ein Wahlbündnis mit der PC scheiterten an den nicht miteinander zu vereinbarenden persönlichen Ambitionen Olszewskis und Kaczyńskis. Zwar gelang es Olszewski vorübergehend, die Bauernpartei PL zu einem Wahlbündnis zu gewinnen ("Koalition für die Republik", KdR), doch trat auch die PL letztlich getrennt an, und Olszewskis Gruppierung, die 3.000 Mitglieder haben soll, kam nur auf 2,70 Prozent der Stimmen bei den Sejm-Wahlen. Das Lager seiner Anhänger hatte sich schon vor den Wahlen gespalten. Olszewskis umstrittener Innenminister Antoni Macierewicz (bis Juli 1992: ZChN) trat dem RdR zwar mit seiner "Christlich-Nationalen Bewegung 'Polnische Aktion'" (RChN "AP") bei, aber als Fraktion, die später wieder aus dem RdR austrat. Olszewskis Verteidigungsminister Jan Parys, den er hatte entlassen müssen, gründete eine eigene "Bewegung für die Dritte Republik" (RTR).

Auf dem Parteitag im Dezember 1993 unterlag Olszewski, der sich einer Annäherung der RdR an PC und ZChN (s.u.) widersetzte, bei der Abstimmung um den Vorsitz seinem bisherigen Stellvertreter Romuald Szeremietiew, der eine solche Annäherung befürwortete, und verließ mit seinen Anhängern den Saal. Beide Seiten beanspruchen seither, die "authentische" RdR zu repräsentieren.

Wichtigste politische Kraft rechts der Mitte war in der Wahlperiode 1991-93 die "Christlich-Nationale Vereinigung" (ZChN), die im Oktober 1989 aus rund 20 verschiedenen, der "S" und der damaligen Opposition nahestehenden Organisationen gegründet wurde. Ihre Mitgliederzahl soll bei 6.000 liegen. Die höchsten Parteiorgane bilden der Kongreß, der Oberste Rat, der Vorsitzende, der Hauptvorstand, das Gericht der Vereinigung, die Revisionskommission und das Politische Komitee, dem der

56 Vgl Mariusz Janicki, Partia z wyłączonym telefonem, in: *Polityka* 6, 6 2.1992, S. 7.

ZChN-Vorsitzende, der Fraktionsvorsitzende sowie je drei Mitglieder des Obersten Rates und des Hauptvorstands angehören.

Die ZChN befürwortet einen Rechtsstaat, der auf der katholisch-nationalen Tradition aufgebaut ist, und in der Wirtschaft Privateigentum und freie Initiative, aber Staatsinterventionismus dort, wo einzelne oder Gruppen bedroht sind. Einzelne Exponenten der Partei vertreten Positionen, die einem katholischen Integralismus nahekommen. Bei den Parlamentswahlen von 1991 erhielt die ZChN die kaum verhüllte Unterstützung großer Teile des katholischen Klerus und wurde mit 8,9 Prozent der Stimmen und 49 Sitzen im Sejm drittstärkste Partei. Sie war maßgeblich an der Bildung der Regierungen Olszewski und Suchocka beteiligt. Der Parteivorsitzende Prof. Wiesław Chrzanowski wurde Parlamentspräsident ("Sejm-Marschall"). Innerparteiliche Konflikte wurden spätestens offenbar, als der ZChN-Innenminister Macierewicz im Juni 1992 Chrzanowski auf die Liste der Personen setzen ließ, die angeblich mit dem kommunistischen Geheimdienst zusammengearbeitet hatten, und dafür aus dem ZChN ausgeschlossen wurde.

Die Enttäuschung über die Auflösung des Parlaments durch Wałęsa erleichterte die Annäherung an den präsidentenfeindlichen Kurs der PC, doch ging die ZChN zu den Parlamentswahlen das Bündnis "Ojczyzna" ("Vaterland") mit dem Polnischen Konvent ein, in dem sich unter Führung Aleksander Halls dessen Konservative Partei (PK), die Partei der Christlichen Demokraten (PChD) des Vizepremiers der Regierung Suchocka, Paweł Łączkowski, und die kleine Christliche Bauernpartei (SChL) von Józef Ślisz zusammengeschlossen hatten. "Ojczyzna" konnte mit 6,37 Prozent allerdings nicht die für Wahlbündnisse erforderliche Acht-Prozent-Sperrklausel überwinden, wobei diesmal die Unterstützung durch die katholische Kirche nicht so klar zum Ausdruck gebracht worden war.

Das Ausscheiden der Rechten aus dem Sejm führte nach den Wahlen zu intensiven Beratungen über neue Bündnisse. Als erstes konstituierte sich die "Allianz des 11. November"[57] aus PK, PChD, SChL und der 4.000 Mitglieder starken Union für Realpolitik (UPR) von Janusz Korwin-Mikke, die vor allem eine Marktwirtschaft ohne soziale Komponenten propagiert. Nachdem die Weichen schon gegen Jahresende 1993 gestellt waren, schlossen sich im Mai 1994 die PC, die ZChN, die Bauernpartei PL (die im Gegensatz zur SChL ein protektionistisches Programm

57 Der 11. November ist zugleich der Tag der Unabhängigkeit 1918 und Nationalfeiertag

für die polnische Landwirtschaft fordert), die RdR Szeremietiews sowie die im Februar 1994 von Halls PK abgespaltene Konservative Koalition (KK) unter Kazimierz Michał Ujazdowski zur "Przymierze dla Polski" ("Allianz für Polen") zusammen, einer Föderation, in deren Führung jede der fünf sehr ungleich großen Gruppen vier Mitglieder stellt. Ferner hat sich ein "Sekretariat der Zentrorechten Gruppierungen" aus der RTR von Jan Parys, der Polnischen Vereinigung (ZP) des früheren PC- und RdR-Mitglieds Andrzej Anusz und der Christlich-Demokratischen Partei der Arbeit (ChDSP) gebildet - womit die Mitte-Rechts-Gruppierungen und -Grüppchen noch keineswegs vollzählig aufgelistet sind.

5.7. Populisten und Nationalisten

Einen beachtlichen Wahlerfolg erzielte 1991 die Konföderation Unabhängiges Polen (KPN), die 1979 (illegal) von Leszek Moczulski gegründet worden war und als Hauptprogrammpunkt die Durchsetzung der vollständigen Souveränität gegenüber der Sowjetunion propagierte. Diese bewußt provokant vorgetragene Zielsetzung brachte Moczulski zwar mehrere Haftstrafen ein, machte die KPN, die 1989 nicht am Runden Tisch beteiligt wurde, aber vor allem bei Jugendlichen populär. Mit 7,50 Prozent der Stimmen erreichte die KPN 1991 46 Mandate im Sejm, zu denen noch vier weitere des mit ihr in einem Wahlbündnis vereinten Polnischen Westverbands (PZZ) und eines des "Frauenbündnisses gegen die Widrigkeiten des Lebens" kamen. Nach eigenen Angaben zählte die KPN 1993 25.000 Mitglieder, deren nationale Organe der alle drei Jahre tagende Kongreß, der Vorsitzende, der Politische Rat, dessen Ständige Kommission sowie die Zentrale Leitung der Laufenden Aktion bilden. Hinzu kommen als mit der KPN verbundene Organisationen die Gewerkschaft "Kontra", die Bauernorganisation "Piast" und ein Schützenbund für die Jugend.

Das programmatische Angebot der KPN war mit dem Erreichen der faktischen Unabhängigkeit Polens 1989/90 erschöpft. Die nationalistischen und teilweise wirren populistischen Aussagen der KPN-Führung haben die Partei de facto koalitionsunfähig gemacht. Als absehbar wurde, daß sie keine Chance hat, an die Macht zu gelangen, haben zahlreiche Aktivisten die Partei verlassen, darunter nach dem enttäuschenden Wahlergebnis von 1993 (5,77 Prozent der Stimmen und 22 Sitze im Sejm) bis Ende Juli 1994 auch sechs Abgeordnete. Sie wehren sich gegen das Fi-

nanzgebaren der von Moczulski ("der Führer") autokratisch geleiteten Parteiführung. So muß jeder Abgeordnete die ihm von der Sejm-Kanzlei für den Unterhalt der Abgeordneten-Büros zur Verfügung gestellten Finanzen an die KPN-Führung abgeben, die sie dann nach eigenem Ermessen nach dem Prinzip größerer Ausgeglichenheit der regionalen Organisationspräsenz verteilt. Einem Abgeordneten, der die Partei verlassen wollte, wurde von der KPN-Führung ein zuvor blanko unterschriebener Brief präsentiert, der für diesen Fall die Rückgabe des Mandats vorsah, was jedoch nicht rechtskräftig war[58]. Die Zukunft der hoch verschuldeten Partei sieht eher düster aus. Moczulski werden Rücktrittsabsichten nachgesagt. Als Favoriten für die Nachfolge gelten sein Schwiegersohn, Fraktionschef Krzysztof Król, sowie der Vorsitzende des starken schlesischen KPN-Verbandes und stellvertretende Parteivorsitzende Adam Słomka[59].

Großes Aufsehen erregte bei den Präsidentschaftswahlen 1990 der völlig unbekannte auslandspolnische Geschäftsmann Stan Tymiński, der mit populistischen Parolen, auf die offensichtlich größere Teile der von den negativen Folgen der sozioökonomischen Systemtransformation betroffenen Bevölkerung ansprachen, den zweiten Platz belegte, so daß Tadeusz Mazowiecki nicht einmal in die Stichwahl gelangte. Tymiński gründete danach die Partei "X", die ein inkonsistentes, weitgehend mit populistischen Parolen operierendes Programm vorlegte und heute 3.000 Mitglieder beansprucht. Bei den Sejm-Wahlen 1991 wurde sie wegen Fälschung von Unterschriften für die Unterstützung ihrer Wahlvorschläge nur in vier Wahlkreisen zugelassen und gewann lediglich drei Sitze. 1993 scheiterte sie mit 2,74 Prozent klar an der Fünf-Prozent-Klausel.

Unter verschuldeten Bauern, die sich mit Gewalt gegen die Pfändung ihrer Höfe wehrten, entstand 1991 in Pommern unter der Führung von Andrzej Lepper die Organisation "Samoobrona" ("Selbstverteidigung"), die mit gewaltsamen Aktionen, u.a. der Besetzung des Landwirtschaftsministeriums, landesweites Aufsehen erregte. Lepper, gegen den eine ganze Reihe von Gerichtsverfahren anhängig ist, der aber noch nicht rechtskräftig verurteilt ist, konnte mit seiner Organisation, die 15.000 Mitglieder beansprucht, bei den Sejm-Wahlen 1993 nur 2,78 Prozent der Stimmen und damit nicht die erhoffte parlamentarische Immunität gewinnen.

58 KPN: mandat tylko dla posłusznych, in *Życie Warszawy* 301, 27.12 1993, S. 4.
59 Vgl. Agata Nowakowska/Paweł Smoleński, Zmierzch KPN, in: *Gazeta Wyborcza* 175, 29 7 1994, S 14f

Fast unübersehbar ist die Anzahl der sich auf die Nationaldemokratie der Vorkriegszeit berufenden Gruppen und Grüppchen, die wie die Nationalpartei (SN) weit rechts angesiedelt sind, aber keinerlei Bedeutung besitzen. Vier von ihnen schlossen sich im April 1994 zur SN "Ojczyzna" ("Vaterland") zusammen. Zuvor soll die Anzahl der "nationalen" Parteien bei 47 gelegen haben[60]. Gewalttätige rechte Splittergrüppchen gibt es. Sie spielen aber keinerlei Rolle von Bedeutung.

5.8. Nationale Minderheiten

Die Wahlgesetzgebung zum Sejm befreit seit 1991 Gruppierungen nationaler Minderheiten von Sperrklauseln auf nationaler Ebene. Die betreffenden Listen nehmen an der nach Proporz vorgenommenen Mandatsverteilung im jeweiligen Wahlkreis teil. Dabei konnten die Listen der deutschen Minderheit, die vor allem in der Wojewodschaft Oppeln konzentriert ist, bei den Sejm-Wahlen von 1991 sieben und 1993 vier Mandate erringen, wobei sie 1991 bei allgemein niedriger Wahlbeteiligung ihr Wählerpotential offenbar voll mobilisieren konnte, was 1993 bei insgesamt höherer Wahlbeteiligung nicht mehr gelang. 1991 und 1993 gewann ein Kandidat der deutschen Minderheit auch einen der beiden Senatorensitze im Wahlkreis Oppeln.

Chancen auf ein Mandat haben aufgrund ihrer Konzentration auf das Gebiet um Białystok auch die Weißrussen. 1991 konnte ein von einem (kirchlich) "Orthodoxen Wahlkomitee" nominierter Kandidat ein Sejm-Mandat erringen. 1993 kandidierten unter diesem Listennamen 14 Bewerber, aber erfolglos. Die in Polen lebenden Ukrainer sind zwar ähnlich zahlreich, aber so über das ganze Land zerstreut, daß sie in keiner Wojewodschaft eine Chance auf ein Mandat haben. Ihre Organisationen versuchten daher 1993, Kandidaten ukrainischer Nationalität vor allem auf Listen von UD, KLD und BBWR zu plazieren[61]. Im Wahlkreis Köslin (Koszalin) wurde über die UD-Liste das Vorstandsmitglied des Hauptrates der Ukrainer in Polen, Mirosław Czech, in den Sejm gewählt.

60 Połączyły się cztery małe partie narodowe, in. *Rzeczpospolita* 18.4.1994, S. 2.
61 Vgl. Zbigniew Lentowicz, Mniejszości pójda swoją drogą, in· *Rzeczpospolita* 145, 24 6.1993, S 3.

6. Perspektiven

Eine Besonderheit der polnischen Parteienentwicklung seit 1989 bildet zweifellos die Konsolidierung der Nachfolgeorganisation der PZPR sowie ihres wichtigsten ehemaligen "Bündnispartners", der "gewendeten" Bauernpartei, die nach den Wahlen von 1993 fast eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Sejm-Mandate innehaben. Eine weitere die Entwicklung des Parteiensystems nachhaltig beeinflussende Größe stellte die Existenz der "S" dar, die als soziale Bewegung mit Massencharakter ein äußerst breites Spektrum politischer Positionen umfaßte und eine jahrelange Untergrundtätigkeit hinter sich hatte, die u.a. eine geregelte Elitenzirkulation behinderte. Diese Faktoren wirkten nachhaltig auf die Bildung neuer Parteien aus dem Parlament heraus, die mit der Gründung des PC durch in ihren Ambitionen enttäuschte Politiker 1990 einsetzte. Es war daher nicht verwunderlich, daß erste Klassifizierungen des neuen Parteiensystems von der Dreiteilung ausgingen: Parteien des "ancien régime", aus der "S" hervorgegangene Gruppierungen und "Sonstige", die fast durchweg außerhalb des Parlaments entstanden waren[62]. Verändert haben sich seit 1990 zentrale Rahmenbedingungen, die am Runden Tisch noch eine Elitenkooperation gefördert hatten: Weder gibt es heute noch die PZPR in ihrer früheren Gestalt, noch besteht die Sowjetunion fort. Im einen Falle begünstigte dies eine größere Rivalität zwischen den der "S" entstammenden Eliten, im anderen verringerte sich tendenziell der Zwang zur Kooperation zwischen früher kommunistischen und nichtkommunistischen Kräften.

Das Entstehen neuer Trennlinien in der Gesellschaft, institutionelle Faktoren wie die Wahlgesetzgebung oder die Unsicherheit über das neue Verfassungssystem sowie nicht zuletzt der desintegrierend wirkende persönliche Ehrgeiz etlicher Politiker haben zu einer Differenzierung und bis zur Unübersichtlichkeit reichenden Zersplitterung des Parteienspektrums nach 1991 geführt. Daß bei den Sejm-Wahlen von 1993 aufgrund der Fünf- bzw. Acht-Prozent-Hürde über 34 Prozent der gültigen Wählerstimmen ohne Mandat blieben, hat offenbar eine Restrukturierung des Parteiensystems eingeleitet, die auf eine Annäherung an Muster hindeutet, die aus Westeuropa geläufig sind. So scheinen die Kommunalwahlen vom 19. Juni 1994, die aufgrund

62 So damals sehr plausibel u.a. Włodzimierz Wesołowski, Transition to Democracy: The Role of Social and Political Pluralism, in: *Sisyphus. Sociological Studies*, Bd. 7, Warszawa 1991. Nach der seit 1991 eingetretenen Entwicklung ist es erstaunlich, daß sich dieses Grundmuster der Zuordnung der polnischen Parteien wiederfindet bei Paul G. Lewis, Political Institutionalisation and Party Development in Post-communist Poland, in: *Europe-Asia Studies*, 46. Jg., 1994, Nr. 5, S. 779-799, hier S. 783-785.

anderer Issues, unterschiedlicher Wahlsysteme in Stadt- und Landgemeinden, lokal sehr verschiedener Wahlbündnisse etc. freilich nur bedingt mit Wahlen auf nationaler Ebene vergleichbar sind, eine gewisse Dreiteilung des Parteienspektrums nahezulegen. Bestätigt hat sich die Popularität der Linken, also der beiden Regierungsparteien SLD und PSL, ferner behauptete sich die UW als wichtigste Gruppierung der Mitte, während - wie eigentlich zu erwarten - auch die Parteien der Rechten auf die politische Bühne zurückkehrten[63].

Von einer nachhaltigen Konsolidierung des Parteiensystems kann jedoch keine Rede sein. Da die Verabschiedung einer neuen Verfassung noch immer auf sich warten läßt und damit die Kompetenzaufteilung zwischen Präsident, Regierung und Parlament nicht endgültig geklärt ist, fehlen auch von seiten des politischen Institutionensystems Anreize zur Stabilisierung. Alte und neue Trennlinien verlaufen zum Teil innerhalb und zwischen den politischen Lagern. So bestehen innerhalb des größten Koalitionspartners (SLD) Spannungen zwischen dem liberalen Flügel um den Fraktionsvorsitzenden Aleksander Kwaśniewski, auf den Erhalt subventionierter Arbeitsplätze pochenden OPZZ-Vertretern und sich immer stärker bemerkbar machenden Repräsentanten des alten Parteiapparates. Dies erschwert den Reformern innerhalb der SdRP die Umgestaltung ihrer Partei in Richtung auf eine sozialdemokratische Partei westeuropäischen Zuschnitts, wobei sie bei der Verwirklichung dieser Absicht auch auf die Konkurrenz der UP treffen.

Auf mehreren Ebenen klaffen deutliche Gegensätze zwischen den Regierungspartnern SLD und PSL. So ist die Klientel der SLD an preiswerten, diversifizierten und qualitativ hochwertigen Konsumgütern interessiert, was nur durch eine weitgehende Öffnung des polnischen Marktes erreichbar ist. Die PSL will dagegen die einheimische Landwirtschaft vor ausländischer Konkurrenz möglichst abschirmen, was ein qualitativ weniger anspruchsvolles Angebot und hohe Erzeuger-, aber auch hohe Verbraucherpreise bedeuten würde. Gleichwohl sehen sich beide Koalitionspartner mit der in der Wählerschaft zu Recht bestehenden Meinung konfrontiert, sie hielten ihre auf eine weit stärkere soziale Abfederung der Wirtschaftspolitik ausgerichteten Wahlversprechen nicht ein[64]. Weitere erhebliche Differenzen bestehen im Verhältnis von SLD und (der Mehrheit der) PSL zur katholischen Kirche,

63 Vgl. Anna Sabbat-Swidlicka, Local Elections Redress Political Imbalance in Poland, in: *RFE/RL Research Report*, Vol. 3, No. 27, 8.7.1994, S. 1-8.

64 Nur 63% der Wähler von SDL und PSL waren nach einer Umfrage der Sopocka Pracownia Badań Społecznych der Meinung, diese Parteien hielten ihre Wahlversprechen ein, unter allen Befragten waren es gar nur 23%; vgl. *Rzeczpospolita* 156, 7.7.1994, S. 3.

etwa in der Frage der Verabschiedung des Konkordats. Die SLD ist zu einer gewissen Dezentralisierung der staatlichen Strukturen Polens durchaus bereit, doch drängt die PSL auf eine Rezentralisierung und scheint somit stärker an der Vergangenheit orientiert zu sein als die Nachfolgeorganisation der polnischen Kommunisten.

Dies erschwert auch eine Annäherung der PSL an die UW, der sie aufgrund ihrer weniger "belasteten" Vergangenheit eigentlich näherstehen müßte als die SLD, doch scheint der Graben zwischen UW und PSL heute tiefer zu sein als der zwischen UW und SLD. Innerhalb des linken Flügels der UW gibt es durchaus Neigungen zu einer zumindest begrenzten Zusammenarbeit mit den Pragmatikern auf seiten der SLD, doch ist dies für den rechten Flügel der UW nicht akzeptabel. Ungewiß ist die gesamte weitere Entwicklung der UW, die sich konsolidieren, ebenso gut aber auch spalten kann, was im Extremfall den Verlust der politischen Mitte in Polen nach sich ziehen könnte.

Völlig unübersichtlich ist schließlich die Entwicklung auf der rechten Seite des Parteienspektrums. Hier wären aufgrund der festen Verankerung christlicher Werte in der polnischen Gesellschaft eigentlich alle Voraussetzungen für die Bildung einer starken christlich-demokratischen Formation gegeben. Das Zustandekommen einer solchen Mitte-Rechts-Gruppierung scheiterte bisher jedoch vorwiegend am Unvermögen zu vieler ambitionierter Politiker, die eine geradezu unglaubliche Fragmentierung der konservativen Szene herbeiführten. Zu den Paradoxa der bisherigen Parteienentwicklung in Polen zählt auch, daß sich die Führung der Linken, d. h. vor allem die der SdRP, in der Marktwirtschaft besser zurechtfindet als die der Rechten. Dieser ist es bisher weder gelungen, ein kohärentes Wirtschaftsprogramm zu entwickeln noch dauerhafte Verbindungen zu Unternehmerkreisen zu knüpfen[65]. Ob sich dies mit den Zusammenschlüssen rechter Parteiengruppierungen 1993/94 ändern wird, ist fraglich. Ebenso muß gegenwärtig offenbleiben, ob diese in der Lage sein werden, die nationalen Traditionen mit einer Öffnung zum politischen Westeuropa zu verbinden, oder ob ein Großteil ihrer Vertreter auf engstirnigen polonozentristischen Positionen verharrt wie einige Exponenten der ZChN in der vergangenen Wahlperiode.

Möglicherweise werden entscheidende Impulse für die weitere Strukturierung des polnischen Parteiensystems von den Präsidentschaftswahlen Ende 1995 ausgehen. Lech Wałęsa, der bei Meinungsumfragen seit Monaten konstant niedrige Popularitätswerte zu verzeichnen hat, könnte von der Zersplitterung des politischen Lagers rechts von der gegenwärtigen Regierungsko-

65 So Voytek Zubek, The Reassertion of the Left in Post-communist Poland, in: *Europe-Asia Studies*, Vol. 46, No. 5, 1994, S. 801-837, hier S. 827.

alition profitieren und trotz fehlender eigener Hausmacht den zweiten Wahlgang erreichen, in dem sein wahrscheinlicher Gegner Aleksander Kwaśniewski sein dürfte. Bereits ein Jahr vor dem Wahlgang werden in den polnischen Medien Befürchtungen laut, der Präsidentschaftswahlkampf könne zu einer polarisierenden Auseinandersetzung zwischen den Befürwortern und den Gegnern der "Volksrepublik" führen, was für den inneren Frieden Polens verhängnisvoll werden könnte. Wałęsa spricht schon jetzt immer öfter von der Gefahr einer "Volksrepublik Nr. 2" ("PRL bis"). Zur Sicherung seiner Wiederwahl wäre er auf das Wohlwollen der Kirche und im zweiten Wahlgang wahrscheinlich auf die Stimmen der PSL angewiesen[66]. Dies könnte dann nicht ohne Rückwirkung auf die Parteienkonstellation insgesamt bleiben, doch scheint gegenwärtig eine Gefährdung der Regierung der Linken wenig wahrscheinlich.

Jerzy Giedroyć, Gründer und bis heute Chefredakteur der führenden, in Paris erscheinenden polnischen Monatszeitschrift "Kultura", erklärte, Polen sei in den letzten drei Jahrhunderten im wesentlichen eine konservative, katholische, "rechtsgerichtete" Gesellschaft gewesen, die aber paradoxerweise von ihrer kleinen linken Minderheit regiert worden sei[67]. Wenn sich diese Feststellung heute erneut zu bestätigen scheint, dann mindestens ebenso wegen der Unfähigkeit der Rechten, sich konstruktiv zu organisieren, wie aufgrund der Stärke der Linken.

66 Vgl. hierzu u.a. Małgorzata Subotic, Łączenie kolorów, in: *Rzeczpospolita* 206, 5.9.1994, S. 3.
67 So Zubek, Reassertion (Anm. 65), S. 801, ohne Quellenangabe.

Postskriptum (März 1996)

Auch sieben Jahre nach dem Runden Tisch ist das polnische Parteiensystem noch im Fluß, wenn sich auch die Fluktuation unter den Sejm-Fraktionen gegenüber den beiden vergangenen Wahlperioden deutlich beruhigt hat[68]. Die programmatischen Aussagen der einzelnen Parteien machen es weiterhin kaum möglich, sie nach Klassifikationskriterien zu ordnen, die an westlichen Parteiensystemen orientiert sind. Die Zahl der Klassifikationsversuche läßt sich inzwischen kaum mehr überschauen[69]. Unstrittig dürfte jedoch sein, daß sich die Zielsetzungen der Parteien in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Kultur selten zu einem kohärenten Bild zusammenfügen, das eine eindeutige Zuordnung entsprechend dem klassischen "Rechts-Links"-Schema ermöglichen würde[70].

Der Präsidentschaftswahlkampf im Spätherbst 1995 hat zu einer noch stärkeren Polarisierung der politischen Kräfte geführt, als ohnehin zu erwarten war. An der Zuspitzung auf die Alternative: "neue Ordnung versus altes System" mußte vor allem Wałęsa gelegen sein, der so seine Anhängerschaft noch einmal mobilisieren konnte und im ersten Wahlgang am 5. November 1995 auf 33,1 Prozent der gültigen Stimmen (und im zweiten Wahlgang auf 48,3 Prozent) kam, nachdem er bei Umfragen Ende August noch bei 7 Prozent gelegen hatte[71]. Diese Polarisierung machte zwar einerseits die Schwäche der politischen Mitte deutlich, verdeckte andererseits aber auch die Unterschiede und Spannungen nicht nur auf der Rechten, sondern auch bei der siegreichen SLD. Nach der solidarisierenden Mobilisierung des Wahlkampfes und dem Rücktritt des unter Spionageverdacht stehenden Premiermini-

68 Vgl. u a. die Übersicht für die Zeit vom 1.1.1994 bis zum 31.12.1994, in der "nur" zwolf Abgeordnete ihre bisherige Fraktion verließen, bei Krzysztof Jasiewicz, Poland, in: *European Journal of Political Research* (*Political Data Yearbook 1995*), 28. Jg., 1995, S. 449-457, hier S. 449

69 So hat jüngst Tomasz Żukowski seine oben in Abbildung 2 getroffene Anordnung der "politischen Szene" Polens für 1995 dahingehend modifiziert, daß er entlang einer vertikalen Achse die Konfliktlinien "Für freie Marktwirtschaft - Für soziale Wirtschaft mit Staatsintervention" und "Vertrauen in die Eliten - Kritik an den Eliten" ordnet, entlang einer horizontalen Achse dagegen die Konfliktlinien "Laikale Option - Katholische Option" und "Kritik an der 'Solidarität' und Akzeptanz der Zeit der Volksrepublik" versus "Ablehnung der Zeit der Volksrepublik und Unterstützung für die 'Solidarität'", vgl. Tomasz Żukowski, Spektakl na zamknięcie sezonu. Wybory w teatrze polityki, in: *Więź*, Nr. 447, Januar 1996, S. 81-104, hier S. 82.

70 Vgl Konstanty Adam Wojtaszczyk, Prawica i lewica na polskiej scenie politycznej, in: Stanisław Gebethner (Hrsg.), *Wybory parlamentarne 1991 i 1993 a polska scena polityczna*, Warszawa: Wydawnictwo Sejmowe 1995, S. 87-96; modifizierte deutsche Fassung: Die Linke und die Rechte innerhalb der III. Polnischen Republik, in: Dieter Segert (Hrsg.), *Spatsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989*, Berlin. Berliner Debatte 1996, S. 147-160.

71 Vgl. die Übersicht bei Żukowski, Spektakl (Anm. 69), S 103.

sters Józef Oleksy treten die Differenzierungen in allen Lagern deutlicher hervor.

Die SLD bzw. die im Bündnis dominierende SdRP hat zwar mit der Wahl Kwaśniewskis zum Staatspräsidenten ihren bisher größten Erfolg errungen. Nach der Beendigung der durch die Spionagevorwürfe gegen den seit Anfang 1995 amtierenden Premierminister Józef Oleksy ausgelösten Regierungskrise durch die Bildung der Regierung von Włodzimierz Cimoszewicz haben sich die Spannungen zwischen dem ganz auf Marktwirtschaft orientierten (und zum Teil auch persönlich von ihr profitierenden) Flügel und der auf Arbeitnehmerinteressen pochenden 61 Mitglieder zählenden OPZZ-Gruppe auch für die Öffentlichkeit sichtbar verschärft. Die OPZZ-Vorsitzende Ewa Spychalska forderte schriftlich fixierte größere Rechte für die OPZZ-Abgeordneten in der SLD (etwa bei Abstimmungen keine Verpflichtung auf die Fraktionsdisziplin der SLD, sondern auf die Beschlüsse der OPZZ) und suspendierte ihre Funktion als stellvertretende Fraktionsvorsitzende[72]. Auf der Suche nach Verbündeten gegen das als zu liberal beurteilte "Programm 2000" von Finanzminister und Vizepremier Grzegorz Kołodko traf sich die OPZZ-Führung auch mit der Führung der die Wirtschaftspolitik der Regierung am schärfsten ablehnenden Arbeitsunion (UP) und kündigte für die Zukunft sogar gemeinsame Initiativen an[73].

Bei den bisweilen heftigen Rivalitäten zwischen verschiedenen Spitzenpolitikern geht es teilweise vor allem um den Anteil an Pfründen[74]. Der als führender Kopf des "alten Apparats" geltende Leszek Miller verfügt in seiner neuen Funktion als Leiter des Amtes des Ministerrats unter Cimoszewicz über eine Schlüsselrolle bei der Personalpolitik in der Staatsverwaltung. Ob es ein kluger Zug war, den gerade als Premierminister zurückgetretenen Józef Oleksy als Nachfolger Kwaśniewskis zum neuen Parteichef zu wählen, bleibt abzuwarten. Eine Persönlichkeit, die sowohl die Partei wie die Fraktion führen kann, wie dies bei Kwaśniewski der Fall war, fehlt der SdRP bzw. der SLD gegenwärtig. Kwaśniewski ist formell aus der Partei zwar ausgetreten und erklärte, der Präsident aller Polen sein zu wollen, hat aber durchaus schon für die SdRP günstige Schritte unternommen, etwa das Veto seines Amtsvorgängers gegen ein Gesetz vom Juli 1994 zurückgenommen, das die SdRP zur Rechtsnachfolgerin der PZPR erklärte (entgegen der Ansicht des Verfassungstribunals, das diese in einer beiläufigen Urteilsbegründung zum Ausdruck gebracht hatte), was noch ungeklärte vermögensrechtliche Folgen haben kann.

72 Konflikt w SLD, in *Rzeczpospolita*, Nr. 29, 3 2 1996, S. 2.
73 Przywódcy OPZZ zerkają ku opozycyjnej lewicy, in *Życie Warszawy*, 20 3.1996.
74 Vgl Eryk Mistewicz et al , Trzy twarze Sojuszu, in *Wprost*, Nr 10, 10 3.1996, S 22f

Der kleinere Koalitionspartner der SLD, die Bauernpartei (PSL), verlor 1995 beträchtlich an Bedeutung. Waldemar Pawlak mußte Anfang 1995 aus Gründen, auf die hier nicht im einzelnen eingegangen werden kann, sein Amt als Ministerpräsident an einen Vertreter der SLD, Józef Oleksy, abgeben. Pawlak erlebte 1995 auch persönlich einen Tiefpunkt seiner Karriere. Nachdem er erst im zweiten Anlauf und unter fast demütigenden Umständen zum Präsidentschaftskandidaten der PSL nomiert worden war (der wahrscheinlich auch gegen Kwaśniewski sehr chancenreiche Sejm-Marschall Józef Zych hatte hierauf verzichtet), erreichte er im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen gerade 4,3 Prozent, was für die PSL in den 90er Jahren einen absoluten Negativrekord darstellte. Pawlaks drohende Abwahl als Fraktionsvorsitzender der PSL verhinderte die Regierungskrise nach dem Rücktritt Józef Oleksys, in der die PSL Geschlossenheit nach außen demonstrieren mußte. Mit der Bildung der Regierung Cimoszewicz dürfte die Fortdauer der Koalition bis zum Ende der Wahlperiode im Herbst 1997 gesichert sein Doch haben die keineswegs nur hypothetischen Überlegungen Anfang 1996 zur Bildung einer Regierung gegen die SLD mit Einschluß der PSL gezeigt, daß das gegenwärtige Bündnis von SLD und PSL nicht notwendigerweise über die nächsten Wahlen hinaus Bestand haben muß.

Die Schwierigkeiten der Arbeitsunion (UP) sind durch die Präsidentschaftswahlen noch vergrößert worden Ihr Kandidat, der der Partei nicht angehörende "Ombudsmann" Tadeusz Zieliński, lag bei Umfragen zwar glänzend im Rennen und belegte noch zwei Monate vor den Wahlen mit 11 Prozent knapp hinter Lech Wałęsa mit 12 Prozent den dritten Platz bei den Umfragen des Meinungsforschungsinstituts OBOP[75], fiel dann aber dramatisch ab und erreichte nur 3,5 Prozent im ersten Wahlgang. Bei der Option für den zweiten Wahlgang wurden die Dilemmata der UP überdeutlich. Die sich zu einem großen Teil aus der "S" herleitende Parteiführung konnte sich nicht zu einer Stellungnahme für einen der beiden Kandidaten entscheiden. Sie ließ daher das Votum für ihre Wählerschaft offen, wobei von den Wählern, die im ersten Wahlgang für Zieliński optiert hatten, im zweiten mehr als zwei Drittel für Kwaśniewski optierten. Wojciech Lamentowicz, der für Zieliński die Wahlkampagne geführt hatte, sprach sich entgegen der Parteilinie offen für Kwaśniewski im zweiten Wahlgang aus, wurde dafür von der Parteiführung aus der UP ausgeschlossen, von Kwaśniewski aber mit dem Posten eines Unterstaatssekretärs belohnt. Das grundlegende Dilemma für die UP, die bei Umfragen inzwischen unter die Fünfprozentmarke abgerutscht ist, bleibt jedoch bestehen, nämlich welchen Platz sie für sich selbst zwischen der SLD-Führung, die sich mit dem neuen Wirtschaftssystem

75 Vgl Żukowski, Spektakl (Anm. 69), S. 103

weitgehend arrangiert hat, und den Gewerkschaften ("S" ebenso wie OPZZ) sieht.

Auch die Freiheitsunion (UW) konnte ihre Position trotz der Wahl des als "dynamisch" geltenden neuen Vorsitzenden Leszek Balcerowicz nicht verbessern. Auch nach dem 1995 erfolgten Austritt von Barbara Labuda blieben die Spannungen zwischen einem "rechten" und "linken" Flügel bestehen, so daß selbst von einem Führungsmitglied der UW die Frage gestellt werden konnte, ob es innerhalb der Partei zu einem "samtenen Auseinandergehen" kommen werde[76]. Die UW hat nach der bitteren Niederlage ihres Präsidentschaftskandidaten Jacek Kuroń (9,2 Prozent) im zweiten Wahlgang zwar Lech Wałęsa unterstützt, doch votierten rund 40 Prozent derer, die im ersten Wahlgang für Kuroń gestimmt hatten, im zweiten für Kwaśniewski. Die Spannungen innerhalb dieser Partei, in der sich die meisten außerhalb Polens bekannten Intellektuellen der "S" der 80er Jahre befinden, dürften kaum nachlassen. Die Attraktivität der UW für die polnische Wählerschaft und ihre Fähigkeit, maßgeblich an einer Regierungsbildung mitzuwirken, dürften unter diesen Umständen kaum zunehmen.

Der Verlauf des Präsidentschaftswahlkampfes zeigte in aller Deutlichkeit die Zerrissenheit der Mitte-Links-Gruppierungen, die trotz mehrerer Versuche nicht in der Lage waren, sich auf einen einzigen Kandidaten zu einigen, um schon im ersten Wahlgang ein Gegengewicht gegen Aleksander Kwaśniewski bilden zu können. Bemerkenswert war allerdings, daß der KPN-Vorsitzende Leszek Moczulski seine Kandidatur zugunsten von Lech Wałęsa zurückzog. Anfang 1996 brach allerdings die lange schwelende Krise in der KPN offen aus. Ein außerordentlicher Parteikongreß wählte Adam Słomka zum neuen KPN-Vorsitzenden, Leszek Moczulski wurde lediglich Ehrenvorsitzender. Moczulski bezeichnete den Kongreß als nicht statutengemäß, und auf seinen Antrag hin schloß der "alte" Politische Rat der KPN die Organisatoren des außerordentlichen Parteitags aus der KPN aus, so daß diese nun zwei rivalisierende Vorsitzende hat. Schon 1994 waren aus der KPN-Fraktion sechs Abgeordnete ausgetreten, von denen vier die Gruppe Prawica Polska (Polnische Rechte) bildeten. Wałęsa konnte sich für die Wahlen auf keine eigene Hausmacht stützen. Selbst der ihm nahestehende kleine BBWR hatte sich 1995 gespalten. Unter Führung des bekannten Chirurgen Zbigniew Religa bildete sich die Partei der "Republikaner" (nach amerikanischem Vorbild), der mehrere BBWR-Abgeordnete beitraten. Wałęsa erklärte noch nach dem ersten Wahlgang, ein Verlierer der ersten Runde seien die Parteien, da ihre Kandidaten aus dem Rennen geworfen seien; ein

76 Jarosław Słoma, Unia Wolności - aksamitne rozstanie?, in: *Rzeczpospolita*, Nr. 4, 5 1 1996, S. 5.

Präsident müsse parteilos oder überparteilich sein[77]. Gleichwohl gelang es Wałęsa, für den zweiten Wahlgang die Unterstützung durch die meisten Mitte-Rechts-Gruppierungen zu gewinnen, wenngleich einige von ihnen deutliche Vorbehalte äußerten. Nach der Wahl rief er dazu auf, dieses Lager solle beisammen bleiben. Doch ist die Zerstrittenheit unter den konservativ orientierten Gruppierungen kaum gemindert.

Mehrere Optionen werden von ihnen diskutiert, von einem Zweckbündnis aller Oppositionsparteien und -gruppen, von der UW bis zur "S", über die Wiederherstellung der Bewegung der Bürgerkomitees von 1989 bis zur Auflösung aller bestehenden Gruppierungen und der Gründung einer großen Oppositionspartei. Lech Wałęsa ist sicherlich die Symbolfigur der politischen Rechten, doch hat durch die Präsidentschaftswahlen auch der frühere Premierminister Jan Olszewski an Statur gewonnen. Nach seinem überraschenden vierten Platz mit 6,9 Prozent der gültigen Stimmen im ersten Wahlgang gründete Olszewski Anfang 1996 eine neue Partei, die "Bewegung für den Wiederaufbau Polens" (ROP), die kurz nach ihrer Gründung 12.000 Mitglieder beanspruchte[78]. ROP und "S", zwischen denen Gespräche über eine künftige Zusammenarbeit geführt werden, können nach Meinungsumfragen mit ähnlich vielen Wählern rechnen wie die SLD. Allerdings will die "S" die Einbindung Wałęsas in ein künftiges Bündnis, Olszewskis ROP ist strikt dagegen. Das persönliche Verhältnis zwischen Wałęsa und Olszewski ist weiterhin stark gespannt. Nach allen Erfahrungen scheint eher Skepsis angebracht, ob die Post-"S"-Gruppierungen tatsächlich zu einer handlungsfähigen Einheit in der Lage sein werden.

77 Vgl. Lech Wałęsa, Końskie okulary, in: *Polityka*, Nr. 45, 11.11.1995, S. 17

78 Vgl. Marcin Dominik Zdort, Olszewski tworzy partię, in: *Rzeczpospolita*, Nr. 50, 28.2.1996, S 3.

Verzeichnis der Parteien

BBWR	Bezpartyjny Blok Wspierania Reform (Parteiloser Block zur Unterstützung der Reformen, gegründet 1993) Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem (Parteiloser Block zur Zusammenarbeit mit der Regierung, gegründet 1930)
ChDSP	Chrześcijańska Demokracja - Stronnictwo Pracy (Christliche Demokratie - Partei der Arbeit)
ChSS	Chrześcijańsko-Społeczne Stowarzyszenie (Christlich-Soziale Vereinigung)
FPD	Forum Prawicy Demokratycznej (Forum der Demokratischen Rechten)
KdR	Koalicja dla Rzeczypospolitej (Koalition für die Republik)
KK	Koalicja Konserwatywna (Konservative Koalition)
KLD	Kongres Liberalno-Demokratyczny (Liberal-Demokratischer Kongreß)
KP	Konwencja Polska (Polnischer Konvent)
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPN	Konfederacja Polski Niepodległej (Konföderation Unabhängiges Polen)
KZKiOR	Krajowy Związek Kół i Organizacji Rolniczych (Landesverband der Bauernkreise und -organisationen)
OKP	Obywatelski Klub Parlamentarny (Parlamentarischer Bürgerklub)
OPZZ	Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych (Gesamtpolnische Gewerkschaftsallianz)
PC	Porozumienie Centrum (Zentrumsallianz)
PChD	Partia Chrześcijańskich Demokratów (Partei der Christlichen Demokraten)
PGL	Polska Grupa Liberalna (Polnische Liberale Gruppe)
PK	Partia Konserwatywna (Konservative Partei)
PL	Porozumienie Ludowe (Volks-[Bauern-]allianz)
PPG	Polski Program Gospodarczy (Polnisches Wirtschaftsprogramm)
PPL	Polski Program Liberalny (Polnisches Liberales Programm)
PPPP	Polska Partia Przyjaciół Piwa (Polnische Partei der Bierfreunde)
PPS	Polska Partia Socjalistyczna (Polnische Sozialistische Partei)
PSL	Polskie Stronnictwo Ludowe (Polnische Volks-[Bauern-]partei)

PSL-O	PSL-Odrodzenie (PSL-Wiedergeburt)
PUS	Polska Unia Socjaldemokratyczna (Polnische Sozialdemokratische Union)
PZKS	Polski Związek Katolicko-Społeczny (Polnischer Katholisch-Sozialer Verband)
PZPR	Polska Zjednoczona Partia Robotnicza (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei)
RChN "AP"	Ruch Chrześcijańsko-Narodowy "Akcja Polska" (Christlich-Nationale Bewegung "Polnische Aktion")
RdR	Ruch dla Rzeczypospolitej (Bewegung für die Republik)
ROAD	Ruch Obywatelski - Akcja Demokratyczna (Bürgerbewegung - Demokratische Aktion)
ROP	Ruch Odbudowy Polski (Bewegung für den Wiederaufbau Polens)
RTR	Ruch Trzeciej Rzeczypospolitej (Bewegung für die Dritte Republik)
"S"	Solidarność (Solidarität)
SChL	Stronnictwo Chrześcijańsko-Ludowe (Christliche Volks-[Bauern-]partei)
SD	Stronnictwo Demokratyczne (Demokratische Partei)
SdRP	Socjaldemokracja Rzeczypospolitej Polskiej (Sozialdemokratie der Republik Polen)
SL	Stronnictwo Ludowe (Volks-[Bauern-]partei)
SLD	Sojusz Lewicy Demokratycznej (Bündnis der Demokratischen Linken)
SN	Stronnictwo Narodowe (Nationalpartei)
SP	Solidarność Pracy (Solidarität der Arbeit)
UD	Unia Demokratyczna (Demokratische Union)
UP	Unia Pracy (Arbeitsunion)
UPR	Unia Polityki Realnej (Union für Realpolitik)
UW	Unia Wolności (Freiheitsunion)
ZChN	Zrzeszenie Chrześcijańsko-Narodowe (Christlich-Nationale Vereinigung)
ZMW	Związek Młodzieży Wiejskiej (Verband der Dorfjugend)
Znak	"Das Zeichen"
ZSL	Zjednoczone Stronnictwo Ludowe (Vereinigte Volks-[Bauern-]partei)
ZP	Zjednoczenie Polskie (Polnische Vereinigung)

Karel Vodička

Das Parteiensystem Tschechiens

1. Historische Einführung

1.1. Entstehung des Systems (1848; 1861-1918)

Die tschechischen politischen Massenorganisationen haben ihre Wurzeln im Revolutionsjahr 1848. Damals erfolgte die erste politische Kristallisierung, die den künftigen Charakter des Parteiensystems prädestinierte[1]. Entsprechend dem Denken des romantischen Nationalismus des 19. Jahrhunderts definierte sich ein Volk nicht über die territoriale Zusammengehörigkeit, sondern über die Sprache. Dies führte zur Spaltung der Bevölkerung der böhmischen Länder in zwei politische Volksgruppen, eine tschechische und eine deutsche. Das Parteiensystem entstand und entwickelte sich in jedem Landesteil (Böhmen/Mähren/Schlesien) autonom, und seine Struktur war zunächst relativ einfach: In jedem Land der böhmischen Krone wurde jede Nation (Tschechen/Deutsche) durch eine Partei vertreten[2]. Die ethnische Spaltung ist bis zur Vertreibung der Sudetendeutschen 1945 erhalten geblieben - die sprachliche bzw. national-kulturelle Barriere wurde zur Grenze zwischen zwei Parteiensystemen, die knapp hundert Jahre lang in einem Staat nebeneinander bestanden.

1 Vgl. K Kramář/Z.V. Tobolka, *Česká politika III., Dějiny české nové doby (Die tschechische Politik III., Böhmische Zeitgeschichte)*, Praha, J. Laichter 1909, S. 123, 127ff.; O. Urban, *Česká společnost 1848-1918 (Tschechische Gesellschaft 1948-1918)*, Academia, Praha 1982.

2 Vgl. O. Urban, Otázka národní jednoty a politického stranictví v Čechách na počátku 60. let 19. století (Die Frage der nationalen Einheit und der politischen Parteilichkeit in Böhmen am Anfang der 60er Jahre des 19 Jhdts.), in: *Acta Universitatis Carolinae, Philosophica et Historica*, 3/1982, S. 9-32; K Berchtold (Hrsg.), *Österreichische Parteiprogramme 1868-1966*, Oldenbourg, München 1967, S. 72ff.; R. Charmatz, *Österreichs innere Geschichte 1848 - 1895*, Wien 1918; J. Heidler, *České politické strany v Čechách, na Moravě a ve Sleszku (Tschechische politische Parteien in Böhmen, Mahren und Schlesien)*, J.R. Vilímek, Praha 1914.

1.2. Parteiensystem der ersten Tschechoslowakei (1918-1938)

Die tschechischen politischen Parteien reagierten auf die Konstituierung der Tschechoslowakei auf zweierlei Weise:

- indem sich Landesparteien ähnlicher Orientierung oder ähnlicher Weltanschauung zusammenschlossen[3];
- indem sie sich bemühten, in die Slowakei vorzudringen; in der Slowakei setzte sich am stärksten die Agrarpartei[4] durch, weniger dann die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Der Versuch der Tschechoslowakischen Volkspartei (ČSL), mit der Slowakischen Volkspartei Hlinkas ein Bündnis einzugehen, scheiterte nach knapp einjähriger Zusammenarbeit (1921), und von der Tschechoslowakischen Volkspartei blieb nur ein kleines Fragment in der Mittelslowakei (Mičurovci) übrig[5].

Deutsche politische Parteien versuchten nicht, sich in der Slowakei zu etablieren; sie mußten sich zunächst mit der neuen Lage abfinden, die die Absonderung von den gesamtösterreichischen Parteien und die Verbindung von Landesparteien erforderte. Die Sprachbarriere spielte sicherlich auch eine wichtige Rolle. Infolge politischer Kristallisierung bildete sich in der deutschen Volksgruppe eine Parteienstruktur heraus, die mit der Struktur des tschechischen Parteiensystems fast identisch war[6]. Die nationale Abgrenzung des tschechischen und des deutschen Parteiensystems wurde nur für eine kurze Zeitspanne durch die Zusammenarbeit tschechischer und deutscher Parteien in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre und in den Jahren 1935 bis 1938 (deutscher Aktivismus und Neoaktivismus) überwunden[7].

Eine wesentliche Veränderung des Nachkriegs-Parteiensystems brachte die Entzweiung der bislang stärksten politischen Kraft, der Sozialdemokratie, und die Konstituierung der kommunistischen Partei. Im Jahre 1921 entstand eine einheitliche kommunistische Partei der Tschechoslowakei, während die sozialdemokratischen Parteien der wichtigsten Nationen selbständig blieben Zum Hauptelement des politischen Systems der industriellen Tsche-

3 Durch den Zusammenschluß von Landesparteien christlicher Orientierung formierte sich z.B 1919 die Tschechoslowakische Volkspartei.
4 Republikánská strana venkovského a malozemědělského lidu.
5 Vgl L Lipták, *Politické strany na Slovensku 1860-1989 (Politische Parteien in der Slowakei 1860-1989)*, Archa, Bratislava 1922, S. 122-201.
6 Vgl. hierzu J César/B Černý, *Politika německých buržoazních stran v Československu v l. 1918-1938, díl I. (Politik der deutschen bürgerlichen Parteien in der Tschechoslowakei in den Jahren 1918-1938*, Teil I), ČSAV (Tschechoslowakische AdW), Praha 1962, S. 196-198, J. Chmelař, *Politické rozvrstvení Československa (Politische Schichtung der Tschechoslowakei)*, Orbis, Praha 1926.
7 César/Černý, *Politika* (Anm 6), Teil II, S 427ff.

choslowakei wurde dann paradoxerweise eine Partei, die vor allem die Interessen der Landbevölkerung wahrnahm, die Agrarpartei[8].

Die politische Macht war in der ČSR bei aller Kompliziertheit des Parteiensystems verhältnismäßig stabil. Die Stabilität wurde mit Hilfe der seit 1922 von der Agrarpartei angeführten Regierungskoalition erreicht. Als Reaktion auf die politische Krise, die von der Spaltung der Sozialdemokratie hervorgerufen wurde, gründete man eine sogenannte "Fünf", ein außerparlamentarisches Organ, das die politische Tätigkeit des Parlaments mit der Arbeit der Amtsregierungen in den Jahren 1921 bis 1922 koordinierte[9]. Als die Macht wieder von parlamentarischen Regierungen ausgeübt wurde, blieb die "Fünf" weiterhin tätig und bekam z.T. Züge eines oligarchischen Organs, in dem die maßgebenden Politiker dieser fünf Parteien - unter Ausschluß des Parlaments - über die politische Grundorientierung des Landes bestimmten[10]. Die Regierungsparteien übten eine Stabilitätspolitik aus, die die Erhaltung der bestehenden Verhältnisse anstrebte. Eine gewisse Aufmerksamkeit wurde auch dem Schutz verschiedener sozialer Schichten vor negativen Folgen der wirtschaftlichen Krisen gewidmet. Ein großzügiges Konzept der Modernisierung des Staates, vor allem eine wohldurchdachte nationale und industrielle Politik, fehlten völlig. Die Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit war ein ausgeprägter Parteienstaat, was öffentliche Kritik hervorrief und in der Bevölkerung zum Prestigeverlust der parlamentarischen Demokratie der ersten Republik beitrug.

1.3. Destruktion des Parteiensystems (1935-1939)

Durch die Entstehung der Sudetendeutschen Heimatfront 1933, die sich 1935 in Sudetendeutsche Partei (SdP) umbenannte, begann die Erosion des historisch gewachsenen Parteiensystems der böhmischen Länder. Aus den Wahlen 1935 ging die Sudetendeutsche Partei als stärkste Partei hervor, jedoch ohne die Möglichkeit, die tschechoslowakische Regierung zu bilden, weil sie ein Abgeordnetenmandat weniger als die Agrarpartei erlangte. Der Triumph der SdP brachte den anderen deutschen Parteien eine katastrophale

8 Vgl. J. Harna, Politické strany a formování politického systému v Československu po r. 1918, in. *Politický systém a státní politika* (Politische Parteien und die Herausbildung des politischen Systems in der Tschechoslowakei nach 1918, in: *Das politische System und Staatspolitik*), Historický ústav ČSAV, Praha 1991, S. 39-41.

9 Die "Fünf" bestand aus der Agrarpartei, der Volkspartei, den Volkssozialisten, Sozialdemokraten und Nationaldemokraten.

10 Harna, Politické strany (Anm 8), S 38, 46-50

Niederlage, die daraufhin eine neue Politik der aktiven Zusammenarbeit mit der tschechoslowakischen Regierung anstrebten[11]. Im März 1938, nach dem Anschluß Österreichs, gingen jedoch die deutschen politischen Parteien unter. Ihre Führungen und Mitglieder traten (mit Ausnahme der deutschen Sozialdemokratie) in die SdP ein[12], die somit die Legitimation erlangte, in der Zeit der Münchener Krise als Sprecherin der gesamten deutschen Volksgruppe in den böhmischen Ländern aufzutreten.

Ein ähnlicher Prozeß fand nach dem Münchener Abkommen im tschechischen Teil des tschechoslowakischen Parteiensystems statt. Die tschechischen politischen Parteien wurden zum Bestandteil entweder der "Partei der Nationalen Einheit" oder der "Nationalen Partei der Arbeit". Nach dem Einmarsch der nationalsozialistischen Truppen in die "Resttschechei", in das Protektorat Böhmen und Mähren, verloren auch sie als ein Machtfaktor wie auch als Organisator der öffentlichen Meinung an Bedeutung[13].

1.4. Konstruktion eines limitierten Mehrparteiensystems (1945-1948)

Der Nationalsozialismus und später auch der Kommunismus unterbrachen definitiv die geschichtliche Entwicklungskontinuität des tschechischen Parteiensystems. Gemäß dem Moskauer Abkommen des Londoner und Moskauer Exils (1943), dessen Grundsätze das "Kaschauer Regierungsprogramm" (1945) prädestinierten, durften sich nach dem Zweiten Weltkrieg in den böhmischen Ländern nur vier Parteien rekonstituieren - die Tschechoslowakische Sozialistische Partei, die Tschechoslowakische Volkspartei, die Tschechoslowakische Sozialdemokratische Partei und die Kommunistische Partei. Sie bildeten gemeinsam mit den slowakischen Parteien ein gesamtstaatliches Koordinationsorgan, die Nationale Front, und beteiligten sich bis 1948 an der Regierung. Die halbfreien Wahlen 1946 stellten keine wirkliche Alternativwahl dar, sondern lediglich ein Instrument für die Umverteilung von Macht und Funktionen. Die Kommunisten dehnten unter dem Schutzdach der Nationalen Front ihren Einfluß skrupellos aus, schleusten in die Nationa-

11 Vgl. J César/B. Černý, *Politika německých buržoazních stran v Československu v l. 1918-1938 (Politik der deutschen burgerlichen Parteien in der Tschechoslowakei in den Jahren 1918-1938)*, Teil II, S. 217ff.

12 Vgl ebd., S. 442-443.

13 V Olivová, *Dějiny Československa*, díl IV. (*Geschichte der Tschechoslowakei*, Teil IV), SPN, Praha 1967

le Front verschiedene Massenorganisationen ein, die von ihnen bereits zuvor unterwandert waren (vor allem Gewerkschaften und Jugendbewegung), bis es ihnen schließlich gelang, die Nationale Front und damit auch die ganze politische Szene völlig zu beherrschen. Die nichtkommunistischen Parteien handelten kurzsichtig, im Sinne ihres vorläufigen Interesses. Sie versuchten lediglich, die Macht der KPTsch zurückzudrängen, statt das de facto undemokratische System zu bekämpfen und auch andere Parteien (z.B. die traditionell starke Agrarpartei) zuzulassen, um im gemeinsamen Auftreten gegen die Kommunisten die parlamentarische Demokratie zu retten.

1.5. Die faktische Einparteienherrschaft (1948-1989)

Die Struktur der Nationalen Front wurde nach dem Umsturz im Februar 1948 formal beibehalten, und die Repräsentanten einzelner Blockparteien waren in den 50er Jahren an der Regierung beteiligt. Ihre Parteien wurden jedoch mit Hilfe der eingeschleusten KPTsch-Anhänger und der "Säuberungskommissionen der Nationalen Front" zerschlagen. Die "Erneuerung" der Blockparteien erfolgte unter der sorgsamen Kontrolle der KP-Führung, die bereits alle politischen Entscheidungsbefugnisse in ihren Händen konzentrierte. Durch die Zwangseingliederung der Sozialdemokratie in die KPTsch erhielt 1948 das formale Mehrparteiensystem im Rahmen der Nationalen Front seinen definitiven Charakter und überdauerte in dieser Form 40 Jahre lang, bis zur Wende 1989. In den politischen Parteien der Nationalen Front, deren Führungen später stark von Agenten der Staatssicherheit durchsetzt waren, wurde nicht mehr versucht, eine eigenständige Politik gegenüber der Kommunistischen Partei zu vertreten.

In der Ära des "Prager Frühlings" versuchten einige ehemalige Sozialdemokraten die Sozialdemokratische Partei wiederzugründen. Zur wichtigsten Plattform der politischen Opposition gegenüber der KPTsch wurde indessen der "Club der engagierten Parteilosen (KAN)". Die Bemühungen um die Wiederherstellung der mährisch-schlesischen Selbständigkeit resultierten in der Gründung der formal unpolitischen "Gesellschaft für Mähren und Schlesien". Das Emanzipationsstreben des slowakischen Volkes spielte sich ausschließlich im Rahmen der politischen Strukturen der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei bzw. der Slowakei ab; das Einparteiensystem wurde dadurch nicht in Frage gestellt. Auch die Regime-Opposition in den 70er Jahren, die "Charta '77", formierte sich als eine unparteiliche und unpoliti-

sche Bewegung für Menschenrechte; im übrigen war eine Parteilichkeit durch die heterogene Zusammensetzung ihrer Unterzeichner ausgeschlossen.

Erst gegen Ende der 80er Jahre versuchte man, parteiähnliche politische Gruppierungen ins Leben zu rufen. Im Jahre 1988 wurde die "Obroda" gegründet, eine politische Vereinigung ehemaliger, in den politischen Säuberungen 1969/70 ausgeschlossener KPTsch-Mitglieder, die nach einem Kompromiß mit dem Regime und nach einer Machtbeteiligung suchten. Der Keim für künftige Rechtsparteien wurde die "Bewegung für Bürgerfreiheit" (HOS), die sich im Jahre 1988 konstituierte. Die erste echte politische Partei entstand noch kurz vor November 1989; E. Mandler gründete die "Tschechoslowakische Demokratische Initiative", seit 1990 Liberal-Demokratische Partei, dic jedoch keine wichtigere Rolle spielte und im Jahre 1992 zerfiel[14]. Außerdem bestanden im Ausland zwei Exilparteien - die Tschechoslowakische Volkssozialistische Partei und die Tschechoslowakische Sozialdemokratische Partei. In der Tschechoslowakei selbst wurden diese Parteien jedoch erst nach dem November 1989 aktiv[15].

2. Der Werdegang und die Entwicklung des Parteiensystems nach 1989

2.1. Parlamentswahlen 1990

Die ersten freien Parlamentswahlen im Juni 1990 hatten einige spezifische Merkmale:

- Es waren die ersten Konkurrenzwahlen seit 1946;
- das Parteiensystem befand sich zur Zeit der Wahlen erst im Status nascendi;
- es war keine Alternativwahl, die Wahlen trugen den Charakter eines Referendums gegen den Kommunismus.

Um die Gunst der Wählerschaft bewarben sich 22 Parteien, an den Wahlen nahmen 97 Prozent der Wahlberechtigten in der Tschechischen und 95 Pro-

14 Vgl. *Charta 77. Sborník dokumentů (Charta 77. Sammlung von Dokumenten)*, Praha 1991, *Nově vzniklé společenské ... organizace (Neu entstandene gesellschaftliche ... Organisationen)*, Spektrum, Praha 1990; J. Svítek, *Politické strany a hnutí v Československu (Politische Parteien und Bewegungen in der Tschechoslowakei)*, Sociologický ústav, Praha 1992.

15 Vgl. Kostky jsou vrženy (Es geht los), in: *Expres*, 4/1990.

zent in der Slowakischen Republik teil[16]. Wahlsieger wurden die beiden nationalen Revolutionsbewegungen, das Bürgerforum (OF) in der Tschechischen Republik mit 53 Prozent und die Öffentlichkeit gegen Gewalt (VPN) in der Slowakischen Republik mit 32 Prozent der Wählerstimmen[17]. Die beiden demokratischen Bürgerbewegungen verfügten trotz ihres klaren Wahlsieges über keine Monopolstellung in der Bundesversammlung. Nach Artikel 42 des Verfassungsgesetzes stimmten in der Nationenkammer der Bundesversammlung die Abgeordneten der Tschechischen und jene der Slowakischen Republik über die wichtigsten Gesetze getrennt ab. Aus diesem Grunde brauchten das Bürgerforum und die Öffentlichkeit gegen Gewalt, um sich eine Mehrheit auch im slowakischen Teil der Nationenkammer der Bundesversammlung zu sichern, einen slowakischen Koalitionspartner - die slowakische Christlich-Demokratische Bewegung. Die Bundesversammlung leistete in der Legislaturperiode 1990 bis 1992 eine immense Legislativarbeit und legte Grundlagen für ein demokratisches Rechtssystem. Das föderale Parlament versagte hingegen in seiner primären Rolle - als Konstituante der demokratischen Tschechoslowakei: Wegen der tschechisch-slowakischen Gegensätze gelang es ihm nicht, eine neue föderale Verfassung zu beschließen, die den Nationalinteressen der Slowaken entgegengekommen wäre und die zugleich durch Schaffung adäquater Verfassungsmechanismen das Weiterbestehen der Tschechoslowakei ermöglicht hätte.

2.2. Differenzierungs- und Polarisierungsprozesse (1990-1992)

2.2.1 Strukturwandel im Parteiensystem

Die Bürgerbewegungen (OF und VPN) schafften es, in wenigen Tagen Massen der Bevölkerung zum Protest gegen das kommunistische Regime zu

16 Vgl. Karel Vodička, Die neue Parteienlandschaft in der Tschechoslowakei, in: *Osteuropa*, 2/1991, S.150.- Am 20.4.1990 hatte man sich auf den neuen Staatsnamen "Tschechische und Slowakische Föderative Republik" (ČSFR) geeinigt. Der tschechische Landesteil nannte sich "Tschechische Republik", die andere Staatshälfte "Slowakische Republik". Auf gesamtstaatlicher Ebene existierte ein Bundesparlament mit einer Nationen- und einer Volkskammer. Beide Teilrepubliken verfügten zudem über eigene Parlamente ("Nationalräte") Bei der Wahl waren mithin drei Parlamente zu wählen: das föderale Parlament (Bundesversammlung) und in den beiden Landesteilen die Nationalräte. Ersteres hatte vor allem die Aufgabe, innerhalb von zwei Jahren eine neue Verfassung auszuarbeiten, die von beiden Teilrepubliken gebilligt werden mußte.

17 Vgl. *Lidové noviny (LN)*, 30 5.1992, S. 16.

mobilisieren, und zwar wesentlich schneller und wirksamer, als dies irgendwelchen Parteien hätte gelingen können; in den Wahlen gewannen sie die Sympathie der Wähler schon allein dadurch, daß sie eben keine Parteien waren. Die Bürgerbewegungen wiesen indessen auch gravierende Schwachstellen auf:

- Die Gemeinschaft der Partizipierenden war äußerst heterogen[18];
- auch die Wähler beider Bürgerbewegungen waren unterschiedlich politisch ausgerichtet;
- die Bürgerbewegungen verfügten über keine zureichenden Strukturen, sie waren amorph; die fehlenden Strukturen verhinderten einen demokratischen Willensbildungsprozeß und bereiteten zusätzliche Schwierigkeiten für die Finanzierung;
- die Bewegungen hatten unmittelbar nach der Wende ein viel zu positives, idealistisches Image.

In den Bürgerbewegungen setzte daher im Zuge der praktischen Politikausübung und deren Professionalisierung nach der Wende ein rascher Differenzierungsprozeß ein, der bis hin zur Spaltung ging, und so konnten sie ihre dominierende Position nicht lange halten. Die kurze Periode des negativen Konsensus gegen den Kommunismus ging in demselben Augenblick zu Ende, in dem anstelle der Destruktion des kommunistischen Machtsystems der Anteil an der künftigen Macht sowie die Durchsetzung eigener Vorstellungen von Demokratie und Marktwirtschaft zum Hauptziel der Politik wurden. Bereits im Sommer 1990 wich die Bürger-Euphorie der Novembertage einer allgemeinen Ernüchterung; man begriff, daß die politische Wende nur der Anfang schwieriger Transformationsprozesse sein würde. Die wirtschaftlichen Einbrüche und ihre sozialen Folgen riefen Enttäuschungen und soziale Ängste in der Bevölkerung hervor. Mit ihrem Lebensstandard, sowie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung nach der Wende waren fast 80 Prozent der Bürger unzufrieden[19]. Das Vertrauen in die Verfassungsorgane nahm beständig ab; besonders die Bundesversammlung mußte massiv an Vertrauen einbüßen, von 76 Prozent im Februar 1990 auf 25 Prozent im März 1992[20]. Das Amt des Staatspräsidenten, bekleidet von der Symbolfigur der "samtenen Revolution", Vaclav Havel, war das einzige Verfassungsorgan, das noch 1992 mit 71 Prozent Zustimmung mehr Vertrauen als Mißtrauen genoß. Die erste Unzufriedenheitswelle im Sommer 1990 wurde von

18 Das Bürgerforum z.B. entstand auf Havels Initiative hin als ein Zusammenschluß von oppositionellen Gruppen und absorbierte grundverschiedene (christliche, konservative, liberale, sozialistische, reformkommunistische) politische Richtungen

19 Vgl. R. Kipke, Die politische Entwicklung in der Tschechoslowakei im Meinungsspiegel ihrer Bürger, in: ders./K. Vodička (Hrsg.), *Abschied von der Tschechoslowakei*, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1993, S 46.

20 Vgl. ebd., S. 50.

einem Verlust der Anhängerschaft des Bürgerforums und der Öffentlichkeit gegen Gewalt begleitet. Im Frühjahr 1991 zerfielen dann beide Bewegungen.

Ein tiefgreifender Differenzierungs- und Polarisierungsprozeß war im gesamten Parteiensystem zu verzeichnen. Alle relevanten Parteien machten eine innere Umgestaltung durch. Die Emanzipation der ehemaligen Blockparteien setzte erst nach der Wende ein und verlief schleppend, denn die Reminiszenzen ihrer Rolle aus den vergangenen 40 Jahren beeinträchtigten nachhaltig ihre Vertrauenswürdigkeit. Nach den Wahlen 1990 behielt nur die KPTsch, die über gut ausgebaute Organisationsstrukturen, die weitaus stärkste Mitgliederschaft und die meisten in der Praxis erfahrenen Politiker verfügte, einen wesentlichen Einfluß. Die Volkspartei (ČSL) konnte immerhin als Bestandteil der Christlich-Demokratischen Union ins Parlament einziehen. Das dritte Subjekt der Nationalen Front, die Sozialistische Partei (ČSS), erlitt bei den Wahlen 1990 eine eklatante Niederlage.

Nur einer der wiedergegründeten Parteien, der Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei, gelang es, an die gewaltsam unterbrochene Tradition der Vorkriegsparteien anzuknüpfen; in die Parlamente zogen die Sozialdemokraten allerdings erst nach den Wahlen 1992 ein. Die Versuche, die stärkste Partei der ersten Republik, die Agrarpartei, oder die National-Demokratische Partei wieder ins Leben zu rufen, endeten mit einem Fiasko.

Für die Wahlperiode 1990/92 war kennzeichnend, daß viele belanglose Parteien entstanden, die kaum Resonanz unter den Bürgern fanden und nur ein ephemeres Dasein fristeten. Von den in diesem Zeitraum neugegründeten Parteien erlangten nur diejenigen politisches Gewicht, die sich eindeutig und explizite für die Umwandlung zu einer parlamentarischen Demokratie und zur Marktwirtschaft einsetzten und die vom Bürgerforum eine gewisse Vertrauenswürdigkeit "ererbt" hatten. Unmittelbare Nachfolger des Bürgerforums wurden 1991 drei rechte bzw. liberale Parteien: die Demokratische Bürgerpartei (ODS), die Demokratische Bürgerallianz (ODA) und die Bürgerbewegung (OH).

Mehrere tschechische Parteien bemühten sich nach der Wende (ähnlich wie ihre Vorgänger nach 1918) darum, gesamttschechoslowakische Strukturen zu schaffen. Von slowakischer Seite wurde dagegen nur ausnahmsweise versucht, in die böhmischen Länder vorzudringen; dabei handelte es sich in erster Linie um Parteien, die sich für die Bewahrung des gemeinsamen Staates und für engere slowakisch-tschechische Beziehungen einsetzten. In den Jahren 1990-91 spaltete sich von den tschechoslowakischen Parteien der jeweilige slowakische Teil ab. An die Stelle der gesamtstaatlichen Föderalparteien traten parallele Doppelstrukturen - jeweils zwei selbständige Nationalparteien (eine tschechische, eine slowakische) mit ähnlichen politischen Zielsetzungen. Zu dieser Entwicklung trug das Wahlgesetz bei, das einer

Partei den Einzug ins Parlament ermöglichte, wenn sie die gesetzliche Fünf-Prozent-Hürde nur in einer der beiden Republiken überwand. Die nationale Spaltung der föderalen Parteien und die Entstehung zweier autonomer Parteiensysteme in beiden Landesteilen waren ausschlaggebend für die spätere staatsrechtliche Teilung der ČSFR.

Neben dem Zerbrechen der föderalen Strukturen und der Entstehung neuer Parteien gab es noch andere strukturbildende Prozesse: den Zerfall bzw. die Auflösung von Parteien und deren eventuelle Eingliederung in andere Parteien oder Bewegungen. Bei den Wahlen 1990 wurden in die Bundesversammlung Kandidaten von neun Parteien gewählt; im Verlauf der Wahlperiode 1990/92 waren in der Bundesversammlung insgesamt 27 verschiedene Parteien und andere politische Gruppierungen vertreten[21]. Den wichtigsten Polarisierungsfaktor stellte der Streit um die Gestalt der Reformen dar, wobei keine der Parlamentsparteien vom Spaltungsprozeß verschont blieb. In der zweiten Jahreshälfte 1991 spaltete sich die Bewegung für Mährische Selbstverwaltung. Die Koalition der Volkspartei und der Christlich-Demokratischen Partei zerfiel. Es entstanden neue Wahlkoalitionen, vor allem die Koalition Demokratische Bürgerpartei/Christliche-Demokratische Partei (ODS/KDS), der spätere Wahlsieger, und die Liberal-Soziale Union (LSU).

2.2.2. Wahlpräferenzen 1990-1992

In den böhmischen Ländern wurden in der Legislaturperiode 1990/92 tendenziell rechtsliberale und pragmatische, sich durch keine konkrete Weltanschauung auszeichnende Parteien bevorzugt. In verschiedenen Untersuchungen gewannen relativ viele Parteien ungefähr die gleiche Prozentzahl an Sympathisanten von vier bis zehn Prozent[22]. Die Demokratische Bürgerpartei (ODS) stellte mit ca. 20 Prozent der Wahlpräferenzen eine Ausnahme dar. Im linken Teil des Parteienspektrums war die Parteienzersplitterung ausgeprägter als rechts der Mitte. Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM) war hier die größte und maßgebende Partei, und die sozialdemokratisch orientierten Parteien lehnten es kategorisch ab, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten. Die Stärke der Kommunistischen Partei verhinderte die Herausbildung einer starken Linken.

21 Vgl. hierzu F. Cigánek, *Kronika demokratického parlamentarismu 1989-1992 (Chronik des demokratischen Parlamentarismus 1989 - 1992)*, Cesty, Praha 1992.

22 Vgl. *Volby 1992, Souhrnná zpráva (Wahlen 1992, Gesamtbericht)*, IVVM Praha 1993, S. 4.

In der Tschechischen Republik wurde (im Gegensatz zur Slowakei) bei Umfragen am häufigsten eine Rechtsorientierung deklariert, die insbesondere in der jungen Generation überwog. Zur Rechten bekannten sich vor allem Menschen, die mit der Wirtschaftsreform zufrieden waren bzw. für deren Beschleunigung eintraten. Die Identifizierung mit der Rechten war am häufigsten unter den ODS-Anhängern (81 Prozent) zu verzeichnen[23]. Trotz der mehrheitlich deklarierten Rechtsorientierung, die wohl zum Teil die besondere Lage nach der Wende und die momentane Stimmung (Überdruß am "Sozialismus") widerspiegelt, überwogen bei konkreten Fragestellungen - entsprechend der tschechischen Tradition und vielleicht auch als Rudiment der realsozialistischen Denkweise - eher linke Ansichten. 86 Prozent der Befragten waren damit einverstanden, daß für jeden, der arbeiten möchte, eine Stelle zur Verfügung stehen müsse; 80 Prozent der Tschechen waren der Meinung, daß der Staat die Wirtschaft lenken solle, und 72 Prozent sahen die Hauptaufgabe der Regierung darin, die Probleme der Arbeitslosigkeit und der sozialen Sicherheit zu lösen[24].

2.3. Das Wahl- und Parteienrecht

Die Frage, ob in den ersten freien Parlamentswahlen 1990 das Mehrheitswahlrecht oder das Proportionalprinzip angewendet werden sollte, wurde sehr kontrovers diskutiert. Die meisten Parteien präferierten das für sie vorteilhafte Verhältniswahlrecht. Der Staatspräsident Havel und eine Gruppe im Bürgerforum plädierten für das Mehrheitswahlrecht, um die Rolle konkreter Persönlichkeiten und nicht die der Parteien in den Vordergrund zu stellen. Schließlich überwog im Bürgerforum und dann auch beim "runden Tisch" die Ansicht, daß das Verhältniswahlrecht für die Herausbildung eines pluralistischen Mehrparteiensystems förderlich sei, weil im Parlament ein breiteres Spektrum politischer Kräfte vertreten sein würde. Nach der vorherr-

23 Vgl. ebd., S. 14, 16.

24 Vgl. ebd., S 15. Dieser Widerspruch ist in der betont konservativen Rhetorik der ODS und in ihrer sehr sozial gewordenen Regierungspolitik nach den Wahlen 1992 wiederzufinden. Der ODS-Vorsitzende Klaus setzte sich nachdrücklich für eine "Marktwirtschaft ohne Adjektive" ein; der bekannte Publizist Hvížďala nannte sein (rechtzeitig vor den Wahlen 1992 erschienenes) Buch über Klaus "Der erste von Rechts" Demgegenüber weist die Regierungspolitik der ODS deutliche soziale bzw sozialdemokratische Komponenten auf: Der Überschuß im Staatshaushalt 1993 wurde zum Teil für die Weitersubventionierung der Energiepreise genutzt, die Reform der Wohnwirtschaft (mit teilweiser Mietpreisliberalisierung) verschoben und die gesamte Wirtschaftsreform abgebremst

schenden Meinung könnte ein Mehrheitssystem in der damals undifferenzierten Parteienlandschaft einen absoluten Sieg einer Partei zur Folge haben und somit die Herauskristallisierung einer pluralistischen Parteienstruktur verhindern.

Der Streit um die Wahlprinzipien flammte gegen Ende 1991 neu auf. Präsident Havel, der damals gemäß der Verfassung über das Recht der gesetzgebenden Initiative verfügte, reichte einen Wahlgesetzentwurf ein, der das Mehrheitswahlrecht verankerte. Zur Unterstützung der Gesetzesinitiative des Präsidenten wurden in einer bemerkenswerten, durch mehrere Bürgerinitiativen organisierten Unterschriftenaktion knapp zwei Millionen Unterschriften gesammelt. Die Vertreter der politischen Parteien in der Bundesversammlung akzeptierten indessen die Vorschläge des Staatspräsidenten nicht und blieben beim für die Mehrheit der Abgeordneten vorteilhaften Verhältniswahlrecht.

Die Parlamentswahlen 1992 fanden gemäß Wahlgesetz 57/1992 der Gesetzessammlung statt, durch welches das Wahlgesetz 47/1990 der Gesetzessammlung geändert und ergänzt wurde. Der tschechische und slowakische Nationalrat erließen ihre eigenen Wahlgesetze, die allerdings mit dem föderalen Wahlrecht übereinstimmten, so daß man von einem einheitlichen Wahlrecht ausgehen kann, die Wahlen in die Bundesversammlung und in die Nationalräte (Landesparlamente) fanden gemeinsam statt.

Das Wahlrecht hatte folgende Grundzüge:

- Die Wahlen fanden aufgrund des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts in geheimer Abstimmung statt und zwar nach dem Prinzip der verhältnismäßigen Vertretung.
- Aktives Wahlrecht hatten Bürger nach vollendetem 18. Lebensjahr, passives Wahlrecht Bürger über 21 Jahre.
- Politische Parteien mußten nachweisen, daß sie mindestens 10.000 einzelne Mitglieder hatten, oder Petitionen mit entsprechender Unterschriftenzahl (damit eine Anzahl von mindestens 10.000 Anhängern der jeweiligen Partei erreicht wurde) vorlegen.
- Die Parteien brauchten, um in die erste Runde der Stimmzählung zu gelangen, wenigstens fünf Prozent der Wählerstimmen in einer der beiden Republiken; Koalitionen aus zwei bis drei Parteien benötigten sieben Prozent und breitere Koalitionen zehn Prozent der abgegebenen Stimmen.
- Die mit den Wahlen verbundenen Kosten wurden teilweise vom Staatshaushalt erstattet; jede Partei, die mehr als zwei Prozent der Stimmen erreichte, erhielt einen gewissen Betrag für jede Stimme.
- Das novellierte Wahlgesetz von 1992 ermöglichte es den Parteien, von ihren Kandidaten eine Bescheinigung zu verlangen, daß sie keine Mitarbeiter der Staatssicherheit gewesen waren.

Die Wahlgesetze wurden in Umfragen nach den Wahlen von knapp der Hälfte der Wahlberechtigten als demokratisch bewertet, ein Viertel vertrat eine Gegenansicht. Viele Bürger hatten Vorbehalte gegen bestimmte Regelungen: vor allem dagegen, daß die Abgeordneten (im Unterschied zu der vorherigen Regelung) nicht abberufen werden könnten und gegen die Einschränkung des Rechts des Präsidenten, das Parlament aufzulösen. Die meisten Bürger hätten ein Mehrheitswahlrecht befürwortet, was nicht zuletzt auf die Initiative des Präsidenten Havel zurückzuführen war.

2.4. Wahlergebnisse 1992

An den Parlamentswahlen, die am 5./6. Juni 1992 stattfanden, beteiligten sich in der Tschechischen Republik 85 Prozent der Wahlberechtigten, das waren zehn Prozent weniger als 1990[25]. Nach retrospektiven Umfragen entschied sich ein Drittel der tschechischen Wähler erst während der Wahlwoche bzw. unmittelbar am Wahltag, welcher Partei sie ihre Stimme geben würden. Insgesamt kandidierten 40 Parteien - eine extrem hohe Zahl, besonders angesichts der Fünf-Prozent-Hürde.

In den böhmischen Ländern triumphierte mit einem Drittel der Wählerstimmen[26] die konservative Koalition Demokratische Bürgerpartei/Christlich-Demokratische Partei (ODS/KDS)[27]. Das Ergebnis fiel erheblich besser aus, als in den letzten Meinungsumfragen vor der Wahl mit etwa 20 Prozent prognostiziert worden war[28]. Die ODS-Wähler rekrutierten sich zu 84 Prozent aus den ehemaligen Anhängern des Bürgerforums[29]. Die ODS wurde vorzugsweise von der sozialen Schicht der Unternehmer (plus 15 Prozent Abweichung vom Durchschnitt) und von den Studenten (plus 7 Prozent) gewählt; unterdurchschnittlich stand sie in der Wählergunst der Arbeiter (minus 7 Prozent) und der Landwirte (minus 21 Prozent), was mit der program-

25 *Volby 1992 ČSFR (Wahlen 1992 ČSFR)*, FSU (Bundesamt für Statistik), Praha 1992, S. 25.
26 34% in der Volkskammer, 33% in der Nationenkammer der Bundesversammlung.
27 *Volby 1992 ČSFR* (Anm. 25), S. 27, 29.
28 Der Unterschied zwischen der Prognose und den tatsächlichen Wahlergebnissen kann wohl nicht gänzlich auf die Neigung von Unentschlossenen zu der stärksten Partei zurückgeführt werden, denn der Unterschied von 10% ist zu groß. Es liegt die Vermutung nahe, daß die Wähler in Erwartung eines klaren Wahlsieges der Bewegung für eine Demokratische Slowakei, mit Mečiar an der Spitze, einen starken Gegenspieler in der Person von Václav Klaus und eine ausgeprägt konservative Partei in der ODS als Gegengewicht haben wollten.
29 *Volby 1992, Souhrnná zpráva (Wahlen 1992, Gesamtbericht)*, IVVM Praha 1993, S 70.

matischen Ablehnung von Subventionen für industrielle Staatsbetriebe sowie für die staatliche Landwirtschaft plausibel zu erklären ist.

Die zweitstärkste Kraft wurde mit 14 Prozent der Linke Block, die Koalition der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSČM) mit der Linken Alternative (LA). Die Kommunisten wurden in erster Linie von den Rentnern gewählt (plus 4,5 Prozent Abweichung); bei Unternehmern und Studenten fanden sie mit jeweils minus 6 Prozent Abweichung weniger Sympathie[30]. Überdurchschnittlich oft wurde der Linke Block von Konfessionslosen gewählt.

Mit 7 Prozent schnitten die tschechischen Sozialdemokraten (ČSSD) zwar schlechter als erwartet ab, schafften jedoch entgegen den letzten Wahlen zumindest den Einzug ins Parlament. Die ebenfalls traditionelle Tschechoslowakische Volkspartei (ČSL) kam auf sechs Prozent der Wählerstimmen. Sie wurde wie immer überdurchschnittlich häufig von der Landbevölkerung bevorzugt, und die Katholiken wählten sie doppelt so oft, als es dem mittleren Ergebnis entsprechen würde. Die Protestanten wählten sie kaum, die Konfessionslosen überhaupt nicht[31].

Ein hohes Ergebnis erzielte mit sechs Prozent die rechtsradikale Republikanische Partei. Sie wurde mit einem Stimmenanteil von bis zu 30 Prozent vor allem in den altindustriellen, durch die Umweltzerstörung berüchtigten Bezirken Nordböhmens (Aussig, Teplitz, Brüx) gewählt, in denen eine starke Roma-Minderheit lebt, gegen die die republikanische Rhetorik gerichtet war. Erstaunlicherweise rekrutierte sich eine Hälfte der Republikaner-Wähler aus den ehemaligen Anhängern des Bürgerforums[32]; die Ursache hierfür liegt vermutlich in der Enttäuschung darüber, daß die politischen und sozialen Änderungen nicht schnell genug bzw. anders, als im November 1989 erwartet, verliefen.

Auch die Sozialistische Partei, die mit der Agrarpartei und den Grünen einen Koalitionsblock unter dem Namen Liberal-Soziale Union (LSU) gründete, kam entgegen 1990 knapp über die Fünf-Prozent-Hürde. Vor allem die Landwirte sahen mit plus 28 Prozent Abweichung vom Durchschnitt in der Liberal-Sozialen Union ihre Interessenvertretung. An der Fünf-Prozent-Schwelle scheiterte dagegen knapp die liberale Bürgerbewegung (OH) mit Außenminister Dienstbier an der Spitze, die ursprünglich zweitgrößte Nachfolgeorganisation des Bürgerforums. Es fehlten ihr ganze 0,26 Prozent zum Einzug ins föderale Parlament.

30 Vgl. ebd., S. 73.
31 Alle Angaben nach: *Volby 1992 ČSFR* (Anm. 25), S. 29, 39; *Volby 1992, Souhrnná zpráva* (Anm. 29), S. 73.
32 Vgl. ebd., S. 70.

In das aus 200 Abgeordneten bestehende Parlament der Tschechischen Republik, das eine ähnliche Sitzverteilung wie der tschechische Teil der Bundesversammlung aufwies, zog zudem mit 5,87 Prozent Stimmenanteil[33] auch die Bewegung für Demokratische Selbstverwaltung - Gesellschaft für Mähren und Schlesien (HSD-SMS) ein.

Als Motive für die Wahlpräferenzen wurden in retrospektiven Umfragen am häufigsten das Vertrauen zu den Vertretern der jeweiligen Partei und die Wahlprogramme genannt. Die Wahlen waren in ihrem Wesen nach eine Alternativwahl - im Unterschied zu 1990, als die Wähler im "Plebiszit gegen den Kommunismus" zu 93 Prozent nach ihrer Überzeugung oder Weltanschauung für ihre Partei oder Bewegung stimmten[34]. Die Motivation der Wahlpräferenzen divergierte bei den Anhängern verschiedener Parteien. Die Rechtsparteien (ODS/KDS und ODA) konnten eher auf das ihren Repräsentanten entgegengebrachte Vertrauen bauen, die Linken (LB, ČSSD, LSU) mehr auf die Bejahung ihres Programms. Die ideologischen Parteien (Christlich-Demokratische Union und Linker Block) konnten sich außerdem auf die Weltanschauung ihrer Anhänger stützen[35].

Obwohl das Wahlprogramm oft als ein Motiv für die Wahlpräferenz angegeben wurde, lasen nur zwei Fünftel der Wähler ein Parteiprogramm. Die Wahlkampagne wurde eher in den Medien, vor allem im Fernsehen, verfolgt. Wie in allen posttotalitären Staaten spielten die führenden Persönlichkeiten der jeweiligen Partei eine besondere Rolle für die Wahlentscheidung. 52 Prozent der ODS-Wähler gaben ihrer Partei die Stimme, weil sie deren Politikern vertrauten. Auf die Frage, welchem Repräsentanten der politischen Parteien in ihrer Republik sie am meisten glaubten, nannten 25 Prozent der tschechischen Bürger den ODS-Vorsitzenden Klaus[36].

Die tschechische Öffentlichkeit äußerte zwar bei der Bewertung der Wahlergebnisse Einwände gegen das geltende Verhältniswahlrecht, bezeichnete aber die Wahlen als insgesamt demokratisch. Zur Kompetenz der neugewählten Vertretungskörperschaften und zu den neuen Regierungen verbreiteten sich die tschechischen Bürger nach den Wahlen eher skeptisch. Dies kann auf ihre Enttäuschung nach 1990 zurückgeführt werden wie auch auf eine gewisse, vom Einparteiensystem nachwirkende Intoleranz: Manche stören sich wohl auch daran, daß in den Parlamenten auch Parteien vertreten sind, die sie nicht gewählt haben. Dennoch waren die Bürger mehrheitlich

33 Amtliches Wahlergebnis der tschechischen zentralen Wahlkommission, Wahlen in das tschechische Landesparlament, den Tschechischen Nationalrat, in: *Haló noviny (HN)*, 11.6.1992, S 9.

34 *Volby 1992, Souhrnná zpráva* (Anm. 29), S. 92.

35 Vgl. ebd., S. 93.

36 Vgl K. Vodička, Koalitionsabsprache Wir teilen den Staat!, in: Kipke/Vodička, *Abschied von der Tschechoslowakei* (Anm 19), S 79 - 80.

davon überzeugt, daß die Wahlergebnisse die Fortsetzung der Wirtschaftsreform und der Demokratisierung sowie die Einhaltung der Menschenrechte ermöglichen würden[37]. Die Anhänger der Regierungsparteien waren im Schnitt zufriedener als die übrige Bevölkerung. Die weitere Entwicklung wurde besonders von den ODS-Anhängern relativ optimistisch beurteilt; die Anhänger der Oppositionsparteien waren naturgemäß wesentlich pessimistischer.

2.5. Anzeichen der Konsolidierung

Die Wahlen 1992 setzten dem postrevolutionären Chaos im tschechischen Parteiensystem ein Ende und leiteten die Phase seiner allmählichen Konsolidierung ein, die voraussichtlich zumindest bis zu den Wahlen 1996 andauern dürfte und auch im Zusammenhang mit der staatlichen Trennung von Tschechien und der Slowakei gesehen werden muß: Da man sich nicht auf eine gemeinsame Verfassung für beide Teilrepubliken einigen konnte und das Wahlergebnis von 1992 die Kluft zwischen beiden Staatsteilen nicht vermindert hatte, trat Präsident Havel am 17. Juli 1992 von seinem Amt zurück. Am gleichen Tag erfolgte die Unabhängigkeitsdeklaration der Slowakei. Im November des Jahres beschloß die Bundesversammlung die Auflösung der ČSFR zum 1. Januar 1993.

Für die Hypothese einer beginnenden Konsolidierung des tschechischen Parteiensystems nach der Wahl von 1992 sprechen folgende Anhaltspunkte:

- Im Wahljahr 1992 waren sowohl die Parteiprogramme als auch die Parteienpolitik bereits ausreichend differenziert, und die Parlamentswahlen können im wesentlichen als Alternativwahlen bezeichnet werden. Die Parlamentswahlen steckten klar die Rolle der politischen Parteien ab - sowohl diejenige der Regierungskoalition (energische Fortsetzung der Reformen) als auch jene der Opposition (konstruktive/destruktive Opposition).
- Die fünf stärksten Parteien - die Demokratische Bürgerpartei (ODS), die Demokratische Bürgerallianz (ODA), die Sozialdemokratische Partei (ČSSD), die Kommunistische Partei (KSČM) und die Christlich-Demokratische Union (KDU/ČSL) - können spätestens seit den Wahlen 1992 eine weitgehende Stabilität ihrer Wahlpräferenzen verzeichnen.
- Die Regierungsparteien, allen voran die führende Koalitionspartei ODS, werden von ihren Anhängern, die mit der Entwicklung nach der Wende

37 Vgl. *Volby 1992, Souhrnná zpráva* (Anm 29), S. 57, 58.

überwiegend zufrieden sind, nachhaltig unterstützt; angesichts der extrem niedrigen Arbeitslosenrate, den vergleichsweise günstigen makroökonomischen Kennziffern und dem zu erwartenden Konjunkturaufschwung bleiben ihre Wahlpräferenzen voraussichtlich (zumindest kurz- und mittelfristig) weiterhin stabil.

- Die führende Kraft der Regierungskoalition, die ODS, setzt in ihrer praktischen Regierungspolitik, die deutliche Züge der Professionalisierung aufweist, soziale Akzente; sie ist im Begriff, zur Volkspartei der rechten Mitte mit entsprechendem Wählerstamm zu werden.
- Die turbulenteste Phase von Veränderungen der sozialen Stratifikation nach der Wende ist abgeschlossen, und die Verankerung verschiedener Wählergruppen in der jeweiligen sozialen Schicht wird sich vertiefen; dies wird auf die Wahlpräferenzen stabilisierend wirken.
- Die Unterstützung der extremistischen Parteien nimmt seit 1992 tendenziell ab. Die Wahlpräferenzen der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSČM) schrumpften kontinuierlich von 14 Prozent im Wahljahr 1992 auf neun Prozent im Januar 1994; der Auflösungsprozeß in der Kommunistischen Partei setzt sich mit unverminderter Dynamik fort. Der Anteil von Anhängern der extremistischen Partei der Republikaner (SPR-RSČ) fiel von sechs Prozent bei den Wahlen 1992 auf vier Prozent im Januar 1994[38].

38 Während bei den Kommunisten der Anstieg zurück auf die Werte von 1992 wegen ihrer allmählichen, aber kontinuierlichen Verluste, der politischen Gesamtlage und der fortschreitenden Erosion der Kommunistischen Partei kaum zu erwarten ist, kann man dies bei den Republikanern nicht ausschließen. Die Brisanz der sozialen Probleme, welche von den Republikanern in ihrer Rhetorik betont werden (z.B. die Ausländer- und Romafrage; Kriminalität), wird eher zu- als abnehmen. Andererseits ist es angesichts der sich abzeichnenden Konsolidierung im Parteiensystem und des bei den Wahlen 1990 sowie 1992 bescheidenen Wahlerfolgs der Republikaner unwahrscheinlich, daß die Republikanerpartei zu einer maßgebenden politischen Kraft aufsteigt.

Tabelle 1: Zusammensetzung des tschechischen Parlaments am 25.1.1994 (im Vergleich zum Juni 1992)[39]

Partei	Abgeordnete im Juni 1992	Abgeordnete am 25.1.1994
Demokratische Bürgerpartei (ODS)	66	65
Linker Block (LB)	35	26
Tschechische Sozialdemokratische Partei (ČSSD)	16	18
Demokratische Bürgerallianz (ODA)	14	15
Christlich-Demokratische Union - Tschechoslowakische Volkspartei (KDU/ČSL)	15	15
Liberal-Soziale Union (LSU)	16	13
Christlich-Demokratische Partei (KDS)	10	10
Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM)	-	9
Tschechisch-Mährische Partei der Mitte	-	8
Republikaner (SPR/RSČ)	14	8
Bewegung für Selbstverwaltung (HSD-SMS)	14	7
Liberal-Soziale Nationalpartei (LSNS)	-	5
Parteilos	-	1
	200	200

39 Quelle: Institut pro demokracii a jednotnou Evropu (Institut für Demokratie und vereintes Europa), eigene Erhebungen.

3. Tschechische Parlamentsparteien

3.1. Allgemeines

Im Zuge des Spaltungsprozesses der ČSFR hat sich das föderale Parlament - die Bundesversammlung - aufgelöst, und zum einzigen tschechischen Vertretungsorgan wurde der tschechische Landtag - der Tschechische Nationalrat. Die Umwandlung der nationalen Teilrepubliken, aus denen die ČSFR bestand, in selbständige Staaten brachte eine qualitative Aufwertung des tschechischen Landtages zum einzigen tschechischen Parlament und seiner Abgeordneten zu den einzigen parlamentarischen Vertretern ihrer Partei. Das Versprechen, einen Teil der Abgeordneten der Bundesversammlung in den Senat, in die von der Verfassung vorgesehene zweite Kammer des tschechischen Parlaments, zu überführen, wurde nicht eingelöst. Dies rief heftige Proteste der Mandatsträger der aufgelösten Bundesversammlung hervor, die sich bislang als die Elite und *die* Repräsentanten ihrer Partei verstanden und nunmehr überflüssig geworden waren, während ihre bislang als zweite Garnitur angesehenen Parteifreunde das Abgeordnetendasein führten und das politische Geschehen im Lande mitbestimmten. Der Streit ging quer durch alle Parteien, sogar von "Parteienputsch" war die Rede. Mit Mühe gelang es zuletzt aber doch allen Parteiführungen, die drohende Spaltung ihrer Partei zu verhindern. Die Zusammensetzung des tschechischen Parlaments, der "Abgeordnetenkammer", blieb somit nach den Wahlen 1992 und nach der Auflösung der Tschechoslowakei, abgesehen von einzelnen Parteiübertritten, im wesentlichen unverändert.

Die tschechischen Parlamentsparteien verstehen sich zumeist als "Parteien der Mitte". Bei den Oppositionsparteien ist dies insbesondere dadurch motiviert, daß (mit Ausnahme der Kommunistischen Partei) keine von ihnen die Regierung mit "linken Positionen" attackieren möchte. Außerdem bezeichnen sich die meisten tschechischen Bürger, wie aus verschiedenen Meinungsumfragen hervorging, als Anhänger der Mitte. Die einzige extremistische Parlamentspartei stellt die Partei der Republikaner (SPR-RSČ) dar, die überwiegend als eine rechtsextremistische Partei bezeichnet wird, obwohl manche ihrer Einstellungen (z.B. die Rolle des Staates in der Wirtschaft) eher als linke einzustufen sind. Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM) kann man, als Ganzes gesehen, nicht als eine extremistische Partei bezeichnen, dieses Adjektiv verdienen aber zweifellos einige ihrer Strömungen (insbesondere die Plattform "für Sozialismus"). Nach der Selbsteinstu-

fung ihrer Anhänger lassen sich die Parteien auf der Rechts-Links-Skala ungefähr folgendermaßen plazieren[40]:

Links				Mitte				Rechts
KSČM[41]	ČSSD	LSU	HSD-SMS	OH	SPR/RSČ	KDU/ČSL	ODA	ODS

3.2. Demokratische Bürgerpartei (ODS)

Wahlpräferenzen: Wahlen im Juni 1992: 29,73 Prozent[42]. Umfrage vom Januar 1994: 32 Prozent[43].

Kurzcharakteristik und Machtstellung: Die Demokratische Bürgerpartei (ODS) ist eine ausgeprägt pragmatische, bürgerliche Integrations- und Reformpartei, in der freigeistliche Kräfte die Oberhand haben; sie bezeichnet sich als eine konservative bzw. rechte Partei.

In der tschechischen Regierung besetzte die ODS zehn von 19 Ministersesseln, u.a. das Amt des Ministerpräsidenten (Václav Klaus), alle Funktionen, die mit der Sicherheit zusammenhängen (mit Ausnahme des Verteidigungsministeriums), sowie das Außenministerium und das Finanzministerium. Im ersten Jahr der Amtszeit der tschechischen Regierung wurde nur der Minister für Gesundheitswesen (ODS) ausgetauscht. Im tschechischen Parlament wird die ODS durch 65 Deputierte vertreten; ihre Abgeordneten bekleiden das Amt des Parlamentspräsidenten (M. Uhde) und üben mehrere leitende Parlamentsfunktionen aus.

Genese: Parallel zu der notwendigen Differenzierung des Bürgerforums (OF) verlief auch die Spaltung seiner Parlamentsfraktion: Anfang 1991 konstituierte sich aus den Abgeordneten der späteren Rechtsparteien (der Demokratischen Bürgerpartei und der Demokratischen Bürgerallianz) eine

40 STEM - Meinungsforschungsergebnisse, in: *LN*, 14.-29 7 1993 (Profile der politischen Parteien); *Mladá fronta dnes (MFD)*, 6 8 1993.

41 KSČM Kommunistische Partei Bohmens und Mahrens, ČSSD: Tschechische Sozialdemokratische Partei, LSU. Liberal-Soziale Union; HSD-SMS: Bewegung für Demokratische Selbstverwaltung/Gesellschaft für Mahren und Schlesien, OH Burgerbewegung (seit dem Parteitag 1993 Freie Demokraten [SD]), SPR/RSČ. Republikaner; KDU/ČSL: Christlich-Demokratische Union/Tschechoslowakische Volkspartei, ODA: Demokratische Burgerallianz, ODS Demokratische Bürgerpartei.

42 Amtliches Wahlergebnis der tschechischen zentralen Wahlkommission, Wahlen für das tschechische Landesparlament und den Tschechischen Nationalrat, in: *HN*, 11 6.1992, S. 9. Das Wahlergebnis gilt für die Wahlkoalition ODS/KDS, wobei auf die KDS ungefähr 1 bis 2 Prozent entfallen.

43 Wahlpräferenzen nach einer STEM-Umfrage, in *LN*, 19 1 1994, S 3

Übergangsstruktur, der "Parlamentarische Club der demokratischen Rechten". Auf dem außerordentlichen Parteitag des Bürgerforums (OF) am 23. Februar 1991 kulminierte die zuvor auch nach außen deutlich gewordene Krise des Initiators und Hauptakteurs der "samtenen Revolution": Nachdem alle Versuche definitiv gescheitert waren, das Bürgerforum in eine einheitliche politische Partei umzugestalten, löste sich das Bürgerforum auf. Die größte Nachfolgepartei, die aus seiner Erbmasse entstand, war die Demokratische Bürgerpartei (ODS).

Die Gründung einer neuen Partei forderten vor allem viele Bezirkspolitiker des Bürgerforums, die mit der unklaren und oft hinter den Kulissen betriebenen Politik des Vorstands des Bürgerforums unzufrieden waren, und eine Gruppe Prager Technokraten, die sich für eine fundamentale Wirtschaftsreform als den einzigen Weg zu einer funktionierenden Marktwirtschaft einsetzten. Am 18. März 1991 wurde die Demokratische Bürgerpartei (ODS) registriert, vom 20. bis 21. April 1991 fand ihr konstituierender Parteitag statt. Auf ihm wurden die Parteisatzung sowie das Parteiprogramm "Der Weg zur Prosperität" verabschiedet und die entsprechenden Parteiorgane gewählt: Vorsitzender Václav Klaus, zwei stellvertretende Vorsitzende, ein Exekutivrat aus sechs Vertretern von Böhmen und vier Vertretern von Mähren/Schlesien[44].

Mitglieder und Wähler: Bereits im Sommer 1991 hatte die Demokratische Bürgerpartei nach eigenen Angaben 17.000 registrierte Parteimitglieder, ein Jahr später bereits 25.000. Dem immensen Druck vieler Parteitagsdelegierter (1991), den ehemaligen KP-Mitgliedern den Eintritt in die ODS zu verwehren, wurde nicht stattgegeben; nach den Äußerungen der ODS-Funktionäre betrug jedoch der Anteil der gewandelten Kommunisten an der ODS-Mitgliederschaft nicht mehr als drei bis fünf Prozent[45].

Fünf Monate nach ihrer Gründung, im Juli 1991, wurde die ODS die Partei mit der stärksten Unterstützung der tschechischen Bürger (17 Prozent). Es gelang ihr, die Wählersympathie bis zu den Wahlen zu erhalten bzw. noch auf 19 bis 22 Prozent der Wahlpräferenzen auszubauen. Im ersten Jahr nach den Wahlen 1992 entsprach die Unterstützung der ODS in etwa dem Wahlergebnis (29 bis 32 Prozent nach IVVM, dem "Institut für die Erforschung der öffentlichen Meinung"; bis 36 Prozent nach STEM, dem "Zentrum für empirische Studien der Akademie der Wissenschaften"). Von

44 Vgl. *LN*, 22.4.1992; *Metropolitní telegraf (MeTe)*, 6.11.1992.

45 Vgl. *LN*, 4.7.1991; 7.4.1992; *Rudé právo (RP)*, 15.10.1992. Auf dem ODS-Kongreß im Herbst 1991 wurde der Kampf um die Bedingungen für den Parteieintritt ehemaliger KP-Mitglieder weitergeführt. Die radikaleren Delegierten setzten durch, daß die örtlichen Organisationen strengere Bedingungen für den Parteieintritt stellen konnten, als in der Parteisatzung vorgesehen waren (vgl. *Pražský expres*, 25.11. 1991; *MFD*, 22.6.1993).

den Sympathisanten der ODS bezeichneten sich 26 Prozent als ihre starken Anhänger, 51 Prozent deklarierten eine durchschnittliche Affinität zu ihrer Partei. Im Jahre 1993 wurde sie noch von 70 Prozent ihrer Wähler des Jahres 1992 unterstützt und konnte die partiellen Verluste durch Zulauf aus anderen Parteien (insbesondere aus der Demokratischen Bürgerallianz, ODA und der Bürgerbewegung, OH) immer wieder ausgleichen. Die ODS-Anhänger rekrutierten sich am häufigsten aus der Altersgruppe zwischen 30 und 44 Jahren (61,4 Prozent im Juli 1993)[46].

Die ODS hatte zunächst einen überdurchschnittlichen Einfluß in Großstädten über 100.000 Einwohner, ferner in den Industrieagglomerationen Nordböhmens und Nordmährens sowie in Prag. Nach Meinungsumfragen von 1993 dominierte sie auch in den mittelgroßen bzw. kleineren Städten von 5.000 bis 100.000 Einwohnern. Die ODS-Anhängerschaft, in der Frauen ein wenig überwiegen, weist einen großen Anteil von Personen mit Hochschulbildung (15 Prozent im Jahre 1991, 16,3 Prozent im Juli 1993) und einen überdurchschnittlichen Anteil von Personen mit mittlerer Bildung auf. Die ODS zieht insbesondere Fachleute und Unternehmer an, im Mai 1992 machten sie 33 bzw. 45 Prozent ihrer Sympathisanten aus. Die ODS-Anhänger bezeichneten sich zu 70 Prozent als Rechte und zu 27 Prozent als politische Mitte, befürworteten die politische Entwicklung sowie die Wirtschaftsreformen nach der Wende (73 Prozent zufrieden, 26 Prozent unzufrieden), 80 Prozent legten Wert auf eine größere Verantwortung des einzelnen. Sie setzten sich für eine gründliche Debolschewisierung ein[47].

Die Charakteristik der ODS-Anhängerschaft spricht eher gegen die (insbesondere in den Reihen der Sozialdemokraten öfters geäußerte) Ansicht, daß der Aufschwung der ODS nur ein "Pendelschlag" nach rechts als eine Folge der 40jährigen KPTsch-Herrschaft sei. Die Sozialstruktur der ODS ermöglicht es ihr, sich als Volkspartei zu entfalten, und ihre zunehmend milde (bzw. soziale) Reformpolitik zeugt davon, daß die Parteiführung sich dieser Möglichkeit wohl bewußt ist.

Fraktionen: In der ODS werden drei bis vier Strömungen unterschieden: antikommunistische Radikale (J. Ruml), pragmatische Liberale (J. Novák, J. Kočárník), zentristische Technokraten (V. Klaus, J. Zieleniec) und Karrieristen[48].

46 AISA-Umfrage, in *LN*, 9.7.1991, *MFD*, 22.11.1991, 22.5.1992, STEM-Ergebnisse, in *LN*, 24.7.1993.
47 AISA-Umfrage, in: *LN*, 9.7.1991; STEM-Ergebnisse, in: *LN*, 24.7.1993; *MFD*, 22.11.1991, 22.5.1992; Übersicht ("Monitoring") des Instituts für die Erforschung der öffentlichen Meinung (IVVM), Prag, über die Meinungsforschungsergebnisse in der Presse, Nr. 3, 8, 26, 28, 38/1993, IVVM Praha 1993.
48 Vgl. *Reflex*, 47/1991.

Koalitionen: Die ODS begann nach ihrer Gründung um eine angemessene Vertretung in den führenden Parlaments- und Regierungsämtern zu kämpfen. In die ODS trat eine ganze Reihe von Bürgermeistern größerer Städte ein, so daß sie auch auf der kommunalen Ebene einen starken Einfluß ausüben konnte. Anfang 1991 schloß sie mit dem zweitgrößten Nachfolgesubjekt des Bürgerforums, mit Bürgerbewegung (OH), die sogenannten Láner Verträge[49], in welchen sich die beiden neuen politischen Subjekte verpflichteten, die innenpolitische Stabilität zu wahren und den politischen Status quo im Hinblick auf die Besetzung von Regierungsämtern nicht zu ändern. Die Verträge verankerten außerdem das Vorrecht der ODS auf die von den Mitgliedern der Bürgerbewegung bekleideten Ämter, falls diese frei werden sollten. Die Zusammenarbeit mit der Bürgerbewegung, die weitgehend die Ministerien beherrschte, verschlechterte sich im Herbst 1991 aus der Sicht der ODS insofern, als die ODS die Möglichkeit einer Wahlkoalition mit der Bürgerbewegung im voraus öffentlich ausschloß. In der Wahlkampagne stellte der Streit zwischen der ODS und der Bürgerbewegung einen der Hauptkonflikte dar. Nach dem mißlungenen Versuch (im September 1991), mit der konservativen Partei "Freier Block" ein Bündnis einzugehen, gelang es der ODS, eine Wahlkoalition mit der verhältnismäßig kleinen Christlich-Demokratischen Partei (KDS) und einen "Nichtangriffspakt" mit der Demokratischen Bürgerallianz (ODA) sowie später auch mit der Christlich-Demokratischen Union (KDU/ČSL) zu schließen. Von den verschiedenen Überlegungen über die Zusammenarbeit mit den slowakischen politischen Parteien (ODU-VPN, KDH, MOS) blieb lediglich die slowakische Wahlkoalition ODS/DS übrig[50].

Nach dem Wahlsieg 1992 wurde die ODS zur führenden Kraft der viergliedrigen Regierungskoalition[51]. Die wichtigsten Konfliktpunkte mit den Koalitionspartnern hatte sie in den Fragen der Rückgabe ("Restitution") des Kircheneigentums und der Verwaltungsgliederung des Landes. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Koalition betrafen außerdem die Außenpolitik, die Besetzung von Sicherheitsressorts (die Führung der Geheimdienste) u.ä[52].

Programmatik und Praxis: Von Anfang an war die ODS bestrebt, sich nicht nur durch die Wirtschaftsreform[53], sondern auch durch die Forderung einer entschiedenen "Debolschewisierung" sowie der Vergangenheitsbewälti-

49 Lánské dohody.
50 Vgl. hierzu *RP*, 23.5.1991, 30.5 1991, *LN*, 4 7.1991, 17.8 1991; *MFD*, 4.5 1991, 25.11.1991; *OD*, 4.5.1991, 20.6.1991; *MeTe*, 6 11.1992; *Telegraf*, 16.1 1992; *Zemědělské noviny (ZN)*, 16.1.1992, 26.3.1992; *Český denik (ČD)*, 19.3.1992.
51 Demokratische Bürgerpartei (ODS), Demokratische Bürgerallianz (ODA), Christlich-Demokratische Union (KDU), Christlich-Demokratische Partei (KDS).
52 *MeTe*, 17.10.1992, *LN*, 22.10.1992, 2 12.1992, 19.4.1993; *RP*, 16.3.1993; *Lidová demokracie (LD)*, 19.3.1993, *Telegraf*, 24 5.1993, 28.4.1993.
53 Vor allem die Coupon-Privatisierung und die Forderung, die Wirtschaftsreform in der ganzen Föderation und für alle Wirtschaftszweige ausnahmslos durchzuführen.

gung[54] zu profilieren. Auch der Problematik der staatsrechtlichen Neuordnung des tschechoslowakischen Staates widmete sie große Aufmerksamkeit. Eine gewisse Zeit lang neigte die ODS-Führung zu einer mehrgliedrigen bundesstaatlichen Ordnung[55], unter dem Druck der Mitgliederbasis kehrte sie indessen zum Modell der sogenannten "funktionsfähigen Föderation" zurück, die aus zwei nationalen Teilrepubliken (tschechische/slowakische) bestehen sollte. Damit war auch die Bereitschaft verknüpft, die föderalen Kompetenzen so weit wie möglich auf die Regierungen der Republiken bzw. auf die kommunalen Selbstverwaltungsorgane zu übertragen, sowie eine strikte Ablehnung aller Konföderationsmodelle. Die ODS bekannte sich zu einem "minimalen Staat", d.h. insbesondere zu einer Erweiterung der Selbstverwaltung von Gemeinden, einer Reduzierung des Staatsapparats und zu einer radikalen und umfassenden Privatisierung des Staatseigentums an Produktionsmitteln. Die ODS hielt die Marktwirtschaft für das Hauptinstrument zur Lösung der Probleme auch im sozialen Bereich, im Gesundheitswesen und in der Kultur. In der Außenpolitik betonte die ODS mehr den Eintritt der ČSFR (später der ČR) in die NATO als die Eingliederung in die EG/EU. Die ODS äußerte ihre Abneigung zum Aufbau von Ersatz-Integrationsstrukturen in Mitteleuropa[56].

Die ODS mit ihrem Vorsitzenden Klaus an der Spitze übernahm für die tschechische Seite die Hauptverantwortung für die Teilung der ČSFR. Durch ihre pragmatische Politik gelang es ihr, für die Abstimmung über das Verfassungsgesetz zur Auflösung der Föderation auch einige Stimmen der Oppositionsabgeordneten zu gewinnen und damit die für ein Verfassungsgesetz vorgeschriebene 3/5-Mehrheit zu erreichen. Die Demontage des tschechoslowakischen Staates brachte ihr allerdings zusätzliche Komplikationen, insbesondere den Konflikt zwischen der Parteiführung und den ehemaligen Abgeordneten der Bundesversammlung, nachdem die Parteiführung ihr Versprechen nicht eingelöst hatte, einen Teil der Abgeordneten der Bundesversammlung in den Senat, die zweite Kammer des tschechischen Parlaments, zu überführen[57].

54 Forderung nach einem strengeren "Lustrationsgesetz" (Berufsverbot für ehemalige hohe KP-Funktionare und StB-Agenten in der öffentlichen Verwaltung für einige Jahre); Forderung der Veröffentlichung von Verzeichnissen der KGB- und StB-Agenten, Forderung des Verbots der KPTsch.

55 Staatsrechtliche Gliederung nach den Landern Böhmen, Mahren, Slowakei

56 Parteiprogramm Cesta k prosperitě (Der Weg zur Prosperität), *LN*, 23 5 1991, 8 8. 1991; *ZN*, 8.8 1991, *RP*, 27.7.1991, 8 8.1991, 24.8.1991, 23 5.1991, 26 10.1992; *Práce*, 29 8.1991; *ČD*, 9.2 1992, 23.11 1991, 25 11.1992, *MFD*, 6 2.1992; *Telegraf*, 17.4.1992, 27 4.1992

57 Der von der tschechischen Verfassungsurkunde vorgesehene Senat wurde bisher nicht ins Leben gerufen; die Senatswahlen sollen im Herbst 1996 durchgeführt werden.

Nach der Teilung der Föderation gewann die kontroverse Problematik der künftigen Verwaltungsgliederung des tschechischen Staates an Schärfe. Die ODS trennte sich nach und nach von ihrer ursprünglichen Vorstellung einer zweistufigen Staatsverwaltung (Gemeinden - kleine und zahlreiche Regionen) und übernahm teilweise die Vorstellungen ihrer Koalitionspartner, die eine Verwaltungsgliederung der ČR in acht bis 13 Länder bzw. Regionen forderten und die Bewahrung der dritten Verwaltungsstufe, der Bezirke, nicht ausschlossen. Die ODS modifizierte als führende Regierungspartei auch ihre Vorstellungen im Hinblick auf die (ursprünglich radikale) Wirtschaftsreform und nahm verstärkt Rücksicht auf ihre sozialen Folgen: Sie stoppte die geplante Reform des Wohnungswesens, die eine Liberalisierung und einen starken Anstieg der Mieten zur Folge gehabt hätte; mit Unterstützung der ODS wurde ein relativ mildes Konkursgesetz verabschiedet.

Organisation: Die Organisationsstruktur der ODS gibt den Parteigliederungen - Organisationen der ODS in den Gemeinden, Distrikten und Regionen - eine weitgehende Autonomie. Alle Parteigliederungen haben ihre eigene Rechtssubjektivität. Die Parteizentrale, der Exekutivrat der ODS, ist berechtigt, den Parteigliederungen die Bestätigung über ihre Mitgliedschaft in der ODS (sogenannte Lizenz) zu erteilen bzw. zu entziehen. Ansonsten sind für die örtlichen Parteigliederungen nur die Entscheidungen des Parteitags bzw. des Kongresses bindend.

Der Exekutivrat besteht aus dem Vorsitzenden, seinen zwei Stellvertretern, Vertretern der Regionen, Ministern und einigen führenden Parlamentsabgeordneten; die Vertreter der Verfassungsorgane haben im Exekutivrat insgesamt ein Übergewicht gegenüber dem Parteiapparat. Der Exekutivrat bestimmt mit Hilfe eines festgelegten Verteilungsschlüssels die Kandidaten für die Funktion eines Abgeordneten. Der Wahlkampf und der Informationsservice in der laufenden Wahlperiode wird durch eine Gruppe von professionellen Managern organisiert. Die Manager sind dem Hauptbüro der Partei, das von einem gewählten Exekutivsekretär geleitet wird, untergeordnet[58].

Finanzierung: Die wichtigsten Finanzierungsquellen der ODS sind nach den offiziellen Angaben vor allem die Parteispenden und der staatliche Zuschuß für die erlangten Wählerstimmen. So erhielt die ODS z.B. im Jahre 1991 von den insgesamt 43 Millionen Kronen Einnahmen 35 Millionen aus Spenden und staatlichen Dotationen, 5 Millionen aus der eigenen Geschäftstätigkeit und 1,5 Millionen aus den Mitgliederbeiträgen[59]. Den Wahlmanagern der Partei obliegt es u.a., Sponsoren und Parteispenden zu gewinnen.

58 Satzung der ODS aus dem Jahre 1991 und dem Jahre 1992.
59 Vgl. *Respekt*, 48/1992; *RP*, 24.3.1993.

3.3. Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM)

Wahlpräferenzen: Wahlen im Juni 1992: 14,05 Prozent[60]. Umfrage vom Januar 1994: 9 Prozent[61].

Kurzcharakteristik und Machtstellung: Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM) ist eine doktrinäre, linke, atheistische, unmittelbare Massenpartei, die seit der Wende gegen die Reformen und für den Status quo kämpft. Sie bedient sich dabei populistischer und nationalistischer Argumentation; seit der Wende läßt sie auch verschiedene ideologische Plattformen zu. Im tschechischen Parlament wird sie von 35 Mandatsträgern[62] repräsentiert. Ihre Parlamentsfraktion hat sich indessen in die Fraktion des Linken Blocks (26 Abgeordnete) und die KSČM-Fraktion (neun Abgeordnete) gespalten[63]. Die Presseorgane der KPČM sind Haló noviny und mehrere Regionalzeitungen.

Genese: Die KPTsch wurde 1921 von Mitgliedern mehrerer nationaler sozialdemokratischer Parteien gegründet. In der parlamentarischen ersten Tschechoslowakei spielte sie bis 1938 die Rolle einer destruktiven Opposition. Nach der gleitenden Machtübernahme 1945 bis 1948 übte sie in der Tschechoslowakei 40 Jahre lang die Alleinherrschaft aus. Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM) konstituierte sich als "neue", selbständige Partei (ohne den slowakischen Teil) am 31. März 1990[64]. Bis zum 15. April 1992 war sie Mitglied der "Föderation KSČM und SDL"[65]. Im Februar 1991 wurde der KSČM-Rat für Mähren und Schlesien errichtet[66]. Im Sommer 1991 spaltete sich die "Plattform der Demokratischen Linken" von der KSČM ab und gründete mit anderen linken Gruppierungen die "Demokratische Partei der Arbeit". Bei den Wahlen 1992 kandidierte die KSČM als das weitaus stärkste politische Subjekt der Wahlkoalition linker Bewegungen "Linker Block". Nach dem dritten Parteitag 1993, auf dem es nicht gelungen war, die langwierigen und heftigen Streitigkeiten um die Umbenennung der Kommunistischen Partei beizulegen, trennten sich von der

60 Amtliches Wahlergebnis (Anm 42), S. 9; die Prozentzahl gilt für die von der KSČM angeführte Wahlkoalition "Linker Block".

61 Wahlpräferenzen nach einer STEM-Umfrage in: *LN*, 19.1.1994, S. 3.

62 *Česká národní rada - VII. volební období (Tschechischer Nationalrat - VII. Wahlperiode)*, ČNR im Verlag Rettis, Praha 1992, S. 81

63 Quelle: Institut pro demokracii a jednotnou Evropu (Institut für Demokratie und vereintes Europa), eigene Erhebungen.

64 Vgl. *Politické strany a hnutí v ČSFR 1992 (Politische Parteien und Bewegungen in der ČSFR 1992)*, Institut pro studium demokracie - ČSTK, Praha 1992, S. 59.

65 Die Partei der Demokratischen Linken (SDL) entstand am 28.8.1991 aus dem slowakischen Teil der KSČ.

66 Vgl *Politické strany a hnutí* (Anm. 64), S. 59; *RP*, 2.4.1990.

KSČM die reformkommunistische Strömung "Partei der Demokratischen Linken" und eine Gruppe, die die Partei "Linker Block" gründete, deren Kern aus den 23 Abgeordneten der Wahlkoalition 1992 Linker Block besteht[67].

Mitglieder und Wähler: Die KSČM nennt eine Zahl von 317.000 Mitgliedern (1992)[68]. Ihre Wähler verstehen sich zu 87 Prozent als Linke und sind mit der politischen sowie wirtschaftlichen Lage in der Tschechischen Republik deutlich (90 Prozent) unzufrieden. Viele Stammwähler (38 Prozent) und Parteimitglieder sind Rentner, die Leidtragenden der Wende, die von den Folgen der unumgänglichen Wirtschaftsreform am härtesten betroffen sind; nur sieben Prozent der KSČM-Anhänger sind jünger als 29 Jahre. Eine überdurchschnittliche Unterstützung findet die KSČM unter den Männern über 44 Jahre mit Grundbildung. Regional wird die KSČM von der Bevölkerung der industriellen Agglomerationen Nordmährens und Nordböhmens bevorzugt. Die KSČM gehört zu den Parteien mit der stabilsten Wählerbasis[69]; dennoch scheinen ihre Wahlpräferenzen nach 1992 eine kontinuierlich fallende Tendenz zu zeigen - von 14 Prozent auf 7 Prozent[70] bzw. auf 9 Prozent[71].

Fraktionen: Seit der Wende läßt die KSČM verschiedene Fraktionen zu: Die Plattform "Für Sozialismus" besteht seit Ende 1992 (orthodoxe Marxisten), ferner die Arbeiterplattform, die Plattform der Landwirte, die christlich-demokratische Gruppe und die demokratische Plattform (bis Sommer 1991)[72]. Der Zusammenprall von drei ideologischen Hauptrichtungen (orthodoxe Neokommunisten; Reformkommunisten; Opportunisten) auf dem dritten Parteitag 1993 hatte die Spaltung der Partei zur Folge[73].

Koalitionen: Zu den Wahlen 1990 trat die KSČM in Koalition mit den slowakischen Kommunisten an. Bei den Wahlen 1992 war die KSČM die tragende Säule der Wahlkoalition "Linker Block" (LB).

Programmatik und Praxis: Das programmatische Ziel der Partei ist der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, die auf den Ideen des demokratischen Sozialismus und auf einer sozialistischen Marktwirtschaft beruht (Selbstverwaltung der Arbeitnehmer, Beteiligungen der Arbeitnehmer am Betriebseigentum, Hauptrolle des von einer staatlichen Behörde verwalteten Nationaleigentums, wichtige Rolle des Genossenschaftseigentums, Regle-

67 Vgl. hierzu *RP*, 16.3 1992, 28.6 1993, 26.7.1993.
68 Vgl. *Práce*, 17.7 1993. Die Angabe bezieht sich auf das Jahresende 1992 und berücksichtigt diejenigen Mitglieder, die ihre Mitgliederbeiträge bezahlt haben. Vor der Wende wies die KPTsch über 2 Mio. Mitglieder auf.
69 STEM-Ergebnisse in: *LN*, 22.7.1993; "Monitoring" über die Meinungsforschungsergebnisse (Anm. 47).
70 Vgl. ebd.
71 Umfrageergebnisse vom STEM, in: *LN*, 19.1 1994, S. 3.
72 *RP*, 20 6.1990, 21 8.1991, 24.8.1992; *HN*, 27.1.1993.
73 Vgl. *Respekt*, 13/1993; *MFD*, 24.6.1993.

mentierung des Marktes). Die Wirtschaftsreformen sollen unter der öffentlichen Kontrolle der Parlamente und Gewerkschaften stattfinden. Die KSČM setzt sich gegen einen größeren Zufluß des Auslandskapitals ein, gegen den Beitritt zur NATO und gegen eine schnelle Integration in die EU[74].

Organisation: Die einzelnen Parteizellen (örtliche Organisationen, Vereinigungen und Clubs) vereinigen sich in den Bezirks- bzw. Regionalorganisationen. Die Bezirkskonferenz wählt die Führung der Bezirksorganisation, delegiert die Mitglieder des Zentralkomitees und wählt die Parteitagsdelegierten. Der Parteitag als das höchste Parteiorgan wählt den Parteivorsitzenden, bestätigt die Mitglieder des Zentralkomitees und des zentralen Kontrollkomitees. Das Zentralkomitee und das zentrale Kontrollkomitee können mehrere Kammern, entsprechend der staatsrechtlichen Gliederung des Landes, bilden. Das Zentralkomitee wählt den Exekutivausschuß, in dem nur ein Abgeordneter von der Parlamentsfraktion vertreten ist, kontrolliert die Parteipresse und leitet die Geschäftsangelegenheiten der Partei. Die Grundorganisation, der Bezirksausschuß, und das Zentralkomitee verfügen über eine eigene Rechtssubjektivität[75].

Finanzierung: Im Jahre 1989 verfügte die Kommunistische Partei über ein Eigentum im Wert von 9,9 Mrd. Kronen (darunter waren 600 Gebäude). Das Eigentum wurde der Partei schrittweise entzogen bzw. von der Partei selbst verkauft[76]. Die KSČM besitzt 68 Prozent der Gesellschaft Futura (Herausgeberin der Parteizeitung Haló noviny)[77]. Im Jahre 1991 wies sie 112 Mio. Kronen Einnahmen auf, davon 49 Mio. Spenden, 41 Mio. Mitgliederbeiträge, 12,5 Mio. aus eigener Geschäftstätigkeit und 9,5 Mio. Staatsdotationen[78].

3.4. Tschechische Sozialdemokratische Partei (ČSSD)

Wahlpräferenzen: Wahlen im Juni 1992: 6,53 Prozent[79]. Umfrage vom Januar 1994: 13 Prozent[80].

74 Programm KSČM, *HN*, 6.9.1991, 17.12.1992, Alternativní koncepce české zahraniční politiky (Alternative Konzeption der tschechischen Außenpolitik), verabschiedet vom Zentralkomitee der KSČM am 28.8 1993
75 Organizační řád (Organisation) der KSČM, *HN*, 6 9 1991, Stanovy (Satzung) der KSČM; *HN*, 16.7.1993.
76 Vgl. *LD*, 10 5.1990
77 Vgl. *Respekt*, 37/1991; *Práce*, 30 7.1993.
78 Vgl. *Respekt*, 48/1992.
79 Amtliches Wahlergebnis (Anm. 42), S. 9.
80 Wahlpräferenzen nach einer STEM-Umfrage, in: *LN*, 19 1.1994, S 3.

Kurzcharakteristik und Machtstellung: Die Sozialdemokratische Partei ist eine atheistische, teilweise ideologische Partei der linken Mitte. Sie stellt sich kritisch zur politischen und wirtschaftlichen Umgestaltung in der gegenwärtigen Form und schwankt dabei zwischen konstruktiver und destruktiver Opposition. Der historisch gewachsene Klassencharakter der Partei wird durch ihr Bestreben, zu einer Volkspartei der Mitte zu werden, vermindert. Die Tschechische Sozialdemokratische Partei (ČSSD) entstand als eine außerparlamentarische Massenpartei, die sich bemüht, zu einer mittelbaren Partei zu werden. Die ČSSD hatte nach den Wahlen 1992 16, im Januar 1994 18 Parlamentsabgeordnete im tschechischen Parlament[81].

Genese: Die Tschechische Sozialdemokratische Partei (ČSSD), bis 28. Februar 1993 Tschechoslowakische Sozialdemokratische Partei, ist die älteste tschechische Partei. Sie führt sich auf die 1874 in Neudörfl gegründete Österreichische Sozialdemokratische Arbeiterpartei zurück. Bereits vor der Wende bestand im Rahmen der Charta '77 eine sozialdemokratisch gesinnte Gruppe um R. Battěk, die auch von der sozialdemokratischen Partei im Exil unterstützt wurde. In der "samtenen Revolution" 1989 waren die Mitglieder dieser Gruppe Mitbegründer des Bürgerforums. Zum gleichen Zeitpunkt (angeblich bereits am 19. November 1989) gründete jedoch eine Gruppe von Alt-Sozialdemokraten um J. Klaban eine sozialdemokratische Partei außerhalb des Bürgerforums. Auf dem 24. Parteitag (24./25. März 1990) verlor R. Battěk den Kampf um die Parteiführung, und zum Ersten Vorsitzenden der wiedergegründeten Partei wurde J. Horák gewählt, der zu dieser Zeit nach vier Jahrzehnten im Exil aus den Vereinigten Staaten zurückkehrte. In der sozialdemokratischen Exilpartei gehörte J. Horák zu der Minderheitsgruppe, die bereit war, mit Reformkommunisten von 1968 im Exil zusammenzuarbeiten; seine Wahl zum Parteivorsitzenden hatte eine faktische Unterbrechung der Kontakte der ČSSD mit der sozialdemokratischen Exilpartei zur Folge. Kurz nach Horáks Wahl zum Parteivorsitzenden trat der "Club Obroda" in die ČSSD ein, eine Gruppe von Reformkommunisten, die sich Anfang 1989 im Rahmen der Charta '77 formierte. Kurz nach den tschechoslowakischen Parlamentswahlen im Frühsommer 1990 wurde R. Battěk, ein prominenter Dissident vor der Wende, aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen. Er wandelte seinen "Club der Sozialdemokraten" im Bürgerforum in eine selbständige Partei um, in die "Assoziation der Sozialdemokraten"[82].

81 *Česká národní rada - VII. volební období* (Anm. 62), S. 82.
82 Vgl. Politische Parteien und Bewegungen in der ČSFR 1992, Praha, Institut für das Studium der Demokratie, 1992, S. 19-20; *ČD*, 24.2.1993. Die Integration des Clubs Obroda in die Sozialdemokratische Partei wurde auf dem 25. Parteitag (6./7.4.1991) in Ostrava bestätigt.

Mitglieder und Wähler: Die ČSSD zählte 1993 10.000 Mitglieder[83]. In die ČSSD traten im Frühling und Sommer 1993 einige Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei im Exil ein, ferner die Mitglieder der "Assoziation der Sozialdemokraten" und der "Demokratischen Partei der Arbeit". Der Parteivorsitzende M. Zeman brachte mehrmals zum Ausdruck, daß die ČSSD bereit sei, einzelne Mitglieder der Kommunistischen Partei aufzunehmen.

In den ersten Wahlen zur Tschechoslowakischen Bundesversammlung 1990 gewann die gesamtstaatliche Koalition "Sozialdemokraten" nur vier Prozent[84] der Wählerstimmen und konnte weder in die Bundesversammlung noch in das tschechische Landesparlament einziehen. Bei den Kommunalwahlen 1991 erlangte sie zwar fünf Prozent der Wählerstimmen, aber nur 1,6 Prozent der Mandate[85]. Im Jahre 1991 begann die ČSSD an Popularität zu gewinnen. Dazu trug die Auflösung des Bürgerforums bei sowie auch die Tatsache, daß es der Kommunistischen Partei nicht gelang, sich in eine Partei sozialdemokratischen Typs umzuformieren.

Als die sozialen Probleme, die mit der 1991 eingeleiteten radikalen Wirtschaftsreform zusammenhingen, an Brisanz gewannen, fand die ČSSD das größte Zulaufpotential unter den Unzufriedenen. Insgesamt wurde sie insbesondere von älteren, überwiegend männlichen Wählern bevorzugt, die Bildungsstruktur ihrer Anhänger entsprach dem Durchschnitt der tschechischen Bevölkerung. Die meisten Sympathisanten der ČSSD lebten vorwiegend in Städten von 5000 bis 100.000 Einwohnern. Die Anhänger der ČSSD hielten sich mehrheitlich für die Mitte oder die Linke. Für ihre Wahlpräferenzen waren vor allem ihre Weltanschauungen und die Parteiprogramme ausschlaggebend[86].

Bei den Parlamentswahlen 1992 erlangte die Tschechische Sozialdemokratische Partei sieben Prozent[87] der Wählerstimmen. Nach dem 26. Parteitag (Februar 1993), auf dem ein ehemaliger Politiker des Bürgerforums, Miloš Zeman, zum Parteivorsitzenden gewählt wurde, stiegen ihre Wahlpräferenzen auf 12 bis 14 Prozent an[88].

83 *Práce*, 1.3.1993.
84 3,8 % in der Volkskammer, 4,2 % in der Kammer der Nationen. Angaben nach: *Politické strany a hnutí v ČSFR 1992* (Anm 64), S. 20.
85 *Kronika demokratického parlamentu 1989-1992 (Chronik des demokratischen Parlaments)*, Praha 1992, S. 85-87.
86 Vgl. *LN*, 17.7.1993 (Umfrageergebnisse von STEM); *MFD*, 6.8.1993; S. Hampl u.a., *Volby 1992 (Wahlen 1992)*, Institut für die Erforschung der öffentlichen Meinung (IVVM), Praha 1992, S. 45-46, 70, 94.
87 6,5 % in der Volkskammer und 7,7 % in der Kammer der Nationen.
88 Hampl u.a., *Volby 1992* (Anm. 86), S. 71, 76, 77, "Monitoring" über die Meinungsforschungsergebnisse (Anm. 47).

Fraktionen: Ende 1992 bildeten sich in der Parteiführung der ČSSD drei Strömungen heraus. Die Programmunterschiede zwischen ihnen, die insbesondere die Außenpolitik, die Meinungen zum NATO-Beitritt und zur Visegrád-Gruppe betrafen, spielten dabei eine eher bescheidene Rolle. Zum eigentlichen Zankapfel wurde die Beziehung zur Regierungskoalition. Die Radikalen setzten sich für einen Wandel der ČSSD hin zu einer kompromißlosen Oppositionspartei ein. Zu dieser Strömung gehörten der Parteivorsitzende M. Zeman, P. Dostál, V. Grulich (Vizevorsitzender) u.a. Die sogenannten Opportunisten - I. Fišera, P. Novák (Erster Vizevorsitzender) u.a. - neigten zu einer selektiven Zusammenarbeit mit der Regierungskoalition. Gemäßigt und etwas verschwommen in ihren Aussagen war die sogenannte Rakovnická-Gruppe (J. Paroubek, J. Fair u.a., überwiegend ČSSD-Abgeordnete), die sich für eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Regierung einsetzte. Neben der Kontroverse über die Einstellung der ČSSD zur Regierungskoalition bestand noch eine Auseinandersetzung zwischen den antikommunistischen Sozialdemokraten und den "demokratischen Sozialisten", die eine potentielle Zusammenarbeit mit den Kommunisten befürworteten[89]. Am 26. Parteitag in Königsgraz (Februar 1993) wurde der Machteinfluß der Rakovnická-Gruppe weitgehend eliminiert. In der darauffolgenden Sitzung des Zentralen Exekutivausschusses stärkte der Vorsitzende Zeman die Position seiner radikalen Gruppe auch auf Kosten der "Opportunisten"; in den elf Personen zählenden Parteivorstand wurden zehn Anhänger des Parteivorsitzenden gewählt. Die Gemäßigten versuchten nach ihrer Niederlage, ihre Kräfte in der "Gesellschaft des Willy Brandt und Bruno Kreisky" zu bündeln.

Koalitionen: In den ersten freien Wahlen im Mai 1990 trat die Sozialdemokratische Partei der Tschechoslowakei in einer gesamtstaatlichen Koalition "Sozialdemokraten" an. Im Verlauf des Jahres 1990 löste sich die föderale sozialdemokratische Wahlkoalition auf, und die Tschechoslowakische Sozialdemokratische Partei wurde zu einer faktisch tschechischen Partei. Nach der Auflösung des Bürgerforums formierte sich in der Tschechoslowakischen Bundesversammlung im Sommer 1991 der "Club der sozialdemokratischen Orientierung", der im Frühjahr 1992 in die ČSSD integriert wurde. Dies rief bei einem Teil der antikommunistisch gesinnten Mitgliederbasis der ČSSD Proteste hervor, denn unter den Abgeordneten des "Clubs der sozialdemokratischen Orientierung" waren auch prominente Reformkommunisten wie Z. Jičínský und V. Šilhán[90]. Die ČSSD, die Liberal-Soziale Union

89 Siehe hierzu *LN*, 5.2.1993, 27 4.1993; *RP*, 27.1.1993, 18.2.1993, 28.6.1993; *MFD*, 2.3.1993, 23 3.1993, *Telegraf*, 3.3.1993.
90 Vgl. *ČD*, 17 2.1993.

(LSU) und die Christlich-Soziale Union (KSU) bildeten 1993 den "Realistischen Block", der zur Basis einer Schattenregierung werden sollte[91].

Programmatik und Praxis: In ihrem Programm befürwortet die ČSSD die soziale Marktwirtschaft mit einer Partizipation der Arbeitnehmer am Betriebseigentum und einen starken Assistenzstaat (defizitärer Staatshaushalt, mikroökonomische Maßnahmen, Subventionen, partielle Reglementierung der Wirtschaft durch Staatsorgane, protektionistische Zoll- und Importpolitik, partiell regulierte Preisbildung, Einschränkung der Coupon-Privatisierung, administrative Maßnahmen gegen das Auslandskapital, Unterstützung der Gewerkschaften). Die ČSSD setzt sich für eine dreistufige Verwaltung (Wiederherstellung der Kreise) ein und neigt zeitweilig zu einer nationalistischen Rhetorik (insbesondere im Hinblick auf die Sudetendeutschen)[92].

Organisation: Die örtlichen Organisationen haben nach der neuen, auf dem 26. Parteitag 1993 verabschiedeten Parteisatzung, die Aufgabe, neue Mitglieder aufzunehmen und Kandidaten für die Kommunalwahlen zu nominieren. Die Mitglieder der Gemeindevertretungen bilden Clubs, deren Vorsitzende die Einhaltung der Parteilinie zu gewährleisten und Berichte über die Tätigkeit der örtlichen Organisationen zu erstatten haben. Nach der neuen Parteisatzung stellen die Bezirksorganisationen, die über ihre eigene Rechtssubjektivität verfügen, den wichtigsten Baustein der Partei dar. Die Exekutivausschüsse der Bezirksorganisationen wählen die Kandidaten für den zentralen Exekutivausschuß, die vom Parteitag bestätigt werden müssen, und nominieren die Parteitagsdelegierten. Von den Bezirksausschüssen können regionale Koordinationskomitees als regionale Organisationsstruktur der Partei gebildet werden. Gemäß der Satzung stellt der Parteitag das höchste Parteiorgan dar. Auf dem Parteitag werden die Spitzenfunktionäre der Partei sowie die Mitglieder der zentralen Kontrollkommission gewählt. Als weitere Zentralorgane der Partei treten der Zentrale Exekutivausschuß, sein Vorstand und das Politische Gremium auf. Im Jahre 1991 richtete die ČSSD eine mährisch-schlesische Kammer im Zentralen Exekutivausschuß ein. Sie schuf jedoch keine selbständige Landesorganisation, wie es in den anderen Parteien der Fall war. Das Politische Gremium, das aus dem Parteivorsitzenden, seinen Stellvertretern und den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Parlamentsfraktionen besteht, leitet die politische Arbeit der Partei.

Die Parteisatzung der ČSSD ermöglicht eine Angliederung von sozialen Bewegungen und Gruppen, ferner das Bestehen von "Organisationen, die der ČSSD nahestehen" (Sozialdemokratische Frauen, Jung-Sozialdemokraten,

91 Vgl. *ČD*, 28.6.1993, 29 6.1993; *RP*, 26.4.1993, 18 9.1993; *MFD*, 21.4 1993.
92 Programm der ČSSD, beschlossen auf dem XXVI. Parteitag in Hradec Králové, 26.-28.2 1993.

Senioren-Club der ČSSD); sie sind ebenfalls im Zentralen Exekutivausschuß vertreten[93].

Finanzierung: Zu Beginn ihrer Tätigkeit übernahm die ČSSD einige Einrichtungen und Gebäude der KPTsch, u.a. den traditionellen Sitz der Sozialdemokratischen Partei, das "Haus des Volkes" (Lidový dům) in der Prager Stadtmitte. Bereits im Jahre 1991 verfügte die Sozialdemokratische Partei über ein größeres Eigentum als die Kommunistische Partei (über 61 Mio. Kronen). Ihre Jahresausgaben erreichten 1992 jedoch 191 Mio. Kronen, so daß die ČSSD in Finanzschwierigkeiten geriet. Die finanziellen Engpässe bewogen die Partei u.a. dazu, auf ihr Presseorgan, die Tageszeitung Právo lidu, zu verzichten[94].

3.5. Liberal-Soziale Union (LSU)

Wahlpräferenzen: Wahlen im Juni 1992: 6,52 Prozent[95]. Umfrage vom Januar 1994: 2 Prozent[96].

Kurzcharakteristik und Machtstellung: Die aus drei weitgehend eigenständigen Parteien bestehende Liberal-Soziale Union (LSU) ist eine atheistische, mittelbare und pragmatische Partei der linken Mitte, die in ihrer Rhetorik gelegentlich zum Populismus und Nationalismus neigt und sich gegen die politische und wirtschaftliche Umgestaltung in der gegenwärtigen Form stellt. Nach den Wahlen 1992 wurde sie im Parlament durch 16, im Januar 1994 durch 13 Abgeordnete[97] vertreten.

Genese: Die Liberal-Soziale Union (LSU), ein Zweckbündnis aus drei Parteien[98], die bei den Wahlen 1990 den Einzug ins Parlament verfehlten, ließ sich am 6. Dezember 1991 registrieren. Im Jahre 1993 trat dieser Wahlkoalition noch die Christlich-Soziale Union bei[99]. Die LSU versuchte nach den Wahlen 1992 eine festere, einheitliche Binnenstruktur aufzubauen. Im Juni 1993 verließ die Tschechoslowakische Sozialistische Partei das Bündnis: Sie benannte sich in "Liberal-Soziale Nationalpartei (LSNS)" um, und

93 Parteisatzung der ČSSD.
94 Vgl. *Respekt*, 48/1992; *Reflex*, 15/1993; *RP*, 19.4.1993; *Česko-moravské zemědělské noviny*, 18.5.1993; *Respekt*, 20/1993; *LN*, 4.6 1993; *MeTe*, 18.11.1992; *ČD*, 25.1. 1993.
95 Amtliches Wahlergebnis (Anm. 42), S. 9.
96 Wahlpräferenzen nach einer STEM-Umfrage in: *LN*, 19.1.1994, S. 3.
97 *Česká národní rada* (Anm. 62), S. 83.
98 Tschechoslowakische Sozialistische Partei, Tschechoslowakische Agrarpartei, Partei der Grünen.
99 *Právo lidu*, 7.4.1992; *České slovo*, 8/1991.

ihre Abgeordneten traten in den "Liberalen Club" über. Auch einige LSU-Abgeordnete von den Grünen drohten, zu einer anderen Parlamentsfraktion überzuwechseln[100].

Mitglieder und Wähler: Zwischen den Mitgliedern und Wählern der einzelnen drei bzw. vier Parteien, aus denen die LSU besteht, gibt es wesentliche Unterschiede. Gemeinsam ist ihnen, daß sie mit der politischen Lage im Lande unzufrieden bis sehr unzufrieden sind und die Wirtschaftsreformen ablehnen. Die meisten LSU-Anhänger stammen aus kleinen bzw. mittelgroßen Gemeinden Böhmens und entsprechen unter den sonstigen Aspekten dem Bevölkerungsdurchschnitt. Die Wahlpräferenzen der Liberal-Sozialen Union (LSU) oszillieren zwischen 5 und 2 Prozent, Tendenz fallend[101].

Fraktionen: Die drei bzw. zeitweilig vier Parteien, aus denen die LSU besteht, stellen auch die LSU-Fraktionen dar. Nachdem die Tschechoslowakische Sozialistische Partei die LSU verlassen hatte, wurde die LSU zu einem Parteienzusammenschluß der linken Mitte, der von der Agrarpartei dominiert wird.

Koalitionen: Die LSU, die ihrem Wesen nach selbst eine Wahlkoalition darstellt, ging keine weitere Koalition ein.

Programmatik und Praxis: Im LSU-Programm, dessen eigentlicher Urheber der gegenwärtige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei M. Zeman ist, werden Lohnerhöhungen für Arbeitnehmer und die Verbesserung des Lebensstandards für Rentner gefordert. Die Coupon-Privatisierung, deren geistiger Vater der ODS-Vorsitzende Klaus ist, wird verworfen und die "kleine Privatisierung" als Werkzeug zur Geldwäsche für aus- und inländisches organisiertes Verbrechen bezeichnet. Zwar wird eine schnelle Privatisierung befürwortet, allerdings in erster Linie in Form von Arbeitnehmerbeteiligungen. Die LSU setzt sich für eine soziale Marktwirtschaft mit verstärkten sozialen Komponenten ein und fordert eine Reglementierung des Kapitalzuflusses aus dem Ausland. Sie befürwortet die Wiederherstellung der historischen Länder, die Erweiterung der Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten sowie die schrittweise Annäherung und Anpassung an die EG-Strukturen[102].

Organisation: Die LSU besteht aus drei (zweitweilig waren es vier) selbständigen Kollektivmitgliedern, die sich nach ihren eigenen Parteisatzungen richten. Die LSU-Beschlüsse werden durch einstimmigen Konsens gefaßt.

100 *Telegraf*, 21.6.1993; *ČD*, 10.6.1993

101 Vgl. STEM-Ergebnisse, in: *LN*, 29.7.1993, "Monitoring" über die Meinungsforschungsergebnisse (Anm. 47).

102 Vgl. Program pro tři generace (Ein Programm für drei Generationen), in: *Svobodné slovo*, 17.3.1992, Reforma bez šoku (Eine Reform ohne Schock - ökonomisches Wahlprogramm), in: *Svobodné slovo* (Hrsg.), Praha 1992; Landwirtschaftsprogramm der LSU, in: *Svobodné slovo*, 18.5.1992.

Die LSU wählt ihren Vorsitzenden und stellt gemeinsame Kandidatenlisten für die Wahlen auf. In die LSU können auch individuelle Mitglieder eintreten[103].

Finanzierung: Die umfassendste Geschäftstätigkeit übte die Tschechoslowakische Sozialistische Partei (ČSS) aus, die 97 Prozent des Verlagshauses Melantrich besitzt. Sie verfügte 1989 über ein Eigentum im Gesamtwert von 12 Mio. Kronen (u.a. zehn Gebäude)[104], im Jahre 1991 waren es (inflationsbedingt) 34 Mio. Kronen. Die Einnahmen der Partei betrugen 1991 16 Mio. Kronen, davon neun Mio. aus Spenden, fünf Mio. aus Geschäftsaktivitäten, eine Mio. aus Staatszuweisungen und 0,8 Mio. aus Mitgliederbeiträgen. Die Jahresbilanz 1991 wies jedoch ein Minus von acht Mio. Kronen auf[105]. Die Tschechoslowakische Agrarpartei (ČSSZ) wird wahrscheinlich von einigen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, deren Interessen sie vertritt, finanziell unterstützt. Im Jahre 1991 wies sie Einnahmen von 3,5 Mio. Kronen auf (Geschäftstätigkeit 1,5 Mio., Staatszuschüsse 0,9 Mio., Spenden 0,5 Mio., u.a.)[106]. Die Partei der Grünen (SZ) disponierte 1991 mit Einnahmen von nur 1,3 Mio. Kronen[107].

3.6. Christlich-Demokratische Union/Tschechoslowakische Volkspartei (KDU/ČSL)

Wahlpräferenzen: Wahlen im Juni 1992: 6,28 Prozent[108]. Umfrage vom Januar 1994: 6 Prozent[109].

Kurzcharakteristik und Machtstellung: Die Christlich-Demokratische Union/Tschechoslowakische Volkspartei (KDU/ČSL) ist eine katholisch-klerikale Weltanschauungspartei der rechten Mitte, eine traditionelle bürgerliche Massenpartei mit weitgehender territorialer Ausbreitung und Dezentralisierung, welche die demokratischen und (sozial abgefederten) marktwirtschaftlichen Reformen befürwortet.

Die KDU/ČSL stellt einen stellvertretenden Ministerpräsidenten und vier Minister (Verteidigung, Kultur, wirtschaftlicher Wettbewerb, Landwirt-

103 *České slovo*, 8/1991.
104 *LD*, 10.10.1990.
105 *Respekt*, 48/1992.
106 Vgl. ebd.
107 Vgl. ebd.
108 Amtliches Wahlergebnis (Anm. 42), S. 9.
109 Wahlpräferenzen nach einer STEM-Umfrage, in: *LN*, 19.1.1994, S. 3.

schaft)[110]. Im Parlament ist sie durch 15 Abgeordnete vertreten; ihre Mandatsträger üben u.a. die Funktionen des stellvertretenden Parlamentspräsidenten, des Vorsitzenden des verfassungsrechtlichen Ausschusses, des Petitionsausschusses sowie des Ausschusses für Menschenrechte und Nationalitäten aus[111].

Genese: KDU/ČSL konstituierte sich im Jahre 1919 als Tschechoslowakische Volkspartei (ČSL). In den Jahren 1945 bis 1989 wirkte sie als eine Blockpartei im Rahmen der Nationalen Front. Der durch Mitarbeit mit der Staatssicherheit (StB) kompromittierte christlich-soziale Flügel wurde 1990 aus der Partei ausgeschlossen und gründete 1992 die "Christlich-Soziale Union".

Mitglieder und Wähler: Die KDU/ČSL weist 88.500 Mitglieder auf[112]. Ihre Wählerbasis stellen zu 89 Prozent gläubige Katholiken (60 Prozent davon sind Frauen) aus den landwirtschaftlichen Gebieten Südmährens und Südböhmens, überwiegend in der Altersgruppe über 44 Jahre (Rentner 38 Prozent, ähnlich wie KPTsch), mit dem höchsten Anteil der Personen mit Grundausbildung (32 Prozent). Die meisten KDU/ČSL-Anhänger wohnen in Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern und zählen in ihrem Selbstverständnis zur Rechten (54 Prozent) bzw. zur Mitte (43 Prozent). Die KDU/ČSL hat von allen tschechischen Parlamentsparteien den höchsten Anteil an Stammwählern[113]. Ihre Anhänger waren ihr auch in den schwierigen Zeiten ihres Daseins als eine Blockpartei unter der Kuratel der KPTsch treu geblieben, trotz der besonders devoten Verhaltensweise ihrer damaligen Funktionäre. Die Diskreditierung der Partei während der kommunistischen Diktatur trägt allerdings offensichtlich dazu bei, daß ihre Wahlpräferenzen auf einem niedrigen Niveau, zwischen vier und sechs Prozent schwanken.

Fraktionen: Nach dem Ausschluß des christlich-sozialen Flügels sind keine Fraktionen bekannt.

Koalitionen: Bei den ersten Parlamentswahlen 1990 stellte die Tschechoslowakische Volkspartei die tragende Säule der christlich geprägten Koalition "Christlich-Demokratische Union" (KDU) dar. Nach den Wahlen 1992 trat sie im Rahmen der Regierungskoalition unter der Führung der Demokratischen Bürgerpartei (ODS) in die tschechische Regierung ein[114].

Programmatik und Praxis: Die KDU/ČSL tritt für die Rehabilitierung der christlichen Werte in der Gesellschaft und für die Wiedereinführung

110 Vgl. *Prostor*, 2.7 1992; *Telegraf*, 31 12 1992
111 *Česká národní rada* (Anm. 62), S 84
112 Vgl *Politické strany a hnutí* (Anm. 64), S 59
113 STEM-Ergebnisse, in: *LN*, 21.7 1993, "Monitoring" über die Meinungsforschungsergebnisse (Anm. 47).
114 Vgl. *Politické strany a hnutí* (Anm. 64), S. 25-26, *HN*, 18 10.1991

christlicher Verhaltensregeln ein. Sie befürwortet die Transformation der Wirtschaft hin zu einer sozialen Marktwirtschaft, wobei sie allerdings - mehr als die übrigen Regierungsparteien - die christliche Solidarität betont und einige protektionistische Maßnahmen fordert. Sie plädiert für die Wiedereinführung der Landesordnung, für die Wiederherstellung der historischen Länder Böhmen/Mähren/Schlesien im Rahmen der bevorstehenden Verwaltungsreform. In der Regierungskoalition setzt sich die KDU/ČSL gegen die Demokratische Bürgerpartei (ODS) für die Rückgabe des 1948 verstaatlichten Kircheneigentums sowie für eine umfassende Vergangenheitsbewältigung ein[115].

Organisation: Die örtlichen Organisationen können neben den direkten Mitgliedern auch Teilorganisationen oder (in den Gemeinden, wo es keine örtlichen Organisationen gibt) die um einen Vertrauensmann gebildeten Gruppen vereinigen. Als höhere Organisationsstufe bestehen die Bezirks-, Landes- und die gesamtstaatlichen Organisationen. Der gesamtstaatliche Parteitag stellt gemäß der Satzung das höchste Parteiorgan dar. Am Parteitag nehmen die Gesamtstaatliche Parteiführung, Landessekretäre der Partei und gewählte Parteitagsdelegierte teil. Der gesamtstaatliche Parteitag wählt aufgrund des Vorschlags der Länderorganisationen einen Teil der Mitglieder der Gesamtstaatlichen Parteiführung; die übrigen 21 Mitglieder der Parteiführung werden von den Ländervertretungen direkt ernannt. Neben den gewählten und ernannten Mitgliedern gehören der Gesamtstaatlichen Parteiführung auch die Minister und die Parlamentsabgeordneten der Partei an, ferner die Repräsentanten der Länderorganisationen und eventuell die (auch vom Parteitag gewählten) Vertreter von Organisationen, die der KDU/ČSL nahestehen.

Der Gesamtstaatliche Parteivorstand, das operative Leitungsorgan der Partei, besteht aus den Parteifunktionären, die zahlenmäßig überwiegen, sowie aus einigen Regierungsmitgliedern und Parlamentsabgeordneten. Der Parteivorstand übt die exekutiven Funktionen aus, unter anderem billigt er die Kandidatenlisten für die Wahlen, die von den örtlichen Parteiorganisationen vorbereitet und auf den höheren Organisationsebenen gegebenenfalls modifiziert werden[116].

Finanzierung: Die Tschechoslowakische Volkspartei verfügte 1989 über ein Eigentum im Wert von 13 Mio. Kronen (u.a. elf Gebäude), im Jahre 1991 waren es 27 Mio. Kronen (der Anstieg war zum Teil durch die inflationäre Erhöhung der Immobilienpreise bedingt). Im Jahre 1991 wies die

115 Vgl. *Průvodce politikou KDU/ČSL (Ein Führer durch die KDU/ČSL-Politik)*, KDU/ČSL (Hrsg.), Praha 1992; *Pražský expres*, 4.7.1992.

116 Vgl. Parteisatzung der KDU/ČSL; *Expres magazin*, 10/1990, S 5.

KDU/ČSL Einnahmen von 16 Mio. Kronen auf, die aus staatlichen Zuschüssen (8,5 Mio.), Mitgliederbeiträgen (2,5 Mio.), Spenden (2 Mio.) und aus Einnahmen aus eigener Geschäftstätigkeit bestanden[117].

3.7. Demokratische Bürgerallianz (ODA)

Wahlpräferenzen: Wahlen im Juni 1992: 5,93 Prozent[118]. Umfrage vom Januar 1994: 14 Prozent[119].

Kurzcharakteristik und Machtstellung: Die Demokratische Bürgerallianz (ODA), eine Kaderpartei, entstand im Parlament und war zunächst konservativ, im Verlauf des Jahres 1993 eher liberal-konservativ geprägt. Die ODA unterstützt nachdrücklich die politischen sowie die wirtschaftlichen Reformen und legt einen größeren Wert als die ODS auf die konservative Ideologie.

Die ODA-Minister leiten das Ministerium für Privatisierung, das Ministerium für Industrie und Handel und den Fonds des Nationaleigentums[120]. Sie beeinflussen somit die staatliche Privatisierungspolitik weitgehend. Der Parteivorsitzende Kalvoda bekleidet das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten, sein Vize Bratinka ist stellvertretender Außenminister[121]. Die ODA ist im Parlament durch 14 Abgeordnete vertreten und besetzt einige Funktionen im Parlament[122].

Genese: Die Demokratische Bürgerallianz (ODA) entstand als eine konservative Gruppe im Rahmen der Charta '77 und in der vorrevolutionären "Bewegung für die Bürgerfreiheit (HOS)". Sie formierte sich bereits im Rahmen des Bürgerforums in der Fraktion "Demokratische Bürgerallianz (ODA)", die Anfang 1991, nach der Auflösung des Bürgerforums, zu einer Partei wurde. Im April 1992 trat eine starke liberale Gruppe in die ODA ein, der rechte Flügel der "Liberal-Demokratischen Partei" um V. Hradská[123].

Mitglieder und Wähler: Die ODA zählte im Jahre 1993 1.350 Mitglieder[124]. Sie wird vor allem in größeren Städten über 100.000 Einwohner unterstützt, überdurchschnittlich von Unternehmern und Personen mit Hoch-

117 Vgl. *Respekt*, 48/1992.
118 Amtliches Wahlergebnis (Anm 42), S. 9.
119 Wahlpräferenzen nach einer STEM-Umfrage, in: *LN*, 19.1.1994, S. 3
120 Ähnliche Institution wie die Treuhandanstalt in Deutschland.
121 Vgl. *Prostor*, 2.7.1992; *RP*, 6 2.1993.
122 Vgl. *Česká národní rada* (Anm. 62), S. 86.
123 Vgl. *Politické strany a hnutí* (Anm. 64), S. 86.
124 Vgl. *MFD*, 19.1.1993.

schulbildung. Ihre Wahlpräferenzen nahmen vor allem nach den Wahlen 1992 stark zu (von 6 Prozent auf 11 Prozent im März 1993), Anfang 1994 waren es 14 Prozent. Ihre Anhänger befürworteten überdurchschnittlich häufig die politische Entwicklung nach der Wende, einschließlich der radikalen Wirtschaftsreform und setzten sich für eine umfassende "Debolschewisierung" ein. Ihre Wählerbasis ist relativ labil[125].

Fraktionen: In der ODA kann man eine liberale (Dlouhý, Hradská) und eine konservative (Kroupa, Bratinka - ehemalige Dissidenten) Gruppe unterscheiden. Der liberale Club in der ODA löste sich 1992 auf[126].

Koalitionen: Seit den Wahlen 1992 ist die Demokratische Bürgerallianz (ODA) ein Bestandteil der viergliederigen, von der Demokratischen Bürgerpartei (ODS) geführten Regierungskoalition.

Programmatik und Praxis: Die ODA bekennt sich "zum Kapitalismus"; ihr Programm ähnelt inhaltlich dem der ODS, ist theoretisch jedoch differenzierter. Das ODA-Programm fordert (deutlicher als die ODS-Programmerklärung) den minimalen Staat, die rasante Privatisierung, die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen; die ODA setzt sich für eine regionale Verwaltungsgliederung der Tschechischen Republik ein, welche die Wiederherstellung der historischen Länder Böhmen/Mähren/Schlesien nicht vorsieht[127].

Organisation: Die Spitzenorgane der ODA sind der Parteitag (die "Gesamtstaatliche Konferenz"), das Zentralkomitee (Kontrolle, Finanzen, Vorbereitung von Koalitionen und Kandidatenlisten) und das Politische Gremium, das die Tätigkeit der ODA-Abgeordneten und -Minister koordiniert. Das Sekretariat stellt das professionelle Parteiorgan dar. Im Herbst 1992 begann die Partei regionale Strukturen aufzubauen, welche die örtlichen ODA-Clubs in den Wahlkreisen miteinander verbinden[128].

Finanzierung: Die Wahlkosten der ODA betrugen 47,2 Mio. Kronen und wurden zunächst durch Kredite der Gewerbe- und Handelsbank finanziert (noch im September 1992 hatte die ODA Schulden von 26 Mio. Kronen). Die Finanzlage der Partei besserte sich nach dem Eintritt ihrer Minister in die tschechische Regierung erheblich, ihr Haushalt wies Ende 1992 bereits einen Überschuß von 14,5 Mio. Kronen auf. Die Gesamteinnahmen von 75 Mio. Kronen bestanden 1992 insbesondere aus den Spenden und Beiträgen verschiedener Organisationen (44,6 Mio.), aus den Spenden privater Personen (34,3 Mio.) und aus den staatlichen Zuschüssen (16,4 Mio.). Die Mit-

125 STEM-Ergebnisse, in: *LN*, 24.7.1993; *MFD*, 27 5 1992 (AISA).
126 Vgl. *ČD*, 7.9.1992; *MeTe*, 16.10.1992; *ČD*, 28.9.1992.
127 Program pro všechny, kteří se narodili pro svobodu (Programm für alle, die für Freiheit geboren wurden), Wahlprogramm der ODA, Praha 1992.
128 ODA-Satzung, *Práce*, 26.9.1992; *Expres magazin*, 10/1990, S. 7.

gliederbeiträge ergaben lediglich 0,07 Mio. Kronen, die Zinserträge und ähnliche Einnahmen 0,95 Mio[129]. Die Partei gründete die Stiftung Bohemia, die die Zeitschrift "PRO" herausgibt[130].

3.8. Republikaner (SPR/RSČ)

Wahlpräferenzen: Wahlen im Juni 1992: 5,98 Prozent[131]. Umfrage vom Januar 1994: 4 Prozent[132].

Kurzcharakteristik und Machtstellung: Die Partei der Republikaner (SPR /RSČ), eine populistische, autoritäre und extremistisch-nationalistische Partei, ist stark mit der Persönlichkeit ihres Vorsitzenden M. Sládek verbunden. Es handelt sich um eine bürgerliche, konfessionslose und unmittelbare Massenpartei, die außerhalb des Parlaments entstand. Nach den Wahlen wurde sie durch 14, im Januar 1994 durch acht Abgeordnete vertreten. Drei Mandatsträger des SPR/RSČ-Abgeordnetenclubs wechselten später in die Liberale Fraktion (LSNS), drei in die HSD-SMS-Fraktion[133].

Genese: Die Partei der Republikaner konstituierte sich am 26. Dezember 1989. Bereits vor den Wahlen 1990 beherrschte die Partei eine Gruppe um den Populisten M. Sládek[134], den ehemaligen Mitarbeiter des (kommunistischen) Amtes für Presseaufsicht. Nach dem Wahlmißerfolg 1990 attakkierten die Republikaner nicht nur die Kommunisten, sondern auch den Staatspräsidenten Havel und die Koalitionsregierung des Bürgerforums. Nach den Wahlen 1992 schaffte die Partei auch den Einzug ins Parlament. Zuvor war es in der Partei zu einer Spaltung mit einem konstruktiveren Flügel gekommen, der aus der Partei ausgestoßen wurde. Er gründete 1993 die Mährische Nationalpartei, den "Mährisch-Schlesischen Tag".

Mitglieder und Wähler: Die Partei der Republikaner (SPR/RSČ) zählt 25.000 Mitglieder[135]. Ihre Wähler verstehen sich als Anhänger der Rechten oder der Mitte. Sie stellen sich nicht gegen die Reformen, sind aber am deutlichsten von allen Gruppen unzufrieden mit der politischen und wirtschaftlichen Lage im Lande. Die SPR/RSČ-Wähler weisen den höchsten Anteil an Männern auf. Es sind vor allem junge Männer mit Grundschulbildung (ohne

129 Vgl. *MFD*, 19 1.1993.
130 Vgl *RP*, 20 5 1993
131 Amtliches Wahlergebnis (Anm 42), S 9
132 Wahlpräferenzen nach einer STEM-Umfrage, in. *LN*, 19 1 1994, S 3
133 Vgl. *Česká národní rada* (Anm 62), S 87
134 Vgl *RP*, 13.4 1993; *Politické strany a hnutí* (Anm 64), S. 111-112
135 Vgl *Prostor*, 3/1992

Berufsausbildung), die überwiegend in den kleineren Gemeinden bis 5000 Einwohnern wohnen. Die Hochburgen der Republikaner sind die altindustriellen Agglomerationen Nordböhmens mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil der Roma an der Bevölkerung. Die Republikaner-Wähler fordern eine Regierung der starken Hand. Neue Anhänger der Republikaner rekrutieren sich aus der Demokratischen Bürgerpartei (ODS), der Kommunistischen Partei (KSČM) und der Partei für Mährische Selbstverwaltung (HSD-SMS). Die Wahlpräferenzen fielen von 5,9 Prozent im Sommer 1992 auf 4 Prozent im Januar 1994[136].

Fraktionen: Die Oppositionsgruppe, die sich gegen den Parteivorsitzenden Sládek, der mehrere politische Affären hatte, stellte und eine Reform der Partei hin zu einer konstruktiven Opposition erreichen wollte, wurde auf dem Brünner Parteitag am 18. Juli 1992 ausgeschlossen[137].

Koalitionen: Die Partei der Republikaner wird von anderen Parlamentsparteien als potentieller Koalitionspartner grundsätzlich und explizite abgelehnt.

Programmatik und Praxis: Die Republikaner befürworten zwar die Reformen, nach ihrer Vorstellung sollten sie sich jedoch über einen längeren Zeitraum erstrecken. Sie fordern Schutzzölle für die Wirtschaft, Subventionen für die Landwirtschaft und Kontrolle des Kapitalzuflusses aus dem Ausland. Kennzeichnend für sie sind ihre Feindseligkeit gegenüber Ausländern und den Roma sowie ihr radikaler Antikommunismus.

Organisation: Die Stadtorganisationen bilden eine Bezirksorganisation. Das höchste Organ der Partei ist der Parteitag, der den Parteivorsitzenden wählt[138].

Finanzierung: Von den fünf Mio. Einnahmen im Jahre 1991 gewann die Partei der Republikaner durch eigene Geschäftstätigkeit 4,8 Mio. Kronen und 0,2 Mio. Kronen aus den Mitgliederbeiträgen[139]. Im Jahre 1991 gründete der Parteivorsitzende Sládek die Wisdom GmbH, deren Gesellschafter fünf führende Repräsentanten der Partei wurden. Die Firma, die ihre Gesellschafter bezahlte, übte praktisch keine Geschäftstätigkeit aus, was eine der Affären des Republikaner-Vositzenden hervorrief.

136 STEM-Ergebnisse, in: *LN*, 29.7.1993; "Monitoring" über die Meinungsforschungsergebnisse (Anm. 47).
137 Vgl. *MFD*, 20.7.1992; *LN*, 20.7.1992.
138 SPR/RSČ-Parteisatzung.
139 Vgl. *Respekt*, 48/1992.

3.9. Bewegung für Demokratische Selbstverwaltung/Gesellschaft für Mähren und Schlesien (HSD-SMS)

Wahlpräferenzen: Wahlen im Juni 1992: 5,87 Prozent[140]. Umfrage vom Januar 1994: 2 Prozent[141].

Kurzcharakteristik und Machtstellung: Die Bewegung für Demokratische Selbstverwaltung/Gesellschaft für Mähren und Schlesien (HSD-SMS) ist eine atheistische, bürgerliche, direkte Massenpartei, die sich außerhalb des Parlaments konstituierte. Im tschechischen Parlament wurde sie nach den Wahlen durch 14 Abgeordnete vertreten. Im Januar 1994 trennten sich von dem HSD-SMS-Abgeordnetenclub acht Abgeordnete, die die "Tschechisch-Mährische Partei der Mitte" gründeten. In der mährischen Metropole Brünn ist die HSD-SMS an der Koalition beteiligt, die die Stadtverwaltung leitet[142].

Genese: Die HSD-SMS konstituierte sich am 1. April 1990 auf einer Tagung der Gesellschaft für Mähren und Schlesien. Im Dezember 1991 spaltete sich von der HSD-SMS die Mährisch-Schlesische Bewegung ab. Im Januar 1993 benannte sich die Partei in "Bewegung für Demokratische Selbstverwaltung von Mähren und Schlesien (HSDMS)" um[143].

Mitglieder und Wähler: Die HSD-SMS zählt nach eigenen Angaben 150.000 Mitglieder[144]. Ihre Wähler, die sich zu 28 Prozent zur "Mährischen Nation" bekennen und die mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Tschechischen Republik mehrheitlich unzufrieden sind, halten sich vorwiegend für die politische Mitte. Unter ihren Anhängern überwiegen Männer, gelernte Arbeiter aus den mittelgroßen mährischen Städten. Die Hochburg der HSD-SMS ist das überwiegend ländliche und konservative Südmähren. Die Wahlpräferenzen der HSD-SMS bewegen sich landesweit zwischen ein bis drei Prozent[145].

Fraktionen: Nach dem Austritt der HSD-SMS aus der Regierungskoalition bildeten sich Anfang 1991 im HSD-SMS-Abgeordnetenclub zwei Faktionen - eine konstruktive, kooperative, und eine negativistische, nationalistisch gesinnte. Die Kontroversen zwischen den gemäßigteren Befürwortern der mährischen Selbstverwaltung und den radikaleren mährischen Nationalisten führten im Januar 1994 zur Spaltung des HSD-SMS-Abgeordnetenclubs und

140 Amtliches Wahlergebnis (Anm 42), S. 9.
141 Wahlpräferenzen nach einer STEM-Umfrage, in *LN*, 19.1.1994, S. 3.
142 Vgl. *Česká národní rada* (Anm 62), S. 85.
143 Vgl. *HN*, 18 10.1991; *ČD*, 2.12.1991; *Studentské listy*, 18/1991, *RP*, 4.12 1991, vgl auch *Česká národní rada* (Anm 62), Anlage.
144 Vgl *Prostor*, 3/1992.
145 AISA-Ergebnisse, in: *LN*, 13.7.1991; STEM-Ergebnisse, in: *LN*, 20.7 1993, "Monitoring" über die Meinungsforschungsergebnisse (Anm. 47).

zur Gründung der "Tschechisch-Mährischen Partei der Mitte" durch acht ehemalige HSD-SMS-Abgeordnete.

Koalitionen: Nach den Wahlen 1990, in denen die kurz zuvor gegründete Bewegung für Demokratische Selbstverwaltung/Gesellschaft für Mähren und Schlesien (HSD-SMS) überraschende sechs Prozent der Wählerstimmen[146] erlangte, war sie für kurze Zeit ein Bestandteil der Regierungskoalition. Anfang 1991 trat sie aus der Koalition mit dem Bürgerforum aus, weil die mährischen Interessen angesichts der tschechisch-slowakischen nationalen Spannungen nur wenig Berücksichtigung in der Regierungspolitik fanden.

Programmatik und Praxis: Die zentrale Forderung der HSD-SMS stellt die staatsrechtliche Neuordnung der Tschechoslowakei, seit 1993 der Tschechischen Republik, die Wiederherstellung des Mährisch-Schlesischen Landes und eventuell auch die offiziöse Anerkennung der "Mährischen Nation" dar. In diesem Zusammenhang setzt sich die HSD-SMS für weitgehende Dezentralisierung und Selbstverwaltung in allen Bereichen und gegen den "Pragozentrismus" ein. Die strenge Prager Wirtschaftspolitik bzw. die Wirtschaftsreform erscheint der HSD-SMS zu radikal. Sie befürwortet staatliche Maßnahmen in der Wirtschaft (Unterstützung der Staatsunternehmen, Subventionierung der Landwirtschaft, größerer Mitteltransfer für das Schulwesen, Regierungsmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, verstärkte Kulturpolitik des Staates). Ferner fordert sie die Wiedereinführung der Todesstrafe und Maßnahmen gegen die Roma[147].

Organisation: Der einmal im Jahr abgehaltene Parteitag stellt das höchste Parteiorgan dar. Die HSD-SMS wird von einer Landesversammlung und vom Parteivorstand geleitet, die durch den Parteitag gewählt werden. Im Jahre 1993 nahm der Mährisch-Schlesische Rat, das aus den Abgeordneten der HSD-SMS bestehende Konsultativorgan der Partei, wieder seine Tätigkeit auf[148].

Finanzierung: Die Bewegung für Demokratische Selbstverwaltung/Gesellschaft für Mähren und Schlesien (HSD-SMS) übt keine selbständige Geschäftsaktivitäten aus. Ihre finanzielle Unterstützung wird angeblich von den (zumeist finanziell gut situierten) südmährischen Winzern geleistet. Im Jahre 1991 wurden Einnahmen von 3,7 Mio. Kronen angegeben[149].

146 Vgl hierzu Vodička, Die neue Parteienlandschaft (Anm. 16), S. 157
147 Wahlprogramm HSD-SMS (Flugblatt für die Wahlen 1992)
148 Vgl *Reportér*, 1/1992
149 Vgl. *Respekt*, 48/1992.

3.10. Christlich-Demokratische Partei (KDS)

Wahlpräferenzen: Wahlen im Juni 1992: 1-2 Prozent[150]. Umfrage vom Januar 1994: 1,5 Prozent[151].

Kurzcharakteristik und Machtstellung: Die Christlich-Demokratische Partei (KDS) ist eine kleine Partei der rechten Mitte - eine bürgerliche, direkte Partei, die außerhalb des Parlaments entstanden ist und sowohl die demokratischen als auch die marktwirtschaftlichen Reformen vorbehaltlos befürwortet. Sie stellt die Minister für Schulwesen und für Umwelt, hat zehn Abgeordnete im Parlament und einen stellvertretenden Parlamentsvorsitzenden[152].

Genese: Die KDS formierte sich seit dem Anfang der 80er Jahre als eine Strömung der christlichen Rechten in der Charta '77 um V. Benda, der nach seinem Austritt aus der "Bewegung für Bürgerfreiheit" (HOS) am 3. Dezember 1989 die Christlich-Demokratische Partei (KDS) gründete[153].

Mitglieder und Wähler: Die Christlich-Demokratische Partei (KDS) hat ca 5000 Mitglieder[154], davon gehört ungefähr die Hälfte zu den Aktiven. Ihre Wahlunterstützung schwankt zwischen 0,5 Prozent bis 2 Prozent[155].

Fraktionen: Im Streit zwischen der Parteiführung und den jungen Mitgliedern der Partei, vertreten vor allem durch den stellvertretenden Minister für Schulwesen I. Pilip und den Abgeordneten T. Svoboda, geht es vor allem um Personalfragen (die Stellung des Parteigründers und -vorsitzenden V. Benda) und um die Präsentation der politischen Parteilinie[156].

Koalitionen: Bei den Parlamentswahlen 1990 war die KDS ein Bestandteil der Koalition Christliche-Demokratische Union (KDU). Bei den Wahlen 1992 ging sie eine Wahlkoalition mit dem späteren Wahlsieger Demokratische Bürgerpartei (ODS) ein, und seit Sommer 1992 ist sie an der tschechischen Regierung beteiligt.

Programmatik und Praxis: Die Christlich-Demokratische Partei (KDS) unterstützt die marktwirtschaftlichen und demokratischen Reformen, wobei sie die christlichen Werte betont[157].

150 Amtliches Wahlergebnis (Anm 42), S 9 Die Christlich-Demokratische Partei gewann in der Wahlkoalition mit der Demokratischen Bürgerpartei in den Wahlen 1992 insgesamt 29,73 % der Wahlerstimmen. Nach den retrospektiven Umfragen waren von dieser Anzahl allerdings nur 1 bis 2 Prozent der KDS zuzurechnen
151 Wahlpraferenzen nach einer STEM-Umfrage, in *LN*, 19 1.1994, S. 3.
152 Vgl *Prostor*, 2.7 1992; *ČD*, 8.2.1993, *Česká národní rada* (Anm. 62), S. 88
153 Vgl *Necenzurované noviny*, Juli 1993, *Politické strany a hnutí* (Anm 64), S 66-67.
154 Vgl. ebd , *RP*, 13 4 1993.
155 "Monitoring" uber die Meinungsforschungsergebnisse (Anm 47)
156 Vgl. *RP*, 5 4.1993; *Necenzurované noviny*, Juli 1993.
157 Vgl KDS-Wahlprogramm, *ČD*, 8 2 1993.

Organisation: Das höchste Organ ist der Parteitag; zwischen den Parteitagen wird die KDS durch den Zentralen Republikausschuß geleitet[158].

Finanzierung: Über die Finanzierung liegen keine Angaben vor. Die Partei übt keine Geschäftstätigkeit aus.

Verzeichnis der Parteien

ČMSS	Českomoravská strana středu (Tschechisch-Mährische Partei der Mitte)
ČSL	Československa strana socialistický (Tschechoslowakische Sozialistische Partei)
ČSL	Československa strana lidová (Tschechoslowakische Volkspartei)
ČSSD	Česká strana sociálnì demokratická (Tschechische Sozialdemokratische Partei)
HSD-SMS	Hnuti za samosprávnou demokracii - Morava, Slezko (Bewegung für Demokratische Selbstverwaltung/Gesellschaft für Mähren und Schlesien) (heute: ČMSS)
KDS	Křest'ansko-demokratická strana (Christlich-Demokratische Partei)
KDU/ČSL	Křest'ansko-demokratická strana - Česká strana lidová (Christlich-Demokratische Union/Tschechoslowakische Volkspartei)
KSČM	Kommunistická strana Čech a Moravy (Kommunistische Partei Böhmens und Mährens)
LA	Levá alternativa (Linke Alternative)
LB	Levý blok (Linker Block)
LSU	Liberalní socialní unie (Liberal-Soziale Union)
ODA	Občanská demokratická aliance (Demokratische Bürgerallianz)
ODS	Občanská demokratická strana (Demokratische Bürgerpartei)
OF	Občanské forúm (Bürgerforum)
OH	Občanské hnutí (Bürgerbewegung)
SPR-RSČ	Sdružení pro republiku - Republikánské strany České republiky (Koalition für die Republik - Republikanische Partei der Tschechischen Republik)
VPN	Veřejnost proti násiliu (Öffentlichkeit gegen Gewalt)

158 Vgl *LN*, 25.3.1993, *Expres magazin*, 10/1990, S. 6.

Soňa Szomolányi/Grigorij Meseznikov

Das Parteiensystem der Slowakei

1. Geschichte der Herausbildung des Mehrparteiensystems

Historisch betrachtet waren die Bedingungen zur Herausbildung eines wettbewerbsfähigen Parteiensystems in der Slowakei bedeutend ungünstiger als in den anderen Ländern Ost-Mitteleuropas. Die vorkommunistische Vergangenheit kann in zwei widersprüchliche Perioden gegliedert werden. Die Zwischenkriegszeit war die erste demokratische Erfahrung im Rahmen der Tschechoslowakischen Republik. Der demokratische politische Lernprozeß wurde jedoch in der Folge durch das autoritäre profaschistische Regime des Slowakischen Staates im Krieg (1939-1944) unterbrochen. Dieses kontroverse Erbe wirkt sich nachhaltig sowohl auf die Entwicklung der politischen Struktur als auch der politischen Kultur der slowakischen Gesellschaft aus. Den Hintergrund der Hauptkonfliktlinien in der slowakischen Gesellschaft bilden denn auch autoritäre wie demokratische Traditionen.

Auch hinsichtlich der politischen und wirtschaftlichen Veränderungen vor dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes im November 1989 gehört die Slowakei zu den Ländern mit weniger günstigen Bedingungen vor der Transformation. Allgemein war die Ausgangssituation für die Transformation des Einparteiensystems in ein strukturiertes Parteiensystem in der Slowakei schwieriger als in Polen und Ungarn, wo Keime des politischen Pluralismus schon vor 1989 existierten. Im Vergleich zu den anderen Ländern Ost-Mitteleuropas war die Opposition gegen das kommunistische Regime in den siebziger und achtziger Jahren in der Slowakei am schwächsten und am wenigsten sichtbar ausgeprägt. Zudem war die Opposition sehr zersplittert. Im Gegensatz zu den zahlreichen tschechischen Dissidentenbewegungen, aus deren Reihen die neue politische Elite nach dem November 1989 ihre Mitglieder rekrutierte, gab es in der Slowakei nur kleine Gruppen nonkonformistischer Einzelpersonen, für die der Terminus "Inseln positiver Abweichung" geprägt wurde. Die revolutionären Veränderungen traten in der Slowakei ein, noch bevor sich diese - sowohl voneinander als auch von tschechischen, polnischen und ungarischen Dissidenten recht isolierten - "In-

seln" vereinigen und eine gemeinsame oppositionelle Plattform gegen den Kommunismus bilden konnten. Erst zur Zeit der Novemberrevolution 1989 gelang es diesen politisch an den Rand gedrängten Zirkeln nonkonformistischer Künstler, Wissenschaftler, Umweltschützer und katholischer Aktivisten, miteinander zu kooperieren.

Nach dem November 1989 überlebte das Modell eines Einparteiensystems insofern, als eine asymmetrische Konstellation politischer Kräfte bestand. Die breite Bürgerbewegung "Öffentlichkeit gegen Gewalt" (VPN) war dominant, jedoch nicht in dem Umfang wie die Arbeiterbewegung Solidarność in Polen oder das Bürgerforum in der Tschechischen Republik. Die Wähler nahmen die VPN in der gleichen Weise wahr, wie sie die Kommunistische Partei der Slowakei jahrzehntelang akzeptiert hatten: als Führungskraft, Symbol und Garant von Veränderungen, deren Ergebnisse man passiv abwarten könne. Allmählich begannen sich jedoch Gruppen, die unterschiedliche politische Vorstellungen vertraten, von dieser Art Umbrellabewegung abzuspalten und eigene Parteien zu gründen. Eine weitere politische Gruppe, aus der Politiker und Parteien der nachrevolutionären Zeit hervorgingen, war die Kommunistische Partei der Slowakei. Die Reformkommunisten waren im Rahmen der Säuberungsaktionen zu Beginn der "Normalisierung" (1970-71), die auf die sowjetische Invasion folgte, aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden. Das erklärt, warum die KP bis zuletzt von Hardlinern beherrscht wurde.

Die Gründung der "Christlich-Demokratischen Bewegung" (KDH), die in den ersten freien Parlamentswahlen im Juni 1990 als Rivalin der VPN auftrat, war ein bedeutender Schritt auf dem Wege der Pluralisierung der politischen Strukturen. Denn der überlegene Sieg der demokratischen Parteien war nicht nur ein Referendum gegen die Kommunistische Partei - jetzt war auch eine wirkliche Wahlmöglichkeit gegeben. Die anfangs rapide zunehmende Unterstützung der KDH verstärkte das Klischee einer stark religiösen slowakischen Nation. Das letztliche Ergebnis der ersten freien Wahlen 1990 - und noch deutlicher das von 1992 - legte jedoch eine Wirklichkeit frei, die von den früheren katholischen Dissidenten kaum begrüßt werden konnte: Die slowakische Gesellschaft erwies sich als in bedeutendem Maße säkularisiert, und auch ihre eigene Religiosität war durch das kommunistische Regime deformiert worden.

Die anfänglich hohe Wahlunterstützung für die KDH und das spätere rapide Ansteigen der Stimmen für die "Bewegung für eine demokratische Slowakei" (HZDS) erscheinen auf den ersten Blick wie eine inkonsistente Verschiebung der Wahlpräferenzen von "rechts nach links". Tatsächlich handelte es sich aber um keinen echten Positionswechsel. Beide Präferenzen sind eher Ausdruck verwandter Orientierungen eines bedeutenden Teils der Be-

völkerung, die sich mit den Begriffen "Populismus" und "traditioneller Autoritarismus" beschreiben lassen.

Im Unterschied zu Ungarn, wo die ersten freien Parlamentswahlen von den Erben des "eingefrorenen" anachronistischen Konservatismus, der die Werte der Familie, der Nation und der Religion betonte, gewonnen wurden, die Postkommunisten, die eine Variante des Neotraditionalismus repräsentierten, dagegen unterlagen, siegte in der Slowakei 1992 in Gestalt der HZDS eine Koalition von "eingefrorenen" Reformkommunisten von 1968 und national orientierten Parteilosen sowie Antikommunisten. Die anfänglichen Erfolge des antikommunistischen Neotraditionalismus, der durch die KDH verkörpert wurde, waren nicht von Dauer. Es ist nur scheinbar paradox, daß antikommunistisch orientierte Populisten wie Ludáks, die sich auf die Traditionen des Slowakischen Staates aus der Zeit vor 1945 beriefen, in der HZDS eine gemeinsame Plattform mit Reformkommunisten von 1968 gefunden haben. Ihr gemeinsames Ziel war die Gründung eines unabhängigen slowakischen Staates, d. h. die vollständige Loslösung der Slowakei von den liberaleren Tschechen[1]. Der Hintergrund dieses Zweckbündnisses, dieser Aussöhnung der Vertreter der früheren kommunistischen Staatspartei mit den Populisten, wird durch die Ablehnung des Liberalismus gebildet. Die Slowakei ist somit ein Beispiel für eine außergewöhnliche Kreuzung: Ein stark ausgeprägter traditioneller Autoritarismus und Parochialismus ist durch die kommunistische Säkularisierung auf spezifische Weise modifiziert worden. Damit sind auch die Elemente benannt, die das Parteiensystem grundlegend strukturieren.

1.1. Die Ergebnisse der Parlamentswahlen

In den Parlamentswahlen vom Juni 1990 konkurrierten 14 politische Parteien und zwei Wahlkoalitionen um die 150 Mandate. Neun von ihnen kamen in den Slowakischen Nationalrat (die Sperrklausel lag bei drei Prozent). Insgesamt erhielten sie 92,3 Prozent der gültigen Stimmen. Die restlichen Gruppierungen, die 7,7 Prozent der gültigen Stimmen - das waren ca. 260.000 - auf sich vereinten, unterlagen. Von den politischen Parteien, die keinen Erfolg hatten, erhielten nur drei in den Wahlen über ein Prozent der Stimmen.

1 Zur staatsrechtlichen Trennung von Tschechien und der Slowakei vgl. den Beitrag über das tschechische Parteiensystem in diesem Band.

Tabelle 1: Ergebnisse der Wahlen zum Slowakischen Nationalrat 1990

Parteien/Koalitionen	Stimmenanteil (%)	Mandate
VPN/NMI	29,3	48
KDH	19,2	31
SNS	13,9	22
KSS	13,3	22
Koalition MKH-S	8,6	14
DS	4,3	7
SZ	3,4	6

Nach den Wahlen 1990 wurde eine Regierungskoalition aus VPN/NMI, KDH und DS gebildet. In der Periode zwischen den Wahlen 1990 und 1992 fanden zunächst innerhalb der Parlamentsparteien und Bewegungen Umgruppierungen und Kristallisationsprozesse statt. Zu Beginn der Legislaturperiode arbeiteten neun politische Parteien im Slowakischen Nationalrat, in ihrer zweiten Hälfte gab es schon elf Parteien, und es waren bedeutende Bewegungen von Abgeordneten zwischen ihnen zu verzeichnen. Die Fraktion der HZDS sowie die der "Slowakischen Christlich-Demokratischen Bewegung" wurden gebildet. Die Abgeordneten der NMI trennten sich von der Fraktion der VPN. Die Fraktion der KSS wurde zur Fraktion der Partei der Demokratischen Linken (SDL) und die VPN verwandelte sich in die Demokratische Bürgerunion.

In den zweiten Parlamentswahlen, die am 5. und 6. Juni 1992 stattfanden, gelangten sechs politische Parteien und Bewegungen (darunter zwei ungarische Bewegungen innerhalb einer Wahlkoalition) in den Slowakischen Nationalrat, die zusammen 76,2 Prozent der gültigen Stimmen erreichten. Die restliche Zahl von 733.511 gültigen Stimmen (das entspricht 23,8 Prozent) entfielen auf 18 Parteien, Bewegungen und Koalitionen, die unterhalb der Sperrklausel blieben.

Nach den Wahlen 1992 bildete die HZDS als stärkste Fraktion im Parlament eine Minderheitsregierung, mit "stiller Unterstützung" durch die SNS. 1993 unterzeichneten HZDS und SNS ein Koalitionsabkommen und bildeten nun auch offiziell eine Koalitionsregierung. Aber schon im Frühjahr 1993 setzte ein noch aus der vorherigen Legislaturperiode allzu gut bekannter Aufspaltungsprozeß in der HZDS ein. Eine Gruppe von acht Abgeordneten spaltete sich ab, um eine politische Partei mit liberaler Orientierung zu bilden - die "Allianz der Demokraten der Slowakischen Republik".

Tabelle 2: Ergebnisse der Wahlen zum Slowakischen Nationalrat 1992

Parteien/Koalitionen	Stimmenanteil (%)	Mandate
HZDS	37,3	74
SDL	14,7	29
KDH	8,9	18
SNS	7,9	15
MKH-S	7,4	14

Der Differenzierungsprozeß in der HZDS erreichte einen neuen Höhepunkt im Frühjahr 1994, als eine weitere Gruppe von Abgeordneten die Partei verließ, um die "Alternative des Politischen Realismus" zu gründen. Kurz darauf vereinigten sich die beiden Gruppierungen und bildeten die "Demokratische Union der Slowakei" (DUS). Ein gleichzeitig ablaufender Prozeß der Umgruppierung innerhalb der SNS führte zur Abspaltung eines Teils der Mitgliederschaft dieser Partei und zur Gründung der "Nationaldemokratischen Partei - Neue Alternative" (NS-NA). Resultat dieser Entwicklungen war es, daß die Koalitionsparteien (HZDS und SNS) die Mehrheit im Parlament verloren. Die Krise der parlamentarischen Mehrheit, die eigentlich durch die innere Krise der regierenden HZDS verursacht worden war, wurde durch die zweite Absetzung Mečiars als Ministerpräsident (seine erste Amtsenthebung war im März 1991 erfolgt) im März 1994 gelöst. Danach bildeten die früheren Oppositionsparteien - das Spektrum reichte von der SDL, der Nachfolgerin der Kommunistischen Partei, bis zur Mitte-Rechts orientierten KDH - gemeinsam mit den Dissidenten der beiden ehemaligen Regierungparteien aus der DUS die erste "große Koalition" in der slowakischen Geschichte.

Tabelle 3: Die Stärke der Parlamentsfraktionen im Slowakischen Nationalrat im August 1994

Fraktionen	Mandate
HZDS	56
SDL	27
KDH	18
SNS	9
MKH-S	14
"Parteilose Abgeordnete" für DUS	17
"Parteilose" für NS	5
"Parteilose" für ZRS	1
Sonstige "parteilose Abgeordnete"	3

Nach dem Parlamentsbeschluß über vorgezogene Neuwahlen im Herbst 1994 trat jedoch nur die Hälfte der eingetragenen politischen Parteien und Bewegungen zum Wahlkampf an. Die meisten hatten Koalitionen gebildet oder waren auf den Kandidatenlisten größerer Parteien zu finden. 18 Parteien und Koalitionen nahmen an den Wahlen teil, in Wirklichkeit waren es jedoch 31 Parteien und Bewegungen, die sich entweder in drei Wahlkoalitionen (insgesamt neun Parteien) oder über die Kandidatenlisten anderer Parteien als eine Art geheimer Koalition (sieben Parteien) an den Wahlen beteiligten. Andere Parteien traten mit eigenen Listen an. Im Ergebnis der Wahlen gelangten sieben Parteien und Koalitionen, die zusammen 87 Prozent der gültigen Stimmen gewannen, in den slowakischen Nationalrat.

Tabelle 4: Ergebnisse der Wahlen zum Slowakischen Nationalrat am 30.9./1.10.1994

Parteien/Koalitionen	Stimmenanteil (%)	Mandate
HZDS-SRS	34,96	61
KSV	10,41	18
MK	10,18	17
KDH	10,08	17
DUS	8,57	15
ZRS	7,34	13
SNS	5,40	9

Die Wahlen von 1994 bestärkten die siegreiche HZDS darin, eine neue Koalitionsregierung zu bilden. Ihr charismatischer Parteivorsitzender, Vladimir Mečiar, fand die erforderlichen Verbündeten in Parteien mit einer ähnlichen Wählerbasis, und zwar die extrem nationalistische SNS und die radikal linke "Arbeiterassoziation der Slowakei" (ZRS). Gemeinsam verfügte die Koalition über 83 Sitze und somit über eine arbeitsfähige Mehrheit gegenüber der Opposition (SDL, MK, KDH, DUS), die 67 Sitze hatte[2].

2 Aus der vorliegenden Literatur zum Thema seien folgende Veröffentlichungen genannt: Soňa Szomolányi/Grigorij Meseznikov (Hrsg.), *Slovakia: Parliamentary Elections 1994. Causes - Consequences - Prospects,* Bratislava SPSA 1995; Lubos Kubin et al., *Dva roky politickej slobody (Two Years of Political Freedom),* Bratislava 1991, dies., *Dva roky politickej slobody - Ex post (Two years of Political Freedom - Ex-Post),* Bratislava 1992; Soňa Szomolányi, Structuring the Party System and Political Stability in Slovakia, in: Dieter Segert (Hrsg.), *Konfliktregulierung durch Parteien und politische Stabilität in Ostmitteleuropa,* Frankfurt a.M.: Peter Lang 1994; Martin Urmanic, *Transformacia politickych stran a hnuti na Slovensku po novembri 1989 (Transformation of the Political Parties and Movements in Slovakia after November 1989),* Bachelor theses, Comenius University, Bratislava 1993, *"Volby" (Elections),* Egem Prague 1993.

2. Politische Hauptkonflikte

2.1. Verfassungsfrage

Vor den Wahlen von 1992 bildete das Problem, wie der Staat zu definieren sei, die wichtigste Konfliktlinie in der Slowakei. An ihr stießen zwei politische Lager aneinander, deren Gegensatz sich mit der Formel "Föderalisten versus Sezessionisten" fassen läßt.

Die Formulierung der Verfassung und die Bildung einer unabhängigen Slowakischen Republik zwangen die "sezessionistischen Parteien", ihr Profil neu zu bestimmen Für die SNS stellte sich diese Frage besonders dringend, da sie mit der Erfüllung ihres ersten und einzigen programmatischen Zieles die Grundlage ihrer politischen Identität verlor. Aber auch andere Parteien waren jetzt gezwungen, sich durch Vorschläge zur Lösung der wirtschaftlichen Fragen zu profilieren.

Die vorher auf der Grundlage ihrer verschiedenen Positionen zur Frage der Unabhängigkeit bestehende Strukturierung des politischen Raumes verschwand allmählich. Parteien, deren Ansichten vorher miteinander unvereinbar erschienen waren, näherten sich nun aufgrund ähnlicher Positionen zur ökonomischen Transformation aneinander an. Gegenwärtig gibt es keine politische Partei mehr, die die Realität des unabhängigen Staates nicht anerkennen oder die Rechtmäßigkeit seiner Anfänge nicht formal akzeptieren würde.

2.2. Ein fehlender Konsens über die politischen Prozeduren

Im Gefolge der Wahlen 1994 fehlt ein Konsens über die demokratischen Regeln, mit deren Hilfe Konflikte zwischen den Parteien zukünftig gelöst werden sollen. Es besteht eine Kontroverse über die Grundstruktur des Regierungssystems, die vor allem durch Mečiars Ambitionen ausgelöst wurde, das gegenwärtige parlamentarische durch ein präsidentielles System (eher auf Grundlage des lateinamerikanischen, als des amerikanischen oder französischen Modells) zu ersetzen und seine Machtposition für eine längere Zeitperiode zu sichern, als das bei einem so unsicheren Posten wie dem des Ministerpräsidenten erwartet werden kann.

2.3. Die Frage der Privatisierung

Die im Ergebnis der ökonomischen Transformation auftretenden Veränderungen der Gesellschaftsstruktur sind weitere wichtige Grundvoraussetzungen zur Herausbildung einer "normalen" politischen Landschaft. Darin wird der Verlauf des Privatisierungsprozesses entscheidendes Gewicht haben. Der gegenwärtige Kampf um die Kontrolle der Privatisierung des nicht unbedeutenden restlichen Staatseigentums und die Sicherung von eigenen Anteilen daran ist auch für die zukünftige politische Machtverteilung von zentraler Bedeutung. Die Methoden der Privatisierung - wie transparent sie verläuft und wer vom Staatseigentum profitieren wird - werden die Zukunft des politischen und öffentlichen Lebens entscheiden.

Auf der allgemeinsten Ebene ist das entscheidende Moment der Transformation in der Slowakei nicht der Wettbewerb zwischen Links und Rechts, sondern der Kampf zwischen Traditionalismus und Modernität. Daraus ergibt sich die Spaltung der politischen Sphäre in der Form einer Teilung in zwei entgegengesetzte Lager: nationalistisch-populistische Bewegungen versus demokratische Programmparteien, die sich in die Links-Rechts-Skala einpassen.

3. Relevante politische Parteien und ihr Profil

Die *HZDS* ist seit den Wahlen 1992 die stärkste politische Organisation. Diese Bewegung, der sich nach der Aufspaltung der VPN 1991 der Großteil deren Mitglieder anschloß, stellte sich als "Bewegung der politischen Mitte mit Sammelcharakter" dar. Ihre Aktivität wurde durch die charismatische Persönlichkeit Vladimír Mečiars vereinheitlicht. Die politische Führung der HZDS besteht im wesentlichen aus Aktivisten des Prager Frühlings aus den Jahren 1968-69, aus Mitgliedern des "Obroda"-Klubs, der Ende 1988 von Reformkommunisten gegründet wurde, früheren, nichtreformorientierten Mitgliedern der Kommunistischen Partei, die innerhalb der offiziellen staatlichen Strukturen des alten Regimes aktiv waren, sowie national orientierten Aktivisten, die intuitiv entschieden, daß ihre Forderung nach Unabhängigkeit der Slowakei schneller über eine starke Bewegung unter einem energischen Führer erfüllt werden könne, und die durch ihre populistischen Methoden einen einfacheren Zugang zu den Wählermassen hatten als die separatistisch ausgerichtete SNS.

Neben Erklärungen, daß die Fortsetzung des Transformationsprozesses unumgänglich sei, beinhaltete das Wahlprogramm der HZDS von 1992:
- eine unmißverständlich negative Bewertung der durch V. Klang vertretenen Schocktherapie für die Wirtschaft;
- Zweifel an der Strategie der föderalen Regierung zur Privatisierung der Großbetriebe über die Coupon-Methode;
- Befürchtungen über den billigen Ausverkauf des Nationaleigentums bzw. die Konzentration des Nationaleigentums in den Händen einer kleinen Eigentümergruppe;
- die eindringliche Betonung der staatlichen Regulierung der Wirtschaft;
- die Erklärung der Notwendigkeit einer "starken Sozialpolitik" und einer "sozialen Dimension" der Wirtschaftspolitik.

Im Wahlkampf 1992 propagierte die HZDS einen "dritten Weg" der wirtschaftlichen Entwicklung. Man versprach sowohl eine Wiederbelebung der Wirtschaft als auch den sozialen Schutz der arbeitenden Bevölkerung. Damit orientierte sich die HZDS im großen und ganzen auf Wähler, die sich von einer kollektiven, auf Gleichheit basierenden und paternalistischen Interpretation der gesellschaftlichen Wirklichkeit leiten ließen. Die Wirtschaftspolitik der HZDS war auch durch die Tatsache beeinflußt, daß die Wirtschaftsfunktionäre der Staatsbetriebe (das sogenannte "aufgeklärte Management") eine bedeutende Rolle in beiden Wahlentscheidungen spielten. Auf dem politischen Feld hebt die HZDS ihren Erfolg bei der Schaffung eines unabhängigen slowakischen Staates hervor und trägt damit zur Ideologisierung des Staates bei.

Die größte Unterstützung findet die HZDS in der oberen Vah-Region und den zentralen Gebieten der Slowakei. Die Vah-Region ist stark von der Umstellung der militärischen Produktion betroffen. Den geringsten Erfolg verzeichnet sie in der Südwestslowakei und in Bratislava. Die Mehrheit der HZDS-Unterstützer gehört der Altersgruppe über 60 Jahre an, verfügt nur über einen Grundschulabschluß und besteht aus Industriearbeitern. Es folgen Rentner, Arbeitslose, Angestellte und Arbeiter im technischen Bereich, Unternehmer, Wissenschaftler und Fachleute, Universitätsstudenten.

Die *SDL* gehört zu den "Nachfolgeparteien" und wurde während der Umgestaltung der ehemals herrschenden Kommunistischen Partei nach dem November 1989 gegründet. Im Gegensatz zur tschechischen Nachfolgepartei, die sogar ihren alten Namen behielt, entledigte sich die slowakische Partei ihrer Dogmatiker auf viel radikalere Weise. Diesen Erfolg verdankt die Partei der jüngeren "Perestrojka"-Generation pragmatischer und relativ gut ausgebildeter Politiker. Die Suche der SDL nach einer politischen Identität ging mit dem Versuch einher, einen Platz auf der linken Seite des politischen Spektrums zu behalten, sowie der Absicht, den diskreditierenden Einfluß ih-

rer Verbindung mit der ehemaligen Kommunistischen Partei zu überwinden. Aus diesem Grunde leitete die SDL den Prozeß der "Sozial-Demokratisierung" ein. Die SDL definiert sich als politische Gruppe der linken Mitte, die versucht, sich auch auf internationaler Ebene zu etablieren. Ihr strategisches Ziel ist der Eintritt in die "Sozialistische Internationale".

Die Partei erklärt, für die Werte einer modernen offenen Gesellschaft einzustehen und betont strikt den Vorrang der sozialen Sicherheit. Charakteristisch für die SDL ist ihre begrenzte Unterstützung des wirtschaftlichen Transformationsprozesses durch die Reduzierung der Sozialausgaben, ihr Widerstand gegen die Reduzierung staatlicher Regulierungsmechanismen in der Wirtschaft, ihre Unterstützung einer Beteiligung der Arbeitnehmer am Eigentum (durch die Ausgabe von Belegschaftsaktien als dem besten und nützlichsten Modell für die Privatisierung von Industriebetrieben).

Die SDL wandelt sich momentan in eine moderne sozialdemokratische Partei und versucht, sich allmählich der Last ihrer Vergangenheit, den Resten eines linken Populismus, zu entledigen. Ihr Programm und ihre praktische Politik ziehen vornehmlich sozialdemokratisch orientierte Personen mit höherer Bildung an. Die meisten ihrer Wähler verfügen über einen Hochschulabschluß, die nächstgroße Gruppe über das Abitur, und die kleinste Gruppe ihrer Wählerschaft wird von Personen mit Grundschulabschluß gebildet. Unter ihren Wählern sind die folgenden Gruppen (in abnehmender Bedeutung) repräsentiert: Wissenschaftler und Experten, gefolgt von Angestellten, Bauern, Studenten, Rentnern, Unternehmern, Arbeitslosen und schließlich Industriearbeitern. Unter den Unterstützern der SDL sind die Atheisten und die Angehörigen der Altersgruppe von 35 bis 44 überproportional häufig vertreten Die Unterstützung durch junge Leute zwischen 18 und 34 Jahren ist bedeutend geringer.

Die Koalition "Gemeinsame Wahl" (KSV), die die SDL im Vorfeld der Wahl von 1994 mit drei kleineren linken Parteien bildete, war ein Mißerfolg. Die Koalition brachte der SDL nicht nur keine weiteren Stimmen ein, sie verlor sogar Teile ihrer alten Wählerschaft. Grund dafür war die Unfähigkeit der Partei, linksorientierte Wähler anzuziehen, vor allem Angestellte und Industriearbeiter. Der SDL gelang es nicht, ihr politisches Profil zu definieren, das oft sehr verschwommen blieb. Sympathisanten beanstandeten, daß sich die SDL angeblich aus der linken politischen Szene zurückgezogen hätte. In Wahrheit jedoch ist die SDL gescheitert, weil sie es abgelehnt hatte, mit den populistischen Parteien, die auf paternalistische, kollektivistische und autoritäre Stimmungen eines bedeutenden Teils der Bevölkerung eingingen, in Wettbewerb zu treten.

Die *MK* besteht aus drei Parteien: der Koexistenz (Együttélés), der "Ungarischen Christdemokratischen Bewegung" (MKH) sowie der "Ungarischen

Bürgerpartei" (MOS), die sich dem Bündnis anläßlich der letzten Wahlen anschloß, nachdem es ihr 1992 nicht gelungen war, mit einer eigenen Liste ins Parlament zu gelangen. Die MOS basiert auf bürgerlichen Prinzipien, die MKH orientiert sich an den Prinzipien des Konservatismus, die Koexistenz ist der amorpheste und zugleich der Partner, der sich offen nationalistisch gibt. Das grundlegende Prinzip der Bildung dieser Koalition ("Keine einzige ungarische Stimme soll verloren gehen") führte zur Stärkung von nationalen und kollektivistischen Haltungen. Die MK betont in diesem Sinne ein national-ethnisches Herangehen auf Kosten eines staatsbürgerlichen Ansatzes in der Lösung der sozialen Probleme. Die Koexistenz repräsentiert Bürger ungarischer Nationalität und erhält die größte politische Unterstützung von Männern, von Personen mit Grundschulbildung und von der Landbevölkerung. Die meiste Unterstützung erhält das Bündnis in der Südslowakei, an der Grenze zu Ungarn.

Die *KDH* steht in klarer Opposition zur Regierungskoalition. Sie ist traditionell konservativ orientiert und hat einen mono-konfessionalen Hintergrund. Die KDH ist die einzige Gruppe im slowakischen Parlament, der es gelungen ist, der entsprechenden Gruppe auf internationaler Ebene beizutreten (Mitgliedschaft in der "Europäischen Demokratischen Union"). Als eindeutig rechte, konservative Partei tritt sie für den Vorrang des Individuums und des Privateigentums sowie für eine unbedingte Respektierung demokratischer Prinzipien und der Gesetze, für eine zivile Gesellschaft und den Beitritt der Slowakei zur Europäischen Union ein.

Seit ihrer Entstehung hat diese Bewegung, die sich als Christliche Volksbewegung versteht, in der Suche nach einem klaren politischen Profil einen bedeutenden internen Differenzierungsprozeß durchlaufen. Die Betonung ihres Charakters als einer Volksbewegung hat die KDH dazu geführt, die Stimmungen und Stereotypen ihrer Wähler zu respektieren. Die Partei rekrutiert ihre Wähler in entscheidendem Maße aus der älteren Landbevölkerung, die nur über elementare Bildungsabschlüsse verfügt. Frauen sind unter ihnen stärker vertreten als Männer.

Die KDH bezieht eine kritische Position gegenüber den Werten des politischen Liberalismus. Die Trennung vom radikal national und sozial orientierten Flügel vor den Wahlen 1992 (er bildet heute die "Christlich-Soziale Union") stellte einen entscheidenden Schritt bei der Suche der KDH nach einer politischen Identität dar. Damit verbunden war auch die Trennung von Politikern, die extrem populistisch orientiert waren und die Kontinuität mit dem slowakischen Staat der Kriegsjahre verfochten. Ein neues Wirtschaftsprogramm, durch das sich die KDH kürzlich eindeutig zu den Prinzipien des ökonomischen Liberalismus bekannte, ist ein weiteres Zeugnis für die entschlossene Hinwendung jüngerer Führungsmitglieder auf eine moderne euro-

päische christdemokratische Orientierung. Die Elemente des anachronistischen Konservatismus der Vorkriegsperiode sind jedoch noch immer in der Person des Präsidenten der KDH, Ján Čarnogurský, vertreten.

Die KDH ist eine Bewegung von Gläubigen. Ihre dominante Fraktion wird durch Mitglieder der römisch-katholischen Kirche gebildet. Dagegen gibt es kaum Lutheraner, die die Bewegung unterstützen.

Die *DUS* ist ein Produkt des allmählichen Zerfalls der Fraktion der HZDS. Zuerst schied eine Gruppe um Milan Kňaško aus der HZDS aus, später spaltete sich unter Führung von Jozef Moravcik eine weitere Gruppe (Alternative für Politischen Realismus) von der HZDS ab. Die Fusion beider politischen Gruppen führte zur Gründung der DUS.

Die DUS tritt für traditionelle liberale Werte ein. Sie betont die Bedeutung persönlicher Initiative und Eigenverantwortung sowie die Verantwortung für Familie und Staat. Die Partei unterstützt die Fortführung der restriktiven Budgetpolitik, präferiert dabei jedoch eine Senkung der Steuern, um die private Geschäftstätigkeit anzuregen. In ihrem Programm unterstreicht die DUS die Rolle der einzelnen Regionen des Landes und unterstützt deren weitere Entwicklung sowie die Redistribution von Kompetenzen zugunsten der regionalen Selbstverwaltung.

Die neue Partei wurde für Wähler nicht nur durch ihr Programm auf der Grundlage einer liberalen Ausrichtung attraktiv, sondern auch durch einige bekannte Persönlichkeiten sowie Experten, die in der Regierung der "Großen Koalition" mitgearbeitet hatten. Die Mehrheit der DUS-Wähler verfügt über einen Fachhochschul- oder Universitätsabschluß, Wähler mit Grundschulabschluß bilden nur eine Minderheit. Die soziale Zusammensetzung der DUS-Wähler sieht wie folgt aus: Die meisten Stimmen erhielt sie von Studenten, die nächst größeren Gruppen waren Wissenschaftler, Geschäftsleute und Angestellte, die geringste Unterstützung erhielt sie von Industriearbeitern und Bauern.

Die *ZRS* als neu gegründete Partei gelangte 1994 ins Parlament, indem sie die Stimmen von ehemaligen Wählern der HZDS, SDL und SNS an sich zog. Die Wähler dieser Partei sind in erster Linie Arbeiter, die sich nostalgisch und selektiv zum System des "real-existierenden Sozialismus" verhalten, indem sie sich vorwiegend an die frühere soziale Sicherheit und die relative eigene Privilegierung erinnern. Diese Haltung wurzelt vor allem in ihrem Unvermögen, sich an die Notwendigkeiten der sich umgestaltenden Wirtschaft anzupassen. Nur 33 Prozent ihrer Wähler glauben, daß die slowakische Wirtschaft vor 1989 wesentlicher Veränderungen bedurft hätte, und 59 Prozent empfinden die nach 1989 entstandenen Eigentumsunterschiede als bedeutend ungerechter als die Ungleichheit vor dem Umbruch.

Die ZRS verfügt über kein konstruktives Wirtschaftsprogramm. Ihre Kritik bezieht sich auf den Übergang zur Marktwirtschaft und die damit verbundene Privatisierung. Die Partei behauptet, daß das Volk aus der Transformation nicht den geringsten Vorteil zöge. Die ZRS ist eine extrem linke populistische Partei ohne klares Programm.

Entscheidend für die Aktivität der *SNS* waren die Verfassungsfrage und die "Emanzipation der Slowakei und der slowakischen Bevölkerung". Die SNS konnte vor allem die Befürworter einer unabhängigen Slowakei mobilisieren. Sie war in diesem Sinne eine "Ein-Punkt-Partei", so daß nach der Teilung der Tschechoslowakei und der Gründung eines unabhängigen slowakischen Staates die Neubestimmung ihrer Identität für sie zu einer Überlebensfrage wurde. Die SNS verbindet in ihrer Politik eine rechte Rhetorik unter Einschluß extremer, xenophober und nationaler Ansichten mit linksgerichteten praktischen Schritten.

Auf der Suche nach einem dauerhaften Platz in der gegenwärtigen politischen Szene der Slowakei versucht die Führung der SNS, sich in ihrer rechten Hälfte anzusiedeln. Dazu ist sie einerseits durch die Tatsache gezwungen, daß die linke Hälfte des Spektrums überbelegt ist, andererseits durch die ökonomischen Interessen eines Teils ihrer Wähler, v. a. der staatlichen Wirtschaftsleiter, die sich ihren Anteil an der Privatisierung des Staatseigentums zu sichern versuchen. Das neue Wirtschaftsprogramm der SNS unterstreicht die Entwicklung des privaten Sektors, das Interesse an der Privatisierung, einer Liberalisierung der Preise und gibt das Versprechen ab, Unternehmer zu fördern. Es ist jedoch im Vergleich zu den Wirtschaftsprogrammen der anderen zum rechten politischen Spektrum zählenden Parteien durch eine größere Betonung der sozialen Sicherheit gekennzeichnet. Die Führung der SNS versucht, die Unterstützung der "Industrielobby" zu gewinnen, der Direktoren der großen Industrie- und Waffenfabriken, die die typischen Vertreter des post-sozialistischen Unternehmertums sind.

Im Vergleich zu den anderen Parteien haben die Wähler der SNS das niedrigste Durchschnittsalter. Die Partei findet bedeutend häufiger als andere die Unterstützung von Männern (doppelt so zahlreich wie von Frauen) und seltener die von Personen, die nicht unternehmerisch engagiert sind. Ihre regionalen Hochburgen befinden sich in den westlichen Bezirken des Landes, die an die Tschechische Republik grenzen. Den geringsten Zuspruch bekommt die Partei in der unteren Vah-Region und der Südwestslowakei. In den letzten Wahlen verminderte sich ihre Popularität in Bratislava, ihrer ursprünglichen Hochburg, um die Hälfte.

4. Die Strukturierung des Parteiensystems und die interne Parteiorganisation

Das slowakische Parteiensystem ist nach den dritten freien Wahlen im September 1994 noch immer hochgradig fragmentiert - sieben politische Gruppen sind im Parlament vertreten - und gleichzeitig stark polarisiert. Die gegenwärtige Trennung der Parteien in zwei Lager verstärkt die Radikalisierung des national-populistischen Lagers, in welchem sich die siegreiche HZDS an den Stil ihrer extremeren Koalitionspartner anpaßt. Allein die Tatsache, daß im Zentrum des politischen Raumes extremistische Parteien stehen, die wichtige Positionen in der staatlichen Verwaltung einnehmen, trägt keineswegs zur Professionalisierung des politischen Lebens bei. Sie hat im Gegenteil eine negative, schädigende Wirkung und behindert die Entstehung eines nach programmatischen Unterschieden strukturierten Parteiensystems in der Slowakei.

Die gegenwärtige Strukturierung des Parteiensystems ist durch den Charakter der siegreichen HZDS und ihrer Verbündeten beeinflußt. Die größte soziale Unterstützung (48 Prozent der Wählerstimmen) konnten in den letzten Wahlen Parteien gewinnen, welche mit vieldeutigen und verschwommenen Programmen, die sich nicht leicht in ein Links-Rechts-Kontinuum einordnen lassen, sowie durch einen konfrontativen Stil der Politik gekennzeichnet sind. Die HZDS, ZRS und SNS werden durch die Beziehung zwischen charismatischen Führern und deren Anhängern geprägt und stellen die Prinzipien der pluralistischen Demokratie in Frage.

Auf der anderen Seite haben die politischen Programmparteien im slowakischen Parteiensystem, die über ein mehr oder weniger prägnantes Profil verfügen und sich auf dem Links-Rechts-Kontinuum klar positionieren lassen (MK, KSS, KDH und DU), zusammen nur 39 Prozent der Stimmen erhalten.

Aus der Perspektive des Kontinuums politischer Organisation, das Kitschelt als "Abfolge charismatischer Führung, klientelistischer Parteien und Programmparteien"[3] definiert, können wir argumentieren, daß das politische System der Slowakei als solches durch die weniger anspruchsvollen Muster einer politischen Strukturierung bestimmt ist. Es basiert hauptsächlich auf einer charismatisch geprägten Führer-Anhänger-Relation und/oder klientelistischen Netzwerken von Austauschbeziehungen.

3 Herbert Kitschelt, *Party Systems in East Central Europe: Consolidation or Fluidity?*, Paper prepared for presentation at the 1994 Annual Meeting of the American Political Science Association, New York, September 1-4, S 4

Die Mehrzahl der im Nationalrat vertretenen politischen Parteien in der Slowakei - HZDS, SDL, HDK, MKH-S, SNS, ZRS - ist daran interessiert, sich zu Massenparteien mit fester Mitgliederschaft zu entwickeln. Ihre Mitgliedszahlen sind sehr unterschiedlich, und sie stehen nicht notwendigerweise in Einklang mit ihrem tatsächlichen politischen Gewicht oder ihrer Repräsentation im Parlament. Die stärkste parlamentarische Gruppierung, die HZDS, die bei den letzten Wahlen 35 Prozent der Stimmen erhielt, hat "nur" 34.000 eingetragene Mitglieder. Die SDL hat 48.000 Mitglieder, die KDH 27.000, die MKH 30.000, die ZRS gibt 20.000 Mitglieder an, die SNS 7 000 und die Koexistenz 6.000. Eine Ausnahme ist dagegen die DUS. Sie ist eine neue politische Gruppierung mit relativ schwacher Organisationsstruktur und kleiner Mitgliederschaft. Den Kern der DUS, die selbst nach ihrer Fusion mit der NS nicht mehr als 1.800 Mitgliedern zählt, bildet eine Gruppe bekannter Politiker und Experten. Die Partei entstand aus den Parlamentsfraktionen, die sich aus Dissidenten der HZDS und teilweise der SNS bildeten. Die DUS versucht sich zu einer Massenpartei mit breiter Unterstützung in der Bevölkerung zu entwickeln. Nach der letzten Meinungsumfrage kann die DUS gegenwärtig 12 Prozent der potentiellen Wähler für sich mobilisieren. Sie ist damit die Partei mit der zweitgrößten Unterstützung durch die Bevölkerung.

Gemessen an ihrer internen Organisationsstruktur besteht kein wesentlicher Unterschied zwischen den beiden Typen politischer Gruppierungen, zwischen Parteien und Bewegungen. Alle politischen Bewegungen (HZDS, SDL, MKH und Koexistenz) wie auch alle Parteien (SDL, SNS, DU, ZRS), die im slowakischen Parlament vertreten sind, haben eine relativ starke und zentralisierte Organisationsstruktur und feste eingetragene Mitgliederschaften. Die Parteien verfügen in der Regel über eine stabile Mitgliederschaft, ständig arbeitende interne Strukturen einschließlich Expertenbüros und unterhalten intensive Beziehungen mit verschiedenen Verbänden (Berufsverbanden, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Interessengruppen etc). Die meisten slowakischen Parteien, vor allem aber die regierende HZDS, streben an, sich zu "Massenparteien" zu wandeln, die in der Lage sind, Wähler aus verschiedenen sozialen Gruppen zu mobilisieren. Im Wahlkampf agieren sie meist als "Catch-all-parties" ohne klar konturierte Programme.

Alle relevanten politischen Parteien der Slowakei bauen ihre Organisationsstruktur nach territorialen Prinzipien auf und koordinieren ihre internen Aktivitäten nach dem Prinzip des Zentralismus. Das Niveau der parteiinternen Demokratie ist von ihrem politischen Profil und ihrer ideologischen Ausrichtung abhängig.

Ein gemeinsames Merkmal der Parteiorganisationen ist ihre Dreistufigkeit. Es gibt eine zentrale Führung, auf einer mittleren Ebene die Bezirksor-

gane und auf der unteren Ebene die lokalen Organisationen. Die Parlamentsparteien sind dabei, ihre Ortsverbände in allen Regionen der Slowakei aufzubauen. Die ungarischen Parteien arbeiten nur in den Gebieten mit einer überwiegend ungarischen Bevölkerung.

An der Spitze aller Parteien steht ein Kongreß, der regelmäßig zusammentritt - normalerweise einmal in ein oder zwei Jahren. In der Zwischenzeit werden die Parteien von nationalen Führungsgremien (einem Rat, Delegiertengremien u.a.) geleitet, die ihrerseits ein Exekutivorgan wählen (ein Komitee). Auf der mittleren Ebene finden sich Bezirksräte (Delegiertengremien) mit einem Exekutivkomitee. Auf lokaler Ebene gibt es die Grundorganisationen. Sie bestehen gewöhnlich aus drei bis sieben Mitgliedern.

Der Typ der Parteien und die Art ihres internen Organisationsaufbaus korrelieren miteinander. Die Parteien, in deren Politik Elemente des Populismus und/oder Nationalismus stark vertreten sind, stützen sich auf das Vertrauen der Mitglieder zum politischen Führer und auf klientelistische Netzwerke. Eine solche Struktur ist vor allem für die HZDS charakteristisch. Sie erhebt den Anspruch, im Gegensatz zu den "engorientierten" Parteien, alle Bürger des Landes zu vertreten. Obwohl ursprünglich als typische charismatische Führerpartei entstanden, hat sie in letzter Zeit auch ein klientelistisches Organisationsgefüge entwickelt.

Die klientelistische Organisationsform der Parteien dieses politischen Typs (HZDS, SNS, ZRS - allerdings bei letztgenannter Partei am wenigsten) wurde in letzter Zeit durch Ergebnisse der Tätigkeit der "Fünfer-Aktionskoalitionen" auf der Bezirksebene deutlich. Diese "Fünfer"-Gruppen, die nur Abgeordnete der HZDS, SNS und ZRS einbeziehen, entscheiden über die Besetzung von Schlüsselpositionen in der staatlichen Verwaltung der Distrikte. In der politischen Praxis heißt das, daß regionale und lokale Parteifunktionäre der HZDS, SNS und ZRS den Instruktionen vom Zentrum gemäß handeln, wobei sie über die jeweiligen "korrekten" Kandidaten selbst entscheiden können. Die Loyalität der Kandidaten gegenüber der Partei und bestimmten Personen hat bei der Auswahl der Kandidaten den Vorrang vor dem Kriterium Fachkompetenz.

Das wesentliche organisatorische Funktionsmerkmal der drei populistischen Parteien, die nationale, ethnische, soziale, egalitäre Forderungen präferieren, ist die charismatische Führer-Anhänger-Beziehung. Obwohl diese Parteien von ihrer formellen rechtlichen Konstitution her als demokratisch bezeichnet werden können, ist doch der politische Willen des Führers dominant und für den Entscheidungsprozeß ausschlaggebend. Die persönliche Loyalität gegenüber dem Parteiführer wird als wichtigster Beweis der Parteiloyalität betrachtet. Damit einher geht ein autoritäres Modell der Beschlußfassung und Lösung von Konflikten, besonders im Fall des Wettbewerbs um

die Besetzung von Führungspositionen. Im Gegensatz zu den ständigen Verlautbarungen darüber, daß es jedem frei stehe, eine Plattform innerhalb seiner Partei zu schaffen, ist die Fraktionstätigkeit im großen und ganzen nicht erlaubt. Wenn Fraktionen aber einmal entstanden sein sollten, sind sie dem starken Druck durch die Führung und deren Gefolgschaft ausgesetzt. Ein allgemeineres Muster für die Lösung solcher internen Kontroversen ist im Ausschluß der Kritiker zu sehen. Auf diese Weise ist auch die DUS entstanden.

Die slowakischen Programmparteien dagegen (SDL, KDH, MKH, DU) präferieren das demokratische Modell der internen Koordination. Ihre Führer versuchen, die Einheit der Partei zu erhalten, jedoch ohne autoritäre Methoden der Konfliktlösung anzuwenden.

5. Gesetzliche Grundlagen für die Tätigkeit politischer Parteien und Bewegungen

5.1. Parteiengesetz

In der Slowakischen Republik gibt es 38 politische Parteien und 19 politische Bewegungen. Das Gesetz Nr. 47/1993, das am 21. Januar 1993 vom Parlament angenommen wurde, legt den rechtlichen Rahmen für die Tätigkeit der Parteien fest. Es basiert auf dem Gesetz über die Organisation der politischen Parteien und Bewegungen (Nr. 424/1991), das durch die Föderale Versammlung der ČSFR verabschiedet worden war.

Das Gesetz Nr. 47/1993 legt fest, wie das politische Recht der Organisationsfreiheit, das durch die Verfassung der Slowakischen Republik garantiert wird, auszuüben ist. Es schreibt die Formen der politischen Mitbestimmung fest, insbesondere beim Aufbau des Parlaments und der lokalen Selbstverwaltungsorgane. Eine staatliche Erlaubnis ist zur Gründung von politischen Parteien und Bewegungen oder der Organisation in ihnen nicht erforderlich. Politische Parteien und Bewegungen, die als freiwillige Assoziationen betrachtet werden, müssen beim Innenministerium registriert werden. Jeder Bürger der Slowakischen Republik kann Mitglied einer politischen Partei oder Bewegung sein, die in der Slowakei besteht. Die Diskriminierung von Bürgern auf der Grundlage ihrer Zugehörigkeit zu einer politischen Partei ist verboten. Der Staat kann sich in die Aktivitäten der politischen Parteien lediglich auf der Grundlage und im Rahmen des Gesetzes einmischen.

Das betreffende Gesetz verbietet die Aktivität jener Parteien und Bewegungen, die die Verfassung und andere Gesetze der Slowakischen Republik verletzen, die demokratische Grundlage des Staates zu zerstören suchen, über keine demokratische Organisationsordnung verfügen, ihre Organe nicht auf demokratische Weise gebildet haben oder die beabsichtigen, die politische Macht an sich zu reißen und zu behalten, indem sie die Bemühungen anderer Parteien und Bewegungen, auf legalem Wege um die Macht zu konkurrieren, einschränken oder aber die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz unterdrücken wollen. Darüber hinaus kann Parteien und Bewegungen, die eine Gefahr für die Moral, die öffentliche Ordnung, für die Rechte und Freiheit der Bürger darstellen und die gegen die Souveränität und territoriale Integrität der Slowakischen Republik verstoßen, die Registrierung verweigert werden.

Politische Parteien und Bewegungen dürfen nicht bewaffnet sein und über keine bewaffneten Verbände verfügen. Ihnen ist gleichfalls verboten, in den bewaffneten Organen politisch tätig zu sein. Sie dürfen keine anderen als örtliche Organisationen besitzen; eine Tätigkeit in Betrieben und Einrichtungen ist untersagt.

Um eine neue Partei registrieren zu lassen, muß ihr Gründungskomitee einen Antrag beim Innenministerium einreichen. Diesem Antrag muß eine Unterschriftenliste von mindestens 1.000 Bürgern beigefügt sein, die die Gründung dieser Partei oder Bewegung fordern. Er muß das Organisationsstatut, das den Namen, die Abkürzung und den Sitz der Partei, eine Aufzählung ihrer programmatischen Ziele, der Organe und der Art ihrer Gründung, die ökonomischen Grundlagen der Partei u.a. enthalten soll, beinhalten.

Eine politische Partei oder Bewegung kann auf ihre eigene Entscheidung hin (z.B. Auflösung, Fusion mit einer anderen Partei oder Umwandlung in einen Bürgerverein) oder durch die Entscheidung eines Gerichtes ihre Tätigkeit einstellen. Der Oberste Gerichtshof der Slowakischen Republik faßt den Beschluß zur Abschaffung einer Partei (Bewegung) oder zum Abbruch ihrer Aktivitäten auf Antrag des Generalstaatsanwalts. Politische Parteien und Bewegungen haften mit ihrem gesamten Vermögen für ihre Verpflichtungen. Den Mitgliedern dieser Parteien oder Bewegungen obliegt diese Pflicht nicht. Parteien sind nicht befugt, einer Wirtschaftstätigkeit nachzugehen. Sie können sich allerdings an der Gründung von Betrieben mit folgenden Aufgabenstellungen beteiligen: an Rundfunk- und Fernsehanstalten, an Betrieben des Verlags- und Druckereiwesens, der Werbung, der Lotterie, der Herstellung und dem Verkauf von Produkten, die dem Zweck der Propagierung von Programm und Tätigkeit der jeweiligen Partei dienen, an Einrichtungen, die soziale, kulturelle, sportliche, politische Aktivitäten sowie solche im Bildungssektor organisieren. Eine Partei darf nicht über Vermögen außerhalb

des Territoriums der Slowakischen Republik verfügen. Jede Partei und jede Bewegung muß alljährlich, bis zum 1. April, ihren Finanzbericht einreichen, der das Gesamtvermögen der Partei, ihre Verpflichtungen, ihr Gesamteinkommen (Mitgliedsbeiträge, private Spenden, staatliche Wahlkampfkostenrückerstattung) und ihre Gesamtausgaben darlegt. Übersteigt der Wert einer Einzelspende 10.000 Slowakische Kronen (Sk) oder der Gesamtwert verschiedener Schenkungen ein- und derselben Person oder Institution 50.000 Sk, so müssen der Name und die Adresse der Person oder Institution, von der das Geschenk oder die Spende stammt, im Jahresbericht aufgeführt werden.

5.2. Wahlgesetz

Das Wahlsystem der Slowakischen Republik basiert auf dem Prinzip der Verhältniswahl Diese Tatsache steht in enger Verbindung zur tschechoslowakischen demokratischen Tradition der Zwischenkriegszeit. Die Anwendung der Verhältniswahl empfahl sich aus dem Umstand heraus, daß sich die Interessen, Standpunkte und der politische Wille der verschiedenen sozialen Klassen und Gruppen erst allmählich herausbildeten. Gestützt hat man sich dabei auch auf die Erfahrungen vieler westeuropäischer Länder.

Die Teilnahme der politischen Parteien und Bewegungen an den Parlamentswahlen wird durch das Gesetz über die Wahlen zum Slowakischen Nationalrat, angenommen am 16. März 1990 und 1991, 1992 und 1994 ergänzt (Gesetz Nr. 197/1994), geregelt. Eine politische Partei, die sich für die Teilnahme an den Parlamentswahlen bewirbt, muß spätestens 60 Tage vor den Wahlen bei der Wahlkommission eine Kandidatenliste vorlegen. Außerdem muß sie entweder über eine Mitgliederschaft von 10.000 Bürgern der Slowakischen Republik verfügen oder aber eine Liste mit derselben Anzahl Unterschriften vorlegen. Nicht verpflichtet sind dazu nur diejenigen Parteien und Bewegungen, die im Parlament 60 Tage vor den Wahlen vertreten sind oder in den letzten Wahlen mindestens 10.000 Stimmen erhalten haben.

Eine politische Partei kann pro Wahlbezirk nicht mehr als 50 Kandidaten auf der Kandidatenliste aufführen. Ein Kandidat kann nur für eine Partei antreten.

Während des Wahlkampfs sollen alle politischen Parteien und Bewegungen den gleichen Zugang zu den öffentlichen Massenmedien haben. Diese stellen eine gewisse Sendezeit für den Wahlkampf zur Verfügung, die unter allen Teilnehmern an der Wahl gleichmäßig aufgeteilt werden muß. Es ist

verboten, den Wahlkampf über private Rundfunk- und Fernsehanstalten zu führen.

Laut Wahlgesetz gilt für die Wahl zum Parlament für einzelne Parteien oder Bewegungen eine Sperrklausel von fünf Prozent, für Wahlkoalitionen von bis zu drei Parteien von sieben Prozent und für solche von vier und mehr Parteien von zehn Prozent der Gesamtzahl der gültigen Stimmen. Die Stimmen, die von Parteien oder Koalitionen, die unter der Sperrklausel bleiben, erzielt werden, werden unter den siegreichen Parteien proportional, in Abhängigkeit von ihren Wahlergebnissen, verteilt.

Eine politische Partei, die in den Wahlen zum Slowakischen Nationalrat über drei Prozent der Gesamtzahl der gültigen Stimmen erreicht, erhält pro Stimme 60 Sk vom Finanzministerium als Vergütung ihrer Wahlauslagen.

5.3. Mitgliederschaft und Finanzen

Die HZDS hat 34.000 Mitglieder. Es werden keine Mitgliedsbeiträge erhoben. Laut Parlamentsjahresbericht (1993) belief sich das Gesamtvermögen der HZDS auf 20.877.000 Sk. Das Einkommen für 1993 betrug 20.215.000 Sk. Es setzte sich vor allem aus Schenkungen von Unternehmen (7.262.000 Sk), vom Staat erhaltenen Mitteln (12.114.000 Sk) sowie sonstigen Einnahmen (839.000 Sk) zusammen. Die Ausgaben betrugen 28.434.000 Sk, die Verpflichtungen 11.261.000 Sk.

Die SDL hat 48.000 Mitglieder. Jedes Mitglied besitzt eine Mitgliedskarte und zahlt einen Mitgliedsbeitrag. Sie ist noch immer die wohlhabendste politische Partei des Landes, da sie einen Großteil des Vermögens der KPS übernehmen konnte. Das Gesamtvermögen der SDL betrug 1993 61.468.000 Sk, das Jahreseinkommen belief sich auf 15.016.000 Sk (Mitgliedsbeiträge 3.059.000 Sk, Schenkungen 10.000 Sk, staatliche Unterstützung 4.999.000 Sk, sonstige Einkünfte 6.948.000 Sk). Die Ausgaben der Partei betrugen 49.559.000 Sk, ihre Verpflichtungen 2.781.000 Sk.

Die Zahl der eingetragenen Mitglieder der KDH beläuft sich auf ca. 27.000. Jedes Mitglied besitzt eine Mitgliedskarte. In der KDH existieren neun Untergliederungen, darunter ein Frauenverband. Ihr Gesamtvermögen betrug 1993 2.827.000 Sk, das Gesamteinkommen 10.505.000 Sk (Mitgliedsbeiträge 5.294.000 Sk, staatliche Unterstützung 3.087.000 Sk, sonstige Einkünfte 2.124.000 Sk). Die Ausgaben beliefen sich auf 17.474.000 Sk, die Verpflichtungen betrugen 3.472.000 Sk.

Die MKH hat 30.000 Mitglieder. In ihr bestehen mehrere sogenannte Fachverbände (Frauen-, Kirchen-, Landwirtschafts-, Wirtschafts-, Jugendverband). Mitgliedsbeiträge werden nicht erhoben. Laut Jahresfinanzbericht (1993) belief sich das Gesamtvermögen der MKH auf 7.632.000 Sk. Ihre Einkünfte betrugen 1993 2.223.000 Sk (das sind die staatliche Unterstützung von 1.399.000 Sk und 824.000 Sk sonstige Einkünfte). Die Ausgaben betrugen 1993 3.163.000 Sk. Die MKH hat keinerlei finanzielle Verpflichtungen. Sämtliche Spenden, die die MKH von Sympathisanten erhält, leitet die Bewegung unverzüglich an ungarische Schulen oder verschiedene Vereine der ungarischen ethnischen Minderheit weiter.

Die "Koexistenz"-Bewegung hat momentan 6.000 Mitglieder. Jedes Mitglied verfügt über eine Mitgliedskarte, zahlt aber keine Mitgliedsbeiträge. Laut offiziellem Bericht belief sich das Gesamtvermögen der Koexistenz 1993 auf 1.275.000 Sk. Die Einkünfte betrugen 1.260.000 Sk (davon: staatliche Unterstützung 1.199.000 Sk, Schenkungen 28.000 Sk, sonstige Einkünfte 33.000 Sk), die Ausgaben 4.257.000 Sk und die Verpflichtungen 4.282.000 Sk.

Die DUS hat ca. 1.800 Mitglieder. Das Gesamtvermögen der "Allianz der Demokraten" (der Gruppe, aus der später die DUS entstand) belief sich 1993 auf 139.000 Sk. Die Einkünfte wurden mit 1.077.000 Sk (Mitgliedsbeiträge 513.000 Sk, Schenkungen 562.000 Sk, sonstige Einkünfte 2.000 Sk), die Gesamtausgaben mit 1.022.000 Sk und die Verpflichtungen mit 28.000 Sk angegeben.

Jedes Mitglied der ZRS (sie hat 20.000 Mitglieder) bezahlt laut Statut einen Parteimitgliedsbeitrag und muß eine Mitgliedskarte besitzen.

Die SNS hat ca. 7.000 Mitglieder. Laut Jahresbericht belief sich das Gesamtvermögen der SNS 1993 auf 8.081.000 Sk. Die Einkünfte betrugen 3.916.000 Sk (282.000 Sk Mitgliedsbeiträge, 57.000 Sk Schenkungen, 3.089.000 Sk staatliche Mittel und 488.000 Sk sonstige Einkünfte). Die Ausgaben machten 8.355.000 Sk und die Verpflichtungen 199.000 Sk aus.

Verzeichnis der Parteien

DS	Demokratická strana (Demokratische Partei)
DU	Demokratická únia (Demokratische Union)
DUS	Demokratická únia Slovenska (Demokratische Union der Slowakei)
HZDS	Hnutí za demokratické Slovensko (Bewegung für eine demokratische Slowakei)
KDH	Křest'ansko-demokratické hnutie (Christlich-Demokratische Bewegung)
KSS	Kommunistická strana Slovensko (Kommunistische Partei der Slowakei)
KSV	Koalicia Spol'očná vol'ba (Koalition Gemeinsame Wahl: SDL, SDSS, SZ)
MK	Mad'arská koalicia (Ungarische Koalition: MKH, S, MOS)
MKH	Mad'arské křest'anskodemokratické hnutie (Ungarische Christdemokratische Bewegung)
MOS	Mad'arská občianská strana (Ungarische Bürgerpartei)
NMI	Nezávislá mad'arská inciativa (Ungarische Unabhängige Initiative)
NS	Národnodemokratická strana (Nationaldemokratische Partei)
S	Spolužitie (Koexistenz)
SDL	Strana demokratické levice (Partei der demokratischen Linken)
SDSS	Sociálno demokratická strana Slovenska (Sozialdemokratische Partei der Slowakei)
SNS	Slovenská národná strana (Slowakische Nationalpartei)
SRS	Slovenská rol'nická strana (Slowakische Bauernpartei)
SZ	Strana zelených (Partei der Grünen)
VPN	Veřejnost proti násiliu (Öffentlichkeit gegen Gewalt)
ZRS	Združenie robotnikov Slovenska (Arbeiterassoziation der Slowakei)

András Körösényi

Das Parteiensystem Ungarns[1]

1. Zur Ausgangslage 1990

Im Laufe des Transformationsprozesses entstand in Ungarn ein stabiles und gut entwickeltes Parteiensystem. Die Parteien bildeten sich entsprechend politischer und ideologischer Orientierungen heraus. Sie verfügten ebenso über eine Organisation, ein Parteiprogramm, eine Mitgliederschaft und Parteidisziplin wie die politischen Parteien westeuropäischer Länder. Ihrer Organisation und Struktur nach ähnelten sie eher Mittelklasseparteien als sozialistischen oder kommunistischen/faschistischen Parteien. Außerdem hatten die ungarischen Parteien eine direkte Struktur (nach Duverger[2]) mit individueller Mitgliedschaft[3]. Sie waren insofern eher Massen- als Kaderparteien, d.h. ihr vorderstes Ziel war der Wahlerfolg. Keine von ihnen wurde jedoch hinsichtlich ihrer Mitgliederzahl, die ziemlich niedrig war[4], eine Massenpartei. Die Gesamtzahl der Mitglieder der sechs Parlamentsparteien betrug Ende 1991 ca. 200.000, d.h. ca. 2,5 - 3 Prozent der Wähler[5]. Es gab "catch-all"-Parteien (MDF, SZDSZ), Parteien, die spezifische Interessengruppen repräsentierten (FKGP), und Parteien, die nach einem ideologischen Prinzip organisiert waren (KDNP).

Die politische Aufgliederung des Parlaments war moderat. Es gab sechs Parlamentsparteien. Drei bildeten die Koalitionsregierung:

1 Der Beitrag wurde aus dem Englischen übersetzt und von den Herausgebern geringfügig überarbeitet

2 M Duverger, *Political Parties*, London· Methuen 1954

3 Die MSZP kann als potentielle Ausnahme betrachtet werden, da Bündnisorganisationen (Gewerkschaften etc) mit Stimmrecht direkt in der nationalen Leitung der Partei vertreten sein können.

4 Die Organisationsdichte, d h der Anteil von Mitgliedern unter den Wählern einer bestimmten Partei, betrug Ende 1991 durchschnittlich zwischen 5 und 6%. Dieser Wert liegt zwar unter dem westeuropäischen Durchschnitt (13%) der 80er Jahre, übersteigt oder entspricht jedoch Vergleichsdaten aus Spanien, Griechenland, Portugal, Frankreich und den Niederlanden. (M Gallagher/M. Laver/P Mair, *Representative Government in Western Europe*, New York/London· McGraw-Hill 1992, S. 122.)

5 Vgl *Magyar Hírlap*, 22. Januar 1992, S. 9.

- das 1987 gegründete Ungarische Demokratische Forum (MDF),
- die Unabhängige Partei der Kleinlandwirte, der Landarbeiter und des Bürgertums (FKGP), die bereits zwischen 1930 und 1948 bestanden hatte und 1988 wiederbegründet worden war,
- die 1989 entstandene Christlich-Demokratische Volkspartei (KDNP), die ebenfalls in der vorsozialistischen Zeit als KDNP bzw. Demokratische Volkspartei existierte (1944/45-49) und während des Volksaufstandes 1956 für kurze Zeit wiederbelebt worden war.

Die Opposition wurde von folgenden Parteien gebildet:

- dem 1988 gegründeten Bund Freier Demokraten (SZDSZ),
- dem ebenfalls 1988 entstandenen und liberal orientierten Bund Junger Demokraten (FIDESZ),
- der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP), der Nachfolgeorganisation der 1989 aufgelösten Staatspartei (MSZMP).

Tabelle 1 enthält das Ergebnis der ersten postkommunistischen allgemeinen Wahl vom 25.3./8.4.1990 und die damalige Zusammensetzung des Parlaments:

Tabelle 1: Das Ergebnis der ungarischen Wahlen 1990

Parteien	Stimmen (%)	Sitze (abs.)	Sitze (%)
MDF	24,7	165	42,7
SZDSZ	21,4	93	24,1
FKGP	11,7	44	11,4
MSZP	10,9	33	8,5
FIDESZ	9,0	22	5,7
KDNP	6,5	21	5,4
Sonstige	15,8	8	2,2
Gesamt	100,0	386	100,0

Quelle: A. Körösényi, Ungarn, in: *Electoral Studies. A Special Issue: Elections in Eastern Europe*, Vol. 9, Nr. 4, Dezember 1990; Csilla Machos, Ungarn - stabile Mehrheiten und untergründiger Wandel, in: Dieter Segert/Dies. (Hrsg.), *Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1995, S. 63-103, Tab. S. 63f.

2. Politische Konfliktlinien, politischer Raum und politischer Wettbewerb[6]

Die politische Landkarte Ungarns während der Transformation und in der postkommunistischen Periode kann in den Dimensionen zweier Hauptkonfliktlinien beschrieben werden: der kommunistisch-antikommunistischen und der Links-Rechts-Achse. Im Gegensatz zu vielen anderen osteuropäischen Ländern traten diese beiden Dimensionen des Parteienwettbewerbs in Ungarn gleichzeitig auf. Nicht einmal in der ersten Phase der politischen Transformation gab es eine einheitliche antikommunistische Opposition. Im Zeitraum vor den Wahlen entstanden verschiedene Oppositionsparteien und bildeten 1989 für einen begrenzten Zeitraum ein Bündnis, um mit der regierenden kommunistischen Partei über die Regeln für die politischen Auseinandersetzungen in der Transformationsperiode zu verhandeln (Gespräche am Runden Tisch 1989)[7].

Die politische Szene während der Wahlen 1990 wurde durch den Wettbewerb zwischen den nicht-kommunistischen Parteien bestimmt. Die kommunistisch-antikommunistische Konfliktlinie als Hauptdimension der Politik verlor vor den ersten freien Wahlen an Bedeutung, sie blieb jedoch weiterhin ein wichtiges Kriterium. Der Grad des antikommunistischen Radikalismus war ein wichtiger Differenzierungsfaktor unter den Oppositionsparteien und behielt diese Bedeutung auch im Zeitraum 1990-1993.

Am Vorabend der zweiten postkommunistischen allgemeinen Wahlen trat dieser Konflikt wieder auf die Agenda. Seit 1990 hat sich jedoch die politische Atmosphäre geändert. Die MSZP hatte eine gewisse Popularität gewonnen, so daß die Mitte-Rechts-Parteien in der Frage "wer kann die Sozialisten stoppen?" konkurrierten. 1993 hatten noch - Meinungsumfragen zufolge - FIDESZ und MSZP untereinander um die Spitze der Beliebtheitsskala der politischen Parteien konkurriert.

Eines der überraschenden Momente der entstehenden osteuropäischen politischen Szene im Vergleich zur westeuropäischen Politik war während der politischen Transformation 1988-1990 das Fehlen oder zumindest die zweit-

6 Detailliertere Informationen sind in meinen früheren Arbeiten enthalten: Stable or Fragile Democracy? Political Cleavages and Party System in Hungary, in: *Government and Opposition*, Vol. 28, 1993, No.1; Revival of the Past or New Beginning? The Nature of Post-Communist Politics, in: A. Bozóki/A. Körösényi/G. Schöpflin (Hrsg.), *Post-Communist Transition. Emerging Pluralism in Hungary,* London: Pinter/New York: St. Martin's Press 1992, S. 111-131.

7 Zu den Gesprächen am Runden Tisch in Ungarn s. A. Bozóki, Political Transition and Constitutional Changes, und L. Bruszt, 1989: The Negotiated Revolution in Hungary, in: ebd., S. 60-71 bzw. S. 45-59.

rangige Rolle der klassischen sozioökonomischen Links-Rechts-Dimension. Die wesentlichste politische Konsequenz aus der Schwäche der ökonomischen Dimension war in Ungarn das Scheitern der traditionellen politischen Linken, der Sozialdemokraten, die im Parlament von 1990 keinen Sitz gewinnen konnten. Keine Partei gelangte über eine starke Arbeiterwählerschaft ins Parlament. Die Nomenklaturaposition wurde "Substituent" der nichtausgeprägten Klassenkonfliktlinie, die MSZP, die 33 Sitze im Parlament belegte, repräsentierte hauptsächlich die frühere Nomenklatura.

Obwohl Planwirtschaft und Staatseigentum die Klassenkonfliktlinie in ihrer Bedeutung stark minderten, lebten andere Dimensionen der vorkommunistischen politischen Kultur, andere Konfliktlinien dieser Periode, im politischen Leben Ungarns bald wieder auf. Die Religion wurde ein wichtiger Faktor für politische Präferenzen. Die Stellung zur Religion unterschied zwischen Links und Rechts sowohl auf der Ebene der Parteielite als auch auf der Ebene der Wählerschaft. Die KDNP (Christlich-Demokratische Volkspartei) repräsentierte beispielsweise vornehmlich die Ungarn katholischer Konfession.

Die Konfliktlinie zwischen Stadt und Land trat ebenfalls in Erscheinung: Die FKGP (Unabhängige Kleinlandwirtepartei) repräsentierte die ländliche Bevölkerung Ungarns (die Bauern oder "Landwirte").

Die Postmaterialismus/Materialismus-Konfliktlinie, die seit den siebziger Jahren für das sich verändernde politische Spektrum in Westeuropa charakteristisch war, fehlt hier allerdings vollkommen.

Die sprachlich-ethnische Konfliktlinie ist ebenfalls nicht prägend für das politische Leben in Ungarn. Die Angaben über ethnische Minderheiten sind umstritten, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung könnte sich auf zwei bis acht Prozent belaufen.

Der politische Raum entwickelte sich entlang der Links-Rechts-Achse, und der Wettbewerb (zwischen den Parteien) wird durch diese Dimension geprägt. Obwohl die Prägung durch die sozioökonomische Dimension schwach ist, wird der Wettbewerb bei einzelnen politischen Fragen und auf der ideologischen Ebene durch eine Links-Rechts-Differenzierung charakterisiert. Links steht für eine Reihe politischer Orientierungen von den Sozialisten (MSZP) bis hin zu den Links-Liberalen (SZDSZ, FIDESZ). Rechts steht für eine Reihe politisch-ideologischer Orientierungen von nationalpopulistischen Kräften bis zu den konservativen Liberalen (FKGP, MDF, KDNP). Auch die Regierung wurde gemäß dem Links-Rechts-Prinzip gebildet. Die Mitte-Rechts-Koalitionsregierung (1990-94) setzte sich aus dem MDF, der FKGP und der KDNP zusammen.

3. Politische Profile und Wählerschaft der Parteien

Der Sieger der 1990er Wahlen, das MDF (Ungarisches Demokratisches Forum), ist eine Mitte-Rechts-Partei mit konservativen, christdemokratischen, nationalen und extrem populistischen Elementen. Mit dem Wahlmanifest des "gemäßigten Übergangs" hatte das MDF zur Zeit der 1990er Parlamentswahlen erfolgreich den Charakter einer breiten Sammel- ("catch-all"-) Partei entwickelt und wurde die stärkste Gruppe im Parlament. Das MDF erhielt 24,7 Prozent aller Stimmen (43% der Mandate) und stellte mit Jószef Antall den ersten Premierminister. Die MDF-Wählerschaft verteilte sich am gleichmäßigsten auf die einzelnen Regionen, sozialen Gruppen, Berufe, Altersgruppen und Geschlechter. Die Parteimitgliederschaft erreichte 1990/1991 mit ca. 40.000 ihren Höhepunkt.

Die katholischen Konservativen in der Partei, aus denen die Regierungselite gebildet wurde, stammten überwiegend aus bürgerlichen Verhältnissen, viele von ihnen hatten kirchliche Schulen besucht. Sowohl sie als auch ihre Eltern waren in der kommunistischen Periode politisch passiv gewesen und nicht in die regierende kommunistische Partei eingetreten. Einige von ihnen waren jedoch wegen ihrer Aktivitäten während des Aufstandes 1956 interniert oder inhaftiert. In den Jahren des Kommunismus gingen sie typischerweise staatsfernen Beschäftigungen nach, sie arbeiteten als Fachkräfte. Die Vertreter dieser spezifischen Gruppe der Bevölkerung glaubten nicht an die Reformierbarkeit des Systems.

Die Konservativen der Partei und der Regierung unterstützten Antalls Konzept zur Transformation, welches auf die Schaffung einer "sozialen Marktwirtschaft" zielte und die Herausbildung einer neuen sozialen (politischen, kulturellen und Geschäfts-) Elite förderte, jedoch auch den Elitegruppen des alten Regimes (bis zu einem gewissen Grad sogar in der Politik) Raum zur Erhaltung oder Transformation ihrer Positionen ließ.

Viele der "Gründungsväter" des MDF jedoch, die meisten von ihnen Calvinisten, wurden an den Rand der Partei gedrängt oder verließen sie in der Zeit zwischen 1991 und 1992. Einige von ihnen schlossen sich neuen nationalistischen und extremistischen Gruppen an, die sich vom MDF 1993 abspalteten. In diesem Zusammenhang wurden drei verschiedene Splitterparteien gegründet: die MIÉP (Ungarische Partei für Gerechtigkeit und Leben) mit zwölf Parlamentsmitgliedern, die MPP (Ungarische Marktpartei) mit fünf Parlamentsmitgliedern und die MÉP (Ungarische Interessenpartei) mit einem Parlamentsmitglied. Die Dissidenten waren unzufrieden mit der gemäßigten konservativen Politik der Regierung und drängten auf ein radikales Szenario der Transformation. Sie forderten antikommunistische Säuberungsaktionen

und eine nationalistische Außenpolitik, wurden jedoch stufenweise in das politische Abseits gedrängt. Die extremistischen Organisationen verloren nach ihrer Abspaltung an politischer Bedeutung.

Der Tod des Premierministers Antall im Dezember 1993 und die Wahl des Innenministers Peter Boross zum Premierminister brachten keine Änderung der Regierungspolitik. Es schien aber zu einer gewissen Stärkung der Position von Gründungsveteranen des MDF in Lakitelek (wie des Verteidigungsministers Lajos Für) zu kommen. Insgesamt zeigte sich aber, daß das MDF als Hauptpartei der Regierung am meisten unter dem schlechten Ansehen der Mitte-Rechts-Regierung litt. Die Popularitätskurve des MDF fiel laut öffentlichen Meinungsforschungen in der Zeit von 1990 bis 1993 scharf ab.

Die KDNP (Christlich-Demokratische Volkspartei) repräsentiert die Ungarn katholischer Konfession, die formell 65-70 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Die KDNP wurde nach religiös-ideologischem Prinzip organisiert und blieb so eine geschlossene, "partikularistische" katholische Partei. Sie wurden von jenen Katholiken, die aktive Kirchgänger sind, in erster Linie von älteren Wählerinnen, unterstützt. Die KDNP erhielt 1990 6,5 Prozent der Stimmen. Aus den Meinungsumfragen 1993/94 erwartete man ein besseres Ergebnis. Man nahm an, daß die KDNP die Stimmen konservativer, vom MDF enttäuschter Wähler, gewinnen könnte. Für eine solche Stärkung sprach auch, daß zwischen 1990 und 1993 die Parteiorganisation erweitert werden konnte und die Zahl der Parteimitglieder von 3.000 auf 30.000 stieg. Das Wahlergebnis 1994 brachte zwar keine Erweiterung, aber doch eine Stabilisierung des politischen Einflusses der Partei.

Die sozialen Wurzeln der christdemokratischen politischen Elite (d.h. der Parlamentsgruppe der KDNP) sind ziemlich heterogen. Sie stammen aus Bevölkerungsschichten, die ein weites Spektrum, von der Mittelklasse und dem Kleinbürgertum bis hin zu Bauernfamilien, umfassen. Hinsichtlich der Religion ist die Lage anders: Mit Ausnahme von ein oder zwei Protestanten sind alle Parlamentarier der KDNP katholischer Konfession. Beinahe ausnahmslos besuchten alle religiöse Gymnasien (selbst diejenigen, die noch in der Zeit des Kommunismus schulpflichtig waren). Ihr gutes Verhältnis zur Kirche ist in erster Linie nicht ideologisch bedingt, sondern auf die Wirkungen familiärer Sozialisation und die aktive Ausübung religiöser Praktiken zurückzuführen. Die Mehrzahl war unter dem kommunistischen Regime in irgendeiner Weise für ihre Ansichten oder Aktivitäten benachteiligt worden. Sie konnten keine ungestörten Karrieren durchlaufen. Sofern überhaupt in gehobenen Berufen beschäftigt, waren sie als (unpolitische) Experten dort tätig, wo eine Mitgliedschaft in der Staatspartei keine Voraussetzung für beruflichen Erfolg war.

Die Mitwirkung der KDNP in der Regierung stellte sich als sehr nützlich für die Kirchen heraus. Das Kompensationsgesetz ermöglichte es den religiösen Gemeinschaften, einen Teil ihres konfiszierten Eigentums - größtenteils Schulen, Krankenhäuser und Gebäude für religiöse Zwecke - zurückzufordern. Ebenso wie das MDF, spaltete sich auch die KDNP in der Frage, in welchem Umfang antikommunistische Maßnahmen beschlossen werden sollten. Die Radikalen forderten ein umfassendes Restitutionsgesetz, während die Gemäßigten, wie der Parteivorsitzende László Surján, die Antallsche Politik unterstützten. Die KDNP blieb innerhalb der Regierungskoalition ungeachtet dieses internen Streits jedoch der zuverlässigste Verbündete der gemäßigten Konservativen des MDF.

Die FKGP (Unabhängige Kleinlandwirtepartei) ist die wichtigste historische Partei im heutigen Ungarn. Heute ist sie Repräsentantin der Landbevölkerung, darunter auch der Gruppen, die nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes ihren Landbesitz aus der vorkommunistischen Zeit zurückforderten. Die FKGP hatte eine starke Wählerschaft auf dem Dorf, die sich typischerweise aus älteren Wählern männlichen Geschlechts mit niedrigem Bildungsniveau und Einkommen zusammensetzte. Sie erhielt 1990 nahezu 12 Prozent der Stimmen und wurde die drittstärkste Partei im Parlament. Anfang 1992 hatte sie - nach eigenen Angaben - die höchste Zahl an Mitgliedern (60.000) unter allen ungarischen Parteien.

Die FKGP war die einzige Parlamentspartei, welche die Reprivatisierung[8] befürwortete, und sie erreichte es, daß die in der Zeit des Sozialismus enteigneten Landbesitzer eine gewisse Kompensation in Form eines Grundstücks beantragen können. Politische Konflikte innerhalb der Koalition und persönliche Rivalitäten führten bald zur Zersplitterung der Partei in zwei bis vier Gruppen. Die größte Abspaltung der Parteiorganisation blieb unter der Kontrolle des Parteivorsitzenden Torgyán, der die Partei in die Opposition führte, wobei er jedoch die Unterstützung der meisten Parlamentsmitglieder der Partei verlor. Dieser letztgenannte Teil der Parlamentsfraktion blieb Teil der regierenden Koalition und sicherte deren Bestand bis zu den Wahlen 1994.

Der SZDSZ (Bund Freier Demokraten), die größte Oppositionspartei während der Wahlperiode 1990-1994, ist eine linksliberale Partei mit radikal menschenrechtlichen, liberal-wirtschaftlichen und gemäßigt linken sozialdemokratischen Elementen. Die Gründer des SZDSZ kamen aus der radikalen Budapester Intelligenz. Es handelt sich bei ihnen um prominente Dissidenten

8 D.h. die Rückgabe des nationalisierten Eigentums an seine ursprünglichen Eigentümer. Andere Parteien in der Koalitionsregierung strebten nur eine teilweise Kompensation an.

des früheren Regimes. In der Zeit von 1988 bis 1990 war der SZDSZ die Partei der radikalen Transformation. Der SZDSZ wurde 1990 mit 21,4 Prozent aller Stimmen die zweitstärkste Partei. Ende 1991 hatte er nach eigenen Angaben 32. 000 Parteimitglieder.

Der SZDSZ wurde 1990 für viele Wähler durch seine radikal antikommunistische Ausstrahlung sehr attraktiv. Später jedoch stimmte er gegen die antikommunistischen Gesetzesvorlagen der Mitte-Rechts-Parteien und näherte sich nach 1991 der ex-kommunistischen MSZP. Eine politische Brücke für die Annäherung beider Parteien bildete die Demokratische Charta. Dieses Wendemanöver enttäuschte die radikalen Aktivisten in der Partei und führte 1991-1992 zu einer Führungskrise. Die Popularität der Partei in den Meinungsumfragen der entsprechenden Periode war rückläufig, aber auch sie konnte 1994 ihren 1990 erreichten Wählereinfluß stabilisieren.

Der sozio-kulturelle Charakter der SZDSZ-Elite zwischen 1988 und 1993 wurde durch die "städtische" Intelligenz geprägt, aus der die wichtigsten Dissidenten des Kádár-Regimes nach Mitte der 70er Jahre kamen. Die Vertreter dieser Elite stammen aus bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Kreisen, aus jüdischen[9] Familien sowie aus Elternhäusern, die dem kommunistischen Regime verbunden waren. Im Gegensatz zu den Führern des MDF, der KDNP und der FKGP, die sich niemals mit dem kommunistischen System identifizierten, ist die SZDSZ-Elite aufgrund ihrer sozialen Herkunft und ihrer (meist früher einmal vertretenen) marxistischen oder ultralinken ideologischen Ausrichtung eine soziale Gruppe mit einer besonderen, ambivalenten Beziehung zum kommunistischen System[10].

Linksliberale Radikale und führende Dissidenten des kommunistischen Regimes scheinen im SZDSZ Anfang 1994 allmählich durch pragmatischere Politiker verdrängt zu werden. Wie auch im MDF zogen sich viele Gründungsväter des SZDSZ vor den allgemeinen Wahlen 1994 aus der Politik zurück.

9 Zur politischen Rolle des ungarische Judentums s V Karády, A magyarországi antiszemitizmus történisége, in: *Regio. Kisebbségtudományi Szemle,* 1991, Vol. 2, S. 5-35

10 Die älteren Vertreter dieser Gruppe identifizierten sich in den spaten 40er und frühen 50er Jahren mit dem Kommunismus und glaubten an ihn. Später wurden sie desillusioniert, viele schlossen sich Dissidentengruppen an, der internen Opposition des kommunistischen Systems Sie glaubten allerdings weiterhin an dessen Reformierbarkeit - an einen "Sozialismus mit menschlichem Gesicht" - und später an den "Marktsozialismus" der Reformökonomen. Zur ersten Generation dieser Gruppe nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Reformkommunisten der Jahre 1953-56 im Stile Imre Nagys, während die zweite Generation (die ungarischen "68er") die neuen linken Systemkritiker wurden. Später, ab Mitte der 70er Jahre, transformierten sie sich zu Aktivisten des Kampfes für die Menschenrechte.

Der FIDESZ (Bund Junger Demokraten) wurde als radikale antikommunistische Jugendorganisation gegründet, wurde jedoch im Verlauf des ungarischen Transformationsprozesses eine Wahlpartei mit liberalem (sowohl in politischer als auch wirtschaftlicher Hinsicht) und in gewisser Weise "yuppiehaftem" Charakter. Der FIDESZ erzielte neun Prozent der Stimmen bei den allgemeinen Wahlen 1990. Er war die Partei der jungen radikalen Opposition und erhielt in der jungen Wählerschaft von allen Parteien die meisten Stimmen. Seit 1990 hat der FIDESZ das Image, die Partei der "unschuldigen" und ehrlichen jungen Leute zu sein. Er war eine Wahlpartei mit einer eher zentralisierten Parteiorganisation sowie einer pragmatischen Führung. Dabei hatte er die geringste Mitgliederzahl (1992: 12.000) unter den Parlamentsparteien. Der FIDESZ spielte lange Zeit die Rolle einer Protestpartei, die von der Entfremdung eines großen Teils der Wähler von den anderen Parteien profitierte.

Der FIDESZ wurde zum Liebling der hauptsächlich linksliberal orientierten Presse und konnte in Umfragen zwischen den beiden Wahlen seine Popularität beträchtlich steigern. 1992 erreichte er den Spitzenwert einer ca. 35 Prozent großen Anhängerschaft. Seitdem sich der FIDESZ jedoch der linksliberalen Bündnispolitik der Demokratischen Charta versperrte, die eine Frontbildung aller Parteien des Oppositionslagers gegenüber der Regierung anstrebte, wurde dieser Höhenflug beendet. Eine Zeitlang stand er noch auf einem ähnlichen Popularitätsniveau wie die MSZP (1993). Er verlor auch an Einfluß in den Massenmedien Es kam zu einer Spaltung der FIDESZ-Führung. Einige Parlamentsmitglieder des FIDESZ, die auf der Seite des SZDSZ standen, verließen die Partei und schlossen sich dem SZDSZ an. Im Vorfeld der Wahlen von 1994 bewegte sich FIDESZ deutlich nach rechts.

Die MSZP (Ungarische Sozialistische Partei) ist die Erbin des Reformerflügels der einstigen regierenden kommunistischen Partei[11]. 1990 war sie die Partei der Nomenklatura und der linken Intellektuellen. Die von Gyula Horn geführte MSZP erhielt 10,9 Prozent der Stimmen, hauptsächlich von gebildeten Wählern mit mittleren und höheren Einkommen. Obwohl ihre alte Parteiorganisation, die sich auf Parteizellen am Arbeitsplatz stützte, nach dem Parteiengesetz von 1989 völlig umstrukturiert werden mußte, blieb die MSZP eine (für ungarische Verhältnisse) starke Mitgliederpartei. Anfang 1992 hatte sie eine dem Anschein nach gut organisierte Parteiorganisation mit 40.000 Mitgliedern.

11 Die Vertreter der harten Linie traten auf dem Parteikongreß im Oktober 1989 aus und behielten den alten Namen der Partei. MSZMP (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei); später gaben sie sich den Namen "Arbeiterpartei"

Die Elite der Sozialistischen Partei ist - mindestens zur guten Hälfte - eine soziale Gruppe, deren Vertreter von der untersten Stufe zur Spitze der Sozialstruktur aufgestiegen sind. Neben Mitgliedern aus Arbeiter- und armen Bauernfamilien gibt es auch einige, deren Elternhäuser aus dem Kleinbürgertum, der Intelligenz und der Mittelklasse stammen. Ein anderer Teil der heutigen Elite - die jüngere Generation - stammt jedoch von Eltern ab, die Parteifunktionäre waren. Sie sind also Kader in der zweiten Generation. Aus sozialer Sicht repräsentiert der Großteil der MSZP-Elite die Schicht der Nomenklatura, einer Schicht, die unter dem kommunistischen Regime aufstieg. Sie waren entweder Parteifunktionäre, Manager großer Unternehmen im öffentlichen Sektor oder Beamte im Staatsdienst auf zentraler oder lokaler Ebene.

Nach dem Ende des antikommunistischen Stimmungshochs 1988-1990 gelang es der MSZP ihr Profil zu verändern. Sie trat nun als Arbeitnehmerpartei mit sozialdemokratischer Orientierung auf und konnte Mitglied der Sozialistischen Internationale werden.

Zusammenfassend kann man über den Charakter und die politischen Ressourcen der ungarischen Parlamentsparteien sagen, daß die Brennpunkte der Macht und des Einflusses der konkurrierenden Parteien divergierten. Die Einflußsphäre und die politischen Ressourcen des MDF und der anderen Parteien der Regierungskoalition 1990-1994 erstreckten sich auf Gebiete wie die zentrale Regierung, den Apparat der Exekutive, die Gesetzgebung, den staatlichen Sektor, die wichtigsten Kirchen und die allmählich von ihnen stärker kontrollierten Medien. Die wichtigsten Grundlagen der MSZP hingegen sind die staatliche Verwaltung, die Stützpfeiler der großen staatlichen Industriebehörde, die alten (und immer noch einflußreichsten) Gewerkschaften, die örtlichen Dorfverwaltungen, die landwirtschaftlichen Kooperativen und die Lokalpresse sowie Teile der überregionalen Zeitungen. Der Einfluß des SZDSZ war am größten unter Akademikern und Intellektuellen, in den elektronischen Medien, in wichtigen überregionalen Zeitungen und in anderen (kulturellen) Institutionen, die die öffentliche Meinung beeinflussen können, in den Stadtbezirksverwaltungen von Budapest und anderen Großstädten sowie in den von ihnen kontrollierten wirtschaftlichen Sektoren. Die politischen Ressourcen des FIDESZ, der FKGP und der KDNP in allen diesen Sektoren sind dagegen begrenzt.

4. Rechtliche Grundstruktur und Finanzen der politischen Parteien

Das *Wahlsystem* war Ergebnis eines politischen Kompromisses. Dieser war von den großen Oppositionsparteien und der regierenden kommunistischen Partei während der Verhandlungen am Runden Tisch im August und September 1989 ausgehandelt und beschlossen worden. Die historischen Parteien (Kleinlandwirte, Sozialdemokraten, Christdemokraten) hätten eine Verhältniswahl mit Parteilisten auf Komitatsebene, wie sie den Wahlen 1945 und 1947 zugrunde gelegen hatte, vorgezogen. Die allgemeine Stimmung im Lande und besonders unter den Parlamentsmitgliedern machte es jedoch unmöglich, die bestehende lokale Wahlkreisrepräsentation aufzuheben. Da die neuen politischen Parteien keine starke Basis in der Bevölkerung hatten, waren sie nur in begrenztem Maße legitimiert. Die örtliche Prominenz und eine Mehrzahl der Bürger wollten verhindern, daß die Parteibürokratie den gesamten Nominierungsprozeß kontrollierte. Die lange Dauer der Debatte und die Vielfalt der beteiligten auseinandergehenden Interessen machten es unmöglich, ein Wahlsystem einzuführen, das auf einem einzigen Prinzip basierte. Aus diesem Grunde wurde das Wahlsystem schließlich als eine Kombination verschiedener Prinzipien und Verfahren aufgebaut[12]. Die 386 Sitze des ungarischen Einkammerparlaments wurden in drei Kategorien unterteilt: 176 wurden in Einerwahlkreisen, 152 über regionale Parteilisten und 58 über Landesparteilisten vergeben[13]. Die Kombination dreier verschiedener Prinzipien sorgte im ungarischen Wahlsystem für ein besseres "Gleichgewicht" und brachte besonders den großen und "mittleren" politischen Parteien Vorteile. Drei Hürden wurden installiert, um die kleineren Parteien zu behindern: 1. strenge Vorschriften für den Nominierungsprozeß von Kandidaten; 2. Kriterien zur Aufstellung von regionalen und Landesparteilisten; 3. die Vier-Prozent-Hürde.

Im Zuge der Verfassungsänderungen wurde zwischen 1989 und 1990 eine Reihe rechtlicher Vorschriften[14] beschlossen, die direkt *die rechtliche Defi-*

12 Wahlgesetz 1989, in: *Heti Vılággazdasag*, März 1990, Wahl-Sondernummer, S. 17-29.

13 Detailliertere Informationen enthält ein früherer Artikel, The Hungarian Parliamentary Elections 1990, in: Bozóki/Kórosényi/Schöpflin (Hrsg.), *Post-Communist Transition* (Anm. 6), S. 72-87

14 Das Gesetz über soziale Vereinigungen von 1989 (1989./II), das Gesetz über Parteiaktivitäten und -finanzen von 1989 (1989./XXXIII, und dessen Veränderung durch das Gesetz 1990 /LXII), das Wahlgesetz von 1989 (1989./XXXIV), das Gesetz 1990 /LV über den Rechtsstatus von Parlamentsmitgliedern, das Gesetz 1990./LVI über Gehälter und andere finanzielle Zuwendungen für Parlamentsmitglieder und die Geschäftsordnung des Parlaments (Resolution 1990./31).

nition und den Status politischer Parteien in Ungarn betrafen. Im Ergebnis wurden die Bestimmungen über die Gründung von Parteien (und sozialer Vereinigungen) liberalisiert. Parteien erhielten im Vergleich zu sonstigen Vereinigungen jedoch wesentliche rechtliche und finanzielle Privilegien.

Zehn oder mehr (natürliche) Personen sind berechtigt, eine politische Partei zu gründen; ihre Registrierung erfolgt durch ein Gericht. Parteien müssen eingetragene Mitglieder haben, wobei eine individuelle Mitgliedschaft vorgeschrieben ist. Um das politische Monopol der kommunistischen Partei zu beenden, wurde politischen Parteien verboten, in Betrieben und Behörden zu wirken. Parteien haben nach dem Wahlgesetz das Recht, die Kandidaten für die Parlamentswahlen zu nominieren. *Parlamentsmitglieder* unterliegen jedoch keinerlei rechtlicher Verpflichtung ihrer Partei gegenüber (lediglich einer moralischen und allgemein politischen).

Im Parlament können laut Geschäftsordnung[15] zehn oder mehr Parlamentsmitglieder eine parlamentarische Fraktion bilden (d.h. eine ständige Gruppe von Parlamentsmitgliedern, die derselben Partei angehören). Diese Fraktionen verfügen über besondere Rechte im Gesetzgebungsprozeß.

Die *Finanzen der Parteien* sind durch das Gesetz über Parteiaktivitäten und -finanzen von 1989 (1989./XXXIII) geregelt worden. Sie können aus den folgenden Einkommensquellen stammen: staatlichen Subventionen, Zuwendungen von Privatpersonen und -unternehmen sowie Mitgliedsbeiträgen. Subventionen durch staatseigene Betriebe und öffentliche Institutionen, anonyme Spenden und Finanzhilfen ausländischer Regierungen sind jedoch verboten. Politische Parteien können diesem Gesetz zufolge wirtschaftlichen Aktivitäten nachgehen. Sie können Betriebe errichten und gemeinsam geschäftlich tätig sein sowie über Gewinne ihr Einkommen vergrößern.

25 Prozent aller staatlichen Subventionen werden zu gleichen Teilen auf die Parlamentsparteien verteilt. 75 Prozent der Subventionen dagegen werden entsprechend dem Wahlergebnis denjenigen Parteien zugeführt (im Verhältnis zu den abgegebenen Stimmen für Kandidaten und Parteilisten), die mindestens ein Prozent der abgegebenen Stimmen erreicht haben. Nach dem ursprünglichen Gesetz 1989./XXXIII waren die staatlichen Subventionen auf 50 Prozent des Gesamteinkommens der jeweiligen Partei begrenzt. Diese Begrenzung wurde jedoch bald durch eine Änderung (Gesetz von 1990./LXII) aufgehoben, die vom neugewählten Parlament 1990 verabschiedet wurde.

Der wesentliche Teil des Einkommens der meisten Parlamentsparteien mit Ausnahme der MSZP wurde 1990-92 durch Unterstützung aus dem Staatshaushalt gebildet (s. Tabelle 2). Zudem erhalten Parlamentsmitglieder und

15 Siehe die Geschäftsordnung des Parlaments, § 16 (31/1990 Parlamentsbeschluß)

parlamentarische Fraktionen laut Gesetz LVI./1990 zusätzlich staatliche Gelder. Dies betrifft in erster Linie die Gehälter der Parlamentsmitglieder (und die zusätzlichen Dotationen für Ausschußmitgliedschaft oder Vorsitz und sonstige parlamentarische Positionen) sowie einige ihrer Ausgaben (z. B. für Unterbringung). Parlamentarische Fraktionen erhalten ebenfalls staatliche Subventionen: erstens für anzufertigende Expertisen, zweitens für Büroräume und andere Ausgaben für die infrastrukturellen Bedingungen der Arbeit der Fraktionen sowie für die Bezahlung ihres Verwaltungspersonals.

Tabelle 2: Anteil von Regierungssubventionen am Einkommen politischer Parteien (in Prozent)

	1990	1992
MDF	44,8	59,4
SZDSZ	57,9	nicht bekannt
FKGP	93,1	93,9
MSZP	24,1	33,6
FIDESZ	83,8	67,3
KDNP	88,0	86,6

Quelle: G Juhász, Pártpénzügyek Magyarországon 1989-1993, in. *Mozgó Világ*, 8/1993, S 33

5. Parteien und Interessenorganisationen

Zur Zeit der Parlamentswahlen 1990 und danach war ein weiteres Hauptmerkmal des politischen Lebens in Ungarn das Fehlen organisierter wirtschaftlicher Interessengruppen hinter den politischen Parteien. Ab 1991 bahnten sich jedoch einige neue Entwicklungen an. Zwischen Parteien und organisierten Interessengruppen hatten sich erste Verbindungen entwickelt, die aber in den folgenden Jahren nicht gefestigt und institutionalisiert wurden.

Das MDF unterhielt Verbindungen mit einigen Geschäftsführern und einem neuen (antikommunistischen) Gewerkschaftsbund, dem MOSS (Nationaler Bund der Arbeiterräte). Obwohl die ex-kommunistischen Gewerkschaften (MSZOSZ) Ziel der "gewerkschaftsfeindlichen" Gesetzgebung[16] der

16 Fünf Parteien (MDF-FKGP-KDNP-SZDSZ-FIDESZ) verfaßten eine Gesetzesvorlage mit dem Ziel, die ex-kommunistischen Gewerkschaften (MSZOSZ) zu schwächen

nichtsozialistischen Parteien waren, konnten sie sich in zunehmendem Maße gegenüber der Mehrheit der Arbeitnehmer legitimieren. Sie erneuerten ihre Verbindungen mit der MSZP. Dieser Prozeß unterstützte den Wandel der MSZP zu einer sozialdemokratischen Partei. Der linksliberale SZDSZ hat enge Beziehungen mit einer der neuen Angestelltengewerkschaften (der Liga) geknüpft. Die Kleinlandwirtepartei hat als Partei der Landwirte und der ungarischen Landbevölkerung eine feste Beziehung zum Bauernverband (Paraszszövetség) aufgebaut.

Zwischen Parteien und Interessenorganisationen gab es sowohl auf der Führungs- als auch auf der Mitgliedsebene beträchtliche Überschneidungen[17]. Die einzige Partei, die formale Verbindungen mit Gewerkschaften ablehnte, war der FIDESZ. 1993 startete er dagegen eine Kampagne, um für Unterstützung aus privaten Geschäftskreisen zu werben.

6. Politische Koalitionen und Struktur des Parteiensystems

Die Hauptdimension des Parteienwettbewerbs bildet, wie eben schon festgestellt, seit 1990 die ideologische (nicht die sozioökonomische) Links-Rechts-Achse. Die Hauptfragen, die Links und Rechts trennten, waren: die Haltung zur katholischen Geistlichkeit; die Definition der Nation; die Frage der Restitution; Werte und kultureller Traditionalismus; die Stellung zu Recht und Ordnung; der Grad der exekutiven Autonomie; Zentralisierung vs. Dezentralisierung der Staatsgewalt und die Außenpolitik gegenüber den Nachbarländern, in denen ungarische Bevölkerungsteile leben.

Die Trennung zwischen Links und Rechts wurde auch das Prinzip der Koalitionsbildung. Die Mitte-Rechts-Parteien, das MDF, die KDNP und die FKGP, bildeten 1990 die Regierung, die bis zu den Parlamentswahlen 1994 im Amt war. Die Liberalen (SZDSZ, FIDESZ) und die Sozialisten (MSZP) befanden sich in der Opposition. Die ideologische Links-Rechts-Dimension stimmte jedoch nicht mit der sozioökonomischen Links-Rechts-Teilung überein. Die liberalen Parteien kritisierten die Wirtschaftspolitik der Regierung von rechts. Sie votierten für eine zügigere wirtschaftliche Transformation und den Abbau der Umverteilungsfunktion des Staates, während die Regierungskoalition, vor allem FKGP und KDNP, eine mehr patriarchalische und etatistische Rhetorik nutzte.

und die neuen "unabhängigen" Gewerkschaften durch die Umverteilung des MSZOSZ-Eigentums zu ihren Gunsten zu stärken.

17 A. Hanich, *A Kisgazdapártról*, Budapest, Ms., 1992.

Der Parteienwettbewerb war oft eher ideologischer als pragmatischer Natur, durch die Parteienpolitik entstand eine Tendenz zur Bipolarität und zur politischen Polarisation. Wie das Stimmverhalten der Parlamentsparteien in Tabelle 3 zeigt, war diese Tendenz jedoch nicht durchgängig ausgeprägt. Die Spaltung entlang der Linie Regierung-Opposition bestimmt nur etwa jeden vierten Fall der Abstimmungen des Parlaments.

6.1. Einheit der Parlamentsfraktionen

Die Fraktionen des Parlaments genossen große Freiheit gegenüber den politischen Führungen der Parteien. Die meisten Fraktionen von Parteien haben eine gut integrierte interne Struktur und eine hohe Parteidisziplin aufgebaut. Die Einigkeit innerhalb der Fraktionen war hoch - ca. 90 Prozent der Mitglieder jeder Parlamentsfraktion stimmten 1990 im Durchschnitt gleich -, eine Tendenz, die sich 1991 und 1992 weiter verstärkte[18].

Tabelle 3: Stimmverhalten der Koalition und der Opposition (in Prozent aller Abstimmungen[19])

	1990*	1991	1992
Übereinstimmung aller Parteien	39,4	30,2	28,5
Spaltung entlang der Linie Reg.-Opp.	14,4	24,1	28,3
Gespaltene Opposition	32,8	32,3	34,1
Gespaltene Koalition	6,9	8,3	4,7
Beide Seiten gespalten	6,5	5,1	4,4
Gesamt	100,0	100,0	100,0

*2 Mai - 31 Dezember 1990.
Quelle: Die Tabelle basiert auf Daten aus einem Artikel von I. Hanyecz und J. Perger, A magyar parlament tevékenysége számokban, in: Kurtán/Sándor/Vass (Hrsg.), *Magyarország Politikai Évkönyve 1993* (Anm. 18), S 140-165.

18 Vgl. I. Hanyecz/J. Perger, A többpárti parlament számokban 1990, in: S. Kurtán/P. Sándor/L. Vass (Hrsg.), *Magyarország Politikai Évkönyve 1992*, Budapest: DKMKA-Economix Rt., S 104, und in: S. Kurtán/P. Sándor/L. Vass (Hrsg.), *Magyarország Politikai Évkönyve 1993*, Budapest: DKMKA 1993.

19 Alle Parlamentsabstimmungen zu Verfassungsänderungen, Gesetzen, Ausführungsbestimmungen, Parlamentsbeschlüssen, Regelungen der Geschäftsordnung des Parlaments etc.

Die Zunahme der Einheitlichkeit des Stimmverhaltens der Fraktionen 1991-92 war allerdings z. T. eine Folge des Phänomens, daß viele nicht übereinstimmende Parlamentsmitglieder ihre ursprünglichen Fraktionen verließen. Die meisten von ihnen wurden unabhängige Parlamentsmitglieder, einige schlossen sich anderen Parlamentsgruppen an. Das Stimmverhalten zeigte auch eine Verstärkung der Trennung zwischen Koalition und Opposition. Wie jedoch aus Tabelle 3 hervorgeht, wurde das nicht zur dominanten Tendenz. Ungefähr bei einem Drittel aller Abstimmungen kam es 1992 zu gleichem Stimmverhalten von Abgeordneten der Koalition und der Oppositionsparteien.

6.2. Die Veränderung der Zusammensetzung des Parlaments

Die Parteienkonstellation im Parlament und die politische Unterstützung der Regierung waren lange Zeit stabil geblieben. Die Unterstützung ging von derselben, wenngleich in der Zahl ihrer Abgeordneten schrumpfenden, Koalition von Parlamentsparteien aus, die sich als stabil erwies.

Seit 1992 kam es in dreierlei Hinsicht zu Veränderungen. Erstens schloß sich ein Teil der ihre ursprüngliche Fraktion verlassenden Abgeordneten, nachdem sie zunächst ihre Parteizugehörigkeit gegen den Status als Unabhängige getauscht hatten, verschiedenen außerparlamentarischen Parteien an und vertrat diese zwischen 1990 und 1993 im Parlament. Da die Parlamentsordnung mindestens zehn Parlamentsmitglieder für die Bildung einer Parlamentsfraktion festschreibt, blieben jedoch die meisten Parlamentsmitglieder in der Fraktion der Unabhängigen. Die Anzahl der parlamentarischen Fraktionen erhöhte sich von sechs auf sieben, als die MIÉP gegründet wurde. Die acht oppositionellen Parlamentsmitglieder der Kleinlandwirte bildeten de facto auch eine separate Gruppe.

Zweitens führte ein interner Konflikt innerhalb der Kleinlandwirtepartei zu einer Spaltung der Partei sowie der Parlamentsfraktion. Die Hauptstreitpunkte waren persönliche Rivalitäten innerhalb der Partei und der politische Streit mit dem führenden Koalitionspartner, dem MDF (hauptsächlich um die Agrarpolitik und die Restitution, den Umgang mit der kommunistischen Nomenklatura und die Ämterpatronage). Im Februar 1992 ging die Parteiorganisation unter Torgyáns Führung in Opposition zur Regierung, aber nur eine kleine Minderheit der Parlamentsfraktion (im Juni 1993 noch sieben

Parlamentsmitglieder[20]) folgte der Parteilinie. Die Mehrheit der Parlamentsgruppe der Kleinlandwirte (viele davon bekleideten Regierungsämter) verhielt sich weiterhin loyal gegenüber der Koalitionsregierung. Aus diesem Grunde wurden sie durch die Mehrheit der Parteiführung unter Torgyán aus der Partei ausgeschlossen.

Drittens spaltete sich der extrem nationalistische Flügel des MDF unter der Führung István Csurkas ab und bildete eine neue Parlamentsgruppe mit dem Namen Magyar Igazság (Ungarische Gerechtigkeit). Sie begannen auch eine außerparlamentarische Bewegung zu organisieren, eine potentielle Parteiorganisation mit dem Namen Magyar Út (Ungarischer Weg).

Auch im MDF, SZDSZ und FIDESZ[21] fanden geringfügige Veränderungen statt, sie erschütterten jedoch nicht die Einheit der jeweiligen Partei.

Tabelle 4: Veränderungen in der Zusammensetzung des Parlaments 1990-1994

	2. Mai 1990		10. Januar 1994	
	Sitze	%	Sitze	%
MDF	165	42,7	135	35,1
MIÉP	-	-	12	3,1
SZDSZ	94	24,4	84	21,8
FKGP	44	11,4	-	-
- in der Koalition	-	-	36	9,4
- in der Opposition	-	-	8	2,0
MSZP	33	8,5	33	8,6
FIDESZ	22	5,7	26	6,8
KDNP	21	5,4	24	6,2
Sonstige*	7	1,9	27	7,0
Gesamt	386	100,0	385	100,0

* Unabhangige und Mitglieder anderer Splitterparteien.
Quelle *Heti Világgazdaság*, 19. Juni 1993, S 15; Daten des Parlamentsamtes

Wenn man die Tatsache in Betracht zieht, daß die meisten Parlamentsmitglieder sich ihrer Partei in den drei Jahren vor den Wahlen von 1990 an-

20 Als ihre Mitgliederzahl unter zehn sank, verlor die Gruppe die Rechte einer offiziell anerkannten Fraktion (Ausschußpositionen, Sonderrecht auf Beiträge im Laufe von Debatten etc.).

21 So wechselte z.B. der populäre Vizepräsident des FIDESZ, Gábor Fodor, zum SZDSZ über und verzichtete wenige Monate vor den 1994er Wahlen auf seinen Parlamentssitz.

schlossen, so war die Anzahl der Fälle, in denen Parlamentsmitglieder die Seite wechselten, relativ gering und die Stimmdisziplin mithin insgesamt hoch.

6.3. Tendenzen zur politischen Polarisierung

Die Entwicklung der politischen Szene in der Endphase des ungarischen Staatssozialismus und die Wahlen von 1990 waren durch eine deutliche Verschiebung nach rechts geprägt. Seit 1992 vollzog sich dann eine radikale Wende: Die Linke (vor allem die ex-kommunistische MSZP) erstarkte.

Es gab zwischen 1990 und 1994 Tendenzen zum bipolaren und tripolaren Parteienwettbewerb. Das erste Jahr nach den Wahlen wurde vom Wettbewerb zwischen Regierungskoalition und liberaler Opposition bestimmt. Seit die MSZP aus ihrer Randposition heraustreten konnte, war die Möglichkeit einer tripolaren Konstellation gegeben: Als die MSZP erfolgreich die Position der fehlenden sozialdemokratischen "Sammelbeckenpartei" einnahm, wurden SZDSZ und FIDESZ in die Rolle einer Partei der politischen Mitte gedrängt.

Ungeachtet der allgemeinen Stabilität des politischen Systems und der Parteienstruktur kam es im politischen Leben der Parteien zu untergeordneten zentrifugalen Tendenzen, die die wirtschaftliche und politische Stabilisierung gefährdeten. Sowohl die ultranationalistischen, rechtsextremistischen Gruppen der Koalition (später spalteten sie sich ab und gründeten die MIÉP und andere rechtsextreme Splitterparteien) als auch die Radikalen des entstehenden liberal-sozialistischen (SZDSZ-MSZP) Bündnisses innerhalb der Opposition, die sich unter dem Banner der Bewegung der "Demokratischen Charta" versammelten, waren zur Mobilisierung der Massen bereit. Jede dieser extremen Gruppen versuchte, dem politischen Spektrum eine neue Ausrichtung zu geben und es in zwei feindlichen "Lagern" zu organisieren.

Die radikal-nationalistischen Kräfte bezichtigten die linksliberale Opposition, prokommunistisch gesinnt sowie der Nation gegenüber feindlich eingestellt zu sein und forderten einen radikalen und unfassenden Elitenwechsel. Die radikalen Linksliberalen des SZDSZ und der MSZP erklärten die radikale Rechte für antisemitisch und protofaschistisch und versuchten über die Gleichsetzung der gemäßigten rechten Regierung mit den ultranationalisti-

schen und rechtsradikalen Gruppen innerhalb des MDF und der FKGP[22] die Regierung und die gesamte Rechte öffentlich zu diskreditieren[23].

Auf die Versuche zur politischen Polarisierung folgte allerdings keine lang anhaltende Massenmobilisierung. Sie wurden auch keine dominante Tendenz der Entwicklung. Die Tendenzen zur Polarisierung waren 1992 am stärksten, wurden aber 1993 allmählich geschwächt. Die konservativen Gruppen der Koalition unter Führung des MDF, die gemäßigten Kräfte im SZDSZ und besonders der FIDESZ, der sich der liberal-sozialistischen Koalition der "Demokratischen Charta" nicht angeschlossen hatte, lehnten die "Politik der Blöcke" ab und bereiteten ihr ein Ende.

7. Zusammenfassende Bemerkungen

Die Meinungsumfragen sagten ab Herbst 1993 eine deutliche Verschiebung der Stimmen für die Wahlen im nächsten Jahr voraus, wobei allerdings zu keinem Zeitpunkt daraus Chancen für andere als die Parlamentsparteien erwuchsen. Die Aussichten, ins Parlament zu gelangen, sind für Neuanwärter ziemlich gering, da das Wahlsystem über eine hohe institutionelle Barriere verfügt; die Vier-Prozent-Hürde wurde durch eine Änderung des Wahlgesetzes auf fünf Prozent hochgesetzt. Neben den sechs Parlamentsparteien hatten so nur ein bis zwei weitere Parteien die Chance, in das nächste Parlament zu kommen. Allerdings konnten diese Möglichkeiten nicht realisiert werden.

Aus dem Transformationsprozeß sind in Ungarn gut entwickelte Parteien und ein entwickeltes Parteiensystem hervorgegangen. Die Parteien bildeten sich entlang politischer und ideologischer Orientierungen heraus. Sie verfügten über eine Organisation, ein Parteiprogramm, eine Mitgliederschaft und Parteidisziplin wie die meisten Parlamentsparteien der westeuropäischen Länder. In Organisation und Struktur glichen sie eher Mittelklasseparteien als sozialistischen oder kommunistischen/faschistischen Parteien. Alle Parteien waren eher Wahlparteien als Massen- oder Kaderparteien. Ihr erstes Ziel bestand im Wahlerfolg, keine der Parteien wurde jedoch hinsichtlich ihrer Mitgliederzahl eine Massenpartei.

22 Das antifaschistische Bündnis war vor allem gegen István Csurka gerichtet, der sich Anfang 1993 vom MDF abspaltete, die MIÉP gründete und der Oppositionsführer der extremen Rechten wurde

23 Die dritte potentielle Quelle der Mobilisierung der Massen ist eine spontane antiparlamentaristische und antielitäre Massenbewegung der an den Rand gedrängten sozialen Gruppen, der "Verlierer" der Transformation (wie die LAÉT Petition-Bewegung der Ungarn, die unter der offiziell festgelegten Armutsgrenze leben).

Die Parlamentsfraktionen besaßen eine hohe Freiheit gegenüber den außerparlamentarischen Parteiorganisationen. Die meisten Parlamentsparteien bauten eine gut integrierte interne Struktur und eine hohe Parteidisziplin auf.

Trotz der Reibungen zwischen der führenden Partei der Koalitionsregierung (MDF) und einem der Koalitionspartner (FKGP) und ungeachtet des Schrumpfens der Regierungsmehrheit im Parlament führte die starke Parteidisziplin beim Stimmverhalten - neben anderen konstitutionellen Faktoren[24] - zu einer stabilen Position der Regierung im moderat polarisierten ungarischen Parlament.

Postskriptum[25]

Wie die Meinungsumfragen voraussagten, haben die Wahlen vom Mai 1994 die Machtverhältnisse in der ungarischen Parteienlandschaft grundlegend verändert. Die Mitte-Rechts-Koalition erlitt eine schwere Niederlage[26]. Während MDF, KDNP und FKGP 1990 43 Prozent der Wählerstimmen erhalten hatten, waren es 1994 nur noch 28 Prozent, wobei das MDF nahezu aufgerieben wurde (es büßte rund drei Viertel seiner Mandate ein). Die liberalen Parteien (SZDSZ, FIDESZ) erlitten einen Stimmenverlust von insgesamt ca. vier Prozent, der mit noch stärkeren Verlusten an Parlamentssitzen einherging. Die Sieger der Wahl waren die Sozialisten (MSZP), denen es gelungen war, sich im Zuge der Verschlechterung der ökonomisch-sozialen Verhältnisse in Ungarn als gewerkschaftsnahe Partei der Arbeitnehmer zu profilieren und denen immer mehr Wähler einen behutsamen und sozial gerechten gesellschaftlichen Wandel zutrauten. Die MSZP war die einzige Parlamentspartei, der es gelang, die Zahl ihrer Unterstützer und Parlamentssitze zu erhöhen - sogar zu vervielfachen, wobei ihr auch die wachsende nostalgische Verklärung der Ära Kádár in der Bevölkerung zugute gekommen sein dürfte. Die Partei erreichte die absolute Mehrheit der Abgeordnetensitze im ungari-

24 Die wichtigsten waren das "konstruktive Mißtrauensvotum" und die Aufhebung der unvorstellbaren Verantwortlichkeit der Kabinettsminister gegenüber dem Parlament (Verfassungsänderungen vom Sommer 1990).

25 Der obenstehende Artikel wurde im Januar 1994, d.h vor den 1994er Parlamentswahlen geschrieben. Dieses Postskriptum gibt ergänzend einen knappen Überblick über die politische Szene nach den Wahlen.

26 Die Gründe dafur sind vom Autor dargelegt worden; s. A Körösényi, The Reasons for the Defeat of the Right in Hungary, in: *East European Politics and Societies,* Vol. 9, No.1, Winter 1995, S. 179-194.

schen Parlament (s. Tabelle 5). Dabei spielte die Gewinnung von Direktmandaten im zweiten Wahlgang die entscheidende Rolle.

Trotz der absoluten Mehrheit der MSZP wurde nach den Wahlen eine sozialistisch-liberale Koalitionsregierung gebildet. Die Koalitionsverhandlungen zeigten die Dominanz der ideologischen Links-Rechts-Achse. Die Liberalen spalteten sich nach ihrer linken bzw. rechten Orientierung und ihrer Haltung zur ex-kommunistischen MSZP. Der SZDSZ schloß sich der von den Sozialisten dominierten Regierung an, während der FIDESZ in der Opposition blieb und sich der gemäßigten Rechten annäherte.

Tabelle 5: Das Ergebnis der ungarischen Wahlen 1994

	Stimmen (%)[a]	Sitze (abs.)	Sitze (%)
MSZP	33,0	209	54,1
SZDSZ	19,7	69	17,9
MDF	11,7	38	9,9
FKGP	8,8	26	6,7
KDNP	7,0	22	5,7
FIDESZ	7,0	20	5,2
Sonstige	12,8	2	0,5
Gesamt	100,0	386	100,0

a) Im ersten Wahldurchgang auf Parteilisten abgegebene Stimmen.
Quelle: L. Gábor/A. Levendel/I. Stumpf (Hrsg.), *Parlamenti választások 1994,* Budapest: Osiris-Századvég 1994, S. 281, 356

Verzeichnis der Parteien

ASZ	Agrárszövetség (Agrarbund)
EKGP	Egyesült Kisgazdapárt (Vereinigte Kleinlandwirtepartei)
FIDESZ	Fiatal Demokraták Szövetsége (Bund Junger Demokraten)
FKGP	Független Kisgazda-, Földemunkás-és Polgári Párt (Unabhängige Partei der Kleinlandwirte, der Landarbeiter und des Bürgertums)
KDNP	Kereszténydemokrata Néppárt (Christlich-Demokratische Volkspartei)
KP	Köztársaság Párt (Republik-Partei)

KP-GPSZ	Konzervatív Párt-Gazdák és Polgárok Szövetsége (Konservative Partei - Bund der Landwirte und Bürger)
LPSZ-VP	Liberális Polgári Szövetség - Vállalkozók Pártja (Liberaler Bürgerlicher Bund - Unternehmerpartei)
MDF	Magyar Demokrata Fórum (Ungarisches Demokratisches Forum)
MIÉP	Magyar Igazság és Elet Pártja (Partei der Ungarischen Wahrheit und des Ungarischen Lebens)
MP	Munkáspárt (Arbeiterpartei)
MPP	Magyar Piacpárt (Ungarische Marktpartei)
MSZDP	Magyarországi Szociáldemokrata Párt (Sozialdemokratische Partei Ungarns)
MSZMP	Magyar Szocialista Munkáspárt (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei)
MSZP	Magyar Szocialista Párt (Ungarische Sozialistische Partei)
MZP	Magyarországi Zöld Párt (Grüne Partei Ungarns)
NDSZ	Nemzeti Demokrata Szövetség (Nationaler Demokratischer Bund)
SZDSZ	Szabad Demokraták Szövetsége (Bund Freier Demokraten)
VP	Vállalkozók Pártja (Partei der Unternehmer, bei den Parlamentswahlen 1994 als LPSZ-VP)
ZA	Zöld Alternatíva - a Magyarországi Zöldek Szövetsége (Grüne Alternative - Bund der Grünen Ungarns)

III. Parteiensysteme auf dem Balkan

Anneli Ute Gabanyi

Das Parteiensystem Rumäniens

1. Die Entwicklung des Parteiensystems

Nach dem Sturz des kommunistischen Regimes im Dezember 1989 setzte in Rumänien wie auch in den anderen Transformationsstaaten Ost- und Mitteleuropas die Rückkehr zu den jahrzehntelang außer Kraft gesetzten "gegliederten, verfahrensgestützten, pluralistischen Regeln der Willensbildung" ein[1]. Der Prozeß der Herausbildung eines neuen bzw. neu gestalteten Systems politischer Parteien fand unter spezifischen historischen, sozialen, ökonomischen und außenpolitischen Rahmenbedingungen statt: einer schwierigen wirtschaftlichen Ausgangslage, dem Reformrückstand, der außenpolitischen Isolierung des Landes vor 1989 und den neuen sicherheitspolitischen Risiken in der Region und nicht zuletzt den besonderen Umständen des gewaltsamen Umsturzes vom 22. Dezember 1989. Mentalität, Traditionen und politische Kultur spielten dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle.

1.1. Geschichtliche Rahmenbedingungen

Der Entstehungsprozeß der politischen Institutionen im modernen Wortsinne war eine Folge der nach der Befreiung von der osmanischen Oberhoheit eingeleiteten Nationsbildung im Rahmen eines unabhängigen Staates, der durch die Vereinigung der rumänischen Fürstentümer Walachei und Moldau im

1 Wolfgang Lipp, Institutionen, Entinstitutionalisierung, Institutionsgründung. Über die Bedeutung von Institutionen, zumal im gesellschaftlichen Transformationsprozeß, in: Johannes Chr Papalekas (Hrsg), *Institutionen und institutioneller Wandel in Südosteuropa*, Südosteuropa-Gesellschaft, Munchen 1994, S. 28; Jan Zielonka, East Central Europe: Democracy in Retreat?, in Brad Roberts (Hrsg.), *U.S Foreign Policy after the Cold War*, Cambridge/London 1992, S. 77-90; s auch Ana Blandiana, Interview, in. *Cuvântul*, Nr 46, 17 -23 11 1992

Jahre 1859 entstanden war[2]. Politische Parteien entstanden erst nach der 1866 erfolgten Verabschiedung der ersten rumänischen Verfassung nach europäischem Vorbild. Ihr lag als Modell die liberale belgische Verfassung von 1831 zugrunde[3]. Darin waren die Prinzipien der nationalen Souveränität, der Regierung durch gewählte Volksvertreter und der Gewaltenteilung festgeschrieben. Die Staatsform war die der parlamentarischen Monarchie. An der Spitze der Exekutive stand ein Fürst und nach 1881 ein aus der Dynastie der Hohenzollern-Sigmaringen berufener König. Diese Verfassung, so die Autoren einer kürzlich veröffentlichten Enzyklopädie der politischen Parteien in Rumänien, ist nicht aus dem Meinungsstreit der politischen Parteien entstanden. Es war vielmehr die neue Verfassung, aus der die Parteien geboren wurden[4].

Für die Zeit bis zum Ende des Ersten Weltkriegs war das politische System des Landes trotz aller Einschränkungen, die sich nicht zuletzt auch aus dem Zensuswahlrecht ergeben hatten, geprägt von liberalen Institutionen, einem modernen Regierungssystem und einer freien Presse. Trotz Parteienvielfalt hatte Rumänien damals de facto ein Zweiparteiensystem. An der Regierungsspitze wechselten sich zwei große Parteien ab, die beide aus dem Geist des Vormärz und der Revolution von 1848 hervorgegangen waren: die am 24. Mai 1875 in Bukarest gegründete Nationalliberale Partei (Partidul Național Liberal) des aufstrebenden nationalen Bürgertums und die am 3. Februar 1880 gegründete Konservative Partei (Partidul Conservator), die Partei der Großgrundbesitzer und der konservativen Intellektuellen. Neben zahlreichen, von den beiden großen Parteien abgespaltenen neuen Gruppierungen war im April 1893 auch eine Sozialdemokratische Partei der Arbeiter Rumäniens (Partidul Social Democrat al Muncitorilor din România) gegründet worden, der neben Arbeitern auch linksgerichtete Intellektuelle nahestan-

2 Vgl. Hugh Seton Watson, *Eastern Europe Between the Wars, 1918-1941*, A Westview Encore Edition, Westview Press, Boulder/London 1986, S. 199. Zur Frage der politischen Institutionen in Südosteuropa s. auch Holm Sundhaussen, Institutionen und institutioneller Wandel in den Balkanländern aus historischer Perspektive, in: Papalekas (Hrsg.), *Institutionen* (Anm. 1), S. 35-52; Wolfgang Höpken, Politische Institutionen in Bulgarien, in: ebd., S. 145-156; Anneli Ute Gabanyi, Rumänien: Die Wende als institutioneller Wandel, in: ebd., S. 131-144.

3 Zur Entwicklung der politischen Parteien in Rumänien s. Ioan Scurtu/Ion Bulei, *Democrația la români, 1866 - 1938 (Die Demokratie bei den Rumänen, 1866-1938)*, Bukarest, Humanitas 1990; Klaus P. Beer, *Zur Entwicklung des Parteien- und Parlamentssystems in Rumänien 1928-1933* Die Zeit der *national-bäuerlichen Regierungen*, Frankfurt a. M./Bern 1983; Frank Wende, *Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa*, Stuttgart 1981; Ghiță Ionescu, *Communism in Rumania 1944-1962*, Oxford 1964; Seton Watson, *Eastern Europe* (Anm. 2); Anneli Ute Gabanyi, Das Parteiensystem in Rumänien nach 1989, in: Klaus von Beyme (Hrsg.), *Demokratisierung und Parteiensysteme in Osteuropa* (Geschichte und Gesellschaft 3/1992)

4 Vgl. Ion Alexandrescu/Ion Bulei/Ion Mamina/Ioan Scurtu, *Enciclopedia partidelor politice din România (1862-1994)*, Bukarest: Editura Mediaprint 1995, S. 7.

den. Politische Parteien der rumänischen Bevölkerung entstanden auch in den bis 1918 zu Österreich-Ungarn gehörenden Provinzen Bukowina, Siebenbürgen und dem Banat, von denen einige nach der 1920 erfolgten Bildung des großrumänischen Staates mit Parteien des Altreichs fusionierten. In der unter russischer Herrschaft stehenden Provinz Bessarabien war der rumänischen Bevölkerung jeglicher politische Zusammenschluß untersagt. Erst nach Ausbruch der Oktoberrevolution von 1917 konnten sich auch dort rumänische politische Parteien bilden.

Nach der Verabschiedung einer neuen Verfassung im Jahre 1923 und der Einführung des allgemeinen Wahlrechts fand in Rumänien der Übergang von der liberalen zur demokratischen Phase des politischen Entwicklungsprozesses statt[5]. Es kam zu grundlegenden Veränderungen der Parteienlandschaft. Die Konservative Partei, vor 1918 eine der beiden großen Parteien, sank zur Bedeutungslosigkeit herab und zerfiel. Die zweite große Traditionspartei, die Nationalliberale Partei, teilte sich in der Zwischenkriegszeit den Spitzenplatz in der Gunst der rumänischen Wähler mit der Nationalen Bauernpartei (Partidul Național-Țărănesc), die 1926 aus dem Zusammenschluß der 1918 im Altreich gegründeten Bauernpartei (Partidul Țărănesc) und der 1881 in Siebenbürgen gegründeten Nationalen Partei (Partidul Național) entstanden war. Die Nationalliberale Partei vertrat die Interessen des einheimischen Industrie- und Finanzkapitals, der Kleinunternehmer und Freiberufler. Ihre Innen- und Wirtschaftspolitik war protektionistisch und zentralistisch ausgerichtet. Demgegenüber setzte sich die Nationale Bauernpartei als Vertreterin der Interessen der Landwirte und eines Teils der Intellektuellen für eine Politik der Modernisierung des Landes durch Öffnung für westliche Investoren und Kapitalgeber ein.

Auf dem linken Flügel des rumänischen Parteienspektrums kam es nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und der Bildung des großrumänischen Staates zum Zusammenschluß regionaler sozialdemokratischer Gruppierungen zur Sozialistischen Partei (Partidul Socialist). Ein Teil der Delegierten dieser Partei beschloß auf dem Parteitag vom Mai 1921 ihre Umwandlung in die Kommunistische Partei Rumäniens (Partidul Comunist din România) und den Anschluß an die III., kommunistische Internationale. Die kommunistische Partei wurde im Jahre 1924 wegen ihre Eintretens für die Abtrennung Bessarabiens, Siebenbürgens und der Dobrudscha von Rumänien verboten. Demokratisch gesinnte Vertreter der Sozialistischen Partei konstituierten sich im Mai 1927 als Sozialdemokratische Partei (Partidul Social-Democrat). Rechts von der Mitte traten erstmals extremistische Gruppierungen auf wie die 1923 gegründete National-Christliche Verteidigungsliga (Liga

5 Vgl. ebd., S. 10.

Apărării Naţional-Creştine), die Nationalchristliche Partei (Partidul Naţional-Creştin) und schließlich die 1930 gegründete Eiserne Garde (Garda de Fier), die sich 1934 unter der Bezeichnung Totul pentru Patrie (Alles für das Vaterland) als politische Partei konstituierte. Erstmals waren im Parlament auch Parteien der nationalen Minderheiten, die nach 1920 rund 28 Prozent der Bevölkerung ausmachten, vertreten.

Am 10. Februar 1938 vollzog König Carol II. den Übergang von der parlamentarisch-konstitutionellen zu einem System der autoritären Monarchie. Alle politischen Parteien wurden verboten und durch eine auf die Person des Königs eingeschworene Monopolpartei, die sogenannte Front der Nationalen Wiedergeburt (Frontul Renaşterii Naţionale), ersetzt. Das Parteienverbot blieb auch unter dem Regime Marschall Ion Antonescus bis zu dessen Sturz am 23. August 1944 in Kraft. Bereits im Frühjahr 1944, als sich ein Ende des Krieges abzeichnete, hatten sich die drei Traditionsparteien - die Nationale Bauernpartei, die Nationalliberale Partei und die Sozialdemokratische Partei - mit der Kommunistischen Partei zu einem sogenannten Nationaldemokratischen Block zusammengeschlossen, der nach dem Sturz des Staatschefs Marschall Ion Antonescu eine Regierung der Nationalen Einheit bildete.

Im kommunistisch beherrschten Rumänien gab es keine Blockparteien. Alle politischen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratischen Partei Rumäniens (Partidul Social Democrat Român), die im Jahre 1948 mit der RKP im Rahmen der Rumänischen Arbeiterpartei (Partidul Muncitoresc Român) zwangsvereinigt worden war, wurden verboten. Dafür fanden seither ausgeprägte Machtkämpfe innerhalb der kommunistischen Partei zwischen Anhängern einer "internationalistischen" und einer "nationalkommunistischen" Fraktion statt, die auch beim Umsturz vom Dezember 1989 eine Rolle spielten. Nachdem sich die Nationalkommunisten im Jahre 1961 durchgesetzt hatten und ihre Position nach der im Jahre 1965 erfolgten Übernahme der Führung durch Nicolae Ceauşescu festigen konnten, wurde aus einer Kaderpartei eine Massenpartei, die am Vorabend der Wende vom Dezember 1989 rund 3,5 Millionen Mitglieder zählte. Die Strukturen der kommunistischen Partei und der staatlichen Verwaltung waren auf allen Ebenen deckungsgleich, Führungspositionen in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur durften nur von Mitgliedern der RKP besetzt werden[6].

Oppositionelle Strömungen und die seit 1947 verbotenen Traditionsparteien operierten vor der Wende im Untergrund. Informelle Organisationen wie die 1979 gebildeten freien Gewerkschaften wurden nicht geduldet, Arbeiter-

6 Siehe hierzu Günther H Tontsch, *Partei und Staat in Rumänien. Das Verhältnis von Partei und Staat in Rumänien - Kontinuität und Wandel*, Köln 1985

proteste mit harter Hand unterdrückt. In Künstler- und Intellektuellenkreisen formierten sich oppositionelle Kristallisationskerne, die sich am Vorabend der Wende immer deutlicher artikulierten. Die entscheidende, wenn auch bisher nicht völlig geklärte Rolle beim Umsturz spielten konspirative Netzwerke Ceauşescu-feindlicher Eliten in Partei, Sicherheitsapparat und Armee.

1.2. Mentalität und politische Kultur

Die neuen politischen Institutionen, von der Bevölkerung über einen längeren Zeitraum als vom Westen importierte "Leerformen" ("forme fără fond") empfunden, entwickelten sich auf der Grundlage spezifischer Prägungen von Geschichte, Tradition und Mentalität. Die Beziehungen zwischen Abgeordneten und Wählern standen im Zeichen von Klientelismus, Paternalismus und einem aus osmanischer Zeit herrührenden Hang zur Korruption. Die Struktur der Parteien war labil, ihr Zusammenhalt auf das Charisma ihrer führenden Persönlichkeiten gegründet. Programmatische Auseinandersetzungen innerhalb der Parteien führten häufig zu Austritten, Spaltungen, Neugründungen, neuen Koalitionen und Fusionen. Die Regierungen wechselten häufig und keineswegs immer im Anschluß an Wahlentscheidungen. Ganz im Gegenteil: Die Wahlen gewann in der Regel jene Partei, die gerade die Regierung stellte. Den Ausschlag gab nicht selten die der jeweils regierenden Partei verpflichtete hypertrophe Verwaltung, die über Lock- und Druckmittel verfügte[7].

Die nach dem Ende des kommunistischen Herrschaftssystems eingeleitete Phase der institutionellen Transformation in Rumänien weist ein erstaunliches Maß an struktureller und funktionaler Übereinstimmung mit den zwei vorangegangenen Modernisierungsschüben in der rumänischen Geschichte (1866, 1919) auf. Heute wie damals ist das Verhältnis der Bevölkerung zu den aus dem Westen entlehnten Modernisierungsvorbildern ambivalent, zwischen unbegründetem Mißtrauen und überzogenen Erwartungen schwankend. Die in der Zwischenkriegszeit relevanten gesellschaftlichen Konfliktlinien zwischen Stadt und Land, zwischen dem Modernisierungsträger Bourgeoisie und der konservativen Bauernschaft, waren trotz der massiven Industrialisierungs- und Urbanisierungspolitik der kommunistischen Epoche auch nach 1989 wahlentscheidend. Die Bauernschaft war und ist immer noch an-

7 So siegte beispielsweise die regierende PNL bei den Wahlen vom Januar 1888 überlegen, verlor jedoch als Oppositionspartei im Oktober desselben Jahres spektakulär. Siehe hierzu Scurtu/Buletin, *Democraţia la români* (Anm 3), S. 90-92.

fällig für Populismus und Nationalismus. Von erheblicher Bedeutung war und ist immer noch das unter den Vertretern der politischen und professionellen Eliten häufig anzutreffende Überlegenheitsgefühl gegenüber der Masse der Wähler. Die Masse wiederum unterstellte - und unterstellt - den Politikern, Macht und Ämter vorwiegend mit dem Ziel der persönlichen Bereicherung anzustreben. Wer hingegen reich war und dennoch in die Politik ging, dem traute der einfache Wähler damals wie heute nicht zu, sich im Amt in die eigene Tasche wirtschaften zu wollen[8]. Eine bürgerliche Mittelschicht, Trägerin eines neuen Unternehmertums und der freien Berufe, bildete sich damals wie heute nur langsam heraus. Die Mentalitätsunterschiede, die im Anschluß an die 1920 erfolgte Bildung des großrumänischen Staates im Verhältnis zwischen den ehedem zum Osmanischen Reich gehörenden Provinzen des rumänischen "Altreichs" und den ehemals habsburgischen Territorien Siebenbürgen, Banat und Bukowina zutage traten, sind auch nach 1989 nicht völlig eingeebnet. Aufbau und Dynamik des Parteiensystems und bestimmte typische Verhaltensmuster der politischen Akteure nach 1989 wie die "Führermanie" ("lideromania") und die "Spaltkrankheit" (scizionita) lassen ebenfalls Parallelen zur Situation der Zeit vor der kommunistischen Machtübernahme erkennen[9].

1.3. Die Parteiengesetzgebung

Wenige Tage nach dem Sturz des Staats- und Parteichefs Ceauşescu setzte das neue Machtorgan des Rates der Front der Nationalen Rettung am 31. Dezember 1989 per Dekret die rechtlichen Bedingungen für die Gründung unabhängiger Parteien und Verbände fest. Bereits zuvor hatte der Rat das Machtmonopol einer Partei abgeschafft. Um registriert zu werden, waren die neuen Körperschaften gehalten, ihre Statuten und ihre finanziellen Mittel darzulegen und den Nachweis über einen Sitz sowie mindestens 251 Mitglieder zu erbringen. Ausgeschlossen waren nur Gruppen, die einer faschisti-

8 Der rumänische Historiker Nicolae Iorga stellte anläßlich der Wahlen von 1922 fest, daß viele Wähler sich für die Nationalliberalen entschieden hätten, weil diese "schon satt" seien und nicht zu erwarten sei, daß sie sich aus dem Staatshaushalt bedienen würden. Dieselbe Erklärung für die Entscheidung für den Präsidentschaftskandidaten der Nationalen Christdemokratischen Bauernpartei, den Anfang 1990 aus dem Londoner Exil heimgekehrten Millionär Ion Ratiu, hörte die Verfasserin am Tage der ersten freien Wahlen vom 20.5 1990 in Bukarest.

9 Iulian Costandache, Lideromania (Die Führermanie), in: *România Liberă,* 15.6. 1994.

schen oder staatsfeindlichen Ideologie anhingen. Das zentrale Problem - die Frage der Finanzierung - blieb bisher ohne eine gesetzlich verbindliche Regelung[10]. Der Entwurf des neuen Parteiengesetzes enthält detaillierte Vorgaben und Einschränkungen hinsichtlich der Finanzierungsmöglichkeiten der politischen Parteien in Rumänien[11].

Fünf Jahre nach der Wende gilt in Rumänien immer noch das alte Parteiendekret. Der Entwurf eines neuen Parteiengesetzes wurde bereits von der Regierung Petre Roman im August 1992 dem Parlament vorgelegt, dort aber seither zweimal mehrheitlich abgelehnt. Die neue, im Herbst 1994 von einer Parlamentskommission erarbeitete Gesetzesvorlage sieht Änderungen in folgenden Punkten vor: Einschränkungen bei der Möglichkeit der Angehörigen bestimmter Berufe, einer politischen Partei anzugehören; Erhöhung der Anzahl der für die Registrierung einer Partei erforderlichen Mitgliederzahlen; strikte Vorgaben zur Parteienfinanzierung[12].

Zum Zeitpunkt ihres Machtantritts war die neue rumänische Führung erklärtermaßen nicht an der Einführung eines Mehrparteiensystems westlicher Prägung interessiert, sondern an einem "neuen", spezifisch rumänischen Pluralismus, demzufolge die Institution der "Front" - und nicht der Partei - die ideale politische Organisationsform darstelle. In der Anfangsphase des Übergangsprozesses schwebten der neuen rumänischen Führung, so scheint es, eine ausgehandelte Machtübertragung nach südeuropäischem Muster ("Pakt von Moncloa"), ein aufgeklärt-autoritäres Regime und eine Monopolpartei nach der Art von Mexikos Partei der Permanenten Revolution vor[13]. Zwar hatte die neue Führung die Bildung von Parteien zugelassen, zugleich aber auch für die "vernünftige" und schnelle Lösung plädiert, "die anderen Parteien so, wie sie sind, in die Front einzubringen"[14]. Es ist bemerkenswert, daß die Front der Nationalen Rettung unmittelbar nach ihrem Machtantritt die Überführung des Besitzes der für aufgelöst erklärten Rumänischen Kommunistischen Partei in den Besitz des Staates beschloß. Das riesige Immobilienvermögen und das Wirtschaftsimperium der KP wurde aber nicht, wie

10 Interview Petre Romans in: *22*, Nr. 8, 23.2.-1.3 1994; Horaţiu Pepine, *PUNR*, in: *Sfera Politicii*, Nr. 16, April 1994; Nae Bădulescu/Călin Hera, În absenţa unei legislaţii a finanţării, partidele din România pot fi înghiţite de mafia (In Abwesenheit eines Gesetzes zur Parteienfinanzierung können die Parteien in Rumänien von der Mafia geschluckt werden), in: *Cuvântul*, Nr. 16/17, 27 4 -3.5.1993

11 Vgl Anca Lăzărescu/Raluca Stroe-Brumariu, Proiectul noii Legi a partidelor politice (Der Entwurf des neuen Gesetzes der politischen Parteien), in: *Cotidianul*, 9.10. 1994.

12 Vgl ebd

13 Vgl. Guillermo O'Donnell/Philippe C Schmitter/Laurence Whitehead (Hrsg.), *Transitions from Authoritarian Rule. Latin America*, The John Hopkins University Press, Baltimore/London 1986; Stelian Tănase, Interview, in: *Azi*, 26.6.1992.

14 Kulturminister Andrei Pleşu, Interview, in: *The Observer*, 15.1.1990.

damals gefordert, auf alle politischen Parteien verteilt[15]. In der Tat ist im Zuge von Dezentralisierung und Privatisierung vieles davon einer Schicht von leitenden Funktionären in autonomen Staatsbetrieben, Privatisierungsagenturen und Privatunternehmern zugute gekommen. In der Presse ist von der "Kapitalisierung der Nomenklatura und ihrer Klientel" die Rede[16].

Es ist schwierig, genaue Angaben über die Quellen und Modalitäten der Finanzierung der einzelnen Parteien zu erhalten. Die meisten von ihnen kennen keine Beitragspflicht für Mitglieder, wohl aber müssen die Parlamentarier einen Teil ihrer Einkünfte an ihre Parteien abführen Die Vertreter der parlamentarischen Mehrheit haben offenbar kein Interesse daran, diese Frage verbindlich zu regeln. So flossen beispielsweise im Wahljahr 1992 die Finanzquellen der regierenden Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens, nach Ansicht von Experten Zuwendungen von Unternehmern und führenden Leitern von Staatsbetrieben, so reichlich, daß danach noch Geld in der Parteikasse verblieb[17]. Auch die in der Regierungskoalition tätige nationalistische Partei der Rumänischen Nationalen Einheit erhält Zuwendungen aus Wirtschafts- und Bankkreisen. Bei den Oppositionsparteien fließen Spenden und Wahlkampfhilfen von Mitgliedern oder Sponsoren offenbar nicht regelmäßig und nicht sehr reichlich. Da sie keine eigenen Unternehmen unterhalten, haben manche Parteien, so die Nationale Christdemokratische Bauernpartei, Freundeskreise zu ihrer finanziellen Unterstützung gegründet. Doch auch innerhalb der oppositionellen Demokratischen Konvention Rumäniens haben sich Parteien wie die Liberale Partei '93 etabliert, die als Interessenvertreter der aufstrebenden Unternehmer- und Bankenkreise kaum Finanzierungsprobleme kennen.

1.4. Die Wahlgesetzgebung

Ein neues Wahlgesetz wurde am Runden Tisch ausgehandelt und am 18. März 1990 verabschiedet. Entgegen einer früheren Fassung, die ein Mehrheitswahlrecht vorsah, entschied man sich für das Verhältniswahlrecht. Die Kandidaten werden auf Listen vorgeschlagen. Allen nationalen Minderheiten, deren Kandidaten bei den Wahlen nicht die erforderliche Anzahl von

15 Dumitru Mazilu, Stellvertretender Vorsitzender des Rates der Front der Nationalen Rettung, in: *Rompres*, 12 1.1990.

16 Liviu Antonesei, Comuniştii în blană capitalistă (Die Kommunisten im Kapitalistenpelz), in: *22*, Nr 40, 5.-11.10.1994

17 Lia Bejan in: *Expres*, Nr 14, 6 -13 4 1993, Sorin Şerb, *PDSR*, in *Sfera Politicii*, 18/1994.

Wählerstimmen erzielen, wurde das auch in der Verfassung festgeschriebene Recht zugesprochen, mindestens einen Abgeordneten in die Deputiertenversammlung zu entsenden. Hinsichtlich der politischen Vergangenheit der Parlamentarier notiert das Wahlgesetz Einschränkungen für Personen, die vor 1989 Führungspositionen in Politik, Verwaltung oder Justiz innehatten oder sich Übergriffe zuschulden kommen ließen. Weitergehende Forderungen der demokratischen Oppositionsvertreter nach einem befristeten Ausschluß aller führenden Vertreter der kommunistischen Nomenklatura vor 1989, wie sie unter Punkt 8 der "Proklamation von Temeswar" niedergelegt sind[18], wurden am Runden Tisch von der neuen Führung abgelehnt. Im Gegenzug dazu verzichtete sie auf ihre Forderung, Politikern, die die vergangenen zehn Jahre im Ausland verbracht hatten, die Teilnahme an den Parlamentswahlen zu untersagen. Im ersten Fall hätte Ion Iliescu nicht zu den Präsidentschaftswahlen antreten können, im zweiten Fall wären die Präsidentschaftskandidaten der beiden Traditionsparteien bei den Wahlen vom Mai 1990, Ion Raţiu (für die Nationale Christdemokratische Bauernpartei) und Radu Câmpeanu (von der Nationalliberalen Partei), vorzeitig aus dem Rennen geworfen worden.

Ein bemerkenswerter Aspekt des Wahlgesetzes von 1990 ist die Tatsache, daß darin auch gesetzliche Bestimmungen enthalten waren, die einen Vorgriff auf die Prärogativen der zu wählenden Verfassunggebenden Versammlung darstellten. So sah das Wahlgesetz ein Zweikammerparlament vor, bestehend aus der Abgeordnetenversammlung (Adunarea Deputaţilor) und dem Senat, dessen Mitglieder von der Bevölkerung der einzelnen Territorialeinheiten (Kreise) gewählt wurden. Gleichzeitig enthielt das Wahlgesetz, das sich streckenweise wie eine vorweggenommene Verfassung liest, außerordentlich detaillierte Vorgaben hinsichtlich der Funktion und der Prärogativen des Staatspräsidenten.

Da das Wahlgesetz mit der Verabschiedung der neuen rumänischen Verfassung im November/Dezember 1991 hinfällig geworden war, verabschiedete das Parlament im Juli 1992 ein neues Wahlgesetz. Neu daran war vor allem die Einführung einer Drei-Prozent-Hürde für Parteien und einer gestaffelten Hürde bis zu acht Prozent für Parteienverbände. Der Wahlkampf der Parteien wird nicht mehr wie 1990 aus dem Staatshaushalt finanziert[19]. Zum Jahresbeginn 1995 hat die auflagenstarke Tageszeitung "Adevărul" eine Kampagne mit dem Ziel gestartet, eine Änderung des Wahlgesetzes in fol-

18 *România Liberă*, 20 3.1990

19 Gesetz Nr. 68 und 69, in: *Monitorul Oficial al României*, 16 7 1992. Siehe hierzu Michael Shafir, Romania's New Electoral Laws, in: *RFE/RL Research Report*, Bd.1, Nr. 326, 11.9.1992.

gender Richtung zu erreichen: Das bisherige System der Wahl nach Parteilisten soll durch das Persönlichkeitswahlrecht ersetzt werden[20].

1.5. Die Dynamik des Parteiensystems

Das politisch-parlamentarische System Rumäniens nach der Wende steht im Zeichen von Labilität (des Parteienspektrums) und relativer Stabilität (der Machtverhältnisse). Die Entwicklung nach 1989 vollzog sich in zwei Phasen. In einer ersten Phase, die mit der Wende eingeleitet wurde, erfolgte der Übergang vom Einparteien- zu einem Zu-Viel-Parteiensystem. Begünstigt durch die Wahlgesetzgebung, kam es zu einem inflationären Parteienwachstum, das einer echten institutionellen Demokratisierung keineswegs förderlich war. Bei einer Vielzahl der neu entstandenen Parteien handelt es sich um Phantom- und Satellitenparteien der Front der Nationalen Rettung, die sich nicht als oppositionelle, sondern als "alternative politische Kräfte" zur Regierungspartei verstanden[21]. Hinzu kamen zahlreiche "Doppelgänger-Parteien" der demokratischen Parteien, die in den Augen der Bevölkerung zur Diskreditierung des pluralistischen Systems beitrugen[22]. Fünf Monate nach der Wende, am Vorabend der Wahlen vom 20. Mai 1990, war die Zahl der Parteien auf 88 angestiegen, vor den Wahlen vom September 1992 waren es 144. Zwischenzeitlich hatte ihre Zahl bei über 200 gelegen. Die meisten dieser Parteien sind personell schwach und ohne Rückhalt bei den Wählern. Von den 144 Parteien, die vor den Wahlen von 1992 registriert waren, konnten nur 70 Parteien Kandidaten für den Senat und 56 Parteien Kandidaten für das Abgeordnetenhaus aufstellen. Hiervon schafften 12 Parteien den Sprung ins Parlament. Von den Parteien, die nicht ins Parlament einzogen, erzielten bei den Wahlen vier Parteien mindestens 100.000 Stimmen, 29 Parteien mindestens 10.000 Stimmen, der Rest (43 Parteien) erhielt zwischen 9.949 und 49 Stimmen[23]. Vor dem Hintergrund des neuen Pluralismus wurde die alte Einheitspartei von einer Hegemonialpartei abgelöst[24]. Die bürokrati-

20 Vgl. *Adevărul*, 10.2.1995.
21 *Adevărul*, 26 1.1990.
22 Dieses Phänomen ist für die rumanischen Parteiengeschichte nicht untypisch. Bei den letzten freien Wahlen vom Dezember 1937 stellten sich neben 13 Parteien auch 53 unabhängige Gruppierungen und Listenverbindungen zur Wahl; s. dazu Mihai Stratulat, in. *Tineretul Liber*, 20.12.1990.
23 Vgl Constantin Lupu, Partidele-pigmee (Die Pygmäen-Parteien), in. *Adevărul*, 23. 10.1992.
24 Vgl. George Voicu, Sistemul de partide în România postcomunistă (Das Parteiensystem im postkommunistischen Rumänien), in *Sfera Politicii*, 3/1993

sche, aus dem alten Machtapparat hervorgegangene Front der Nationalen Rettung kontrollierte zwei Drittel der Sitze in beiden Häusern des Parlaments, der Rest ging an den ethnischen Demokratischen Verband der Magyaren Rumäniens sowie an diverse Satellitenparteien der Front der Nationalen Rettung. Die demokratische Opposition erreichte nur rund zehn Prozent der Stimmen.

Ein Ende dieser Entwicklungsphase begann sich im Verlauf des Jahres 1992 abzuzeichnen. In dem Zeitraum zwischen den Kommunalwahlen vom Februar 1992 und den Parlamentswahlen vom September 1992 spaltete sich die bisherige Hegemonialpartei Front der Nationalen Rettung nach einer längeren Phase der Spannungen. Die jüngeren, technokratischen Reformer der Partei schlossen sich der von dem Parteichef und ehemaligen Ministerpräsidenten Petre Roman geführten Demokratischen Partei (Front der Nationalen Rettung) an, die systemkonservativen Kräfte gründeten die nachmalige Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens. Nach den Wahlen vom September 1992 erfolgte dann der Übergang vom pseudo-mehrheitlichen System der Hegemonialpartei zum Mehrparteiensystem. Damals verlor die Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens die absolute Mehrheit. Zwar siegte sie mit Abstand zur zweitplazierten Demokratischen Konvention Rumäniens, war aber im Parlament auf die Unterstützung anderer Parteien angewiesen. Da die demokratische Opposition nicht bereit war, Regierungsverantwortung zu übernehmen, ohne die Möglichkeit einer echten Mitbestimmung zu erhalten, ging die Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens eine anfangs informelle Allianz und 1994/1995 formalisierte Allianz mit vier bzw. drei sozialnationalistischen Parteien ein.

1.6. Das Parteiensystem nach der Wende

Das Parteiensystem nach der Wende ist außerordentlich dynamisch, die Aggregation zwischen Mitgliedern, Führungspersönlichkeiten und Wählern der Parteien noch nicht abgeschlossen. Solange der Prozeß der ökonomischen Differenzierung der Bevölkerung noch in vollem Gange ist, verfügen die Parteien über keine klar abgegrenzten Wählerpotentiale[25]. Die Nachwirkungen kommunistischer Propaganda gegen Parteienpluralismus, Demokratie und Marktwirtschaft im öffentlichen Bewußtsein halten zahlreiche Intellek-

25 Repräsentative Umfragen haben ergeben, daß die Option für bestimmte politische Parteien vom Lebensstandard bestimmt werden; s. hierzu Pavel Câmpeanu, *De patru ori în fața urnelor (Viermal an den Urnen)*, Bukarest 1993, S. 111-140.

tuelle und Jugendliche immer noch davon ab, den neugegründeten Parteien beizutreten[26]. Nachteilig wirkt sich auch die aus dem Arsenal der ostmitteleuropäischen Bürgerrechtsbewegung stammende Glorifizierung von "Antipolitik" und "Antiparteien" aus. Eine Anzahl prominenter Intellektueller war im Trubel des Umsturzes in die Falle der informell-elitären Gruppe für den Gesellschaftlichen Dialog (Grupul pentru Dialog Social) getappt, deren Statuten die Mitgliedschaft in einer politischen Partei ausschließen.

Die Bestimmungen des Erlasses vom 31. Dezember 1989, der die Gründung politischer Parteien und Organisationen ermöglichte, hatten eine gewisse Zersplitterung der politischen Kräfte zur Folge. Von den rund 150 Parteien, die zum Zeitpunkt der Wahlen von 1992 öffentlich registriert waren, konnten nur acht Parteien und Parteienkoalitionen die Drei- bzw. Acht-Prozent-Hürde überspringen und ins Parlament einziehen (siehe Tabellen 1 und 2). Die Herausbildung wirtschaftlicher und sozialer Unterschiede in der Bevölkerung ist ebensowenig abgeschlossen wie der politische Aggregationsprozeß zwischen den Mitgliedern, den Wählern und den Führungspersönlichkeiten der politischen Parteien. Die neue Wahl- und Parteiengesetzgebung, die zur Zeit im Parlament debattiert wird, könnte im Falle ihrer Anwendung zur weiteren Klärung, Konzentration und Konsolidierung der politischen Landschaft führen. Hinsichtlich ihrer Doktrin sind sechs Kristallisationspunkte des politischen Systems zu erkennen:

1. Die *Sozialdemokratie*, vertreten zum einen durch die regierende Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens (Partidul Democraţiei Sociale din România, PDSR). Sie gehört Sozialistischen Internationale noch nicht an und hat (nach eigenen Angaben) rund 170.000 Mitglieder. Ihr stehen zwei Oppositionsparteien gegenüber: die "historische" Rumänische Sozialdemokratische Partei (Partidul Social Democrat Român, PSDR), die der Sozialistischen Internationale angehört, und die Demokratische Partei/Front der Nationalen Rettung (Partidul Democrat/Frontul Salvării Naţionale, PD/FSN), die sich im November 1995 zur Sozialdemokratischen Vereinigung (Uniunea Social Democrată, USD) zusammengeschlossen haben. Es bleibt abzuwarten, ob die Sozialistische Partei (Partidul Socialist, PS) - eine Splitterpartei der Sozialistischen Partei der Arbeit (Partidul Socialist al Muncii, PSM), die sich einer sozialliberalen Doktrin zugehörig fühlt - künftig dieser Gruppe zugerechnet werden wird.
2. Der in Rumänien traditionell starke *Liberalismus* hatte erheblich unter den Rivalitätskämpfen in der Führung der Nationalliberalen Partei (Partidul Naţional Liberal, PNL) zu leiden, die 1989 wieder zugelassen wur-

26 Vgl. Nicolae Prelipceanu, Uimitorul insucces al ideii de partid politic în România (Der erstaunliche Mißerfolg der Idee der politischen Partei in Rumänien), in. *România Liberă*, 28.12.1990.

de. Der nach Abspaltungen mehrerer Splittergruppen verbliebene größte Teil der Nationalliberalen Partei trat der Koalition der Opposition Demokratische Konvention Rumäniens (Convenţia Democratică din România, CDR) 1995 erneut bei. Im selben Jahr verließen die Liberale Partei '93 (Partidul Liberal '93, PL'93) und die Partei der Bürgerallianz (Partidul Alianţei Civice, PAC), die sich als neoliberal bezeichnen, das Oppositionsbündnis.

3. Die *Christdemokraten* sind vor allem durch die Christdemokratische Nationale Bauernpartei (Partidul Naţional Ţărănesc Creştin şi Democrat, PNŢCD) repräsentiert, die das Rückgrat des Oppositionsbündnisses CDR bildet. Die CDR war am Vorabend der Wahlen von 1992 als Zusammenschluß von 15 oppositionellen Parteien und Verbänden gegründet worden. Im März 1995 traten PL'93, PAC, PSDR und der Demokratische Verband der Magyaren in Rumänien (Uniunea Democrată a Maghiarilor din România, UDMR) aus der CDR aus.
4. Als *sozialnationalistische Parteien* gelten gemeinhin drei Parteien, deren Programme in sozialen und wirtschaftlichen Fragen jedoch nicht dekkungsgleich sind[27]. Hierzu zählen die vorwiegend in Siebenbürgen operierende Partei der Rumänischen Nationalen Einheit (Partidul Unităţii Naţionale din România, PUNR), die Partei Großrumänien (Partidul România Mare, PRM) und die Sozialistische Arbeiterpartei (Partidul Socialist al Muncii, PSM)[28].
5. Zu den *ethnischen Organisationen* gehören die Vertreterorganisationen der nationalen Minderheiten, die sich - wie das Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien (DFDR) und der Demokratische Verband der Magyaren in Rumänien (UDMR) - zumeist als Verbände und nicht als politische Parteien konstituiert haben. Letzterer stellt eine Dachorganisation für eine Vielzahl politisch heterogener Parteien und Verbände der ungarischen Minderheit (7,1 Prozent der Landesbevölkerung) dar.
6. Zur Gruppe der *Umweltparteien* zählen zwei kleine Parteien, von denen die eine, die Rumänische Umweltpartei (Partidul Ecologist Român, PER) dem Oppositionsbündnis Demokratische Konvention Rumäniens (Conventia Democratică din România, CDR) angehört. Die Umweltbewegung Rumäniens (Mişcarea Ecologistă din România, MER) zeichnete sich von Anfang an durch eine unübersehbare Nähe zu den neuen Machtstrukturen

27 Den Begriff "sozialnationalistisch" für diesen Typus, der in der postkommunistischen Parteienlandschaft Rußlands und der Staaten Ostmitteleuropas überall anzutreffen ist, hat meines Wissens Ludger Kuhnhardt geprägt; s Ludger Kühnhardt, *Revolutionszeiten. Das Umbruchjahr 1989 im geschichtlichen Zusammenhang*, München 1994, S 290

28 Die sozialnationalistischen Parteien besetzen jenes Spektrum, das in anderen postkommunistischen Systemen von den Parteien des sogenannten Demokratischen Sozialismus oder des Dritten Weges besetzt wird Diese Parteien unterscheiden sich voneinander durch die besondere Betonung spezifischer regionaler oder korporativer Elemente sowie im politischen Stil

aus. Bei den Parlamentswahlen von 1990 wurde sie viertstärkste Partei, bei den Wahlen von 1992 scheiterte sie jedoch an der Drei-Prozent-Hürde.

Tabelle 1: Die Parteien der (zeitweiligen) Regierungskoalition 1992-1996

Partei	Typologie
1. Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens (PDSR)	Regierungspartei sozialdemokratisch bürokratisch
2. Partei der Nationalen Rumänischen Einheit (PUNR)	in Regierungskoalition sozialnationalistisch bürokratisch
3. Partei Großrumänien (PRM)	in Regierungskoalition sozialnationalistisch bürokratisch
4. Sozialistische Partei der Arbeit (PSM)	in Regierungskoalition sozialnationalistisch bürokratisch

1.7. Politische Trennlinien

Zur Zeit verläuft die meines Erachtens wichtigste *Trennlinie* im Spektrum der rumänischen Parteien zwischen bürokratischen und nicht-bürokratischen Parteien. Das Unterscheidungskriterium ist der Grad der Partizipation an der politischen Macht und die Präsenz in den Verwaltungsstrukturen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Als *bürokratische Parteien* werden jene Parteien bezeichnet, deren führende Vertreter aus dem alten Macht- und Verwaltungsapparat hervorgegangen sind und weiterhin Machtpositionen in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und den Medien besetzen, als nicht-bürokratisch jene, die sich durch ihre "Unabhängigkeit gegenüber dem Verwaltungsapparat des alten Regimes" auszeichnen[29]. Fünf Jahre nach der Wende deckt sich in Rumänien die Un-

29 Petre Roman, Vorsitzender der Demokratischen Partei, in einem Interview mit der Zeitung *Azi*, 4.10.1994.

Tabelle 2: Die Parteien der Opposition

Partei	Typologie
1. Demokratische Konvention Rumäniens (CDR)	Oppositionsbündnis christdemokratisch-liberal nicht-bürokratisch
1.1 Rumänische Umweltpartei (PER)	Oppositionspartei ökologisch nicht-bürokratisch
1.2 Nationalliberale Partei (PNL)	Oppositionspartei liberal nicht-bürokratisch
1.3 Nationalliberale Partei - Demokratische Konvention (PNL-CD)	Oppositionspartei liberal nicht-bürokratisch
1.4 Nationale Christdemokratische Bauernpartei (PNŢCD)	Oppositionspartei christdemokratisch nicht-bürokratisch
1 5 Bürgerallianz (AC)	Oppositionsbewegung christdemokratisch nicht-bürokratisch
2. Partei der Bürgerallianz (PAC)	Oppositionspartei neoliberal nicht-bürokratisch
3. Demokratische Partei (Front der Nationalen Rettung) (PD/FSN)	Oppositionspartei sozialdemokratisch nicht-bürokratisch
4. Demokratische Agrarpartei Rumäniens (PDAR)	Oppositionspartei nationalistisch-korporat. nicht-bürokratisch
5. Liberale Partei '93 (PL '93)	Oppositionspartei liberal nicht-bürokratisch
6. Rumänische Sozialdemokratische Partei (PSDR)	Oppositionspartei sozialdemokratisch nicht-bürokratisch
7. Demokratischer Magyarischer Verband Rumäniens (UDMR)	Oppositionsverband ethnisch nicht-bürokratisch

terscheidungslinie zwischen bürokratischen und nicht-bürokratischen Parteien im wesentlichen immer noch mit der Trennlinie zwischen regierenden und oppositionellen Parteien.

Zu den bürokratischen Parteien zählten Ende 1994 die aus den beiden antagonistischen Flügeln der alten Machteliten vor 1989 hervorgegangenen Parteien - die regierende Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens einerseits, die drei (bis vor kurzem vier) sozialnationalistischen Parteien andererseits: Partei der Nationalen Rumänischen Einheit, Partei Großrumänien, Sozialistische Partei der Arbeit (bis zum Sommer 1994 auch die Demokratische Agrarpartei Rumäniens). Die mächtigste bürokratische Partei war nach 1989 immer die Präsidialpartei, also jene Partei, die Ion Iliescu für die Präsidentschaftswahlen nominiert hatte[30]. Als sich der von Petre Roman geführte Parteiflügel weigerte, Ion Iliescu erneut zu nominieren, spaltete sich die Front der Nationalen Rettung. Die neue Präsidialpartei, die Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens, wurde nach den Wahlen von 1992 die stärkste bürokratische Partei, Petre Romans Nicht-Mehr-Präsidialpartei hingegen gelangte in die Opposition. Seither gibt es Versuche, ihre Mitglieder aus ihren Positionen in Staat und Verwaltung zu drängen[31].

Bis zu den Wahlen von 1992 hatten sich jene Parteien, die aus den vor 1989 herrschenden Machteliten des Ceauşescu-Regimes unmittelbar hervorgegangen waren, zwar nicht in der Opposition, jedoch im machtpolitischen Abseits befunden. Seit jedoch die Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens bei den Wahlen vom September 1992 ihre absolute Mehrheit verloren hatte, kam es zum Schulterschluß zwischen den ehemaligen Fraktionen der alten politischen Klasse. Bis zum Sommer 1994 unterstützten die sozialnationalistischen Parteien die Regierungspartei in einer Art informeller Koalition; im Gegenzug erhielten sie Posten in Regierung, Verwaltung, im diplomatischen Dienst und im Bereich der staatlichen Medien.

Die bürokratischen Parteien in der derzeitigen Regierungskoalition zeichnen sich durch eine relative doktrinäre Einheitlichkeit aus. Die regierende Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens ist seit einiger Zeit dabei, den

30 Die polnische Politologin Jadwiga Staniszkis wies sehr früh darauf hin, daß überall im ehemaligen Ostblock die Tendenz zu erkennen sei, "die stabilisierende und ausbalancierende Rolle der KP in ihrem Spätstadium auf die Institution des Präsidenten" zu übertragen. Jadwiga Staniszki, Dilemmata der Demokratie in Osteuropa, in Rainer Deppe/Helmut Dubiel/Ulrich Rödel (Hrsg.), *Demokratischer Umbruch in Osteuropa*, Frankfurt a. M. 1991, S. 331.

31 Polnische wie rumänische Politologen sprechen angesichts dieses für die postkommunistischen Staaten kennzeichnenden Phänomens übereinstimmend von "Rekommunisierung" und nicht von "Restauration". Nicolae Manolescu, Vorsitzender der PAC, zitiert Jozef Darski mit den Worten, "Von was für einer Restauration sollen wir sprechen, da doch die Kommunisten in Wirklichkeit die Machtpositionen nie verlassen haben?" Siehe Nicolae Manolescu, Interview, in: *22*, Nr. 3, 19.1.1994.

Rubikon von einer Partei des Dritten Weges, als die sie 1989 angetreten war, hin zu einer sozialdemokratischen Partei zu überschreiten; die drei kleineren Juniorpartner sind dem sozialnationalistischen Spektrum zuzuordnen. Zu den programmatischen Gemeinsamkeiten dieser Parteien gehört die bestenfalls zögerliche Akzeptanz von graduellen Reformen, die Option für einen starken Staat, für ein eng geknüpftes soziales Netz sowie die Ablehnung der Monarchie. Immer weniger Übereinstimmung herrscht zwischen der Präsidialpartei und den sie stützenden sozialnationalistischen Parteien hingegen in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Spannungen traten auf, seitdem Präsident Ion Iliescu und ein Teil seiner Regierungspartei eine Wende zur Politik der Westintegration vollzogen. Diese veränderte Haltung der Regierungspartei bietet die Grundlage für einen außenpolitischen Konsens zwischen ihr und

Tabelle 3: Ergebnisse der Parlamentswahlen in Rumänien 1990 und 1992: Stimmenanteil und Mandate (nur Abgeordnetenkammer)[a]

Parteien	Anteil (%)	Mandate
1990		
FSN (Front der Nationalen Rettung)	66,3	263
UDMR (Demokrat. Magyar. Verb. Rumäniens)	7,2	29
PNL (Nationalliberale Partei)	6,4	29
MER (Ökologische Bewegung Rumäniens)	2,6	12
PNŢCD (Nationale Christdem. Bauernpartei)	2,6	12
AUR (Allianz für die Einheit der Rumänen)	2,1	9
PDAR (Demokratische Agrarpartei Rumäniens)	1,8	9
PER (Rumänische Umweltpartei)	1,7	8
PSDR (Rumänische Sozialist.-Demokrat. Partei)	1,1	5
PSDR (Rumänische Sozialdemokratische Partei)	0,5	2
1992		
FDSN (Demokrat. Front der Nationalen Rettung)[b]	27,7	117
CDR (Demokratische Konvention Rumäniens)	20,0	82
FSN (Front der Nationalen Rettung)[c]	10,2	43
PUNR (Partei der Nationalen Rumän. Einheit)	7,7	30
UDMR (Demokrat. Magyar. Verb. Rumäniens)	7,5	27
PRM (Partei Großrumänien)	3,9	16
PSM (Sozialistische Partei der Arbeit)	3,0	13

a) Die Kammer enthalt neben den gewahlten Parlamentariern Vertreter der nationalen Minderheiten. Sitze insgesamt: 1990 389, 1992 341.

b) Später: PDSR (Rumänische Sozialdemokratische Partei)

c) Später: PD/FSN (Demokratische Partei/Front der Nationalen Rettung).

der demokratischen Opposition, der seinen institutionellen Niederschlag in der Ende 1993 erfolgten Gründung eines parteiübergreifenden Rates für Euro-atlantische Integration gefunden hat.

Als *nicht-bürokratische Parteien* werden jene aus den ehemaligen Gegnern des kommunistischen Systems hervorgegangenen Parteien bezeichnet, die an der bürokratisch-institutionellen Macht noch nicht - oder nicht mehr - partizipieren. Hierzu zählen zum einen die Parteien der Demokratischen Konvention, zum anderen die (1992 in die Opposition übergetretene) Demokratische Partei Petre Romans und - seit 1994 - auch die Demokratische Agrarpartei. Die relative typologische und programmatische Einheitlichkeit der bürokratischen Parteien steht in auffälligem Kontrast zur Vielzahl und zur verwirrenden Vielfalt der nicht-bürokratischen Parteien. Ihr Spektrum umfaßt Neugründungen, Abspaltungen, Parteien, die aus Bürgerbewegungen hervorgegangen sind bis hin zu den - ausschließlich im Oppositionsbündnis anzutreffenden - Traditionsparteien. Konsens herrscht hinsichtlich der Notwendigkeit radikaler marktwirtschaftlicher Reformen und einer klaren Westoption, nicht jedoch in der Frage der Staatsform. Einige der nicht-bürokratischen Parteien geben sich dezidiert pro-monarchisch, andere wollen diese Entscheidung von einem künftigen Referendum geklärt sehen.

1.8. Ausblick

In den Meinungsumfragen zu den Präsidentschaftskandidaten führte im Juni 1994 Emil Constantinescu mit 37 Prozent vor dem amtierenden Präsidenten Ion Iliescu mit 27 Prozent. Die Vertreter der Oppositionsparteien votierten mit 68 Prozent für Constantinescu, gefolgt von Petre Roman mit 13 Prozent. Für den Fall, daß Iliescu nicht mehr kandidieren sollte, führte Adrian Năstase, Vorsitzender des Abgeordnetenhauses, die Liste des Präsidentschaftskandidaten der Regierungsparteien mit 39 Prozent an, gefolgt von Gheorghe Funar, dem Vorsitzenden der Partei der Nationalen Einheit und Drittplazierten bei den Präsidentschaftswahlen vom September 1992, mit 21 Prozent. Im Januar 1995 führte der amtierende Präsident Ion Iliescu mit 27,9 Prozent vor dem Kandidaten der Opposition, Emil Constantinescu, mit 26,3 Prozent[32].

32 Vgl Rompres, Spektakulare Anderungen finden nicht statt, in *Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien*, 9.2 1995.

Tabelle 4: Die Parteien im Trend in Meinungsumfragen 1994 (in Prozent)[33]

Parteien	Januar	März	Juni
PDSR	17	24	22
PRM	3	5	7
PSM	2	6	4
PUNR	5	6	2
CDR	27	27	27
PNŢCD	11	14	14
PNL	3		
PNL-CD	2	8	6
PER		24	6
PAC	3	4	7
PL'93	1	3	4
PSDR		2	2
UDMR	4	9	6
PD(FSN)	9	10	9
PDAR	3	6	4

Im letzten Halbjahr 1994 hielt sich die regierende Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens relativ stabil bei rund 25 Prozent. Zugleich stieg das Ansehen der Regierung, Präsident Iliescus und der neuen Führungsfigur der Regierungspartei, Adrian Năstase, während die Oppositionsführer zurückfielen. Die sozialnationalistischen Parteien büßten weiter an Rückhalt in der Bevölkerung ein. In den Umfragen im März 1994 hatten sie zusammen noch 22 Prozent erzielt, im Dezember 1994 hingegen nur noch 14 Prozent. Die Opposition aus Demokratischer Konvention Rumäniens und Demokratischer Partei steigerte sich in demselben Zeitraum nur geringfügig.

Obwohl keine Partei Wahlen vor dem regulären Termin 1996 anstrebt, sind überraschende Entwicklungen nicht auszuschließen. Zum einen kommt es immer wieder zu Spannungen innerhalb des Regierungsbündnisses zwischen der Partei der Sozialen Demokratie und ihren nationalistischen Koalitionspartnern. Dabei geht es nicht nur um Politikinhalte, sondern auch um Posten in Regierung, Verwaltung und in der - noch - staatlichen Wirtschaft. Hingegen konnte die oppositionelle Demokratische Konvention Rumäniens von ihrem Aufwärtstrend in der Wählermeinung nicht profitieren. Die Differenzen in politischen und organisatorischen Grundsatzfragen zwischen den

33 Andrei Cornea, Sondaj IRSOP - imagine sumbră (Umfrage von IRSOP - ein düsteres Bild), in: *22*, Nr 26, 29.6.-5 7.1994; Rompres, Spektakulare Änderungen (Anm 32).

Vertretern der christdemokratischen Richtung, der auch der Vorsitzende der Demokratischen Konvention und Präsidentschaftskandidat von 1992, Emil Constantinescu, zuzurechnen ist, und der Sozialdemokratischen Partei Rumäniens sowie den beiden liberalen Gruppierungen Partei der Bürgerallianz und Liberale Partei '93 spitzten sich derart zu, daß sie aus dem Bündnis austraten. Die Sozialdemokratische Partei Sergiu Cunescus schloß sich mit der Demokratischen Partei Petre Romans zur Sozialdemokratischen Union (Uniunea Social Democrată, USD) zusammen und sicherte damit ihren Fortbestand. Hingegen könnten die beiden liberalen Abweichler PAC und PL'93 ihren Austritt aus der Demokratischen Konvention, der innerhalb dieser Gruppierungen auch umstritten war, möglicherweise nicht unbeschadet überstehen. Ein Teil der PAC sowie einzelne Vertreter der PL '93 verblieben innerhalb des Oppositionsbündnisses und fusionierten mit der erst kürzlich in den Schoß der Opposition zurückgekehrten Nationalliberalen Partei unter Führung von Mircea Ionescu-Quintus.

Im März 1995 kam es auch zum "Selbstausschluß"[34] des Demokratischen Magyarischen Verbandes aus der Demokratischen Konvention, nachdem die lange verdrängten Meinungsverschiedenheiten über die Frage der ungarischen Autonomieforderungen öffentlich zutage getreten waren. In Pressekommentaren hieß es dazu, der Magyarenverband sei "ein politischer und wahltaktischer Ballast" für die rumänischen Parteien innerhalb des Oppositionsbündnisses gewesen. Er habe falsch gespielt und das Bündnis als "Schlechtwettermantel" mißbraucht[35]. Innerhalb des Verbandes konnten sich die nationalistisch-radikalen Elemente um Pastor Tökés, deren Einfluß durch den Machtwechsel in Budapest zeitweilig gefährdet gewesen war, gegen den gemäßigten Flügel durchsetzen[36].

Ob und welche neuen Koalitionen sich angesichts dieser Aufweichung der Parteifronten für die Zukunft ergeben könnten, ist völlig offen. Außerhalb der Demokratischen Konvention profilieren sich zur Zeit zwei Parteien, die künftig eine dynamisierende Rolle spielen könnten. Das ist zum einen Petre Romans Demokratische Partei, die sich als Kristallisationspunkt für eine sogenannte Große Allianz aus sozialdemokratischen und liberalen Parteien anbietet, zum anderen Nicolae Manolescus Partei der Bürgerallianz, die über das Angebot eines "technischen Kompromisses" in Fragen der Privatisierung mit der Regierung Văcăroiu versucht hat, das bisherige Parteienschema auf-

34 Anton Uncu, În folosul cui? (Zu wessen Nutzen?), in: *România Liberă*, 1.3.1995

35 Ilie Şerbănescu, Opoziţia trebuie să joace la două capete (Die Opposition muß auf zwei Karten setzen), in: *22*, Nr. 6, 8.-14.2.1995.

36 Vgl. Peter Barabas, Criticii lui Tökés din interiorul partidului sunt reduşi la tăcere (Die innerparteilichen Kritiker von Tökés wurden zum Schweigen gebracht), in *Expres*, Nr 11, 10.-16.1.1995.

zulockern. Eine Annäherung zwischen der Partei der Sozialen Demokratie und Teilen der bisherigen nicht-bürokratischen Opposition könnte auf längere Sicht ihre Abhängigkeit von den derzeitigen unbequemen und kompromittierenden Koalitionspartnern lockern und ihr Ansehen im Westen verbessern[37].

2. Die parlamentarischen Parteien und Parteienbündnisse 1989 -1996[38]

2.1. Bürgerallianz (Alianța Civică, AC)

Geschichte: Die Bürgerallianz als außerparlamentarische Bürgerbewegung ist aus den Protestkundgebungen des Jahres 1990 hervorgegangen. Sie entstand aus dem Zusammenschluß mehrerer Gruppen oppositioneller Intellektueller am 7. November 1990. Im Juli 1991, auf dem Höhepunkt ihrer Popularität konstituierte sich ein Teil ihrer damals rund 100.000 Mitglieder als Partei der Bürgerallianz[39]. In der Folge verblaßte die Anziehungskraft der "Politik der Straße", der emotionale Diskurs der antikommunistischen Fundamentalopposition kam angesichts der Verschlechterung der Wirtschaftslage bei der Bevölkerung nicht mehr im selben Maße wie früher zum Tragen. Es kam zu Spannungen zwischen Bewegung und Partei der Bürgerallianz, die sich ungünstig auf die Zusammenarbeit innerhalb der CDR auswirkten[40].

Doktrin: Ihre Ziele sind die Schaffung einer Bürgergesellschaft, die Verwirklichung der Rechtsstaatlichkeit, die Verankerung demokratischer Werte und Institutionen, Toleranz und öffentliche Moral, Wahrheitsfindung und Vergangenheitsbewältigung, Marktwirtschaft, europäische Integration, Verbindung zur Diaspora. Die Mittel zum Ziel sind sozialpädagogische Aufklä-

37 Alfred Moses, der neue Botschafter der USA in Rumänien, sagte in einem Interview in der Zeitung *22*, Nr. 1, 4-10 1 1995. "Es ist kein Geheimnis, daß unsere Regierung in Rumänien [der jetzigen Regierungskoalition mit nationalistischen Parteien] eine starke Koalition der Mitte vorziehen würde, wenn eine Möglichkeit zur Bildung einer Koalition mit einigen der Parteien aus der Demokratischen Konvention bestünde "

38 Die Parteien werden in der alphabetischen Reihenfolge der abgekürzten rumänischen Parteibezeichnungen aufgelistet

39 Ana Blandiana, Interview, in: *22*, Nr 48, 3 -9 12 1992

40 Gabriel Andreescu, De la miting la forum (Vom Meeting zum Forum), in *22*, Nr 13, 8.-14 4 1993, Ioan Lascu, Trebuie sau nu să dispară Alianța Civică? (Muß die Bürgerallianz verschwinden oder nicht?), in *Tineretul Liber*, 23 2.1994; Ana Blandiana, Interviews in. *22*, Nr. 46 und 47, 17 -23.11 und 3 -9.12.1992

rung über Medien, Akademien, Gedenkstätten und außerparlamentarischer "Kampf der Straße"[41].

Stellung im parlamentarischen System: Innerhalb der CDR, zu deren Zustandekommen die Bürgerallianz einen äußerst wichtigen Beitrag geleistet hat, ist ihr politisches Gewicht und der Einfluß ihrer Führungspersönlichkeiten, allen voran der charismatischen Schriftstellerin Ana Blandiana, nicht zu unterschätzen. Gemeinsam mit dem Verband der Ehemaligen Politischen Häftlinge Rumäniens gehört die Bürgerallianz zu den engsten politischen Verbündeten der Christdemokratischen Nationalen Bauernpartei innerhalb des Oppositionsbündnisses.

2.2. Demokratische Konvention Rumäniens (Convenţia Democratică din România, CDR)

Geschichte: Die Demokratische Konvention Rumäniens ist aus einem sich über mehrere Stufen hinziehenden Zusammenschluß oppositioneller Bürgerorganisationen hervorgegangen: 1. Antitotalitäre Foren, 2. Nationale Konvention für die Einführung der Demokratie (Dezember 1990), 3. Demokratische Konvention Rumäniens (November 1991). Ursprünglich als Wahlallianz im Vorfeld der Kommunalwahlen vom Februar 1992 konzipiert, wurde sie nach den Wahlen in eine ständige Parteienallianz nach dem Vorbild der Forumsparteien in anderen ostmitteleuropäischen Ländern und westeuropäischen Parteienkoalitionen vom Typ der UDF in Frankreich umgewandelt.

Die CDR setzt sich aus politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen unterschiedlicher Ausrichtung, Mitgliederzahl und Struktur zusammen. Am Vorabend der Wahlen von 1996 gehörten ihr folgende Gruppierungen an:

- PER Rumänische Umweltpartei (Partidul Ecologist Român)
- PNL Nationalliberale Partei (Partidul Naţional Liberal)
- PNL-CD Nationalliberale Partei - Demokratische Konvention (Partidul Naţional Liberal - Convenţia Democratică)
- PNŢCD Nationale Christdemokratische Bauernpartei (Partidul Naţional Ţărănesc Creştin Democrat)
- PUD Partei der Demokratischen Einheit (Partidul Unităţii Democratice)

41 Gabriel Andreescu, Istoria Alianţei Civice (Die Geschichte der Bürgerallianz), in: *22*, Nr 23, 14.6 1991.

- UDC Christdemokratische Union (Uniunea Democrat Creştină)
- AC Bürgerallianz (Alianţa Civică)
- AFDPR Vereinigung der Ehemaligen Politischen Häftlinge Rumäniens (Asociaţia Foştilor Deţinuţi Politici din România)
- Vereinigung "21 Dezember" (Asociaţia "21 Decembrie")
- Umweltbund Rumäniens (Federaţia Ecologistă din România)
- Bewegung Zukünftiges Rumänien (Mişcarea România Viitoare)
- Politische Gewerkschaft "Brüderschaft" (Sindicatul Politic "Fraternitatea")
- Hochschulsolidarität (Solidaritatea Universitară)
- Weltverband der Freien Rumänen (Uniunea Mondială a Românilor Liberi)
- Landesverband der Arbeitslosen Rumäniens (Uniunea Natională a Şomerilor din România)

Doktrin: Die gemeinsamen, von allen Parteien und Organisationen der Demokratischen Konvention vertretenen Grundwerte sind Demokratisierung, Aufbau der Bürgergesellschaft, schneller Übergang zur Marktwirtschaft, ethnische Toleranz, Westbindung

Strömungen: Auf der Grundlage dieses Minimalkonsenses lassen sich drei programmatische Strömungen innerhalb der CDR ausmachen:

1. Christdemokratische Mitgliedsorganisationen:
   - Nationale Christdemokratische Bauernpartei
   - Bürgerallianz
2. Liberale Mitgliedsorganisationen:
   - Nationalliberale Partei
   - Nationalliberale Partei - Demokratische Konvention
3. Ökologische Mitgliedsorganisationen:
   - Rumänische Umweltpartei

Vor dem 1995 erfolgten Austritt der Sozialdemokratischen Partei Sergiu Cunescus und der Magyarenunion war die Bandbreite der CDR mit einer sozialdemokratischen und einer ethnischen Komponente größer gewesen. Durch den Austritt der Partei der Bürgerallianz sowie der Liberalen Partei '93 wurde die liberale Komponente innerhalb der CDR trotz der Rückkehr der Nationalliberalen Partei geschwächt. Dies führte im Endergebnis zu einer weiteren Stärkung ihrer christdemokratischen Komponente und zu einem wachsenden Übergewicht der Nationalen Christdemokratischen Bauernpartei.

Die große Vielfalt der Parteien und Organisationen innerhalb der Demokratischen Konvention hat Spannungen entstehen lassen: zwischen klassischen Parteien und Forumsparteien, Traditionsparteien und neuen Parteien,

im Parlament vertretenen Parteien und nichtparteilichen Organisationen, zwischen Politikern der älteren und der jüngeren Generation, zwischen jenen, die die Jahre des Kommunismus in Rumänien erlebt oder nach 1989 aus dem westlichen Exil zurückgekehrt sind, zwischen Gewinnern und Verlierern des Transformationsprozesses etc. Fragen der Organisationsform (Einheitspartei oder Koalition), der Anzahl der Parlamentsfraktionen und Wahllisten, der Verteilung der Listenplätze und der Ernennung des Präsidentschaftskandidaten werden kontrovers diskutiert. Es scheint, als sei die Einsicht in die Tatsache, daß jede der Koalitionsparteien für sich genommen weit weniger Stimmen erzielen würde als im Oppositionsverbund, in der Demokratischen Konvention im Abnehmen begriffen. Seit 1992 war zudem eine wachsende Entfremdung zwischen dem Magyarenverband und den anderen Mitgliedern des Oppositionsbündnisses zu beobachten, die 1995 zum Austritt des Verbandes aus der CDR führte.

Anfang 1995 traten die Sozialdemokratische Partei Rumäniens, die Partei der Bürgerallianz und die Liberale Partei '93 aus dem Oppositionsbündnis aus. Jene Vertreter der PAC, die sich einem Austritt widersetzten, traten in die Nationalliberale Partei ein. Jene Mitglieder der PL '93, die sich für den Verbleib im Bündnis aussprachen - es sind weitgehend dieselben, die zuvor von der PAC übergewechselt waren -, gründeten die Politische Liberale Gruppe (Grupul Politic Liberal), die ebenfalls in der Nationalliberalen Partei aufging. Nur die liberale Splittergruppe namens Nationalliberale Partei - Demokratische Konvention weigert sich zur Zeit noch, in den Schoß der liberalen Mutterpartei zurückzukehren.

Wähler, Mitglieder: Die Prozesse der Herausbildung einer stabilen Wählerschaft der CDR sind noch in vollem Gange. Gemäß einer im März 1994 durchgeführten repräsentativen Umfrage ist ihre Wählerschaft jung, gebildet und vorwiegend im städtischen Milieu angesiedelt. Ihr gehören häufig Akademiker an, Vertreter der neuen, im privaten Sektor tätigen Mittelklasse, Handwerker und - entscheidend - auch zahlreiche Arbeiter[42]. Ein großes Problem besteht darin, daß ihre Mitglieder und Sympathisanten weitgehend gemäß den Kriterien der politischen Moral (Oppositionstätigkeit, Haft, Exil, berufliche Benachteiligung vor 1989) und der beruflichen Kompetenz rekrutiert wurden und somit kaum über innen- wie außenpolitische Erfahrung verfügen können. Auch fehlen der Opposition weitgehend jüngere, charismatische Führerpersönlichkeiten.

Stellung im parlamentarischen System: Die CDR ist eine typische Oppositionskoalition, die seit 1992 kompromißlos Kritik an der Regierung geübt und sechs Mißtrauensanträge sowie einen Antrag auf Amtsenthebung

42 Vgl *Tineretul Liber*, 24.3.1994.

des Präsidenten gestellt hat. Im öffentlichen Bewußtsein wird sie daher vorwiegend als alternative Kraft wahrgenommen, die zwar über den festen Willen, aber nicht immer über ein klares Konzept und eine homogene Führungsmannschaft für einen Machtwechsel verfügte. Nach den Wahlen vom September 1992 weigerte sich die CDR, mit der in die Minderheit geratenen Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens in eine Regierung einzutreten. Eine Regierungsbeteiligung unter den gegebenen Umständen hätte sie zwar in die Verantwortung für die Regierungspolitik eingebunden, ohne ihr jedoch zugleich einen echten Zugang zu den "Hebeln der Macht" zu gewährleisten. Auch eine zweite, 1993 geführte Verhandlungsrunde zwischen dem Oppositionsbündnis CDR und der Regierungspartei scheiterte. Wie es heißt, sollen damals Vertreter westlicher Regierungen die Opposition zum Regierungseintritt gedrängt haben - mit dem Ziel, die interne Stabilität in Rumänien abzusichern[43]. Die Parteien der CDR sind entschieden gegen jede Form der Zusammenarbeit mit nationalistischen und extremistischen Parteien. Die Ressentiments in ihren Reihen gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Petre Roman und seine Demokratische Partei weichen nur langsam dem Respekt für die demokratische Grundeinstellung, das Technokratenwissen und den Westkurs dieser Partei. Ein Eintreten der Demokratischen Partei Romans in die CDR steht nicht zur Debatte, wohl aber wurde die Möglichkeit diskutiert, einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten in Gestalt Emil Constantinescus aufzustellen[44].

Die CDR, zu deren Gründungsmitgliedern eine Gewerkschaft und die Hochschulsolidarität zählen, pflegt gute Zusammenarbeit zur demokratisch orientierten Gewerkschaftsbewegung. Die im August 1995 gegründete Konföderation der Demokratischen Gewerkschaften Rumäniens, die vorwiegend Angestellte vertritt, arbeitet eng mit der CDR zusammen. Propact, die Gewerkschaft der privaten Landwirte, steht dem Oppositionsbündnis ebenfalls nahe.

Westaffiliation: Die CDR sowie die meisten ihrer Unterorganisationen pflegen intensive internationale Kontakte mit westlichen Organisationen sowie mit demokratischen Parteien und Verbänden in anderen Transformationsstaaten. Die meisten Parteien wurden entsprechend ihrer Doktrin in internationale Organisationen aufgenommen.

43 Vgl. Gabriela Boceanu, CDR - victimă a "sugestiilor" Occidentului? (Die CDR - Opfer der "Ratschläge" des Westens?), in: *Dimineața*, 21.1 1994.
44 Vgl. Adrian Severin, Interview, in *Expres*, Nr. 32, 16.-22 8.1994.

Wahlergebnisse der CDR:

Parlamentswahlen September 1992		
	Abgeordnetenversammlung	Senat
Stimmen	2 177 144	2 210 722
Prozent	20,01	20,16
Mandate	82	34
Rang	2	2

Präsidialwahlen 1992		
	1. Wahlgang	2. Wahlgang
Kandidat	Emil Constantinescu	
Stimmen	3 717 006	4 613 058
Prozent	31,24	38,73
Rang	2	2

2.3. Partei der Bürgerallianz (Partidul Alianţei Civice, PAC)

Geschichte: Im Juli 1991, auf dem Höhepunkt der Popularität der Bewegung "Bürgerallianz", konstituierte sich ein Teil ihrer Mitglieder als Partei der Bürgerallianz[45]. Zeitweilig herrschten erhebliche Spannungen zwischen Bewegung und Partei der Bürgerallianz, die sich negativ auf die Zusammenarbeit innerhalb der CDR ausgewirkt haben.

Doktrin: Nach längerem Schwanken hat sich die PAC auf ein neoliberales Credo festgelegt in der Hoffnung, das nach dem Niedergang der großen traditionellen Nationalliberalen Partei freigewordene liberale Wählerreservoir zu binden und die liberale Bewegung zu einigen. Ihre Doktrin ist geprägt durch das Engagement für die Grundwerte der Bürgerbewegung: Menschenrechte, Bürgergesellschaft, politischen Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit. Auf wirtschaftlichem Gebiet tritt die PAC für eine nach Konkurrenzkriterien organisierte Marktwirtschaft, für die Reduzierung der Rolle des Staates, die Reform der Institutionen des Rechtsstaates und für soziale Sicherheit ein. Sie ist gegen den Nationalismus der Mehrheit wie auch den der Minderheiten. Die Entscheidung über eine Rückkehr zur Monarchie wird den Parteimitgliedern überlassen, sie tritt aber für das Recht König Michaels auf Aner-

45 Ana Blandiana, Interview, in *22*, Nr 48, 3 -9 12 1992.

kennung seiner rumänischen Staatsbürgerschaft ein[46]. Seit ihrer Gründung ist die PAC neben der Demokratischen Partei Petre Romans wohl die Oppositionspartei mit der am besten formulierten außenpolitischen Programmatik. Ihre Option für eine rasche und effiziente Integration Rumäniens in die euro-atlantischen Strukturen des Westens wurde früh und immer eindeutig vorgebracht.

Wähler, Mitglieder: Die PAC galt zeitweilig als die "einzige territorial gefestigte liberale Partei"[47]. Ihre Mitglieder rekrutieren sich vorwiegend aus der gehobenen städtischen Mittelschicht, aus Schule, Hochschule, Kultur, Verwaltung, Kirche und der Studentenschaft[48]. Sie ist die Partei mit den relativ meisten Anhängern unter den 19- bis 29jährigen und den Wählern über 60 Jahren[49]. Ihre Wähler verteilen sich fast gleichmäßig auf solche mit niedrigem und hohem Lebensstandard.

Stellung im parlamentarischen System: Trotz ihrer klaren Oppositionshaltung - die PAC ist den oppositionellen Zusammenschlüssen Nationale Konvention für die Einsetzung der Demokratie und danach der Demokratischen Konvention Rumäniens beigetreten - ist ihre Haltung in der Frage der Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften flexibel und realistisch. Eine ihrer Stärken - die Anwesenheit eines fähigen und integren Vorsitzenden, des Universitätsprofessors Nicolae Manolescu, an der Parteispitze - war zugleich der Grund für Spannungen mit anderen Oppositionsparteien. So war es am Vorabend der Parlamentswahlen von 1992 in der Frage der Aufstellung eines Präsidentschaftskandidaten zu Spannungen zwischen dem Oppositionsbündnis CDR und der PAC gekommen, deren Vorsitzender seine Kandidatur als erster angemeldet hatte. Unstimmigkeiten der PAC mit christdemokratischen Formationen innerhalb der CDR gab es auch in prozeduralen Fragen. Die PAC hatte immer mit Spaltungstendenzen zu kämpfen, die zum Übertritt einiger ihrer prominenten Parlamentarier zur Liberalen Partei '93 führten[50]. Eine Zeitlang wollte es scheinen, als könnte die PAC ihre Stellung innerhalb des Oppositionsbündnisses nach erfolgter Aussöhnung mit der Bewegung der Bürgerallianz und der Rückkehr der Nationalliberalen Partei in das Oppositionsbündnis festigen. Auf ihrem letzten Parteitag im Februar 1995 ließen jedoch die örtlichen Funktionäre mehrheitlich erkennen, daß sie

46 Vgl Liana Ionescu, Partidul Alianţei Civice (Die Partei der Bürgerallianz), in. *Sfera Politicii*, Nr. 16, April 1994.
47 Daniel Vighi, Problemele mişcării liberale (Die Probleme der liberalen Bewegung), in *22*, Nr. 10, 9.-15.3.1994.
48 Vgl. Virginia Ghiţă/Răsvan Popescu/Ilie Stoian, Moda veche - piatră de moară pentru dreapta politică (Die Mode von einst - ein Mühlstein für die politische Rechte), in: *Expres*, Nr. 37, 15.-21.9.1992.
49 Vgl. Pavel Câmpeanu, Viaţa politică a electoratului (Das politische Leben der Wählerschaft), in: *22*, Nr. 20, 22.-28.5.1992.
50 Nicolae Tăran, Interview, in: *Cuvântul*, Nr. 29, 26.7.-1.8 1994

einer unreformierten CDR nicht länger angehören wollten. Anfang 1995 verließ die PAC das Oppositionsbündnis. Diejenigen ihrer Vertreter, die sich einem Austritt aus der CDR widersetzten, traten in die Nationalliberale Partei ein.

Wahlverhalten: In den Kommunalwahlen vom Februar 1992 war die PAC sehr erfolgreich, sie stellte zahlreiche Gemeinderäte und Bürgermeister[51]. An den Parlamentswahlen vom September 1992 nahm sie auf den Listen der CDR teil. Beobachter räumen der Partei auf längere Sicht gute Chancen ein, ihr Wählerpotential auszubauen und im liberalen Spektrum eine starke Position einzunehmen[52].

Westaffiliation: Internationale Ansprechpartner der PAC sind die französischen Zentrumsparteien, die Demokratische Partei der USA, die deutsche F.D.P. und die FIDESZ in Ungarn[53]. Im Sommer 1993 wurde der Antrag auf Aufnahme in die Europäische Demokratische Union gestellt.

Wahlergebnisse der PAC:

Parlamentswahlen September 1992	
Abgeordnetenversammlung	Senat
Auf den Listen der CDR	Auf den Listen der CDR

2.4. Rumänische Umweltpartei (Partidul Ecologist Român, PER)

Geschichte: Nach ihrer am 16. Januar 1990 erfolgten Registrierung mußte die Umweltpartei einen schweren Konkurrenzkampf gegen eine Vielzahl grüner Satellitenparteien der regierenden Front der Nationalen Rettung bestehen. Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung vom Mai 1990 konnte die regierungsnahe Umweltbewegung Rumäniens (Mişcarea Ecologistă din România) noch erheblich mehr Stimmen an sich binden als die PER. Seit der Einführung der Drei-Prozent-Klausel zu den Parlamentswahlen von 1992 ist sie im Verbund des Oppositionsbündnisses CDR die einzige grüne Partei im rumänischen Parlament.

Doktrin: Die PER ist eine dezidiert antikommunistische grüne Partei; nach ihrer Selbsteinschätzung steht sie "Mitte-rechts". Sie arbeitet eng mit der Nationalen Christdemokratischen Bauernpartei zusammen, mit der sie

51 Vgl Ionescu, *Partidul Alianţei Civice* (Anm. 46).
52 Vgl ebd.
53 Vgl G. Frunda, in *Cotidianul*, 7 5.1993.

nach den Wahlen von 1992 eine gemeinsame Parlamentsfraktion gebildet hat. Ihr Programm sieht die Förderung gesetzlicher und erzieherischer Umweltschutzmaßnahmen und eine Umwälzung der Kosten des Umweltschutzes auf die Produktionskosten der Unternehmen ebenso vor wie die ökologische Retechnologisierung der Industrie und die Aufforstung.

Wähler, Mitglieder: Entsprechend dem noch wenig ausgeprägten Umweltbewußtsein in Rumänien ist die PER eine kleine Partei. Ihre Führungspersönlichkeiten wie der deutschstämmige Ingenieur Dr. Otto Weber oder ihr Ehrenvorsitzender, der in den USA lebende Ökonom Anghel Rugină, entstammen dem Milieu der technischen Intelligenz.

Westaffiliation: Angesichts ihrer gesamtpolitischen Ausrichtung verwundert es nicht, daß die PER keiner großen internationalen Umweltorganisation angehört. Sie unterhält jedoch bilaterale Kontakte mit ideologisch neutralen Umweltorganisationen und Umweltparteien des Auslands.

Wahlergebnisse der PER:

Verfassunggebende Versammlung Mai 1990		
	Abgeordnetenversammlung	Senat
Stimmen	232 212	192 574
Prozent	1,69	1,38
Mandate	8	1
Rang	8	8

Parlamentswahlen September 1992	
Abgeordnetenversammlung	Senat
Auf den Listen der CDR	Auf den Listen der CDR

2.5. *Demokratische Partei/Front der Nationalen Rettung (Partidul Democrat/Frontul Salvării Naționale, PD/FSN)*

Geschichte: Die Demokratische Partei ist die unmittelbare Nachfolgepartei der Front der Nationalen Rettung, die im Dezember 1989 die Macht übernommen hatte. Im März 1992, nach einer heftigen Kontroverse[54] zwischen

54 Zum Hintergrund der Kontroverse s. Anneli Ute Gabanyi, Präsident Iliescu gegen Premier Roman. Frontenbildung in der Front der Nationalen Rettung, in: *Sudosteuropa*, 9/1991.

dem Reformflügel der FSN um den Parteivorsitzenden und ehemaligen Premierminister Petre Roman und einem systemkonservativen Flügel um Staatspräsident Ion Iliescu verließen Iliescus Konservative die FSN[55]. Bis zu den Wahlen von 1992 stand die von Roman geführte Rest-FSN mit einem Bein in der Regierungsverantwortung und mit dem anderen in der Opposition. Im Wahlkampf war Petre Roman und seine FSN der Hauptgegner der Iliescu-Partei, die als Sündenbock für die Fehlleistungen der nach 1989 betriebenen Wirtschaftspolitik herhalten mußte. Durch Abwanderung eines Teils ihrer Minister, Bürgermeister und Gemeinderäte, aber auch einfacher Mitglieder zur bürokratischen Präsidialpartei Demokratische Front der nationalen Rettung war die FSN im Vorfeld geschwächt worden. Im Mai 1993 fusionierte sie mit der unbedeutenden Demokratischen Partei, die als Namensgeber für die fortan so genannte Demokratischen Partei (Front der Nationalen Rettung) fungierte.

Doktrin: Die Demokratische Partei definiert sich selbst als moderne sozialdemokratische Partei der linken Mitte. Zu ihren Grundwerten gehören politischer Pluralismus, repräsentative Demokratie, unternehmerische Freiheit, beschleunigte Privatisierung, Wettbewerbsförderung und Rentabilität durch steuerpolitische Maßnahmen, Dezentralisierung, Entbürokratisierung, Entstaatlichung, Entmonopolisierung, kommunale Autonomie. Sozialer Schutz soll auf der Grundlage des Gleichheitsprinzips gewährt werden. In der Frage der Staatsform plädiert sie für die Republik, aber nicht gegen ein Referendum über die Frage der Monarchie. Sie ist für ethnischen Ausgleich als Instrument der Demokratisierung, der Reformen und des Ausbaus der äußeren Sicherheit[56]. Gegenüber Moldova tritt sie für die Wahrung rumänischer Rechtspositionen, für die Anerkennung der dort durch ethnische Unterdrükkung und Entnationalisierung geschaffenen Tatsachen und für eine bedachte Politik der nationalen Wiedererweckung und der wirtschaftlichen Unterstützung des zweiten rumänischen Staates ein[57]. Sie postuliert und praktiziert eine aktive Außenpolitik der raschen Integration in die euro-atlantischen Sicherheitstrukturen.

55 Die abtrünnige Gruppierung benannte sich zuerst in Demokratische Front der Nationalen Rettung (Frontul Democrat al Salvării Naţionale) um. Nach den Parlamentswahlen von 1992 erfolgte eine weitere Umbenennung der Präsidialpartei in Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens (Partidul Democraţiei Sociale din România).

56 Zur Gründung des Nationalen Komitees für die euro-atlantische Integration Rumäniens im November 1993 und zur Rolle, die Petre Roman, der Vorsitzende des Sicherheitsausschusses im Abgeordnetenhaus, im Rahmen der NATO spielt, s. Corneliu Antim, PD/FSN - O nouă viziune asupra securitşţii si stabilităţii regionale (Die PD/FSN - Eine neue Sicht der regionalen Sicherheit und Stabilität), in: *România Liberă*, 15.7.1994.

57 Vgl. Adrian Severin, Interview, in: *Azi*, 22.10.1994.

Wähler, Mitglieder: Die führenden Vertreter der Partei rekrutieren sich aus dem Technokratenflügel der dissidenten Eliten vor der Wende und aus den neuen Funktionseliten nach 1989. Im Zuge der Spaltung der FSN ging ein Teil der Arbeiter, die sie 1990 gewählt hatten, zur CDR über[58], Privilegierte des Ancien régime wanderten zur PDSR ab. Die neuen Zielgruppen der PD entstammen der aufstrebenden Mittelklasse, den kulturellen und technischen Eliten, der Jugend, den Frauen und den Gewerkschaften. Ihre Spitzenvertreter verfügen über eine beträchtliche intellektuelle Ausstrahlungskraft, das Durchschnittsalter der Mitglieder ist mit 38 Jahren vergleichsweise niedrig[59]. Die PD wird nach eigenen Angaben nur zu einem kleinen Teil über Mitgliedsbeiträge finanziert. Sie erhält unregelmäßige, vorwiegend projektgebundene Zuwendungen privater Sponsoren.

Stellung im parlamentarischen System: Die Demokratische Partei ist die einzige parlamentarische Oppositionspartei, die zeitweilig (zwischen 1989 und 1992) auch bürokratische Regierungspartei war. Sie sieht sich in einer Art "paralleler Opposition" mit der CDR. Die PD hat ihre Bereitschaft bekundet, gemeinsam mit der CDR zu agieren, mit ihr zu koalieren und gegebenenfalls auch zu regieren, nicht aber, dem Bündnis beizutreten. Am Vorabend der Wahlen von 1992 erklärte die Führung der PD sich bereit, eine von der CDR gebildete Regierung zu unterstützen. Auch könnte sie einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten der Opposition (Emil Constantinescu) bei den Parlamentswahlen von 1996 unterstützen[60]. Im Januar 1994 erfolgte ein gemeinsames Angebot von CDR und PD (47 Prozent der Parlamentsmandate) an die Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens (34 Prozent) zur Bildung einer Koalitionsregierung[61]. Zu den weiteren Initiativen gehört auch der Abschluß eines Sozialpakts zwischen Opposition, Gewerkschaften und Regierung und der Zusammenarbeit oppositioneller Gemeinderäte und Bürgermeister.

Westaffiliation: Die PD genießt Gaststatus bei der Sozialistischen Internationale.

58 Vgl. Petre Roman, in. *Azi*, 25.3 1992.
59 Vgl. *România Liberă*, 24.10.1994.
60 Vgl. Interview, in: *Azi*, 24.10.1994.
61 Vgl. *Azi*, 15.1.1994.

Wahlergebnisse der PD/FSN:

Verfassunggebende Versammlung Mai 1990		
Front der Nationalen Rettung	Abgeordnetenversammlung	Senat
Stimmen	9 089 659	9 353 006
Prozent	66,31	67,02
Mandate	263	91
Rang	1	1

Parlamentswahlen September 1992		
	Abgeordnetenversammlung	Senat
Stimmen	1 108 500	1 139 033
Prozent	10,19	10,39
Mandate	43	18
Rang	3	3

Präsidialwahlen 1992	
	1. Wahlgang
Kandidat	Caius Traian Dragomir
Stimmen	564 655
Prozent	4,75
Rang	4

2.6. Demokratische Agrarpartei Rumäniens (Partidul Democrat Agrar din România, PDAR)

Geschichte: Die Demokratische Agrarpartei Rumäniens sieht sich in der Tradition der rumänischen Agrarbewegung und der Konservativen Partei der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts[62]. Die am 29.Januar 1990 eingetragene PDAR war anfangs ganz offensichtlich als Satellitenpartei der regierenden Front der Nationalen Rettung mit dem Ziel konzipiert gewesen, ein Abdriften

62 Vgl. Ion Coja, Interview, in. *Dimineaţa*, 26 6 1993.

ländlicher Wähler zur Nationalen Christdemokratischen Bauernpartei und damit in das Lager der Opposition zu verhindern[63].

Doktrin: Die PDAR definiert sich als neoliberale, unabhängige Partei rechts der Mitte. Mit Blick auf die neue dörfliche Mittelschicht tritt sie für den Übergang zur Marktwirtschaft, für die Restitution des Genossenschaftseigentums sowie für die Liberalisierung der Verpachtung und des Verkaufs von Land ein. Zusammenschlüsse der Bauern in Genossenschaften werden bejaht[64]. Ihre Vertreter fordern staatlichen Schutz und Subventionen für die Landwirtschaft und die Leichtindustrie sowie eine finanzielle Unterstützung der Bauern durch den Aufbau eines ländlichen Bankensystems. In ihren programmatischen Aussagen spricht sich die PDAR gegen eine Wiedereinführung der Monarchie aus. In der Führung der PDAR sind auch hochrangige Vertreter der rumänischen "Kulturvereinigung" Rumänische Heimstatt (Vatra Românească) wie Ion Coja vertreten, was die gelegentlich nationalistischen, fremdenfeindlichen und antiwestlichen Akzente ihrer Parteidoktrin erklärt. Daher erstaunt es auch nicht, daß die PDAR 1994 der Bildung einer Allianz mit der extremistisch-nationalistischen Partei der Nationalen Einheit Rumäniens zugestimmt hat[65].

Wähler, Mitglieder: Die PDAR bezeichnet sich zwar als Vertreterin der Interessen der Bauern. Zu ihren Zielgruppen gehören jedoch auch die Rentner der ehemaligen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Sie ist die Partei der ehemaligen Dorfnomenklatura und der ländlichen Facheliten. Sie ist eine "reiche Partei"[66], deren Wähler sich überwiegend aus dem Bereich der Bezieher niedriger bis mittlerer Einkommen rekrutieren[67].

Stellung im parlamentarischen System: Die Geschichte der PDAR nach 1990 ist gekennzeichnet durch opportunistisches Pendeln zwischen Regierungsnähe und taktischer Oppositionshaltung. Prominente Mitglieder der PDAR hatten in der provisorischen Regierung (Januar - Mai 1990) führende Positionen im Landwirtschaftsministerium inne. 1991 plante die Partei gemeinsam mit der regierenden FSN, der Ökologischen Bewegung und dem Jungen Flügel der Nationalliberalen Partei die Bildung einer Parteienallianz "Charta für Reform und Demokratie", die jedoch mit dem Sturz des Premierministers Petre Roman im September 1991 hinfällig wurde. Einer ihrer

63 Vgl. Marius Hergheliu, Victor Surdu, romanul agriculturii socialiste (Victor Surdu, der Roman der sozialistischen Landwirtschaft), in. *Expres*, Nr. 29, 23.-29.7.1991

64 Vgl. Victor Surdu, Interview, in *Dimineața*, 14.5.1993

65 Vgl. Victor Surdu, Interview, in. *România Liberă*, 13.8.1994, Constantin Lupu, Agrarienii, între seceră şi ciocan (Die Agrarier zwischen Sichel und Hammer), in: *Adevărul*, 10.7.1994

66 Victor Surdu, Interview, in: *Cuvântul*, Nr. 49, Dezember 1991, Lia Bejan, Din ce trăiesc partidele româneşti (Wovon die rumänischen Parteien leben), in. *Expres*, Nr. 16, 21.-26.4.1993

67 Vgl. Câmpeanu, *De patru ori în fața urnelor* (Anm. 25), S. 111-114.

Vertreter wirkte in der Regierung Stolojan (1991-1992) als Landwirtschaftsminister. Im September 1992 scheiterte die Partei bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus an der Drei-Prozent-Hürde. Im Senat, in den sie mit knapper Not gewählt worden war, erhielt sie aus dem Regierungslager "Verstärkung" bei der Bildung einer eigenen Senatsfraktion[68]. Nach den Parlamentswahlen von 1992 unterstützte die PDAR die von der Präsidialpartei gebildete Minderheitsregierung. Nachdem sie das Angebot der regierenden Partei der Sozialen Demokratie, mit ihr zu fusionieren, abgelehnt hatte und sich von ihr in der Folge einem starken Verdrängungs- und Abwerbungsdruck ausgesetzt sah, wechselte sie ins Oppositionslager über, ohne sich jedoch der CDR anzunähern.

Wahlergebnisse der PDAR:

Verfassunggebende Versammlung Mai 1990		
	Abgeordnetenversammlung	Senat
Stimmen	326 289	221 790
Prozent	2,99	1,59
Mandate	9	0
Rang	7	7

Parlamentswahlen September 1992		
	Abgeordnetenversammlung	Senat
Stimmen	286 467	362 427
Prozent	2,99	3,31
Mandate	0	5
Rang	8	7

2.7. Liberale Partei'93 (Partidul Liberal '93, PL '93)

Geschichte: Die Liberale Partei'93 ist die umbenannte Nachfolgepartei der Nationalliberalen Partei - Junger Flügel, die ihrerseits durch Abspaltung von Radu Câmpeanus Nationalliberaler Partei entstanden ist. Nach ihrer 1993 erfolgten Fusion mit einer abtrünnigen Gruppe der Nationalliberalen Partei - Demokratische Konvention benannte sich die derart erweiterte Nationallibe-

68 *Expres*, Nr. 42, 20 -26.10 1992

rale Partei - Junger Flügel in Liberale Partei '93 um. Verstärkung erhielt sie im selben Jahre im Zuge der Abwerbung eines Teils der neoliberalen, dem Oppositionsbündnis angehörenden Partei der Bürgerallianz.

Doktrin: Die PL'93 definiert sich selbst als "rechte Bewegung der Mittelklasse"[69]. Sie tritt für politische und unternehmerische Freiheit, schnelle Reformen durch Schocktherapie, Entstaatlichung und die totale Restitution aller enteigneten Güter ein. Ihre Programmatik ist ausgesprochen populistisch, nationalistisch, gelegentlich auch monarchistisch[70].

Wähler, Mitglieder: Die PL'93 ist eine der dynamischsten politischen Gruppierungen im derzeitigen Parteienspektrum Rumäniens. Sie agiert als Interessenvertretung der neuen Oligarchie, die im Zuge der Kapitalisierung der alten politischen Klasse nach 1989 entstanden ist. Ihre führenden Vertreter gehören der mittleren und jüngeren Generation mit überwiegend hohem Lebensstandard an. Noch handelt es sich vorwiegend um eine Kaderpartei mit wenig Rückhalt an der Basis, aber mit großzügigen Finanzquellen vorwiegend aus dem Bankensektor.

Stellung im parlamentarischen System: Die Nationalliberale Partei - Junger Flügel zeichnete sich über weite Strecken durch undurchsichtiges Taktieren und opportunistisches Hin- und Herpendeln zwischen Regierungsnähe und Fundamentalopposition aus. Im Juli 1991 hatte sie mit der regierenden FSN und der PDAR das Wahlbündnis "Charta für Reform und Demokratie" gegründet, das jedoch nach dem Sturz der Regierung Roman hinfällig wurde. Seit dem Austritt der traditionellen Nationalliberalen Partei aus der Demokratischen Konvention trat die PL'93 der CDR bei, auf deren Listen sie im September 1992 ins Parlament einzog. Inzwischen wurde die PL'93 zum Störfaktor innerhalb der liberalen Bewegung, der sich in zunehmendem Maße zu einer Gefahr für den Zusammenhalt der CDR entwickelte. Jene Mitglieder der PL'93, die sich für den Verbleib in der Demokratischen Konvention aussprachen - es sind weitgehend dieselben, die zuvor von der Partei der Bürgerallianz übergewechselt waren -, gründeten die Politische Liberale Gruppe (Grupul Politic Liberal), die in der Nationalliberalen Partei aufging.

Westaffiliation: Mitglied der Liberalen Internationale seit 1993.

Wahlergebnisse der PL'93:

Parlamentswahlen September 1992	
Abgeordnetenversammlung	Senat
Auf den Listen der CDR	Auf den Listen der CDR

69 Dinu Patriciu, zitiert von Paul Dobrescu, Compromisul care compromite (Der kompromittierende Kompromiß), in. *Curierul Național*, 9 7.1992

70 Vgl. *Evenimentul Zilei*, 12.10 1994.

2.8. Nationalliberale Partei (Partidul Național Liberal, PNL)

Geschichte: Die "grand old party" der rumänischen Geschichte wurde am 24. Mai 1875 gegründet. Im Jahre 1947 wurde die Traditionspartei verboten, am 6. Januar 1990 konstituierte sie sich neu. Aus den Wahlen von 1990 ging sie als drittstärkste Partei hervor. Konflikte zwischen alten und aufstrebenden Führungseliten führten seit 1990 zur Abspaltung der Nationalliberalen Partei - Junger Flügel (heute Liberale Partei '93) und der Nationalliberalen Partei - Demokratische Konvention Rumäniens. Nach ihrer 1993 erfolgten Fusion mit der aus Vertretern der neuen Wirtschaftseliten gebildeten Neuen Liberalen Partei ist die völlig veränderte PNL nur noch marginal von Bedeutung. Im Dezember 1994 trat sie erneut der Demokratischen Konvention Rumäniens bei[71].

Doktrin: Die klassischen liberalen Prinzipien erscheinen im Falle der PNL nicht selten von Widersprüchen geprägt. So tritt sie beispielsweise für Wirtschaftsreformen ein, aber nur für eine Strategie der graduellen Privatisierung. Bei den ersten freien Wahlen vom Mai 1990 präsentierte sich ihr Vorsitzender Radu Câmpeanu als Präsidentschaftskandidat der magyarischen Minderheit, 1992 trat seine Partei jedoch aus Protest gegen die Politik der Opposition gegenüber der Magyarenpartei aus der CDR aus. An den im Exil lebenden König Michael appellierte die PNL, bei den Präsidentschaftswahlen von 1992 als Kandidat anzutreten, was eine Wiedereinführung der Monarchie in Rumänien und Michaels Ansprüche auf den Thron automatisch zunichte gemacht hätte.

Wähler, Mitglieder: In den fünf Jahren nach der Wende hat die PNL die Sympathien eines Großteils ihrer Nostalgiewähler der ersten Stunde verspielt. Zur Zeit rekrutieren sich ihre Sympathisanten wohl zu einem nicht unerheblichen Teil aus den Schichten der neuen Aufsteiger, die im Zuge ihrer Fusion mit der Neuen Liberalen Partei zu ihr gestoßen sind. Die Wähler der PNL gehören zu der Gruppe mit vorwiegend hohem Lebensstandard[72].

Stellung im parlamentarischen System: Entsprechend den ideologischen und politischen Widersprüchlichkeiten ihrer Doktrin war die Haltung der PNL unter der Führung ihres ehrgeizigen ersten Vorsitzenden Radu Câmpeanu von Anfang an von Zweideutigkeiten geprägt. Es war eine Schaukelpolitik zwischen Oppositionshaltung und der Nähe zur Macht. Nach dem Sturz von Premierminister Petre Roman waren die Nationalliberalen zwischen Ok-

71 Siehe hierzu Christian Anghelache, PNL a revenit în CDR (Die PNL ist in die CDR zurückgekehrt), in: *Azi*, 22.12.1994

72 Vgl. Stefan Stănciugelu, Circulația clicilor politice în PNL (Die Zirkulation der politischen Cliquen in der PNL), in *Sfera Politicii*, Nr. 19, August 1994

tober 1991 und September 1992 an der Regierung des Premierministers Teodor Stolojan beteiligt, gerierten sich aber zugleich als Oppositionspartei. Seit Dezember 1990 hatte die PNL in den oppositionellen "Antitotalitären Foren" und der "Nationalen Konvention für die Einführung der Demokratie" mitgearbeitet. Bei den Kommunalwahlen vom Februar 1992 kandidierte sie erfolgreich auf den Listen der CDR. Im April 1992 kehrte sie dem Oppositionsbündnis unvermittelt den Rücken, was zu einem dramatischen Rückgang der Partei in der Wählergunst, aber auch zu einer Schwächung der demokratischen Opposition führte. In den Parlamentswahlen vom September 1992 scheiterten die Nationalliberalen an der Drei-Prozent-Klausel. Im Dezember 1994 kehrte die PNL im Huckepack-Verfahren über die von der Partei der Bürgerallianz initiierte Bürgerliberale Allianz "Die Liberalen" in die CDR zurück. Die liberale Allianz war bereits nach wenigen Monaten hinfällig. Innerhalb dieses Zeitraums avancierte die Nationalliberale Partei unter der Führung Mircea Ionescu Quintus' erneut zur stärksten liberalen Gruppierung innerhalb des Oppositionsbündnisses. Infolge ihres Austritts aus der CDR hatten sich Vertreter der Partei der Bürgerallianz sowie der Liberalen Partei '93 von ihren Organisationen losgesagt und waren der PNL beigetreten. Allein die liberale Splittergruppe Nationalliberale Partei - Demokratische Konvention weigerte sich bisher, in den Schoß der liberalen Mutterpartei zurückzukehren.

Westaffiliation: Der Gaststatus der PNL in der Liberalen Internationale verfiel 1994 wegen Untätigkeit[73].

Wahlergebnisse der PNL:

Verfassunggebende Versammlung Mai 1990		
	Abgeordnetenversammlung	Senat
Stimmen	879 290	985 094
Prozent	6,41	7,06
Mandate	29	10
Rang	3	3

73 Vgl. Dorina Băeşu, PL-93 a fost primit în Internaţionala Liberală (Die PL-93 ist in die Liberale Internationale aufgenommen worden), in: *România Libera*, 14.9.1994.

Forts. Wahlergebnisse der PNL:

Parlamentswahlen September 1992		
	Abgeordnetenversammlung	Senat
Stimmen	286 467	292 584
Prozent	2,63	2,67
Mandate	0	0
Rang	9	9

Präsidialwahlen 1990	
Kandidat	Radu Câmpeanu
Stimmen	1 529 188
Prozent	10,64
Rang	2

2.9. Nationalliberale Partei - Demokratische Konvention (Partidul Național Liberal - Convenția Democratică, PNL-CD)

Geschichte: Die PNL-CD entstand nach dem 1992 erfolgten Auszug der Nationalliberalen Partei Pavel Câmpeanus aus der oppositionellen Demokratischen Konvention auf den Strukturen der 1990 gegründeten und in die Nationalliberale Partei integrierten Sozialistischen Liberalen Partei.

Doktrin: Wichtigster Bestandteil ihrer Parteidoktrin ist das Bekenntnis zum Oppositionsbündnis CDR.

Wähler, Mitglieder: Die Partei ist ein typisches Produkt der von persönlichen Querelen bedingten Parteispaltungen und Fusionen. Ihre Vertretung im Parlament verdankt sie allein der Zugehörigkeit zur CDR. Nach Abwanderung einiger ihrer Mitglieder zur ebenfalls im Oppositionsbündnis beheimateten PL '93 sind ihre Sympathisanten zunehmend verunsichert. Die Führung ist überaltert, die Wählerschaft unklar definiert. Nach dem Austritt eines Teils der Mitglieder der PAC und der PL '93 sowie der Fusion der im Oppositionsbündnis verbliebenen Vertreter dieser Parteien mit der PNL widersetzt sich die PNL-CD zur Zeit dem Fusionssog der liberalen Mutterpartei.

Westaffiliation: Keine.

Wahlergebnisse der PNL-CD:

Parlamentswahlen September 1992	
Abgeordnetenversammlung	Senat
Auf den Listen der CDR	Auf den Listen der CDR

2.10. Nationale Christdemokratische Bauernpartei (Partidul Național Țărănesc Creștin și Democrat, PNȚCD)

Geschichte: Die "historische" Nationale Bauernpartei (Partidul Național-Țărănesc) entstand am 10. Oktober 1926 aus dem Zusammenschluß der im Dezember 1918 im Altreich gegründeten Bauernpartei (Partidul Țărănesc) und der am 12. Mai 1881 in Hermannstadt (Sibiu) gegründeten Nationalen Rumänischen Partei Siebenbürgens (Partidul Național Român din Transsilvania). Bei den Wahlen von 1946 erhielt die traditionelle Volkspartei PNȚ offiziell 10 Prozent der Stimmen, war aber de facto mit rund 75 Prozent die stärkste Partei. Nach dem am 29. Juli 1947 erfolgten Verbot der Partei waren zum Teil bis 1964 schätzungsweise 280 000 ihrer Anhänger inhaftiert. Jene Führungspersönlichkeiten, die die Säuberungen überlebt hatten, führten die Parteiarbeit im Untergrund fort. Am 22. Dezember 1989 trat die Nationale Bauernpartei als erste Oppositionspartei wieder an die Öffentlichkeit. Ihren heutigen Namen erhielt sie nach der Fusion mit der Christlich-Nationalen Bauernpartei (Partidul Creștin Național Țărănesc)[74].

Doktrin: Die PNȚCD betrachtet sich selbst als eine christdemokratische Partei der Mitte, die die Werte der bürgerlichen Gesellschaft, der christlichen Moral und der sozialen Marktwirtschaft vertritt und sich für Demokratie, Menschenrechte, den Rechtsstaat, das Subsidiaritätsprinzip, die Marktwirtschaft, soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und eine beschleunigte Privatisierung einsetzt. Sie vertritt einen aufgeklärten Patriotismus und tritt für die Aussöhnung mit den nationalen Minderheiten ein, denen sie alle Rechte, aber keine Privilegien gewähren will. Die Parteiführung gibt sich betont mo-

74 Siehe hierzu Z. Ornea, *Țărănismul. Studiu sociologic (Der Tzaranismus. Soziologische Untersuchung)*, Bukarest 1969; Ioan Scurtu, *Studiu critic privind istoria Partidului Național-Țărănesc 1926-1947 (Kritische Untersuchung über die Geschichte der Nationalen Bauernpartei 1926-1947)*, Bukarest 1983; Damian Hurezeanu, Partidul Național-Țărănesc și țărănismul între 1944-1947 (Die Nationale Bauernpartei und der Tzaranismus zwischen 1944-1947), in. *Revista istorică*, Band IV, Nr. 7-8/ 1993, S. 687-698; Alexandrescu/Bulei/Mamina/Scurtu, *Enciclopedia partidelor politice din România* (Anm. 4), S. 86-99

narchistisch. Die Institution der Monarchie gilt der Partei als Katalysator für die demokratischen Kräfte des Landes, als Kristallisationspunkt für die im Aufbau befindlichen demokratischen Institutionen und als Garantie für politische Stabilität[75].

Wähler, Mitglieder: Die PNŢCD ist die wohl am besten durchorganisierte Partei im politischen Spektrum Rumäniens, mit einem traditionell hohen Mobilisierungsgrad der Mitglieder, einer dichten territorialen Organisationsstruktur, mit Arbeiter-, Jugend- und Frauenorganisationen, einer Gewerkschaft und Studienkreisen. In den Altersgruppen dominieren ältere und sehr junge Mitglieder, die mittlere Generation ist nur schwach vertreten. Nur rund 15 Prozent sind Bauern[76]. Sie ist die mitgliederstärkste Partei innerhalb der CDR. Zu Lebzeiten ihres Vorsitzenden Corneliu Coposu - der charismatische und moralisch unanfechtbare frühere Sekretär des ehemaligen Parteigründers Iuliu Maniu und ehemalige politische Häftling verstarb im November 1995 - war die PNŢCD eine vergleichsweise festgefügte Partei. Probleme verursachten Unterwanderung und Abwerbung sowie durch mangelnde Flexibilität und Professionalität entstandene Generationskonflikte.

Nach der Wende gelang es der PNŢCD nicht, ihre traditionellen Wahlerschichten der Vorkriegszeit - die Rumänen in Siebenbürgen und die Bauernschaft - zurückzugewinnen. Die rumänische Bevölkerung Siebenburgens wurde früh von der nationalistischen (Regional-) Partei der Nationalen Einheit vereinnahmt, während die Bauern sich der jeweiligen Präsidialpartei zuwandten (FSN im Mai 1990 und PD/FSN, der heutigen PDSR, im September 1992), der sie sich für die Restitution des Bodens verpflichtet fühlen.

Stellung im parlamentarischen System: Seit der Wende ist die PNŢCD der Motor der Einigung der Opposition, doch ihre Führungsrolle innerhalb des Oppositionsbündnisses ist nicht unumstritten. Nach den Wahlen von 1992 bildete sie eine gemeinsame Parlamentsfraktion mit der PNL-CD und der PER.

Westaffiliation: Bereits 1987, als sie noch im Untergrund wirkte, wurde die PNŢCD als Mitglied in die Christdemokratische Internationale aufgenommen. Seit 1991 besitzt sie Beobachterstatus in der Christdemokratischen Europäischen Union.

75 Vgl Nicoleta Franck, Declaraţiile Domnului Corneliu Coposu după audienţa sa la Majestatea sa Regele Mihai (Erklärungen des Herrn Corneliu Coposu nach seiner Audienz bei seiner Majestät Konig Michael), in: *România Liberă*, 10 8 1993 und 8.6 1994

76 Vgl. Andrei Costa, Acum suntem 60 000, în toamnă vom fi milioane (Jetzt sind wir 60 000, im Herbst werden es Millionen sein), in: *Azi*, 2.7.1993, und Interview Corneliu Coposus, in: *22*, Nr 20, 27 5.-2 6.1993.

Wahlergebnisse der PNŢCD:

Verfassunggebende Versammlung Mai 1990		
	Abgeordnetenversammlung	Senat
Stimmen	351 357	348 687
Prozent	2,56	2,50
Mandate	12	1
Rang	5	4

Präsidialwahlen 1990	
Kandidat	Ion Raţiu
Stimmen	617 007
Prozent	4,29

2.11. Partei Großrumänien (Partidul România Mare, PRM)

Geschichte: Die PRM wurde am 20. Juni 1991 gegründet. Sie ging aus der am 8. Juni 1990, unmittelbar nach den ersten Wahlen gegründeten Zeitung "România Mare" hervor. Diese Zeitung steht hinsichtlich ihrer Mitarbeiter, aber auch ihres Stils und sogar des Layouts unmittelbar in der Nachfolge der vor der Wende publizierten nationalkommunistischen Wochenzeitung "Săptămâna". Die leitenden Parteifunktionäre entstammen dem Kreis der beim Umsturz 1989 an den Rand gedrängten ehemaligen Führungseliten aus Sicherheitsdienst, Armee und kommunistischer Partei. Materielle Unterstützung erfährt sie aus Kreisen der neuen Wirtschafts- und Pressemafia sowie seitens finanzkräftiger Sponsoren aus dem Exil (Iosif Constantin Drăgan)[77]. Es werden ihr auch enge Beziehungen zu Vertretern des neuen Sicherheitsdienstes Serviciul Român de Informaţii (SRI) und dem seit 1992 amtierenden Premierminister Nicolae Văcăroiu nachgesagt[78].

77 Vgl. Gabriel Andreescu, Extremismul naţionalist în România şi Europa de est (Der nationalistische Extremismus in Rumänien und in Osteuropa), in *22*, Nr. 7, 9 - 15 3 1994, Petre Mihai Băcanu, P R.M - finanţat de "Geomin S A " (Die PRM - finanziert von der "Geomin A G "), in *România Liberă*, 30.9.1994, Adina Anghelescu/Andrei Antica, PRM, sponzorizat de "mafia" piteşteană (Die PRM, gesponsert von der "Mafia" aus Piteşti), in *România Liberă*, 28.4.1994

78 Vgl. N M (Nicolae Manolescu), Psihanaliza politică (Die politische Psychoanalyse), in: *România Literară*, Nr. 36, 5 9 1991, *România Liberă*, 23.6 1993; *Cotidianul*, 1.7.1994.

Doktrin: Die PRM beruft sich auf Partida Naţională, die rumänische Risorgimento-Bewegung der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts. Unübersehbar sind jedoch die Bezüge zur faschistischen Ideologie der Vorkriegsbewegung "Eiserne Garde", aber auch zur stalinistischen Diktion der Nachkriegszeit. Ihre Doktrin ist extremistisch-nationalistisch, antisemitisch, rassistisch und fremdenfeindlich, ihre Programmatik antiwestlich, antidemokratisch, antireformistisch. Aus Parteikreisen kam der Vorschlag, ein "Komitee für nichtrumänische Aktivitäten" zu gründen. Die Partei glorifiziert die "Errungenschaften" der kommunistischen Ära und trat wiederholt für die Freilassung aller nach 1989 verhafteten Würdenträger des Ceauşescu-Regimes ein. Sie plädiert für einen starken Staat, eventuell Militärdiktatur und für Protektionismus, stellt sich gegen eine Zusammenarbeit mit westlichen Finanzorganisationen, gegen den Verkauf industrieller Großbetriebe an Ausländer und gegen eine mehrheitliche Beteiligung westlicher Kapitalgeber an rumänischen Firmen. Der Außenhandel Rumäniens, so die Forderung der PRM, solle sich stärker auf die Staaten der ehemaligen Sowjetunion, China und die Dritte Welt konzentrieren[79]. Im Gegensatz zu ihrem Namen tritt die PRM keineswegs vehement für die Vereinigung Rumäniens mit Moldova ein[80]. Die von ihr vertretene außenpolitische Konzeption geht von der Bedrohung Rumäniens vom Westen, insbesondere vom Nachbarn Ungarn, aus; gleichzeitig spielt sie mögliche Probleme seitens der Sowjetunion bzw. Rußlands herunter[81].

Wähler, Mitglieder: Die Wählerschaft der PRM bei den Parlamentswahlen vom September 1992 war jung (zu 90 Prozent unter 40 Jahre), vorwiegend im urbanen Milieu ansässig, mit höherem Bildungsstand und mittlerem bis hohem Lebensstandard. Der Vergleich mit der Sozialistischen Partei der Arbeit, deren Wähler den unteren Einkommensschichten entstammen, deutet auf eine arbeitsteilige Mobilisierung der Wählerschaft zwischen diesen beiden Parteien unter sozialem Gesichtspunkt hin. Eine weitere - regionale - Arbeitsteilung findet zwischen der Partei Großrumänien, die sich vorwiegend auf das Gebiet des rumänischen Altreichs (Moldau und Walachei) konzentriert, und der siebenbürgischen (Regional-) Partei der Rumänischen Nationalen Einheit statt[82].

79 Dacă vom fi în parlament (Wenn wir im Parlament sein werden), in: *Europa*, 16.-23.9.1992.

80 Siehe auch C.R., Das Weltbild der rumänischen Nationalisten, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 21.2.1991.

81 Mediafax, După C.V. Tudor, imperiul sovietic trebuie lăsat să moară în linişte (Gemäß C.V. Tudor muß man das sowjetische Imperium ruhig sterben lassen), in: *Tineretul Liber*, 16.8.1993.

82 Vgl. Câmpeanu, *De patru ori în faţa urnelor* (Anm. 25), S. 111-114 und 170-171

Stellung im parlamentarischen System: Nach den Wahlen vom September 1992 ging die PRM gemeinsam mit den anderen sozialnationalistischen Parteien eine informelle Koalition mit der minderheitlich regierenden PDSR ein. Eine wichtige Rolle bei der Einbindung der PRM spielte Premierminister Nicolae Văcăroiu, der, obwohl offiziell parteilos, seine Sympathien für die PRM nicht verhehlt. Nach seinem Regierungsantritt wurden ihren Vertretern mittlere Funktionen in den parlamentarischen Gremien sowie im Regierungsapparat eingeräumt. Es waren nicht zuletzt die enttäuschten Hoffnungen der PRM-Vertreter auf hohe Ämter, die zur Verschlechterung ihrer Beziehungen zum Reformflügel der Regierungspartei und zum Staatspräsidenten Ion Iliescu führten. Die Differenzen eskalierten, seitdem die Regierung klar auf Integrationskurs in die euro-atlantischen Strukturen gegangen war. In den Publikationen der PRM wurden seither in Tenor und Umfang beispiellose Hetz- und Verleumdungskampagnen gegen den früheren Verteidigungsminister Niculae Spiroiu, Staatspräsident Ion Iliescu und sogar gegen den Chef des Rumänischen Sicherheitsdienstes SRI, Virgil Măgureanu geführt[83]. Am 20. Januar 1995 unterzeichnete die PRM das Vier-Parteien-Protokoll über eine formelle Zusammenarbeit mit der PDSR, kündigte es aber im folgenden Jahr wieder auf.

Wahlergebnisse der PRM:

Parlamentswahlen September 1992		
	Abgeordnetenversammlung	Senat
Stimmen	424 061	422 545
Prozent	3,90	3,85
Mandate	16	6
Rang	6	6

83 Vgl. C. Drăghici, Efectul Jirinivski loveşte ministerul apărării (Der Schirinowskij-Effekt trifft das Verteidigungsministerium), in: *Azi*, 24 1.1994; PRM adresează o scrisoare deschisă, plină de grave reproşuri, preşedintelui Iliescu (Die PRM richtet einen offenen Brief voller schwerer Vorwürfe an Präsident Iliescu), in: *Tineretul Liber*, 19.2.1994.

2.12. *Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens (Partidul Democrației Sociale din România, PDSR)*

Geschichte: Die PDSR entstand durch Abspaltung des systemkonservativen Flügels von der 1989 gegründeten Front der Nationalen Rettung (Frontul Salvării Naționale, FSN), die am 22. Dezember 1989 die Macht übernommen hatte. Sie konstituierte sich unter dem neuen Namen Frontul Democrat al Salvării Naționale (Demokratische Front der Nationalen Rettung) im Juni 1992 neu, um die Nominierung von Präsident Iliescu bei den Präsidentschaftswahlen von 1992 zu gewährleisten. Im Juli 1993 wurde sie nach ihrer Fusion mit kleinen Satellitenparteien in Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens umbenannt[84].

Doktrin: Die PDSR definiert sich als moderne sozialdemokratische Partei der linken Mitte. Sie tritt für soziale Gerechtigkeit, nationale Traditionen, den Rechtsstaat, eine soziale Marktwirtschaft mit gemischten Eigentumsformen und für Reformen mit möglichst niedrigen sozialen Kosten ein[85]. Die Partei steht dezidiert gegen eine Rückkehr Rumäniens zur Monarchie. In der Außenpolitik schwenkte sie nach 1992 auf eine Politik der Westanbindung und der Eingliederung in die euro-atlantischen Strukturen ein.

Strömungen: In der PDSR haben sich zwei Strömungen herausgebildet. Ein dogmatischer Flügel, verkörpert durch prominente Gründungsmitglieder der Partei (Oliviu Gherman, Ion Solcanu, Vasile Văcaru und Dan Marțian), hat die Nostalgie eines "Dritten Weges" mit nationalistisch-populistischen Akzenten noch nicht ganz überwunden[86]. Radikalen marktwirtschaftlichen Reformen steht diese Gruppierung immer noch skeptisch gegenüber und betont statt dessen die Rolle des Staates im Übergangsprozeß. Der eher gemäßigte Flügel um den "Seiteneinsteiger" und exekutiven Vorsitzenden Adrian Năstase, einen der wenigen zur Iliescu-Partei übergetretenen Technokraten der alten FSN, setzt auf eine Entkrampfung der Beziehungen zu den anderen politischen Parteien, zur ungarischen Minderheit und zu den Gewerkschaf-

84 Partidul Republican (Republikanische Partei), Partidul Socialist Democratic Român (Rumänische Sozialistisch-Demokratische Partei) und Partidul Democrat Cooperatist (Demokratische Kooperatistische Partei). Die Republikanische Partei war bei den Wahlen von 1990 ein Wahlbündnis mit der PUNR eingegangen, ihr Vorsitzender Ion Mânzatu hatte zu den Präsidentschaftswahlen 1992 kandidiert.

85 Vgl Ioan Boncota, PDSR - partid modern al social-democrației (PDSR - eine moderne Partei der Sozialdemokratie), in· *Dimineața*, 1.3.1994.

86 Vgl. Ion Solcanu in einer Fernsehdebatte: "Unsere Partei gründet auf einer marxistischen Weltanschauung und auf all dem, was im Marxismus gültig war." Siehe hierzu Radu Georgescu, Partidele politice dau extemporal în fața camerelor televiziunii (Unsere Parteien legen eine Prüfung vor den Fernsehkameras ab), in. *Cotidianul*, 1 7 1993

ten. Er spricht sich für die soziale Marktwirtschaft und für einen effizienten Rechtsstaat als Koordinationsinstanz für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprozeß aus. Bei ihrem Versuch, die Partei zu reformieren und in eine dynamische, sozialdemokratische Partei mit einem klar definierten Wählerpotential umzuwandeln, genießt die Gruppe um Năstase die Unterstützung des Präsidenten Ion Iliescu[87]. Dies gilt insbesondere für Fragen der Außenpolitik, wo die Gemäßigten in der PDSR seit 1992 auf die Integration Rumäniens in EU, NATO, WEU setzen. In der Moldovafrage verfolgt man die Wiedervereinigung in Etappen unter Achtung des Völkerrechts und der Prinzipien von UNO und OSZE (KSZE) und der freien Entscheidung der Bevölkerung Moldovas[88].

Wähler, Mitglieder: Die Bildung der Partei erfolgte durch Kooptierung von oben, während die Herausbildung der Mitgliederbasis schleppend verläuft. Die führenden Eliten dieser bürokratischen Partei par excellence entstammen der Verwaltungshierarchie des alten Regimes und der "Direktokratie" der staatlichen Wirtschaftsunternehmen und Privatisierungsfonds[89]. "Wir sind die Bürgermeister und Präfekten, das Parlament, die Regierung, die Direktoren von Betrieben und Behörden", sagte der dem systemkonservativen Parteiflügel angehörende Senator Gheorghe Dumitrașcu[90]. Die Opposition wirft der regierenden PDSR die "Politisierung" von Exekutive und Verwaltung vor und warnt vor der Entstehung eines "Parteienstaates"[91].

Die Wähler der PDSR hingegen gehören großteils zu den Verlierern des Übergangsprozesses. Es sind Bauern mit niedrigen LPG-Renten und Sozialrentner in den Städten. Ihr Bildungsstand ist niedriger als derjenige der Wähler des Oppositionsbündnisses, ihr Durchschnittsalter ist im Vergleich höher. Regional ist die Partei besonders stark in den Ebenen der Walachei und der Moldau vertreten[92]

87 Vgl. Ana Maria Vințan, Adrian Năstase se pregătește de război (Adrian Năstase rüstet zum Krieg), in: *România Liberă*, 21.6.1994, Ion Cristoiu, Cine l-a lucrat pe Adrian Năstase? (Wer hat gegen Adrian Năstase intrigiert?), in *Evenimentul Zilei*, 13.5.1994.

88 Wahlplattform, in: *Dimineața*, 24.9.1992.

89 Die oppositionelle Presse sprach von einer Kapitalisierung der Nomenklatura und ihrer Klientel Siehe hierzu Liviu Antonesei, Comuniștii în blană capitalistă (Die Kommunisten im Kapitalistenpelz), in: *22*, Nr. 40, 5.-11.10.1994; Octav Știreanu, Al treilea val de cotrocenizare (Die dritte Welle der Präsidialisierung), in: *Azi*, 10.11.1993.

90 Andrei Cornea, Cine guvernează România? (Wer regiert Rumänien?), in *22*, Nr. 28, 22.-28.7.1993

91 Peter Sragher, PDSR își schimbă discursul politic (Die PDSR ändert ihren politischen Diskurs), in: *Adevărul*, 4.11.1993; *Evenimentul Zilei*, 22.9.1993 und 26.11.1993, Interview in: *Azi*, 9.8.1994.

92 Vgl Emil Constantinescu, Interview, in *22*, Nr 32, 10.-16.8.1994.

Stellung im parlamentarischen System: Die Versuche der PDSR, nach den Wahlen von 1992 zusammen mit den anderen parlamentarischen Parteien eine "Regierung der Nationalen Einheit" zu bilden, ohne ihnen wirkliche Partizipationsmöglichkeiten einzuräumen, stießen bei den demokratischen Oppositionsparteien auf wenig Gegenliebe[93]. Eine 1994 unternommene Annäherung an den Magyarenverband scheiterte ebenfalls, weil sie von der Mehrheit der PDSR nicht mitgetragen wurde[94]. Die PDSR macht die von ihr so genannte "Verweigerungspolitik" des Oppositionsbündnisses CDR dafür verantwortlich, daß sie sich der Unterstützung der sozialnationalistischen Parteien versichern mußte[95].

Die Haltung der Regierungspartei den Gewerkschaften gegenüber war einem Wandel unterworfen. Während sie anfangs den Forderungen der sich neu formierenden Gewerkschaften eher kritisch gegenüberstand und für politische Enthaltsamkeit seitens der Gewerkschaften plädiert hatte[96], gelang es ihr inzwischen, führende Vertreter der Gewerkschaft "Frăţia" in die Regierungspartei einzubinden[97].

Westaffiliation: Seit November 1993 besteht der Wunsch der PDSR nach Aufnahme in die Sozialistische Internationale, wo sie jedoch bisher auf Ablehnung gestoßen ist. Kontakte werden zu Sozialisten und Sozialdemokraten Israels, Ägyptens, Frankreichs gepflegt. Im Europaparlament in Straßburg wird die PDSR von der Gruppe der sozialdemokratischen Europaabgeordneten befristet toleriert.

Wahlergebnisse der PDSR:

Parlamentswahlen September 1992		
	Abgeordnetenversammlung	Senat
Stimmen	3 015 708	3 102 201
Prozent	27,72	28,29
Mandate	117	49
Rang	1	1

93 Siehe hierzu Ion Cristoiu, Spre un guvern FDSN - PNŢCD? (In Richtung auf eine FDSN-PNŢCD-Regierung?), in: *Evenimentul Zilei*, 16 6.1993.
94 Vgl. Clementina Filip, Un compromis eşuat (Ein gescheiterter Kompromiß), in: *România Liberă*, 1.7.1994.
95 Corina Drăgotescu, FDSN îşi înghite sateliţii (Die FDSN schluckt ihre Satelliten), in: *Adevărul*, 28.6.1993.
96 *Dimineaţa*, 24.9.1992.
97 Constantin Mesenschi, Cum văd sindicaliştii intrarea în politică a liderilor lor (Wie die Gewerkschafter den Eintritt ihrer Führer in die Politik bewerten), in: *Azi*, 30.7 1994; Dumitru Tinu, Cureaua de transmisie (Der Transmissionsriemen), in. *Adevărul*, 30.7 1994

Forts. Wahlergebnisse der PDSR:

Präsidialwahlen 1992		
	1. Wahlgang	2. Wahlgang
Kandidat	Ion Iliescu	
Stimmen	5 633 456	7 297 551
Prozent	47,34	61,27
Rang	1	1

2.13. Rumänische Sozialdemokratische Partei (Partidul Social-Democrat Român, PSDR)

Geschichte: Die PSDR steht in der Tradition der am 31. März 1893 gegründeten Sozialdemokratischen Partei der Arbeiter Rumäniens (Partidul Social-Democrat al Muncitorilor din România), die sich 1910 in Sozialdemokratische Partei Rumäniens (Partidul Social-Democrat din România) und nach 1918 in Sozialistische Partei Rumäniens (Partidul Socialist din România) umbenannt hatte. Nach der im Mai 1921 erfolgten Umwandlung eines Teils dieser Partei in die Rumänische Kommunistische Partei (Partidul Comunist Român) konstituierten sich die Gegner des Anschlusses an die Kommunistische Internationale am 7.Mai 1927 als Sozialdemokratische Partei Rumäniens (Partidul Social-Democrat din România).

Gleich den anderen Traditionsparteien wurde auch die PSDR 1938 unter der Königsdiktatur verboten und erst 1944 wieder zugelassen. 1948 erfolgte die Zwangsfusion mit der Kommunistischen Partei zur Rumänischen Arbeiterpartei (Partidul Muncitoresc Român), die 1965 in Rumänische Kommunistische Partei umbenannt wurde. Unbeugsame Sozialdemokraten wurden verfolgt. Gemäß ihrem Selbstverständnis ist die PSDR nie aufgelöst worden, sondern bestand im Untergrund fort. Nach der Wende wurde sie im Dezember 1989 wieder zugelassen

Doktrin: Die PSDR ist den Prinzipien der modernen Sozialdemokratie verpflichtet. In ihren programmatischen Aussagen tritt sie für Marktwirtschaft, sozialen Fortschritt, parlamentarische Demokratie und Westbindung ein. Sie ist traditionell antikommunistisch. Wegen der monarchistischen Option des Parteivorsitzenden Sergiu Cunescu kam es zu Übertritten von Mitgliedern der PSDR zur regierenden PDSR.

Wähler, Mitglieder: Die aktiven Mitglieder der PSDR entstammen fast durchweg der Gruppe der älteren Funktionäre der Vorkriegspartei. Ihre tra-

ditionelle Wählerschicht - die Arbeiter - konnte die PSDR wegen der populistisch auftretenden jeweiligen Regierungspartei nicht wiedergewinnen, bei den neuen Funktionseliten und der Jugend fand sie wegen der negativen Resonanz des Sozialismusbegriffs im post-realsozialistischen Rumänien kaum Anhang. Hinzu kommt, daß die Wählerschaft durch die Vielzahl der Phantomparteien mit ähnlich lautenden Namen gezielt verwirrt und in die Irre geleitet wurde. Auch gab es Angriffe von "links" gegen die PSDR wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer "rechten" Parteienallianz[98].

Stellung im parlamentarischen System: Bis zu ihrem Austritt aus der CDR war die PSDR die einzige Vertreterin der sozialdemokratischen Doktrin innerhalb des Oppositionsbündnisses. Mit ihrem im Februar 1995 erfolgten Austritt aus der Demokratischen Konvention ist auf einen Schlag dessen sozialdemokratische Komponente weggebrochen. Ihre Zukunft gestaltet die PSDR seither im Verbund mit Petre Romans Demokratischer Partei, mit der sie im November 1995 die Sozialdemokratische Union (Uniunea Social Democrată) gebildet hat. Die Demokratische Partei versprach sich von der Anbindung an die Traditionspartei einen Prestigegewinn im In- und Ausland, während die mitgliederschwache PSDR ihrerseits den Rückhalt durch die dynamische PD gut gebrauchen kann[99].

Westaffiliation: Beratendes Mitglied der Sozialistischen Internationale. Beide Parteien gehören bereits der Sozialdemokratischen Gruppe im Europäischen Parlament von 1994 an.

Wahlergebnisse der PSDR:

Verfassunggebende Versammlung Mai 1990		
	Abgeordnetenversammlung	Senat
Stimmen	73 014	69 762
Prozent	0,53	0,50
Mandate	2	0
Rang	10	10

Parlamentswahlen September 1992	
Abgeordnetenversammlung	Senat
Auf den Listen der CDR	Auf den Listen der CDR

98 Lia Bejan, Socialiştii români se înghesuie la ciolanul internaţional (Die rumänischen Sozialisten drangeln vor dem internationalen Knochen), in: *Baricada*, Nr 37, 13.9 1994.

99 Vgl Ion Buduca, Internaţionala Socialistă vrea să cucerească Europa de Est (Die Sozialistische Internationale will Osteuropa erobern), in. *Cuvântul*, Nr 22, 1.-7.6. 1993

2.14. Sozialistische Partei der Arbeit (Partidul Socialist al Muncii, PSM)

Geschichte: Die PSM wurde am 16. November 1990 als nostalgische Nachfolgepartei der offiziell weder verbotenen noch aufgelösten Rumänischen Kommunistischen Partei gegründet. Zu ihren Führungseliten gehören Vertreter der ehemaligen KP-Nomenklatura und jüngere Technokraten der Ceauşescu-Ära, die nicht in die neuen politischen Strukturen nach 1989 aufgenommen wurden, dazu einige "Revolutionsgewinnler" und neue "Medienzaren"[100].

Doktrin: Die PSM definiert sich selbst als "Partei des modernen demokratischen Sozialismus, als demokratische, national-patriotische Linkspartei". Sie tritt für eine Reformpolitik à la Perestrojka ein, d.h. für gemischte Eigentumsformen, soziale Marktwirtschaft, die hervorgehobene Rolle des Staates bei der Sicherung des Rechts auf Arbeit, Schutz vor Arbeitslosigkeit etc. Die PSM ist eine Gegnerin der Schocktherapie und der Zusammenarbeit mit internationalen Finanzorganisationen. Sie tritt zwar verbal für Pluralismus und Gewaltenteilung ein, argumentiert aber ausgesprochen antiwestlich, nationalistisch, fremdenfeindlich und antidemokratisch. Sie plädiert für eine Rückkehr zur Diktatur und für die Wiederherstellung der politischen Polizei[101].

Wähler, Mitglieder: Die Wähler der sogenannten Partei der Unzufriedenen sind die von den sozialen Kosten der Reformpolitik enttäuschten Verlierer des Transformationsprozesses. Es sind überwiegend Männer mit niedrigem Einkommen, häufig Rentner, die, wenig gebildet, im ländlichen Bereich angesiedelt und zu zwei Dritteln über 40 Jahre alt sind[102].

Stellung im parlamentarischen System: Die PSM pflegt ein ambivalentes Verhältnis zur regierenden PDSR, mit der sie ein Protokoll zur Zusammenarbeit in der Regierung unterzeichnet hat. Aus der Sicht der Regierungspartei erfüllte die PSM eine nützliche Alibifunktion als offen deklarierte kommunistische Nachfolgepartei. Sie diente zudem als Auffangbecken für von der Regierungspolitik enttäuschte Wähler. In den bisherigen Präsidentschaftswahlen unterstützte sie Ion Iliescu. Divergenzen mit der Regierungspartei erwuchsen aus der unterschiedlichen Rekrutierung der Funktionäre der beiden Organisationen aus gegensätzlichen Gruppen der Vor-Wende-Eliten sowie aus der unterschiedlichen Rolle, die deren Vertreter beim gewaltsamen

100 Antonesei, Comuniştii în blană capitalistă (Anm 89).
101 Vgl. *România Liberă*, 23 5 1994.
102 Vgl Câmpeanu, *De patru ori în faţa urnelor* (Anm. 25). S 110-114, 170-171.

Umsturz im Dezember 1989 gespielt haben. So wirft die PSM der Regierungspartei "Konterrevolution", die "Hinrichtung" Nicolae Ceauşescus, die Verhaftung der alten KP-Führung und die Zerschlagung der alten Wirtschaftsstrukturen vor[103]. Dennoch unterstützte die PSM seit ihrem Einzug ins Parlament die regierende PDSR. Der von Präsident Iliescu mitgetragene Westkurs der Regierung sowie das Absinken des Lebensstandards führte jedoch bald zu Spannungen innerhalb der PSM sowie im Verhältnis zur Regierungspartei. Im Januar 1995 spaltete sich eine Gruppe von sieben prominenten Funktionären, allesamt Gegner einer formalen Koalition mit der Regierungspartei, von der PSM ab[104]. Sie warfen der Parteiführung bedingungslose Unterstützung der Regierungspartei und undemokratisches Verhalten vor. Angeführt von Tudor Mohora, einem ehemaligen Studentenfunktionär vor 1989, gründeten sie eine neue "moderne" Sozialistische Partei. Ihr Ziel ist es, befreit vom Ballast der kommunistischen Vergangenheit, neue Wählerschichten anzuziehen und neue Koalitionen einzugehen. Die Restpartei PSM unter Ilie Verdeţ und Senator Adrian Păunescu unterzeichnete am 20. Januar 1995 das Vier-Parteien-Protokoll zur Zusammenarbeit mit der regierenden PDSR.

Wahlergebnisse der PSM:

Parlamentswahlen September 1992		
	Abgeordnetenversammlung	Senat
Stimmen	330 378	349 470
Prozent	3,04	3,19
Mandate	13	5
Rang	7	8

103 Gabriel Ivan, Comuniştii după comunism (Die Kommunisten nach dem Kommunismus), in *Sfera Politicii*, Nr. 16, April 1994.

104 Bereits im Juli 1994 hatte die nun abgespaltene Gruppe um Tudor Mohora sich bei dem von der Opposition eingebrachten Mißtrauensvotum gegen die Regierung der Stimme enthalten, während Adrian Păunescu, der populärste Vertreter der regierungsfreundlichen Gruppe, dagegen gestimmt hatte. Siehe hierzu Ion Cristoiu, PSM se pregăteşte de marea despărţire? (Bereitet sich die PSM auf die große Trennung vor?), in: *Evenimentul Zilei*, 2.7.1994.

2.15. *Partei der Rumänischen Nationalen Einheit (Partidul Unității Naționale Române, PUNR)*

Geschichte: Die PUNR wurde am 15. März 1990 gegründet. Sie ging aus dem Mitgliederpotential der im Januar 1990 gebildeten "kulturellen Vereinigung" Rumänische Heimstatt (Vatra Românească) hervor, die spiegelbildlich zum Demokratischen Magyarischen Verband Rumäniens geschaffen wurde. Sie war offenbar als nationalistische Satelliten- und Stellvertreterpartei der Front der Nationalen Rettung konzipiert und ins Leben gerufen worden mit dem Ziel, der Nationalen Bauernpartei ihre traditionellen Wähler in Siebenbürgen streitig zu machen.

Doktrin: Die Doktrin der PUNR besteht im wesentlichen in der Vertretung, Verteidigung und Verbreitung nationalistisch-rumänischen Gedankenguts primitiver Prägung. Sie ist eine typische "single issue"-Partei. Ihre Ideologie ist chauvinistisch und minderheitenfeindlich. Ihre populistisch agierenden Vertreter treten für die Souveränität und Integrität des rumänischen Nationalstaats und insbesondere für die Interessen der rumänischen Bevölkerung in Siebenbürgen ein. Ihre Thesen klingen nicht selten im kommunistischen Sinne systemkonservativ. Reformen werden vorwiegend dann akzeptiert, wenn sie ehemaligen Angehörigen der Nomenklatura Vorteile im privaten oder privatisierten Industrie- und Bankengewerbe versprechen[105]. Durch ihre aggressive Fixierung auf eine behauptete "ungarische Gefahr", ihre Westfeindlichkeit und ihre Euroskepsis stellt die PUNR einen permanenten Störfaktor der rumänischen Außenpolitik dar. Ihre bisherigen Wahlerfolge beruhen nicht zuletzt auf dem auch aus anderen Regionen bekannten gegenseitigen Hochschaukeln nationaler Emotionen zwischen der PUNR einerseits und Vertretern des Magyarenverbands UDMR andererseits.

Wähler: Die Wähler der PUNR rekrutieren sich aus den alten und neuen Funktionseliten aus Militär, Verwaltung, Schulwesen, Kunst und Kultur mit vorwiegend höheren Einkommen.

Stellung im parlamentarischen System: Die PUNR provoziert einen Dauerkonflikt mit dem Magyarenverband und der gesamten demokratischen Opposition, die einer toleranten Minderheitenpolitik das Wort redet. Spannungen gibt es aber auch mit der regierenden PDSR, die sich nach den Wahlen vom September 1992 verstärkten, als der ob seiner chauvinistischen Ausfälle berüchtigte Klausenburger Bürgermeister und Präsidentschaftskandidat Gheorghe Funar die Führung der PUNR übernahm. Danach drängte sie in die Regierung, forderte Ministerposten, provozierte und desavouierte die Regie-

105 Vgl. Gheorghe Funar, Interview, in: *Expres*, Nr. 30, 28 7.-3.8.1992.

rungspartei zugleich mit Eigenmächtigkeiten. Die PDSR versuchte ihrerseits, die PUNR in ihren siebenbürgischen Hochburgen auszustechen und dort Fuß zu fassen. Die Regierungspartei zögerte lange, ehe sie 1994 eine formelle Koalition mit der PUNR einging, da sie hoffte, extremistische Positionen abzuschwächen und Spaltungstendenzen innerhalb der PUNR fördern zu können[106]. Am 20. Januar 1995 war die PUNR Mitunterzeichnerin des Protokolls über eine formelle Zusammenarbeit zwischen der regierenden PDSR und drei weiteren nationalistischen Parteien.

Wahlergebnisse der PUNR:

Verfassunggebende Versammlung Mai 1990 (in Koalition mit Republikanischer Partei)		
	Abgeordnetenversammlung	Senat
Stimmen	290 875	300 473
Prozent	2,12	2,15
Mandate	9	2
Rang	6	6

Parlamentswahlen September 1992		
	Abgeordnetenversammlung	Senat
Stimmen	839 586	839 586
Prozent	7,72	8,12
Mandate	30	14
Rang	4	4

Präsidialwahlen 1992	
	1. Wahlgang
Kandidat	Gheorghe Funar
Stimmen	1 294 388
Prozent	10,88
Rang	3

106 Die taktischen Überlegungen der Führung der Regierungspartei hat Adrian Năstase in einem Thesenpapier zusammengefaßt. Siehe *Dimineața*, 9.9 1994.

2.16. Demokratischer Magyarischer Verband Rumäniens (Uniunea Democrată Maghiară din România, UDMR)

Geschichte: Der UDMR wurde am 25. Dezember 1989 als Interessenverband und Dachorganisation aller politischen und gesellschaftlichen Organisationen der ungarischen Minderheit Rumäniens zur Vertretung ihrer nationalen Zielsetzungen gegründet[107]. Die wichtigsten Mitgliedsorganisationen sind:
- Magyarische Christdemokratische Partei,
- Magyarische Kleinlandwirtepartei,
- Sozialdemokratische Partei,
- Unabhängige Partei[108],
- Jugendorganisationen,
- Klausenburger Liberaler Kreis,
- Plattform der Christdemokratischen Einheit,
- Magyarische Initiative Siebenbürgens.

Doktrin: Seinem Selbstverständnis nach ist der UDMR eine "Mitte-Rechts"-Organisation. Zu den programmatischen Gemeinsamkeiten mit dem Oppositionsbündnis CDR, dem der UDMR bis 1995 angehörte, zählen Rechtsstaatlichkeit, der Aufbau demokratischer Institutionen und schnelle marktwirtschaftliche Reformen mit einer sozialen Komponente. Divergenzen mit den anderen Parteien innerhalb der CDR erwuchsen aus der Forderung des Magyarenverbandes nach personaler, lokaler, verwaltungsmäßiger und kultureller Autonomie für die magyarische Minderheit[109]. Die Opposition erwartet vom Magyarenverband die Anerkennung der rumänischen Verfassung (und damit auch der Existenz eines rumänischen Nationalstaats), die Magyaren bestehen auf ihrer Forderung nach Anerkennung als staatstragende Nation in dem von ihnen als "Vielvölkerstaat" bezeichneten Rumänien.

Wähler, Mitglieder: Der UDMR ist eine mitgliederstarke Organisation nach dem Muster europäischer Regionalparteien. Die Zusammensetzung des UDMR ist ebenso heterogen wie sein Programm. Seine Funktionäre rekrutie-

107 Bei der Volkszählung vom 7. Januar 1992 bekannten sich 1 620 199 Personen (7,1 Prozent) als Magyaren.

108 Vgl. *Partide politice (Politische Parteien)*, Bukarest: Agerpres 1993, S. 147.

109 Vgl. Roxana Costache, Legea UDMR privind statutul minorităților (Das Gesetz des UDMR bezüglich des Status der Minderheiten), in: *Libertatea*, 29.30.12.1993; Hans Schuller, Selbstverwaltung und kulturelle Identität, in: *Deutsche Allgemeine Zeitung für Rumänien*, 21.1.1993; Peter Barabas, Desăvîrșirea autodeterminării comunității maghiare (Die Vollendung der Selbstbestimmung der magyarischen Gemeinschaft), in: *Expres*, Nr. 39, 4.-10.10.1994; Raluca Stroe-Brumariu, Legea minorităților naționale (Das Gesetz über die nationalen Minderheiten), in: *22*, Nr. 13, 20.3.-5.4.1994; Bela Marko, Interview, in: *România Liberă*, 11.9.1993.

ren sich aus Angehörigen der politischen Machtstrukturen des Ancien régime ebenso wie aus dessen dissidenten Eliten, aus Systemgegnern und Exilanten. Der UDMR verfügt über die homogenste Wählerschicht aller politischen Gruppierungen in Rumänien. Er kann auf ein großes Reservoir hervorragend motivierter, ausgebildeter und erfahrener Spezialisten zurückgreifen.

Stellung im parlamentarischen System: Aus den im Mai 1990 abgehaltenen Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung ging der Magyarenverband als die zweitstärkste politische Kraft nach der Front der Nationalen Rettung hervor. Seine Stellung im politischen Spektrum Rumäniens nach der Wende war großen Fluktuationen unterworfen. Unmittelbar nach 1989 war eine enge Anlehnung der Politik des Verbandes an die Strategien der führenden Front der Nationalen Rettung Ion Iliescus zu beobachten. Nach den interethnischen Gewaltakten von Târgu-Mureş Ende März 1990 und dem Wahlsieg des Demokratischen Forums in Ungarn entfernte sich der UDMR zunehmend von der Regierungs- und Präsidialpartei. In den Präsidentschaftswahlen vom Mai 1990 unterstützte er dann den Präsidentschaftskandidaten der Nationalliberalen Partei, Radu Câmpeanu. Im Parlament bilden die Magyaren eine eigenständige Fraktion, während alle anderen Minderheiten sich zu einer gemeinsamen Fraktion der nichtungarischen Minderheiten zusammengeschlossen haben. Nach den Wahlen von 1990 erfolgte die Annäherung des Magyarenverbandes an die demokratische Opposition und 1991 der Eintritt in die CDR. Der Magyarenverband brauchte die Legitimation als demokratische politische Kraft in Rumänien, die Demokratische Konvention Rumäniens wollte sich durch eine tolerante Minderheitenpolitik von den extremistischen, sozialnationalistischen Parteien abgrenzen. Eine Wende in den Beziehungen zwischen den rumänischen Oppositionsparteien und dem Magyarenverband begann sich 1992 abzuzeichnen, als der UDMR zu den Kommunalwahlen vom Februar 1992 mit eigenen Listen antrat. Aus Protest gegen das Verhalten des UDMR verließ die Nationalliberale Partei Câmpeanus das Oppositionsbündnis. Das zunehmend unzweideutige Eintreten des Magyarenverbandes für diverse Formen der Autonomie sowie der Versuch, internationalen Beistand für die Forderungen der magyarischen Minderheit zu mobilisieren, haben zu Irritationen innerhalb der CDR geführt[110]. Im März 1995 kam es dann zum "Selbstausschluß"[111] des Verbandes aus der CDR. In Pressekommentaren hieß es, der Magyarenverband sei zum "politischen und wahltaktischen Ballast" für die anderen Parteien des

110 Vgl. Claudiu Liviu Balas, UDMR din Ciuc cere revizuirea atitudinii faţă de Convenţie (Der UDMR aus Ciuc fordert eine Revision der Haltung gegenüber der Konvention), in: *Cotidianul*, 1.8.1994

111 Uncu, În folosul cui? (Anm 34)

Oppositionsbündnisses geworden. Er habe falsch gespielt und die CDR als "Schlechtwettermantel" mißbraucht[112].

Westaffiliation: Der UDMR ist Mitglied der Europäischen Demokratischen Union und der Organisation der in der UNO nicht vertretenen Nationen und Völker. Er besitzt Beobachterstatus in der Europäischen Christdemokratischen Union.

Wahlergebnisse des UDMR:

Verfassunggebende Versammlung Mai 1990		
	Abgeordnetenversammlung	Senat
Stimmen	991 601	1 004 353
Prozent	7,23	7,20
Mandate	29	12
Rang	2	2

Parlamentswahlen September 1992		
	Abgeordnetenversammlung	Senat
Stimmen	811 290	811 290
Prozent	7,46	7,59
Mandate	27	12
Rang	5	5

112 Ilie Şerbănescu, Opoziţia trebuie să joace la două capete (Die Opposition muß auf zwei Karten setzen), in: *22*, Nr. 6, 8.-14.2.1995

Verzeichnis der Parteien

AC	Alianța Civică (Bürgerallianz)
CDR	Convenția Democratică din România (Demokratische Konvention Rumäniens)
FDSN	Frontul Democrat al Salvării Naționale (Demokratische Front der Nationalen Rettung)
FSN	Frontul Salvării Naționale (Front der Nationalen Rettung)
PAC	Partidul Alianței Civice (Partei der Bürgerallianz)
PDAR	Partidul Democrat Agrar din România (Demokratische Agrarpartei Rumäniens)
PD/FSN	Partidul Democrat (Frontul Salvării Naționale) (Demokratische Partei/Front der Nationalen Rettung)
PDSR	Partidul Democrației Sociale din România (Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens)
PER	Partidul Ecologist Român (Rumänische Umweltpartei)
PL '93	Partidul Liberal '93 (Liberale Partei '93)
PNL	Partidul Național Liberal (Nationalliberale Partei)
PNL-CD	Partidul Național Liberal - Convenția Democratică (Nationalliberale Partei - Demokratische Konvention)
PNȚCD	Partidul Național Țărănesc Creștin Democrat (Nationale Christdemokratische Bauernpartei)
PRM	Partidul România Mare (Partei Großrumänien)
PSDR	Partidul Social-Democrat Român (Rumänische Sozialdemokratische Partei)
PS	Partidul Socialist (Sozialistische Partei)
PSM	Partidul Socialist al Muncii (Sozialistische Partei der Arbeit)
PUNR	Partidul Unității Naționale Român (Partei der Nationalen Rumänischen Einheit)
UDMR	Uniunea Democrată Maghiară din România (Demokratischer Magyarischer Verband Rumäniens)
USD	Uniunea Social Democrată (Sozialdemokratische Union)

Birgit Schliewenz

Das Parteiensystem Bulgariens

1. Demokratische und totalitäre Traditionen

Die Herausbildung des politischen und Parteiensystems in Bulgarien muß auf die Jahre unmittelbar nach der Befreiung des Landes von der osmanischen Fremdherrschaft datiert werden. Dem Präliminarfrieden von San Stefano folgte 1878 der Berliner Kongreß, auf dem anstelle eines "Großbulgarischen Reiches" nur ein Fürstentum Bulgarien - ohne die südliche Dobrudsha, ohne Westthrakien und ohne Mazedonien - unter noch immer faktischer Souveränität des Osmanischen Reiches geschaffen wurde. Erst 1885 folgte die Angliederung Ostrumeliens an Bulgarien, 1908 die Unabhängigkeitserklärung, und 1912/13 kam es zu den beiden Balkankriegen. Seit der Revision des Vertrages von San Stefano durch den Berliner Kongreß ist Bulgarien als für die Balkanhalbinsel strategischer, doch zumeist schweigender Spielball der Großmächte ausgenutzt worden (Dardanellen, Politik gegenüber der Türkei, Transitverbindungen usw.). Diese äußere Konstellation spiegelte sich innenpolitisch nicht nur im jeweiligen Grad der Hörigkeit bzw. Abhängigkeit als Satellitenstaat oder im besonderen Verhältnis zu den "Befreiern" wider. Im Inneren wurde eine eigenstaatliche Entwicklung auch durch die Widersprüche zwischen Germanophilen, Russophilen, Anglophilen und Frankophilen erschwert. Das innenpolitische Anlehnungsbedürfnis an Großmächte verleitete stets auch zur Übernahme verschiedenster Strukturen, Konzepte und Methoden. Selbst die Herrscher wurden zeitweise "importiert". Die für europäische Verhältnisse relativ fortschrittliche "Verfassung von Târnowo" (16. April 1879) begründete eigene konstitutionelle Traditionen wie die Narodno Sâbranie (Volksversammlung - Parlament), auf die sich heute - hundert Jahre später - die politischen Parteien stützen. Die am 17. Juli 1991 verabschiedete neue Verfassung Bulgariens ist jedoch nicht so sehr als Sieg liberaler Kräfte, wie das noch 1879 im verhältnismäßig überschaubaren politischen Spektrum war, zu werten.

In den ersten Jahrzehnten dominierten die liberalen Kräfte das bulgarische Parlament. Der politischen Instabilität, an der die "Europäer" gar nicht inter-

essiert sein konnten, hoffte man mit einem "übergeordneten" Prinzen - Alexander von Battenberg (1879 - 1886) - auch gegen Rußland zu begegnen. Das war der erste Import.

Der Streit zwischen Russophilen und Russophoben[1] führte 1886 nahtlos zur Wahl eines weiteren Deutschen - Fürst Ferdinand von Sachsen-Coburg-Gotha - zum "Staatsoberhaupt". Die wechselnden Regierungen bis 1908 ließen jedoch auch jenen politischen Kräften und Bewegungen Spielraum, die in den folgenden Jahrzehnten das Schicksal des kleinen Balkanlandes bestimmen sollten. Das Spektrum der Liberalen und Konservativen wurde durch die entstehende Argrarbewegung mit dem BZNS (Bulgarischer Bauernvolksbund, gegründet 1899)[2] bereichert. 1891 entstand die BRSDP (Bulgarische Sozialdemokratische Arbeiterpartei), aus der sich zwei Strömungen - die Engherzigen (Tesnjaci) und die Weitherzigen (Širokite) - rekrutierten. Aus den Tesnjaci entwickelte sich die spätere Bulgarische Kommunistische Partei (1919 - BKP). Zur politischen Landschaft gehörten um 1908 des weiteren:

- die Nationalliberale Partei (bis 1911),
- die Demokratische Partei (bis 1920),
- die Nationale Partei (bis 1920),
- die Progressive Liberale Partei (bis 1920),
- die Radikaldemokratische Partei (bis 1920) und
- die Jungliberalen (bis 1919).

1908 verfügte die Demokratische Partei über fast 53 Prozent der Wählerstimmen und war damit selbstredend auch die einflußreichste politische Kraft. Doch die junge Agrarbewegung (BZNS) erreichte schon 15 Prozent gegenüber 10 Prozent der Nationalliberalen und 5 Prozent der Liberalen Partei.

Ab 1911 nahmen die Tesnjaci (BKP), ab April 1923 der sogenannte Konstitutionelle Block und ab November 1923 die Demokratische Allianz an Wahlen zum bulgarischen Parlament teil. 1920 - nach den Balkankriegen, dem Ersten Weltkrieg und dem Soldatenaufstand - hatten sich die Mehrheitsverhältnisse geändert: Der BZNS erreichte 38 Prozent der Stimmen, die BKP mehr als 20 Prozent, und die Demokraten blieben unter zehn Prozent. Während der Bauernregierung unter Alexander Stambolijski (1920 - 1923) verhielt sich die BKP neutral. Eine Reihe bedeutender Reformen in der Landwirtschaft führte in den Jahren der Bauernregierung zu einer gerechteren Verteilung von Arbeit und Gewinn, zur Arbeitspflicht, zu Bewirtschaftungsmethoden wie Kooperation, an die 1944 angeknüpft wurde. Die damit

1 Vgl. u.a I. Panajotov, Russia, velikıte sili i bâlgarskijat vâpros sled izbora na knjaz Ferdinand (1888 bis 1896g.), Sofia 1941.

2 Vgl u.a. G. Slavov, Selskoto dviženie v Bâlgaria i sâzdavaneto na BZNS, Sofia 1976.

verbundene wachsende Akzeptanz des Bauernvolksbundes rief die Konservativen auf den Plan. Doch auch nach Umgruppierungen und Neugründungen sowie Auflösungen verschiedener traditioneller Parteien gewann der BZNS im April 1923 mit 53 Prozent Stimmenanteil die Wahlen zum bulgarischen Parlament. Die BKP erhielt 18,9 Prozent. Der Konstitutionelle Block (eine Vereinigung von Konservativen bis hin zu Rechten) erreichte gerade noch 15,5 Prozent. Dieses eindeutige Votum zwang die extrem Rechten schon relativ zeitig zu Gegenreaktionen. Dem militärfaschistischen Putsch vom 9. Juni 1923 folgten im November 1923 erneut Wahlen[3].

Die Radikalisierung und Polarisierung des politischen Spektrums erreichte in Bulgarien mit dem Juniputsch und den Novemberwahlen einen Höhepunkt. Das Parteiensystem wurde de facto "von oben geschaffen". Damit verbunden bildeten sich erste totalitäre Traditionen heraus. Die neugegründete Demokratische Allianz - ein Konglomerat aus Nationaler Allianz und Fraktionen früherer Parteien des konservativen Flügels und der neuen Rechten - erhielt im November 1923 58,85 Prozent der Stimmen - ein halbes Jahr nur nach den Ergebnissen der Wahlen im April! Der BZNS bekam 13,17 Prozent und die BKP lediglich 6,3 Prozent (wohl die Quittung für das neutrale Verhalten während der Bauernregierung)[4].

Dieser extreme Wechsel im politischen System und in den politischen Orientierungen Bulgariens wurde von der internationalen Entwicklung mit beeinflußt: Oktoberrevolution, Soldatenaufstände, schmachvolle Friedensordnung von Neuilly, aufkommender Faschismus in Italien u.a. Der Septemberaufstand von 1923, mit dem sich das bulgarische Volk gegen die sich bildende militärfaschistische Allianz wehren wollte, wurde blutig niedergeschlagen. Das war der Beginn einer für Europa zum damaligen Zeitpunkt ungewöhnlichen Terrorwelle. Alexander Zankov etablierte den frühen faschistischen Staat mit der Demokratischen Allianz (Demokratičeski sgovor). Stambolijski wurde ermordet, die Parteien verboten. 1925 legitimierte das Staatsschutzgesetz den offiziellen "Weißen Terror". Erst am 19. Mai 1934 wurde das System des totalitären Staats durch einen unblutigen Militärputsch abgelöst. Die neue Militärregierung unter Kimon Georgiev wurde vom Zveno[5] und dem Voenen sâjuz[6] getragen. Der Zveno hatte sich schon 1927 formiert - in einer Zeit, in der der damalige Regierungschef Andrej Ljapčev durch die Zulassung von neuen Parteien und Bewegungen den Ter-

3 Zu den Wahlergebnissen im Detail s *Statističeski Godišnik na Bâlgarskoto Zarstvo,* 17/1927, S. 414/415.
4 Siehe ebd
5 Politischer Kreis von Offizieren und Intellektuellen, die Verbindung zu bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten hatten. Die Fuhrer hatten private Verbindungen zur Leitung des Voenen sâjuz.
6 Der Voenen sâjuz war eine Militärliga

ror von Zankov zu relativieren suchte. Es entstanden viele Splittergruppen und neue Koalitionen - unter anderen der Naroden Blok, eine Kombination von bürgerlichen Parteien, die nicht an der Allianz beteiligt waren, und linken BZNS-Mitgliedern. Bis 1934 erhöhte sich die Anzahl der seit 1926 - zum überwiegenden Teil illegal - entstandenen Gruppen und Parteien auf 29[7]. In diesem Jahr war Bulgarien mit existentiellen Gefahren konfrontiert - im Innern durch die erstarkende Narodno-socialno Dviženie (Soziale Volksbewegung) unter Alexander Zankov, einer Pseudo-Nazi-Bewegung. Von außen entwickelte sich mit der im Februar 1934 von Jugoslawien, Rumänien, Griechenland und der Türkei unterzeichneten Balkanentente eine Neuauflage der antibulgarischen Gruppe von 1913. Die Linken, sowohl die Bauernbewegung als auch die Kommunisten (die sich 1927 offiziell als Bulgarische Arbeiterpartei - BRP - neugründeten), waren zerstritten und diskreditiert; die bürgerlichen Kräfte knabberten noch immer an ihren Fehlern von 1918 und 1920, und die extreme Rechte gebar eine Reihe neuer Parteien und Formierungen. Für die Umgestaltung der Machtverhältnisse konnte ungestraft experimentiert werden. Der Zveno, inzwischen de facto zu einer politischen Partei mit einem Regierungsprogramm gewandelt, bot sich an, das politische System von korrupten Politikern zu säubern, die Administration zu zentralisieren und zu rationalisieren. Zveno war klein und elitär, gebildet aus Intellektuellen und hohen Militärs.

Mit dem Verbot aller politischen Parteien wurde kurz nach der Machtübernahme von Kimon Georgiev der Übergang zum Monarchofaschismus vorbereitet. Zeitungen der Ex-Parteien durften nicht mehr erscheinen, deren Eigentum wurde konfisziert. Das italienische Staatsmodell galt als Vorbild, das neue politische System wurde abermals von oben etabliert. Unter dem Deckmantel der Zentralisierung festigte sich das monarchofaschistische System bis 1936. Schon im Januar 1935 wurde Georgiev durch General Zlatev ersetzt. Zar Boris (das Personalregime des Zaren wurde aus taktischen Gründen nicht angetastet, der Zar übte seit 1920 ohnehin nur noch repräsentative Funktionen aus) stand mit seiner Person bis zu seinem Tod für die monarchistische Seite des neuen Staates. 1936 gründete sich ein neuer Konstitutioneller Block als breites Bündnis demokratischer, nichtfaschistischer Kräfte, einschließlich der BRP. Dieser Konstitutionelle Block sollte die Rückkehr zur Verfassung von Tarnovo vorbereiten und garantieren. Doch Bulgarien orientierte sich zunehmend an Deutschland. 1939 erklärte das Land für anderthalb Jahre seine Neutralität. Im Februar 1940 übernahm der germanophile Bogdan Filov die Regierung. Bulgarien trat dem Dreimächte-

7 Vgl R. J Crampton, *A Short History of Modern Bulgaria,* Cambridge 1987, S 104 - 107

pakt (1. März 1941) sowie dem Antikominternpakt (25. November 1941) bei und erklärte im Dezember 1941 Großbritannien und den USA den Krieg. Die oppositionellen Kräfte sammelten sich seit Ende 1941 in einer Volksfront (Otečestvenijat front, OF). Teile der Sozialdemokraten und des Zveno sowie der von Nikola Petkov vertretene agrarpopulistische Pladne-Flügel des Bulgarischen Bauernvolksbundes engagierten sich ebenso wie das Auslandsbüro der Kommunisten. Gegen diese Volksfront stellten sich die Demokratische Partei unter Nikola Mušanov, die Nationale Partei unter Atanas Burov, die Radikaldemokratische Partei und der konservative Vrabče 1-Flügel des Bauernvolksbundes[8].

Die OF - verglichen mit anderen Volksfrontbewegungen in Osteuropa - entwickelte sich trotz verschiedener Widerstände und Richtungskämpfe zu einer tatsächlichen Koalition, die über eine starke Basis verfügte. Am 28. August 1943 starb Boris, und Simeon II. bestieg - noch minderjährig - den Zarenthron. Am 6. September 1944 wurden die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland von der prowestlichen Regierung Konstantin Muravievs (BZNS), der erst vier Tage im Amt war, abgebrochen und Deutschland zwei Tage später der Krieg erklärt.

2. Demokratie und/oder Sozialismus?

Nach dem Aufstand vom 9. September 1944 - mit der Roten Armee im Rükken - übernahm Kimon Georgiev (Zveno) auch die erste Regierung der Vaterländischen Front. Das breite Bündnis der OF konzentrierte die antifaschistischen und antimilitaristischen Kräfte und konnte bis 1948[9] eine große Rolle bei der Bildung verschiedener Regierungen spielen. Doch innere Machtkämpfe erschütterten von Anbeginn das Bündnis. Verschiedensten Personen und deren Gruppen wurde schon unmittelbar nach dem Septemberaufstand von 1944 unterstellt, sie wollten den revolutionären Prozeß im demokratischen Rahmen durch Putschversuche und Umstürze stören - so der

8 Vgl J. D Bell, *The Bulgarian Communist Party from Blagoev to Zhivkov,* Stanford 1986, S. 66-73.- "Vrabce 1" war die Adresse des BZNS-Hauptquartiers.

9 Vgl M. Isusov, *Političeskite Partii v Bâlgaria 1944-48g.*, Sofia 1978; N. Genčev, Razgromât na buržoaznata oposicija v Bâlgaria 1947/48g , in: *GSU,* 56/1962, S. 235. Mito Isusov geht in seinem Buch (*Die politischen Parteien in Bulgarien 1944-48*) detailliert auf Entwicklung, Basis, soziale Zusammensetzung, Rolle und Ende jeder einzelnen nichtkommunistischen Partei ein - darauf sei als eine der wichtigsten Quellen zu dieser Zeit verwiesen.

Vorwurf an Georgi M. Dimitrov (Gemeto)[10] und Damjan Velčev[11]. Nach und nach gewann die BRP/BKP (die Umbennung von Bulgarischer Arbeiterpartei in Bulgarische Kommunistische Partei erfolgte erst 1948), die schon 1944 unter den OF-Komitee-Mitgliedern einen Anteil von 54 Prozent hatte (BZNS - 33 Prozent, Sozialdemokraten - 3 Prozent, Zveno - 2 Prozent), ein Übergewicht, das in der Folgezeit zur Installierung eines diktatorischen Regierungssystems - wiederum die Etablierung eines neuen politischen Systems von oben - ausgebaut wurde. Unmittelbar nach dem 9. September 1944 übernahm die BRP/BKP das Innen- und das Justizministerium[12], die für die endgültige Machtübernahme entscheidend waren. Schon am 1. Oktober 1944 benannte sich der Zveno in Naroden Sâjuz Zveno (Volksbund Zveno) um. Das hatte seine Gründe weniger in einem Etikettenschwindel als vor allem in der Suche nach einer breiteren sozialen Basis, zu der der Mittelstand werden sollte. Trotz mehrfacher Versuche illegaler "bürgerlicher" Parteien, gerade über den Zveno neuen Einfluß zu gewinnen, verlor Zveno Mitglieder und Macht. Schritt für Schritt geriet er in die Abhängigkeit von den Kommunisten. Die Basis der BRSDP (Sozialdemokratische Arbeiterpartei) bildeten traditionell Lehrer, Angestellte und ein - in Bulgarien kleinerer - Teil der Arbeiterklasse. Um die führenden Köpfe der bulgarischen Sozialdemokraten formierten sich die beiden einflußreichen Strömungen. Krâstju Pastuchov, der Vertreter des rechten Flügels, ging in offene Opposition zu den Kommunisten. Kosta Lulčev versuchte die Unabhängigkeit der Sozialdemokraten zu bewahren, doch gewannen diejenigen die Machtprobe innerhalb der Sozialdemokratie, die für eine Anlehnung an die Kommunisten plädierten. Der BZNS[13] spaltete sich in Anhänger dreier charismatischer Führer: Alexander Obbov als relativ kritikloser, künftiger Verbündeter der Kommunisten, Nikola Petkov als Vertreter einer dauerhaften Zusammenarbeit mit den Kommunisten ausschließlich auf der Grundlage des Programms der Vaterländischen Front und Georgi M. Dimitrov (Gemeto) als Vertreter des "rechten" Flügels des BZNS, der von Anfang an einer Kooperation mit den Kommunisten skeptisch gegenüberstand. Petkov hielt jedoch unbeirrt an der Selbständigkeit des Bauernvolksbundes fest und widersetzte sich bis zu seiner Verhaftung und dem folgenden Schauprozeß 1947 der Machterweiterung

10 Vgl. I. Dimitrov, Provalât na kontrarevoljucjonnija pristâp sreštu narodnodemokratičnata vlast v kraja na 1944g, in: *IBID*, 25/1967. "Gemeto" ist der aus den Initialen von Georgi M. Dimitrov gebildete Kurzname.

11 Vgl. I. Radkov, Akcijata za otmenjane na Četvârtoto postanovlenie na Ministerskija sâvet ot 23. XI. 1944g, in: *Istoričeski Pregled*, 2-3/1964.

12 Vgl. P. Ostoič, *BKP i izgraždaneto na narodnodemokratičnata dâržava (9. septemvri 1944 - dekemvri 1947)*, Sofia 1967.

13 Vgl. I. Zarčev, Bâlgarski zemedelski naroden sâjuz (9. 9. 1944 - 48), in: *III na BKP*, 32/1975, S. 120/121.

der Kommunisten. Unter Kosta Lulčev formierte sich ein Teil der Sozialdemokraten in die BRSDP (obedinena - vereinigt) um, die mit Nikola Petkov zusammenarbeitete. In dieser Zusammenarbeit fungierten sie als offiziell anerkannte Opposition gegen die BRP/BKP.

Schon am 6. Juni 1945 trafen sich die höchsten Funktionäre der Kommunisten, Traičo Kostov und Vasil Kolarov, mit dem Emigranten Georgi Dimitroff und Führern der KPdSU, um die "Maßnahmen zur Errichtung einer volksdemokratischen Macht in Bulgarien" zu diskutieren[14] - sprich: entgegenzunehmen. Von diesen Entscheidungen wurde Kimon Georgiev lediglich in Kenntnis gesetzt[15]. Ende 1944 besaß der antikommunistische Flügel im BZNS das Übergewicht. Im Juli 1945 bestanden die bürgerlichen Oppositionsparteien darauf, die ersten Nachkriegswahlen zum bulgarischen Parlament zu verschieben. Der erzwungenen Aufstellung von Einheitslisten folgte der Rücktritt von Nikola Petkov als stellvertretender Ministerpräsident. Die Westalliierten setzten im August eine abermalige Verschiebung der Wahlen durch. Die Forderung nach der Zulassung aller Parteien, Einzelpersonen und Gruppen zur Wahl mußte im neuen Wahlgesetz fixiert werden. Mit den ersten Versuchen, die Opposition auszutricksen, scheiterten die Kommunisten. Sie mußten zum einen subtilere Methoden zur Ausschaltung der Opposition und zur Gleichschaltung künftiger Bündnisparteien suchen. Zum anderen benötigten sie dringend eine Integrationsfigur, die in der Person Georgi Dimitroffs am 4. November 1945 aus dem Exil zurückkehrte. Zwei Wochen später fanden die mehrfach verschobenen Wahlen - Wahlen, zu denen noch eine Möglichkeit der Wahl bestand - statt. Von den 276 Parlamentssitzen erreichten die Kommunisten 94, der BZNS 94, der Zveno 45, die Sozialdemokraten 31, die Radikaldemokratische Partei 11 und die Unabhängigen einen Sitz. Im März 1946 bildete Kimon Georgiev ein neues Kabinett, in dem die Oppositionsparteien jedoch keine Ressorts mehr erhielten. Drei Wochen später verbot das Pressegesetz alle nichtkommunistischen Publikationen. Erste Oppositionskräfte werden unter eine fingierte Anklage gestellt und verurteilt. Mit dem Gesetz über die Führung und Kontrolle der Armee sicherten sich die Kommunisten das letzte wichtige Machtinstrument. Am 8. September 1946 votierten die Bulgaren für die Abschaffung der Monarchie (bis dahin hatten mehrere Regentschaftsräte Beraterpflichten für Simeon II erfüllt); am 15. September wurde die Volksrepublik proklamiert. Noch ein-

14 Isusov, *Političeskite Partii* (Anm 9), S 288 - Dimitro*ff* ist die allgemein akzeptierte deutsche Schreibweise des spätestens seit dem Reichstagsbrand-Prozeß bekannten damaligen Funktionärs der Komintern.
15 Vgl. ebd., S. 289.

mal - bei der Verabschiedung der Verfassung[16] - spielte die Volksbefragung eine entscheidende Rolle. Sie war zwar in der Verfassung fixiert, aber nie wieder angewendet worden.

Bei den Wahlen am 27. Oktober 1946 erhielten die Oppositionsparteien noch über 30 Prozent der Stimmen. Doch mit 276 von 465 Parlamentssitzen verfügte die BRP/BKP über eine parlamentarisch legitimierte Mehrheit. Der Kampf um die Ausschaltung der bürgerlichen Opposition lief auf Hochtouren. Im Juni 1947 wurde Nikola Petkov wegen angeblichen Landesverrats verhaftet und am 16. August zum Tode verurteilt. Im Oktober 1947 wurde 39 Angehörigen des Voenen sâjuz der Prozeß gemacht. Der Nikola-Petkov-Flügel im BZNS wurde aufgelöst. Georgi Dimitroff, seit November des Vorjahres Ministerpräsident, beeinflußte die Errichtung der volksdemokratischen Macht in der gesamten sowjetischen Einflußzone durch die Mitbegründung des Kominformbüros. Im Prozeß der Gleichschaltung der kommunistischen Parteien Osteuropas erwies sich die BRP/BKP als treuester Vasall der KPdSU, als Partei neuen Typs in Reinform, aufgebaut nach dem strengen System des demokratischen Zentralismus, deren Haltung stets von "vorauseilendem Gehorsam" geprägt war. Vor diesem Hintergrund erklärt sich, warum die Verfassung von 1947 eher derjenigen der UdSSR glich und sehr wenig mit den konstitutionellen Traditionen der Târnovoer Zeit gemein hatte.

Ende Dezember 1947 beschloß der BZNS-Kongreß den Verzicht auf eine selbständige Bauernregierung und begab sich mit der Akzeptanz der Hegemonie der Kommunisten ein Jahr später auf den Kurs einer "Bruderpartei", die sich ihres oppositionellen Kerns selbst beraubte und sich in den Folgejahren mehr oder weniger eigenständig zum "Beisitzer" der BKP-Macht degradierte. Als im Januar 1948 der höchste Parteirat der Sozialdemokraten die Vereinigung mit den Kommunisten beschloß, war die totale Macht der BRP/BKP gesichert. Der Ausschluß von Nichtkommunisten auf dem II. Kongreß der OF am 2./3. Februar 1948 und die Annahme eines neuen, sozialistischen Programms war die rasche Konsequenz, die die 41jährige Herrschaft der BKP manifestierte.

In allen folgenden Auseinandersetzungen stand die alleinige Macht der BKP nie in Frage, da keine Organisation in die Lage geriet, an Macht auch nur zu denken. Gleichgeschaltet war nicht nur die "Bruderpartei" BZNS, sondern waren auch die Massenorganisationen, vor allem die Gewerkschaften und die Jugendorganisation als "Kampfreserve" der BKP. Seit Dezember

16 Zu den politischen Kampfen im Zusammenhang mit der Ausarbeitung und der Verabschiedung der Verfassung s N. Genčev, Političeski borbi meždu Otečestvenijat front i buržoaznata oposicija okolo sâzdavaneto na konstitucijata na NR Bâlgaria, in: *Istoričeski Pregled*, 5/1962.

1949 erhielten die Kandidaten der Vaterländischen Front bei den - an und für sich funktionslosen - Parlamentswahlen stets über 90 Prozent der Wählerstimmen. Trotz systemimmanenter Korrekturen an der stalinistischen Praxis politischer Institutionen hatte das - nach bulgarischen Historiographen der sozialistischen Zeit *historische* - Aprilplenum von 1956 nur geringe Konsequenzen für den institutionellen Aufbau des politischen Systems. Am 29. November 1956 bekräftigte Todor Živkov die Ablehnung von Nichtkommunisten in der "Koalitionsregierung". Obwohl die Rolle der lokalen Volksräte in den sechziger Jahren aufgewertet wurde, stellte sich diese Maßnahme letztendlich als weiterer Schachzug zur Sicherung der örtlichen Macht der BKP dar. Die "Allmacht" der Kommunisten zog sich so unter dem Deckmantel der Komitees der Vaterländischen Front über das ganze Land - eine fast unmerkliche Ausdehnung der Partei- bzw. Systemmacht auf die bulgarischen Bürger und deren Kontrolle. Auf politische Witze, die die Partei zum Gegenstand hatten, stand Gefängnis. Die BKP baute ihren Führungsstil konsequent aus. Obwohl vermeintlich eine Abrechnung mit dem stalinistischen Regime stattgefunden hatte, gab es in der Hierarchie der Partei und des Staates, einschließlich seiner Totalität in Gestalt der Gulags, keine wesentlichen Änderungen. Zu bemerken ist im Vergleich zu anderen ex-sozialistischen Staaten lediglich, daß sich Živkov flexibler in seiner Machterhaltung gegenüber parteiinternen Konkurrenten erwies, seine sprichwörtliche Bauernschläue vor allem dazu nutzte, geschaßte Konkurrenten niemals ihrer Privilegien zu berauben, ihnen weiterhin das Gefühl zu vermitteln, sie gehörten zum einflußreichen Kreis der "oberen Zehntausend". Diesen Führungsstil perfektionierte er bis zu seiner Ablösung.

Einige institutionelle Neuerungen, aber keinen spürbaren funktionalen Wandel im Charakter des Systems - der auch nicht zu erwarten war -, brachte die zweite Verfassung, die 1971 verabschiedet wurde. Artikel 1, Absatz 2 verankerte den totalen Führungsanspruch der Partei. Die BKP war sozusagen präkonstitutionelle Quelle des Rechts und stand über dem Gesetz. Als Erfüllungsgehilfe des ZK der BKP blieb selbst die Funktion des Parlaments entsprechend unwesentlich. In der Praxis dominierte der im selben Jahr eingeführte Staatsrat das Parlament und übernahm weitgehend auch dessen legislative Tätigkeit. Eine weitere Legitimation des BKP-Führungsanspruchs wurde mit der Allmacht der marxistisch-leninistischen Ideologie manifestiert, die die "Form" des nichtvorhandenen Pluralismus bestimmte. Die Struktur des politischen Systems war weiterhin auf die BKP und den BZNS, die Alibi-OF, die Kirche, die Gewerkschaften und die Jugendorganisation sowie eine Reihe weiterer kaum wahrnehmbarer Massenorganisationen, die allesamt "in den sozialistischen Aufbau einbezogen" waren, beschränkt und somit eher eintönig. Artikel 29 des BKP-Statuts legte zum Bei-

spiel fest: Das Zentralkomitee der BKP leitet die Arbeit der Staatsorgane und der Massenorganisationen.

30 Jahre nach dem Aprilplenum von 1956 brachten Glasnost und Perestrojka Aufregung, Enthusiasmus und auch ein wenig Bewegung in den erstarrten Machtapparat, beförderten jedoch noch keine Änderung im System selbst. Mit dem Juliplenum des ZK der BKP 1987 versuchte die bulgarische Führung nochmals sowjetischer zu sein als ihre "Brüder", doch weder die Bauernschläue noch die Flexibilität Todor Živkovs, Erster Sekretär bzw. Generalsekretär des ZK der BKP (1954-1989), Premierminister (1962-1971) und Staatschef (1971-1989), konnten den Niedergang aufhalten.

Das 45jährige politische System der Volksdemokratie, das mit dem Sowjetisierungskurs ab Herbst 1947 zum de facto Einparteiensystem der gleichgeschalteten Volksdemokratien des sowjetisch beherrschten Teils des Kontinents wechselte, wurde Ende der achtziger Jahre von einer gesamtgesellschaftlichen, ökonomischen, politischen und ideologischen Krise geschüttelt.

3. Das Ende des Totalitarismus

Mit dem Sturz Todor Živkovs im November 1989 waren Teile der BKP - die Reformer - angetreten, das Versprechen eines "neuen Sozialismusmodells" vom Juli 1987 einzulösen. Doch die ab Mitte der achtziger Jahre entstandenen "informellen Gruppen" richteten ihre Aktivitäten trotz ihrer meist geringen Distanz zur regierenden BKP nicht auf eine Reformierung des Sozialismus. Relativ klein, wenig organisiert, abgeschriebene Statuten der schnellen Registrierung wegen und vor allem ihre unpräzise Programmatik ließen sie eher amorph erscheinen. Seit 1988 waren von größerer Bedeutung:

- der Klub für die Unterstützung von Glasnost und Perestrojka,
- Eko-Glasnost (hervorgegangen 1987 aus dem "Komitee für Russe", einer Vereinigung für Umweltschutz) und
- die unabhängige Gewerkschaft Podkrepa (nach Solidarność-Vorbild).

Viele Gründungsmitglieder der "informellen Gruppen" oder neuer Parteien und Bewegungen gehörten der BKP an und kamen aus intellektuellen Kreisen. Nach den Wahlen jedoch nahmen die Mitgliederzahlen vor allem von Podkrepa rasch zu. In das Vakuum des parteifreien Raumes neben der BKP konnten diese Gruppen jedoch nicht stoßen. Sie verstanden sich zumeist auch nicht als Partei. Daher wurden unmittelbar nach dem Sturz von Todor Živkov jene Parteien, die 1948 verboten worden waren bzw. die sich selbst auf-

gelöst hatten, wieder- oder neugegründet: die Radikaldemokratische Partei, die Demokratische Partei, der BZNS-Nikola Petkov und die Sozialdemokratische Partei.

Die Mehrheit der bulgarischen Kommunisten und des Volkes sah in diesen Monaten eine Chance, den stalinistisch verkrusteten und bürokratisch perfektionierten "Sozialismus" in Bulgarien aufzubrechen und eine Demokratisierung des gesellschaftlichen und politischen Lebens einzuleiten. Umfassende personelle Veränderungen der Parteispitze, in den Staats- und Machtorganen basierten jedoch weitgehend auf "Inzucht". Der Nachfolger von Todor Živkov als Parteichef, Petâr Mladenov, war seit 1971 Außenminister und seit 1977 Mitglied des Politbüros des ZK der BKP gewesen. Mit dem Ausschluß von Živkov-Anhängern aus dem Politbüro rückten unter anderen Andrej Lukanov und Načo Papasov auf. Das Parlament bestimmte eine Woche später Petâr Mladenov auch zum Staatsratsvorsitzenden. Wie in einem Zeitraffer folgten bis Anfang Februar 1990 Tag für Tag Ereignisse, die noch einen Monat zuvor undenkbar schienen: 18. November 1989 - erste Protestkundgebung mit 50.000 Menschen für Demokratie und freie Wahlen; 26. November - die Gewerkschaften erklären sich von Partei und Staat unabhängig; 7. Dezember - neun führende Oppositionsgruppen gründen einen Dachverband, die Union der Demokratischen Kräfte (Sâjuz na Demokratičeski Sili - UDK/SDS); 8. Dezember - Ausschluß von Todor Živkov und 26 weiteren Mitgliedern aus dem Zentralkomitee; 13. Dezember - die BKP verzichtet auf den verfassungsmäßig verankerten Führungsanspruch und spricht sich für die Errichtung eines "demokratischen, gesetzestreuen Staates" und für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung aus; 27. Dezember - die BKP erklärt ihre Bereitschaft zu Gesprächen am "Runden Tisch", das Angebot einer Koalitionsregierung wird von der Opposition ausgeschlagen; 29. Dezember 1989 - Ankündigung des ZK der BKP, die Zwangsbulgarisierung[17] der türkischen Minderheit aufzuheben; 2. Januar 1990 - Demonstration von Nationalisten als Reaktion auf die Ankündigung; 15. Januar 1990 - die führende Rolle der BKP wird aus der Verfassung gestrichen; 16. Januar - Beginn des "Runden Tisches"; 18. Januar - Verhaftung von Todor Živkov wegen Amtsmißbrauchs; 30. Januar bis 2. Februar - XIV. außerordentlicher Parteitag der BKP; 8. Februar - Bildung eines rein kommunistischen Kabinetts unter der Leitung von Andrej Lukanov, nach Ablehnung der Opposition, sich an der Regierung zu beteiligen.

17 Maßnahmen der bulgarischen Regierung von 1983/84, verfügt von der BKP, auf deren Grundlage alle ethnischen Türken in Bulgarien bulgarische Namen anzunehmen hatten. Diese Maßnahmen konnten nicht gewaltfrei durchgesetzt werden.

Trotz der Umbenennung der BKP in Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) im April 1990, ihrer eindeutigen Haltung zur staatlich regulierten Marktwirtschaft und zum Mehrparteiensystem sowie der Annahme eines neuen Statuts waren auf dem Parteitag im April heftige Debatten um das Tempo und die Richtung des Demokratisierungsprozesses innerhalb der Partei und der Gesellschaft entbrannt. Damit begannen Auseinandersetzungen, die in der Folgezeit zur Herausbildung von drei Flügeln führten: den Radikalen, den gemäßigten Reformern und den Konservativen. Es entstanden Plattformen wie der "Bulgarische Weg nach Europa" und "Demokratischer Sozialismus". Hier fanden sich auch ultraradikale Kräfte, die nach einer konfrontationsdemokratischen Variante suchten und die die politischen Spannungen mit allen Risiken für einen Bürgerkrieg anzuheizen versuchten. Am 11. Februar 1990 ging aus der Fraktion der "Alternativen Sozialistischen Vereinigung" eine neue Partei hervor, die Alternative Sozialistische Partei.

Die im Dezember 1989 gegründete Union der Demokratischen Kräfte (SDS) etablierte sich als rechtes Gegengewicht zu den regierenden Linken. In ihr waren 16 Parteien und Bewegungen zusammengeschlossen, darunter die Bulgarische Sozialdemokratische Partei (Neugründung am 26. November 1989), die Grüne Partei (Gründung am 28. Dezember 1989), die Bauernpartei: BZNS-Nikola Petkov (Neugründung im Dezember 1989) und die Bulgarische Demokratische Partei (Neugründung am 2. Dezember 1989). In diesem Bündnis fanden auch diejenigen neugegründeten Parteien eine vorläufige politische Heimat, die im "Kampf gegen die bürgerliche Opposition 1946 bis 1948"[18] durch die bewußt angestrebte Alleinherrschaft der Kommunisten aufgelöst, gespalten bzw. zerstört wurden. Die auf die Schnelle entstandenen, labilen und ideologisch noch unklaren Formierungen waren schwach, ohne Möglichkeiten und Erfahrungen. "Dies erlaubte es den auf der Bühne dominierenden Kräften, aus dem Entstehen und der Entwicklung des politischen Pluralismus Nutzen für sich zu ziehen."[19] In den ersten Monaten nach der Wende spielte vor allem die Bewegung Eko-Glasnost (gegründet am 18. März 1989) mit ihren etwa 5000 Mitgliedern in der SDS eine wesentliche und profilbestimmende Rolle. Bis zur Parlamentswahl am 17. Juni 1990 wurden jedoch im Interesse der Verdrängung der Kommunisten aus Staats- und Regierungsverantwortung innere Differenzen der außerordentlich heterogenen Parteien und Gruppen innerhalb der SDS zurück-

18 Vgl. Genčev, Političeski borbi (Anm. 16); ders., Rasgromât na buržoaznata oposicija v Bâlgarija prez 1947-1948g, in: *GSU IK*, 56/1963, Isusov, *Političeskite Partii* (Anm 9)

19 N Genčev, Die liberale Alternative der posttotalitären Gesellschaft in Bulgarien, in *Bulgarian Quarterly*, deutsche Ausgabe, Sofia (Winter) 1991, Bd. I, Nr 3, S 51.

gestellt. Die soziale Basis des Oppositionsbündnisses, die sich zu Beginn vorrangig aus Intellektuellen rekrutierte, erfaßte zunehmend auch Jugendliche, Arbeiter und Angestellte. Im Wahlkampf setzten sie auf das Modell des "Schwedischen Sozialismus", ohne aber das Wort "Sozialismus" überhaupt zu erwähnen. Die SDS konzentrierte sich in den Wahlmonaten auf Attacken und Kritik an der Führungstätigkeit der BKP/BSP und auf Fehler der im Februar neu gebildeten Regierung unter Ministerpräsident Andrej Lukanov. Das Angebot der BSP nach ihrem Wahlsieg an die SDS, sich an der Regierung zu beteiligen, wurde wie schon im Februar ausgeschlagen. Von den rund 140 in Bulgarien existierenden Parteien, Organisationen, Bewegungen und Gruppen nahmen 75 an den Juni-Wahlen teil, davon 35 selbständig und 40 in fünf Wahlkoalitionen. Mehr als 70 gaben sich antikommunistisch. Insgesamt sieben kamen ins Parlament. Die BSP gewann die Wahlen und zog mit absoluter Mehrheit in das Parlament ein Die Bulgarische Sozialistische Partei wählte im Dezember 1991 Alexander Lilov ab und kürte eine neue Gruppe junger Führungspersönlichkeiten mit dem erst 35jährigen Jean Videnov an der Spitze. Videnov gilt als eher konservativ. In der linken Szene hat die BSP trotz der kleineren orthodoxen Kommunistischen Partei keine Konkurrenz Sie besitzt eine stabile Basis und zählt rund 25 Prozent der Bevölkerung zu ihren Stammwählern. Unter der älteren Bevölkerung und in den Kleinstädten hat die BSP den größten Einfluß. Das Vermögen der ehemaligen kommunistischen Partei wurde verstaatlicht, das finanzielle Übergewicht damit beseitigt. Je komplizierter sich die politische Situation insgesamt gestaltet, desto häufiger treten in der BSP erneut antitürkische und nationalistische Züge hervor. Das heißt, das unselige Erbe Živkovs ist auch innerhalb der sich erneuernden Partei noch nicht überwunden.

In dieser *ersten Etappe* der demokratischen Wende in Bulgarien war zwar der politische Raum links und rechts des Zentrums besetzt, das Zentrum selbst (auch um ausgleichend, stabilisierend wirken zu können) aber blieb leer[20]. Die bulgarische Gesellschaft an sich war eher amorph. Die wiederhergestellten und neugegründeten politischen Parteien entstanden als praktischer Ausdruck intellektueller Auffassungen von politischem Pluralismus. Politische und Rechtsmodelle wurden aus dem Westen übernommen, Statuten, Programme, Plattformen u.a. entlehnt. Ein "normaler" politischer Raum wurde simuliert. Strukturen, Traditionen und informelle Normen des politischen Lebens von vor 1944 wurden buchstäblich wiederhergestellt und der neuen Situation des Postkommunismus angepaßt. Die Intelligenz versuchte, den Nichtprofessionalismus auszugleichen. Die Opposition verfügte weder

20 Vgl. P. Gančev, Bulgarien: Wandel - Zwischen Enttäuschung und Hoffnung, in: *Südosteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsforschung,* 1991, H 11/12 , S. 615

über organisatorische Erfahrungen noch über eigene Presseorgane noch über nennenswerten Einfluß auf die Öffentlichkeit. Die Strömungen in der SDS polarisierten sich. Drei Hauptgruppen beginnen sich derzeit abzuzeichnen:

1. die wiederbelebten, historisch traditionellen Parteien aus der Zeit vor 1947 (die Bulgarische Sozialdemokratische Partei, der BZNS-Nikola Petkov, die Radikaldemokratische Partei, die Demokratische Partei u.a.);
2. die politischen Organisationen der früheren Dissidenten innerhalb der kommunistischen Partei (ein Teil von ihnen wurde aus der BKP ausgeschlossen, andere stießen nach dem Sturz des Regimes zur Opposition, so der Klub für Glasnost und Perestrojka, dessen Vorsitzender Želju Želev an die Spitze der SDS trat, Eko-Glasnost und die Partei der Grünen);
3. politische Gruppen, die unmittelbar vor und nach der Wende von antikommunistisch orientierten oder während des vorigen Regimes unterdrückten Persönlichkeiten gebildet wurden (wie die Gewerkschaft "Podkrepa", die Bürgerinitiative, die Bewegung für den Schutz der Menschenrechte, der Klub der Repressierten u.a.).

Eine *zweite Etappe* legitimierte die politische Demokratie. Die SDS bereitete ihre Machtübernahme vor. Die isolierte BSP suchte nach Bündnispartnern. Nach dem Rücktritt Mladenovs als Präsident Bulgariens wurde am 1. August 1990 Želju Želev als Kompromißkandidat zum Staatspräsidenten gewählt. In den neuen örtlichen Machtorganen waren alle Parlamentsparteien vertreten. Armee, Polizei und andere Staatsorgane wurden systematisch entpolitisiert.

Im November 1990 führten der außerparlamentarische Druck und die innerparlamentarische Ablehnung des von Kommunisten dominierten Koalitionskabinetts durch die Opposition zum Rücktritt von Lukanov. Dimitâr Popov, der neue, neutrale Premier, besetzte die für die Wirtschaft wichtigsten Ministerposten mit Funktionären der Opposition. Dies geschah allerdings erst Anfang 1991. Popov riskierte fast ein Vierteljahr die Unregierbarkeit des Landes.

Die *dritte Etappe* war vor allem von den beginnenden Wirtschaftsreformen geprägt. Es ging in erster Linie darum, die politischen Prozesse mit den für die ökonomischen Reformen notwendigen Voraussetzungen in Übereinstimmung zu bringen. Die ökonomische Basis für politische Veränderungen hatte ernsthaften Nachholbedarf. Mit der Ablehnung der radikalsten Reformen durch die BSP zeichnete sich eine tiefe politische Krise ab. Im Mai 1991 demonstrierten 39 Abgeordnete gegen die Ineffizienz des Parlaments. Am 17. Juli 1991 wurde zusammen mit der Verabschiedung der neuen Verfassung die Auflösung des Parlaments verkündet. Im August wurde ein neues Wahlgesetz in Kraft gesetzt. Die neue Verfassung beruhte auf den konsti-

tutionellen Traditionen der Verfassung von Târnovo (1879). Bulgarien wurde als parlamentarischer und sozialer Rechtsstaat definiert, die Grundrechte und Freiheiten der Persönlichkeit sind auf der Basis der internationalen Menschenrechtskonvention fixiert worden. Die Gewaltenteilung wurde festgeschrieben und die Einrichtung eines Verfassungsgerichts gefordert. Die Gewaltenteilung soll mit erweiterter Präsidialmacht durchgesetzt werden. Die Verfassung war die wesentlichste Voraussetzung für die Marktwirtschaft, da sie die Unantastbarkeit des Privateigentums garantiert. Mit der Verfassung wurden die Rechtsgrundlagen für den Demokratisierungsprozeß unwiderruflich festgeschrieben.

Die *vierte Etappe* begann mit den Neuwahlen am 13. Oktober 1991. Die oppositionelle SDS mit ihren vier Gruppen - den Radikalen, den Liberalen, dem SDS-Zentrum und dem BZNS-Nikola Petkov - gewann die Wahlen. Zwischen den vier Gruppen entwickelten sich rasch Meinungsverschiedenheiten in taktischen, ideologischen und psychologischen Fragen. Unter Vorwänden wie Angriffe gegen den charismatischen Sozialdemokraten Petâr Dertliev verbarg sich der innere Machtkampf in der SDS zwischen jüngeren neuen Oppositionellen und der alten Garde der historischen Parteien. Im Sommer 1991 trennte sich das sogenannte SDS-Zentrum, dem unter anderen die Bulgarische Sozialdemokratische Partei[21], Eko-Glasnost - Unabhängige Vereinigung und die Alternative Sozialistische Vereinigung - Unabhängig angehörten, von der SDS. Die gleiche Entscheidung trafen die SDS-Liberalen, die unter anderen von der Grünen Partei, der Föderation der Klubs für Demokratie und der Demokratischen Partei - Konservativer Pakt gebildet wurde. Der BZNS-Nikola Petkov verließ ebenfalls die SDS. Vergeblich waren die Vereinigungsversuche mit dem bis 1989 als Blockpartei fungierenden, jetzt im Unterschied zum BZNS-Nikola Petkov gesamtbulgarischen, nationalen BZNS. Beide nahmen mit eigenen Listen an den Wahlen teil. In der SDS verblieben die Radikaldemokratische Partei, die Demokratische Partei, das Vereinigte Demokratische Zentrum, der Christliche Bund "Erlösung", die Bewegung Bürgerinitiative, die Alternative Sozialliberale Partei und der Bund der Unterdrückten in Bulgarien.

21 Die Bulgarische Sozialdemokratische Partei nach ihrer unfreiwilligen Vereinigung mit der BKP wurde 1989 neugegründet (rund 30.000 Mitglieder). Sie beruft sich auf die Traditionen der 1891 gegründeten Bulgarischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Die Sozialdemokraten nahmen im Marz 1991 auf ihrem 38 Parteitag ein langfristiges Programm - "Die Sozialdemokratie und der Weg Bulgariens in das 21. Jahrhundert" - an. Auf ihrem 39. Parteitag (12. bis 14. Juni 1992) verabschiedeten sie ein neues Programm bzw. Ergänzungen. Unter dem Titel "Der dritte Weg" geht es auch um praktische Antworten auf die bulgarischen Probleme. In der Bevölkerung finden die bulgarischen Sozialdemokraten bei weitem nicht den Zuspruch, den ihnen die Sozialistische Internationale mit der Aufnahme der BSDP im September 1992 erwiesen hatte. Der anerkannte Führer Petâr Dertliev ist 77 Jahre alt.

Die im Vorfeld der Oktoberwahlen 1991 entstandenen zentristischen Blöcke und Koalitionen konnten nicht ins Parlament einziehen. Ihre "Selbständigkeit" brachte nicht den ersehnten Erfolg und jene Akzeptanz in der Bevölkerung, derer sie so sehr bedürfen. Zum Parteienspektrum gehörten und gehören neben den Regierungs- und Oppositionskräften auch die einflußreicheren sozialdemokratischen Parteien wie die Bulgarische Sozialdemokratische Partei (Petâr Dertliev), die die Hauptverantwortung für die Spaltung der SDS im Sommer 1991 trägt, die Sozialdemokratische Partei (Nichtmarxisten unter Janko Jankov) und die Neue Sozialdemokratische Partei (Petâr Markov). Der BZNS-Nikola Petkov verspielte die Chancen im Wahlkampf mit seinem unsinnigen Beharren auf Eigenständigkeit und der Ablehnung des nationalen BZNS. Der Nachfolger des Alibibündnispartners der BKP während der 40 Jahre Sozialismus wird von Viktor Vâlkov geführt. Er hat keinen nennenswerten Rückgang in der Mitgliederschaft (120.000 Mitglieder) zu verzeichnen und unterstützte nach dem Ausscheiden eines eigenen Kandidaten in der ersten Präsidentschaftswahl den SDS-Kandidaten Želev.

Im rechten Spektrum entstanden neue Formationen wie der Bulgarische Unternehmerblock und die Bulgarische Unternehmerpartei. Das private Unternehmertum versuchte und versucht zunehmend, sich über diese - seine - politischen Parteien direkt am politischen Leben zu beteiligen. In dieses Spektrum fallen auch nationale und monarchistische Organisationen wie die Konföderation "Zarenreich Bulgarien", der Bulgarische Nationale Bund mit der Bulgarischen Vaterländischen Partei und der Neuen Demokratie.

Die BSP hatte im Vorfeld der Neuwahlen schwere Niederlagen zu verkraften. So zum Beispiel den Austritt von 17 Abgeordneten aus der BSP-Fraktion im Parlament, womit diese ihre Mehrheit verlor. Im August 1991 schloß die BSP ein Wahlbündnis mit neun kleineren Parteien: der nationalistischen Vaterländischen Partei der Arbeit, der Bulgarischen Liberalen Partei, der Ära-3, dem Bund der Jungen Sozialisten, der Christlichen Frauenbewegung, der Christlich-Republikanischen Partei, der Föderation der Bulgarischen Sozialistischen Jugend und der Nationalliberalen Partei "Stefan Stambolov" in Veliko Târnovo. Neben der BSP und dem Wahlbündnis ließen sich noch andere orthodoxe kommunistische Parteien registrieren. Darunter befanden sich die Bulgarische Kommunistische Partei, die sich als Nachfolgerin der alten BKP betrachtet, die Bulgarische Kommunistische Partei - Marxisten und die Bulgarische Kommunistische Partei - Revolution, die die Anhänger Todor Živkovs vereinigt.

Das faktische Gleichgewicht von SDS und BSP nach den Wahlen im Oktober 1991 führte zu einer paradoxen Situation. Die Bewegung für Rechte und Freiheiten der Türkischen Minderheit (DPS, deutsch BRF), die vom

Obersten Gericht nur als Bewegung und nicht als Partei (die Verfassung verbietet Parteien auf ethnischer Grundlage) zugelassen wurde (jedoch inzwischen sowohl als Partei als auch als Bewegung fungiert), ist das Zünglein an der Waage. Das heißt, daß die Interessen der türkischen Minderheit, vertreten von der DPS, in Patt-Situationen nicht nur über die Annahme von Gesetzen und Beschlüssen entscheiden, sondern auch über die Existenz von Regierungen. Die DPS vertritt - als kontinuierliche Fortsetzung der türkischen Parlamentarier zu Živkovs Zeiten - die Interessen von etwa 800.000 ethnischen Türken und etwa 200.000 Pomaken (Bulgaren islamischen Glaubens). Für die SDS bleibt die DPS jedoch ein großer Unsicherheitsfaktor.

Die ebenfalls am 13. Oktober 1991 durchgeführten Kommunalwahlen gewann die BSP in 1.849 von 3.798 Gemeinden. Die DPS stellte 566, die SDS 481 und der BZNS 404 Bürgermeister. Am 8. November 1991 bekam Filip Dimitrov (SDS) den Auftrag, ein neues Kabinett zu bilden. Der 37jährige Dimitrov wurde mit 131 gegen 94 Stimmen zum Regierungschef gewählt. Im Januar 1992 fanden Präsidentschaftswahlen statt, die Želju Želev mit 52,85 Prozent gewann Er erhielt neben den Stimmen der SDS auch die der meisten Parteien mit antikommunistischer Orientierung. Die BSP lehnte Želev diesmal kategorisch ab und unterstützte seinen Opponenten Vâlkanov (BZNS), der 47,15 Prozent der Stimmen erzielte. Die von der Regierung Dimitrov betriebene Wirtschaftspolitik, ihr Programm der Landprivatisierung und der wirtschaftlichen Liberalisierung lösten heftigsten Widerstand aus. Noch im Januar, einen Tag nach der Präsidentschaftswahl, brachten sechs Abgeordnete - unter ihnen Ministerpräsident Filip Dimitrov - einen Gesetzentwurf ins Parlament ein, der letztlich auf die Rehabilitierung von Kriegsverbrechern hinausgelaufen wäre[22]. In diesem Gesetz sollten die vom Volksgerichtshof (1944-1947) für ihre Verbrechen gegen die Menschlichkeit Verurteilten "rehabilitiert" werden und ihr Eigentum zurückbekommen. Begründet wurde das Gesetz mit den Privatisierungsprozessen und der damit verbundenen Rückübertragung von Privateigentum. Erst nach einem internationalen Eklat und der ausgesprochen negativen Reaktion von Abgeordneten des Europaparlaments sowie diplomatischer Vertretungen in Sofia wurde der Gesetzentwurf zurückgezogen. Ein weiterer Fauxpas war das "Vergessen" der ethnischen Türken bei der Privatisierung von Grund und Boden. Die Bewegung für Rechte und Freiheiten der Türkischen Minderheit und die Bulgarische

22 Proektozakon za objavjavane nedejstvitelnostta na Naredba-zakon za câdene ot Naroden câd vinovnicite za vâvličane na Bâlgarija v Svetovnata voina sreštu saiuznite narodi i za zlodejanijata, svârzani s neja (Gesetzentwurf, der die Verfügung des Volksgerichts für ungültig erklärt, die die Schuldigen an der Beteiligung Bulgariens am Zweiten Weltkrieg gegen die Alliierten und der damit verbundenen schlechten Taten verurteilte), in *Duma*, 13 Januar 1992.

Sozialistische Partei einigten sich im weiteren Vorgehen. Am 18. September 1992 reichte die DPS einen Mißtrauensantrag gegen den Parlamentspräsidenten Stefan Savov ein. Savov trat am 24. September zurück. Arroganz der Macht, Führungsschwäche und Konzeptionslosigkeit sowie fehlende Sozialpartnerschaft wollte die Regierung mit Entlassungen einzelner Minister vor dem Volk kompensieren. Die Medien servierten Schreckensnachrichten[23] wie den drohenden Einmarsch der Panzerbrigade aus Gorna Banja, die einen Staatsstreich vereiteln sollte, die angebliche Verwicklung Bulgariens in einen internationalen Waffenskandal usw. Anfang Oktober streikten die Lehrer, 4.000 Schulen waren für eine Woche geschlossen. Dimitrov geriet im Parlament unter Druck, da ihm eine Waffenaffäre mit der Republik Mazedonien vorgeworfen wurde. Er habe dem Ansehen des Landes, der nationalen Sicherheit und der Stabilität auf dem Balkan geschadet, hieß es in einer mehrheitlich angenommenen Erklärung des Parlaments. Nach Beschuldigungen des Geheimdienstchefs Asparuchov gegen den Berater Dimitrovs, Mišev, hatte das geplatzte Waffengeschäft einen Umfang von 2.000 Millionen Dollar[24]. In der Nacht zum 29. Oktober stolperte die Regierung Dimitrov über ihren eigenen Vertrauensantrag[25]: 111 gegen 120 Stimmen (BSP und DPS). Zwölf Stunden später riet die SDS ihrem Vorsitzenden und eben gestürzten Ministerpräsidenten, er möge doch eine neue Regierung bilden - die dritte seit dem Wahlsieg im Oktober 1991. Die erneute Kandidatur von Dimitrov war auch in der SDS selbst umstritten. Anfang November forderte der Vorsitzende der DPS, Ahmed Dogan, eine "Wende nach Links" von der SDS, da sie ein faschistisches Diktat führe. Drei Wochen nach seinem Rücktritt scheiterte die erste Kabinettsbildung unter Dimitrov. Der harte Kern der SDS stellt fest: eine Verschwörung des KGB, des bulgarischen Geheimdienstes, der Kommunisten, der Türken an der Spitze mit Präsident Želev. Und das, obwohl der IWF, Vertreter des Europaparlaments und die Führung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften Kurskorrekturen anmahnten Stojan Ganev, Außenminister und Vorsitzender des Christlich-Demokratischen Zentrums, wurde für eine versuchte Vermittlung "bestraft", indem Dimitrov ihn übergehen wollte. Alexander Jordanov, der neue Parlamentspräsident, und der geschaßte Verteidigungsminister Dimitâr Ludžev

23 Einige Nachrichten entbehren nicht der Komik: Die Bergleute im südostbulgarischen Dimitrovgrad seien in lila Strumpfhosen zur Arbeit gegangen. Die "Dimitrovska Pravda" teilte mit, daß Arbeitssocken zur Zeit leider nicht verfügbar seien. Vor allem bemängelten die Kumpel, daß den Strumpfhosen der für Männer vorgeschriebene Eingriff fehlte Frauen in dem Städtchen weigerten sich, öffentlich Strumpfhosen in der Farbe des "letzten Versuchs" zu tragen. Vgl. *Dimitrovska Pravda*, 2 Oktober 1992.

24 Vgl. *Duma* und *Demokracija*, 20. Oktober 1992.

25 Vgl. auch B. Gjuzelev, Bulgarien zwischen den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen (Okt. 1991 bis Ende Febr. 1992), in: *Südosteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsforschung*, 10/1992, S 613 - 632

galten als Nestbeschmutzer, wurden jedoch nicht aus der SDS ausgeschlossen, weil das Bild nach außen nicht noch mehr Zerstrittenheit vertrug. Deutlicher konnte die SDS ihre Hilflosigkeit nicht eingestehen als mit dem Auftrag an die BSP, die Regierungsbildung zu übernehmen. Der Sozialdemokrat Karamfilov, der Ex-Dissident Bojadžiev und - so kurios es klingt - die DPS mit ihren 24 Abgeordneten wurden mit der Regierungsbildung betraut. Am 23. Dezember 1992 erklärte Želev, daß Vertreter aller Parlamentsfraktionen eine Expertenregierung unter der Leitung des 67jährigen Wirtschaftsfachmanns Ljuben Berov (Vorschlag der DPS) gründen würden. Berov erklärte, mit seiner Regierung der "nationalen Verantwortung" wolle er die nationale Konfrontation überwinden und eine militärische Auseinandersetzung in Bulgarien verhindern. Mit 124 Stimmen der 149 an der Abstimmung beteiligten Abgeordneten gewann Berov am 30. Dezember 1992 vor allem die Unterstützung der BSP. Nach langwierigen Diskussionen im Parlament konnten unter Berov wesentliche Voraussetzungen für den Fortgang der Marktwirtschaft realisiert werden wie das Gesetz über den Grund und Boden, das Privatisierungsgesetz und der Abschluß der Umschuldungsgespräche mit Gläubigerbanken des Pariser Clubs. Doch die Verzögerungen bei den Wirtschaftsreformen, die wachsende Unzufriedenheit eines großen Teils der Bevölkerung und die Verschleppung der Privatisierung forderten ihren Tribut. Am 2. September 1994 bot die Regierung Berov ihren Rücktritt an. Sechs Mißtrauensanträge hatte der Premier zuvor überstanden. Tags darauf erklärten die beiden größten politischen Kräfte, die SDS und die BSP, daß nun Kurs auf Neuwahlen genommen werden müsse - eine Situation, die beide Seiten wegen des Patt-Verhältnisses seit fast zwei Jahren vermieden hatten.

Die Parlamentswahlen fanden am 18. Dezember 1994 statt. Während im Juni 1990 noch 90,79 Prozent der Wahlberechtigten ihr Stimmrecht wahrgenommen hatten, beteiligten sich im Dezember 1994 nur noch 75,21 Prozent an den Wahlen. Abgesehen von einer Verringerung der Anzahl der Deputierten von 400 auf 240, war das Wahlgesetz von 1990 unverändert geblieben. Gewählt wird nach dem Verhältniswahlrecht, obwohl die Mehrheit der Wähler das Mehrheitssystem bevorzugt. Die Probleme 1994 ergaben sich ebenfalls aus Richtlinien, die vier Jahre zuvor beschlossen worden waren. Zum Beispiel wurde die Sendezeit der Medien von vornherein auf die drei etablierten Parteien aufgeteilt (BSP 45 Prozent, SDS 45 Prozent und DPS 10 Prozent). Einem diesbezüglichen Einspruch des Präsidenten gab die Zentrale Wahlkommission nicht statt. Weitere Streitigkeiten entbrannten um die Farben der Wahlzettel, die nach demokratischen Traditionen eigentlich weiß sein müßten. Doch mit der Zuordnung von politischen Strömungen zu Farbnuancen wie Rosa wurden die Wähler vollständig verwirrt. Problematisch

war auch die Finanzierung der Parteien. Es galten die gleichen Erstattungssätze wie schon 1991, ohne der Inflation Rechnung zu tragen. Zudem wurden die noch nicht ausgezahlten Summen aus dem vergangenen Wahlkampf unberücksichtigt gelassen.

Zur Wahl stellten sich 48 Parteien, Organisationen und unabhängige Kandidaten. Die Sperrklausel von vier Prozent verringerte jedoch für kleinere Parteien die Chancen auf einen Einzug in das Parlament erheblich. Der Wahlsieg der Sozialisten kam nicht unerwartet. Die Koalition mit der der ehemaligen BKP verbundenen Bauernpartei (nationaler BZNS) und der politischen Umweltbewegung Eko-Glasnost trug Früchte. Die BSP erreichte mit ihren Partnern 125 der 240 Mandate. Die am 18. Januar 1995 gebildete Regierung unter Jean Videnov steht nun vor der schier unlösbar anmutenden Aufgabe, die Wirtschaft zu stabilisieren, den Anschluß an die europäische Entwicklung zu bewerkstelligen und die demokratische Entwicklung des Landes weiter zu befördern.

Tabelle 1: Vergleich der Wahlergebnisse (Anteil der Stimmen an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen - in Prozent)[26]

	1990	1991	1994
Bulgarische Sozialistische Partei (BSP)	47,15	33,14	43,54
Union der Demokratischen Kräfte (SDS)	36,20	34,36	24,20
Bewegung für Rechte und Freiheiten der Türkischen Minderheit (DPS)	6,03	7,55	5,39
Bulgarische Bauernpartei (BZNS)	8,03	-	-
Volksallianz (Demokratische Partei und Bauernpartei "Nikola Petkov")	-	-	6,51
Bulgarischer Unternehmerblock (BBB)	-	-	4,47

4. Statuten und intermediäre Beziehungen der Parteien

In den sieben bzw. acht bedeutenderen politischen Parteien in Bulgarien sind in Übereinstimmung mit den Statuten zwei Organisationsstrukturen vorherrschend:

26 Vgl. G. Karasimeonov, Vom Kommunismus zur Demokratie in Bulgarien, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 27. März 1992, S. 18; *Bulgarisches Wirtschaftsblatt*, Januar 1995.

1. ausschließlich zentrale Führungen, wie sie vor allem für die kleineren Parteien kennzeichnend sind;
2. eine zentrale Leitung örtlicher Untergliederungen und Klubs, die mit regionalen Strukturen zusammenarbeiten.

Formal betrachtet verfügen alle politischen Kräfte über demokratische Strukturen und eine Art der inneren Gewaltenteilung. Kongreß, Landeskonferenz, Nationalvorstände - repräsentative Organe - üben die "gesetzgebende" Funktion aus und wählen die exekutiven Strukturen der Parteien. Traditionell bilden die bulgarischen Parteien von den exekutiven Organen unabhängige Kontroll- und Revisionsstrukturen. Gekennzeichnet sind die Parteien zudem vom Bestreben, zentralisierte Strukturen zu bilden. Ein anderes Spezifikum bulgarischer Praxis ist die Registrierung von Bürgerbewegungen ohne politisches Ziel. Diese lassen zusätzlich politische Klubs eintragen, über die sie sich direkt oder indirekt an den Wahlen beteiligen. Das betrifft zum Beispiel Eko-Glasnost oder das Verfassungsforum.

Die Kandidaten der Parteien für die Wahlen werden laut Statut von unten aufgestellt. Doch auf regionaler Ebene wird nur über Bürgermeister und Gemeinderäte entschieden. Hohere Ebenen der Parteihierarchie oder Kandidaturen für Abgeordnetenmandate und die Präsidentschaft werden nach wie vor zentral besetzt. Die Chance, für die Wahlen in einflußreiche Positionen aufgestellt zu werden, hängt demnach weiterhin von der Gunst der Parteiführer ab. Die formell erforderliche Aufstellung von Parteikandidaten in den Versammlungen der örtlichen Organisationen (ob offen oder geheim) ist weitaus weniger ausschlaggebend als die Entscheidung der Parteieliten, die gegebenenfalls die Parteibasis in ihrem Sinne zu manipulieren vermögen Weniger die "Treue zur politischen Linie" als vielmehr die Loyalität gegenüber bestimmten Führungspersonen ist maßgeblich für Karrieren. Kennzeichnend - insbesondere für die Periode 1990 bis 1992 - ist ein häufiger Wechsel von der Politik zur Wissenschaft oder Kultur und umgekehrt.

Hinsichtlich der Mitgliedschaft in einer politischen Organisation gibt es kaum wesentliche Einschränkungen. Sie betreffen zumeist die Beteiligten an der Macht vor 1989, Verbrecher und Angehörige der allerdings nicht eindeutig abgegrenzten Schicht der sogenannten Nomenklatura. Einfache BKP-Mitglieder sind davon schon deshalb weniger tangiert, weil die Rasanz der Umbruchprozesse einen ebenso schnellen Wechsel von einer zur anderen politischen Partei ermöglichte. Die meisten politischen Kräfte stellen demzufolge auch keine besonderen Ansprüche an ihre Mitglieder. Eine Ausnahme ist die antikommunistische Sozialdemokratische Partei, deren Führer Petâr Dertliev im Herbst 1990 in einem Rundschreiben an die örtlichen Parteiorganisationen ehemaligen BKP-Mitgliedern - unabhängig von ihrer konkreten Vergangenheit - untersagte, führende Funktionen in der Sozialdemokrati-

schen Partei einzunehmen. Dieses Rundschreiben Nr. 5 führte allerdings in der Partei von Dertliev zu Unruhen und wird als Ursache für den drastischen Mitgliederschwund (auf später ein Zehntel) sowie für die Spaltung der Partei betrachtet. Dieselben ideologischen Gründe veranlaßten Dertliev, keine früheren Mitarbeiter des Verteidigungs- und des Innenministeriums aufzunehmen. Die Sozialdemokraten verloren auf diese Art sowohl die Unterstützung dieser mächtigen Strukturen als auch den vorherigen Einfluß auf maßgebliche Entscheidungen. Die Demokratische Partei sieht für Ex-BKP-Mitglieder eine Kandidatenzeit von drei Jahren vor (ansonsten sechs Monate). Führende Positionen dürfen sie aber auch nach den bestandenen drei Jahren nicht einnehmen. Gespeist werden diese Maßnahmen aus der Furcht, die ehemaligen Kommunisten könnten die Partei sabotieren.

Trotz statutarisch festgelegter Gründe für einen Parteiausschluß (vorsätzliche, gerichtlich bewiesene Verbrechen, schwere Verletzungen des Parteistatuts, Nichteinhaltung bzw. Widerstand gegen Parteibeschlüsse) ist es in Bulgarien praktisch unüblich, Mitglieder aus der jeweiligen Partei auszuschließen. Man hält sich lieber an die liberale These eines freiwilligen Austritts. Die Demokratische Partei bildet auch in dieser Hinsicht eine Ausnahme. Die zentrale Führung schloß Mitglieder aus. Nachdem dies einige führende Funktionäre getroffen hatte, spaltete sich die Partei in mindestens drei politische Kräfte, von denen nur eine in der SDS verblieb.

In den Statuten der Parteien werden den Mitgliedern folgende Rechte eingeräumt: Das Recht zu wählen und gewählt zu werden; Kritik zu üben - auch an den zentralen Organen -; Informationen anzufordern; das Recht, gegenüber staatlichen Organen und der Öffentlichkeit verteidigt zu werden (außer bei vorsätzlichen Verbrechen); verschiedene ideologische Plattformen und politische Strömungen zu bilden (allerdings mit Ausnahme jener Parteien, die Fraktionsbildung verbieten). Diese Rechte gelten auf allen Ebenen der Parteihierarchie. Pflichten bestehen in der Teilnahme am organisatorischen Leben der Partei, in der Akzeptanz des Programms und Statuts und im Zahlen des Mitgliedsbeitrages. Eine Doppelmitgliedschaft ist ausgeschlossen. Doch erlaubt z.B. das BSP-Statut eine kollektive Mitgliedschaft. Mitglied kann nur werden, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat (Volljährigkeit).

In politischen Koalitionen wie der SDS stellt sich die Frage nach Parteiflügeln, Minderheiten und/oder Fraktionen nicht. Gegenwärtig existieren jedoch gerade hier unübersehbare Spannungen zwischen den linkeren, der "Podkrepa" nahestehenden Kräften und jenen, die die SDS radikal nach rechts treiben wollen. Rivalitäten gibt es auch zwischen der Radikaldemokratischen Partei und der Demokratischen Partei. In der Sozialdemokratischen Partei ist Fraktionsbildung ausgeschlossen. Die Nachfolgeorganisationen des BZNS - verschiedene Parteien und Strukturen - existieren als selb-

ständige politische und juristische Personen, bei denen eher die Frage nach einer künftigen Vereinigung zu stellen wäre. Insgesamt gesehen sind die verschiedenen Minderheiten, Flügel und Fraktionen häufig weniger ein Ausdruck unterschiedlicher politischer Meinungen als vielmehr Machtambitionen und Generationskonflikten geschuldet, die eine ideologische Form annehmen.

Neben diesen gesellschaftlich relevanten Entwicklungs- und Polarisierungsprozessen im politischen Kräftespektrum muß auf weitere Organisationen eingegangen werden, die aber nur zum Teil Massencharakter tragen. Sekundäre bzw. Satellitenorganisationen der Parteien findet man vor allem in Gestalt der jeweiligen Jugendbewegung. Der BSP zugeordnet werden der Bund der Jungen Sozialisten, der Bulgarische Studentenbund, der Bulgarische Sozialistische Jugendverband, die Föderation der Bulgarischen Sozialistischen Jugend und die umbenannte ehemalige Komsomolorganisation, die Bulgarische Demokratische Jugend. Da die Umbruchprozesse in Bulgarien zum Teil den Charakter eines Generationskonfliktes annehmen, verfügen auch der BZNS-Nikola Petkov, die Radikaldemokratische Partei, die Bulgarische Sozialdemokratische Partei und die Demokratische Partei über größere Jugendorganisationen. Der überwiegende Teil der Jugendlichen unterstützte 1990 die SDS. Die gegenwärtige Polarisierung der Jugend ist direkt mit dem Prozeß der weiteren Demokratisierung des Landes verbunden und aktiviert die Jugendstrukturen der verschiedensten politischen Kräfte - dies ist allerdings eine sehr langwierige Entwicklung. Auch Stiftungen für politische Studien und politische Propaganda sowie Zeitungen, Zeitschriften und Verlagshäuser sind de facto Satellitenorganisationen der Parteien. Sie sind selbständige juristische Subjekte, die nicht nur politischen Nachwuchs ausbilden, sondern auch Verbindungen zum privaten Unternehmertum und zu staatlichen Betrieben herstellen. Einen wesentlichen Einfluß auf die politischen Kräfte üben zudem ausländische wissenschaftliche und kulturelle Stiftungen aus, die deren verschiedene Pläne real finanzieren.

In Bulgarien existieren zwei große Gewerkschaftsverbände: die Konföderation der Unabhängigen Gewerkschaften (die ehemalige offizelle Gewerkschaftsorganisation), die ihre Unabhängigkeit von der ehemaligen Staatspartei durchsetzen konnte, und die antikommunistisch ausgerichtete Konföderation der Arbeit "Podkrepa". Im Zusammenhang mit der Politik der SDS-Regierung vom November 1991, die eine radikale Wirtschaftsreform ohne Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften realisieren wollte, kam es zu gemeinsamen Aktionen beider - traditionell links ausgerichteter - Gewerkschaftsverbände. Die "Podkrepa" unter dem Vorsitz von Konstantin Trenčev löste sich nach und nach von ihrer Funktion als Bindeglied und stärkste Organisation in der SDS, da sie fürchtete, ihren gewerkschaftlichen Charakter

zu verlieren, wenn sie dauerhaft eine rechte Regierung unterstütze. Die Konföderation der Unabhängigen Gewerkschaften ist bisher weder in der Lage noch bereit, das Wählerspektrum der BSP zu unterstützen. Das bedeutet sowohl für die SDS als auch für die BSP, auf längere Zeit einen relativ isolierten Kampf um die Gunst der Arbeiter führen zu müssen. Die Gewerkschaftsorganisation der Militärs - die Offiziersliga "Georgi Sava Rakovski" - nimmt zentristische Positionen ein, steht der Präsidialmacht nahe und wird von fast allen politischen Kräften "umworben".

Die Bulgarisch-Orthodoxe Kirche nahm bis Mai 1992 eine weitgehend neutrale Haltung zu den Umbruchprozessen ein. Sie wurde im Unterschied zu Polen nicht zum Subjekt politischer Aktionen. Im Mai 1992 spaltete sich die Heilige Synode in Anhänger der radikalsten Gruppen innerhalb der SDS und in jene, denen Kollaboration mit der ehemaligen Staatspartei vorgeworfen wurde. Die Folgen einer Politisierung der Erneuerungsprozesse in der bulgarischen Kirche sind in bezug auf ihre gesellschaftliche Relevanz und für die Entwicklung innerhalb der Kirche noch nicht absehbar.

Neben Spaltungen aufgrund von Machtambitionen einzelner oder einer dominierenden Gruppe ist eine Identifizierung der Partei mit ihrem Vorsitzenden für Bulgarien typisch. Seit hundert Jahren wird im Parlament mit farbigen Wahlzetteln abgestimmt. Heute sind das die folgenden Farben: SDS - blau, Kommunisten - rot, Sozialdemokraten - rosa, Demokraten - violett usw. Das verstärkt zum einen die Identifizierung und Selbstidentifizierung der politischen Partei mit bestimmten Richtungen, forciert aber zum anderen die Irrationalität und Verwirrung im gesellschaftlichen Leben.

5. Alternativen künftiger politischer Entwicklung

Der dynamische Zustand des politischen Systems in Bulgarien ist auch fünf Jahre nach dem Ende des Sozialismus noch immer ein Ergebnis der Spannungen, die durch die Konfrontation möglicher politischer Modelle, fehlender bzw. einseitiger Konzepte für die gesellschaftliche Entwicklung und der damit verbundenen Politisierung als Selbstzweck hervorgerufen werden. Maria Pirgova-Peneva[27] sieht mehrere, weitgehend schematische, Möglichkeiten der weiteren Entwicklung des politischen Systems in Bulgarien:

27 Vgl. M. Pirgova-Peneva, Die politischen Modelle des pluralistischen Systems in Bulgarien, in: *Bulgarian Quarterly*, 3-4/1992, S. 74 - 81; dies., Das Parteiensystem in Bulgarien. Vortrag auf der wissenschaftlichen Konferenz "Die Parteiensysteme in Osteuropa" am 7. und 8. Oktober 1993 in Berlin, Humboldt-Universität.

1. ein zweipoliges politisches Modell mit einer starken Rechts-Links-Polarisierung;
2. ein technokratisches Modell, das von der Vorgängerpartei der BSP schon seit Mitte der achtziger Jahre propagiert wird (ungarische Erfahrungen, Verbindung mit der Perestrojka);
3. ein Modell des zweiten Netzes, das in der ehemaligen Staatssicherheit entwickelt wurde (basierend auf konspirativen Kontakten für eine Geldwäsche, unklare juristische Basis der Marktwirtschaft, diffuse Eigentumsverhältnisse, Schwierigkeiten beim Aufbau eines Rechtsstaates), sich aber Ende der achtziger Jahre der Kontrolle der BKP entzog;
4. ein restauratorisches Modell mit zwei unterschiedlichen Ansatzpunkten: a. Restauration des politischen Lebens zwischen 1944 und 1947 (Verfechter: Petâr Dertliev, Milan Drenčev) und b. Restauration der Verhältnisse von vor 1939 (Verfechter: promonarchistische und nationalistische Kräfte);
5. ein Modell "Ich an der Macht", das sich im Rahmen der Opposition anfänglich intuitiv entwickelte (Vertreter: Alexander Jordanov, Venzeslav Dimitrov, Ilko Eškenası): das politische System als hierarchischer bürokratischer Apparat, über den die Macht einer kleinen Gruppierung realisiert wird;
6. das Modell der sanften Revolution, eines friedlichen Übergangs und der Ideen von nationalem Konsens und Stabilität - eher als Ideologie zu verstehen denn als Modell (Träger: Želju Želev, Petâr-Emil Mitev, Georgi Fotev, Nedjalko Jordanov, Stefan Zanev, Blaga Dimitrova u.a., die mit dem früheren Dissidentennetz in Osteuropa verbunden waren und von den Positionen Dubčeks und Havels beeinflußt sind);
7. Vorstellungen der einzelnen politischen Parteien und Bewegungen, die jedoch bisher noch immer keinen nationalen Konsens zu einer Entwicklungsrichtung finden, mehrere statische Modelle vorschlagen und dabei zumeist die Dynamik von Konflikten und Konsens außer acht lassen.

Verzeichnis der Parteien

ASO	Alternativno Socialističesko Obedinenije (Alternative Sozialistische Vereinigung)
ASP	Alternativna Socialističeska Partija (Alternative Sozialistische Partei)
ASLP	Alternativna Socialna Liberalna Partija (Alternative Soziallberale Partei)
BBB	Bâlgarski Buzines Blok (Bulgarischer Unternehmerblock, BUB)
BBP	Bâlgarska Buzines Partija (Bulgarische Unternehmerpartei, BUP)
BKP	Bâlgarska Kommunističeska Partija (Bulgarische Kommunistische Partei)
BLP	Bâlgarska Liberalna Partija (Bulgarische Liberale Partei)
BRP	Bâlgarska Rabotničeska Partija (Bulgarische Arbeiterpartei, BAP)
BRSDP	Bâlgarska Rabotničeska Socialdemokratičeska Partija (Bulgarische Sozialdemokratische Arbeiterpartei, BSDAP; heute u.a. auch nur als Bâlgarska Socialdemokratičeska Partija, BSDP bezeichnet)
BSDP	s. BRSDP
BSP	Bâlgarska Socialističeska Partija (Bulgarische Sozialistische Partei)
BZNS	Bâlgarski Zemedelski Naroden Sâjuz (Bulgarischer Bauernvolksbund oder Bulgarische Bauernpartei, BBP)
-	Demokratičeski Sgovor (Demokratische Allianz)
DP	Demokratičeska Partija (Demokratische Partei)
DPS	Dviženije sa Pravata i Svobodite na Turzite (Bewegung für die Rechte und Freiheiten der Türkischen Minderheit, BRF)
Era 3	Ära 3
-	Konstitucionen Blok (Konstitutioneller Block)
KRP	Christijanska Republikanska Partija (Christlich-Republikanische Partei)
-	Naroden Blok (Volksblock)
-	Naroden Sâjuz Zveno (Volksbund Zveno)
-	Narodno Socialno Dviženie (Soziale Volksbewegung)
NLP	Nacionalno-Liberalna Partija (Nationalliberale Partei)
NP	Nacionalna Partija (Nationale Partei)

NSDP	Nova Socialdemokratičeska Partija (Neue Sozialdemokratische Partei)
ODZ	Obedinenen Demokratičeski Zentâr (Vereinigtes Demokratisches Zentrum)
OF	Otečestvenijât Front (Vaterländische Front, VF)
PLP	Progresivna Liberalna Partija (Progressive Liberale Partei)
RDP	Radikalno-Demokratičeska Partija (Radikaldemokratische Partei)
RP	Radikalna Partija (Radikale Partei)
SDS	Sâjuz na Demokratičeski Sili (Union der Demokratischen Kräfte, UDK)
-	Voenen Sâjuz (Militärliga)
ZP	Zelena Partija (Grüne Partei)
-	Zveno (Militärbündnis)

Cornelia Domaschke

Das Parteiensystem Albaniens

Albanien, wo sich in der Nachkriegszeit der Prototyp eines stalinistischen Einparteienregimes etablierte, hat sich als letzter osteuropäischer Staat auf den Weg des gesellschaftlichen Umbaus begeben. Die Voraussetzungen für den Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft waren nicht nur im Vergleich zu den mittelosteuropäischen, sondern auch zu den anderen, ehemals sozialistischen Balkanstaaten weit ungünstiger. Diese widrigen Umstände sind aber nicht allein der Hoxha-Diktatur anzulasten, sondern liegen auch in der Geschichte des Landes begründet. Mehr als vier Jahrhunderte lang war Albanien Teil des Osmanischen Reiches, bis nach den Balkankriegen im November 1912 ein Nationalkongreß in Vlora (Südalbanien) die staatliche Unabhängigkeit proklamierte. Sie blieb formal. Auch der zweite Anlauf in die Unabhängigkeit vom Januar 1920 in Lushnja (ebenfalls Südalbanien) war nur eine Episode Nach einer kurzen Phase politischer Wirrnisse und vergeblichen Versuchen, pluralistische Strukturen herauszubilden, sollte sich diese Möglichkeit aufgrund unterschiedlichster innerer und äußerer Faktoren erst nach fast sieben Jahrzehnten - im Dezember 1990 - aufs neue ergeben. "Im Unterschied zu allen osteuropäischen Staaten kann der [heutige] albanische Parteienpluralismus nicht auf Vorläufer zurückgreifen. Wenn man an Parteien Mindestanforderungen hinsichtlich programmatischer und organisatorischer Substanz stellt, hat es in Albanien vor dem Zweiten Weltkrieg keine Parteien, sondern allenfalls Ansätze gegeben."[1]

Von um so größerer Relevanz für das gesamte gesellschaftliche Leben im Verlauf von viereinhalb Jahrzehnten albanischer Nachkriegsgeschichte sollte die Partei der Arbeit Albaniens (PPSh) werden. Sie wurde im November 1941, eineinhalb Jahre nach der Besetzung des Landes durch das faschistische Italien, als Kommunistische Partei Albaniens (PKSh) gegründet und auf deren ersten Parteitag im November 1948 in PPSh umbenannt. Anders als andere kommunistische Bewegungen in osteuropäischen Ländern entstand die PKSh nicht durch Abspaltung des linken Flügels von der Sozial-

1 M Schmidt-Neke, Geschichtliche Grundlagen, in *Albanien. Südosteuropa-Handbuch*, Bd VII, hrsg. v K.-D. Grothusen, Göttingen 1993, S. 38f.

demokratie, die es in Albanien nicht einmal im Ansatz gegeben hatte. Seit 1928 begann die Herausbildung sogenannter kommunistischer Gruppen in größeren Städten sowie im sowjetischen und französischen Exil. Auf gemeinsame Grundpositionen und Aktivitäten hatten sie sich bis November 1941 nicht einigen können. Auch nach der Parteigründung, deren tätsächliche Vorgeschichte und Begleitumstände künftigen Forschungen vorbehalten sind, hielten Machtkämpfe und periodisch wiederkehrende Säuberungsaktionen bis in die achtziger Jahre hinein an. Allgemein wird davon ausgegangen, daß in den Jahrzehnten der Hoxha-Diktatur mehrere Hunderttausend politische Gegener hingerichtet wurden. Auch die Anzahl derjenigen, die über Jahrzehnte in politischen Gefangenenlagern dahinvegetierten, ist für osteuropäische Verhältnisse ungewöhnlich hoch. Jeder dritte Bürger Albaniens kam mit dem gefürchteten Geheimdienst des Hoxha-Regimes - Sigurimi - in Berührung.

Die Geschichte der PPSh ist auch eine Geschichte des sogenannten Kampfes gegen die unzähligen inneren und äußeren Feinde des "albanischen Sozialismus" und je nach Lage innerer und äußerer Umstände die Geschichte einer wechselnden "Generallinie" Enver Hoxhas. Bis heute ist zum Beispiel noch nicht zweifelsfrei geklärt, ob er wirklich der Parteigründer war bzw. wann er die Parteiführung an sich gerissen hat. Daß es den Kommunisten dennoch weit mehr als dem antikommunistisch verfaßten Widerstand gelang, Massen zu mobilisieren, hängt auch damit zusammen, daß sie den Albanern versprachen, sie nicht nur bis zur staatlichen Unabhängigkeit, sondern auch zu einer sozialen Revolution zu führen. Im südlichen Teil des Landes, der bis zur faschistischen Okkupation nicht über eine halbfeudale/halbkapitalistische Entwicklungsstufe hinausgekommen war, erlangte die kommunistische Partei mit einer Bodenreform breite Symphatien in der überwiegend aus landlosen und landarmen Bauern bestehenden Bevölkerung. Inwieweit sie im Norden des Landes eine breite Anhängerschaft erzielte, ist nicht feststellbar. Patriarchalisch geführte Stämme auf der Basis des "Kanuni i Lekë Dukagjinit" (des albanischen Gewohnheitsrechts), in dem die "Gjakmarrja" (Blutrache) einen zentralen Platz einnahm, hatten sich hier über die Jahrhunderte erhalten. Die Hohe Pforte hatte die Autonomie des Nordens kaum angetastet. Die schnelle Rückkehr zur historisch überkommenen Lebensweise nach den politischen Umbruchprozessen einschließlich einer sprunghaft steigenden Anzahl von Blutrachefällen (albanische Soziologen gehen davon aus, daß das allein 1991 noch ca. 30 bis 40 Prozent der angezeigten Morde betraf) läßt erahnen, daß auch die zu einer unmenschlichen Diktatur verkommenen Sozialismuspläne der Staatspartei kaum den Boden für Ideen und Aktivitäten in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft nach westlichem Muster bereitet haben.

Ihren Führungsanspruch leitete die PPSh aus ihrer Führungsrolle im nationalen Befreiungskampf, als Initiatorin der im Januar 1946 gegründeten Volksrepublik Albanien (seit 1976 Sozialistische Volksrepublik Albanien, seit 1991 Republik Albanien) und nicht zuletzt aus der Überzeugung ab, die Menschen mit ihrem allein selig machenden Gesellschaftskonzept zu ihrem Glück zwingen zu müssen. Die Totalität, mit der dieser Führungsanspruch vertreten wurde, nahm im Laufe der Jahre immer groteskere Züge an. In der 1945 in Demokratische Front Albaniens umbenannten Nationalen Befreiungsfront, der neben der kommunistischen Partei auch die von ranghohen Parteifunktionären geführten Massenorganisationen (Gewerkschaften, Frauen, Jugend) angehörten, hielt sich die Partei nach außen zunächst noch im Hintergrund. Das Wahlprogramm für die ersten Parlamentswahlen nach der Befreiung (Dezember 1945) trug indes deutlich ihre Handschrift. Einige Nichtkommunisten wurden zwar gewählt. Als sie jedoch die Einhaltung parlamentarischer Rechte (freie Debatten, Kritik an der Regierung, Publikation der Parlamentsprotokolle) forderten, beschuldigte man sie prompt der Konspiration mit dem Westen. Bald darauf wurden sie ihrer Mandate enthoben und als Verräter abgeurteilt. Der Parteiführung nicht genehme Parlamentarier wurden fortan nicht mehr aufgestellt, was freilich nicht heißt, daß selbst Personen, die der Partei treu ergeben waren, aus den unterschiedlichsten Gründen des Abweichens von der "richtigen" Linie bezichtigt werden konnten. Echte und fingierte Selbstmorde, Hinrichtungen und Verbannungen blieben unter den hohen Partei- und Staatsfunktionären sowie deren Angehörigen während der gesamten Hoxha-Ära an der Tagesordnung.

Im März 1946 verabschiedete die Verfassunggebende Versammlung die erste Nachkriegsverfassung und wandelte sich selbst in ein reguläres Parlament - die Volksversammlung - um. Der Verfassungstext von 1946 verzichtete noch darauf, de jure festzuschreiben, was de facto bestand - der alleinige Führungsanspruch der kommunistischen Partei. Nach dem Bruch mit Belgrad im Juni 1948, der vorübergehenden Orientierung an Moskau und der Verfassungsänderung vom Juli 1950 ergab sich ein fast wörtlich übernommener Führungsanspruch, wie ihn die sowjetische Verfassung von 1936 festgeschrieben hatte. Aber selbst das reichte den albanischen Machthabern noch nicht. Im Dezember 1976 wurde eine neue Verfassung verabschiedet, die die Volksrepublik Albanien zur Sozialistischen Volksrepublik Albanien deklarierte. Sie gilt als das politische Vermächtnis von Enver Hoxha. Bei ihrer Ausarbeitung führte er selbst den Vorsitz. Der in Artikel 3 festgeschriebene Führungsanspruch der Partei der Arbeit und ihres Vorsitzenden Enver Hoxha war ähnlich formuliert wie in den entsprechenden Verfassungen der osteuropäischen Länder: "Die Partei der Arbeit Albaniens, Vorhut der Arbeiterklasse, ist die einzige führende politische Kraft des Staates und der Gesellschaft."[2]

Dieser Führungsanspruch war noch unangefochten, als in den anderen osteuropäischen Ländern die politischen Umbruchprozesse längst in vollem Gange waren. Anfang 1990 sah die Partei- und Staatsführung Albaniens laut offiziellen Verlautbarungen noch immer keinen Handlungsbedarf für Veränderungen. Sich mehrende Gerüchte über Unruhen in Albanien wurden dementiert und schlicht als Einmischung in die inneren Angelegenheiten disqualifiziert. Die Aufbruchstimmung in Osteuropa schien zunächst völlig an diesem Land vorbeizugehen. Anläßlich des fünften Todestages von Enver Hoxha suchte am 11. April 1990 fast das gesamte Politbüro der Partei der Arbeit Albaniens nebst zahlreichem Anhang seine Grabstätte auf, um dem "Meister aller Albaner" ewige Treue zu schwören. Angeführt wurde der Zug von Ramiz Alıa - damals sowohl Staats- als auch Parteichef - und der grauen Eminenz Albaniens, der Hoxha-Witwe Nexhmije - ZK-Mitglied der alten Staatspartei und bis zu ihrem lancierten "ehrenvollen" Abgang im Dezember 1990 auch Vorsitzende der Demokratischen Front Albaniens. "Zëri i Popullit" ("Stimme des Volkes"), Organ des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, gab seinem Leitartikel aus gegebenem Anlaß den Titel: "Der Name und das Werk Enver Hoxhas sind unsterblich!"[3] (Die traditionelle Zeremonie wiederholte sich, wenn auch weniger euphorisch, im April 1991[4].)

Hoxhas Reden und Schriften waren zunehmend zu einer Art Heiliger Schrift für die albanischen Kommunisten geworden. Seit den siebziger Jahren wurde er gar als fünfter Klassiker des Marxismus-Leninismus (Marx, Engels, Lenin, Stalin, Hoxha) gefeiert. Er äußerte sich zu allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in Albanien ebenso wie zu allen wichtigen internationalen Fragen. So rechnete er nacheinander mit Tito, Chruschtschow, Breshnew und Mao Zedong sowie der gesamten nichtsozialistischen Welt ab Nach dem Bruch mit China im Juli 1978 waren keine Verbündeten mehr geblieben. Die feindliche Umkreisung Albaniens war vollkommen, der Kampf um die Reinhaltung der "wahren marxistisch-leninistischen Lehre" eine der vorrangigsten Aufgaben der Partei der Arbeit.

Allerdings liegt die so sehr geschätzte Lehre in der von Hoxha interpretierten Form nicht einmal in einer geschlossenen Form als Parteiprogramm vor. Seit 1941 gab es eine Reihe Resolutionen, seit 1948 ein Parteistatut, das mehrfach geändert wurde, und seit den fünfziger Jahren die massenhaft verbreiteten Parteitagsdokumente. Auf die Authentizität der Mehrzahl der Ma-

2 *Verfassung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien*, Tırana 1977, S 10.
3 Emri dhe vepra e Enver Hoxhës jane të pavdekshme, in. *Zëri ı Popullıt*, 11.April 1990, S. 1.
4 Vgl *Zëri i Popullıt*, 12. April 1991, S 1.

terialien kann man sich nur verlassen, wenn man über die ersten Ausgaben verfügt.

Sich der Mühe zu unterziehen, aus allen Reden und Schriften Hoxhas ein in sich geschlossenes Theoriegebäude herauszufiltern, macht wenig Sinn. Je nach politischer Großwetterlage nahm er unterschiedliche Anleihen vor. Wirklich treu blieb er bis zu seinem Ableben nur Stalin und auch das nur verbal.

Am 16./17. April 1990 während des 10. Plenums des ZK der PPSh überraschte Alia das albanische Volk wie auch das Ausland mit seinem Startschuß für demokratische Veränderungen von oben. Überrumpelt und verraten fühlte sich dadurch sowohl der Clan der Hoxha-treuen Parteigänger als auch der seiner Machterhaltung dienende Repressivapparat in Gestalt des gefürchteten Sicherheitsdienstes "Sigurimi". Noch 1988 hatte Alia einen ganz persönlichen Beitrag zur Götzenanbetung geleistet, indem er einen Erinnerungsband mit dem salbungsvollen Titel "Unser Enver"[5] herausgab Im Rückblick, vor allem auf die Zeit seit dem Frühjahr 1990, bekam Alias darin bekundete Bereitschaft zu einer flexiblen Interpretation des Hoxha-Erbes eine Eigendynamik, die Hoxhas Theoriegebäude an sich zum Einsturz brachte Tiefere Ursache für den Sinneswandel Alias dürfte der drohende Kollaps der Wirtschaft gewesen sein, und die Angst vor rumänischen Verhältnissen tat ein übriges.

Das Prinzip der Wirtschaftsentwicklung, sich "gänzlich auf die eigenen Krafte"[6] zu stützen, war nicht mehr aufrechtzuerhalten, das verfassungsrechtlich festgeschriebene Verbot der Kreditaufnahme im Ausland[7] mußte notgedrungen umgangen und schließlich ganz ad acta gelegt werden. Am 31. Juli 1990 verabschiedete das Präsidium der Volksversammlung die Dekrete Nr. 7406 "Über den Schutz ausländischer Investitionen in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien" und Nr. 7407 "Über die Wirtschaftstätigkeit von Unternehmen unter Beteiligung ausländischen Kapitals" (Joint Ventures)[8]. Ein halbes Jahr später, im Januar 1991, richtete die albanische Regierung Beitrittsgesuche an den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank, denen im Oktober desselben Jahres entsprochen wurde.

Was waren die Ausgangsbedingungen dieser Wirtschaftspolitik und -entwicklung? Privatwirtschaftliche Freiräume hatte es in Albanien spätestens

5 Vgl R. Alia *Enver yne*, Tirana 1988
6 E. Hoxha, *Bericht uber die Tätigkeit des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens* (erstattet auf dem 8. Parteitag der PPSh, 1. November 1981), Tirana 1981, S 17
7 Vgl Verfassung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, verabschiedet von der Volksversammlung, 28. Dezember 1976, Artikel 28, Tirana 1977, S. 20
8 Vgl Dekrete per zhvillimin e metejshem të jetës e ekonomike dhe shoqërore të vendit, in *Zëri i Popullit*, 1. August 1990, S. 1

seit den siebziger Jahren nicht mehr gegeben. Die Industrie, die es in der unterentwickelten Agrargesellschaft Vorkriegsalbaniens ohnehin kaum gegeben hatte, bestand allein auf der Grundlage von Staatseigentum. In der Landwirtschaft war die demokratische Bodenreform von 1945 nur eine kurzlebige Episode geblieben; bereits ein Jahr später wurde mit der Vergenossenschaftung begonnen, mit einem später unablässig steigenden Anteil von Staatsgütern. Am Ende war den Bauern und Landarbeitern, deren Anteil sich im Verhältnis zur Gesamtzahl der Bevölkerung wegen des hohen manuellen Arbeitsaufwands in der Landwirtschaft nicht verringerte hatte, nicht einmal mehr der Besitz privaten Hoflands oder eine eigene Kleintierhaltung erlaubt. Seit Beginn der siebziger Jahre bis zur "Wende" 1990/91 lag die Quote der in der Landwirtschaft Tätigen bei ca. 52 Prozent, während in der Industrie und im Bauwesen nur ca. 32 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung beschäftigt waren. Selbstandige Handwerker oder Handler waren in einer solchen Wirtschaft nicht vorgesehen.

Daß die Kommandowirtschaft in den ersten Nachkriegsjahrzehnten nicht zu unterschätzende Erfolge zu erzielen vermochte, ist dem anfänglichen Enthusiasmus des albanischen Volkes sowie den sozialökonomischen Ausgangsbedingungen geschuldet. Häufig ist heute auch die Meinung zu hören, daß die Arbeit der vielen politischen Gefangenen maßgeblich zum wirtschaftlichen Aufschwung beigetragen hat. Aber ohne Hilfe von außen - sie kam zunächst aus Belgrad (bis 1948), dann aus Moskau (bis 1960) und zuletzt aus Peking (bis 1978) - wäre auch dieser anfängliche industrielle Aufschwung nicht möglich gewesen. Ende der siebziger Jahre , als man mit den Reformen Deng Xiaopings in China schrittweise dem Maoismus abzuschwören begann, hatte das Albanien Enver Hoxhas schließlich keinen einzigen Verbündeten mehr und sah sich von "kapitalistischer und revisionistischer Umkreisung" bedroht. Das Prinzip, "sich völlig auf die eigenen Kräfte zu stützen", ließ nur noch die Möglichkeit der Kapitalbildung mittels erzwungener Arbeitsleistungen bei drastischer Senkung des ohnehin höchst bescheidenen Lebensstandards zu.

Die im Frühjahr 1990 eingeleitete "Wende" in der Wirtschaftspolitik, genannt "neuer Mechanismus" und initiiert von den eher zaghaften Reformern um den Hoxha-Nachfolger im Führungsamt von Staat und "Partei der Arbeit", Ramiz Alia, zielte auf eine 20prozentige Selbständigkeit und ebenso quotierte Mitbestimmung der Betriebe bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Dominanz von staatlicher Leitung und Planung. Die großen, nicht mehr überschaubaren landwirtschaftlichen Unternehmen wurden entflochten. Zugelassen war plötzlich wieder eine private Hofhaltung der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung, deren eigene Tier- und Pflanzenproduktion sowie der Verkauf der so erwirtschafteten Agrarerzeugnisse. Auch Handwerk, Dienst-

leistungswesen und Wohnungsbau wurden in genossenschaftliche und private Hände gegeben[9]. Es liegt auf der Hand, daß diese Maßnahmen nicht im mindesten ausreichen konnten, der am Boden liegenden Volkswirtschaft aufzuhelfen. Große Hoffnungen wurden schließlich in die oben erwähnten Dekrete vom 31. Juli 1990 zur Öffnung des Landes für ausländische Investoren gesetzt, die aber den ökonomischen Ruin auch nicht mehr aufhalten konnten.

Alia, der Vordenker für ein von oben und allmählich zu reformierendes Albanien, geriet politisch zunehmend zwischen die Fronten. Die Hardliner setzten alles daran, selbst seinen vorsichtigen Reformkurs zu hintertreiben. Zugleich zwang zunehmender Druck von unten zu immer neuen Reformversprechungen. Zu den wirtschaftlichen traten politische Vorhaben. Ein wirklicher Durchbruch blieb jedoch aus. Die eingeleiteten Reformen gerieten immer mehr in den Verdacht, hauptsächlich auf "Schadensbegrenzung" und Machterhalt abzuzielen. Selbst die vorgenommenen personellen Veränderungen in der Staatsführung (Innenminister, Leiter der Staatlichen Kontrollkommission, Verteidigungsminister, Minister für Leichtindustrie, für kommunale Wirtschaft und für Binnenhandel)[10] sollten der Führung nur eine Atempause verschaffen.

Im Vorfeld der ursprünglich für den 10. Februar 1991 angesetzten Parlamentswahlen wurden Veränderungen in der Verfassung angekündigt und dem Führungsanspruch der Staatspartei verbal abgeschworen. Die Volksversammlung verabschiedete ein Wahlgesetz[11], das auch unabhängigen Kandidaten einen Listenplatz ermöglichte. Von der Zulassung nichtkommunistischer Parteien und Vereinigungen war aber nach wie vor nicht die Rede. Die sozialistisch genannte Planwirtschaft steuerte inzwischen immer rasanter auf die Katastrophe zu. Ganze Produktionslinien stellten wegen Materialmangels ihre Arbeit ein. Seit Monaten erhielten immer mehr Arbeiter nur noch 80 Prozent, Angestellte 50 Prozent ihres ohnehin mageren Lohnes bzw. Gehalts. Sanktioniert wurde diese Maßnahme vom Präsidenten der Volksversammlung durch das Dekret "Über eine Veränderung des Arbeitsgesetzes der Sozialistischen Volksrepublik Albanien"[12].

In dieser Situation geriet Albanien Mitte Dezember 1990 erstmals in die Nähe von Chaos und Bürgerkrieg. Auslösendes Moment waren Protestde-

9 Vgl.: Vendim (Nr. 228 datë 11.7.1990) "Për riorganizimin e shërbimeve dhe artizanit", in: *Zëri i Popullit*, 12. Juli 1990, S. 1; Vendim i Byrosë Politike të KQ të PPSh-së: "Për shtimin e fuqizimin e oborrit kooperativist", in: *Zëri i Popullit*, 27. Juli 1990, S. 1.

10 Vgl. Dekret "Për disa ndryshime në përbërjen e Këshillit të Ministrave", in: *Zëri i Popullit*, 10. Juli 1990, S. 1.

11 Vgl. Beschluß der Volksversammlung zum Wahlgesetz, in: *ATA*, 3. Dezember 1990.

12 Vgl. Dekret "Për një ndryshim në kodin e punës të Republikës Popullore Socialiste të Shqipërisë", in: *Zëri i Popullit*, 10. Juli 1990, S. 1.

monstrationen von Studenten aus Tirana am 9. Dezember wegen unbeheizter und stromloser Internate. Zehntausende Unzufriedene aus den Filmstudios, den Hochschulinstituten, aus Instituten der Akademie der Wissenschaften und aus Betrieben schlossen sich an.

Elektroenergie, in den siebziger Jahren ein Exportprodukt, mußte inzwischen importiert werden, doch waren die erforderlichen Devisen nicht vorhanden. Daß die aus sozialen Gründen begonnenen Proteste schnell in Forderungen nach dem "Ende der Diktatur", nach "Demokratie und Freiheit" umschlugen, konnte angesichts des schleppenden Reformkurses nicht verwundern. Polizei- und Sicherheitskräfte trieben die Demonstranten auseinander. Wieder war es Alia, der durch eine Beschleunigung der Reformpolitik das Schlimmste verhinderte. Auf dem 13. Plenum des ZK der PPSh (11. Dezember 1990) setzte er u.a. Vorschläge für eine erneute Regierungsumbildung, Beschlüsse über die Ablösung von sieben Hardlinern im Politbüro und ein Gesetz zur Zulassung unabhängiger politischer Organisationen durch[13].

Am 12. Dezember 1990 konstituierte sich die Demokratische Partei Albaniens (PDSh), die erste Oppositionspartei in der Nachkriegsgeschichte der Balkanrepublik. Opposition und Kirche (die Religionsausübung - seit 1968, als auf Hoxhas Geheiß Albanien zum ersten atheistischen Staat der Welt erklärt worden war, aufs strengste verboten[14] - war inzwischen wieder zugelassen) riefen ebenso wie die Staatspartei zur Besonnenheit auf. Die Situation war indes so angespannt, daß sich eine Eskalation der Konflikte zunächst nicht aufhalten ließ. Der Volkszorn brach sich in mehreren Städten auf der Straße Bahn. Es kam zu Plünderungen, Verwüstungen, Toten, Verletzten, Verhaftungen, zum Einsatz von Panzern und schließlich zur Armeekontrolle über die Städte Shkodra, Elbasani, Durrësi und Kavaja.

Parallel zu den Ereignissen wurde das Mehrparteiensystem offiziell legalisiert, oppositionelle Öffentlichkeitsarbeit zugelassen[15], die Regierung erneut umgebildet[16], die Forderung der Demokratischen Partei, die Stalin-Denkmäler zu entfernen, erfüllt. "Pünktlich" zu Stalins 111. Geburtstag verschwand das große Denkmal in Tirana in einer Nacht- und Nebelaktion mit unbekanntem Bestimmungsort. Alia sprach in seiner programmatischen Rede auf der nationalen Parteikonferenz am 26. Dezember von weitreichenden wirtschaft-

13 Vgl. Komunikate mbi mbledhjen e plenumit të 13-të të Komitetit Qendror të PPSh, in: *Zëri i Popullit*, 12. Dezember 1990, S 1

14 Vgl. E. Hoxha, Per revolucionarizimin e metejshem të shkollës sonë. Fjala e mbajtur në mbledhjen e Byrosë Politike të Komitetit Qendror të PPSh, 7. Mars 1968, in: ders., *Raporte e fjalime 1967-1968*, Tirana 1969, S. 339ff.

15 Vgl. Miratohet dekreti: "Për krijimin e organizatave e shoqatave politike", in: *Zëri i Popullit*, 19 Dezember 1990, S. 1.

16 Vgl Dekret "Për disa ndryshime në përbërjen e Keshillit të Ministrave", in: *Zëri i Popullit*, 23. Dezember 1990, S. 1

lichen und politischen Veränderungen - dem schrittweisen Übergang zur Marktwirtschaft, Weltoffenheit, freien und pluralistischen Wahlen, einer neuen demokratischen Verfassung[17]. Das Mißtrauen der städtischen Bevölkerung in die Regierung aber konnte nicht beseitigt werden, im Gegenteil, es verstärkte sich noch. Der Massenexodus aus dem Land riß nicht mehr ab. Ein Streik löste den anderen ab. Im Februar 1991 lavierte Alia, Steuermann des stark angeschlagenen albanischen Staatsschiffes, verzweifelt zwischen den Fronten des Volkszorns, der sich organisierenden Opposition und den noch immer zahlreichen Betonköpfen in führenden Partei- und Staatsfunktionen. Seit Wochen waren Studenten und Lehrkräfte der "Enver-Hoxha-Universität" im Hungerstreik. 100.000 Demonstranten unterstützten die Tiranaer Universitätsangehörigen in ihren Forderungen, endlich den verhaßten Namen ablegen zu dürfen, nach besseren Lebensbedingungen und einer radikalen Regierungsumbildung Am 20. Februar 1991 erreichten die angestauten Spannungen ihren Höhepunkt - das überdimensionale Hoxha-Denkmal in Tirana fiel. Der Gefahr des Bürgerkrieges entging Albanien durch Alias Entscheidung, das Präsidialsystem einzuführen und die gesamte Regierungsmannschaft auszuwechseln[18]. Damit hatte er erstmals die Mehrzahl aller politisch aktiven Bürger hinter sich. Für die künftige politische Entwicklung war aber schon zu diesem Zeitpunkt absehbar, daß es kaum zu einer Kooperation zwischen den Reformern in der Staatspartei und der Opposition kommen würde.

Am 31. März und am 7. April 1991 fanden in Albanien in zwei Wahlgängen die ersten freien und pluralistischen Wahlen zur Volksversammlung in der Geschichte der Republik statt. Der Wahltermin war auf Druck der Opposition verschoben worden. Die Demokratische Partei hatte sich in der Endphase des Wahlkampfes siegesgewiß gegeben. In Tirana und in anderen wissenschaftlichen und industriellen Zentren erfüllten sich ihre Erwartungen, in großen Teilen des Landes war sie dagegen der Staatspartei noch unterlegen. Begriffe wie Marktwirtschaft, Demokratie und Pluralismus hatten sich die Opposition und - notgedrungen - die seit viereinhalb Jahrzehnten allein regierenden Kommunisten gleichermaßen auf ihre Wahlkampffahnen geschrieben[19]. Letztere profitierten davon, daß die mehrheitlich auf dem Lande wohnende Bevölkerung (66 Prozent) weniger auf die neuen politischen Be-

17 Vgl R. Alia, Gjithçka per çështjen e popullit, për fuqizimin e vlerave socialiste, in *Zëri i Popullit*, 27. Dezember 1990, S 1ff, Projekti i kushtetues të Republikes Popullore Socialiste të Shqiperise, in *Zeri i Popullit*, 30 Dezember 1990, S. 3ff.

18 Vgl Dekret "Per krijimin e Keshillit Presidencial" und Dekret "Për emërimin e Këshillit Ministrave", in. *Zeri i Popullit*, 23 Februar 1991, S. 1.

19 Vgl. M. Schmidt-Neke (Hrsg), *Albanien im Wahlkampf. Parteiprogramme im Zeichen des Pluralismus*, Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft e V., München/ Hamburg 1991.

griffe baute als vielmehr auf Personen, deren Politik ihnen bereits greifbare Veränderungen gebracht hatte.

Der Dissens im Wählerverhalten von Stadt- und Landbevölkerung bei den ersten pluralistischen Wahlen hätte sich möglicherweise weniger drastisch ausgewirkt, wenn der als Generationenkonflikt in Erscheinung getretene Machtkampf zwischen der Partei der Arbeit und der Demokratischen Partei landesweit wirksam geworden wäre. Die Spitzenkandidaten der Demokraten (Sali Berisha, Gramoz Pashko[20]) - Intellektuelle der jüngeren Generation, langjährige Nutznießer des Systems der Nomenklatura und über viele Jahre selbst Mitglieder der Staatspartei - und ihre städtischen Anhänger traten in Opposition zu ihren politischen Vätern an die Wahlurnen. Dagegen wählte die Mehrheit der jungen Leute vom Lande, fernab von den Schaltstellen der Staatsmacht, wie ihre Väter traditionell. Die für die albanische Gesellschaft nach wie vor strukturbildenden Elemente der Großfamilien und Altenverehrung hatten ihre Wirkung gezeigt. Eine ähnliche Tendenz war zuvor schon in Bulgarien, Serbien, Montenegro und Rumänien aufgetreten. Die Ergebnisse der ersten freien Wahlen und die nunmehr folgende Entwicklung lassen zugleich den Schluß zu, daß sich, gemessen am politischen Einfluß, ein fast reines Zweiparteiensystem - PPSh/PDSh zusammen 94,88 Prozent (s. Tabelle 1) - herausbildete, aber keine stabile parlamentarische Regierung[21].

20 *Sali Berisha* wurde 1945 im Grenzgebiet zum Kosovo geboren. Er entstammt einer moslemischen Bauernfamilie, studierte in Tirana Medizin und machte dann in der Prominentenklinik der Hauptstadt als Kardiologe Karriere. Hoxha und Alia waren seine Patienten. 1978 war er, mit einem UNESCO-Stipendium ausgerüstet, zur weiteren Qualifizierung nach Paris geschickt worden. In Medizinerkreisen ist er international als Spezialist für Hamodynamik bekannt. Seit 1986 gehört er dem Europäischen Komitee für medizinische Forschung (Sitz in Kopenhagen) an. Berisha ist Mitbegründer und erster Vorsitzender der im Dezember 1990 gebildeten Demokratischen Partei. Auf dem I. Parteitag im September 1991 wurde er in diesem Amt bestätigt. Nach den Wahlen zur Volksversammlung vom Marz 1992 und dem Sieg der Demokratischen Partei wurde er zum Präsidenten des Landes gewählt.
Gramoz Pashko wurde 1955 als Sohn einer früheren Funktionärsfamilie geboren. Sein Vater gehörte zur Führungsclique der Hoxha-Zeit (Partisanenführer, Arbeit im Sicherheits- und Justizministerium und schließlich im Ministerrat sowie Vorsitz der Staatlichen Plankommission). Seine Mutter gehorte als ZK-Mitglied ebenfalls zur fuhrenden politischen Elite. Pashko selbst machte als Okonomieprofessor an der Universität Tirana Karriere. Mit seiner Dissertation über den "strukturellen Wandel in der internationalen Wirtschaft und dessen Anwendung auf Albanien" (1989) geriet er unter dem Hoxha-Nachfolger Alia ins Kreuzfeuer der Kritik. In der nach einem Generalstreik (Mai 1992), initiiert von den Gewerkschaften, gebildeten Koalitionsregierung fungierte Pashko kurze Zeit als Vizepremier und Wirtschaftsminister. Nach der einseitigen Aufkündigung der Koalition mit den Sozialisten, veranlaßt durch Berisha (Dezember 1991), trennten sich die Wege Pashkos und Berishas endgültig.

21 Weitere in der Wendezeit gegründete Parteien neben der Demokratischen Partei Albaniens und der Sozialistischen Partei Albaniens (beide ca. 100 000 Mitglieder; 1986 hatte die Partei der Arbeit Albaniens - seit 1991 Sozialistische Partei Albaniens - 147 000 Mitglieder) sind: *Okologische Partei* (2 000); *Republikanische Partei* (15 000; laut Angaben des Parteivorsitzenden, Sabri Godo, zählte die Partei 1994 be-

Tabelle 1: Die Parlamentswahlen in Albanien nach Beginn der politischen Umbruchprozesse[22]

	31.3./7.4.1991		22./29.3.1992	
	Anteil in Prozent	Sitze	Anteil in Prozent	Sitze
PPSh/PSSh	56,17	169	25,73	38
PDSh	38,71	75	62,09	92
PRSh	1,77	-	3,11	1
PSDSh	-	-	4,38	7
Partei der Menschenrechte - Griechische Minderheit	0,73	5	2,90	2
Veteranenkomitee	0,28	1	0,0	-
Agrarpartei	0,07	-	0,0	-
Sonstige	2,27	-	1,78	-

Ein erstes von der Volksversammlung verabschiedetes Gesetz "Über die politischen Parteien"[23] gibt es erst seit Juli 1991. Danach waren zwei Prozent des staatlichen Etats für die Parteienfinanzierung zu verwenden. Zuschüsse wurden dann erteilt, wenn eine Partei über mindestens 5.000 Mitglieder verfügte, was z.T. auch die Angaben der Parteien über ihre quantitative Entwicklung erklärt. Real erscheinen sie bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 3,3 Millionen nicht. Darüber hinaus wurden staatliche Zuschüsse davon abhängig gemacht, ob eine Partei bei den Wahlen vom März/April 1991 einen Stimmenanteil von mindestens zwei Prozent für sich verbuchen konnte. Wahlkampfkostenzuschüsse standen den Parteien zu, die mindestens drei Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnten.

Vor dem Gesetz "Über die politischen Parteien" hatte die PPSh ihren Widersachern nur eine geringe materielle Grundausstattung (Presseorgan ein- bis zweimal wöchentlich, Fahrzeuge, eigener Amtssitz) zugestanden. Doch

reits 20.000 Mitglieder), *Bauernpartei* (5.000); *Sozialdemokratische Partei* (20.000); *Kommunistische Partei* (10.000); *Demokratische Allianz* (1.000; laut Angaben des Präsidenten der Partei , Dr. Neritan Ceka, erreichte die Partei 1994 eine Mitgliederzahl von 7.000); *Liberale Partei* (5.000); *Christdemokratische Partei* (5.000); *Partei der Nationalen Einheit* (10.000); *Nationaldemokratische Partei* (5 000); *Eintracht OMONIA/ Partei der Verteidigung der Menschenrechte* (20.000). - Die in Klammern stehenden Werte sind geschätzte Mitgliederzahlen. Nach: H.-J. Hoppe, Das Profil der neuen politischen Elite Albaniens, in: *Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien*, 5/1993, S. 41.

22 Vgl. Hoppe, Profil (Anm. 21), S. 42.

23 Vgl. Dekret Nr. 7502 vom 25.7.1991 "Për partinë politike", in: *Gazeta zyrtare*, Tirana 1991, S. 253ff.

auch das Parteiengesetz vom Juli 1991 war wenig geeignet, kleinen Parteien eine echte Chance einzuräumen. In Anbetracht der wirtschaftlichen Lage reduzierten sich die Fördermöglichkeiten sogar wieder. Ein übriges tat der Umstand, daß die anfangs sehr homogen erscheinende PDSh die übergroße Mehrzahl der PPSh-Gegner für sich einnehmen konnte.

Diese sich um ihren Wahlsieg betrogen fühlende Partei war kaum zu konstruktiver Mitarbeit im neugewählten Parlament bereit. Der PPSh ihrerseits gelang es nicht, ihren Wahlsieg in eine Regierungspolitik der Stabilisierung des Landes umzumünzen. Bereits im Mai/Juni 1991 stürzte sie über einen Generalstreik der inzwischen freien Gewerkschaften. Auch im neuen Parlament hatte sich bis dahin nicht viel mehr bewegt als die Bestätigung des alten/neuen Präsidenten Ramiz Alia, der daraufhin seine Parteiämter verfassungsgemäß niederlegte. Ein mehrfach geändertes, aber noch immer gültiges "Gesetz über die wichtigsten Verfassungsbestimmungen"[24], am 29.April 1991 vom Parlament verabschiedet, setzte die "Hoxha-Verfassung" vom 28. Dezember 1976 außer Kraft.

Die durch die PPSh am 11. Juni 1991 aufgegebene alleinige Regierungsmacht mündete in eine "Regierung der Stabilität des Landes", die im wesentlichen aus Ministern der PPSh/PSSh - die PPSh wurde im Juni 1991 zur Sozialistischen Partei Albaniens (PSSh) umbenannt - und der PDSh, geführt von Ylli Bufi (PPSh/PSSh, im vorangegangenen Kabinett Minister für Leicht- und Lebensmittelindustrie) gebildet wurde; hinzugezogen wurden ferner Vertreter der Republikanischen Partei Albaniens, der Sozialdemokratischen Partei Albaniens (erst nach den Wahlen gegründet) und der Organisation der griechischen Minderheit, OMONIA ("Eintracht").

Obwohl alle Regierungsparteien, wenn auch mit unterschiedlicher Vehemenz, die Fortsetzung des bereits eingeleiteten Übergangs zur Marktwirtschaft anstrebten, kam es in den verbleibenden Monaten des Jahres 1991 zum totalen Ruin der albanischen Volkswirtschaft. Näher ausgeführt sei hier exemplarisch nur der Bereich Landwirtschaft. Am 19. Juli 1991 regelte das Gesetz Nr. 7501 "Über den Boden"[25] die Aufteilung der landwirtschaftlichen Nutzflächen (pro Familie 0,5 bis 2,2 Hektar). Vor Ablauf des Jahres 1991 waren 70 Prozent der Flächen aufgeteilt. Als Ergebnis dieser Prozedur entstand eine neue sozialökonomische Kategorie, die des durch Landrückgabe "selbständigen Kleinstbauern", der sowohl durch Getreide- und Gemüseanbau als auch durch Viehhaltung wieder zum Eigenerwerb kommen konnte, damit jedoch die eigene Großfamilie versorgen mußte. Eine wirksame Hilfe

24 Vgl. M. Schmidt-Neke, Berishas Desaster beim Verfassungsreferendum, in: *Albanische Hefte*, H 4/1994, S 8ff

25 Ligj për tokën, in: *Zëri i Popullit*, 23. Juli 1991, S. 1f.

durch die einstigen Staatsgüter und Genossenschaften - sei es durch landwirtschaftliches Gerät, Düngemittel und den Betrieb von Bewässerungsanlagen - wurde durch deren Liquidation 1991/92 ausgeschlossen. Diese früher als "Komplexe" bezeichneten landwirtschaftlichen Betriebe wurden in den Verteilungskämpfen regelrecht geplündert und zerstört. Noch heute begegnet man überall im Land den verwahrlosten, nicht mehr genutzten Gebäuden, die zu Ruinen verfallen. 1991 lag ca. ein Drittel der Felder brach, 1992 bereits etwa zwei Drittel der landwirtschaftlichen Nutzflächen. Eine Grundversorgung der Bevölkerung mit den nötigsten Lebensmitteln war nicht mehr möglich. In den Städten fanden regelrechte Hungerschlachten um die aus Westeuropa gestifteten Lebensmittel statt. Insbesondere seit Sommer 1991 kam es zu versuchten Massenfluchtbewegungen aus Albanien, denen sich jeweils Zehntausende, vornehmlich junge Arbeitskräfte anschlossen. Die ohnehin völlig veralteten großen Industriebetriebe stellten die Produktion ganz ein. 1991 sank die Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahr um 60 Prozent. Die Arbeitslosenrate erreichte mehr als 40 Prozent, in einigen Regionen sogar 70 Prozent.

Primäres Anliegen des radikalen Flügels in der PDSh um Sali Berisha während der Mitarbeit der Partei in der "Regierung der Stabilität des Landes" war es, die PSSh aus der Regierungsverantwortung zu drängen. Die zunächst noch verdeckt geführten Flügelkämpfe in der PDSh brachen immer offener aus, seit Berisha im Dezember 1991 die Koalition mit der PSSh ohne Rücksprache mit den Ministern platzen ließ. Der Fraktions- und stellvertretende Parteivorsitzende, Neritan Ceka, erklärte seinen Parteiaustritt. Gramoz Pashko, in der "Regierung der Stabilität des Landes" stellvertretender Ministerpräsident - er hatte in der Koalition verbleiben wollen -, wurde im Juni 1992 aus der PDSh ausgeschlossen. Weitere einst führende, jetzt ausgeschlossene PDSh-Mitglieder gründeten im September 1992 die Albanische Demokratische Allianz, eine gemäßigte Mitte-Rechts-Partei, was die faktische Spaltung der PDSh bedeutete. In Vorbereitung der vorgezogenen Neuwahlen, die am 22. und 29.März 1992 stattfanden (bis dahin fungierte eine unabhängige Expertenregierung unter dem bisherigen Ernährungsminister Vilson Ahmeti), gelang es dem Flügel um den Parteivorsitzenden Sali Berisha aber noch einmal, eine scheinbar geschlossene PDSh im Kampf gegen die PSSh zu präsentieren. Berisha selbst konnte trotz zunehmend autoritärer Führungszüge seine Position innerhalb der Partei halten und ausbauen.

Die PSSh machte es der PDSh im Wahlkampf nicht gerade schwer, ihre Argumente gegen die alte Staatspartei - Korruption in Vergangenheit und Gegenwart sowie mangelnden Erneuerungswillen - überzeugend vorzubringen. Bei aller kritischen Distanz, die im Juni 1991 auf dem X. Parteitag der PPSh (nunmehr PSSh) zur Person Hoxhas, zu seinem Familienclan und sei-

nen Anhängern zum Ausdruck kam, gab es dennoch einen Kompromiß zwischen Radikalreformern, gemäßigten Reformern und Traditionalisten. Obwohl in der Diskussion auf dem Parteitag heftig umstritten, wurde Hoxha im verabschiedeten Parteiprogramm der Status der "Symbolfigur" der nationalen Selbstverwirklichung der Albaner nicht aberkannt. Die Spaltung der Partei konnte damit aber nur aufgeschoben werden. Auf dem Parteitag ausgeschlossene Altfunktionäre und aus der PSSh ausgetretene Traditionalisten gründeten Mitte November 1991 eine neue "Kommunistische Partei Albaniens", die allerdings am 16 Juli 1992 verboten wurde. Sie beschuldigte die Sozialisten, den Sozialismus verraten und das Land ins Chaos gestürzt zu haben.

Ersteres war aus dem Programm der umbenannten Partei (bei der Aktualisierung des Parteiprogramms Ende 1994 wurde der Bruch mit den stalinistischen Entartungen und Verbrechen der Hoxha-Diktatur wesentlich deutlicher) freilich nicht herauslesbar. Darin bekannte sie sich zu den Idealen des Sozialismus, zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, zu sozial orientierter Marktwirtschaft und zu Weltoffenheit. Den Ausgangspunkt des Programms bildete die "historische Rolle und Tätigkeit der Partei der Arbeit, die den Antifaschistischen Nationalen Befreiungskampf führte". Die Partei verstand sich zu diesem Zeitpunkt "als eine neue Partei auf der Basis tiefer demokratischer Veränderungen im politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Leben und als Antwort auf die Bestrebungen breiter Schichten des Volkes nach Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie". Als "neue Alternative auf der albanischen politischen Bühne" sei sie "das Werk ehrlicher Menschen, um sich im Leben als Interessenvertreter des Volkes zu erweisen"[26].

Der Wahlkampf 1992 wurde weit härter als der von 1991 geführt, noch dominanter als im Vorjahr war die Polarisierung zwischen PSSh und PDSh. Die Wahlbeteiligung war trotz gegenteiliger Befürchtungen mit 90,4 Prozent noch ungewöhnlich hoch. 1991 waren 98,9 Prozent der Wahlberechtigten an die Wahlurnen getreten. Die Wahlergebnisse zu den zweiten freien Parlamentswahlen bestätigten das 1991 entstandene fast reine Zweiparteiensystem im politischen System Albaniens (87,82 Prozent für Demokraten und Sozialisten zusammen - s.o. Tabelle 1). Der Sieg der PDSh über die PSSh war erdrutschartig. Sie erzielte 90 von 100 Direktmandaten sowie zwei Listenmandate. Nur ein einziger Sitz fehlte ihr zur Zweidrittelmehrheit.

Zwar waren bis zu diesen Wahlen ca. 25 verschiedene Parteien gegründet worden, zahlreiche lösten sich aber nach dem Wahltermin wieder auf. Die laut neuem Wahlgesetz (Dekret Nr. 7556 der Volksversammlung vom 4. Fe-

26 Program i Partisë Socialiste të Shqipërisë, in: *Zeri i Popullit*, 3 Juli 1991, S. 1.

bruar 1992)[27], das die Folgen des reinen Mehrheitswahlrechts mindern sollte, ohne vielen Splittergruppen den Weg ins Parlament zu ebnen, festgelegte Vier-Prozent-Hürde überschritt neben PDSh und PSSh nur die Sozialdemokratische Partei Albaniens. Die Republikanische Partei Albaniens und die Partei der Menschenrechte (griechische Minderheit) gelangten über Direktmandate in das inzwischen wesentlich kleiner gewordene Parlament: Die Anzahl der Abgeordneten war von 250 auf 140 reduziert worden.

Das totale Wahldesaster der PSSh veranlaßte Ramiz Alia am 3. April 1992, als Präsident Albaniens zurückzutreten. Am 9. April 1992 wählte die Volksversammlung Sali Berisha erwartungsgemäß zum neuen Präsidenten. Nachfolger im Amt des Vorsitzenden der PDSh wurde wenige Tage später Eduard Selami, der bisher die Funktion eines Sekretärs in der Partei innehatte. Kaum drei Jahre später (Anfang März 1995) wurde er auf einem Sonderparteitag der PDSh gestürzt, weil er, wie viele andere Parteimitglieder vor ihm, der Regierung Betrug am Wähler vorgeworfen hatte. Dies ist der jüngste, öffentlich gewordene Fall über anhaltende Richtungs- und Fraktionskämpfe in der PDSh.

Die Regierung unter Aleksandër Meksi, die am 13. April 1992 ernannt wurde, setzte sich aus 15 PDSh-, einem sozialdemokratischen, einem republikanischen und zwei unabhängigen Vertretern zusammen. Neben weniger spektakulären Neu-und Umbesetzungen waren in den letzten drei Jahren zwei Veränderungen für die Einschätzung des Zustandes und für die Akzeptanz der Regierung und ihrer Politik unter der Bevölkerung bedeutsam. Anfang November 1994 mußte sowohl die Regierung als auch der sich immer selbstherrlicher gebärdende Präsident Sali Berisha die bisher empfindlichste Niederlage seit den Parlamentswahlen von 1992 einstecken. Mit 62 Prozent der abgegebenen Stimmen (Wahlbeteiligung: 75 Prozent) votierten die Wähler in einem Referendum mit einem klaren "jo" (nein) zum Verfassungsentwurf[28], der zuvor schon im Parlament nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit erreicht hatte. Berishas persönliches Ziel, sich als Präsident weitreichende Vollmachten, etwa in Krisensituationen ohne Parlamentsmehrheit Entscheidungen in Fragen der Landesverteidigung, beim Einsatz paramilitärischer Polizeieinheiten und bei der Ausrufung des Ausnahmezustandes zu treffen, verfassungsmäßig absichern zu lassen, ist vorerst gescheitert.

Da die PDSh vorgezogene Neuwahlen, wie sie die PSSh und alle anderen Oppositionsparteien fordern, strikt ablehnt, war die im Ergebnis des Verfassungsreferendums stark angeschlagene Reputation der Regierung nur noch

27 Vgl M. Schmidt-Neke, Das neue albanische Wahlgesetz, in: *WGO - Monatshefte für Osteuropäisches Recht*, 34/1992, S. 95ff.
28 Vgl. *Projekti i Kushtetutes i Republikës së Shqipërisë*, Tirana 1994.

durch eine umfassende Regierungsumbildung zu kaschieren. Beinahe die Hälfte aller PDSh-Minister wurde Anfang Dezember 1994 ausgewechselt. Der Vertreter der Sozialdemokratischen und der Republikanischen Partei kündigten die Mitarbeit in der Regierung Meksi auf.

Eine erneute Hinwendung der Wähler zur PSSh zeichnet sich indes schon seit längerem ab. Bereits bei den Kommunalwahlen im Juli 1992 (Wahlbeteiligung: 70,7 Prozent bei den Wahlen zu den Bezirksräten) gelang es der Partei, ca. 100.000 von der PDSh-Regierung enttäuschte Wähler zurückzugewinnen (s. Tabelle 2). Auf dem Lande und in den Kleinstädten wurde sie mit über 40 Prozent der abgegebenen Stimmen sogar wieder stärkste Kraft.

Tabelle 2: Kommunal- und Bezirkswahlen vom 26. Juli 1992[29]

	PDSh	PSSh	PSDSh	PRSh	Griechische Minderheit
Bezirksräte					
Anteil (%)	43,25	40,91	4,36	3,42	4,33
Sitze	366	417	42	32	53
Stadträte					
Anteil (%)	50,59	34,97	3,64	3,23	4,15
Sitze	266	281	31	25	32
Gemeinderäte					
Anteil (%)	37,09	45,18	5,34	4,49	4,42
Sitze	1357	1774	233	169	-
Gemeinde-bürgermeister	113	117	2	1	13
Stadt-bürgermeister	18	23	-	-	1

Im April 1993 kam das Europäische Parlament in einer Einschätzung über die politische Lage in Albanien zu folgendem Schluß: "In der Bevölkerung überwiegt das Mißtrauen gegenüber dem politischen System und der Regierung, vor allem wegen ihrer Unfähigkeit, das Land aus der Wirtschaftskrise herauszuführen."[30] Diese Einschätzung hat sich in der Folgezeit bestätigt und verfestigt.

29 Vgl. Hoppe, Profil (Anm 21), S. 42

30 Europäisches Parlament. Delegation für die Beziehungen zu Albanien, Bulgarien und Rumänien. Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten und Sicherheit, *Aufzeichnung über die politische Lage in Albanien* (ausgearbeitet von der Generaldirektion Wissenschaft), 19. April 1993.

Der albanische Durchschnittsbürger mißt den erreichten Grad demokratischer Umgestaltung in hohem Maße an der eigenen ökonomischen und sozialen Lage, die nur in seltenen Fällen besser ist als der Gesamtzustand der albanischen Wirtschaft. Die Vorschußlorbeeren für das Versprechen, daß erst und ausschließlich mit der Demokratischen Partei Albaniens eine wirkliche Wende zum Besseren möglich sei, brauchen sich zusehends auf Die Regierung unter Aleksandër Meksi hofft und setzt allzusehr auf ausländische Investitionen in Dimensionen, die nach wie vor ausbleiben. Die Forderungen von IWF und Weltbank nach schocktherapeutischer Privatisierung, Preisliberalisierung und Stabilisierung der Landeswährung (Lek) wurden zwar erfüllt, doch ergibt sich daraus noch kein praktikables Konzept für einen dauerhaften wirtschaftlichen Aufschwung. Zwar stieg das Bruttoinlandsprodukt in den letzten zwei Jahren wieder an (1990: -10; 1991: -27; 1992: -10; 1993: +11; 1994: +7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr), doch werden erst 20 bis 25 Prozent der Wirtschaftskapazität der achtziger Jahre realisiert. Der Zuwachs ist in erster Linie der Wiederbelebung der Landwirtschaft zu danken. Allerdings produzieren die derzeit ca. 450.000 Familienbetriebe nach wie vor im wesentlichen für den Eigenbedarf. Eine Belieferung der Städte ist schon wegen der maroden Infrastruktur nur begrenzt möglich. Außerdem überschwemmen neben Konsumgütern auch Lebensmittel aus Westeuropa die wie Pilze aus dem Boden schießenden städtischen Märkte. Die einheimische Lebensmittelindustrie verzeichnet dagegen nur geringe Wachstumsraten. In den meisten anderen Industriezweigen konnte der Abwärtstrend nach wie vor nicht gestoppt werden. 1994 ging die Industrieproduktion nochmals um 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurück. Die Arbeitslosigkeit ist noch genauso hoch wie zur Zeit der Amtsübernahme der Regierung Meksi[31] Diese hohe Arbeitslosigkeit treibt nach wie vor viele albanische Bürger - legal und illegal - ins Ausland, um dort den Lebensunterhalt für daheim gebliebene Familienangehörige zu erwirtschaften. Josif Hida, Einzelbauer in Elbasan, brachte im Spätsommer 1994 stellvertretend für die albanische Bevölkerung die allgemeine Stimmung in einem Satz auf den Punkt: "Pa puna s'ka demokraci!" (Ohne Arbeit gibt es keine Demokratie!).

Die Lage in der Ökonomie allein auf die Mißwirtschaft der ehemals staatstragenden Partei zurückzuführen, wäre nach vier Jahren gesellschaftlicher Umgestaltung zu kurz gegriffen. Zu beklagen ist auch, daß sich die "Demokraten" häufig nicht viel anders gebärden, als es die "Sozialisten" und "Kommunisten" einst taten. Demokratisierung sowie Reformierung der Wirtschaft und deren Privatisierung werden vorzugsweise so verstanden, "altge-

31 Vgl Deklaratë e Partisë Socialiste të Shqipërise, in: *Zëri i Popullit*, 13 1 1995, S 1, 3

diente Kader" aus allen Leitungsebenen zu entfernen und dafür Mitglieder des eigenen Familienclans zu lancieren. Diese Auswüchse von Nepotismus, eine teilweise unklare Rechtslage und dazu das politische Umfeld einer explosiven Balkanregion schrecken die für den wirtschaftlichen Aufschwung dringend erforderlichen ausländischen Investoren ab.

Bei den nächsten Parlamentswahlen - möglicherweise erneut vorfristig - könnte sich das Blatt wiederum zu Gunsten der PSSh wenden, sollte es der Regierung der PDSh nicht gelingen, der Bevölkerung greifbare ökonomische und soziale Fortschritte zu präsentieren.

Verzeichnis der Parteien

PADSh	Partia Aleanca Demokratike Shqiptare (Demokratische Allianz Albaniens)
PASh	Partia Agrare Shqiptare (Bauernpartei Albaniens)
PBND	Partia Bashkimi i të Drejtave të Njeriut (Partei zur Verteidigung der Menschenrechte)
PDKSh	Partia Demokristiane Shqiptare (Christdemokratische Partei Albaniens)
PDSh	Partia Demokratike e Shqipërisë (Demokratische Partei Albaniens)
PESh	Partia Ekologijke Shqiptare (Ökologische Partei Albaniens)
PKSh	Partia Kommuniste e Shqipërisë (Kommunistische Partei Albaniens)
PLSh	Partia Liberale Shqiptare (Liberale Partei Albaniens)
PNDSh	Partia Nacionaldemokratike Shqiptare (Nationaldemokratische Partei Albaniens)
PPSh	Partia e Punës se Shqipërisë (Partei der Arbeit Albaniens)
PRSh	Partia Republikane Shqiptare (Republikanische Partei Albaniens)
PSDSh	Partia Socialdemokratike Shqipërisë (Sozialdemokratische Partei Albaniens)
PSSh	Partia Socialiste e Shqipërisë (Sozialistische Partei Albaniens)

IV. Parteiensysteme in Nachfolgestaaten der Sowjetunion

Gerhard Gnauck/Michael Harms

Das Parteiensystem Rußlands[1]

> "Die Teilung in Parteien, die auf unterschiedlichen politischen Ansichten, der sozialen Lage und auf Eigentumsinteressen beruht, ist eine gewöhnliche und weitverbreitete Angelegenheit in Ländern mit Volksvertretungen und ist in gewisser Weise ein notwendiges Übel, doch diese Teilung ist nirgendwo so tief und stört nirgendwo so sehr die geistige und kulturelle Einheit des Volkes wie in Rußland "
>
> *Sergej Bulgakov*

Was der Philosoph, Priester und Duma-Abgeordnete der liberalen KDP-PNS, Sergej Bulgakov, 1909 niederschrieb und der Philosoph Vladimir Solov'ev, übrigens eher Westler als Slawophiler, bereits 1886 in ähnlicher Weise ausgedrückt hatte[2], mag ein großer Teil der Bevölkerung Rußlands heute ähnlich empfinden Dies um so mehr, als der Niedergang des alten Systems angesichts vieler nicht intendierter oder nicht vorhergesehener Folgen vielen Russen im Rückblick immer mehr als (nationale) Katastrophe denn als Befreiung erscheint. Ob zu Recht oder zu Unrecht, soll hier nicht entschieden werden. Historisch gesehen ist von Bedeutung, daß ein politischer Pluralismus - mit der Akzeptanz von Parlamentarismus, Parteienwettbewerb und damit von organisiertem Dissens in der Gesellschaft als Voraussetzung - bereits früher kaum Zeit und Gelegenheit hatte, sich zu entfalten.

Die sich in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts als erste herausbildenden sozialdemokratischen Gruppen, denen auch Lenin angehörte,

1 In diesem Beitrag wird im wesentlichen die wissenschaftliche Transkription verwendet; so steht Solov'ev für Solowjow oder -ew, Ruckoj für Ruzkoj, Žirinovskij für Schirinowskij, Ausnahme Jelzin statt El'cin. Die Adjektive "russkij" und "rossijskij" werden, da auf Ethnie bzw Staat/Territorium bezogen, mit russisch bzw. rußländisch wiedergegeben (der Staat müßte so korrekt "Rußländische Föderation" heißen) - Behandelt werden neben Parteien auch politische Bewegungen, Blöcke und Bündnisse, die Grenzen sind fließend. Ihre Namen werden möglichst getreu übersetzt, dazu jedoch die russischen Abkürzungen verwendet Abgeschlossen wurde dieser Text im Juni 1994

2 Sergej Bulgakov, Geroizm i podvižničestvo (etwa Heldentum und Aufopferung). In *Vechi* (*Wegzeichen*), Moskau 1990, S 69, Wladimir Solowjew, Was wird von einer russischen Partei gefordert?, in. *Die nationale Frage in Rußland. Deutsche Gesamtausgabe*, Bd 4, München/Freiburg Wewel Verlag 1972, S 99-106

waren großenteils konspirativ-revolutionärer Art, während die nach dem Oktober-Manifest des Zaren von 1905 legal tätigen Parteien von der linken Mitte bis zur Rechten "meist wenig mehr als Wahlvereinigungen"[3] waren. Auch die 1905 dem Volk gewährte Staatsduma[4], die von Nikolaj II. zweimal aufgelöst wurde, ehe sie zwei volle Wahlperioden hindurch - bis 1917 - existierte, hat daran wenig geändert. Die im November 1917 gewählte Verfassunggebende Versammlung wiederum, in der die Bolschewisten in der Minderheit waren, wurde ebenfalls schnell aufgelöst - zugunsten des Systems der Sowjets (Räte), die für Lenin eine höhere Form der Demokratie darstellten. Doch konnte die neue Einheitspartei, die spätere KPdSU, sich erst nach dem Sieg im Bürgerkrieg gegen die anderen Parteien vollends durchsetzen. Es folgte das sowjetische System des Scheinparlamentarismus, das im Gegensatz zu manchen späteren Ostblockländern nicht einmal Blockparteien duldete und von einem strengen und entsprechend hart durchgesetzten "Fraktionsverbot" innerhalb der KPdSU geprägt war.

So mußte der entstehende Parteienpluralismus auf äußerst schwierige Ausgangsbedingungen stoßen. Die politische Kultur Rußlands war - durch zaristische ebenso wie durch sowjetische Prägung - stark auf die mythisch-utopische "Einheit" des Volkes ausgerichtet; die sozio-ökonomische Struktur der Gesellschaft war durch Gleichschaltung und sozialistische Gleichmacherei (*uravnilovka*) geprägt. Andererseits war die Bevölkerung der Sowjetunion und bei (1989) 18,5 Prozent Minderheiten auch die Bevölkerung Rußlands ethnisch heterogen, wobei sich die ethnischen Grenzen z.T. auch noch mit konfessionellen und mit Verwaltungsgrenzen decken. Auch bezüglich der politischen Spielregeln im Lande war und ist die Gesellschaft tief gespalten. Mit anderen Worten: Wo gesellschaftliche Vielfalt förderlich gewesen wäre, waren monolithische Einheit und Gleichheit höchster Wert; wo dagegen Einheit (im Sinne eines Grundkonsenses) geholfen hätte, regierten Dissens und Zerklüftung. Was Lord Balfour als Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie beschrieben hatte, fehlt in Rußland weitgehend: "A people so fundamentally at one that they can safely afford to bicker."

3 Hans-Joachim Torke (Hrsg.), *Lexikon der Geschichte Rußlands. Von den Anfängen bis zur Oktober-Revolution*, München: Beck 1985, S. 286-294, Zit. S. 286, dort auch Literaturhinweise.

4 Der Name geht auf die vom 10. Jahrhundert bis zur Zeit Peters des Großen bestehende adlige Bojarenduma zurück; *dumati* heißt in der alten Bedeutung "nachdenken, beraten".

1. Entstehungsphasen des Parteiensystems

Von den ersten Anstößen zu Uskorenie (Beschleunigung), Glasnost' (Transparenz, Öffentlichkeit) und Perestrojka (Umbau), die eindeutig von oben kamen und zunächst mitnichten auf die Einrichtung einer parlamentarischen Mehrparteiendemokratie abzielten, bis zur Streichung des KP-Monopols aus der sowjetischen Verfassung vergingen fünf Jahre. Inzwischen hatte die Selbstorganisation der Gesellschaft begonnen, personell getragen zum einen von (national-religiösen, liberal-demokratischen oder reformsozialistischen) Dissidentengruppen, zum zweiten von neuen, sogenannten "informellen" Gruppen der Perestrojka-Zeit, in denen sich vor allem Intellektuelle nach Art von Bürgerinitiativen zusammenfanden, und zum dritten und relativ spät von reformfreudigen Kräften innerhalb der KPdSU und ihres Umfelds.

Eine Periodisierung der gesamten Entwicklung, deren einzelne Punkte weiter unten ausgeführt werden, könnte folgendermaßen aussehen:

1. Phase der "informellen" Gruppen (*neformaly*): 1986-88;
2. Herausbildung von Massenbewegungen und Protoparteien: 1988-89;
3. Legalisierung und schnelle Entwicklung insbesondere demokratischer Parteien: 1990-91;
4. Differenzierung des politischen Spektrums nach dem "Augustputsch" und Erstarken der Anti-Jelzin-Opposition: seit Ende 1991[5].

5 Eine etwas andere Periodisierung bei Galina Luchterhandt, *Die politischen Parteien im neuen Rußland. Dokumente und Kommentare*, Bremen: Temmen 1993, S. 15f. - Politische Kultur und Sozialstruktur, Foderalisierung, Parteien- und Fraktionsbildung werden behandelt in Hans-Joachim Veen/Peter R. Weilemann (Hrsg.), *Rußland auf dem Weg zur Demokratie? Politik und Parteien in der Russischen Föderation*, Paderborn u.a.: Schöningh 1993. - Daneben in Buchform auf deutsch bisher nur Oleg Prudkov/Dieter Bach (Hrsg), *Wer sitzt morgen im Kreml? Die neuen Parteien in Rußland und ihre Führer*, Wuppertal: Hammer 1992, teils nach Art des Bundestagshandbuchs gestaltet, ignoriert das Bändchen leider die großen politischen Blöcke und Bewegungen, während es unwichtige Zwergparteien ernst nimmt. Stand der drei Publikationen: Mitte 1992; Eberhard Schneider, *Rußland auf Demokratiekurs? Neue Parteien, Bewegungen und Gewerkschaften in Rußland, Ukraine und Weißrußland*, Köln: Bund Verlag 1994; Dieter Segert/Csilla Machos, *Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1995. Wie behutsam mit Prognosen umzugehen ist, beweist unfreiwillig Michael Christopher Speckhard, *The Awakening Bear. The Development of a Competitive Party System in Russia*, Dissertation, Houston 1991, der Verfasser sah noch im Sommer 1991 ein Zweiparteiensystem entstehen. - Die umfangreichste und dabei relativ aktuelle Edition von Parteidokumenten ist Rossijsko-Amerikanskij Universitet (Hrsg.), *Rossija: Partii, associacii, sojuzy, kluby. Dokumenty i materialy*... Moskva: Izd "Rau-Press" 1992, Bd 1-10. Nachschlagewerke: *Kto est' kto v Rossii i v bližnem zarubež'e. Spravočnik*, Moskau, Novoe Vremja 1993, und V G. Gel'bras (Hrsg.): *Kto est' čto. Političeskaja Moskva 1993*, Moskau: Catallaxy 1993 (Parteien, sonstige Organisationen, Institutionen etc.). Periodika zur aktuellen Parteienentwicklung: Rossijsko-Amerikanskij Universitet (Hrsg.), *Chronika Mnogopartijnosti* (Moskau, vierteljährlich, seit Mitte 1991); Informacionno-izdatel'skij kom-

1. Zunächst entstanden in der "Informellen"- oder "Klub-Phase" (Luchterhandt), vorrangig in den Großstädten, auf Intellektuelle gestützte politische Diskussionsklubs oder aber Bürgerinitiativen, die sich relativ unpolitisch z.B. um ökologische oder historisch-kulturelle Anliegen kümmerten. Diese Klubs lassen sich u.U. mit den Honoratiorenclubs im westlichen Europa des 19. Jahrhunderts vergleichen. Einige der später einflußreichen, weder den Dissidentenzirkeln noch dem Parteiapparat entstammenden Politiker (Gennadij Burbulis, Oleg Rumjancev) begannen ihre politische Betätigung in solchen Klubs.

2. Mit wachsender Geschwindigkeit bildeten sich, oft um die informellen Gruppen und Klubs herum, Bewegungen mit größerem Anhang, die vor allem Kundgebungen organisierten, Aufklärungsarbeit leisteten und sich rasch politisierten. Hier wäre etwa die ursprünglich für die Aufarbeitung der Verbrechen der Stalinzeit gegründete, unionsweit organisierte "historisch-aufklärerische Gesellschaft Memorial" (geführt u.a. von Andrej Sacharov) zu nennen, aber auch - teils in bewußter Anlehnung an die Vorläufer im Baltikum und im Transkaukasus gegründet - lokale russische "Volksfronten" und Wählervereinigungen. Letztere traten, ohne überregional fest vernetzt zu sein, vor allem im Zusammenhang mit den Wahlen zum sowjetischen Volksdeputiertenkongreß im April 1989 in Erscheinung. Die Stoßrichtung wurde immer deutlicher: gegen das "administrative Kommandosystem" (Gavriil Popov) im Lande, für Reformen in immer mehr Bereichen von Staat und Gesellschaft.

Zugleich traten Protoparteien auf den Plan, so etwa die 1988 gegründete "Demokratische Union", eine kompromißlose Dissidentenorganisation, die sich, dem herrschenden Tabu zum Trotz, als erste ausdrücklich als "Partei" bezeichnete und anfangs zahlreiche Repressalien zu gewärtigen hatte. Doch scheuten auch die Gründungen des Jahres 1989, die Vorläufer späterer Parteien werden sollten, immer noch den Namen "Partei", so etwa die in mehreren Unionsrepubliken vertretene "Sozialdemokratische Assoziation" (SDA) oder die "Union Konstitutioneller Demokraten" (SKD).

Der 1989 gewählte sowjetische Kongreß der Volksdeputierten hatte zwar ein Drittel der 2.250 Sitze für Delegierte der KPdSU und der "Massenorganisationen" reserviert, doch bewarben sich zugleich in drei Vierteln der

pleks "Delo" (Hrsg.), *Partinform* (Moskau, wöchentlich, seit Mitte 1992), ferner der englischsprachige "Research Report" von Radio Free Europe/Radio Liberty und die Nachfolgezeitschrift "Transition". Weitere Literatur s.u.; Parteienhandbücher: B I Koval' u.a., *Partii i političeskie bloki v Rossii. Vypusk pervyj (Die Parteien und politischen Blöcke in Rußland)*, Moskau Korporacija NIPEK 1993, und R. Medvedev u a : *Spravočnik. Političeskie partii, dviženija i bloki sovremennoj Rossii*, Nižnij Novgorod: Leta 1993. Siehe auch Anm. 21, 27 und 59. - Die zahlreichen Publikationen über die Frühzeit der "neformaly" übergehen wir hier.

Wahlkreise erstmals zwei oder mehr (teils von Bürgerversammlungen, also "von unten" nominierte) Kandidaten um ein Mandat. Im Juli konstituierte sich unter der Leitung von Sacharov, Afanas'ev, Jelzin und anderen die reformorientierte "Interregionale Deputiertengruppe" (MDG), die sowohl im Kongreß als auch im Obersten Sowjet, dem daraus hervorgegangenen Arbeitsparlament, über gut zwölf Prozent der Mandate verfügte[6]. Damit war erstmals in der sowjetischen Geschichte eine parlamentarische Fraktion entstanden - allerdings noch ohne feste außerparlamentarische Strukturen.

3. Ein Jahr später, im März 1990, wurde in der Sowjetunion erneut gewählt: auf kommunaler und auf Republikebene. In Rußland wurde, wie zuvor auf Unionsebene, erstmals ein "Kongreß der Volksdeputierten" berufen (1 068 Mandate), aus dem sich der Oberste Sowjet mit zwei Kammern als ständig tagendes Arbeitsparlament rekrutierte (insgesamt 256 Mandate). Unter Mitwirkung diverser Wähler- und anderer Vereinigungen hatte sich diesmal bereits zwei Monate vor den Wahlen ein als Wählerblock firmierender überregionaler Zusammenschluß mit dem Namen "Demokratisches Rußland" (*Demrossija*) gebildet Auch die Wahlen selbst, wenngleich noch nicht nach Parteilisten durchgeführt, brachten gegenüber jenen von 1989 deutliche Fortschritte (sie waren demokratischer, als es westliche Medien und selbst ein Mann wie Solženicyn heute rückblickend behaupten). So wurde etwa die Mandatsreservierung gestrichen Wo Reformpolitiker kandidierten - vor allem also in den Reformen gegenüber besonders aufgeschlossenen Großstädten -, konnten sie zumeist klare Siege erringen. Dies gilt auch für die gleichzeitig abgehaltenen Kommunalwahlen. Gleichwohl waren - ähnlich wie bei den Wahlen von 1989 - etwa 90 Prozent der Volksdeputierten zum Zeitpunkt ihrer Wahl noch Mitglieder der KPdSU. Angesichts des im Juli 1990 vollzogenen Parteiaustritts der Führer der "Demokratischen Plattform in der KPdSU", darunter Jelzin und andere Deputierte, besagt dies freilich wenig.

Festzuhalten bleibt jedoch, daß die von den Reformern lange geforderte Streichung von Artikel 6 der sowjetischen Verfassung über die "führende Rolle der Partei" erst zeitgleich mit den Wahlen im März 1990 erfolgte. Nun setzte eine wahre Parteigründungswelle ein, auch wenn die juristische Registrierung dieser Parteien erst nach Inkrafttreten des Unionsgesetzes "über die gesellschaftlichen Vereinigungen" am 1.1.1991 nachgeholt werden konnte. Der tiefgreifenden Unzufriedenheit mit dem herrschenden System entsprechend, bekannten sich viele Parteien dieser "ersten Welle" zu Rechtsstaat, Marktwirtschaft, Menschenrechten und Parteienpluralismus. Viele der Par-

6 Angabe für September 1989. Galina und Otto Luchterhandt, Die Genesis der politischen Vereinigungen, Bewegungen und Parteien in Rußland, in: Veen/Weilemann, *Rußland* (Anm 5), S 125-214, Zit S 152

teien wurden Mitglied im inzwischen als eine Art Dachverband fungierenden "Demokratischen Rußland", das als breite Sammlungsbewegung ähnliche Zugkraft entwickelte wie vergleichbare Bewegungen in Ostmitteleuropa.

Viele der neuen Parteigründer waren gerade erst zu Volksdeputierten gewählt worden, so daß die Entstehung der neuen Strukturen in gewisser Weise wieder "von oben" bzw. aus dem Parlament heraus geleitet wurde: Deputierte des "Demokratischen Rußland", die als solche zudem über Räumlichkeiten, Medienzugang usw. verfügten, gründeten sich - gestützt auf ihr bisheriges Umfeld in Form von Wähler- oder anderen Vereinigungen - "ihre" Partei. Dabei wurde auch der Aufbau landesweiter Organisationen angestrebt, freilich nur in unterschiedlichem Maße verwirklicht. Dagegen war den Parteigründern von 1990/91 mit ganz wenigen Ausnahmen bereits klar, daß über Rußland hinausgreifende, unionsweite Organisationen keine Zukunft haben würden. So tragen fast alle diese Parteien bereits "Rußland" im Namen.

Inzwischen war auch die Differenzierung innerhalb der immer noch mächtigen KPdSU weitergegangen. Sie schrumpfte von 19 Millionen Mitgliedern (1987) auf 16,5 Millionen (April 1991). Während sich führende Reformer - mit Jelzin, doch ohne Gorbačev - im Januar 1990 in der innerparteilichen "Demokratischen Plattform" zusammengefunden hatten und im Juli die Partei ganz verließen, gründete der reformfeindliche Flügel unter Ivan Polozkov im Juni 1990 die "Kommunistische Partei Rußlands". Damit erhielt die RSFSR erstmals formal eine eigene Parteiorganisation innerhalb der KPdSU. Eine letzte Fraktionsbildung vor dem Augustputsch war die Gründung der gemäßigt reformerischen Deputiertengruppe "Kommunisten für Demokratie" im März 1991, wodurch ihr Führer Aleksandr Ruckoj dem damaligen Vorsitzenden des Obersten Sowjets Rußlands, Boris Jelzin, das politische Überleben ermöglichte.

Nationalistische Kräfte entfalteten sich bis 1991 nur relativ schwach. Einiges deutet darauf hin, daß manche Nationalisten sich in der allgemeinen Frontstellung gegen die KPdSU, sei es aus Überzeugung, sei es vorübergehend und taktisch motiviert, auch "demokratische" und marktwirtschaftliche Inhalte und Parolen zu eigen machten. Die kleinen, untereinander zerstrittenen Gruppen, die den Namen "Pamjat'" (Gedenken, Erinnerung) trugen - dem Namen nach gleichsam ein rechtsextremes Pendant zur demokratischen "Memorial"-Bewegung - sind im Westen seit ihren ersten spektakulären Auftritten im Jahre 1988 vielfach überschätzt worden. Sie haben sich im allgemeinen auch nicht als Partei verstanden und sind als Organisationen bis heute in ihrer marginalen Position geblieben. Gleiches gilt für die Monarchisten. Dagegen trat bei den Wahlen von 1990 bereits ein (allerdings weitgehend erfolglos gebliebener) "Block gesellschaftlich-patriotischer Kräfte" an,

der die späteren kommunistisch-nationalistischen Blockbildungen vorwegnahm. Die seitdem zumeist "National-Patrioten" genannten Nationalisten forderten unter anderem die "Gleichberechtigung" Rußlands und der Russen in der UdSSR, in der andere Republiken und Völker einseitig bevorteilt seien[7].

Die Demokraten propagierten dagegen - neben der wirtschaftlichen und politischen Liberalisierung, Rechtsstaat und Mehrparteiensystem - eher einen gegen das herrschende System und das Moskauer "Zentrum" gerichteten *emanzipatorischen* Nationalismus, der zwischen den Interessen der Russen und jenen der austrittswilligen Litauer oder Georgier keinen Widerspruch sah. Wenn auch die Demokraten zunehmend zu nationaler Rhetorik und Symbolik griffen, so ganz offensichtlich auch deshalb, um den National-Patrioten den Wind aus den Segeln zu nehmen und selbst eine "national-orthodox-demokratische Ideologie" zu schaffen[8]. So sprach Jelzin stets aufs neue von der "Wiedergeburt Rußlands" und dessen "Souveränität", und die vom "Demokratischen Rußland" verwendeten vorrevolutionären Farben Weiß-Blau-Rot sollten wenig später zu den Farben des neuen Rußland werden.

Als größter personeller Erfolg des "Demokratischen Rußland" und damit auch der mitwirkenden Parteien ist zweifellos die Wahl des gemeinsamen Kandidaten Boris Jelzin am 12.7.1991 (mit 57,3 Prozent der Stimmen[9]) zum Präsidenten Rußlands anzusehen. Durch die Abwehr des Augustputschs, das Verbot der KPdSU und die im Dezember besiegelte Auflösung der Sowjetunion wurde Jelzin unangefochten zum mächtigsten Mann in Moskau, ohne weiter mit seinem langjährigen und seit Ende 1990 zunehmend als Reformbremser empfundenen Gegner Gorbačev rechnen zu müssen. Wenn eine Demokratisierung stets zwei Aspekte enthält, "die 'Ablösung' (extrication) vom autoritären Regime und die 'Konstitutierung' einer demokratischen Regie-

7 Zu "Pamjat'": Gerd Koenen/Karla Hielscher, *Die schwarze Front. Der neue Antisemitismus in der Sowjetunion*, Reinbek: Rowohlt 1991, sowie Stefanie Babst, Die neuen sowjetischen Parteien und Gruppierungen - ein systematischer Überblick, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 1/1991, S. 89-110. Zur neuen Rechten in Rußland, Ideologie, Organisationen, historischen Vorläufern, besonders wichtig: Institut Sociologii RAN, Sankt-Peterburgskij filial. *Nacional'naja pravaja prežde i teper'. Istoriko-sociologičeskie očerki (Die nationale Rechte früher und heute. Historisch-soziologische Skizzen)*, St.-Petersburg 1992, T. I-III.

8 Elena Zdravomyslova, *The role of Social movements in the creation of new political symbolism in Russia*, Referat auf der 1. Europäischen Konferenz über Soziale Bewegungen, Wissenschaftszentrum Berlin, Oktober 1992 (Manuskript). Die Bemühungen der Kräfte um Jelzin, sich auf diesem Feld nicht "rechts überholen zu lassen", dauern bis heute an.

9 Vgl. A.A. Sobjanin u.a., *Pervye prezidentskie vybory v Rossii: Političeskie itogi, perspektivy, dostovernost' rezul'tatov. Analitičeskij doklad...* (Moskau 1991).

rung"[10], so lassen sich die Phasen 1 bis 3 unter "Ablösung" zusammenfassen. Kompliziert wird diese Einteilung lediglich durch die sowjetische Besonderheit, daß die Veränderungen zeitversetzt auf zwei verschiedenen institutionellen Ebenen stattfanden. Ende 1991 hatte eine davon zu bestehen aufgehört: Denn nicht nur ein System, auch ein Staat war zusammengebrochen.

4. Im November 1991 hat Präsident Jelzin den ihn unterstützenden demokratischen Parteien in einem gemeinsam unterzeichneten Protokoll versprochen, sie durch regelmäßige Konsultationen in den politischen Entscheidungsprozeß einzubinden. Dies ist jedoch so gut wie gar nicht geschehen. Auch bei der Regierungsbildung haben parteipolitische Gesichtspunkte seitdem - zumindest bis Anfang 1994 - praktisch keine Rolle gespielt. Statt dessen hat Jelzin hin und wieder, vornehmlich in kritischen Situationen, die Bildung einer neuen, demokratischen, präsidentennahen Partei, der auch er sich anschließen werde, gefordert oder angekündigt. Auch dazu ist es nicht gekommen. Allenfalls die Ende 1991 landesweit gegründeten, weitgehend von Demrossija-Aktivisten geführten "Gesellschaftlichen Komitees der Rußländischen Reformen" (OKRR) bedeuteten einen Versuch in dieser Richtung. Es blieb jedenfalls bei einem trotz klarer politischer Präferenzen demonstrativ über dem "Parteienhader" stehenden, parteilosen Präsidenten, der, dem Zaren nicht unähnlich, "keine Parteien kennt, nur Russen". Dieses Verhalten offenbart einerseits eine realistische Einschätzung des ungefestigten und seit 1991 auch zunehmend unpopular gewordenen Parteienwesens in Rußland - und ist doch andererseits als Versäumnis zu betrachten, da es das Wachstum intermediärer Institutionen in vielfacher, nicht zuletzt auch materieller Hinsicht zusätzlich erschwert hat

Allerdings hat Jelzin nicht gezögert, in schwierigen Situationen auf seine Hilfstruppen bei den Demokraten, insbesondere im "Demokratischen Rußland", zurückzugreifen. Inzwischen hatte aber auch in Rußland "die sekundäre Phase der Parteienbildung: die organisatorische Ausdifferenzierung der ideologisch heterogenen und organisatorisch kaum strukturierten Bürgerbewegungen"[11] begonnen, nachdem das bisher identitätsstiftende gemeinsame Ziel, die Demontage des totalitären Regimes, erreicht war.

Bereits vor dem Augustputsch war in der Einheit der Demokraten der erste Riß zu erkennen. Drei von bekannten Volksdeputierten geführte Parteien, die DPR, RChDD und KDP-PNS (vgl. Abschn. 5.), bildeten zunächst inner-

10 Adam Przeworski, Spiel mit Einsatz. Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika, Osteuropa und anderswo, in: *Transit,* 1/1990, S. 190-211, Zit. S 195f.

11 Gerhard Mangott, Parteienbildung und Parteiensysteme in Ost-Mitteleuropa im Vergleich, in Peter Gerlich/Fritz Plasser/Peter Ulram (Hrsg), *Regimewechsel. Demokratisierung und politische Kultur in Ost-Mitteleuropa*, Wien/Koln/Graz: Bohlau 1992, S 99-128, Zit S 104f.

halb des "Demokratischen Rußland" einen eigenen Block namens "Volkseintracht". In der Gründungserklärung des Blocks erklangen ganz ungewohnte Töne:

" . in der demokratischen Bewegung des Landes sind zwei politische Strömungen entstanden eine linksradikale, deren Handlungen zur Zerstorung des Unionsstaats und zur Zergliederung der Russischen Föderation führen, und eine konstruktiv-demokratische, die bestrebt ist, die Einheit der Russischen Föderation zu erhalten und einen neuen Unionsstaat zu schaffen "[12]

Damit war eine entscheidende Konfliktlinie vorgezeichnet. Im November 1991 verließ die "Volkseintracht" die Bewegung "Demokratisches Rußland". Wenig später schied am linken Rand der Bewegung der Parteienblock "Neues Rußland" (darunter die SDPR) ebenfalls aus - übrigens eine der wenigen Kräfte, die die Auflösung der UdSSR und die Gründung der GUS gutgeheißen hatte. Die Ausfächerung nach rechts ging jedoch weiter. Bald zerbrach auch der Block "Volkseintracht". Aus dem populären antikommunistischen Trommler Nikolaj Travkin (DPR) wurde ein Streiter für den Erhalt der Sowjetunion, der bald an der Seite von Vizepräsident Ruckoj im Bundnis "Burgerunion" seinen Platz finden sollte - auf der Plattform der "Erhaltung der Einheit Rußlands als eines starken multinationalen demokratischen Staates", wie es in der "Politischen Erklärung" zur Gründung der Bürgerunion heißt[13]. Aus dem Erfinder der Losung "Demokratisches Rußland", Michail Astaf'ev (KDP-PNS), wurde binnen zweier Jahre ein führendes Mitglied der kommunistisch-nationalistischen "Front der Nationalen Rettung".

Mit der Übernahme der ungeteilten Regierungsmacht durch Präsident Jelzin, dem Verbot der KPdSU, der Gründung der GUS im Dezember 1991, die den sowjetischen Staatsverband hinfällig machte, und dem Beginn marktwirtschaftlicher Reformen mit Preisfreigabe und Privatisierung hatte sich die politische Situation auch für die Parteien grundlegend geändert. Dies um so mehr, als die Ergebnisse der politischen Veränderungen vielfach andere waren als erhofft, und sich Produktionsrückgang und Inflation, Kriminalität und der Zerfall der innerstaatlichen und (in der GUS) zwischenstaatlichen Ordnung immer deutlicher bemerkbar machten Wenn hier die Zeit seit Ende 1991 in der Periodisierung zusammengefaßt wurde, wird damit der Tatsache Rechnung getragen, daß die Mobilisierungskraft der marktwirtschaftlich und demokratisch orientierten Parteien in dieser Zeit kontinuierlich nachgelassen hat - auch wenn sich dies nicht immer unmittelbar in der Regierungspolitik widerspiegelte

12 Deklaracija konstruktivno-demokratičeskogo bloka "Narodnoe Soglasie" (Flugblatt), Moskva, 19.4 1991

13 Graždanskij sojuz: *Dokumenty foruma obščestvennych sil* (Moskva, 21 ijunja 1992 goda), Broschüre, S. 5.

Dagegen haben der Regierungspolitik und Jelzin gegenüber oppositionelle Stimmungen im genannten Zeitraum zugenommen und sich auch in der Parteienlandschaft niedergeschlagen. Bereits die Jahreswende 1991/92 erlebte die Gründung nationalistischer Blöcke mit kommunistischem Einschlag, während die vom Parteiverbot getroffenen Kommunisten zugleich begannen, sich unabhängig davon in einer Reihe neuer, kommunistischer Parteien zu sammeln. Das regierungskritische Spektrum war jedoch, wie das Auftauchen einer "zentristischen" Strömung zeigte, viel breiter. Die beiden damals wohl wichtigsten Blockbildungen sind bereits genannt worden: die "Bürgerunion" (Juni 1992) als "zentristische", d.h. sich als gemäßigt oppositionelle und gemäßigt reformerische Kraft der Mitte sehende Strömung, und die "Front der Nationalen Rettung" (Oktober 1992, Oktober 1993 verboten) als radikale bzw. in Rußland auch "unversöhnlich" (*neprimirimyj*) genannte Opposition von Kommunisten und Nationalisten. Am Rande sei erwähnt, daß die Konjunktur des Namens "Partei" 1992, insbesondere im demokratischen und nationalistischen Spektrum, bereits nachgelassen hatte, so daß bei Neugründungen zunehmend auf Bezeichnungen wie "Union" oder "Versammlung" zurückgegriffen wurde.

2. Konfliktlinien und soziale Basis

In der westlichen Forschung wird die Aufgabe gesellschaftlicher Interessengruppen in der Vertretung bzw. Artikulation *bestimmter* partikularer Interessen, die Aufgabe von Parteien dagegen im allgemeinen in der Aggregation *verschiedener* Interessen gesehen Mit Blick auf die postsozialistischen Staaten ist in den vergangenen Jahren immer wieder zweierlei hervorgehoben worden: "die nur langsam wachsende Fähigkeit der Menschen, solche Interessen überhaupt zu artikulieren und in die angestrebte 'Bürgergesellschaft' einzubringen", auch in einem institutionell ungefestigten System Mittel, Ziele und Auswirkungen ihrer Interessenartikulation zu erkennen und zu überblikken, sowie, noch grundsätzlicher und vielleicht etwas apodiktisch formuliert, "das Fehlen organisierter Interessen und sozialer Gruppen als Bezugspunkte für ein ausdifferenziertes Parteiensystem"[14]. Auch Wissenschaftler und Politiker in Rußland erkennen diese Situation.

14 Eberhard Schneider/Heinz Timmermann, *Voraussetzungen und Perspektiven für die neuen Parteien in der Sowjetunion. Ergebnisse einer Forschungsreise in die Republiken Rußland, Ukraine und Weißrußland*, Köln Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (im folgenden BIOst),

In diesem Zusammenhang erscheint auch das Muster traditioneller Konfliktlinien (*cleavages*), das für die Parteibildung in Westeuropa nach Lipset/Rokkan[15] so bedeutsam war, auf Rußland noch weniger übertragbar als auf die Länder Ostmitteleuropas. Es gibt in Rußland keine klare Konfliktlinie Staat versus Kirche oder Arbeit versus Kapital, da das Kapital erst im Entstehen begriffen ist und auch "Unternehmerparteien" erst in den Kinderschuhen stecken. So kommt es zu der merkwürdigen Situation, daß etwa in der kleinen Sozialdemokratischen Partei Rußlands die Auffassung vertreten wurde, solange es keine starken Unternehmer gebe, müsse man die Interessen der Unternehmer eben "mitvertreten", ehe man sich ausschließlich der traditionellen Aufgabe der Sozialdemokratie widmen könne.

Ähnliches gilt für die Konfliktlinie Agrar- versus Industrieinteressen: Die Linie Marktwirtschaftsgegner versus -anhänger deckt sich, auch wenn inzwischen eine - personell eng mit den Kommunisten verflochtene - Agrarpartei existiert, nicht mit der Grenze zwischen Stadt und Land (wenngleich die Zahl der Anhänger in der Stadt offenbar größer ist). - Erstaunlich ist, daß auch die zähe Verteidigung regionaler Interessen gegenüber dem Moskauer "Zentrum" nicht zur Herausbildung starker Regionalparteien geführt hat, auch wenn unbedeutende Ansätze (Partei der Sibirischen Unabhängigkeit; Baltische Republikanische Partei in Kaliningrad/Königsberg) dazu vorhanden waren. Dies mag nicht zuletzt an der mangelnden Popularität von Parteien überhaupt sowie an ihrer Ineffizienz als Instrument der Interessendurchsetzung liegen; regionale Interessen werden offenbar anders artikuliert und durchgesetzt.

Die traditionellen cleavages sind also wenig hilfreich, und es muß nach anderen, teilweise weniger stabilen und mehr situativ bedingten Konfliktlinien gesucht werden. Als solche bieten sich an:

- für die Zeit bis zur Überwindung des alten Regimes die dominierende Zweiteilung in "wir" gegen "sie" (*my-oni*), von "Beherrschten" gegen "Herrschende", die eine dichotomische Polarisierung mit sich brachte und den Zustand der atomisierten Sowjetgesellschaft ein letztes Mal spiegelte (im damaligen Wortgebrauch: links gegen rechts);
- für die Zeit seitdem die Orientierung an zwei Hauptlinien: dem Fragenkomplex der Ausgestaltung der russischen Staatlichkeit und jenem der Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, die grob als "nationale

Köln 1991, S. 42. Ähnlich Herbert Kitschelt, The Formation of Party Systems in East Central Europe, in: *Politics & Society*, Bd. 20, Nr.1, März 1992, S 7-50, passim, Claus Offe, Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa, in: *Merkur*, 4/1991, S. 283.

15 Seymour Martin Lipset/Stein Rokkan, Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments An Introduction, in: dies. (Hrsg), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, New York: The Free Press 1967, S 1-64, passim.

Frage" und "soziale Frage" bezeichnet werden können. Russische ebenso wie ausländische Wissenschaftler haben die Parteien immer wieder entlang dieser zwei Achsen kategorisiert[16]. Die erste Frage umfaßt konkret etwa historische Identität, territoriale Ausdehnung und innere Gliederung Rußlands (Föderation oder Einheitsstaat), die zweite die wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen (Marktwirtschaft - soziale Marktwirtschaft - "gemischte Wirtschaft" - Staatswirtschaft).

- Bei der starken Personalisierung der Politik, die Inhalte teilweise zurücktreten läßt, und dem Denken in Freund-Feind-Schemata erscheinen auch personenbezogene Konfliktlinien wie "pro-Jelzin" gegen "anti-Jelzin" sinnvoll. Damit ließe sich erfassen, warum ein Teil der (immer noch obrigkeitshörigen?) Bevölkerung den Präsidenten unterstützte und im gleichen Atemzug die Reformpolitik verurteilte[17]. Damit ließen sich auch scheinbare Erfolge Jelzins wie das Referendum vom April 1993 kritischer betrachten. Diese Konfliktlinie ist freilich wenig stabil und wird mit abnehmender Popularität Jelzins an Bedeutung verlieren.

Hinsichtlich weiterer Kategorien der Ordnung und Beschreibung sei hier darauf hingewiesen, daß die Begriffe "links" und rechts" in der sich schnell ändernden Situation eine instabile Bedeutung haben. Während sie anfangs für "Reform" und "Beharrung" standen, hat sich der russische Sprachgebrauch etwa ab 1992 teilweise dem westlichen angenähert, wenn beispielsweise von der kommunistisch-nationalistischen Frontbildung als "links-rechts-Opposition" gesprochen wurde. Eine einheitliche Verwendung der Worte ist aber bis heute nicht zu erkennen; vielmehr hat die Einteilung in *demokraty* (in Deutschland zumeist als "Radikalreformer" bezeichnet), *centristy* ("gemäßigte Opposition/Reformer") und *patrioty* ("Reaktionäre", "Reformgegner"; ein Teil davon: *kommunisty*) das links-rechts-Schema überlagert.

16 Vgl. Michael Harms, Von der Staatspartei zum Parteienstaat?, in ders./Peter Linke (Hrsg.), *Überall Klippen. Innen- und außenpolitische Gegebenheiten Rußlands*, Berlin: Volk und Welt 1992, S. 104-115, vgl. Gerhard Gnauck, Die russischen Parteien und der Nationalismus, in *Arbeitsmaterialien des Instituts für Internationale Politik*, Berlin 1993, vgl. Oleg Vite (Anm. 66) und Sergej Mitrochin, Moskau (Gespräch im September 1992). - Igor' Kljamkin gliedert in seinen empirischen Untersuchungen das Meinungsspektrum in Rußland - und der Ukraine! - in die Wiederherstellung eines "zentralisierten Unionsstaates" befürwortende "Imperial-Sozialisten", die eine "Stärkung der GUS" befürwortenden "GUS-Sozialisten" und die eine "Priorität der Probleme" des jeweils eigenen Staates sehenden "National-Sozialisten" und analog in drei Gruppen von "Kapitalisten". Fond "Obščestvennoe mnenie"/Igor' Kljamkin, narod i politika (Volk und Politik) Rossija i Ukraina segodnja i zavtra. Serija issledovanij "Monitor", vypusk 3, Moskau 1992 (und folgende Ausgaben) - Allerdings meint der russische Gebrauch des Wortes Imperium (offizielle Bezeichnung des Zarenreichs. Rossijskaja Imperija) heute zumeist nur das einstige sowjetische Staatsgebiet, *nicht* das weltumspannende Sowjetimperium, wie es der westliche Sprachgebrauch irreführend nahelegt.

17 So der Eindruck bei manchen Umfragen, Gespräch mit Viktor Voronkov vom St. Petersburger Institut für Unabhängige Forschungen, Dezember 1993

Die Einschätzung der politischen Relevanz bestimmter Parteien kann sich aufgrund der fehlenden sozialen und organisatorischen Verwurzelung nur mit Vorbehalt auf Angaben wie Mitgliederzahlen oder Wahlergebnisse stützen. Sinnvoller erscheint eine andere Gewichtung, zum Beispiel anhand folgender Kriterien (in der Reihenfolge ihrer Bedeutung in Rußland): 1. Populare Parteiführer; 2. Organisatorische Schlagkraft und Geschlossenheit der Parteizentrale und der "Aktivisten"; 3. Besetzte Machtpositionen; 4. Finanzquellen; 5. Image als (zumindest vermeintlicher) Vertreter bestimmter sozialer Gruppen, 6. Medienzugang; 7 Einfluß in den regionalen Eliten; 8. Mitgliederzahl, 9. Auslandskontakte; 10. Organisatorische Infrastruktur der Partei, Einbindung der Basis; 11. (Kommerzielle) Beziehungen zu "think tanks", Institutionen und Organisationen[18]. Alle diese Faktoren sind oft kurzfristigen Veränderungen unterworfen, so daß die Relevanz einer Partei - und erst recht eines Blocks oder Bündnisses - oft schwer einzuschätzen ist.

3. Sind die russischen Parteien Parteien? - Organisatorische Aspekte

Die westliche Wissenschaft bietet, vereinfacht gesagt, zwei sich sinnvoll ergänzende Definitionen des Begriffs Partei. Nach der einen sind Parteien Gruppen von Menschen, die unter einem bestimmten Namen und mit einem bestimmten Programm versuchen, mittels Wahlen ihre Vertreter in bestimmte Ämter gelangen zu lassen. Diese Definition wird von den russischen Parteien, so unbedeutend sie z.T. sein mögen, im allgemeinen erfüllt. Die funktionalistische Definition dagegen verweist auf eine Reihe von Funktionen der Parteien für das politische System[19]; die russischen Parteien jedoch haben die Aggregation gesellschaftlicher Interessen (zumindest bis Ende 1993) praktisch nicht geleistet, die politische Zielfindung, Mobilisierung und Sozialisation der Bürger im System sowie Elitenrekrutierung und Regierungsbildung nur begrenzt und zeitweise, vornehmlich in Perioden großen politischen Interesses und scharfer Polarisierung (insbesondere 1990/91; ferner im Zusammenhang mit den Wahlen 1993).

18 Nach M. Maljutin/A. Jusupovskij, *Rasstanovka političeskich sil v Rossii i prognoz ich roli v bližajšej perspektive*, Moskau 1993 (hrsg u a v Komissija VSO po političeskomu analizu, Broschüre), S 4f

19 Im folgenden angelehnt an Klaus von Beyme, *Parteien in westlichen Demokratien*, München/Zürich. Piper, 2., uberarb. Aufl 1984, S 25.

Die allgemeinen Bedingungen für die Tätigkeit von Parteien in Rußland sind miserabel. Dem in 2. Abschnitt Gesagten ist hinzuzufügen, daß sie sich bisher kaum auf sichere Finanzierungsquellen stützen können. Die technische Infrastruktur ist dementsprechend schlecht. Nicht besser sind, von einigen Ausnahmen abgesehen, die räumlichen Bedingungen; viele Parteien führen ein regelrechtes Nomadendasein[20]. Im Wahlkampf von den Behörden zur Verfügung gestellte Räumlichkeiten wurden den Parteien nach der Wahl z.T. wieder entzogen. Spätestens seit 1992 stoßen die Parteien überdies in der Gesellschaft auf eine Wand der politischen Apathie und des Mißtrauens. All dies schlug sich insbesondere für die demokratischen Parteien bald in einem (nur ungern zugegebenen) Mitglieder- und Aktivitätsschwund nieder, so daß heute in Rußland vielfach von "Proto-", "Zwerg-" oder "Taschenparteien" gesprochen wird. Dieser negative Trend dürfte radikale Oppositionsparteien, insbesondere die kommunistischen Kräfte mit ihrem organisatorischen und personellen Rückhalt, derzeit weniger betreffen, obwohl auch hier Anfang 1994 über Auszehrung, Ermattung und mangelnde Einsatzmotivation geklagt wurde. Insgesamt bleibt festzuhalten, daß der eine Zeit lang herrschende Glaube an das Wundermittel Mehrparteiensystem in der desillusionierten und pauperisierten Bevölkerung heute wenige Anhänger hat.

Vielfach ließe sich auf die Parteien der negativ konnotierte Begriff "Faktionen" anwenden. Zugleich erinnern sie - auch die im Herbst 1993 eilig gegründeten Wahlblöcke - ein wenig an die polnischen Adelskonföderationen des 18. Jahrhunderts: aus bestimmtem Anlaß ad hoc zusammengerufene lose Bünde zumeist rebellisch gesinnter Vertreter der gesellschaftlichen Elite. Zwar haben einige der heute tätigen Parteien als organisatorische Einheiten bereits seit 1990/91 Bestand, doch ist andererseits in vielfältiger Hinsicht eine starke Fragmentierung unübersehbar - politisch-inhaltlich (sowohl im System als auch innerhalb einzelner Parteien!), aber auch organisatorisch, was natürlich politische Differenzen erleichtert - horizontal (von Region zu Region) wie vertikal (Führer-Aktivisten-Mitglieder; Zentrum-Regionen). Dies soll ohne den Anspruch auf Vollständigkeit an einigen Einzelaspekten näher erläutert werden.

20 Die Zentrale der SDPR in Moskau umfaßte zwei Zimmer mittlerer Größe, bis die Partei sich vor den Wahlen dem Javlinskij-Block anschloß und damit auch diese, ihr bis dahin vom Block "Neues Rußland" zur Verfügung gestellten Raume verlor Im Januar 1994 war sie eine "Partei ohne Obdach und Postanschrift", doch soll sich dies bald ändern. Gespräch mit Maja Vinogradova, der internationalen Sekretärin der SDPR, Dezember 1993. - Die KDP-PNS wiederum verlor mit der Auflösung der Rajon-Sowjets im Herbst 1993 ihre Zentrale - zwei Zimmer, die dem Deputierten Astaf'ev zur Verfügung gestellt worden waren.

3.1. Die Parteiführer

Inzwischen ist es ein Gemeinplatz, auf die starke Personalisierung der russischen Politik hinzuweisen, die auch in Rußland selbst empfunden und vielfach kritisch bewertet wird. Sie äußert sich u.a. darin, daß anstelle der oft einander ähnelnden Namen der Parteien vielfach von der "Travkin-Partei", der "Žirinovskij-Partei" usw. gesprochen wird. Für bekannte Politiker sind "ihre" Parteien oft nicht viel mehr als "Zugabe zur persönlichen Popularität und Hilfsmittel beim individuellen Umgang mit den Massen" sowie Vehikel bei der Erringung oder dem Erhalt von Macht und Medienecho[21]. Personen sind wichtiger als Programme; dies läßt sich teilweise aus der Entstehungsgeschichte der Parteien erklären.

Bemerkenswert erscheint, daß in der großen Mehrheit der 1990/91 gegründeten Parteien bis heute kein Wechsel des Vorsitzenden stattgefunden hat (deutliche Ausnahme: SDPR). Dies läßt sich mit der kurzen Zeitspanne, während der ja in der Regel mehrere Parteitage stattfanden und auf neue Herausforderungen vielfach mit Kursänderungen reagiert wurde, nur unzureichend erklären. Vielmehr spricht dies für eine faktionsartige Verfestigung und mangelnde Einübung innerparteilicher Demokratie: Wenn es nämlich zu Differenzen kam, endeten diese vielfach in Abspaltungen der unterlegenen Minderheit. Andererseits stellen die Vorsitzenden, positiv gewendet, ein seltenes Element der Kontinuität dar. Die Parteiführer sind jedoch bisher, sieht man von biographischen Nachschlagewerken und Übersichten ab, kaum eingehender untersucht worden.

Eine Ausnahme bildet Carole Sigman, die für die Zeit von 1990 bis 1992 die führenden Vertreter der "demokratischen Parteien" - und als solche ließen sich damals fast alle verstehen - untersucht hat. Da alle in Frage kommenden Männer (deren Anteil ca. 90 Prozent beträgt) und Frauen höhere Bildung genossen haben, auch wenn manche von ihnen ihr Studium nicht abschließen wollten oder konnten, "sind alle auf die eine oder andere Art aus der Intelligenzija hervorgegangen"[22]. Für besonders markant hält Sigman die Zweiteilung dieser Führerschaft in die Intelligenzija der ersten Generation, die ihre Bildung und Karriere wesentlich der KPdSU verdankt und dieser bis in die Perestrojka-Zeit hinein verbunden geblieben ist, und in die Intelligenzija der

21 Sergej Mitrochin, *Die russischen Parteien nach dem Putsch: eine politologische Profilskizze*, Arbeitspapier Nr. 3 der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen, Dezember 1992, S. 10; eine aktuell bleibende Analyse eines jungen Moskauer Wissenschaftlers, der inzwischen der JABLOKO-Fraktion in der Staatsduma angehört.

22 Carole Sigman, *Les dirigeants des partis et organisations démocratiques de la Fédération de Russie*, Mémoire de D.E.A. Paris: Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales, September 1992, S. 28f. (Dissertation soll folgen).

(mindestens) zweiten Generation, unter der sich auch ausgesprochen regimeferne Personen befinden. Die weitere Unterteilung nach Karrieremustern in sechs Gruppen läßt das Bild jedoch wieder diffuser erscheinen. Als Tendenz war 1992 bei aller Vorsicht folgendes festzuhalten: ein "massives Eintreten (...) von Intellektuellen der (mindestens) zweiten Generation und von ehemaligen KP-Mitgliedern mit technischer Bildung" in die politische Szene, die Verdrängung der Reformer der ersten Stunde (geistes- und sozialwissenschaftliche Intelligenzija, "Ideologen"), sowie eine "verstärkte Marginalisierung ehemaliger Dissidenten"[23]. Das hierbei nicht erfaßte Aufleben kommunistischer Parteien seit 1992 dürfte das Bild noch einmal geringfügig verändern.

3.2. *Finanzen*

Zu diesem ebenso skandalumwitterten wie unerforschten Bereich lassen sich kaum exakte oder umfassende Angaben machen. Eine geregelte Parteienfinanzierung gibt es nicht. Ein Anfang könnte gewesen sein, daß Parteien und Kandidaten seit 1993 für den Wahlkampf aus öffentlichen Mitteln vorher festgelegte, einheitliche Summen überwiesen werden. Um den z.T. recht aufwendigen Wahlkampf zu finanzieren, mußten manche Parteien zugleich auf private Unterstützung zurückgreifen. Immer wieder ist zu hören, daß bestimmte Banken - in wohlverstandenem Eigeninteresse - mehr als eine Partei unterstützten, so die Moskauer Banken MENATEP und STOLIČNYJ "Rußlands Wahl" und die LDPR[24].

Damit ist die Frage nach der Finanzierung der politischen Alltagsarbeit aber noch nicht beantwortet. Das Spektrum der Möglichkeiten reicht von dem Vorstandsmitglied, das vor dem anstehenden Parteitag eine Million Rubel aus der Tasche zieht, ohne seinen Parteifreunden die Quelle verraten zu wollen[25], bis zu der mühsamen Werbearbeit von Parteiortsgruppen, die sich offenbar großenteils selbst finanzieren müssen und daher Kontakte zu örtlichen Unternehmen als *sponsory* suchen[26]. Von einer nennenswerten und dau-

23 Ebd., S. 44. Vgl. auch Anm 30

24 Larissa Schatalina, Wahlkampffinanzierung. Breit gestreute Unterstützung durch Banken, in. *WOSTOK*, Nr 2, Mai-Juni 1994, S.11-13.

25 1992, als dieser Vorgang geschah, war dies ein enormer Betrag Wir bitten um Verständnis, daß wir unsererseits die Quelle dieser Information nicht nennen möchten

26 Wir danken insbesondere Aleksandr Sungurov, ehemals DPR-Vorsitzender in St. Petersburg, heute Vorsitzender der "Union des Fortschritts Rußlands", für seine Auskünfte (März 1993)

erhaften, geschweige denn wirkungsvollen materiellen oder bürotechnischen Unterstützung aus dem Ausland ist kaum etwas bekannt, wenngleich zumindest die wenig bedeutenden christdemokratischen Organisationen und die SDPR mehrfach in den Genuß solcher Hilfe gekommen sind.

Hauptfinanzquelle, ob offen oder verdeckt, scheinen in der Tat Spenden von Unternehmen zu sein, "unabhängig von der Richtung der Parteien, von den demokratischen bis zu den äußersten rechten... Die Mitgliedsbeiträge spielen praktisch bei allen Parteien als Einnahmequelle nur eine ganz geringe Rolle... Eine weitere Einnahmequelle bildet die Publikationstätigkeit."[27] Nicht zu vergessen ist die indirekte Unterstützung durch die Behörden durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten.

3.3. Mitglieder

Auch zur Mitgliederschaft liegen keine gesonderten Untersuchungen vor. So ist auf den allgemeinen und auch empirisch erhärteten Eindruck zu verweisen, wonach die politische Aktivität der Bürger mit höherem Bildungsstand und höherem Alter zunimmt. Von der politischen Apathie scheinen jüngere Jahrgänge besonders stark betroffen zu sein. Außerdem scheint die politische Mobilisierbarkeit generell und insbesondere bei den demokratischen Kräften nach 1991 stark abgenommen zu haben. Ein typisches Beispiel ist die DPR-Gebietsorganisation von Kaliningrad (Königsberg). Nachdem sie 1990/91 bei einer Gesamtbevolkerung von etwa 900.000 nach eigenen Angaben etwa 500 Mitglieder hatte, meldeten sich im Rahmen einer "Inventur" Ende 1992 auf ein entsprechendes Rundschreiben nur noch 100[28].

Diese Erscheinungen von Flut und Ebbe (einige kommunistische und nationalistische Parteien dürften derzeit ansatzweise "Flut" verzeichnen) machen es unmöglich, bei der Mitgliederschaft der Parteien von festen Zahlen auszugehen. Hinzu kommt, daß nicht immer klar zu definieren ist, was ein "Mitglied" überhaupt ausmacht: Beitragsüberweisungen etwa (im allgemeinen ein Prozent des Einkommens) sind beim Fehlen eines funktionierenden

27 Galina und Otto Luchterhandt, Das Parteienrecht in der Rußländischen Föderation, in Dimitris Th. Tsatsos/Zdzislaw Kedzia (Hrsg.), *Parteienrecht in mittel- und osteuropaischen Staaten. Entstehungsmomente des Parteienrechts in Bulgarien, Litauen, Polen, Rußland, der Slowakei, Tschechien und Ungarn*, Baden-Baden: Nomos 1994, S. 167-217 und 313-323, Zit S. 211f - offenbar die einzige (und empfehlenswerte) Publikation zum Thema

28 Gespräch mit dem ehemaligen Vorsitzenden Gennadij Poliščuk (Marz 1993) Wahrscheinlich betrifft dieser Prozeß auch die DPR im ganzen.

Bankensystems schwer möglich, Mitgliedsausweise nicht immer finanzierbar. Was die stellvertretende Vorsitzende der KDP-PNS sagt, gilt für viele Parteien: "Eine strenge Registrierung macht niemand. Bisher sagte man einfach: Ich bin mit euch." Erst mit der neuen Satzung vom Dezember 1993 wolle man dies einführen. Auch die Aufnahme des neuen Mitglieds geschah bisher recht einfach, durch Befürwortung eines Mitglieds des Partei-Zentralkomitees: "'Sie sind gegen die Kommunisten und gegen Jelzin? Sie sind unser Mann!' Aber jetzt jagen wir nicht mehr nach der Quantität, und es sollten Leute mit bereits herausgebildeten Anschauungen sein."[29]

Zweifelhafte Methoden der "Mitgliederwerbung durch Überredungskunst" oder eines Klientelverhältnisses (Schauspieler sind Mitglieder einer Partei, deren Vorsitzender das Theater sponsort[30]) scheinen die Ausnahme zu sein. Doch erscheint es sinnvoll, die Mitgliederzahlen mehr als Zahlen von Sympathisanten zu verstehen. Ein Sonderfall sind die KP-Nachfolgeparteien, die auf einen alten Bestand von Orts- und Betriebsgruppen und KPdSU-Mitgliedern zurückgreifen konnten, die sich offenbar z.T. einfach mit ihren alten Parteibüchern ausweisen.

3.4. Binnenstruktur

Die meisten Parteien legen, auch wenn sie zahlenmäßig noch so klein sind, Wert auf eine differenzierte Organisationsstruktur mit Vorstands- und Revisionsorganen, mit Satzung (*ustav*) und Programm. Einige nennen auch thematische Kommissionen sowie eine Jugendorganisation ihr eigen. Die Parteien halten Parteitage und Sitzungen der (auf Parteitagen gewählten) Leitungsgremien ab und geben in vielen Fällen - vielleicht dem bolschewistischen Vorbild folgend - ein (bis maximal drei) "Parteiorgane" heraus, deren Auflage heute zumeist nicht mehr als einige tausend Exemplare beträgt. Um hauptamtliche Mitarbeiter ist es freilich schon aus finanziellen Gründen im allgemeinen weniger gut bestellt.

Die Gesetze geben zwar - wie auch die neue Verfassung - allgemeine politisch-inhaltliche Vorgaben, verpflichten die Parteien jedoch, anders als in Deutschland, nicht auf innerparteiliche Demokratie. Die in der Satzung festgelegte Binnenstruktur reicht daher "vom traditionellen demokratischen Zentralismus bei den kommunistischen Parteien bis zu föderativen und demo-

29 Gespräch mit Natalija Naročnickaja, Dezember 1993.
30 Gespràch mit C Sigman (Anm. 22), April 1993.

kratischen Prinzipien"[31]. Hier ist jedoch zu beachten, daß in der heutigen Gemengelage von gesellschaftlicher Desintegration und Autoritarismus kaum eine Partei, geschweige denn ein Parteiführer, effektiv auf die konsequente Einhaltung einer - ob demokratischen oder zentralistischen - Satzung verpflichtet werden kann.

Die Unterscheidung zwischen Parteien und Bewegungen (die laut Gesetz keine feste Mitgliederschaft haben müssen) bzw. anderen Organisationen ist oft unscharf. Die hier sowie unter V. behandelten Parteien nennen sich teils selbst "Bewegung" (RChDD, RDDR); teils sind sie außerdem Teil und "kollektives Mitglied" einer wirklichen, übergreifenden Bewegung wie des "Demokratischen Rußland", des "Werktätigen Rußland" oder eines der 1993 gebildeten Wahlblocks (VR, JABLOKO). Neben der kollektiven ist auch die "individuelle" Mitgliedschaft von Parteiführern in einem Zusammenschluß wie der FNS üblich - alle nur denkbaren Verschachtelungen sind möglich.

Auf alle Details kann hier nicht eingegangen werden. Statt dessen soll auf eine Tendenz hingewiesen werden, die schon in den unter 3.3. zitierten Aussagen deutlich wurde. Während 1990/91 die demokratisch und partizipatorisch geprägte Massenpartei (zumindest als Zielvorstellung) dominierte, ist etwa seit 1992, unabhängig von der politischen Orientierung, vielfach die Hinwendung zur straffer geführten Kaderpartei mit strenger geregelter Aufnahme zu beobachten. Dies wird oft ausdrücklich mit schlechten Erfahrungen begründet[32]. Zunächst wurde ja - in radikaler Abkehr vom "Schreckbild" KPdSU - in vielen Parteien, selbst in der sozialistischen SPT, die Bildung von "Flügeln" oder sogar "Fraktionen" geduldet und vielfach auch in der Satzung festgeschrieben, so daß "die Unterschiede innerhalb der Parteien oft größer sind als zwischen den Parteien"[33]. Schnell kam es jedoch zu zahlreichen Parteispaltungen und Abspaltungen solcher Fraktionen, oft genug geschürt von persönlichen Rivalitäten und Ambitionen ("besser Vorsitzender einer kleinen, als zweiter Mann in einer größeren Partei").

Diese Entwicklung legte den Schluß nahe, die neue Freiheit sei in nicht steuerbare Anarchie umgeschlagen, so daß den jeweiligen Parteiführern und ihrem Anhang eine straffere Führung notwendig erschien: "Eine Überlebenschance haben jene Parteien, die autoritär geführt werden"[34] - eine eindrucksvolle empirische Bestätigung von Michels' zu Beginn des Jahrhunderts am Beispiel der deutschen Sozialdemokratie formuliertem "Ehernen Gesetz der

31 Luchterhandt, Parteienrecht (Anm. 27), S 197-203, Zit. S. 197, auf die wir uns hier teilweise stützen.
32 Gespräche mit N. Naročnickaja (Anm. 29), mit Aleksandr Vladislavlev (VSO/Bürgerunion, Oktober 1992) und anderen
33 Gespräch mit dem St Petersburger Soziologen Viktor Voronkov, März 1993.
34 Gespräch mit Sergej Mitrochin, Mai 1994.

Oligarchie"! Doch waren es gerade die russischen Sozialdemokraten (SDPR), die sich in den letzten Jahren diesem Gesetz nicht beugen wollten und innerparteiliche Demokratie praktizierten - um den Preis einer frustrierenden Zerfaserung der Partei in mehrere Flügel, die sie ihre Existenz kosten könnte.

3.5. Der regionale Aspekt

Die finanzielle Lage macht es für viele Parteien in Rußland zusätzlich schwierig, den landesweiten Aufbau und Zusammenhalt ihrer Organisation zu gewährleisten. Dies gilt besonders für die stark gestiegenen Fahrt- und Flugkosten, aber auch bereits für Telefonate. Dies sowie die mangelnde organisatorische Erfahrung, besondere personelle Konstellationen vor Ort und andere Gründe tragen dazu bei, daß die Ortsgruppen der Parteien wichtige Entscheidungen ihrer Führer in Moskau, etwa bei der Bündnis- und Blockbildung, vielfach nicht mittragen (sofern sie überhaupt angemessen an der Entscheidungsfindung beteiligt werden). Die politische Konstellation in der Provinz ist oft anders als jene in Moskau, zumeist gröber strukturiert und auf einer früheren Etappe "eingefroren" (Demokraten gegen Kommunisten) als auf der Moskauer Führungsebene mit ihrer Bündnisäquilibristik. So haben beispielsweise viele DPR-Gruppen 1992 den Beitritt zur Bürgerunion abgelehnt und sind weiterhin Mitglied im örtlichen "Demokratischen Rußland". In verschiedenen Regionen konnten Gruppen einer so heterogenen Partei wie der NPSR durchaus Mitglieder von einander auf Landesebene bekämpfenden Blöcken sein.

Für Wahlblöcke wie VR oder JABLOKO gilt, daß sie sich in den Regionen teilweise ausschließlich auf bereits bestehende, in ihnen zusammengeschlossene ältere Parteien stützen müssen. Untersuchungen über die Parteien in den Regionen gibt es jedoch kaum[35]. Hier drängt sich die Frage auf, wieviel die Verwurzelung ihrer Partei in den Regionen den Moskauer Parteiführ-

35 Ausnahmen Galina Vochmenceva, *Die Neuformierung der politischen Kräfte in der Russischen Foderation. Ein Vergleich zwischen Peripherie und Zentrum am Beispiel von Sverdlovsk*, Teil I u. II (*Berichte des BIOst*, 39/1991 und 40/1991), Köln, Juni 1991. Maljutin (Anm.18) zitiert eine Befragung der "Vertreter des Präsidenten" über den Einfluß der Parteien in den Regionen. - Am besten ist noch St. Petersburg abgedeckt (russische "graue" Literatur). Über Sibirien ist uns jedoch keine einzige Broschüre bzw. Arbeit bekannt - Leider kann hier auf die Republiken innerhalb der RF - vor allem mangels Quellen - nicht eingegangen werden Dieses Defizit hat die vorliegende Studie leider mit den meisten Arbeiten gemeinsam

rern überhaupt bedeutet. Bisher jedenfalls wurde die regionale Verwurzelung als ein in den Moskauer Machtspielen wenig gewichtiges Argument angesehen[36]. Die Duma-Wahlen von 1993 und 1995 könnten hier eine geringfügige Änderung bewirken.

Was das Gewicht der Parteien im politischen Prozeß vor Ort betrifft, so ist es heute noch geringer als auf höchster Ebene in Moskau. Dies wurde bei den Wahlen zu den Parlamenten der Föderationssubjekte (mit Ausnahme der Republiken, wo nicht gewählt wurde), der Städte und Kommunen, wie sie seit Dezember 1993 vielerorts stattfanden, besonders deutlich. Diese von Jelzin durchgesetzten vorzeitigen Neuwahlen wurden bisher ausnahmslos nach Mehrheitswahlrecht - ohne Parteilisten - durchgeführt und werden offenbar, da auch sie nur "Übergangscharakter" haben, bereits nach zwei Jahren erneute Wahlen nach sich ziehen.

Diese Urnengänge haben eine weitgehende Entpolitisierung des Wahlkampfs gezeigt[37], während starke und vielfach auch erfolgreiche Kandidatenblocks nach übereinstimmenden Berichten Schöpfungen der örtlichen "neuen Unternehmerstrukturen" oder örtlicher Funktionsträger in Verwaltung und (ehemaligen) Staatsbetrieben waren. Vielleicht blieb deshalb die Wahlbeteiligung in einer Reihe von Stimmbezirken unter der festgelegten Mindestgrenze von 25 Prozent, was besonders dem Fernbleiben städtischer und junger - also tendenziell demokratisch orientierter - Wähler zuzuschreiben ist. Die Folge ist, daß einige wenige Parlamente mangels Abgeordneten nicht beschlußfähig und Nachwahlen erforderlich sind. Auf die jeweilige Gesamtregion bezogen, lag die Beteiligung nach Angaben der Politologin Galina Činarichina jedoch zumeist bei 30-40 Prozent, was immer noch einen Negativrekord markiert. Die Aussagen der Autorin über die Wahlen in Sibirien decken sich mit Beobachtungen aus anderen Regionen Rußlands:

"Die Tätigkeit der Parteien nahm .. im Vorfeld der Parlamentswahlen im Dezember zu, aber bereits drei Monate später hat sich dieser kurzfristige Aufschwung wieder gelegt An den Regional- und Kommunalwahlen beteiligten sich die Parteien praktisch nicht Nominiert wurden überwiegend Kandidaten aus der Nomenklatura und Direktoren von Unternehmen, die keine Unterstützung von politischen Parteien benötigen Gleichzeitig stellten die politischen Parteien selbst fast keine eigenen Kandidaten auf So hat zum Beispiel in der Region Altai keine einzige der insgesamt 23 eingetragenen politischen Organisationen einen Kandidaten benannt "[38]

36 Vgl Maljutin (Anm 18)

37 Der propagandistisch aktivste Block bei der Wahl zur Stadt-Duma in Nižnij Novgorod im März 1994 nannte sich "Union Frühling". Sein wichtigstes Wahlplakat· "Zu den Wahlen, wie zu einem Fest! Unser Programm 1. Den Frauen - Blumen. 2 Den Kindern - Eis. 3. Den Männern - Geld für Blumen und Eis. Union Frühling, tel. 34 33 43." Dazu wurde Speiseeis verteilt

38 Galina Činarichina, Politische Entwicklung in Sibirien, in· *WOSTOK*, Nr. 2, Mai-Juni 1994, S. 36-41, Zit. S. 40; dies., Russische Regionalwahlen Der "totale" Sieg der Bü-

3.6. Fraktionen

Die starke Fragmentierung und Fluktuation in der Parteienlandschaft setzte sich, zumindest bis 1993, auch im Fraktionswesen fort. Dies galt im allgemeinen auch für Stadt- und Gebietssowjets, insbesondere jedoch für den Kongreß der Volksdeputierten und den Obersten Sowjet. Erst auf dem V. Kongreß (1991) wurde der Fraktionsstatus im Parlament geregelt. Die Fraktionsmindeststärke wurde auf 50 Abgeordnete festgelegt. Dies schuf jedoch wenig Klarheit über die genauen Kräfteverhältnisse, da die Fraktionen zumeist nach dem Grundsatz der Selbsteintragung (*samozapis'*) entstanden und Doppel-, ja sogar Dreifachmitgliedschaften von Abgeordneten trotz entsprechender Bemühungen der Parlamentsführung keine Seltenheit waren.

Zu der starken horizontalen Fragmentierung in programmatisch unterschiedene Fraktionen kam die vertikale: Viele der Fraktionen hielten es für ratsam, sich unter Wahrung der eigenen Selbständigkeit mit anderen Fraktionen zu Blöcken zusammenzuschließen (*parlamentskij blok*), gleichsam eine zweite Ebene der Fraktionsbildung. So gab es Mitte 1992, nach dem VI. Kongreß, also in einer für Jelzin noch relativ günstigen Zeit, einen "Block demokratischer Fraktionen/Koalition für Reformen" mit 300 Abgeordneten im Kongreß und 61 davon im Obersten Sowjet, einen zentristischen "Block konstruktiver Kräfte" (164/36) und die kommunistisch-nationalistisch dominierte "Rußländische Einheit" (310/43) als stärkstem Block[39]. Anfang 1993, nach dem VII. Kongreß, hatte sich das Bild bereits gewandelt: Während die beiden letztgenannten Blöcke auch zahlenmäßig relativ stabil geblieben waren, trat nun ein neuer, zentristischer Block "Demokratisches Zentrum" (167) auf den Plan, während der "Block demokratischer Fraktionen" sich in seine Bestandteile (darunter die Fraktionen "Demokratisches Rußland" und "Radikale Demokraten") aufgelöst hatte[40].

In ihrem Stimmverhalten waren die ohnehin nur zu etwa zwei Dritteln einer Fraktion angehörenden Abgeordneten jedoch nicht an ihre Fraktionen gebunden; nur 12 Prozent der Deputierten stimmten immer im Sinne ihrer

rokratie, ebd., S 10-14; diese Entwicklung treffe alle Parteien, allenfalls die Agrarpartei bilde eine Ausnahme.

39 Vgl. Norbert Wagner, Verwässerung der Reformen und schleichender Putsch. Kraftprobe für Regierung und Parlament, in: Veen/Weilemann, *Rußland* (Anm. 5), S. 215-249, insbesondere S. 227-249. - Zur Parlamentsthematik s. die Moskauer Monatsschrift *Narodnyj deputat* (*Der Volksdeputierte*, erschien zumindest bis 1993).

40 Press-Centr Verchovnogo Soveta (Hrsg.), Parlamentskie frakcii i bloki... Priloženie k informacionnomu bjulletenju "Parlamentskaja nedelja", Moskau, 1 3.1993.

Fraktion, während 10 Prozent stets entgegen der Fraktionslinie stimmten[41]. Die größte Fraktionsdisziplin bewiesen die "Kommunisten Rußlands" und das "Demokratische Rußland", die geringste die zentristische Fraktion "Wechsel (Smena) - Neue Politik"[42].

Aus dem bisher Gesagten wird deutlich, daß die Parteien bis 1993 im parlamentarischen Raum eine noch geringere und weniger stabile Rolle spielten als außerhalb - um so mehr, als in den meisten Fällen nicht einmal die Namen von Parteien und Fraktionen, geschweige denn ihre Mitgliedschaften, sich deckten. Statt dessen waren regionale oder berufliche Herkunft und - insbesondere im Obersten Sowjet - die Zugehörigkeit zu einer Parlamentskommission von wichtiger strukturierender Bedeutung. Der St. Petersburger Soziologe Vladimir Gel'man hat auf weitere, "den Sowjets unabhängig von ihrer politischen Orientierung gemeinsame Züge" hingewiesen: die interne "Oligarchisierung", etwa durch die Kommissionsbildung, die "Usurpation von Vollmachten" im Kampf mit der Exekutive sowie die "Kriminalisierung" bzw. Korrumpierung durch die von Deputierten (ebenso wie von Verwaltungsangehörigen) unter Vorteilsnahme betriebenen Firmengründungen. Dadurch seien die Sowjets aller Ebenen, wie andere politische Institutionen auch, zu "nach dem Klientelprinzip aufgebauten Korporationen" geworden, in denen Partei- oder Fraktionsdisziplin nur eine geringe Rolle gespielt habe.

Dies erklärt besser als die im Ausland oft überbewertete "reaktionäre" Orientierung der Abgeordneten, warum der Widerstand gegen Jelzin nach Auflösung des Unionsstaats so schnell zunahm und schließlich von seinem einstigen Mitstreiter und "Statuskarrieristen" Chasbulatov angeführt wurde[43]. Im übrigen fand die Frontstellung von Exekutive und Repräsentativorgan vielfach ihre Fortsetzung auf Stadt- und Gebietsebene.

Die Staatsduma hat die geschilderten Verhältnisse offenbar vereinfachen und verbessern können, auch wenn sich politische Kultur und partikulare Interessen nicht einfach per Geschäftsordnung ändern lassen. Eine am 11.

41 Aleksandr Duka, *Političeskie sily Rossii posle putča,* St. Petersburg, Juli 1992, S. 19 (Manuskript). Duka schreibt, daß (damals) nur 69 (!) Deputierte überhaupt Mitglieder von - insgesamt 14 - Parteien waren.

42 Wagner, Verwässerung (Anm. 39), S 241.

43 Vladimir Gel'man, *Évolucija predstavitel'nych organov vlasti v sovremennoj Rossii (1990-92)* (Die Entwicklung der Repräsentativorgane im heutigen Rußland), St. Petersburg, Februar 1993 (Manuskript), passim. In dieser wohl einzigartigen Analyse unterteilt Gel'man die Deputierten in "Kämpfer für eine Idee" (10%), "politische Karrieristen" (10%), "Statuskarrieristen" (20-25%) und die 40 % umfassende "Gruppe persönlicher Interessen". - Zur Vereinbarkeit von "Sowjet"-Tradition und Parlamentarismus am Beispiel des 1989 gewählten UdSSR-Sowjets kritisch: Viktor Sergeev/ Nikolaj Birjukov, *Demokratija i sobornost'. Stanovlenie institutov predstavitel'noj vlasti v SSSR*, Moskau 1992 (Manuskript).

Januar 1994 bestätigte "Vorläufige Geschäftsordnung" nennt als Voraussetzungen für den mit zahlreichen Vorteilen verbundenen Fraktionsstatus entweder den Einzug ins Parlament über eine Parteiliste (es gilt die Fünf-Prozent-Hürde) oder die Bildung einer Gruppe aus mindestens 35 Deputierten. Doppelmitgliedschaften sind nicht gestattet und scheinen tatsächlich nicht mehr vorzukommen. Die Einführung des imperativen Mandats, für das vor allem die LDPR, KPRF, DPR und APR stimmten, fand keine Mehrheit. (Wohlgemerkt meint das imperative Mandat in Rußland, anders als im Westen, mehr die Kontrolle der Abgeordneten durch die Parteiführung als durch die Basis!) Inzwischen hat Jelzin auch das Gesetz "Über den Status des Deputierten" unterzeichnet, wobei er jedoch gleichzeitig "Widersprüche mit der Verfassung" (!) bemängelte; Änderungsvorschläge seitens Jelzins sind zu erwarten[44].

3.7. *Parteienrecht*

Hier soll nicht auf die Bestimmungen der neuen Verfassung (dazu Abschn. 4.2.) oder die Entwicklung der letzten Jahre eingegangen werden. Grundlage der Registrierung von Parteien ist bis heute das am 1.1.1991 in Kraft getretene Unionsgesetz "Über die gesellschaftlichen Vereinigungen", das am 18.12.1991 vom Obersten Sowjet Rußlands durch eine Übergangsregelung ergänzt wurde[45]. Ein eigenes Parteiengesetz gibt es immer noch nicht, doch ein Entwurf liegt vor. Seine Bestimmungen erscheinen puristisch und utopisch, wenn von gleichem Medienzugang und der Offenlegung und Überprüfung sämtlicher Parteifinanzen, zugleich aber auch von der Unzulässigkeit von Spenden seitens Staatsbetrieben, Behörden und ausländischen juristischen und natürlichen Personen die Rede ist. Andererseits dürfen Parteien Unternehmen gründen, wirtschaftlich und verlegerisch tätig sein und haben ein Recht auf staatliche Wahlkampfhilfe. Politisch-inhaltliche Grenzen ihres Wirkens werden, im gleichen Wortlaut wie in Abs. 5 der Verfassung, genannt (vgl. 4.2.); eine Verpflichtung auf innerparteiliche Demokratie ist nicht enthalten. Die Möglichkeit der Suspendierung und des Verbots von

44 *Izvestija*, 12.5.1994, die Kritik Jelzins betrifft offenbar die s.E. zu weitgehenden Kontrollrechte der Deputierten gegenüber der Exekutive, worin er eine Wiederbelebung des Machtanspruchs der Sowjets sehen durfte

45 Dazu ausführlich Luchterhandt, Parteienrecht (Anm 27).

Parteien könnte bei weiter Auslegung "ausgesprochen gefährlich" werden[46]. Der Entwurf ist jedoch noch nicht verabschiedet worden und dürfte selbst bei Inkrafttreten an der tatsächlichen Lage der Parteien wohl wenig ändern[47].

Vladimir Lepechin, als PRES-Deputierter im Duma-Komitee für gesellschaftliche Vereinigungen und religiöse Organisationen mit dem Gesetz befaßt, hielt eine schnelle Verabschiedung für unwahrscheinlich. Erst müßten als Basis der Gesetzentwurf "Über das Recht auf Vereinigung" fertiggestellt und zwecks gegenseitiger Abstimmung die Wahlgesetzentwürfe eingesehen werden Derzeit werde über das Parteiengesetz noch mit den Parteien selbst beraten; umstritten sei in erster Linie die Frage, wieviel Prozent der Stimmen welche finanzielle Unterstützung nach sich ziehen sollten, wobei die großen Parteien eine höhere Schwelle befürworteten als die kleinen[48]

3.8. Polemischer Exkurs: Auslandsbeziehungen

Am 29. September 1993, wenige Tage vor den blutigen Auseinandersetzungen in Moskau, betonte ein Vertreter der Bundesregierung, nun sei die "Stunde der Parteien und politischen Stiftungen" in Deutschland gekommen, die demokratischen Kräfte in der ehemaligen Sowjetunion zusammenzuführen und zu unterstützen[49]. Gewiß haben Politik und Öffentlichkeit die Bildung neuer Parteien in Rußland vor allem zu Beginn mit großem Interesse verfolgt In eher bescheidenem Rahmen wurden und werden, teils Dank dem Engagement vereinzelter Bundestagsabgeordneter, Kontakte gepflegt; auch bürotechnische Unterstützung ist geleistet worden. Offenbar glaubte man jedoch zunächst, die Verhältnisse des Bonner Fraktionszwangs nicht nur auf die DDR, sondern auch auf Rußland übertragen zu können und auch dort mit einer Partei als Exklusivpartner (möglichst noch mit demselben Namen) einen "Bund fürs Leben" schließen zu können.

Diesen Hoffnungen ist bald Ernüchterung gefolgt, nicht zuletzt aufgrund der bescheidenen oder inhaltlich unklaren - und im Falle des "Liberal-Demokraten" Žirinovskij unheimlichen - Rolle, welche die neuen Parteien in Rußland spielten. Das größte bekanntgewordene Austauschprojekt auf Parteienbasis, das Mitglieder Dutzender sozialdemokratischer Ortsgruppen in

46 Ebd., S 322f. - wobei wir diese Befürchtung zum gegenwärtigen Zeitpunkt für überzogen halten Der Gesetzentwurf Zakon Rossijskoj Federacii (proekt) "O političeskich partijach", Manuskript, Moskau 1994.

47 Dies ist der Stand zu Jahresbeginn 1996

48 Gespräch mit Vladimir Lepechin, Mai 1994

49 *woche im bundestag. Parlamentskorrespondenz*, 18/1993, 6 10.1993, S 71

Deutschland und Rußland zusammenführen sollte, ist nach unseren Informationen im wesentlichen an der organisatorischen Unfähigkeit der damit befaßten russischen Partner in Moskau gescheitert. So ist die Kontaktpflege über ein niedriges, relativ unverbindliches Niveau (Beispiele: Sozialistische Internationale, Europäische Föderation Grüner Parteien) nicht hinausgekommen.

Möglicherweise wäre eine flexiblere, sich weniger am Namen einer kleinen Partei als an Blöcken und Bündnissen und andererseits an "bewährten" Einzelpersonen orientierende, "multilaterale" Unterstützung politischer Kräfte der russischen Situation eher angemessen. Hilfe, auch für kleine Parteien, kann durchaus sinnvoll sein, zumal angesichts des Wohlstandsgefälles bereits mit geringem Aufwand viel geholfen werden kann. In der russischen Mangelgesellschaft können bereits die Übernahme der Telefonkosten oder die Spende eines Faxgeräts (und noch besser das geduldige, persönliche Engagement einer deutschen Kontaktperson, vorzugsweise, aber nicht notwendigerweise vor Ort in Rußland) organisatorische Wunder wirken, auch wenn dadurch nicht über Nacht eine neue Organisationskultur geprägt werden kann.

4. Der Wahlkampf und die Wahlen von 1993

4.1. Die Vorwahlperiode

Nachdem die Amtsenthebung Jelzins durch den Kongreß der Volksdeputierten gescheitert war, gelang es dem Präsidenten in einer stark polarisierten Atmosphäre, für den 25. April 1993 ein Referendum durchzusetzen. Darin sollte die Einstellung der Bevölkerung zum Präsidenten, zu den Volksdeputierten und zur Reformpolitik ermittelt werden. Der für Jelzin vergleichsweise erfolgreiche, im Ausland als "beeindruckender Sieg" vielfach überbewertete Ausgang des Referendums ermutigte den Präsidenten, am 21. September 1993 per Dekret (*ukaz*) an der Verfassung vorbei das Parlament aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen. In der Folge kam es zu einer Konfrontation von gemäßigten und radikalen Parteigängern des Parlaments, geführt von Ruslan Chasbulatov und "Gegenpräsident" Aleksandr Ruckoj und unterstützt von kommunistischen, nationalistischen und z.T. auch faschistischen (Russische Nationale Einheit unter Barkašov) Demonstranten und Kampfgruppen einerseits und Präsident und Regierung andererseits. Mit bewaffneten Ausschrei-

tungen und dem nachfolgenden Einsatz von Militär gegen das "Weiße Haus" fand der Konflikt am 4. Oktober ein blutiges Ende mit (offiziell) 147 Todesopfern.

Bereits im Mai war neue Bewegung in die Parteienlandschaft gekommen. Nach der Auflösung des Parlaments wurden hastig einige neue Wahlblöcke gegründet, während eine Reihe radikaler oppositioneller Organisationen von der Wahl ausgeschlossen wurde. Jede zugelassene Partei bzw. jeder Block mußte 100.000 Unterschriften von Anhängern vorlegen, um an der Wahl teilnehmen zu können. Von 91 zugelassenen Parteien und Blöcken blieben so schließlich 13 übrig. Auffallend war eine Zersplitterung der Reformkräfte. Dagegen war das nationalistische Spektrum nur mit der LDPR vertreten[50].

In der Vorwahlperiode wurde, naturgemäß vor allem von oppositionellen Kräften, eine Reihe von Bedenken geäußert, ob die Wahlen wirklich als "free and fair" angesehen werden könnten. Die Bedenken betrafen neben dem Unterschriftenverfahren (Vorwurf gefälschter Unterschriften) insbesondere die regierungsfreundliche Berichterstattung der Medien, die Trennung von Regierungs- und Parteiamt und von Regierungs- und Parteigeldern im Wahlkampf, die kurze Frist der Vorbereitung und die Zusammenlegung mit dem Verfassungsreferendum. Der Wahlkampf wurde mit starkem Akzent auf Themen wie "ein starkes Rußland - eine Politik ohne Barrikaden - Reformen ohne Schock"[51] geführt. Neben dem gesellschaftlichen Frieden - wobei verschiedene Parteien aus je eigener Sicht auf die Ereignisse vom Oktober verwiesen - und der sozialen Absicherung spielte also auch die Erhaltung oder Wiederherstellung der Stärke, Würde, Einheit und "Größe" Rußlands eine wichtige Rolle (während 1991 noch die "Wiedergeburt" Rußlands im Vordergrund gestanden hatte). Auch der dem Volk vom Präsidenten zur Abstimmung vorgelegte Verfassungsentwurf war von großer Bedeutung, wobei nur VR, RDDR, PRES und LDPR sich deutlich für die Annahme des Entwurfs aussprachen, während die anderen Parteien insbesondere die außerordentliche Machtfülle des Präsidenten, die Unklarheiten in der föderalen Struktur und die Begleitumstände des Referendums kritisierten.

50 Es ist nicht auszuschließen, daß hier eine "ressentiment politics" (Juan Linz) gegenüber den von nationalistischen Deputierten geführten Parteien mitgespielt hat. Der KDP-PNS wurde laut eigener Darstellung bald nach der Einreichung von 103.000 Unterschriften von der Zentralen Wahlkommission ohne weitere Begründung mitgeteilt, nur 92.000 davon seien gültig. Gespräch mit Michail Astaf'ev, Dezember 1993.

51 Kernaussage des Rundfunkwahlspots eines unabhängigen Moskauer Kandidaten, 6.12.1993.

4.2. Wahlen und Verfassungsreferendum

Im Gegensatz zur Vorwahlperiode wurden hinsichtlich des Wahlablaufs am 12. Dezember 1993 und der Auszählung zunächst kaum Bedenken geäußert[52]. Gewählt wurde die Föderationsversammlung (*Federal'noe Sobranie*) mit zwei Kammern, dem Föderationsrat (*Sovet Federacii*, "Oberhaus") und der Staatsduma (*Gosudarstvennaja Duma*, "Unterhaus"). In den Föderationsrat waren aus jedem der 89 Subjekte der Föderation (Verwaltungseinheiten) zwei der Kandidaten als Abgeordnete zu wählen. Im Fall der Duma wurden 225 Mandate über Partei-Gesamtlisten (die von den Parteien durch Regionallisten ergänzt werden konnten) und weitere 225 Einzeldirektmandate in der entsprechenden Zahl von Wahlkreisen vergeben. Für die Duma galt also zur Hälfte Verhältnis- und zur Hälfte Mehrheitswahlrecht, wobei die Mandate jedoch nicht, wie beim deutschen Verfahren, gegeneinander verrechnet wurden. Allerdings wurden Kandidaten, die sowohl mit einem Direkt- als auch mit einem Listenmandat erfolgreich waren, nur als Direktkandidaten gezählt, wodurch ein weiterer Listenkandidat der Partei in die Duma "aufrücken" konnte.[53] Die Wahlbeteiligung betrug 54,8 Prozent Am selben Tag wurde in Moskau eine Stadtduma gewählt.

Eine Reihe von Politikern und Beobachtern hielt die Abstimmung uber die Verfassung, die bei 54,8 Prozent Beteiligung mit 58,4 Prozent Ja-Stimmen als angenommen galt, für das wichtigere Ereignis des Tages. Präsident Jelzin hatte, so etwa mit der Einrichtung einer Verfassungskonferenz am 5. Juni 1993, auch dieses Vorhaben seit dem Frühjahr wesentlich vorangetrieben. Dabei ging es um die "Verschmelzung" eines Präsidentenentwurfs und eines Entwurfs der von Oleg Rumjancev (SDPR/RSDC) geleiteten Verfassungskommission des Obersten Sowjets. Während die (vielfach geänderte) Verfassung von 1978 die Parteien als an der "Gestaltung der staatlichen Politik"

52 Erst spater meldeten sich kritische Stimmen. Die kommunistische "Pravda" meinte zunachst eine geringfügige Manipulation zugunsten der Annahme des Verfassungsentwurfs festzustellen; die radikaldemokratische "Izvestija" berichtete von einer Expertengruppe, die nachtraglich entscheidende (!) Manipulationen zugunsten der Annahme sowie, auf lokaler Ebene, zugunsten der KPRF, APR und LDPR ermittelt haben will. Die Zeitung stellt jedoch fest, daß keine politische Kraft interessiert sei, diese Angelegenheit noch einmal aufzurollen *Izvestija*, 4.5.1994, *F.A.Z.*, 7.5 1994.

53 Eine detaillierte Aufstellung aller Abgeordneten in: *Rossijskaja Gazeta*, 28 12 1993 Aufgrund der Haltung der Behörden in der Republik Tatarstan und der Tschetschenischen Republik - Ičkerija sowie der Nichterfüllung bestimmter Bedingungen in zwei russischen Gebieten wurden zunächst statt 178 nur 170 Abgeordnete in den Foderationsrat und statt 450 nur 444 Abgeordnete in die Duma gewählt, doch haben dort inzwischen Nachwahlen stattgefunden - Zu den Wahlen vgl die Beitrage in *Osteuropa*, 5/1994.

mitwirkende Organisationen erwähnt hatte[54], fehlte eine weitergehende Bestimmung der Rolle der Parteien im Präsidentenentwurf. Dagegen gab der Entwurf der Sowjet-Kommission im Abschnitt "Zivile Gesellschaft" - gegen Jelzins Machtstellung gewendet - den Parteien eine starke und genau definierte Stellung[55].

In der 1993 angenommenen Verfassung dagegen heißt es im Abschnitt "Grundlagen der Verfassungsordnung" - neben dem Bekenntnis zum "Schutz der Menschen- und Bürgerrechte und -freiheiten" (Art.2) und zum "Referendum und freien Wahlen" (Art.3, Abs.3) - in Artikel 13 lediglich, daß "politische Vielfalt und Mehrparteilichkeit anerkannt" (Abs. 3) und daß "die gesellschaftlichen Vereinigungen vor dem Gesetz gleich" (Abs. 4) sind. "Die Bildung und Tätigkeit gesellschaftlicher Vereinigungen, deren Ziele oder Handlungen auf die gewaltsame Änderung der Verfassungsordnung und die Verletzung der Ganzheit der Rußländischen Föderation, die Gefährdung der Staatssicherheit, die Bildung bewaffneter Formationen und das Schüren sozialer, rassischer, nationaler und religiöser Zwietracht gerichtet sind, ist verboten" (Abs. 5)[56]. Die Zurückhaltung in der verfassungsrechtlichen Regelung des Status der Parteien läuft der Tendenz in anderen postsozialistischen Staaten zuwider und fügt sich in die Strategie Jelzins ein, "das Parlament und namentlich die ... Staatsduma gegenüber der Exekutive zu schwächen"[57].

5. Parteien und Fraktionen - ein Überblick

An dieser Stelle soll stichwortartig ein Überblick über die wichtigsten Parteien, politischen Bewegungen und Blöcke gegeben werden. Ausgangspunkt ist die Lage im Mai 1994; doch werden auch Organisationen berücksichtigt, die in einem früheren Zeitraum von Bedeutung waren, wieder an Bedeutung gewinnen könnten oder von exemplarischem Interesse für bestimmte Strömungen sind. In der inhaltlichen Einordnung - radikale Demokraten, Zentristen, radikale Kommunisten und Nationalisten[58] - sowie bei den Mitgliederanga-

54 Konstitucija Rossijskoj Sovetskoj Federativnoj Socialističeskoj Respubliki, Moskau 1991, S.4

55 Proekt Konstitucii Rossijskoj Federacii, Moskau 1992, S.38.- Das Paradoxon von Jelzins "demokratischem Autoritarismus" wird hier besonders deutlich!

56 Konstitucija Rossijskoj Federacii, abgedruckt in. *Izvestija*, 28.12.1993 Erste ausführliche Darstellungen und Kommentare zur Verfassung von Prof Th. Schweisfurth, in *F.A.Z.*, 9 12.1993, sowie demnächst in der *Europäischen Grundrechtezeitschrift*; deutlich kritischer Dr S. Kux, in *Neue Zürcher Zeitung*, 17.12 1993.

57 Luchterhandt, Parteienrecht (Anm 27), S. 321

58 Mit dieser Einteilung folge ich Maljutin/Jusupovskij, *Rasstanovka* (Anm. 18).

ben sind eindeutige Aussagen oft nicht möglich. Die Mitgliederzahlen beziehen sich zumeist auf eigene Angaben der jeweiligen Partei, sofern keine anderslautende Angaben vorliegen oder eindeutig Übertreibungen zu vermuten sind. Wo es sich mehr um Wahlblöcke oder Bündnisse handelt, sind Mitgliederzahlen ohnehin irrelevant. Schließlich werden bei allem Risiko auch Aussagen über die Zukunftsperspektiven der jeweiligen Organisation versucht.

Zunächst erscheinen die 1993 mit Landeslisten zur Wahl der Staatsduma angetretenen Kräfte. Nach dem Namen - in der Form, in der er offiziell gebraucht wird und auch auf dem Wahlzettel stand - und der gängigen Abkürzung werden die per Landesliste errungenen Stimmenprozente genannt, anschließend die Fraktionsstärke Anfang April 1994 (in Klammern die Zahl der errungenen Listenmandate)[59]. Die auftretenden Differenzen machen deutlich, daß Kandidatur auf einer Parteiliste, Parteizugehörigkeit und Fraktionsmitgliedschaft sich nicht immer decken. Viele Direktkandidaten hatten überdies als "Unabhängige" kandidiert. Dies gilt auch vom Föderationsrat (wenn Parteien eine größere Zahl ihrer Mitglieder oder Favoriten in diese Kammer bringen konnten, wird dies weiter unten genannt).

Es folgen das Parteigründungsdatum und der Fraktionsvorsitzende; soweit nicht eigens erwähnt, war dieser auch Spitzenkandidat und ist auch Parteivorsitzender. Letzteres war nicht immer aktuell und eindeutig zu ermitteln, da manche Parteien von mehreren Ko-Vorsitzenden, einem "Ehrenvorsitzenden" oder einem *lider* (leader) geführt werden[60]. Regierungsämter bezeichnen, soweit nicht anders angegeben, den Stand vom Juni 1994. Angaben zur Symbolik beschließen die Kurzdarstellungen.

59 Leider sind immer wieder abweichende Prozent- und Mandatszahlen veröffentlicht worden. Meine Quelle. Informacionno-Ėkspertnaja gruppa "Panorama" (Hrsg.), *Federal'noe Sobranie*, Spravočnik, Moskva, April 1994 (empfehlenswert!). Für die politische Zusammensetzung des Föderationsrats vgl. auch *RFE/RL Research Report*, Vol. 3, No. 5, 4.2.1994; für die Ämterverteilung in Exekutive und Legislative (Parlamentsausschüsse) vgl. *RFE/RL Research Report*, Vol. 3, No. 9, 4.3.1994.

60 Ein Parteivorsitz ist mit Posten in der staatlichen Verwaltung gesetzlich unvereinbar (im Falle der Wahlblocks wurde dies offenbar anders gehandhabt). Nachdem beim DPR-Vorsitzenden und Verwaltungschef des Šachovskoj rajon, Nikolaj Travkin, die Staatsanwaltschaft vorstellig geworden war, ließ dieser sich von seiner Partei im Dezember 1992 offiziell zum "lider" wählen, was an seiner Führungsposition in der Partei freilich kaum etwas ändert.

5.1. Bei der Listenwahl 1993 erfolgreiche Parteien und Blöcke (über 5 Prozent)

- Rußlands Wahl (VR)

Wahlergebnis: 15,5 Prozent, 73 (40) Mandate. Gegründet de facto im Juni, formell im Oktober 1993. Fraktionsvorsitzender und Spitzenkandidat: der Ökonom und damalige 1. Vizepremier Egor Gajdar (geb. 1956); weitere Kandidaten: die Vizepremiers Anatolij Čubajs und Boris Fedorov, die Minister Andrej Kozyrev, Ėlla Pamfilova und andere Funktionsträger (Gajdar, Fedorov und Pamfilova sind im Januar von ihren Regierungsämtern zurückgetreten). Mit Sergej Kovalev, Gleb Jakunin und Michail Molostvov kandidierten auch bekannte frühere Bürgerrechtler. Im Föderationsrat sitzen 40 von VR unterstützte Kandidaten, darunter Vladimir Šumejko, 1993 Vizepremier, jetzt Vorsitzender (nach US-Vorbild auch *spiker* genannt) des Föderationsrats. - Der Wahlblock VR besteht aus einer Bewegung gleichen Namens (gegründet Oktober 1993), einer Reihe von Unternehmer- und anderen Verbänden, kleineren Parteien (*Bauernpartei Rußlands*, KPR) sowie dem *Demokratischen Rußland* als mit Abstand wichtigstem Partner. - Position: für "Freiheit, Eigentum, Gesetzlichkeit (zakonnost')"; für "aufgeklärten Patriotismus" und den Erhalt der Einheit Rußlands[61]. Für eine partnerschaftliche Politik gegenüber dem Westen und Fortsetzung der monetaristischen, Wirtschaftspolitik der Reform-Symbolfigur Gajdar ("Radikalreformer", "Schocktherapie"). Für Privateigentum an Land, Fortsetzung der Privatisierung. - VR war quasi als "Regierungsblock" angetreten, um sich alsbald in der Opposition wiederzufinden. Die Bemühungen, auf der Grundlage des Wahlblocks eine Partei mit fester Mitgliederschaft und einem Mindestmaß an Parteidisziplin zu bilden, waren im Oktober 1993 zunächst an den "Demrossija"-Führern Jakunin und Ponomarev gescheitert, die in VR völlig aufzugehen fürchteten. - Emblem: Im Wahlkampf wurde der "Eherne Reiter", das seit Ende des 18. Jahrhunderts in St. Petersburg stehende Reiterdenkmal Peters des Großen, gezeigt[62]. - Der Name des Blocks spielt auf die vielbe-

61 Izbiratel'noe ob-edinenie "Vybor Rossii", *Programma*, Moskau, Oktober 1993 (Broschure), S. 3ff. Auch ökologischen Fragen ist ein Abschnitt gewidmet.

62 Die Wahl dieses bis heute existierenden Denkmals kann in zweierlei Hinsicht gedeutet werden. Einerseits öffnete Peter das "Fenster nach Europa", andererseits trieb er auch die territoriale Expansion Rußlands entscheidend voran. In der Perestrojka-Zeit ergab eine Umfrage, daß Peter für die Mehrheit der Russen die bedeutendste historische Persönlichkeit ist (wobei die errungene "Größe" Rußlands wichtiger gewesen sein dürfte als die Öffnung nach Westen).

schworene "sozialistische Wahl" an, die das Sowjetvolk nach früherer Auffassung 1917 getroffen hatte.

- Partei der Rußländischen Einheit und Eintracht (PRES)

  Wahlergebnis: 6,7 Prozent, 30 (18) Mandate. Gegründet Oktober 1993. Vorsitzender: der Jurist Sergej Šachraj (geb. 1956), der im Mai 1994 seines Amtes als Minister für Nationalitätenfragen und Regionalpolitik entbunden wurde und dann seinen Rücktritt als Vizepremier einreichte. Weitere Kandidaten waren Wirtschaftsminister Aleksandr Šochin, Justizminister Jurij Kalmykov, Arbeitsminister Gennadij Melik'jan, weitere Funktionsträger in Staat und Wirtschaft, auch in den Regionen. Dort wurde PRES z.B. vom Territorialverband "Sibirisches Abkommen" unterstützt. Vier von PRES unterstützte Kandidaten gelangten in den Föderationsrat, darunter der Kaliningrader (Königsberger) Verwaltungschef Jurij Matočkin. Mit Appellen wie "die Einheit der Rußländer ist das Unterpfand der Wiedergeburt eines großen Vaterlandes", der Betonung traditioneller Werte und der Interessen der Regionen versuchte sich PRES das Image einer soliden Regionalpartei zu geben. Gegen Schocktherapie; für eine mehr produktionsorientierte Wirtschaftsreform. Premierminister Černomyrdin wurde vor der Wahl als PRES-Sympathisant gehandelt. Die PRES verkörpert augenfällig das Paradoxon des Wahlergebnisses: Eigentliche Verlierer der Wahlen waren weniger die Radikaldemokraten (VR), sondern die Zentristen; dennoch wird heute eine zentristische Regierungspolitik gemacht, an der PRES führenden Anteil hat, ohne sich dabei in der stark polarisierten Duma auf eine breite Basis stützen zu konnen. - Šachrajs Partei sieht sich nach Aussagen eines ihrer Deputierten mehr als "Partei der Bosse" denn als Massenpartei[63], und als solche könnte sie bei all ihrer Heterogenität auch eine Perspektive haben. Ihr Vorsitzender hält in der Partei die Zügel in der Hand; mit ihm wird auch als Kandidat für die Jelzin-Nachfolge zu rechnen sein. - Emblem: Im Wahlkampf wurde ein kaleidoskopartig in rote und blaue Einzelflächen gebrochenes Fünfeck verwendet, dem - wie in einem Vexierbild nicht sofort zu erkennen - ein fünfzackiger (weiß gelassener) Stern eingeschrieben war.

63 Gesprach mit Vladimir Lepechin, Mai 1994.

- Block Javlinskij-Boldyrev-Lukin ("JABLOKO", deutsch: "Apfel")

  Wahlergebnis: 7,9 Prozent, 27 (20) Mandate. Gegründet Oktober 1993. Vorsitzender: der Reformökonom Grigorij Javlinskij (geb. 1952). Weitere Kandidaten: Jurij Boldyrev, 1992/93 Chef der Kontrollverwaltung in Jelzins Administration ("Oberrevisor"), und der Diplomat Vladimir Lukin; ferner Evgenij Ambarcumov und Viktor Šejnis, Volksdeputierte seit 1990. Mitglied im Block sind u.a. die Sozialdemokraten (SDPR) und die ihnen nahestehende Republikanische Partei (RPRF), auf deren Ortsgruppen der Block im Wahlkampf zurückgreifen konnte, wenngleich manche der Ortsgruppen "Rußlands Wahl" unterstützten. - Position: Für eine behutsamere, weniger monetaristisch, stärker sozial orientierte und auf die Regionen verlagerte Wirtschaftsreform. Für stärkere Betonung des nationalen Interesses in der Außenpolitik. - Boldyrev verzichtete kurz vor der Wahl auf seinen Listenplatz und ließ sich statt dessen in den Föderationsrat wählen. Der durch sein 1990 unverwirklicht gebliebenes "500-Tage-Programm" populär gewordene Javlinskij gilt vielen als Personifizierung eines dritten Weges in der Reformpolitik (zwischen Schocktherapie und Stillstand) und als Präsidentschaftsanwärter Er verweigerte im April 1994 die Unterzeichnung des seiner Ansicht nach sinnlosen "Vertrags über gesellschaftliche Eintracht".- Emblem: Erst nachdem sich das Kürzel "Jabloko" eingebürgert hatte, wurde auf Wahlkampfmaterialien ein Apfel abgedruckt.

- Demokratische Partei Rußlands (DPR)

  Wahlergebnis: 5,5 Prozent, 15 (14) Mandate. Gegründet Mai 1990. Vorsitzender: der vom Brigadier 1989 zum Volksdeputierten aufgestiegene Nikolaj Travkin (geb. 1946), seit April "Minister ohne Portefeuille". Zeitweise 50.000 Mitglieder. Weitere Kandidaten: der Regisseur Govoruchin, der Ökonom Bogomolov, die Ex-Minister Glaz'ev und N. Fedorov, die jedoch alle nicht DPR-Mitglieder sind. Ziel des Gründungsvorsitzenden Travkin war es anfangs ausdrücklich, die KPdSU durch eine an organisatorischer Geschlossenheit ebenbürtige, professionell organisierte Partei zu entmachten. Durch seinen autoritären Führungsstil drängte der rhetorisch gewandte Travkin viele prominente Rivalen aus der Partei. Es kam zu mehreren Abspaltungen, zu denen auch Travkins Trend zum "rechten Zentrum" beitrug: Ende 1991 Ausscheiden aus Demrossija, Eintreten für den Erhalt der UdSSR; Juni 1992 bis Juni 1993 Anschluß an die Bürgerunion, was ein Teil der Mitgliederschaft als "Anschluß an die Nomenklatura" kritisierte; Kritik an der Schocktherapie und an Jelzins

Verfassungsentwurf. Aufgrund von Travkins Führungsstil ist die DPR in der Gefahr, Züge einer Ein-Mann-Partei anzunehmen, und ist gleichwohl nicht imstande, über aktuelle Fragen wie den "Vertrag über die gesellschaftliche Eintracht" im Frühjahr 1994 einvernehmlich zu entscheiden (Travkin unterzeichnete dennoch). Vermutlich ist die DPR nach wie vor die am besten organisierte und regional verbreitetste Partei der "ersten Welle" von 1990, auch wenn sie ihre besten Zeiten hinter sich haben dürfte[64].

- Politische Bewegung "Frauen Rußlands" (PDŽR)

Wahlergebnis: 8,1 Prozent, 23 (21) Mandate. Gegründet Oktober 1993 Spitzenkandidatin war Alevtina Fedulova, geb. 1940 (seit 1967 führend in sowjetischen Frauen- und Jugendorganisationen tätig, 1990/91 ZK-Mitglied), Fraktionsvorsitzende ist Ekaterina Lachova, Vorsitzende der Kommission für Frauen, Familie und Demographie beim Präsidenten. Loser Zusammenschluß aus der viele Frauenorganisationen vereinenden "Union der Frauen Rußlands" (Vors. Fedulova), der "Union der Frauen-Unternehmer" (d.h. Unternehmerinnen) und der "Union der Frauen der Kriegsmarine". - Position: Streitet in erster Linie für Fraueninteressen und soziale Sicherheit, für mehr Gleichberechtigung, auch in der Politik (Verweis auf Westeuropa). "Für Reformen, aber nicht um jeden Preis"; kritisch gegenüber Eigentum an Land. Für ein einheitliches, "starkes Rußland"[65]. Zentristisch bis sozialistisch. Aufgrund ihrer "Monopolstellung" - der Frauenanteil in den anderen Fraktionen liegt unter zehn Prozent - und ihrer organisatorischen Erfahrung dürften die "Frauen Rußlands" zumindest als Duma-Fraktion zwar unspektakulär, aber dauerhaft eine gewisse Rolle spielen.

- Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation (KPRF)

Wahlergebnis: 12,4 Prozent, 45 (32) Mandate. Gegründet Februar 1993. Vorsitzender: der Lehrer und langjährige KPdSU-Funktionär Gennadij Zjuganov, geb. 1944. 600.000 Mitglieder (Mitte 1993). 15 Abgeordnete des Föderationsrats, davon 11 KPRF-Mitglieder, sind Kommunisten. - Die Bildung einer bis dahin nicht vorhandenen KP-Organisation Rußlands innerhalb der KPdSU im Juni 1990 war ein Erfolg der reformfeindlichen Kräfte in der Partei, die von Jelzin im November 1991 in ihrer Gesamtheit verboten wurde. Das kompromißartige Urteil des Verfassungs-

64 Vgl *Rossijskaja gazeta*, 8.12.1993 (Selbstporträt der DPR)
65 *Izvestija*, 2.12.1993 (Interview mit A. Fedulova).

gerichts vom 30. November 1992 ermöglichte jedoch einen offenen Wiederaufbau der Partei von der Basis her. Spätestens jetzt bildete sich ein breites Spektrum von teils rivalisierenden, teils kooperierenden einzelnen KPs, unter denen die KPRF eine nach Programm und Taktik relativ gemäßigte Position einnimmt. Allerdings hält sie es mehr mit den russischen Nationalisten als mit dem Internationalismus, weshalb Zjuganov u.a. auch Ko-Vorsitzender der "Front der Nationalen Rettung" war. Auf dem Vereinigungs- und Wiederherstellungsparteitag vom Februar 1993 gelang es jedoch nicht, das kommunistische Spektrum zu vereinigen, so daß fast gleichzeitig ein weiterer "Parteitag" stattfand. - Als einzige KP beteiligte sich die KPRF an den Wahlen, wobei sich ihre Anhängerschaft und ihre regionale Verwurzelung - wie bei allen KP-Nachfolgeparteien im östlichen Europa - als recht stabil erwiesen, auch wenn es sich teilweise um "Karteileichen" handeln dürfte. Zjuganov verweigerte im April 1994 die Unterzeichnung des "Vertrags über gesellschaftliche Eintracht". Die starke Stellung der Partei im Parlament, ihre (innerparteilich umstrittene) Offenheit gegenüber dem "russischen Patriotismus" sowie die soziale Lage könnten zu einer Konsolidierung der KPRF führen[66]. - Emblem: Die kommunistischen Kräfte verwenden ganz allgemein rote Fahnen sowie die sowjetische Flagge mit Hammer und Sichel.

- Agrarpartei Rußlands (APR)

Wahlergebnis: 8,0 Prozent, 55 (21) Mandate. Gegründet Februar 1993. Vorsitzender: der AG- (einst Sowchos-) Vorsitzende Michail Lapšin (geb. 1934). Weitere Kandidaten: der für Landwirtschaft zuständige Vizepremier Aleksandr Zaverjucha sowie der gemäßigt kommunistische Ivan Rybkin, im früheren Obersten Sowjet Ko-Vorsitzender der Fraktion "Kommunisten Rußlands", der zum Duma-Vorsitzenden (*spiker*) gewählt wurde. Lapšin und Rybkin waren zumindest bis zu ihrem Einstieg bei der APR 1993 stellvertretende Vorsitzende der KPRF, Lapšin überdies Ko-Vorsitzender der SPT (s.u.). - Die APR legte im November 1993 mit 500.000 von allen Parteien die meisten Unterschriften vor, was für ihren Einfluß in den Regionen spricht. Die APR ist für "einen vom Staat geregelten Übergang" zu einem "sozial orientierten Markt", für "eine ver-

66 Vgl. Oleg Vite, *Političeskoe prostranstvo Rossii: vozmožna li rekommunizacija čerez repartizaciju?*, Manuskript, Moskau, März 1993; Galina Luchterhandt, Die rußländische Parteienlandschaft: kommunistische und sozialistische Parteien und Bewegungen, in. *Osteuropa*, 12/1992, S. 1037-1049; *Pravda*, 18.3.1994; Ernst Laboor, Rußlands Linke, in: *Osteuropa-Info. Informationsdienst des Osteuropa-Instituts der FU Berlin*, Juni 1994; zur Problematik des KP-Verbots und des Parteivermogens vgl Luchterhandt, Parteienrecht (Anm. 27).

nünftige Verbindung privater und staatlicher Eigentumsformen" auf dem Lande, jedoch gegen den "rücksichtslosen Kauf und Verkauf"[67] von Land und damit kritisch gegenüber dem privaten Bauerntum (*fermerstvo*). Sozialistisch bis kommunistisch; gemäßigt nationalistisch. Parteichef Lapšin verweigerte im April 1994 die Unterzeichnung des "Vertrags über gesellschaftliche Eintracht", während der *spiker* Rybkin unterschrieb. Die Partei könnte sich, ähnlich der Fraktion Agrarunion bis 1993 (Vorsitzender war Lapšin), zu einer Interessenvertretung des sogenannten agro-industriellen Komplexes entwickeln.

- Liberal-Demokratische Partei Rußlands (LDPR)

Wahlergebnis: 22,9 Prozent, 64 (59) Mandate (allerdings traten bis April 1994 je drei Abgeordnete aus bzw. wurden ausgeschlossen). Gegründet März 1990 als "LDP der Sowjetunion". Vorsitzender: der Jurist Vladimir Žirinovskij, geb. 1946. Bei der Gründung 12.000 Mitglieder, 1992 nur noch 4.000-6.000[68], seit Ende 1993 deutlich steigende Tendenz, nach eigenen Angaben bis zu 250.000. Mitgründer war V. Bogačev, der jedoch im Machtkampf im Oktober 1990 gegen Žirinovskij unterlag. Wie weit Žirinovskij die anfängliche liberal-demokratische Orientierung - und sei es nur aus taktisch-populistischen Motiven - mittrug, ist unklar; sicher ist, daß spätestens im November 1991 die endgültige Abkehr von demokratischen und Marktprinzipien zugunsten eines in die Wirtschaft regulierend eingreifenden und autoritären Regimes erfolgte. Den Augustputsch hatte die LDPR begrüßt.

Žirinovskijs Ziele sind seit 1992 relativ konstant geblieben: Beseitigung der autonomen Territorien zugunsten des alten Gouvernementssystems, Verteidigung der im "nahen Ausland" lebenden Russen, Wiederherstellung des Russischen Reiches (u.U. in den Grenzen von 1914), ein starkes Präsidentenamt und ein "starker Staat". Dies alles und in geringerem Maße auch seine Hinwendung zur Armee und zum militärisch-industriellen Komplex, dem er ein Ende der Konversion verspricht, sowie die Forderung nach einer gemischten, "sozial orientierten und regulierten Markt-Plan-Wirtschaft"[69] markieren eine Tendenz, wie sie sich bei vielen

67 *Rossijskaja gazeta*, 8.12.1993 (Selbstportrat der APR) Interview mit Lapšin, in: *Izvestija*, 27.11.1993.

68 Angaben nach Koval' u.a , *Partii* (Anm. 5), S 151. - Die bisher einzige umfangreichere Publikation über Žirinovskij: I.S.Kulikova/S.N Plechanov, *Fenomen Žirinovskogo*, wiss. Red. u. Vorwort v. E.A. Kočerin, Biblioteka žurnala "Kontrolling", Serija "Tajny vlasti v organizacijach", 3 Aufl., Moskau. "Kontrolling" 1992 (Broschüre)

69 Programmthesen der VI. Überregionalen Konferenz der LDPR, Januar 1993, zit. nach Koval', *Partii* (Anm 5), S 153

aus dem demokratischen ins gemäßigt oder extrem nationalistische Lager gewanderten Politikern wiederfindet.

Žirinovskijs Wandlung scheint jedoch stärker als bei jenen einer zynisch-demagogischen Haltung zu entspringen, der Ideologien und Werte relativ wenig, Ruhm und Macht jedoch viel bedeuten - vielleicht auch als Kompensation für die u.a. in seiner Programmschrift "Der letzte Sprung nach Süden" (Moskau 1993) hervorgehobene freudlose Jugendzeit. Auch ein Zusammenhang zwischen seiner - von ihm gelegentlich geleugneten - offenbar teilweise jüdischen Herkunft und seinem Werdegang als "Superpatriot" eines multinationalen Imperiums erscheint psychologisch plausibel[70]. Für seinen Hintergrund scheint ferner bedeutsam zu sein, daß Žirinovskij mit einiger Wahrscheinlichkeit, auch wenn er dies gern bestreitet, KGB-Mitarbeiter (Hauptmann) war und mit der frühen Gründung oder Leitung einer steuerbaren "demokratischen" Partei betraut war[71]. Möglicherweise setzte man auf ihn a) als Einflußagent, b) als Marionette oder harmlose Figur und zugleich c) als "Schreckbild", als *agent provocateur*, für die Wähler - eine Mehrfachfunktion, die ihm die Regierenden auch bei den Wahlen 1993 zugedacht haben könnten, zumindest die Funktionen b) und c).

Tatsache bleibt, daß Žirinovskij einerseits immer wieder von verschiedenen Seiten eine gewisse Sonderbehandlung genoß (etwa bei seiner nachträglichen Zulassung zu den Präsidentschaftswahlen 1991, als er mit 7,8 Prozent der Stimmen überraschend den dritten Platz belegte), andererseits aber wie kein anderer Politiker schon früh seitens der Demokraten der KGB-Verbindungen verdächtigt wurde - was ihm offenbar wenig geschadet hat[72]. Allerdings dürfte er sich von seinen mutmaßlichen Auftraggebern inzwischen weitgehend emanzipiert haben, wenngleich das erworbene Herrschaftswissen, Beziehungen und gleichlautende Interessen weiterhin hilfreich sein können.

Über die LDPR läßt sich sagen, daß sie noch stärker als die anderen Parteien weitgehend vom Charisma und der (im doppelten Sinne) Autorität ihres Führers zusammengehalten wird. Dem Wunsch des Einzelgängers Žirinovskij entsprechend hat sie sich, sieht man vom kurzlebigen

70 Der Leser möge diesen Ausflug in die Psychologie verzeihen. - Nicht selten haben prominente Angehörige gerade der kleinsten Minderheiten für den Zusammenhalt der UdSSR gestritten, so Ardzinba, Umalatova, die Fuhrer der polnischen Minderheit in Litauen, die Entwicklung des Tschetschenen Ruslan Chasbulatov und des nach unbestätigten Informationen halbjüdischen, nationalistischen St. Petersburger TV-Moderators Nevzorov, heute Duma-Abgeordneter, wären eingehender zu prüfen

71 *Literaturnaja Gazeta*, Nr.2, 12.1.1994; vgl. *F.A.Z.*, 13 1.1994.

72 Vgl. Galina Luchterhandt, Der "zentristische" Block, *BIOst - Aktuelle Analysen*, 46/1991 v. 21.8.1991.

"Zentristischen Block" ab, nie an den sonst üblichen Bündnis- und Blockbildungen beteiligt, auch wenn LDPR-Vertreter oft als Beobachter präsent waren. Drei Viertel der 1993 gewählten Listenkandidaten - zahlreiche Ökonomen darunter, viele Männer mit Hochschulbildung, was bei russischen Politikern freilich nicht ungewöhnlich ist - kommen aus Stadt und Gebiet Moskau. Dies ist bei den anderen Parteien z.T. ähnlich, doch das schlechte Abschneiden bei den Direktmandaten zeigt, daß die LDPR kaum auf das lokale politische Establishment zurückgreifen konnte. Die Zusammensetzung der Parteiführung unterlag zumindest in der Zeit vor und nach den Wahlen starker Fluktuation, was darauf hindeutet, daß Žirinovskij mit seinen Mitstreitern noch autoritärer umgeht als manch anderer Parteiführer und dauerhafte personelle Abhängigkeiten scheut[73]. Auf dem V. Parteitag im April 1994 ließ sich Žirinovskij für zehn Jahre zum Vorsitzenden wählen und mit der alleinigen Entscheidungsbefugnis in Personalfragen ausstatten.

Über die Finanzierung der Partei und des nach Aussagen Žirinovskijs sehr kostspieligen Wahlkampfs liegen nur wenige gesicherte Angaben vor. Wichtiger als die Namen einzelner Unternehmer erscheint die folgende Aussage des LDPR-Ideologiechefs Putin: "Wenn er (Žirinovskij) in der Duma nicht zu seinen Parolen steht, werden der militärisch-industrielle Komplex und die nationale Industrie einfach aufhören, ihn zu finanzieren."[74]

Immer wieder, gerade nach ihrem Wahlerfolg, ist die LDPR als "faschistisch" bezeichnet worden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß im Rußland der neunziger Jahre "faschistisch" - mehr noch als "bolschewistisch" - zu einem häufig ge- und mißbrauchten politischen Kampfwort geworden ist. Ein russisches Parteienhandbuch beschreibt die Partei treffender: "Heute ist die LDPR eine der härtesten (*žestkij*) und autoritärsten Organisationen; sie vertritt die aktive Einführung eines Kults der Gewalt in den zwischenstaatlichen Beziehungen innerhalb der GUS. Faktisch wurde die gewaltsame Einigung des Landes auf die Tagesordnung gesetzt."[75] Allerdings verraten manche Elemente eine deutliche Nähe zum Faschismus: der Personenkult um Žirinovskij, eine kleine, uniformiert

73 Informativ *Izvestija*, 4.1.1994, daran angelehnt: *Der Spiegel*, Nr. 2, 10.1.1994, S 109f. *Izvestija* zitiert u.a. den Moskauer Geschichtsdozenten Sergej Putin, Leiter der "ideologischen Abteilung" der Partei. Putin spricht von einem "extrem rechten Flügel der LDPR", deren Parolen Žirinovskij bis Mai 1992 verwendet habe, ehe er sich dann bis Sommer 1993 die Rhetorik der "linken", kommunistischen und sozialdemokratischen Parteifreunde zu eigen gemacht habe. Genaueres, etwa über die Stärke dieser "Flügel", wird nicht gesagt und erscheint im Grunde auch bedeutungslos.

74 *Izvestija*, 4 1.1994; *F.A.Z.*, 24.1.1994.

75 Koval', *Partii* (Anm. 5), S. 155.

auftretende LDPR-Truppe ("Falken"), die von LDPR-Führern selbst betonten Parallelen zur NSDAP, nationalistische und antisemitische Elemente und ein (im heutigen Rußland auf fruchtbaren Boden fallendes) "geopolitisches" Denken in imperialen Raumkategorien. Am 26. Januar 1994 wurde gegen den Parteiführer ein Verfahren wegen in seinem Buch enthaltener mutmaßlicher "Kriegspropaganda" eröffnet, das im Februar 1994 von der Generalstaatsanwaltschaft an die Hauptmilitärstaatsanwaltschaft überwiesen wurde[76].

Die Zukunft der LDPR ist praktisch identisch mit der Zukunft ihres Vorsitzenden. Žirinovskij war jedoch kaum bestrebt, sich nach dem Glanz des Wahlerfolgs auch die Aura der Seriosität und Koalitionsfähigkeit zuzulegen. Ein mehr als nur punktuelles Zusammengehen mit KPRF und Agrarpartei erscheint kaum denkbar, zumal der Ruf des "Faschistischen" viele abschreckt; entsprechend erhielt die LDPR auch keinen wichtigen Ausschußvorsitz in der Duma, und im Föderationsrat scheint kein einziger LDPR-Anhänger zu sitzen. Eine Kristallisierung größerer Teile der extremen Rechten um Žirinovskij herum erscheint ebenfalls unwahrscheinlich, da der kometenhaft aufgestiegene Einzelgänger von ihr fast einhellig als "Clown", "Marionette der Regierung" (wegen seiner Zustimmung zu Jelzins Verfassungsprojekt[77]), Populist und übermächtiger, unduldsamer Rivale gesehen wird.

Andererseits ist die nach der Wahl von seriösen russischen Beobachtern geäußerte Auffassung, Žirinovskij habe sich in den letzten zwei Jahren bereits deutlich gemäßigt, wenig überzeugend. Seine Zustimmung zur Verfassung, seine Zurückhaltung gegenüber Jelzin, dessen Rücktritt er früher stets gefordert hatte, und die Unterzeichnung des "Vertrags über gesellschaftliche Eintracht" dürften taktischer Natur sein. Žirinovskij will Präsident werden, doch werden die nächsten Präsidentschaftswahlen erst 1996 stattfinden. Dann werden die Kandidatenkonstellation und - für Žirinovskij - der Zugang zum Fernsehen von entscheidender Bedeutung sein.

Emblem: Die Landkarte des alten Russischen Reiches (von 1914, mit Polen, Finnland und Alaska, darauf das Wort "Rußland"), über der ein Strahlenbündel aufscheint und ein Greifvogel ein Band mit den Worten "Freiheit - LDP - Recht (zakon)" trägt.

76 *Izvestija*, 23.2. 1994.

77 Dazu ausführlich *Nezavisimaja Gazeta*, 8.12.1993. Žirinovskij hätte das Präsidentenamt, wie er sagte, gern mit noch mehr Macht ausgestattet

5.2. 1994 neugebildete Deputiertengruppen

Deputiertengruppe "Liberal-Demokratische Union des 12. Dezember" (S12D). 26 Mandate, ohne Fraktionsstatus. Gegründet Januar 1994 als "Union des 12. Dezember". Vorsitzender: der im Januar als Finanzminister zurückgetretene Finanzminister Boris Fedorov. Der Name erinnert an den Wahltermin im Dezember (dekabr'), daher gelegentlich "Dekabristen" genannt; durch den Zusatz "liberal-demokratisch" soll Žirinovskij der Anspruch auf diese Werte streitig gemacht werden. - Diese radikalreformerische Gruppe, die sich im Januar von der NRP-Fraktion (s.u.) trennte, ist (im westlichen Sinne) liberal-konservativ orientiert, befürwortet eine strenge Finanzpolitik, Steuersenkungen und Sozialstaat. Die Nähe zu VR ist unübersehbar. Je fünf der Abgeordneten kommen aus Stadt und Gebiet Moskau bzw. Nižnij Novgorod. Eine Parteigründung ist zunächst nicht beabsichtigt[78].

Deputiertengruppe "Neue Regionale Politik" (NRP). 66 Mandate. Gegründet Januar 1994. Vorsitzender: der Vorsitzende der Union der Ölindustriellen Rußlands, Vladimir Medvedev. Mitglied ist der Leiter des Regierungsapparats im Ministerrang, Vladimir Kvasov. Die Fraktion besteht offenbar teils aus zentristisch orientierten und Ministerpräsident Černomyrdin nahestehenden Vertretern der Industrie, teils aus Deputierten aus den autonomen Territorien (geführt von dem Nordosseten und 1990/91 Politbüromitglied Aleksandr Dzasochov), was sie als Nachfolgerin der Regionen-Fraktion "Souveränität und Gleichheit" (1990-93) erscheinen läßt.

Deputiertengruppe "Rußländischer Weg" (RP). 14 Mandate, ohne Fraktionsstatus. Gegründet Januar 1994. Ko-Vorsitzende sind die bekannten Nationalisten Sergej Baburin, Jurij Vlasov und Vladimir Tichonov, Mitglied ist ferner der ehemalige Vorsitzende des sowjetischen Obersten Sowjets, Anatolij Luk'janov. Praktisch alle Mitglieder haben Direktmandate in der Provinz gewonnen. Inhaltlich in vielem Žirinovskij nahestehend, erscheinen diese altgedienten Oppositionellen weniger als zynische Populisten denn als "Kämpfer für eine Idee", die sich in taktischen Fragen gegenüber dem "Jelzin-Regime" als noch kompromißloser erweisen könnten als die LDPR. Daß RP eine Parteibildung anstreben könnte, erscheint unwahrscheinlich, zumal personelle Verbindungen zu nationalistischen Organisationen bereits seit langem bestehen.

78 *Izvestija*, 15.4.1994

5.3. Bei der Listenwahl gescheiterte Parteien/Blöcke (unter 5 Prozent)

Rußländische Bewegung Demokratischer Reformen (RDDR). 4,1 Prozent. Von RDDR unterstützte Kandidaten gewannen acht Direktmandate, ohne eine Fraktion zu bilden. Gegründet Februar 1992 (Vorläufer DDR bereits seit Juni 1991). Maximal 10.000 Mitglieder. Vorsitzender: der Moskauer Ex-Bürgermeister Gavriil Popov. Spitzenkandidat war der St. Petersburger Burgermeister Anatolij Sobčak (geb. 1937); ferner der "Perestrojka-Architekt" Aleksandr Jakovlev (beide von Anfang an dabei). Die DDR bzw. RDDR ist eine gemäßigt reformorientierte Gründung "von oben" seitens einer Reihe prominenter Politiker, gedacht als *die* große Reformkoalition und als Dachverband. Im Wahlkampf mit zwei Gewerkschaften verbündet, führte sie die Propaganda recht akademisch. Ob die RDDR über das Stadium "Generäle ohne Fußvolk" hinauskommt, muß auch weiterhin bezweifelt werden. Emblem: Ein Stier mit gesenktem Haupt vor einer geschwungenen russischen Flagge.

Konstruktiv-ökologische Bewegung Rußlands "Zeder". 0,8 Prozent, kein Mandat. Gegründet Ende 1992. Spitzenkandidatin: die Lehrerin Ljubov Lymar', Vorsitzende der Bewegung "Soldatenmütter Rußlands" (geb. 1941). Mehrere ökologische und andere Organisationen sind kollektive Mitglieder von "Zeder". Hauptanliegen: "Gesundheitsfürsorge und Umweltschutz"; für Markt und Demokratie sowie die "Unteilbarkeit Rußlands"[79]. - Ökologische Themen haben - trotz ihrer Brisanz - mit Beginn der neunziger Jahre angesichts drückender anderer Probleme ihre vorübergehende mobilisierende Kraft vollends verloren. In der Perestrojka-Zeit war trotz zahlreicher lokaler Initiativen keine einheitliche Umweltbewegung, geschweige denn eine Partei entstanden, wenn man von der 1990 gegründeten und mehrfach gespaltenen *Partei der Grünen* absieht[80]. Im Wahlkampf von 1993 hat die Ökologie, von lokalen Ausnahmen abgesehen, praktisch keine Rolle mehr gespielt. Die Aussichten für eine Umweltpartei sind, wie fast überall im ehemaligen Ostblock, schlecht Emblem. ein Nadelbaum (Zeder), eingeschrieben in einen Globus.

Bürgerunion für Stabilität, Gerechtigkeit und Fortschritt. Ca. zwei Prozent. Von der Bürgerunion unterstützte Kandidaten gewannen 18 Direktmandate, ohne eine Fraktion zu bilden. Vorläufer: *Bürgerunion* (GS), gegründet Juni 1992. Spitzenkandidat war Arkadij Vol'skij, Präsident der Ruß-

79 *Trud*, 8.12.1993 (ausführliche Anzeige).
80 Vgl Luchterhandt, *Die politischen Parteien* (Anm 5), S 272-277.

ländischen Union der Industriellen und Unternehmer (RSPP). Mindestens 36 Abgeordnete des Föderationsrats können als zentristisch und der Bürgerunion nahestehend betrachtet werden. - Mehr ein Block als eine Partei. Ende 1992 galt die Bürgerunion - der Name Graždanskij Sojuz meint den Citoyen, den Staatsbürger, nicht den Bourgeois - als stärkste Kraft im Lande. Sie war eine Allianz aus der RSPP-nahen, eher elitär konzipierten *Allrussischen Union "Erneuerung"* (VSO), die der Staatsindustrie und dem Militärisch-Industriellen Komplex zugerechnet wurde, der NPSR unter Vizepräsident Ruckoj und der DPR. Die Allianz war geeint durch eine zentristisch-"etatistische" (*gosudarstvenničeskij*), d.h. gemäßigt nationalistische Haltung und die Ablehnung der wirtschaftlichen "Schocktherapie". Im Wahlkampf z.T. mit neuen Verbündeten aufgetreten, erscheinen die Konturen und die Bedeutung der Bürgerunion heute unklar[81].

Würde und Barmherzigkeit. 0,7 Prozent, drei Direktmandate, ohne Fraktion. Gegründet Oktober 1993. Spitzenkandidat war der Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften, Konstantin Frolov (geb. 1932).

Rußlands Zukunft - Neue Namen. 1,3 Prozent, kein Mandat. Gegründet Oktober 1993. Spitzenkandidat war der Jugendverbandsfunktionär Vjačeslav Laščevskij (geb. 1960). Die außerordentlich jungen Kandidaten entstammten z.T. den Strukturen der alten Komsomol-Staatsjugend und bekannten sich im Wahlkampf zur Ruckoj-Partei NPSR sowie zu einer "Bürgerunion" (nicht zu verwechseln mit der eigentlichen Bürgerunion, s.o.).

5.4. Weitere Parteien/Blöcke

Manche von ihnen waren 1993 zur Wahl zugelassen worden[82], scheiterten jedoch zumeist an der Bedingung, 100.000 Unterschriften einzureichen. Fast alle der hier genannten Führungspersonen waren bis 1993 Volksdeputierte; ein Teil ist über die Listen der oben genannten Wahlblöcke oder über Direktmandate 1993 in die Duma eingezogen.

Demokratisches Rußland (Demrossija, DR). Als Wählerblock im Januar, als Bewegung mit individueller und kollektiver Mitgliederschaft im Oktober 1990 gegründet. Zeitweise 500.000 Mitglieder. Ko-Vorsitzende: der Priester

81 Jörn Grävingholt, *From Totalitarianism to Civil Society? Russian Politics and the Example of the Civic Union, August 1991-December 1992*, University of Cambridge Masters Thesis, August 1993.

82 Die *Izvestija* vom 27.10 1993 veröffentlichte Angaben zu insgesamt 21 Parteien bzw Blöcken als den "wesentlichen" Anwärtern auf die Duma-Mandate Letztlich konnten 13 an den Wahlen teilnehmen.

und Bürgerrechtler Gleb Jakunin, Lev Ponomarev, die bekannteste demokratische "Frau der ersten Stunde", Galina Starovojtova, und andere. Anfangs vereinte Demrossija praktisch das ganze Reformspektrum von der *Demokratischen Plattform* in der KPdSU über die SDPR und *Memorial* bis zu RChDD und KDP-PNS. Führte Jelzin 1991 zur Präsidentschaft und begleitete seinen Kurs seitdem mit - z.T. kritischer - Unterstützung. Im Obersten Sowjet mit dem "Block demokratischer Fraktionen" verbunden. Nach zahlreichen Abspaltungen und den üblichen Ermattungserscheinungen ist Demrossija, ähnlich der ukrainischen Volksfront "Ruch", geschrumpft und einer Partei immer ähnlicher geworden, bis heute jedoch in den Regionen gut vertreten. Demrossija war 1993 Hauptbestandteil von "Rußlands Wahl" und wird wohl auch weiterhin eine organisatorisch eigenständige Existenz führen [83]

Partei der Wirtschaftlichen Freiheit (PES). Gegründet Mai 1992. Vorsitzender ist seitdem der bekannte Unternehmer und Börsengründer Konstantin Borovoj, Generalsekretärin die Halbjapanerin Irina Chakamada, stellvertretende Vorsitzende der Duma-Deputiertengruppe *Union des 12. Dezember* (s.o.). Ausdrücklich ohne feste Mitgliedschaft. Einer der Versuche (bisher möglicherweise der erfolgreichste), dem neuen Unternehmertum auf der Grundlage des Wirtschaftsliberalismus eine Vertretung in Form einer Partei zu schaffen. Befürwortete die Reformen Gajdars und sogar deren Beschleunigung.

Sozialdemokratische Partei der Rußländischen Föderation (SDPR). Gegründet Mai 1990, Vorsitzender seit 1993 Anatolij Golov. In ihren besten Zeiten etwa 5.000 Mitglieder, doch bis heute aktive Ortsgruppen. Starker Anteil an (früher zumeist regimefernen) Angehörigen der geistes- und sozialwissenschaftlichen Intelligenzija. Die SDPR orientiert sich stärker als alle anderen an ausländischen Vorbildern. Das Fehlen eines populären und autoritären Parteiführers begünstigte die bis heute anhaltende Aufsplitterung in mehrere Flügel. Der bekannteste SDPR-Politiker, Oleg Rumjancev, spaltete sich 1992 mit dem etatistisch-national orientierten *Rußländischen Sozialdemokratischen Zentrum* (RSDC) von der Partei ab. Lange Zeit war die SDPR stärkstes Mitglied des unbedeutenden Blocks *Neues Rußland* (NR), schloß sich bei den Wahlen 1993 jedoch dem Javlinskij-Block an[84]. Emblem ist seit

83 Der Aufsatz des Philosophen Aleksandr Cipko, "Demokratičeskaja Rossija" kak bol'ševistskaja i odnovremenno počvenničeskaja partija. Grechi i bedy sovetskoj revoljucionnoj intelligencii, in: *Nezavisimaja Gazeta*, 9. und 13.4.1993, ist ein enttäuschter, oft ungerechter Blick zurück im Zorn, aber mit vielen treffenden Beobachtungen zur russischen politischen Kultur und zur Rolle Jelzins.

84 Zur SDPR Texte ihres früheren Vorsitzenden: Boris S. Orlow, Die Sozialdemokratie in der Sowjetunion, in: *Osteuropa*, 1991, S. 876-886; ders., *Besedy o social-demo-*

langem die Rose in der Faust, wie sie etwa die deutschen Jungsozialisten (SPD) verwenden; bemerkenswert, da die 1990 gegründeten Parteien zumeist keine Embleme verwenden.

Klub "Realisten". Eine im März 1994 gegründete, lose Verbindung bekannter zentristischer Politiker, der u.a. Vertreter des Javlinskij-Blocks, der Bürgerunion, der "Frauen Rußlands" und der DPR angehören; Verbindungen zur radikalen Opposition scheute man jedoch[85].

Rußländische Sozialdemokratische Volkspartei (RSDNP). Die Partei hieß von Oktober 1991 bis Mai 1994 "Volkspartei Freies Rußland" (NPSR). Gegründet Oktober 1991. 100.000 Mitglieder (zeitweise). Vorsitzender: Rußlands zeitweiliger Vizepräsident, der Berufsoffizier und Afghanistan-Veteran Aleksandr Ruckoj; Stellvertreter ist der eher gemäßigte, heute linkszentristisch und "sozialdemokratisch" orientierte Duma-Abgeordnete Vasilij Lipickij[86]. - Die RSDNP entstand als Abspaltung von der KPdSU. Zunächst bildete sich im März 1991 unter Mitwirkung Ruckojs die Deputiertenfraktion "Kommunisten für Demokratie"; dafür machte Jelzin ihn im Präsidentschaftswahlkampf zu seinem *running-mate*. Der laut Umfragen 1992/93 neben Jelzin zeitweise populärste Politiker wurde jedoch zu einem immer schärferen Kritiker der Regierungspolitik, bis er sich im Herbst 1993 zum Gegenpräsidenten vereidigen ließ, verhaftet und seines Generalsrangs entkleidet wurde. Im Februar 1994 kam er durch die von der Duma beschlossene Amnestie gegen den Willen Jelzins wieder frei. - Ein Teil des von Nationalkommunisten bis zu Sozialdemokraten reichenden RSDNP-Anhangs wird sich möglicherweise anderweitig organisieren. Zugleich verfolgt der in radikalen Oppositionskreisen nach wie vor populäre Ruckoj seine politischen Ambitionen weiter. Im Mai 1994 forderte er eine Präzisierung der Ziele der RSDNP und sprach zugleich von der Gründung einer "sozialpatriotischen Bewegung" mit "eiserner Disziplin"[87].

Christdemokraten: Stärkste Kraft dieses Namens ist vermutlich die *Rußländische Christlich-Demokratische Bewegung* (RChDD)[88]. Gegründet im April 1990. Bis zu 20.000 Mitglieder. Vorsitzender: Viktor Aksjučic, Stellvertreter Il'ja Konstantinov; im Obersten Sowjet verbunden mit der Fraktion "Rußländische Einheit". Die Wiederbelebung der christlichen Prägung Ruß-

kratii, Moskau. "Al'fa" 1991 (Broschüre), ders., *Bez nadeždy žit' nel'zja. Social-demokrat v politike*, Moskau 1993.

85 *Segodnja*, 18.3. 1994.

86 *Rossija*, Nr 43, 20.-26.10.1993 (Interview mit Lipickij); zu Ruckojs Radikalisierung. Galina Luchterhandt, Ruzkoj im Aufwind. Rußlands Vizepräsident und seine "Volkspartei Freies Rußland", in: *Osteuropa*, 1/1993, S. 3-20

87 *Neues Deutschland*, 11.5.1994 (zitiert werden Äußerungen Ruckojs im russischen Fernsehen). Vgl. auch unten Abschn. 6.

88 Zur RChDD s. Gerhard Gnauck, Rußland heute. Zwischen Erhard und Dostojewskij, in. *Damals*, 2/1993, S. 22-24

lands ist für die meisten Parteien bis hin zu einem Teil der Kommunisten keine Frage des "ob", sondern allenfalls des "wie" und des "wieviel". Daher hat die Konfliktlinie "säkular versus religiös" praktisch keine Bedeutung - zumal auch die Kirche selbst keine Einheit darstellt. (Der inzwischen verstorbene Metropolit Ioann von St. Petersburg sympathisierte z.B. offen mit der nationalistischen Opposition.) Dies alles spiegelt sich in einem Spektrum "christlich-demokratischer" Parteien teils radikaldemokratischer, teils nationalistischer Orientierung wider, die jedoch alle von geringer Bedeutung sind.

Konstitutionell-Demokratische Partei - Partei der Volksfreiheit (KDP-PNS, nach ihrer Abkürzung traditionell "*Kadetten*"). Gegründet Mai 1990, Vorsitzender seitdem: Michail Astaf'ev. Die Partei beruft sich als eine der wenigen auf eine Partei der Zarenzeit - die bedeutende liberale KDP-PNS Allerdings hat Astaf'ev, der einst den Namen "Demokratisches Rußland" prägte, mit seiner Partei diesen Block 1990 verlassen. Er wanderte weit nach rechts und war 1992/93 Führungsmitglied der "Front der Nationalen Rettung".

Kommunisten/Sozialisten: insbesondere die *Rußländische Kommunistische Arbeiterpartei* (RKRP; Viktor Anpilov, Al'bert Makašov), daneben die stalinistische *Allunions-Kommunistische Partei der Bolschewiki* (VKPB; Nina Andreeva) spielten seit 1992 im kommunistischen Spektrum eine wichtige Rolle. Beide waren dem Fraktionsblock "Rußländische Einheit" im Obersten Sowjet eng verbunden und Mitglieder der frontartigen Bewegung *Werktätiges Rußland* (Trudovaja Rossija, lokal entsprechend "Werktätiges Moskau" etc.), die 1993 an der gewalttätigen Maidemonstration führend beteiligt war. Besonders die von Jelzin 1993 per Dekret von den Wahlen ausgeschlossene RKRP schien oder scheint mit nach eigenen Angaben bis zu 80.000 Mitgliedern regional gut verwurzelt zu sein. - Gemäßigter und (zumindest zeitweise) auch mitgliederstark ist die im November 1991 gegründete *Sozialistische Partei der Werktätigen* (SPT; Ko-Vorsitzende, zumindest bis 1993, Ivan Rybkin, Roj Medvedev, Michail Lapšin). Eine enge Zusammenarbeit und teilweise Absorption durch die KPRF erscheint gut denkbar.

Nationalistische Blocks: Rußländische Volksversammlung (RNS; Michail Astaf'ev, Il'ja Konstantinov, Nikolaj Pavlov), *Russisches Nationales Konzil* (RNS; Ex-KGB-General Aleksandr Sterligov, Schriftsteller Valentin Rasputin), *Rußländische Allgemeine Volksunion* (ROS; Duma-Abgeordneter Sergej Baburin), weitere, um die Jahreswende 1991/92 gegründete und personell stark untereinander verflochtene Blocks oder Bewegungen. Teilweise auch mit kommunistischer Beteiligung; im früheren Obersten Sowjet mit dem Fraktionsblock "Rußländische Einheit" verbunden.

Front der Nationalen Rettung (FNS). Gegründet im Oktober 1992 als Block mit individueller und kollektiver Mitgliedschaft. Führende Figuren

waren die z.T. bereits erwähnten Nationalistenführer Sergej Baburin, Vladimir Isakov, Il'ja Konstantinov, Michail Astaf'ev, die Kommunistenführer Gennadij Zjuganov, Al'bert Makašov, die Offiziere Stanislav Terechov (Union der Offiziere) und Viktor Alksnis sowie Chefredakteur Aleksandr Prochanov von der Wochenzeitung "Den'" (Der Tag). Damit hatten die Bemühungen um eine vereinte "links-rechts-Opposition", um eine - teilweise als taktische Maßnahme gerechtfertigte - Einigung von "Roten" und "Weißen" bzw. "Braunen", wie ihre Gegner sie nennen, ihren bisher spektakulärsten Ausdruck gefunden. Nun saßen die Vertreter mehrerer - wenn auch nicht aller - bedeutender kommunistischer und nationalistischer Organisationen an einem Tisch. Nach dem "Oktoberputsch" 1993 wurde die Zeitung "Den'" verboten - sie lebt jedoch praktisch in der Zeitung "Zavtra" (Morgen) fort. Die FNS wurde von der Wahl ausgeschlossen und die radikaleren Anführer wegen ihrer Rolle im Oktober (bis zur Amnestierung im Februar 1994) inhaftiert, derweil andere Führer in die Duma gewählt wurden. Als Struktur ist die FNS geschwächt, doch mit einer punktuellen Fortsetzung der Zusammenarbeit beider Flügel ist zweifellos zu rechnen, da sich an der Frontstellung "Patrioten" (Kommunisten und Nationalisten) gegen "Demokraten" in absehbarer Zeit nichts ändern wird. Emblem: Augenfällig symbolisiert wurde das Zusammengehen von Kommunisten und Nationalisten in der bei vielen Veranstaltungen sichtbaren gleichzeitigen Verwendung roter und schwarz-gold(gelb)-weißer Fahnen. Schwarz-Gold-Weiß wird seit 1992 von der politischen Rechten gegen die von den Demokraten verwendeten, heute amtlichen Farben Weiß-Blau-Rot ins Feld geführt, denen der "nationale" Charakter abgesprochen wird[89].

"*Eintracht um Rußlands willen*": die (vorweggenommene) Antwort zumeist kommunistischer bzw. nationalistischer Oppositioneller auf Jelzins Bemühungen um gesellschaftliche Eintracht, die als "von oben aufgezwungen" kritisiert wird. Es begann mit einem im März 1994 veröffentlichten patriotischen Appell zur Gründung einer Bewegung, der u.a. von Ruckoj, Lapšin, Zjuganov, Baburin, Cipko, Prochanov, Govoruchin und Verfassungsrichter Zor'kin unterzeichnet wurde. Bei einer organisatorischen Verfestigung könnte die "Eintracht" eine Neuauflage der FNS und die Plattform

89 Dieser Flaggenstreit knüpft an die Debatte des ausgehenden 19. Jahrhunderts an, als beide Fahnen gebräuchlich waren, und trägt bisweilen groteske Züge; so etwa wird beiden Fahnen von ihren jeweiligen Kritikern vorgeworfen, unter dem Einfluß von Ausländern bzw. nach ausländischen Vorbildern in Rußland eingeführt worden zu sein. Für Schwarz-Gold-Weiß plädiert Nikolaj Lysenko, der Vorsitzende der rechten "National-Republikanischen Partei Rußlands" (NRPR), die lange Zeit Mitglied der FNS war, in seiner ausführlichen Schrift *Russkaja gosudarstvennaja simvolika. Očerki* (Die russische Staatssymbolik. Skizzen), Leningrad: Selbstverlag 1990, für Weiß-Blau-Rot beispielsweise der St. Petersburger Historiker Daniil Kocubinskij.

für weitere Aktivitäten Ruckojs werden (s.o. unter RNSP), doch ist sie bisher sehr heterogen und weit weniger bedeutsam als die frühere FNS[90].

Postskriptum April 1996

6. Das "Superwahljahr" 1995/96

Aufgrund einer Übergangsbestimmung von 1993 wurde nicht nach vier, sondern ausnahmsweise bereits nach zwei Jahren, am 17. Dezember 1995, eine neue Staatsduma gewählt. Die ohne erkennbare Manipulationen verlaufenen Wahlen wurden im großen und ganzen nach demselben Verfahren abgehalten wie zwei Jahre zuvor. Eine wichtige Änderung betraf jedoch das "Oberhaus", den Föderationsrat: Wie bereits in der Verfassung vorgesehen war, wurden dessen Mitglieder nicht - wie noch 1993 - direkt gewählt. Vielmehr werden die Spitzen von Exekutive und "Legislative" (gewählter Körperschaft) der Föderationssubjekte, also je zwei Personen aus jeder Region, von Amts wegen Mitglieder des Föderationsrats. In dem Maße, in dem - beginnend mit dem 17. Dezember 1995 - in den Regionen Wahlen stattfinden, erneuert sich also der Bestand des Föderationsrats nach und nach. Diese Kammer dürfte damit noch mehr als bisher zu einer Kammer der Regionen werden.

Verändert hat sich seit 1993, wenn auch nicht ganz so stark wie zuvor, auch die Parteienlandschaft. Die Auszehrung des radikaldemokratischen Spektrums setzte sich fort; der im Dezember 1994 begonnene Krieg in Tschetschenien sowie schwerwiegende, ungeklärt gebliebene Vorwürfe gegen Regierungsmitglieder trugen maßgeblich dazu bei, daß Präsident Jelzin bei den Radikaldemokraten auch die ihm noch verbliebene Anhängerschaft großenteils - und womöglich für immer - verlor. Lediglich seine Rolle als Retter vor der "Rekommunisierung" des Landes könnte dies teilweise rückgängig machen.

Eine zweite wichtige Entwicklung war seit 1993 die Konsolidierung der KPRF. Ihr Vorsitzender Zjuganov ist offenbar geschickt und pragmatisch genug, ein breites linkes Bündnis zu formen, das selbst einige Nationalisten (etwa Baburin) anzieht, die sich allein auch weiterhin wenig Erfolgschancen ausrechnen können. Angesichts allseits wachsender oppositioneller Stim-

90 Text des Appells in: *Pravda*, 18.3.1994.

mungen ist besonders prekär, daß es der Sonderling unter den politischen Kräften, die nationalpopulistische LDPR unter Žirinovskij, verstanden hat, sich immer wieder und selbst in der Tschetschenien-Frage als "die verläßlichste Stütze" Präsident Jelzins darzustellen, ohne freilich die scharfe Kritik an den Zuständen im Lande und an der Regierung aufzugeben. Jelzin selbst läßt die Öffentlichkeit über sein Verhältnis zu Žirinovskij im unklaren und hat Kritik an ihm bisher weitgehend vermieden.

Der 1995 von Jelzin gebilligte und von oben unternommene Versuch, "zentristisch" gesonnene Politiker und Amtsträger in zwei "Parteien der Macht" bzw. "Parteien der Nomenklatura" um Ministerpräsident Černomyrdin ("Unser Haus Rußland") und den damaligen Duma-Präsidenten Rybkin ("Block Ivan Rybkins") zu sammeln und die Lage so zu stabilisieren, ist kaum erfolgreich gewesen; lediglich der Block des Ministerpräsidenten überwand die Fünf-Prozent-Hürde. An den Dumawahlen beteiligten sich diesmal sage und schreibe 43 Gruppierungen; manche aus den neuen Parteien bekannte Personen traten dabei bereits wieder mit neuen Organisationen oder zumindest unter neuem Namen an. Dies gilt etwa für Ruckoj, der inzwischen die "Sozial-Patriotische Bewegung 'Großmacht'" führt, und für Gajdar, dessen Partei "Demokratische Wahl Rußlands" heißt (DVR; der dazugehörige Wahlblock trug den Zusatz "Vereinigte Demokraten"). Bei einer auf 65 Prozent gestiegenen Wahlbeteiligung stimmten die Wähler am 17. Dezember 1995 wie folgt[91]:

Demokratische Wahl Rußlands	3,86
JABLOKO	6,89
Partei der Selbstverwaltung der Werktätigen	3,98
Partei der Rußländischen Einheit und Eintracht	0,36
Unser Haus Rußland	10,13
Konstruktiv-Ökologische Bewegung "Zeder"	1,39
Politische Bewegung "Frauen Rußlands"	4,61
KPRF	22,30
Kommunisten-Werktätiges Rußland-Für die Sowjetunion	4,53
Agrarpartei Rußlands	3,78
Kongreß Russischer Gemeinden	4,31
Sozial-Patriotische Bewegung "Großmacht"	2,57
Liberal-Demokratische Partei Rußlands	11,18
30 sonstige Gruppierungen (jeweils unter 2 Prozent)	20,11

91 Wir halten uns hier an dieselbe Reihenfolge wie bei den Kurzportrats. Quelle: *Rossijskaja Gazeta* v. 6.1. 1996, zit. nach Robert W. Orttung, Duma Elections Bolster Leftist Opposition, in: *Transition,* 4/1996, S. 6-11, hier S. 7.

Nur vier Parteien bzw. Wahlblöcke haben also die Fünf-Prozent-Hürde überwinden können. Zum Präsidenten der Duma wurde mit Gennadij Seleznev ein Kommunist gewählt. Dem Föderationsrat dagegen steht mit dem Verwaltungschef ("Gouverneur") des Gebiets Orel, Egor Stroev, ein "Unabhängiger" vor; allerdings gilt Stroev, der nach einer langen Parteikarriere 1990 sogar KPdSU-Politbüromitglied wurde, als den Kommunisten nahestehend. Die Stärke der registrierten Fraktionen in der 450 Sitze zählenden Duma sieht - aufgrund der Addierung der Listen- und Direktmandate - folgendermaßen aus[92]:

KPRF	149
Unser Haus Rußland	55
Liberal-Demokratische Partei Rußlands	51
JABLOKO	46
Rußländische Regionen	42
Volksherrschaft	37
Agrarische Deputiertengruppe	35

Für die Präsidentenwahl am 16. Juni 1996 deutete sich eine scharfe Polarisierung der Wählerschaft zwischen Jelzin und Zjuganov an. Dabei wurde bereits früh deutlich, daß ein Erfolg der Kommunisten - ähnlich wie bei den postkommunistischen Nachfolgeparteien in Ostmitteleuropa - vor allem davon abhängen würde, ob sie über ihre disziplinierte, aber letztlich begrenzte Stammwählerschaft hinaus Stimmen würden gewinnen können. Präsident Jelzin dagegen mußte daran gelegen sein, sich als einziger Retter vor der in düstersten Farben gemalten "Rekommunisierung" des Landes attraktiv darzustellen. Ob die Wahlen tatsächlich termingerecht und ohne Pressionen und Manipulationen würden stattfinden können, war im Frühjahr 1996 noch nicht abzusehen[93].

92 *Itar-Tass*, 16.1.1996, zit. nach ebd., S. 10. Daneben gibt es kleinere Abgeordnetengruppen.

93 Gute Kurzporträts der wichtigsten, an den Wahlen von 1995 beteiligten Parteien in *Transition*, 17/1995, und in *Wostok*, 6/1995, Aufschlüsselung der Ergebnisse und Analysen in *Transition*, 4/1996. Hilfreiche Nachschlagewerke sind Informacionno-ekspertnaja gruppa "Panorama" (Hrsg.), *Deputaty Gosudarstvennoj Dumy*, Moskau 1996, sowie Maximov's *Companion to the 1995 Russian Parliamentary Elections. Election Results: Facts and Figures*, Bi-lingual English/Russian, London 1996. Zur (Un-)Genauigkeit und den Schwierigkeiten der Umfrageforschung in Rußland s. Vladimir Shlapentokh, The Polls - a Review. The 1993 Russian Election Polls, in *Public Opinion Quarterly*, Winter 1994, S. 579-602, sowie Arbeiten des Soziologen Robert Brym (Toronto). Daß Forschung und Verlage in Deutschland gegenüber diesen Publikationen weit im Rückstand sind, ist bedauerlich.

7. Chancen für Parteien und Parlamentarismus?

An dieser Stelle soll erörtert werden, welche Elemente für und welche gegen eine Konsolidierung von Parlamentarismus und Mehrparteiensystem sprechen. War der Urnengang vom Dezember 1993, wie mit Blick auf die Wahlen von 1990 in Ostmitteleuropa oft gesagt worden ist, eine "Gründungswahl", also Zäsur und Startschuß für einen stabilen Mehrparteienparlamentarismus?

Einiges spricht dafür: Ein breites Spektrum von Kräften hat sich in einem weithin akzeptierten Verfahren erstmals und 1995 abermals einer Mehrparteienwahl gestellt. Damit wäre die Chance der Einbindung auch oppositioneller Kräfte in das parlamentarische Verfahren gegeben. Die Fraktionslandschaft in der Staatsduma ist weniger fragmentiert und überschaubarer als im alten Obersten Sowjet, was die Herausbildung starker Parteien fördern müßte. Anders als 1990 waren viele der 1993 bzw. 1995 gewählten Abgeordneten im parlamentarischen Geschäft auch keine Neulinge mehr. Die Chancen der sozialen und regionalen Verwurzelung des Parlamentarismus sind gestiegen: Die Agrarlobby, "die" Frauen, die neuen Unternehmer können sich in höherem Maße als bisher von bestimmten Wahlblöcken und u.U. dann auch von Abgeordneten oder gar Fraktionen vertreten fühlen.

Überdies haben sich im Verhalten der Wähler bereits 1993 nach verbreiteter Auffassung erste regionale Interessendifferenzierungen niedergeschlagen, je nachdem, ob die jeweilige Region ihre Hoffnungen auf Handel, Export, Rohstoffförderung oder Landwirtschaft setzt[94]. (Die Frage, wie die Interessen von Zentrum und Regionen sowie den Regionen untereinander, von Kolchosdirektoren und neuen Unternehmern, zum Ausgleich zu bringen und - noch dazu - auf marktwirtschaftliche Reformen hin zu kanalisieren sind, steht freilich auf einem anderen Blatt.)

Andererseits bleibt es - vor allem auf regionaler und kommunaler Ebene - weiterhin eine offene Frage, inwieweit diese Interessenstrukturen gerade im Parteiensystem ihren Ausdruck finden werden (vgl. 3.5.). Viele Parteien werden auch weiterhin versucht sein, sich entweder am Machtstreben oder anderen persönlichen Interessen ihrer Führer zu orientieren und damit losgelöst von gesellschaftlichen Interessen zu agieren ("schwebendes Parteiensystem") - oder aber eine betont partikularistische Lobby-Politik für eine kleine Klientel zu treiben. Die Mittelposition, die eine Aggregation *verschiedener*

94 So heißt es etwa in einer Analyse von Michail Maljutin, *Novaja Ežednevnaja Gazeta*, 13.4. 1994. U.a. ist dort von einem Jelzin-freundlichen Norden und einem eher "feindlichen" Süden Rußlands die Rede.

Interessen im Auge hat, ohne freilich die Interessen ihrer Führer und Aktivisten zu vernachlässigen, geht dabei verloren. Auch werden die Fragmentierung des Parteiensystems und die einer demokratischen Konfliktregelung wenig zuträgliche politische, Rechts- und Streitkultur kaum wesentlich verändert werden können.

Auf regionaler und kommunaler Ebene ist mit der Einrichtung neuer, in der Mandatszahl auf ein Fünftel bis ein Zehntel reduzierter, gewählter Körperschaften, in denen Angehörige der Exekutive außerordentlich stark vertreten sind, eine Situation eingetreten, die von radikaldemokratischen Kritikern als faktische "Aufhebung der Gewaltenteilung" beschrieben wird. Auf Landesebene schreibt die Verfassung ein präsidial-autoritäres System fest, das der Duma - in bewußter Abkehr von der Losung "Alle Macht den Sowjets" - die Rolle eines Juniorpartners zuweist und den Parteien die Beteiligung an der Regierungsbildung verweigert. Der Föderationsrat, das "Oberhaus", wurde nach seiner direkten Wahl 1993 im Jahre 1995, wie von der Verfassung ursprünglich vorgesehen, der Wahl durch das Volk entzogen.

All dies wird kaum dazu beitragen, daß Parlament und Parteien in den Augen der Bevölkerung mehr Legitimität gewinnen. Die Gefahr ist groß, daß insbesondere die Duma in den Ruf einer ineffektiven "Schwatzbude" oder, was nur wenig besser wäre, eines "Brutkastens für Präsidentschaftsanwärter" gerät. Lediglich als Kontrollinstitution gegen die Machtfülle und ggf. Unberechenbarkeit des Präsidenten und der Exekutive könnte sie sich mehr Legitimität erwerben. Doch von dieser brisanten Negativrolle bis zur konstruktiven Beeinflussung und verantwortlichen Mitgestaltung der Regierungspolitik ist es noch ein weiter Weg. Und wem die Mitwirkung versagt ist, der flüchtet sich allzu gern in die Rolle des abgehobenen Theoretikers oder des populistischen Scharfmachers, wie es auch in Rußland in den letzten Jahren zu beobachten war.

Die bei der Umgestaltung der Wirtschaft auftretenden "unsolvable problems" (Juan Linz) werden die Legitimitätsgewinnung zusätzlich erschweren. Die Apathie und Partizipationsmüdigkeit der Bevölkerung, die mit einem vielfach beklagten Anti-Parteien-Affekt einhergehen, sind ein weiteres Problem. Diese Apathie ist zwar, mit geringfügigen Abstufungen, allen postsozialistischen Gesellschaften gemeinsam. Doch es gibt einen qualitativen Unterschied: Das Institutionengefüge - Verfassung, Regierung, Parlament - hat in den meisten Ländern Ostmitteleuropas einen gewissen Ruhezustand erreicht; ein Verfahrenskonsens ist gefunden. Das dürfte nicht zuletzt auch die Parteienbildung begünstigen.

In Rußland dagegen ist auch im institutionellen Bereich noch vieles im Fluß. Dies zeigte 1994 der vieldiskutierte Vorschlag des Duma-Abgeordneten Isakov, den russischen Präsidenten statt vom Volk durch ein Wahl-

männergremium bestimmen zu lassen, ebenso wie der Vorschlag des damaligen Föderationsratsvorsitzenden Sumejko, die Wahlen von Präsident und Parlament zu "verschieben" (worin vielfach der Versuch gesehen wurde, sie *ad infinitum* zu verschieben). Erst 1995 wurde nach erwartungsgemäß heftigen Debatten der Ernennungsmodus der Abgeordneten des Föderationsrats endgültig geregelt. Die erste Volkswahl der Verwaltungschefs, der "Gouverneure", stand zu Anfang des Jahres 1996 in den meisten Regionen immer noch aus. Überdies wurden von den Regierenden selbst immer wieder neue Organe geschaffen, etwa die Gesellschaftliche Kammer beim Präsidenten oder die im "Vertrag über die gesellschaftliche Eintracht" vorgesehene Koordinationskommission samt "runden Tischen" und Arbeitsgruppen[95], schließlich der in der Verfassung nicht vorgesehene mächtige Sicherheitsrat. Diese Inflation von Ersatzstrukturen ist das Eingeständnis des Unbehagens, der Unzufriedenheit mit den vorhandenen Institutionen; zugleich entwertet sie die bestehenden Verfassungsorgane zusätzlich. Daß auch oppositionelle Kräfte aus anderen Motiven dieses Unbehagen teilen, zeigen unter anderem die Forderungen der KPRF und des JABLOKO-Blocks nach der Abschaffung bzw. Abwertung des Präsidentenamts oder der Rußländischen Sozialdemokratischen Union nach einer Konstituante, deren Erfüllung die Verfassunggebung völlig neu aufrollen würde[96].

Dieser offenkundige Mangel an Legitimität, diese Instabilität der Institutionen erschweren die Demokratisierung. Es ist das alte Dilemma vieler Transformationsprozesse: Neue Institutionen müssen über Legitimität verfügen, um ihre Effizienz entfalten zu können, und sie müssen (über einen gewissen Zeitraum hinweg) Effizienz beweisen, um Legitimität zu erhalten[97]. Zwar können der Rahmen der Verfassung, der "demokratische Autoritarismus" und die Machtfülle des Präsidenten und der Exekutive sowie der Mangel an hinreichend attraktiven Alternativen kurzfristig für Stabilität sorgen. Doch sind die erwähnten Elemente der Instabilität damit noch nicht aus der Welt geschafft, ist das Defizit an Legitimität noch nicht behoben[98].

Bilanz: Der Kadavergehorsam früherer Zeiten ist in Parteien, Parlamenten und im politischen System insgesamt nicht in ein geregeltes Gegen- und

95 Text des "Vertrags", der einer zweiten Verfassung nahekommt, in *Izvestija*, 30.4 1994

96 Auch Politiker der KPRF sprechen neuerdings von der Notwendigkeit einer neuen Verfassung - Bereits Vera Tolz, Problems in Building Democratic Institutions in Russia, in: *RFE/RL Research Report*, 9/1994, S. 1-7, prophezeite für die Zeit nach Jelzin einen neuen Verfassungsstreit, da die geltende Verfassung zu stark auf seine Person zugeschnitten sei Die Autorin kritisiert das Präsidialsystem als der Parteienbildung und der Gewaltenteilung abträglich

97 Vgl Samuel P Huntington, *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*, Norman/London 1991, S. 258.

98 Vgl Tolz, Problems (Anm. 96).

Miteinander, sondern oft in anarchische Desintegration umgeschlagen, welche den Autoritarismus vielfach als einzigen "realistischen" Ausweg erscheinen läßt. Das sowjetische Modell der "aus allen Schichten des Volkes" stammenden Volksvertreter ist, auch in seiner neuen "Kongreß-Variante" von 1989 bis 1993, weithin kompromittiert. Auch die anhaltende Debatte darüber, wie der ideale, "professionelle" Politiker zu sein habe, die Konzipierung der Duma als Berufsparlament und auch die Diskussion über die ersatzlose Abschaffung der Rajon-Sowjets sind bezeichnend. Sie verraten eine tiefe Krise des Parlamentsgedankens überhaupt, kaum daß er im Lande richtig Fuß fassen konnte, und ein elitenzentriertes, alles andere als partizipatorisches Politikverständnis. Parallel dazu läßt sich auch in manchen Parteien beobachten, wie der vor fünf Jahren so populäre Gedanke der innerparteilichen Demokratie schwindet und zunehmend autoritärem Gebaren Platz macht.

Zu dieser Entwicklung hat auch Präsident Jelzin beigetragen. Er regierte bevorzugt mit Hilfskonstruktionen wie Referenden und "Verträgen", doch ohne Parteien. Er wandte sich in Augenblicken der Not seinen Hilfstruppen zu - lange Zeit also vor allem den demokratischen Parteien - und distanzierte sich sofort wieder von ihnen, sobald die akute Gefahr abgeklungen war. Und er fühlt sich in seinem Amtsverständnis nicht Parteien und Koalitionen und nicht einmal bestimmten inhaltlichen Positionen verpflichtet, sondern der Stimmung im Lande - oder vielmehr dem, was seine Umgebung dafür ausgibt. Das unter Jelzin entstandene System ist keine Parteiendemokratie; der Kreislauf zwischen "unten" und "oben" durch Vermittlung der Parteien, mit der Verwirklichung von Forderungen einerseits und der Sicherung von Massenrückhalt andererseits, ist nicht entstanden. Dieses System läßt sich am ehesten als Stimmungsdemokratie mit autoritär-präsidialen Zügen beschreiben. Bei der Etikettierung russischer Politiker als "Demokraten" und "Reaktionäre" oder der Vorgänge seit 1992 als "weitere Demokratisierung" ist also Vorsicht geboten

Nicht zuletzt an den Entstehungsbedingungen des 1993 eingerichteten Parlaments und der gewählten Organe auf regionaler und kommunaler Ebene wurde deutlich, daß die Umgestaltung in vieler Hinsicht Züge einer autoritären Reform von oben trägt. Die Parteien haben die in der modernen Demokratie unabdingbare Rolle intermediärer Institutionen kaum ausfüllen können, Politik wurde bisher weitgehend ohne sie gestaltet, allenfalls durch ihre relativ eigenständig agierenden Führer. Dennoch könnte es allmählich zu einer Konsolidierung einiger der bestehenden Parteien und Blöcke kommen. Allerdings wird diese vor allem eine Konsolidierung von Parteien als Strukturen innerhalb der Funktionseliten sein, weniger von Parteien als Instituten der Bürgerbeteiligung in einer zivilen Gesellschaft. Damit fügen sich die

Parteien in eine ältere russische Traditionslinie ein, die mit den Worten des Historikers Dietrich Geyer treffend beschrieben ist: "Gesellschaft als staatliche Veranstaltung".

Daß Parteien in Rußland keine Rolle spielen und spielen werden, ist damit als pauschale und verfrühte Behauptung widerlegt. Richtig ist lediglich, daß "demokratische Integrationsparteien" (Sigmund Neumann), wie viele westeuropäische Beobachter sie aus ihren Heimatländern gewohnt sind - *demokratisch und marktwirtschaftlich* orientierte und strukturierte *Massenparteien* -, heute weitgehend chancenlos sind.

Verzeichnis der Parteien

APR	Agrarnaja partija Rossii (Agrarpartei Rußlands)
BIR	Blok Ivana Rybkina (Block Ivan Rybkins)
Demrossija/ DR	Demokratičeskaja Rossija (Demokratisches Rußland)
DPR	Demokratičeskaja partija Rossija (Demokratische Partei Rußlands)
DVR	Demokratičeskij Vybor Rossii (Demokratische Wahl Rußlands)
DS	Demokratičeskij sojuz (Demokratische Union)
FNS	Front Nacional'nogo Spasenija (Front der Nationalen Rettung)
GS	Graždanskij sojuz (Bürgerunion)
KDP-PNS	Konstitucionno-demokratičeskaja partija-Partija narodnoj svobody (Konstitutionell-Demokratische Partei-Partei der Volksfreiheit)
JABLOKO	Block "Javlinskij-Boldyrev-Lukin"
KPR	Krestjanskaja partija Rossii (Bauernpartei Rußlands)
KPRF	Kommunističeskaja partija Rossijskoj Federacii (Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation)
KRO	Kongress russkich obščin (Kongreß der Russischen Gemeinden)
LDPR	Liberal'no-demokratičeskaja partija Rossii (Liberal-Demokratische Partei Rußlands)
NDR	Naš Dom-Rossija (Unser Haus [ist] Rußland)

NPSR	Narodnaja partija "Svobodnaja Rossija" (Volkspartei "Freies Rußland", 1994 umbenannt in RSDNP)
NRPR	Nacional'no-respublikanskaja partija Rossii (National-Republikanische Partei Rußlands)
PDŽR	Političeskoe dviženie "Ženščiny Rossii" (Politische Bewegung "Frauen Rußlands")
PĖS	Partija ėkonomičeskoj svobody (Partei der Wirtschaftlichen Freiheit)
PRES	Partija Rossijskogo Edinstva i Soglasija (Partei der Rußländischen Einheit und Eintracht)
RChDD	Rossijskoe christiansko-demokratičeskoe dviženie (Rußländische Christlich-Demokratische Bewegung)
RDDR	Rossijskoe dviženie demokratičeskich reform (Rußländische Bewegung für Demokratische Reformen)
RNE	Russkoe nacional'noe edinstvo (Russische Nationale Einheit)
RNS	Rossijskoe narodnoe sobranie (Rußländische Volksversammlung)
RNS	Russkij nacional'nyj sobor (Russisches Nationales Konzil)
RKRP	Rossijskaja kommunističeskaja rabočaja partija (Rußländische Kommunistische Arbeiterpartei)
RPRF	Respublikanskaja partija Rossijskoj Federacii (Republikanische Partei der Rußländischen Föderation)
RSDNP	Rossijskaja social-demokratičeskaja narodnaja partija (Rußländische Sozialdemokratische Volkspartei)
SDPR	Social-demokratičeskaja partija Rossijskoj Federacii (Sozialdemokratische Partei der Rußländischen Föderation)
SPT	Socialističeskaja partija trudjaščichsja (Sozialistische Partei der Werktätigen)
VR	Vybor Rossii (Rußlands Wahl)

Bohdan Alexander Osadczuk-Korab

Das Parteiensystem der Ukraine

Die Entwicklung der politischen Parteien in der Ukraine vollzog sich auf Sonderwegen. Dies war bewirkt durch die jahrhundertelange Teilung des ethnographischen Territoriums unter verschiedenen fremden Mächten - im wesentlichen Polen, Rußland und die Habsburger Monarchie, der das Gebiet nach den "polnischen Teilungen" 1795 zufiel. Unter den Bedingungen der Fremdherrschaft formierte sich auch die politische Kultur in den jeweiligen Einflußsphären unterschiedlich. Dieser Prozeß dauerte bis zum Ersten Weltkrieg. Nach der kurzen Periode der Unabhängigkeit in den Jahren 1918-1920 kam es zu neuen Teilungen unter veränderten geopolitischen Verhältnissen. Während Teile der ehemals von Rußland beherrschten Gebiete nunmehr mit dem Status einer Sowjetrepublik in die UdSSR eingegliedert wurden, gerieten die anderen ukrainischen Siedlungsräume unter die Herrschaft des neuentstandenen Polens, Rumäniens und der Tschechoslowakei. Das aber führte zu einer erheblichen Differenzierung in der Entwicklung der politischen Parteien. Der Hitler-Stalin-Pakt von 1939 und die deutsche Invasion in der UdSSR veränderten diesen Prozeß radikal. Die Neuordnung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Grundlage der Jalta-Beschlüsse von 1944 hatte zur Folge, daß sämtliche ethnischen Gebiete der Ukraine - mit kleinen Exklaven in Polen, Jugoslawien und in der Slowakei sowie in Rumänien - in der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik vereinigt wurden. Das führte zur Nivellierung des früheren Pluralismus und zur Gleichschaltung der politischen Kultur im Sinne des sowjetkommunistischen Totalitarismus. Erst die Krisenerscheinungen in diesem System, die zu der Dissidentenbewegung als Vorstufe des späteren neuen Parteiensystems führten, und die Perestroijka-Reformen unter Michail Gorbatschow schufen neue Voraussetzungen für die Entstehung der oppositionellen Bewegung. Die Auflösung der Sowjetunion und die Gründung des unabhängigen ukrainischen Staates 1991 eröffneten eine neue Periode im politischen Differenzierungsprozeß und schufen die realen Grundlagen für die Gründung und Entfaltung verschiedener politischer Parteien.

Chancen für ukrainische Parteigründungen entstanden erstmals nach den Reformen von Maria Theresia und Josef II. im westukrainischen Galizien.

Die ersten Vorzeichen für eine nationale und politische Renaissance wurden sichtbar. Sie spielte sich zunächst in den radikal gesinnten Jugendverbänden ab. Daraus entstand am 4.Oktober 1890 die erste moderne Parteigründung in Lemberg, die Ukrainska Radykalna Partija (Ukrainische Radikale Partei). Jahrzehntelang beeinflußte sie das politische Leben in Galizien und hatte die meisten Abgeordneten im Wiener Parlament und im galizischen Landtag. Innerhalb dieser Partei bildeten sich bald zwei Strömungen heraus, eine nationaldemokratische und eine marxistisch-sozialistische. Diese Spaltung in zwei Orientierungen führte 1899 zur Gründung der Nacjonalno-Demokratytschna Partija (Nationaldemokratischen Partei). Sie entwickelte sich allmählich zu einer liberalen Partei, in der zwei Flügel, der linksliberale und der konservativ-liberale, nebeneinander existierten. Die andere Richtung gründete 1900 die Ukrainska Socjal-Demokratytschna Partija (Ukrainische Sozialdemokratische Partei). Sie wandelte sich zu einer klassischen sozialdemokratischen Partei westlichen Typus und war organisatorisch seit 1907 ein föderativer Teil der Sozialdemokratie Österreichs. Beide Neugründungen strahlten ihre Ideen auf die ukrainischen Provinzen im zaristischen Rußland aus. Die alte, durch diese Abspaltungen geschwächte Ukrainische Radikale Partei existierte bis zum Ersten Weltkrieg als Sammelbecken für die galizischen Bauern. Schließlich entstand als vierte politische Partei auf der Grundlage der seit Ende des 19. Jahrhunderts bestehenden christlich-sozialen Bewegung die Chrystyjansko-Suspilna Partija (Christlich-Soziale Partei) konservativ-katholischer Richtung.

In den zentralen und östlichen Gebieten der Ukraine waren die Bedingungen unter der zaristischen Despotie um vieles schwieriger. Legale politische Parteien zu gründen, war praktisch unmöglich. Also bildeten die politisch engagierten Bürger illegale Gruppen, die sie durch Tarnbezeichnungen zu schützen versuchten, um so drohenden Repressalien zu entgehen und ihre Mitglieder vor Verhaftungen zu bewahren.

Auf diese Weise wurde 1897 in Kiew die Zahalna Ukrainska Bezpartijna Demokratytschna Orhanizacija (Allgemeine Ukrainische Parteilose Demokratische Organisation) gegründet. Ihre Mitglieder beschäftigten sich vornehmlich mit der Verbreitung von Bildungsprogrammen. Allmählich entwikkelten sich aber auch politische Zielsetzungen, und die Grundsätze für die Autonomie der Ukraine innerhalb eines künftigen föderativen Rußlands wurden ausgearbeitet.

Mit Vorsicht agierte hauptsächlich die ältere Generation. Daraus entstand ein Konflikt zwischen den "Vätern" und "Söhnen". Besonders die studentische Jugend wollte revolutionäre Taten sehen. Sie stand unter dem Einfluß der aus dem Westen und aus Rußland strömenden sozialistischen Ideen. Die Existenz einer sozialdemokratischen Partei in Galizien stimulierte solche

Stimmungen zusätzlich. Die erste sozialdemokratische Gruppe entstand 1890 unter den Kiewer Studenten. Von dort aus strahlten die Ideen auf die anderen Universitäten aus. Schließlich kam es im Februar 1900 zur Gründung der Rewoljucijna Ukrainska Partija (Revolutionäre Ukrainische Partei, RUP). Der zehnköpfige Vorstand bestand aus Studenten, überwiegend Söhne bekannter Intellektueller. Zwei Jahre später besaß die RUP bereits sechs regionale Verbände, die sich "freie Gemeinschaften" nannten. Als sich das im selben Jahr gebildete Zentralkomitee der Partei entschloß, ein Programm auszuarbeiten, kam es zur Spaltung zwischen den sozialistisch und den national gesinnten Mitgliedern. Letztere traten aus der RUP aus und gründeten die nichtmarxistische Narodna Ukrainska Partija (Ukrainische Volkspartei). Bald darauf erfolgten weitere Differenzierungen. Zunächst entstanden die Ukrainska Socjalistytschna Partija (Ukrainische Sozialistische Partei) und eine Gruppe der ukrainischen Sozialrevolutionäre. Als dann 1904 die Revolutionäre Ukrainische Partei das Programm verabschieden wollte, kam es zu einem neuen ideologischen Konflikt zwischen den Anhängern für die Selbständigkeit der Ukraine und den sogenannten Internationalisten. Letztere riefen bald darauf eine eigene Partei ins Leben, die Ukrainska Socjal-Demokratija (Ukrainische Sozialdemokratie). Nach den politischen Reformen vom Jahre 1905 in Rußland gab sich die Revolutionäre Ukrainische Partei, die durch polizeiliche Repressalien stark zerrieben worden war, nunmehr legal den neuen Namen Ukrainska Socjal-Demokratytschna Robitnytscha Partija (USDRP). Das neue Programm dieser Ukrainischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei entsprach dem Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie.

Von nun an kam es Schlag auf Schlag zu weiteren Neugründungen. 1907 gab es bereits einige Dutzend Parteien, darunter 18 jüdische, 16 polnische, elf ukrainische, sechs russische und einige andere innerhalb der kleineren nationalen Minoritäten, zum Beispiel den Armeniern. Es waren vorwiegend linke Parteien, wie die Jüdisch-Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die Partei der Sozialisten-Zionisten, die Zionisten-Maximalisten oder die Partei der kommunistischen Revolutionäre, der Bund der Terroristen und sogar der Verband der extremen Terroristen. Die Palette der polnischen Minderheit reichte von den Sozialisten bis zu den Konservativen. Außer den zentral aus Kiew geleiteten Gruppen existierten auch regionale Einrichtungen wie die Zionistische Partei von Odessa oder die Charkower jüdische Partei. Es gab ferner Filialen der gesamtrussischen Parteien, z.B. der konstitutionellen Demokraten, der Sozialrevolutionäre und des jüdischen Bundes.

Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, besonders nach dem Zusammenbruch des Zarismus und der Kämpfe um einen selbständigen ukrainischen Staat, waren es vor allem linke Parteien, die als Träger dieser eman-

zipatorischen nationalen Bemühungen auftraten. Die wichtigste Rolle spielte die USDRP, ferner die 1917 endgültig konstituierte Ukrainska Partija Sozialistiw Rewoluzioneriw (Ukrainische Partei der Sozialistischen Revolutionäre, UPSR) und die Bauernpartei, die 1917 als Ukrainska Seljanska Spilka (Ukrainischer Bauernbund) gegründet wurde. Der rechtskonservative Putsch unter Hetman Pawlo Skoropadski vom Frühjahr 1918 führte zwar das System einer konstitutionellen Monarchie ein, aber es stützte sich nur auf Großgrundbesitzer, reiches Bürgertum und gehobenen Beamtenstand und besaß keine politisch strukturierte Partei[1].

In der Endphase des Bürgerkrieges und in Anbetracht der bolschewistischen Offensive kam es zu einer linken Radikalisierung. Aus diesem Zeitgeist entstanden als Folge der neuen Abspaltungen innerhalb der ukrainischen Sozialrevolutionäre zwei neue Parteien der selbständigen ukrainischen Kommunisten. Die eine Gruppe bezeichnete sich als Ukrainische Partei der sozialistischen Revolutionäre mit dem Zusatz "Borotjbisten-Kommunisten", die andere nannte sich Ukrainische Kommunistische Partei. Ihre Bemühungen, als selbständige Parteien in die "Kommunistische Internationale" aufgenommen zu werden, scheiterten am Widerstand Lenins, Trotzkis und Stalins. Ihre Spitzenfunktionäre traten dann in die offizielle und mit Moskau verbundene Komunistytschna Partija - Biloschowykiw Ukrainy (Kommunistische Partei der Bolschewiken der Ukraine) ein und spielten in der Ära des ukrainischen "Nationalkommunismus" in den zwanziger Jahren eine wichtige Rolle. Sie wurden später Opfer der Stalinschen Säuberungen.

Sämtliche pluralistischen Parteistrukturen wurden in der sowjetukrainischen Republik formell durch eine Verordnung vom 10. Oktober 1924 verboten. Geblieben ist nur die "Partei der Ukrainischen Bolschewiken", die vor der Oktoberrevolution einen Teil der russischen bolschewistischen Partei bildete. Sie hat sich formell im Februar 1918 in Taganrog als eine selbständige Partei konstituiert, kehrte aber bald in die gesamtsowjetische supranationale Struktur zurück.

1 Über die Anfänge des ukrainischen Parteienwesens s. die Angaben im 9. Band der Enzyklopädie der Ukrainekunde: *Encyklopedija ukrainosnawstwa, wydawnyctwo Molode Schyttia*, Paris/New York 1980; *Demokratija w Ukraini: mynule i majbutnie, materialy naukowoi konferenciji*, Kiew 1993; K. L. Lewyckyj, *Istorija politytschnoi dumki halyckych Ukrainciw 1848-1924*, Lemberg 1926; Mychsjlo Paschkow, Formuwannia systemy hromadskych objednan w Ukraini jak atrybuta latentnoi derschawnosti, in: *Politolohitschni tschytannia*, 2/1992, Kiew; Heorhij Kasjanow, Ukrainskyj socjalism: ludy, partii, idei (potschatok XX storitschtscha), in: *Politolohitschni tschytannia*, 2/1992, Kiew.

1. Die Entwicklung zwischen den Weltkriegen

Durch die Verträge von Riga und Trianon sowie durch den Spruch der Botschafterkonferenz in Paris vom Jahre 1923 wurde das ethnographische Territorium der Ukraine unter den vier Staaten - Sowjetunion, Polen, Rumänien und Tschechoslowakei - aufgeteilt. Den größten Teil des Territoriums erhielt die UdSSR. Dort herrschte nunmehr das bolschewistische Gleichschaltungsprinzip. Chancen für das Fortleben eines demokratischen Parteiensystems bestanden nur in den übrigen vom Kernland abgetrennten Provinzen, die unter der Kuratel Warschaus, Prags und Bukarests standen. Die Entwicklung der politischen Parteien in den Gebieten mit einer ukrainischen Bevölkerungsmehrheit hing von zwei Problemen ab: von der Gestaltung der Minderheitenpolitik und von den Wandlungen innerhalb des politischen Systems. In allen drei Ländern - Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei - waren die Tradition und die Entwicklung der politischen Kultur unterschiedlich. Dementsprechend waren auch die Rahmenbedingungen und die Toleranzgrenze für diese Parteien grundverschieden[2].

Die meisten Ukrainer, die außerhalb des Sowjetstaates geblieben waren, lebten in Galizien und Wolhynien, die nunmehr zur polnischen Republik gehörten, die nach 1918 selbständig wurde. Da die ersten Jahre der Existenz dieses Staates von einem polnisch-ukrainischen Konflikt gekennzeichnet waren, boykottierten die ukrainischen Parteien, die die polnischen Behörden zugelassen hatten, anfangs die Parlamentswahlen. Später wurde diese Einstellung zugunsten einer vollen Teilnahme am politischen Leben der Republik revidiert. Den meisten demokratischen ukrainischen Parteien ging es um einen Ausgleich mit der Staatsnation im Sinne der Polen 1923 von der Botschafterkonferenz in Paris auferlegten Pflichten, die territoriale Autonomie einzuführen. Diese Konditionen wurden von Warschau nie erfüllt, und der Minderheitenschutz wurde in den dreißiger Jahren gekündigt. Aber die ukrainischen Parteien - mit Ausnahme der Kommunisten und Nationalisten - bemühten sich bis zum Kriegsausbruch 1939 um die "Normalisierung" mit Warschau. Als erste demokratische Partei bildete sich unter den neuen Verhältnissen 1919 die Ukrainska Trudowa Partija (Ukrainische Partei der Ar-

2 Vgl. Wladyslaw A. Serczyk, Die sowjetische und die polnische Ukraine zwischen den Weltkriegen, in: *Geschichte der Ukraine,* Göttingen 1993; W. P. Troschtschynskyj, *Mischwojenna ukrainska emihracija w Ewropi jak istorytschne i socjalno-politytschne jawyschtsche,* Kiew 1994; Vaclaw Veber, Ruska a ukrajinska emigrace v CSR v letach 1918-1945, Seminar pro dejiny vychodni Evropy pri Ustavu svetovych dejin FF UK w Praze, 1993; Bohdan Zilynskyj, *Ukrajinci v Cechach a na Morave (1894) 1917-1945* (1994), Prag 1995; Czeslaw Brzoza, Ukrainska reprezentacja parlamentarna w II Rzeczypospolitej, in : *Krakowskie Zeszyty Ukrainoznawcze,* Krakau 1993.

beit), ein Sammelsurium liberaler und konservativer Kräfte. Wegen der polnischen Frage und der Einstellung zur Sowjetukraine spaltete sich die Partei Anfang der zwanziger Jahre in verschiedene Fraktionen. Der nationalistische Flügel bildete 1924 die Ukrainska Partija Nacjonalnoi Roboty (Ukrainische Partei der Nationalen Arbeit). Die liberalen Kräfte gründeten 1925 die Ukrainske Nacjonalno-Demokratytschne Objednanja (Ukrainische National-demokratische Vereinigung, UNDO) konservativ-liberaler Prägung. Sie wurde zur stärksten demokratischen Partei der Ukraine im damaligen Polen. Die zweitgrößte politische Kraft war die Ukrainska Socjal-Demokratytschna Partija (Ukrainische Sozialdemokratische Partei, USDP), die den klassischen sozialdemokratischen Kurs verfolgte und mit der deutschen SPD in der Weimarer Republik sowie mit den tschechischen und polnischen Sozialdemokraten zusammenarbeitete. Weniger einflußreich waren die katholischen Parteien, zunächst die Chrystyjansko-Suspilna Partija (Christlich-Soziale Partei), die sich später in Ukrainska Katolyzka Narodna Partija (Ukrainische Katholische Volkspartei, UKNP) umbenannte. Ukrainische Kommunisten in Galizien und Wolhynien gehörten der Komunistytschna Partija Zachidnioji Ukrainy (Kommunistische Partei der Westukraine, KPZU) an, die nach den Statuten der Kommunistischen Internationale einen organisatorischen Teil der KP Polens bildete und zusammen mit ihr verboten wurde. Sie bekämpfte den polnischen Staat in der Illegalität und trat für die Abtrennung der nichtpolnischen Gebiete zugunsten der Sowjetukraine im Osten und zugunsten Deutschlands im Westen ein. Gleichzeitig mit der polnischen Kommunistischen Partei wurde auch die KPZU 1938 durch Stalin aufgelöst und ihre Mitglieder blutig verfolgt. Ihre legale Abzweigung war die Selansko-Robitnytsche Objednanja (Vereinigung der Bauern und Arbeiter), bekannt auch unter der Abkürzung "Selrob". Sie hatte großen Zulauf unter den Bauern in den ärmsten Gegenden Galiziens und unter den Tagelöhnern auf den Ölfeldern von Boryslaw und Drohobytsch.

Aus dem Geist des Widerstandes gegen Polen entwickelte sich eine nationalistische Irredenta, die zunächst von den ehemaligen Offizieren der Ukrainischen Galizischen Armee und später von Studenten getragen wurde. Sie gab sich bei der Gründung 1925 den Namen Ukrainska Wijskowa Orhanisacija (Ukrainische Militär-Organisation, UWO). 1929 wurde sie in Orhanisacija Ukrainskych Nacjonalistiw (Organisation der Ukrainischen Nationalisten, OUN) umbenannt. Sie bekämpfte das Konzept der Verständigung der demokratischen Parteien mit Warschau und führte oft terroristische Akte gegen polnische Politiker durch. Dabei stützte sie sich auf politische und materielle Hilfe der anti-polnischen Kreise in der Weimarer Republik und wurde vom Chef des deutschen Geheimdienstes, Admiral Canaris, gesteuert. Auch der litauische Staat gewährte der OUN Unterschlupf und Hilfen. In der

zweiten Hälfte der dreißiger Jahre war diese Organisation unter der ukrainischen Jugend Galiziens so populär wie später die IRA in Nordirland oder nach dem Zweiten Weltkrieg die PLO bei den Palästinensern. Durch die OUN wurde der Einfluß der demokratischen Parteien Ende der dreißiger Jahre geschwächt[3].

In der Karpaten-Ukraine, die nach dem Vertrag von Saint-Germain Bestandteil der tschechoslowakischen Republik wurde, herrschte von Anfang an ein buntes politisches Leben aus verschiedenen demokratischen Parteien, die ungefähr dem Mosaik des gesamtpolitischen Lebens in diesem Land der klassischen parlamentarischen Demokratie entsprachen. Es gab mehrere Parteien liberaler Richtung, Agrarier, Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Komunistytschna Partija Zakarpatskoj Ukrainy (Kommunistische Partei der Transkarpatischen Ukraine) gewann bei den Parlamentswahlen 1924 und 1925 die meisten Stimmen. Erst nach den wirtschaftlichen und sozialen Reformen in dieser rückständigen Region ging der kommunistische Einfluß zurück. Die nationalistischen Richtungen hatten in der Karpaten-Ukraine wenig Zulauf.

Die Ukrainer in der Bukowina, dem einstigen Kronland der Donau-Monarchie, gerieten nach dem Ersten Weltkrieg unter die Herrschaft Rumäniens. Sie durften zunächst keine politischen Parteien gründen. Erst 1927 erlaubte Bukarest die Existenz der Ukrainska Nacjonalna Partija (Ukrainische Nationale Partei) mit konservativ-liberaler Orientierung. Sie beteiligte sich mehrmals an Parlamentswahlen und hatte einige Abgeordnete in der Konstituante Rumäniens. Mit dem Sieg des autoritären Systems 1938 wurde die Partei aufgelöst. Im Untergrund begann sich die Organisation der ukrainischen Nationalisten zu verbreiten, die allerdings eine gemäßigtere Richtung als ihre Zentrale in Galizien einschlug.

Der Zweite Weltkrieg bedeutete für alle demokratischen Parteien der Ukraine eine Katastrophe. Sie begann noch vor der Entfesselung des Weltbrandes durch Adolf Hitler im Zuge der Auflösung der Tschechoslowakei. Der von den Nationalisten und Klerikalen im März 1939 ausgerufene selbständige Staat der Karpaten-Ukraine wurde durch den Einmarsch der ungarischen Truppen niedergeschlagen. Sämtliche politischen Parteien wurden verboten. Der Untergang Polens nach der deutschen Aggression und der Einmarsch der Roten Armee in Galizien und Wolhynien aufgrund des Ribbentrop-Molotow-Abkommens führten zur Auflösung aller demokratischen ukrainischen Parteien und Verfolgung ihrer Funktionäre. Ihre Vorstände

3 Myroslaw Prokop, Pjatdesiatj rokiw UHWR, in: *Sutschasnistj,* 10/1994, Kiew; Dorota Ozga, Ewolucja programu OUN-UPA, in: *Krakowskie Zeszyty Uktanoznawcze,* Krakau 1993.

stellten sämtliche Aktivitäten für die Zeit des Krieges ein, was sie aber vor sowjetischen Repressalien nicht bewahrte. Retten konnten sich nur solche Politiker und einfache Parteimitglieder, die beim Einmarsch der Sowjettruppen in das von den Deutschen geschaffene Generalgouvernement oder ins tschechische Protektorat flüchteten oder - seltener - via Rumänien in den Westen entkommen konnten. Die zurückgebliebenen Politiker und ihre Anhänger wurden von der sowjetischen Geheimpolizei mühelos aufgespürt, weil sie jahrelang legal öffentlich gewirkt hatten und also bekannt waren. Sie wurden massenhaft verhaftet und nach Sibirien deportiert. In dieser ausweglosen Lage bezahlten die Nationalisten aus der OUN den sowjetischen Einmarsch mit weniger Verlusten. Verschont hatte sie ihre langjährige illegale Struktur, zu der auch die zahlreichen sowjetischen Spitzel in Galizien und Wolhynien keinen Zugang hatten. Aber bei den Nationalisten spielte sich ein anderes Drama ab. 1940 spalteten sich ihre Spitzenfunktionäre im Krakauer Exil in zwei gegnerische Lager, in die sogenannte Bandera-Richtung der radikal gesinnten jüngeren Kader und in die Melnyk-Richtung der vorwiegend älteren und gemäßigt konservativen Politiker. Bis zu einem gewissen Grade spielten in der Bandera-Richtung (genannt nach dem Anführer Stepan Bandera) nationalsozialistische Einflüssse eine Rolle, während sich in der Melnyk-Gruppe (genannt nach dem Leiter Andrij Melnyk) die Beeinflussung durch die Ideologie des faschistischen Italiens stärker bemerkbar machte.

Im Zweiten Weltkrieg wurde das ukrainische Territorium aufs neue verteilt, diesmal zwischen Deutschland, Ungarn und Rumänien. In allen drei Besatzungsgebieten waren die ukrainischen Parteien verboten. Die demokratischen Parteien stellten sämtliche Aktivitäten ein. Dem Verbot widersetzten sich die Nationalisten und die Kommunisten. Beide Fraktionen der gespaltenen Organisation der ukrainischen Nationalisten (OUN) stellten sogenannte Mobile Gruppen auf, die in allen von der Roten Armee geräumten und von den Deutschen und Rumänen besetzten Gebieten ein illegales Netz von Mitarbeitern zu errichten versuchten. Einige linksgerichtete Nationalisten gründeten 1942 die Ukrainska Narodno-Demokratytschna Partija (Ukrainische Volksdemokratische Partei, UNDP). Sie versuchte Anhänger durch die Parole "für eine selbständige sowjetische Ukraine ohne Hitler und Stalin" zu gewinnen, wurde aber schon bald von den deutschen Okkupationsbehörden und rechtsgerichteten Nationalisten aufgerieben. Im Untergrund wirkte der geheime Apparat der Kommunistischen Partei. Sowohl aus den nationalistischen als auch den kommunistischen Kadern rekrutierte sich die ukrainische Partisanenbewegung, wobei die Nationalisten nicht nur einen Zweifrontenkrieg gegen die Deutschen und die Sowjets führten, sondern auch gegen die in Wolhynien wohnenden Polen. Kommunistische Partisanen wandten sich gegen die Deutschen und gegen nationalistisch gesinnte Landsleute. Dieser

Kampf, der mitunter Züge eines Bürgerkrieges trug, zeichnete sich auch dadurch aus, daß zwischen den beiden seit 1940 gespaltenen nationalistischen Richtungen (den Bandera- und den Melnyk-Anhängern) ein blutiger Bruderzwist herrschte.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war die Ukraine materiell und geistig total ruiniert. Stalin vereinigte alle ethnographisch ukrainischen Gebiete in der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik. Oberflächlich gesehen deckte sich das mit den jahrhundertealten Träumen der Ukrainer, in Wirklichkeit wollte Stalin jegliche Gefahr der Wiedergeburt einer unkontrollierten politischen Kraft außerhalb der sowjetischen Machtsphäre verhindern. Dort, wo sich Anzeichen einer politischen Opposition zeigten, wurden sie brutal niedergeschlagen.

Eine Wiederaufnahme der politischen Tätigkeit im Sinne des früheren Pluralismus war nur den Emigranten möglich. So kam es zur Restaurierung der historischen Parteien aus der West- und Ostukraine im Exil, zunächst im Nachkriegsdeutschland, in Westeuropa sowie in Kanada und den USA. Fast alle früheren demokratischen Parteien erlebten ihre Renaissance in der Fremde. Nur die Sozialrevolutionäre stellten mangels Zuspruch bald ihre Tätigkeit ein. Andererseits entstand unter den neuen Flüchtlingen, vorwiegend derjenigen aus den ostukrainischen Gebieten, die Ukrainska Revolucijno-Demokratytschna Partija (Ukrainische Revolutionär-Demokratische Partei, URDP) linksliberaler Richtung. Durch die Abwanderung aus Europa nach Übersee, wo es keine Tradition eines permanenten Parteienlebens gab, schwächten sich die überlieferten Formen allmählich ab, und das totale Desinteresse der jungen Generation tat ein übriges: Fast alle demokratischen Parteien lösten sich auf, ausgenommen die jüngste, die URDP. Die nationalistischen Gruppen dagegen konnten den Untergang dank dem organisatorischen Zwang einer strikten Disziplin und dem Mythos vom angeblich aktiv geführten Befreiungskampf in der Heimat verhindern. Allerdings litten sie nach wie vor unter dem fortgesetzten Spaltungsprozeß, und zu der schon traditionell gewordenen Rivalität zwischen den beiden OUN-Organisationen kamen in den fünfziger und sechziger Jahren zwei weitere Spaltungen[4].

4 Vgl. R. Lisowyj, Nezrymi tini (Dekilka zawwah pro schyttia ukrajinskoi diaspory), in: *Lysty do pryjateliw,* 5-7/1966, New York; Bohdan Osadczuk, Kontury nowego pluralizmu politycznego na Ukrainie, in: *Zustriczi,* 3-4/1990, Warschau; Mychajlo Woskobijnyk, 5P rokiw URDP, in: *Ukrainski Wisti,* Nr 31 vom 30 Juli 1995, Detroit

2. Zwischen Gleichschaltung und Neubeginn

Unter den Bedingungen einer radikalen Gleichschaltung und Sowjetisierung gingen die alten politischen Strukturen zugrunde. Ständige ideologische Gehirnwäsche, die "Säuberung" der Bibliotheken von nicht genehmen Büchern und die physische Vernichtung der ehemaligen demokratischen Politiker führten nach und nach zum Verlust jeglicher Rückbesinnung auf die einstige politische Kultur. Erst die Programme der von den Amerikanern während des Kalten Krieges eingerichteten Radiosender vermochten das historische Gedächtnis wieder zu wecken. Auch die Entstehung der oppositionellen Richtungen in den westlichen Nachbarstaaten, in Polen, Ungarn und in der Tschechoslowakei, trug wesentlich zur Rückbesinnung auf die vergessene Tradition bei.

Nicht ganz ohne Einfluß auf diesen Prozeß blieben auch ideologische Schwankungen innerhalb des sowjetischen Systems, insbesondere nach dem Tode Stalins in der Ära Chruschtschow. Der entscheidende Einfluß auf die Formierung einer neuen Opposition aber ging von den Helsinki-Beschlüssen in den siebziger Jahren aus. Die Gründung von oppositionellen Helsinki-Gruppen stützte sich auf ähnliche und zeitlich parallellaufende Aktivitäten unter den polnischen, tschechischen, ungarischen, aber auch russischen, baltischen und jüdischen Oppositionellen. Für die Ukraine bedeutete diese Bewegung einen Neubeginn. Die Verfolgung der Anhänger der Helsinki-Beschlüsse brachte unter den Dissidenten einen neuen Typus im Denken und Handeln hervor. Es entstand die Tendenz, sich von den alten Idealen des nationalen Egoismus abzukehren, und es setzte sich die Tendenz zum gemeinsamen Wirken ohne Rücksicht auf nationale Herkunft, Glauben und Rasse durch. Im GULAG Breschnjews, Andropows und Tschernenkos stellten die Dissidenten der amtlichen Doktrin von dem irreführenden "proletarischen Internationalismus" die reale Zusammenarbeit entgegen. Sie waren es, die den Prozeß des Untergangs des sowjetischen Imperiums einleiteten.

Die Rolle des Vorreiters im Prozeß des entstehenden parteipolitischen Pluralismus übernahm zunächst die "Ukrainische Gesellschaftliche Gruppe", um die Helsinki-Beschlüsse zu verwirklichen. Darauf folgte die mehr politisch ausgerichtete Ukrainska Helsinska Spilka (Ukrainischer Helsinki-Bund). Auf dieser Basis entstanden bald verschiedene oppositionelle Gruppen und Vereine. In den Jahren 1987 bis 1989 gab es bereits 125 solche Initiativen. Sie vereinigten sich im September 1989 zu einer Sammelbewegung, die den Namen Narodnyj Ruch Ukrainy za perebudowu (Volksbewegung der Ukraine für den Wandel) wählte. Der eigentliche Ansporn, eine derartig breite Plattform zu bilden, kam aus der westukrainischen Metropole Lwiw

(Lemberg), wo seit dem Sommer 1988 regelmäßig Massenkundgebungen für die Abschaffung der kommunistischen Diktatur veranstaltet wurden. Doch die konkrete Initiative zur Bildung einer Dachorganisation der verschiedenen oppositionellen Strömungen ging im Herbst 1988 vom ukrainischen Schriftstellerverband in Kiew aus. Am 16. Februar 1989 wurde im Organ des Schriftstellerverbandes "Literaturna Ukraina" der Entwurf des Programms für "Ruch" veröffentlicht. Die Konzeption stützte sich auf ähnliche Sammlungsbewegungen in den baltischen Ländern. Offiziell wurde "Ruch" auf dem Kongreß in Kiew (8.-10. September 1989) gegründet. Die nominell noch herrschende Kommunistische Partei verhielt sich zur Gründung der Bewegung negativ. Sie sah darin eine Gefahr für den Verlust der bisherigen Monopolmacht in der Republik. Bald stellte sich auch die Frage, ob man die kommunistischen Parteimitglieder in die neue Organisation aufnehmen sollte. Die Meinungen darüber waren geteilt. Die Kommunistische Partei war bereits derart geschwächt, daß sie es nicht mehr wagte, diese Oppositionsbewegung zu verbieten. Ihr damaliger Parteisekretär für ideologische Fragen, Leonid Krawtschuk, trat in einer öffentlichen Debatte mit dem Vorstandsmitglied der "Ruch"-Bewegung, dem Philosophen Myroslaw Popowytsch, im Fernsehen auf. Damit war die "Ruch" gewissermaßen legitimiert. Fast zur gleichen Zeit formierte sich die ökologische Bewegung Zelenyj Swit (Grüne Welt). Im Herbst 1989 hielt sie ihren konstituierenden Kongreß ab und hatte schon bald wegen der veränderten Haltung der Bevölkerung zu den Umweltproblemen, ausgelöst durch die Tschernobyl-Katastrophe, breiten Zulauf.

Ende 1989 existierten neben der formell noch herrschenden Kommunistischen Partei Vereinigungen und unabhängige Initiativen wie die "Ruch"-Bewegung, die "Grüne Welt", der "Helsinki-Bund", die Vereinigung der ehemaligen politischen Häftlinge "Memorial", die "Ukrainische Christlich-Demokratische Front", das "Komitee für die Legalisierung der ukrainischen katholischen Kirche" und ein ähnliches "Komitee für die Wiedergeburt der ukrainischen autokephalen orthodoxen Kirche".

Offen blieb die Frage der Demokratisierung der Kommunistischen Partei. Sie besaß noch immer drei Millionen Mitglieder. Ihre Parteispitze galt als konservativ und reformfeindlich, und sie widersetzte sich anfangs dem Perestroijka-Kurs Gorbatschows.

Vor den Wahlen zu dem von Kommunisten beherrschten Parlament im Frühjahr 1990 wandten sich prominente Schriftsteller, die damals noch der KP angehörten, mit dem Manifest für Demokratisierung und Umwandlung der KP in ein selbständiges politisches Gebilde und Trennung von der Moskauer Parteizentrale an die Bevölkerung. Unter dem Einfluß dieses Aufrufs formierte sich innerhalb der KPU eine "Demokratische Plattform". Den Differenzierungsprozeß beschleunigte der gescheiterte Putsch gegen den sowje-

tischen Präsidenten Gorbatschow in Moskau im August 1991. Am 26. August fand das letzte ZK-Plenum der KPU in Kiew statt, auf dem die volle Verselbständigung der Partei proklamiert wurde. Aber der Auflösungsprozeß hatte längst eingesetzt. 200.000 Parteimitglieder hatten die Partei zwischen 1990 und Anfang 1991 verlassen. Am 30. August 1991 verbot das Präsidium des Obersten Rates der Ukraine, d.h. des Parlaments, die KPU. Der bisherige Erste Sekretär, Hurenko, gab aus Protest dagegen seinen Sitz im Parlament auf, 242 kommunistische Parlamentsabgeordnete forderten die juristische Revision des Parteiverbots. Die Behandlung dieses Antrags wurde immer wieder verschoben, bis am 14. Mai 1993 das Präsidium des Parlaments eine Verordnung verabschiedete, wonach die ehemaligen Parteimitglieder ohne ein gerichtliches Urteil wegen ihrer früheren Zugehörigkeit zur KP keinen Diskriminierungen ausgesetzt sein dürften. Gleichzeitig hieß es in diesem Erlaß, daß Staatsbürger der Ukraine, die kommunistische Ideen vertreten, nach den geltenden Gesetze neue Parteien bilden dürften[5].

3. Gründung der neuen Parteien

Zur Zeit der Parlamentswahlen im Frühjahr 1990 befand sich der Prozeß der Entstehung neuer politischer Parteien noch im Aufbau. Die oppositionellen Strömungen bildeten unter der Ägide der "Ruch"-Bewegung die gemeinsame Wahlplattform "Demokratischer Block". Es gelang ihnen, in drei westukrainischen Provinzen die absolute Mehrheit zu gewinnen. Dort gingen die kommunistischen Abgeordneten in den regionalen und lokalen Räten in die Opposition. Im gesamtstaatlichen Parlament behielten die kommunistischen Abgeordneten jedoch die Mehrheit. Außerhalb des Obersten Rates wandelten sich - mit Ausnahme der "Ruch" - die verschiedenen Sammlungsbewegungen und Verbände nunmehr in normale politische Parteien um. Ähnlich wie in

5 Vgl. Heorhij Kasjanow, Schistdesiatnyky. Dysydenty. Neformaly. Znajomi Neznajomi, in: *Witsche,* 10/1994, Kiew; Stanowlennia bahatopartijnosti, in: *Politytschna Dumka,* 1/1993; Jurij Sajcew, Ukrainskyj oposycijnyj ruch 60-ch rokiw, in: *Krakowskie Zeszyty Ukrainoznawcze,* Krakau 1993; Przemyslaw Tomanek, Parlamentarzysci ukrainscy - byli dysydenci o kwestii niepodleglodci Ukrainy (lato 1987 - wiosna 1990), in: *Krakowskie Zeszyty Ukrainoznawcze,* Krakau 1993; Bohdan Osadczuk, Kontury nowego pluralizmu politycznego na Ukrainie, in: *Zustriczi,* 3-4/1990, Warschau; Anatolij Slusarenko, Nowi politytschni partii Ukrainy i suwerenna derschawa, in: *Krakowskie Zeszyty Ukrainoznawcze,* Krakau 1993; O. W. Haran, Bahatopartijnistj na Ukraini, formuwannia, problemy, perspektywy, in: *Ukraina bahatopartijna - prohramni dokumenty nowych partij,* Kiew 1991; W. M. Lytwyn/A. H. Slusarenkon, Na politytschnij areni Ukrainy (90-ti r.r.), in: *Ukrainskyj Istorytschnyj Schurnal,* 2-3/1994, Kiew.

den anderen postkommunistischen Ländern Osteuropas kam es zu keiner Restaurierung der historischen Parteien. Die Ausnahme von dieser Regel waren die nationalistischen Organisationen, die ihre Kader, versehen mit ausreichenden finanziellen Mitteln, aus dem Exil in die Ukraine schickten. Sie fanden in der Heimat ihre - weitgehend dezimierten - Anhänger vor, die die Jahre der Verfolgungen überstanden hatten. Einzig die sozialdemokratischen Parteien können von sich behaupten, daß sie eine demokratische Tradition fortsetzen. Als charakteristisch für diese Periode, die in der ukrainischen Publizistik als "oppositionell - vorstaatlich" bezeichnet wird, gelten Merkmale wie eine weitgehende Übereinstimmung in der ideologischen Programmatik, die vorwiegend deklarativ und wenig konkret formuliert wird. Alle Parteien bekennen sich zu demokratischen Idealen, proklamieren die parlamentarische Demokratie und befürworten - mit Ausnahme der Kommunisten und Links-Sozialisten - Privateigentum, Marktwirtschaft und Pluralismus.

Mit dem Untergang der totalitären Kommunistischen Partei war zunächst ein machtpolitisches und ideologisches Vakuum entstanden, das die neu entstandenen Parteien auszufüllen trachteten. Ihre Zahl war bald auf 31 angewachsen, aber keiner von ihnen gelang es, gesamtnationalen Einfluß zu gewinnen. Kritische Beobachter der politischen Szene versuchen, darauf eine Antwort zu finden. Sie nennen dafür fünf Ursachen:

1. das Vorhandensein der alten sozialen Struktur, die sich noch immer im Zustand des nicht abgeschlossenen Zerfalls befindet. Die neuen sozialen Schichten sind erst im Entstehen und finden wegen der ökonomischen Krise keine Grundlage für die notwendige Konsolidierung;
2. das Mißtrauen in der Bevölkerung gegenüber dem Begriff "Partei" als Folge des langjährigen Monopols der kommunistischen Parteiherrschaft;
3. die Enttäuschung der Bevölkerung über die demokratischen Institutionen, die ihre hohen Erwartungen nicht erfüllten; die katastrophale Wirtschaftslage führt zur Verschlechterung des Lebensstandards und zur Verarmung der Mehrzahl der Bürger;
4. fehlende demokratische Traditionen und mangelnde Erfahrungen mit der Funktionsweise der pluralistischen Demokratie;
5. doktrinäre Neigungen in den meisten politischen Parteien, die nicht imstande sind, die Besonderheiten der posttotalitären Gesellschaft zu verarbeiten und statt dessen versuchen, neue Doktrinen zu oktroyieren[6].

Andere Theoretiker bemängeln, daß viele Parteipolitiker in der postkommunistischen Ukraine die gesellschaftliche Bedeutung ihrer Parteien nur unter dem Gesichtspunkt der "nationaldemokratischen" Umwandlungen sehen. Das

6 Vgl. W. H. Kremen/J. H. Basowkin, *Politytschni partii Ukrainy - porıwnialnyj analız prohramnych dokumentiw,* Nacjonalnyj Instytut Stratehitschnych Doslidschen, Kıew 1993.

zeuge von politischer Unreife, in Einzelfällen bedeute es eine Rückkehr zu den romantischen Ideen des nationalen Befreiungskampfes aus dem vorigen Jahrhundert. Nach Meinung dieser Theoretiker befinde sich die Ukraine seit der Proklamation ihrer Unabhängigkeit im August 1991 noch immer in der Phase einer beginnenden Demokratie, einer "Proto-Demokratie". Es herrsche ein Ritual des oberflächlichen Pluralismus der Parteien. In Wirklichkeit bestehe noch immer ein System des "postkommunistischen Paternalismus". Einerseits funktionierten die Parteien im Sinne von Max Weber, andererseits stellten sie den posttotalitären Typus bei der Vertretung der sozialen Interessen dar[7].

Die Ausrufung der Selbständigkeit hat die bisherige Sowjetrepublik, die jahrelang von Funktionären verwaltet wurde, die niemals eigenständige Entscheidungen trafen, sondern stets nach den Direktiven aus Moskau handelten, mit dem Problem konfrontiert, wer den neuen Staat steuern und verwalten werde. Die ehemalige antikommunistische Opposition war für diese Aufgabe ungeeignet. Sie bestand vorwiegend aus ehemaligen Dissidenten, meistens Literaten und Philosophen, die über keinerlei praktische Erfahrungen auf administrativem Gebiet verfügten. Diese dünne Schicht besaß auch keine Chancen, sich das Heer der postkommunistischen Beamten loyal und gefügig zu machen. Auch die inzwischen entstandene Sammelbewegung "Ruch" vermochte wegen ihrer antikommunistischen Haltung keine Vertrauensbasis unter den Bürokraten herzustellen, deren Unterstützung für die Verwaltung des Staates unerläßlich ist. Aus dieser prekären Lage ging die bisherige ukrainische "Nomenklatura", d.h. die früheren kommunistischen Funktionäre aller Ränge, siegreich hervor. Aus ihren Reihen formierte sich die neue Staats- und Verwaltungselite, die von den ukrainischen Politologen die Bezeichnung "Partei der Staatsmacht" ("Partija wlady") erhielt. Ein kompetenter Kenner dieses Problems meint, daß dieses Phänomen der Bildung einer informellen Herrschaftselite im Zuge des unproblematischen und geräuschlosen Übergangs von der alten kommunistischen Oligarchie zu den Methoden "des sozialen Mimikrispiels", der Umwandlung der Parolen und des Bestrebens, möglichst anonym zu handeln, eine bizarre Situation schuf. Die alte Nomenklatura war praktisch mit der sowjetischen Staatselite identisch. Sie repräsentierte die Partei- und Staatsorgane und war auch kollektive Herrscherin über das Eigentum und die gesamte Verwaltung. Die aus ihr hervorgegangene "Staatspartei" versuche, nach Meinung desselben Verfassers, unter dem Aushängeschild von der angeblichen "Parteilosigkeit" die alten Zustände zu konservieren. Ihr Hauptziel sei die Ausübung der Macht und die Kontrolle

7 Jewhen Bystryckyj, Protodemokratıja ta kulturpolitytschni transformsciji w Ukraini, in: *Politytschna Dumka*, 4/1994, Kiew.

über die Wirtschaft. Um beides zu verwirklichen, sei die "Staatspartei" auf allen anderen Gebieten zu opportunistischen Kompromissen bereit. Von Anfang an habe diese informelle Herrschaftsgruppe ein Doppelspiel getrieben. Zunächst mußte sie den Widerstand der konservativen und gesamtsowjetisch orientierten postkommunistiscben Kräfte überwinden. Auf der anderen Seite brauchte sie einen Rückhalt im eigenen Land und im Westen. Das geschah mit Hilfe "der Rezeption von nationalen Ideen und der Verteidigung der Souveränität des ukrainischen Staates und der Verwendung der liberaldemokratischen Parolen". Die Staatspartei übernahm viele Ideen von der "Ruch"-Bewegung, um die innenpolitische Basis zu schaffen. Sie ist sehr flexibel in ideologischen Fragen und operiert vorwiegend mit populistischen Parolen. Von Anfang an vertrat sie eine heterogene Konzeption: "ein wenig Kapitalismus, ein wenig Sozialismus, ein wenig Demokratie und ein wenig Politik der harten Hand, ein wenig Marktwirtschaft und ein wenig Lenkung und Gleichschaltung".

In der Konsequenz werde dadurch die "sozialpsychologische Desorientierung und gesellschaftliche Neurasthenie" verbreitet. Doch den Kernsatz der Strategie der "Staatspartei" bilde die konsequente Verteidigung des "oligarchisch-kollektiven Eigentums und des feudalen Systems" in der Landwirtschaft. Die Staatspartei kann das aber nicht aus eigener Kraft verwirklichen. Deshalb sucht sie Bundesgenossen oder Mitläufer aus dem "nationaldemokratischen" Lager. Sie hat dieses Vorhaben seit 1991 erfolgreich vorangetrieben, indem sie viele Nationaldemokraten bei der Verteilung der Posten in Ministerien, in der Diplomatie und in den anderen Institutionen bedachte[8].

4. Zwischenparteiliche Koalitionen

Dieses Vorgehen hat im Jahre 1992 zu einer klaren Trennung zwischen der "Staatspartei" und der "Ruch"-Bewegung geführt. Vergleichbar den Sammlungsbewegungen in den anderen postkommunistischen Ländern - etwa Solidarność in Polen oder Sajudis in Litauen - hat auch "Ruch" nach der Erlangung der Unabhängigkeit der Ukraine eine Transformation erlebt. Politiker, die in der ersten Phase zur Vorstandsspitze gehörten, trennten sich von der Sammlungsbewegung und gründeten eigene Parteien. Eine nationalistische Gruppe unter der Führung des einstigen Dissidenten Walentin Moroz ver-

8 Mykola Rjabtschuk, Demokratija ta "partija wlady" w Ukraini, in: *Politytschna Dumka,* 3/1994, Kiew.

suchte von der westukrainischen Basis her, den bisherigen gemäßigten Kurs zugunsten einer rechtsgerichteten Radikalisierung zu ändern, jedoch ohne Erfolg. Auf dem dritten Kongreß im Frühjahr 1992 erfolgte unter der Führung von Wjatscheslaw Tschornowil eine klare Distanzierung von denjenigen "Ruch"-Mitgliedern, die sich mit der Staatspartei liiert hatten. Tschornowil beschuldigte sie einer Kollaboration mit den Kommunisten. Die "Ruch"-Bewegung sprach sich für eine Opposition zu dem herrschenden System unter dem Präsidenten Leonid Krawtschuk aus. Dies führte zur inneren Krise innerhalb der Bewegung. Aus Loyalität zu Präsident Krawtschuk bildete sich eine oppositionelle Fraktion, die Anfang 1993 die Konkurrenzbewegung Wsenarodnyj Ruch Ukrainy (Gesamtnationale Bewegung der Ukraine, WRU) gründete. Als Hauptaufgabe hat sich diese Gruppe die Stabilisierung und den Aufbau des "Ukrainischen Nationaldemokratischen Staates" gestellt. Jedoch ist ihr Versuch, die Massen der Anhänger der alten "Ruch"-Bewegung für sich zu gewinnen, inzwischen gescheitert[9].

Die alte "Ruch"-Bewegung, nunmehr unter der energischen Leitung von Tschornowil, wandelte sich auf dem dritten Kongreß von einer überparteilichen Sammlung in eine politische Partei. Als solche ist sie Anfang 1993 amtlich registriert worden. Gemäß den neuen Statuten bleibt der Kongreß die oberste Instanz von "Ruch". Zwischen den Kongressen leitet der zentrale Vorstand die Partei. In dringenden Fragen entscheidet der erweiterte zentrale Vorstand, der "Mala Rada" (Kleiner Rat), der aus den Mitgliedern des zentralen Vorstands und den Leitern der regionalen Verbände besteht. Die "Ruch" tritt für eine gemischte Staatsform ein, d.h. für ein parlamentarisch-präsidiales System. Ferner wirbt sie für eine Dezentralisierung der Verwaltung. Das bisherige Wahlsystem soll zugunsten des Proporzes geändert werden. Für die Parlamentswahlen soll eine fünfprozentige und für die regionalen Wahlen eine zwölfprozentige Klausel eingeführt werden.

Der Übergang zum klar umrissenen oppositionellen Programm der "Ruch"-Bewegung hat einen Konflikt mit denjenigen nationaldemokratischen Politikern heraufbeschworen, die sich inzwischen mit der "Staatspartei" verständigt haben. Sie gründeten im Herbst 1992, gewissermaßen als Gegenkraft, eine überparteiliche Gemeinschaft, den Konhres Nacjonalno-Demokratytschnych Syl (Kongreß der Nationaldemokratischen Kräfte, KNDS). Der KNDS ist ein loser Verband mehrerer politischer Parteien, dessen eigentliche Träger zwei Parteien der rechten Mitte sind: die "Ukrainische Republikanische Partei" und die "Demokratische Partei". Als Lenkungsorgan gilt die Konferenz aller Mitglieder. Zu den Hauptaufgaben des Kongresses gehören:

9 Vgl. Politytschna arena Ukrainy, in: *Filosofska i socjolohitschna dumka,* 2/1993, Kiew.

Vervollständigung der Souveränität, Auszug der Ukrainer aus der GUS-Gemeinschaft, Stärkung des unitarischen Staatswesens, Ablehnung des föderativen Systems, Bildung einer Rechtsstaatlichkeit, Durchsetzung des nationalen Charakters im Staatswesen, Einführung der Marktwirtschaft mit Zulassung des "gesellschaftlichen Eigentums", geistige Renaissance durch Überwindung der Folgen der Russifizierung.

Der Kongreß arbeitete eng mit Präsident Leonid Krawtschuk zusammen, was sich in den Parlamentswahlen 1994 negativ auswirkte: Wegen ihrer politischen Orientierung erlitten die an der Zusammenarbeit beteiligten Parteien eine Niederlage.

Anfang 1993 bildeten nationaldemokratische, konservativ-liberale und nationalistische Parteien zur Abwehr des entstehenden kommunistisch-sozialistischen Blocks eine Antykomunistytschno-Antyimperskyj Front (Antikommunistisch-Antiimperialistische Front, AAF). Das Vorhaben scheiterte jedoch an internen Auseinandersetzungen und der mangelhaften Grundkonzeption[10].

Als beständiger erwies sich zunächst eine andere überparteiliche Konstruktion, die Objednanja Nowa Ukraijina (Vereinigung Neue Ukraine, NU). Sie entstand im Frühjahr 1992 als eine Dachorganisation mehrerer Parteien der linken Mitte, vor allem der Sozialdemokraten und Linksliberalen, und verschiedener sozialer Organisationen, darunter der Unabhängigen Gewerkschaften und einiger Genossenschafts- und Verbraucherverbände. Die NU stellte sich als Hauptaufgabe die Schaffung eines Rechtsstaates und einer demokratischen Gesellschaft. Sie plädierte für die Einberufung einer Konstituante, die eine neue Verfassung verabschieden sollte, distanzierte sich von der Präsidialdemokratie und verhielt sich kritisch zur Innen- und Wirtschaftspolitik der Regierung seit der Verkündung der Unabhängigkeit. Sie hoffte bei den vorverlegten Wahlen zum Parlament auf den Sieg der meisten in der Vereinigung zusammengeschlossenen Parteien. Doch während der Wahlvorbereitungen brach eine interne Krise aus. Ein Teil der NU-Spitzenfunktionäre gründete ein Konkurrenzunternehmen unter dem Aushängeschild eines "Interregionalen Blocks"[11].

Das neue Gebilde unter der Leitung des bisherigen Stellvertretenden Vorsitzenden der NU, Wolodymyr Hrynjow, verstand sich als eine politische Partei und sollte die Basis für die Wahl von Leonid Kutschma zum Staatspräsidenten 1994 schaffen. Im Gefolge der Parlaments- und Präsidenten-

10 Vgl. Politytschna arena Ukrainy, in: *Filosofska i socjolohitschna dumka,* 3/1993, Kiew.

11 Vgl. Wolodymyr Lytwyn, Pro sutschasni ukrainski partii, ichnich prychylnykiw ta lideriw, in: *Politolohitschni tschytannia,* 1/1992 Kiew; Meta "Nowoi Ukrainy" - Nowa Ukraina, in: *Time-Tschas,* 51/1993, Kiew.

wahl, die mit einer schmerzlichen Schlappe für die Vereinigung endete, brach innerhalb der NU eine existentielle Krise aus. Erst Ende Juni 1995 kam es zu einem Versuch, die Tätigkeit der Vereinigung mit neuen Kräften und neuen Parolen zu regenerieren. Doch diese Bemühungen waren vergeblich. Schließlich trat die NU in eine neue Partei ein: die Volksdemokratische Partei (Narodno-Demokratytschna Partija, NDP), die im Februar 1996 aus mehreren Parteien und Verbänden entstanden ist. Ein neues Experiment der Zusammenarbeit zwischen der rechten und der linken Mitte (der Demokratischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei Onopenkos und der Partei der Arbeit) stellt die Konzeption "Most" (Brücke) dar[12].

Die linken Parteien unter der Führung von Sozialisten und Kommunisten hatten im Sommer 1993 einen eigenen Block gebildet. Er nannte sich Hromadjanskyj Konhres Ukrainy (Kongreß der Bürger der Ukraine, HKU). Diese Dachorganisation linker Provenienz konzentrierte ihre Tätigkeit hauptsächlich auf die Schwerpunkte Montanindustrie und Kohlebergwerke im Osten der Ukraine. Deshalb wählte sie ihren Sitz in der Metropole des Donez-Beckens, in Donezk. Auf dem rechten Flügel des politischen Spektrums hatte sich eine Sammlungsbewegung der Nationalisten, die Ukrainska Nacjonalna Assambleja (Ukrainische Nationale Union, UNA) formiert. An ihrer Spitze stand anfangs Jurij Schuchewytsch, der Sohn von General Tschuprynka-Schuchewytsch, des legendären Führers der ukrainischen Aufständischen-Armee aus dem Zweiten Weltkrieg, der 1947 im Partisanenkrieg, den seine Verbände in den ersten Nachkriegsjahren in der Westukraine gegen die Sowjets fortsetzten, gefallen war. Jurij Schuchewytsch hatte seit seiner Kindheit 40 Jahre in den GULAG-Lagern verbracht. Mitte der achtziger Jahre, bereits unter Gorbatschow, wurde er, inzwischen völlig erblindet, freigelassen. Ihn wählten die Nationalisten zum Präsidenten der UNA. Ihr Vorhaben, sämtliche nationalistische Richtungen zu vereinigen, scheiterte an internen Konflikten. Die Macht in der UNA eroberte schließlich eine paramilitärische Gruppe, der Ukrainska Nacjonalna Samooborona (Ukrainischer Nationaler Selbstschutz, UNSO), dessen Führer Kortschynskyj Schuchewytsch stürzte[13].

12 Vgl. Socjaly i demokraty, *Zerkalo nedjeli*, 12/1996, Kiew.
13 Vgl. Danylo Janewskyj/Konstiantyn Malejew, Politytschna arena - sytucija u trawni, in: *Filosofska i socjolohitschna dumka*, 6/1993, Kiew.

5. Parteien der rechten Mitte

Im Gesamtspektrum des ukrainischen Parteiensystems konstituierten sich seit Anfang der neunziger Jahre zunächst Parteien der Mitte. Ihre Palette reicht vom rechten Flügel der Republikaner bis zum linksliberalen Lager der postkommunistischen "Partei der Demokratischen Wiedergeburt". Als erste politische Partei wurde Anfang November 1990 die Ukrainska Respublikanska Partija (Ukrainische Republikanische Partei, URP) registriert. An ihrer Spitze standen fast ausschließlich ehemalige Dissidenten wie der Jurist Lewko Lukjanenko, der einst wegen oppositioneller Tätigkeit zu 25 Jahren GULAG verurteilt worden war, wovon er 20 Jahre in den verschiedensten Zwangsarbeitslagern verbrachte. Sein Stellvertreter Mychajlo Horyn war ebenfalls ein politischer Häftling gewesen. Beide gehörten früher, wie die meisten Mitglieder des Parteivorstandes, zum "Helsinki-Bund"[14]. In ihrem Programm prangert die URP die kommunistische Ideologie als "volksfeindlich" an, als "fremdländisches" Instrument zur Unterjochung der Ukraine im Dienste Moskaus. Als ihre wichtigsten Grundsätze deklariert sie die Schaffung eines unabhängigen und gleichberechtigten ukrainischen Staates in der Völkerfamilie Europas und der Welt, "den absoluten Wert des Lebens, der Freiheit der Menschen und der Nationen, Bildung eines demokratischen Systems mit freier Wirtschaft" und die Renaissance der nationalen Kultur auf der Grundlage der historischen Traditionen, der Moral und Religion. Sie tritt für ein umfangreiches Umweltschutzprogramm ein und verlangt einen Baustopp für neue Atomkraftwerke. Die bestehenden Atomkraftwerke sollten allmählich stillgelegt und durch "ökologisch saubere Energiequellen" ersetzt werden. Auf verfassungsrechtlichem Gebiet plädiert die URP für einen unitarischen Staat und lehnt den Föderalismus für die Ukraine ab.

Die URP bekennt sich zum Privateigentum und zur Marktwirtschaft, räumt aber dem Staat das Recht auf Interventionen zugunsten der Modernisierung der Wirtschaft ein. Eine wichtige Rolle spielt im Programm der Republikaner die Förderung der eigenständigen Kultur, Religion und Familie. Im Laufe der Zeit hat sich die URP zu einem strengen Wächter der absoluten Souveränität der Ukraine gegenüber Rußland entwickelt. Sie fordert die Durchführung einer energischen Politik Kiews gegen die separatistischen Tendenzen auf der Halbinsel Krim. Die Zugehörigkeit der Ukraine zur Gemeinschaft der unabhängigen Staaten (GUS) lehnt sie ab und befürwortet die

14 1995 ist diese Periode zu Ende gegangen. Mit der Wahl eines "Nicht-Dissidenten" aus der jüngeren Generation, Bohdan Jaroshynsky, begann für die URP ein neuer Entwicklungsabschnitt.

Schaffung eines regionalen Bündnisses zwischen Deutschland und Rußland in der Form des Staatenverbunds zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer (Intermarium). Bis 1994 war sie die einzige demokratische Partei, die sich um den Aufbau der regionalen und lokalen Parteigruppen kümmerte. Die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder wird auf 6.000-10.000 geschätzt. Sie sind hauptsächlich in Galizien, Wolhynien, Bukowina, in der Karpaten-Ukraine und in den zentralen Gebieten um Kiew vertreten. Die Partei gibt mehrere Zeitungen heraus. Ihr Hauptorgan ist "Samostijna Ukraina" (Selbständige Ukraine).

Zur rechten Mitte gehört auch die seit Anfang 1991 bestehende Demokratytschna Partija Ukrainy (Demokratische Partei der Ukraine, DPU). Ihr Vorstand setzt sich im Unterschied zur Republikanischen Partei nicht aus ehemaligen Dissidenten, sondern aus einstigen kommunistischen Intellektuellen zusammen, z.B. den Schriftstellern Wolodomyr Jaworiwskyj und Dmytro Pawlytschko, die 1990 nach Unterzeichnung eines antikommunistischen Manifests aus der Kommunistischen Partei ausgetreten waren. Die DPU schwankte in ihren programmatischen Zielsetzungen zunächst zwischen der sozialdemokratischen Orientierung und der liberalen Richtung, entschied sich dann aber im Laufe der Zeit für einen konservativen Liberalismus. Die Partei plädiert für eine gemischte Staatsform, d.h. für ein präsidial-parlamentarisches System. Ebenso wie die Republikanische Partei lehnt sie den Föderalismus ab. In der Politik gegenüber der Halbinsel Krim befürwortet die DPU eine Bevorzugung der Krim-Tataren als einer autochthonen Bevölkerung in dieser Region. Ihr Wirtschaftsprogramm ist widersprüchlich. Einerseits verlangt sie radikale Reformen im Sinne der Marktwirtschaft, lehnt aber zugleich eine Schocktherapie ab und plädiert für die staatliche Steuerung der Reformen. Die Demokraten verkünden in sozialen Fragen eine "Philosophie der Gerechtigkeit", aber nicht als "Prinzip der Gleichheit" bei der Verteilung der Güter, sondern als "Gleichheit der Chancen nach Fähigkeiten". Angesichts der Wirtschaftskrise schlagen sie vor, ein System der Kontrolleure in der Staatsindustrie im Auftrag des Präsidenten einzuführen. Streiks sollten für die Zeit der Wirtschaftskrise verboten werden. Als Parteibasis und Zielgruppen nennen sie die "Intelligentsia", den entstehenden Mittelstand und hochqualifizierte Arbeiter und Bauern. Einige Exponenten der DPU nahmen verschiedene Posten in der Staatsverwaltung unter Präsident Leonid Krawtschuk ein; sie verloren nach dessen Niederlage bei den Wahlen 1994 an Einfluß.

Ebenfalls zur rechten Mitte gehört die erst Ende 1991 gegründete Ukrainska Chrystyjansko-Demokratytschna Partija (Christlich-Demokratische Partei der Ukraine, CDPU). Ideologisch bekennt sich die CDPU zur christlichen Lehre. Sie tritt für einen unabhängigen, einheitlichen, interkon-

fessionellen und atomfreien Staat und für soziale Marktwirtschaft ein. Im Namen der Marktwirtschaft müsse die Privatinitiative maximal unterstützt werden. Defizitäre Staatsbetriebe sollten an private Pächter gegeben oder in Kooperativen umgewandelt werden. In der Landwirtschaft sei die Privatisierung zu beschleunigen. Der Boden sollte den Bauern für immer überlassen werden. Im Parteivorstand existieren Sektionen für Wirtschaft, Soziologie, Ökologie, Militärfragen, internationale Politik und Informationswesen. Zur CDPU sollen 6.500 Mitglieder und 38.000 Sympathisanten gehören. Die Mitgliederschaft besteht zu 85 Prozent aus Akademikern. Ihr Durchschnittsalter beträgt 35 Jahre. Der Vorsitzende Vitalij Schurawski, ein agiler Intellektueller, ist 37 Jahre alt. Er pflegt Beziehungen zu den meisten christlich-demokratischen Parteien Westeuropas. Die Partei gibt eine Zeitschrift - "Rada" (Rat) - heraus. Im Sommer 1996 brach eine schwere Krise aus: Am 6. Juni sprach die Mehrheit des Parteivorstands Schurawski das Mißtrauen aus, und am 23. Juni wurde er gestürzt. Mit der provisorischen Leitung der Partei beauftragte man Wiktor Schyschkin, einen ehemaligen Generalstaatsanwalt.

Zur rechten Mitte gehört auch die Ukrainska Seljanska Demokratytschna Partija (Ukrainische Demokratische Bauernpartei, USDP). Sie entstand Anfang 1991 im Interesse der Verfechter einer radikalen landwirtschaftlichen Reform. An ihrer Spitze steht der Schriftsteller und Amateurhistoriker Serhij Platschynda. Zu den Zielsetzungen der Bauernpartei gehört die totale Abschaffung des Kollektivismus auf dem Dorf und die Formierung von lebensfähigen landwirtschaftlichen Privatbetrieben. Sie beruft sich auf die ukrainische Tradition des "Chutor", d.h. eines großbetrieblichen landwirtschaftlichen Familienbesitzes. Als geistiger Vater dieses Programms des "ukrainischen Volkskapitalismus" gilt ein Industrieller des 19. Jahrhunderts, Platon Symyrenko. Die Renaissance des Bauernstandes soll die Grundlage für die Wiedergeburt der selbständigen Ukraine sein.

Etwas gemäßigter in ihrem Programm ist die Partija Wilnych Seljan Ukrainy (Partei der Freien Bauern der Ukraine, PWSU). Sie wurde erst im Frühjahr 1993 gegründet. Ihr Konzept ist ebenfalls eine Bodenreform, aber weniger radikal. Die kollektiven Landwirtschaften (Kolchosen) sollen allmählich privatisiert werden. Zeitweilig könnten verschiedene Übergangsformen im Sinne der Genossenschaften oder Assoziierungen als Vorstufe zu den freien Bauern existieren. Die Beziehungen zwischen Staat und Dorf müßten eine Transformationsperiode durchmachen. Um die Landwirtschaft zu sanie-

ren, seien Kredite für den Ankauf moderner landwirtschaftlicher Maschinen notwendig[15].

6. Liberale Mitte

Zur klassischen liberalen Mitte tendieren mehrere Parteien. Dazu gehört vor allem die Liberalno-Demokratytschna Partija Ukrainy (Liberaldemokratische Partei der Ukraine, LDPU). Sie wurde Mitte 1992 von Kiewer Intellektuellen ins Leben gerufen. Die LDPU proklamiert Ideen der liberalen Demokratie und plädiert für umfangreiche Reformen in Staat und Wirtschaft. Als Voraussetzung zur Demokratisierung betrachtet sie die Entstehung eines Mittelstandes. Dazu seien energische Maßnahmen zur Bekämpfung des Staatsmonopols, die Einführung einer liberalen Finanzpolitik, die Verabschiedung entsprechender Gesetze zur Öffnung des Landes für ausländische Investitionen und die umfangreiche Privatisierung der Staatsbetriebe notwendig. Auf politischem Gebiet setzt sich die LDPU für eine Gleichberechtigung der nationalen Minoritäten und die Abschaffung des Zentralismus zugunsten des Ausbaus der regionalen Selbstverwaltung ein.

Seit Oktober 1991 existiert die konkurrierende Liberalna Partija Ukrainy (Liberale Partei der Ukraine, LPU). Sie wurde zunächst in der Metropole der Schwerindustrie, Donezk, von Ihor Markulow, einem agilen Geschäftsmann, organisiert und gewann dank seines Einsatzes in kurzer Zeit 14.000 Mitglieder. Im Juni 1993 wagte die LPU den Sprung nach Kiew, wo sie den ersten gesamtukrainischen Parteikongreß abhielt. Sie stützte sich von Anfang an auf die entstehende Unternehmerschicht, von der sie auch finanziell unterstützt wird. In ihrem Programm vertritt sie die Grundsätze der Marktwirtschaft und plädiert dafür, günstige Voraussetzungen für westliche Investoren zu schaffen. Liberal ist auch ihr Standpunkt in der Nationalitätenpolitik und in konfessionellen Fragen. Sie verteidigt die Bürger- und Menschenrechte. Aber inmitten einer Aufschwungswelle geriet sie in eine tiefe Krise. Im Som-

15 Vgl. *Ukraina bahatopartijna - prohramni dokumenty nowych partij*, Kiew 1991; Anatolij Slusarenko/Mykola Tomenko, Sproba klasyfikacji politytschnych partij Ukrainy, in: *Politolohitschni tschytannia*, 1/1992; Kremen/Basowkin, *Politytschni partii Ukrainy* (Anm. 6); Interwju z spiwholowoju Ukrajinskoi selanskoi demokratytschnoi partii Serhijem Platschyndoju, in: *Wisnyk Ruchu*, 6/1990, Kiew; "Die Christlich-Demokratische Partei der Ukraine", Flugblatt in deutscher Sprache ohne Datum; Alexander Ott, *Die politischen Parteien in der Ukraine*, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 13, Köln 1995. Nina Chartschuk, Sumniwne politykantstwo w CDPU, in *Time-Tschas*, 24/1996, Kiew; CDPU: krysa "werchiw", in. *Moloda Halytschyna*, 25.6 1996, Lemberg.

mer 1994 verschwand ihr Vorsitzender Markulow spurlos. Angeblich war er in Korruptionsaffären verwickelt. Um die Führungskrise zu überwinden, wurde Anfang 1995 ein Parteitag einberufen. Zum neuen Vorsitzenden wurde ein Vertreter der jüngeren Generation gewählt, der Nationalökonom vom Institut für internationale Beziehungen an der Akademie der Wissenschaften, Oleh Soskin. Der ambitiöse Politiker machte sich forsch an die Durchsetzung seiner Vorsätze vom "reinen Kapitalismus". Dies scheint aber auf den Widerstand anderer Präsidiumsmitglieder gestoßen zu sein, und Soskin trat im Frühjahr 1995 zurück. Damit war die zweite Krise unter den Liberalen ausgebrochen. Sie wurde zunächst durch die Wahl eines provisorischen Führungsgremiums überbrückt. Zunächst sah es so aus, als könnte der frühere Vizepremier für Wirtschaftsfragen - ein überzeugter Liberaler - die LPU wieder konsolidieren. Dies war ihm jedoch nicht gelungen, und daher verzichtete er nach kurzer Zeit auf den Parteivorsitz. Erst im Frühjahr 1996 konnte die Krise unter dem neuen Leiter, dem erfolgreichen Verwaltungschef in Donezk, Wolodymyr Schtscherbanj, überwunden werden. Sowohl der Versuch von liberal-konservativen Kräften, die Partei nach rechts zu rücken, als auch die Absicht linker Kräfte, den Parteinamen in "Partei der Arbeit" umzuändern, wurden vom neuen Vorsitzenden geschickt abgewiesen. Er steuert einen liberal-sozialen Kurs, und die LPU scheint sich im Aufwind zu befinden. Der frühere Parteiführer Soskin, der den klassischen Liberalismus vertritt, hat aus Protest eine eigene Partei gegründet: die Liberalkonservative Partei (Liberalno-Konserwatywna Partija, LKP)[16].

Die ukrainische Sozialdemokratie gehört ebenfalls zur politischen Mitte. Sie wird allerdings permanent von Kursschwankungen und Konkurrenzkämpfen belastet. Bereits kurz nach der Wiedergeburt der sozialdemokratischen Bewegung etablierten sich 1991 zwei sozialdemokratische Parteien. Die eine nannte sich Objednanja Socjal-Demokratytschna Partija Ukrainy (Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Ukraine, OSDPU), die andere Socjal-Demokratytschna Partija Ukrainy (Sozialdemokratische Partei der Ukraine, SDPU). Die Trennung ergab sich eher aus personellen Ambitionen der Politiker als aus ideologischen Gründen. Ein Jahr später kam es zur Vereinigung. Die neue Partei nahm den Namen "Sozialdemokratische Partei der Ukraine" an. Aber schon 1994 brachen erneut interne Gegensätze auf. Auf

16 Wolodymyr Lanowyj, "Zaliznoi sawisy wsche ne bude - ne wystatschytj salisa", Wydawnyctwo "Molodı", Kiew 1994; *Liberalna Haseta*, 24.3 1994 (Organ der Liberalen Partei, Wahlnummer), Kiew; Kremen/Basowkin, *Politytschni partii Ukrainy* (Anm 6); Diana Stasiuk, Liberalna Partija prahne liderstwa, in: *Wisti z Ukrainy*, 30/1995, Kiew; Taras Bardin, Ukrainski liberaly proponujutj na prodasch swoju wywisku, in: *Post-Postup*, 12.1.1995, Lemberg; Liberal Wladimir Schtscherbanj, Roswjaschite mnje ruky i perestante posypatj golowu peplom, in: *Zerkalo nedjeli*, 18-19/1996, Kiew.

dem 7. Parteitag im Sommer 1994 wurde eine kleine Gruppe unter der Leitung des Parlamentsabgeordneten Buzduhan aus der Partei ausgeschlossen. Daraufhin bildete sich unter seiner Führung eine konkurrierende sozialdemokratische Partei unter demselben Namen. Schließlich fand im Frühjahr 1995 ein Vereinigungskongreß zwischen der Mehrheitspartei der Sozialdemokraten mit der "Partei der Gerechtigkeit" statt. Die Ukrainska Partija Sprawedlywosti (Ukrainische Partei der Gerechtigkeit, UPS) war Anfang 1993 gegründet worden. Sie hat sich in sozialen Fragen engagiert. Die Exponenten der Sozialdemokratie und der Vorsitzende der UPS, Justizminister Onopenko, einigten sich darauf, daß die Vereinigte Partei von nun an als Sozialdemokratische Partei gilt und daß die Partei der Gerechtigkeit ihre Tätigkeit einstellt. Gegen diese Fusion hat die gespaltene Sozialdemokratische Partei unter der Leitung von Buzduhan Protest erhoben und ein gerichtliches Verfahren beantragt. Die ständigen Krisen und Querelen haben sich für das Ansehen der Sozialdemokratie negativ ausgewirkt. Das zeigt sich in der geringen Mitgliederschaft der Partei, die auf lediglich 3.000 Mitglieder geschätzt wird[17].

Mit der Sozialdemokratie vieles gemeinsam hat auch die Partija Praci (Partei der Arbeit, PP). 1993 gegründet, nennt sie in ihrem Programm an erster Stelle die Sorge um die Sicherung der sozialen Rechte der Arbeitnehmer. Sie plädiert für die Aufrechterhaltung des kostenlosen Schulbesuchs und der vom Staat subventionierten medizinischen Betreuung der Bevölkerung. Ursprünglich galt sie als die Partei der "roten Direktoren", doch unterstützt sie neuerdings die Liberalisierung und Privatisierung der Wirtschaft.

Zur Mitte gehört auch die Konstytucijno-Demokratytschna Partija Ukrainy (Konstitutionell-Demokratische Partei der Ukraine, KDPU). In ihrem Programm tritt sie für die Verwirklichung der demokratischen Reformen ein. Im Vordergrund stehen die Forderungen nach der Übernahme der Modelle aus den anderen postkommunistischen Ländern Osteuropas. Große Aufmerksamkeit widmet die KDPU den außenpolitischen Problemen wie dem Ausbau der wirtschaftspolitischen Beziehungen mit den GUS-Staaten, der Regelung der Beziehungen zu Rußland und einer engen wirtschaftlichen Kooperation mit Weißrußland, Polen, Litauen und Lettland.

Eine Zeitlang schien die Narodna Partija Ukrainy (Volkspartei der Ukraine, NPU) eine wichtige Rolle im politischen Leben zu spielen. Sie wurde 1991 von L. Taburjanskij, einem Geschäftsmann aus der Ostukraine, gegründet. Von Anfang an sprach sie sich für die Umwandlung des unitari-

17 Oleksander Tscytsche, Prywydy dwoch socjal-demokratytschnych partija weschtajutsia Ukrainoju, in: *Wisti z Ukrainy,* 41/1994, Kiew; Oleh Petrenko, Schlub w imja SDPU, in: *Wisti z Ukrainy,* 5/1995, Kiew; Jurij Buzduhan, Tschystisinka politytschna awantjura, in: *Holos Ukrainy,* 34/1995, Kiew.

schen ukrainischen Staates in eine föderative Republik aus. Dementsprechend schlug sie eine staatsrechtliche Reform vor, die Einführung eines Zweikammersystems mit einem Parlament und einem Bundesrat. Sie setzt sich für marktwirtschaftliche Reformen ein und plädiert für eine liberale multinationale Verwaltungs- und Schulpolitik. Eine solche Programmatik beschränkt die Popularität dieser Partei auf die östlichen Regionen des Landes.

Föderative Pläne propagiert auch der 1994 entstandene Mischrehionalnyj Blok Reform (Interregionaler Block für Reformen, MBR), der als Hauptkraft für die Wahl von Leonid Kutschma zum Staatspräsidenten im Sommer 1994 auftrat. Neben der Unterstützung des Regionalismus setzt sich der MBR für Gleichberechtigung in den Nationalitätenfragen ein und propagiert die Dezentralisierung der Staatsmacht. Desgleichen verlangt der Block, die Wirtschaftsreformen zu beschleunigen und das Unternehmertum zu fördern.

7. Linke Mitte

Auf dem linken Flügel der politischen Mitte befand sich zunächst die Partija Demokratytschnoho Widrodschenja Ukrainy (Partei der Demokratischen Wiedergeburt der Ukraine, PDWU). Sie entstand aus der revisionistischen Bewegung innerhalb der Kommunistischen Partei während der "Perestroijka", genauer: aus der damaligen oppositionellen Bewegung "Demokratische Plattform". In der ersten Phase ihrer Entwicklung seit dem Herbst 1991 plädierte sie für ein föderatives System. Später ist sie von diesem Plan abgegangen. Sie unterstützte einerseits radikale Wirtschaftsreformen, verlangte aber zugleich den sozialen Schutz und Garantien für die Sicherung eines Minimaleinkommens. Einen gewichtigen Raum im Programm der PDWU nahmen die Bürger- und Menschenrechte ein[18].

Links von der PDWU hat sich seit 1993 der Trudowyj Konhres Ukrainy (Kongreß der Werktätigen der Ukraine, TKU) angesiedelt. Unter der Leitung des einstigen Sekretärs der Jungkommunisten, Anatolij Matwijenko, entwickelte diese Partei ein Programm der gemischten Form des Eigentums. Sie trat zwar für die Privatisierung ein, propagierte aber gleichzeitig ein System der staatlichen Interventionen und der Umverteilung des Eigentums innerhalb der Belegschaften in den betreffenden Betrieben. In ihrem Programm fand man Elemente des "Solidarismus" ohne Bezug darauf, daß dies zu den Ele-

18 *Ukraina bahatopartijna - prohramni dokumenty nowych partij*, Kiew 1991.

menten der Wirtschaftspolitik im Portugal Salazars und Franco-Spaniens gehörte[19]. Matwijenko hat im Februar 1996 den Zusammenschluß mehrerer Parteien und Verbände der linken Mitte herbeigeführt. Die Aktion verfolgte das Ziel, die Mitte durch die Vereinigung gleich- oder ähnlich gesinnter Gruppen zu einer neuen Partei mit sozialdemokratischer und linksliberaler Orientierung zu stärken. Danach wurde am 23./24. Februar 1996 in Kiew eine Volksdemokratische Partei (Narodno-Demokratytschna Partija, NDP) gebildet. Sie setzt sich aus den bisherigen Parteien und Vereinigungen (wie PDWU, TKU, "Neue Ukraine") und aus der Lemberger Gruppe "Neue Welle" zusammen[20].

Eine besondere Rolle spielt innerhalb dieses Spektrums die "Partei der Grünen". Sie ging aus der bereits 1988 ins Leben gerufenen und später stark verbreiteten ökologischen Bewegung "Grüne Welt" hervor und wurde 1991 unter der Leitung des Schriftstellers und Arztes Jurij Schtscherbak, der als erster die Katastrophe von Tschernobyl beschrieb, als Partija Zelenych Ukrainy (Partei der Grünen der Ukraine, PZU) konstituiert. Der Übergang von einer ökologischen Bewegung zu einer politischen Partei wurde damit begründet, daß die bisherigen Erfahrungen in Westeuropa gezeigt hätten, daß Einflußnahme auf die Umweltpolitik nur durch den Einzug in die Parlamente gewährleistet sei. In ihrem ersten Programm betonten die ukrainischen Grünen, eine linke demokratische Orientierung zu vertreten. Sie distanzierten sich aber gleichzeitig von sozialistischen und sozialdemokratischen Tendenzen im Westen, weil diese den veralteten Standpunkt vom wirtschaftlichen Wachstum befürworten würden. Die PZU fordert Verzicht auf atomare Energie, Stillegung der bestehenden Kernkraftwerke und die Umwandlung der Ukraine in eine atomfreie Zone. Zu den Postulaten der Grünen gehört die Ablehnung umweltfeindlicher ausländischer Investitionen. Eine besondere Rolle spielt in ihrer Politik die Frage der staatlichen Hilfe für die Opfer der Tschernobyl-Katastrophe und der medizinischen Betreuung der durch die radioaktive Bestrahlung erkrankten Kinder.

Ferner gibt es noch einige Splitterparteien wie die "Ukrainische Partei der Bierliebhaber" (nach tschechischem Muster) oder die "Partei der slawischen Einheit". Sie haben keinen Einfluß auf das politische Geschehen des Landes.

Einige regionale Parteien gibt es auf der Halbinsel Krim. Die wichtigsten sind die "Partei der wirtschaftlichen Wiedergeburt der Krim", die "Russische Partei der Krim" und die "Republikanische Partei der Krim". Sie vertreten die Interessen der russischen Siedler. Die ukrainischen Parteien haben ihre

19 Anatolij Matwijenko, My ne prohrajemo nastupni wybory, in: *Holos Ukrainy,* 120/ 1995, Kiew.

20 Wladimir Kacman, Mjestu w centre izmjenitj njelsja, in: *Zerkalo Nedjeli*, 5/1996, Kiew; W politytschnych partijach i ruchach, in: *Wysokyi Zamok*, 29.2.1996, Lemberg.

Filialen auf der Halbinsel, die dortigen Kommunisten hingegen treten als regionaler Verband auf. Krim-Tataren sind überparteilich in einer traditionellen Landsmannschaft organisiert[21].

8. Parteien der Linken

Die 1991 aufgelöste Komunistytschna Partija Ukrainy (Kommunistische Partei der Ukraine, KPU) hat sich 1993 wieder konstituiert und wurde am 5. Oktober 1993 amtlich registriert. In ihrem neuen Programm vertritt die KPU den Standpunkt, daß sie die Eigenstaatlichkeit der Ukraine und die Interessen des Volkes repräsentiere. Zugleich erklärt sie, daß die Unabhängigkeit und der Wohlstand des ukrainischen Staates nur in einem engen Bündnis mit den gleichberechtigten Brudervölkern möglich seien. Die KPU befürwortet die "Erneuerung auf den grundsätzlich veränderten Prinzipien der brüderlichen Union der unabhängigen Länder, die sich im Rahmen der früheren UdSSR gebildet haben". Sie verspricht die Rettung des Landes durch den Kampf gegen die Restaurierung des Kapitalismus, ferner gegen die Privatisierung des "Volkseigentums", das von "mehreren Generationen der Sowjetmenschen" geschaffen wurde. Andererseits akzeptiert die KPU verschiedene Formen des Eigentums unter der Voraussetzung, daß keine Ausbeutung der fremden Arbeit erfolgt und der kollektive Besitz der Boden- und Naturschätze, Wälder und Wasserkraft unangetastet bleibt. Die KPU verlangt einen Stop der begonnenen Privatisierung, die Einführung einer engen Zusammenarbeit mit Rußland und anderen GUS-Staaten, die Beschleunigung der Integration mit diesen Ländern und Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Sie befürwortet das Recht auf Arbeit, Erholungs- und Altersfürsorge aus öffentlichen Mitteln und die allgemeine kostenlose Grundschulausbildung. Ferner fordert sie die Einführung der Zweisprachigkeit, d.h. die Gleichstellung des Russischen mit dem Ukrainischen im Sinne von zwei gleichberechtigten Staatssprachen. Neuerdings bekämpft die KPU die Reformen des Präsidenten Leonid Kutschma als eine "volksfeindliche antinationale Politik" und betrachtet sie als "Unterwerfung unter das internationale Kapital"[22].

Weniger Einfluß hat der ebenfalls 1993 zugelassene Sojuz Komunistiw Ukrainy (Bund der Kommunisten der Ukraine, SKU). Sein Programm ähnelt

21 Erst Ende August 1995 wurde eine politische Partei der Krim-Tataren - "Adelet" (Gerechtigkeit) - gegründet.

22 Petro Symonenko, Perschyj sekretar CK Kompartıi Ukrainy: Prawdy ne spotworyty, in: *Holos Ukrainy*, 39/1995, Kiew.

dem der KPU, ist aber in sozialen Fragen radikaler. Einen ähnlichen Standpunkt vertritt auch die Front Trudjaschtsych Ukrainy (Front der Werktätigen der Ukraine, FTU). Die im Februar 1993 registrierte Partei stellte sich die ambitiöse Aufgabe, die Vertretung aller linken Kräfte zu werden. Sie warb auch für eine umfangreiche Integrationspolitik mit den früheren Republiken der UdSSR. Ihr Einfluß ist kaum nennenswert. Bedeutungslos ist auch der "Bund der Stalinisten".

Zum linken Spektrum gehört auch die Socjalistytschna Partija Ukrainy (Sozialistische Partei der Ukraine, SPU). Sie rangiert rechts von den Kommunisten, bekennt sich aber zum Marxismus. In ihrem Programm verkündet sie die Grundsätze der "sozialistischen Gesellschaft". Sie tritt ferner für das Rätesystem ein, in dem sie die Hauptgrundlage für eine wahre Demokratie und Teilnahme der Bürger an der Selbstverwaltung sieht. Die SPU verlangt bei den Reformen die soziale Absicherung der Arbeitnehmer. Sie tritt auch für staatliche Interventionen nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern auch in der Kulturpolitik ein. Die "antihumanen Werte der bürgerlichen Massenkultur" lehnt sie ab.

1993 veröffentlichte die SPU zur Überwindung der ökonomischen und sozialen Krise das ad-hoc-Programm "Zur Rettung der Ukraine vor dem Schicksal einer Bananenrepublik". Darin schlug sie eine Reihe von Maßnahmen vor: ein dreijähriges Moratorium bei der Privatisierung des Staatseigentums, Überprüfung des bereits privatisierten staatlichen und kommunalen Eigentums zur Feststellung von Korruption, Kontrolle der Quellen bei privater Bereicherung der Bürger mit Rückwirkung auf die letzten zwei, drei Jahre, Schaffung eines wirksamen Kontrollsystems in allen Fragen der Reformierung des Eigentums.

Neuerdings interpretieren die SPU-Theoretiker ihr Programm dahingehend, daß die Partei verschiedene Formen des Eigentums akzeptiert und für die Überwindung der Entfremdung der Arbeiterschaft von der Verwaltung und bei der Umverteilung des Nationaleinkommens plädiert. Sie befürwortet die staatliche Koordinierung der marktwirtschaftlichen Beziehungen und läßt bis zu einem gewissen Grade die Einführung des Privateigentums in der Industrie zu. Das alte zentralistische, bürokratische Staatssystem nach dem Vorbild der UdSSR habe sich überlebt. Die SPU trete für einen "demokratischen Sozialismus" und für die internationale Zusammenarbeit auf paritätischer Basis und auf der Grundlage der Neutralität ein. Davon ausgehend, ist auf Initiative der SPU Anfang Juni 1995 in Kiew eine internationale Organi-

sation der sozialistischen Parteien aus den GUS-Staaten gegründet worden. Sie trägt den Namen "Euro-asiatischer sozialistischer Kongreß"[23].

Gewissermaßen auf dem rechten Flügel des linken Spektrums befindet sich die Selanska Partija Ukrainy (Bauernpartei der Ukraine, SelPU). Rein formell tritt die SelPU für Pluralismus und für Privatisierung der Wirtschaft ein. In Wirklichkeit versucht sie die kollektive Basis der Landwirtschaft zu retten. In ihrem Programm propagiert die Bauernpartei die Modernisierung des bestehenden landwirtschaftlichen Systems. Sie gibt sich als Fürsprecherin der Interessen des Bauerntums aus und schlägt ein detailliertes Programm zur Verbesserung der Lage des Dorfes und der ländlichen Bevölkerung vor[24].

9. Nationalradikale Rechtsparteien

Ideologisch stammen die nationalradikalen Parteien von der alten Organisation der ukrainischen Nationalisten (OUN) ab. Die meisten von ihnen bekennen sich auch zu dieser politischen Genealogie. Andererseits sind die früheren Trennungslinien und Gegensätze geblieben. Versuche, die alten Vorurteile und Rivalitäten zu überwinden, sind gescheitert. Der Differenzierungsprozeß hat sich durch neue Interessenkonflikte vertieft und zur weiteren Zersplitterung des rechten Spektrums geführt. Beherrschend bleibt dabei die aus dem Zweiten Weltkrieg herrührende Spaltung der OUN zwischen der Bandera-Gruppe und der Melnyk-Richtung. Ihre führenden Exponenten wechselten inzwischen das Tätigkeitsfeld vom Exil im Westen in die ukrainische Heimat und vereinigten sich dort mit ihren Anhängern, die die Zeit der Verfolgung überlebt haben[25].

Die Bandera-Gruppe hat sich einen neuen Namen gegeben: Konhres Ukrainskych Nacjonalistiw (Kongreß der Ukrainischen Nationalisten,

23 My zdatni pidniaty Ukrainu z kolin - z wystupu O. Moroza po ukrainskomu telebatscheniju, in: *Towarysch,* 17/1994, Kiew; W poschukach optymalnych rischenj - tscherhowoho zasidannia Poliwykonkomu SPU, in: *Towarysch,* 27/1995, Kiew; Sozdan Ewroazijskij Socilistitscheskij Kongress, in: *Towarysch,* 23-24/1995, Kiew.

24 Kremen/Basowkin, *Politytschni partii Ukrainy* (Anm. 6)

25 Grundsätzliche Bemerkungen und Analysen zum Problem der nationalistischen Bewegungen und Parteien sind in folgenden Aufsätzen zu finden: Wolodomyr Kulyk, Totalitaryzm u tradyciji ta sutschasnosti Ukrainy, in: *Filosofska i socjolohitschna dumka,* 7-8/1993, Kiew; Petro Balej, Wid Doncowa i Stecka do Schuchewytacha, in *Politolohitschni tschytannia,* 2/1992, Kiew; Oleksij Tolpyho, Ukrainski ideolohii - Ukrainskyj ohladatsch, in: *Analitytschna haseta,* 2/1994, Kiew; Mykola Bilonis, Prawyj ekstremizm: pereschytok pered nowym startom?, in. *Wisti z Ukrainy,* 46/1994, Kiew.

KUN). Anfang 1993 wurde KUN amtlich registriert. Nach außen hin hat die Organisation einen Demokratisierungsprozeß durchgemacht. In Wirklichkeit aber hat sie ihre alte hierarchische Struktur mit dem "Führerprinzip" beibehalten. KUN huldigt einem nationalistisch-etatistischen Programm. Das eigene Staatswesen wird als "höchste politische Form der Organisierung der Nation und die ausschließliche Kraft zur Garantie der Souveränität auf dem nationalen Territorium" angebetet. Die Partei stellt sich die Aufgabe, "die Ordnung auf allen Stufen der Staatsmacht, die durch russisch-bolschewistische Okkupanten eingeführt wurde, mittels der wahren ukrainischen Ordnung zu ersetzen, die aus dem ukrainischen geistigen Fundus kommt und den nationalen Traditionen und Interessen entspricht. In allen neuen Strukturen der Staatsorgane müsse der wahre nationale Inhalt eingeführt werden." KUN schlägt die Einführung eines Staatssystems mit zwei Kammern vor, einer als Vertretung der politischen Parteien und der anderen als einer sozialpolitischen Einrichtung. Letzterer sollten Vertreter der "materiellen Produktion", geistiger Berufe und der Religionsgemeinschaften angehören. Die alte Parole "Die Ukraine den Ukrainern" wurde inzwischen durch die Losung ersetzt: "Die Ukraine für die Bürger aller Nationalitäten, die in der Ukraine leben."[26]

Die konkurrierende Melnyk-Gruppe nennt sich nach wie vor Organisation der Ukrainischen Nationalisten (OUN) und hat keine Umwandlung in eine politische Partei durchgemacht. Sie ließ sich inzwischen amtlich als Verein registrieren. Um Anhänger wirbt sie in ihren Presseorganen und zwar in der anspruchsvollen politischen Zeitschrift "Rozbudowa Derschawy" (Aufbau des Staates) und dem populären Wochenblatt "Ukrainske Slowo" (Ukrainisches Wort). Ein Appell des Vorsitzenden Plawluk an alle nationalistischen Gruppierungen um Verständigung blieb ohne Echo[27].

Als dritte Kraft ähnlicher Provenienz tritt - hauptsächlich in der Westukraine - die sogenannte heimatliche OUN auf. Sie besteht ausschließlich aus denjenigen Mitgliedern, die im Lande geblieben waren und von den sowjetischen Straf- und Polizeiorganen permanent verfolgt wurden. Sie beanspruchen eine Ausschließlichkeit im Sinne der Reinheit der Doktrin und der unerschütterlichen Treue zum Vaterland. Sie lehnen ihre Konkurrenten ab, weil diese durch die Flucht ins Ausland Verrat begangen hätten. Trotz anfänglicher Erfolge vermochte sich diese Gruppe der angeblich authentischen

26 VIII Nadzwytschajnyj WZ OUN, in. *Wyzwolnyj Schliach,* 2/1992, London; Konhres ukrainskych nacjonalistiw (KUN), in: *Politytschni partii Ukrainy* (Anm. 6).

27 Holowa Punu/Mykola Plawluk, Peremyrja misch usima nacjonalitytschnymy hrupamy, in: *Ukrainske Slowo,* 12 12.1993, Paris; Polkownyk Andrij Melnyk (w 30 - tu ritschnyciu smerti welykoi osobystosti), in: *Ukrainske Slowo,* 43/1994, Kiew.

OUN jedoch nicht durchzusetzen. Sie führt ein bescheidenes Sektiererdasein[28].

Gleichen Ursprungs ist die Partei Derschawna Samostijnist Ukrainy (Staatliche Selbständigkeit der Ukraine, DSU). Sie hat ebenfalls eine streng hierarchische Struktur, ähnelt programmatisch sowohl der KUN als auch der OUN, verfolgt aber einen drastischeren nationalistischen Kurs mit deutlichen faschistoiden Elementen. So heißt es im Programm der DSU, daß ethnisch Fremde nur dann Staatsbürger der Ukraine sein dürften, wenn sie keinerlei Aspirationen nachgingen, die gegen den ukrainischen Staat gerichtet sind. Sie müßten auch die ukrainische Sprache beherrschen. Die oberste Parole der DSU heißt "Ukrainischer Staat über alles"[29].

Ein Abkömmling desselben Stamms ist die nationalistische, rechtsextreme Ukrainska Nacjonalna Assambleja - Ukrainska Nacjonalna Samooborona (Ukrainische Nationale Versammlung - Ukrainische Nationale Selbstverteidigung, UNA-UNSO). Die UNA war ursprünglich eine rein politische Organisation. Durch die Entstehung der ihr unterstellten paramilitärischen Kämpferverbände UNSO hat sich ihr Charakter jedoch wesentlich verändert. Die Angehörigen der UNSO kämpften bisher als Freischärler zusammen mit Georgiern gegen die Abchasen und an der Seite der Tschetschenen gegen die Russen. Ihr Hauptprogramm besteht im kompromißlosen Kampf gegen jede Form des "russischen Imperialismus". Ursprünglich war die UNA-UNSO nur in der Westukraine vertreten. Inzwischen gewinnt sie durch populistische Parolen Zulauf unter den Arbeitern im Donez-Becken[30].

Faschistoide Elemente treten im Programm und in der Praxis der hauptsächlich in der Westukraine wirkenden Socjal-Nacjonalna Partija Ukrainy (Sozialnationale Partei der Ukraine, SNPU) auf. Sie wirbt mit nationalistischen und populistischen Parolen und hat einen gewissen Einfluß in den westukrainischen Gebieten[31].

Weniger radikal, aber dennoch nationalistisch gebärdet sich die Ukrainska Nacjonalna Konserwatywna Partija (Ukrainische Nationalkonservative Partei, UNKP). Sie tritt für nationale Ausschließlichkeit ein. Demnach sollte nur das "ukrainische autochthone Volk zur tragenden Kraft im unabhängigen

28 OUN w Ukraini - schistdesiat pjatj; uchwala Holownoho Prowodu, Orhanizaciji Ukrainskych Nacjonalistiw w Ukraini, in: *Neskorena Nacija,* 4/1994, Lemberg/Kiew.

29 Prohrama Wseukrajinskoho politytschnoho objednannia/Derschawna Samostijnistj Ukrainy, in: *Neskorena Nacija,* 20/1992, Kiew; Hryhorij Hrebeniuk, Pidstawy ukrajinskoji nacjokratii, in: *Neskorena Nacija,* 3/1994, Kiew.

30 Wystup D. Kortchynskoho, na XI sesji UNA, in: *Holos Nacji,* Nr. 2-3, 1995, Lemberg; Epocha UNSO, in: *Holos Nacji,* 12-13/1995, Lemberg.

31 Deputaty wid SNPU dowodiatj, schtscho chotcho i moschutj wyrischuwaty problemy ludej, in: *Socjal-Nacjonalist,* 6/1994, Lemberg.

Staatswesen" zugelassen werden. Der Einfluß der UNKP ist allerdings sehr gering.

Zum rechten Spektrum gehört schließlich die Ukrainska Konserwatywna Republikanska Partija (Ukrainische Konservative Republikanische Partei, UKRP). Sie entstand 1992 als eine Abspaltung der Republikanischen Partei und zwar auf Betreiben des Außenseiters Stepan Chmara. Ihr Einfluß ist fast ausschließlich auf die Westukraine beschränkt. Die UKRP tritt für eine "nationale Diktatur" ein. Sie fordert einen starken unitarischen Staat mit einer Regierung der "starken Hand"[32].

10. Parteien und Fraktionen im Parlament

Die Ukraine besitzt noch immer kein Parteiengesetz. Erst im Frühjahr 1995 wurde ein aus 36 Paragraphen bestehender Entwurf, das "Gesetz über die politischen Parteien in der Ukraine", im Parlament ausgearbeitet. Die Präambel verlautbart: "Jede politische Partei, die auf dem Territorium der Ukraine tätig ist, soll der Wiedergeburt und Entwicklung des ukrainischen Volkes, dem ukrainischen Staatswesen, der Formierung der Gesellschaft der freien Bürger, dem Schutz der Bürger und Menschenrechte und der Idee der öffentlichen Harmonie und des Ausgleichs der Interessen dienen." In § 2 wird der Begriff einer politischen Partei formuliert: Eine politische Partei ist eine auf freiwilligen und demokratischen Grundsätzen beruhende Organisation der Bürger. Ihr Hauptziel besteht darin, die Grundsätze der Teilnahme der Bürger an der Ausarbeitung und Formulierung der Staatspolitik und ihren Willen bei den Wahlen in die Organe der Staatsmacht, der regionalen Vertretungen und der Selbstverwaltung sowie bei der Vertiefung der politischen Kultur und der Einflußnahme auf die politische Tätigkeit des Parlaments und der Regierung durchzusetzen. Politische Parteien, Gruppen oder Zentralen, deren Sitz sich im Ausland befindet, dürfen nicht zugelassen werden. Verboten werden sollen politische Parteien, deren Zielsetzung oder Tätigkeit es ist, die konstitutionelle Ordnung, die demokratischen Grundlagen des Staates, die Souveränität und Integrität der Ukraine gewaltsam zu ändern. Dasselbe gilt, wenn sie gegen das Strafgesetz verstoßen. In den weiteren Bestimmungen des Entwurfs wird u.a. die Freiheit der Gedanken und Ansichten der Bürger garantiert. Keine Partei dürfe den Bürgern ihre Ideologie aufzwingen. Es gebe auch keinen Platz für eine offizielle Staatsideolo-

32 Kremen/Basowkin, *Politytschni partii Ukrainy* (Anm. 6).

gie. Jede politische Partei sei dem Grundgesetz, der Gesetzgebung und ihren Statuten verpflichtet, die amtlich registriert werden müßten. Alle politischen Parteien seien vor dem Gesetz gleich, und keine Partei dürfe staatliche Subventionen, besondere Privilegien, Immobilien und sonstige materielle Werte annehmen. Keine Partei dürfe ihre Mitglieder aus nationalen, rassistischen, geschlechtlichen, religiösen, sozialen oder anderen Gründen diskriminieren. Von der Parteizugehörigkeit werden Soldaten aller Ränge, Angehörige der Organe für Staatssicherheit und der Polizei, Richter, Staatsanwälte, Angehörige des Zolldienstes ausgeschlossen. Jede politische Partei kann ihre amtliche Registrierung verlieren, wenn sie im Laufe von vier Jahren an keinen Wahlen teilnimmt. Sie kann ferner dann aufgelöst werden, wenn die Anzahl der Mitglieder unter die minimale Registrierungsgrenze von 1.500 Personen fällt. Eine politische Partei kann nur vom Verfassungsgericht der Ukraine auf Antrag der Staatsanwaltschaft verboten werden[33].

Wann das Parteiengesetz verabschiedet wird und ob es bei diesem Entwurf bleibt, war vor den Sommmerferien des Parlaments 1996 völlig offen. Die Parteien führen ihr Dasein aufgrund des alten Versammlungsgesetzes vom 16. Juni 1992 und der zusätzlichen Verordnung des Ministerrates vom 26. Februar 1993. Grundlage für die Zulassung und amtliche Registrierung durch das Justizministerium sind die Vorlage der Parteistatuten und eine notariell bestätigte Anzahl der Gründungsmitglieder.

Bei den Parlamentswahlen 1994 erlitten die meisten demokratischen Parteien infolge der Tücken des Wahlgesetzes Niederlagen. Viele haben keine Abgeordneten mehr. Dadurch formiert sich eine außerparlamentarische Opposition, die jedoch keinen Einfluß auf die Verabschiedung der Gesetze ausüben kann.

Im Parlament selbst macht sich eine Neustrukturierung bemerkbar und zwar nicht nur nach dem Prinzip der Parteien, sondern nach Fraktionen. Parteipolitisch gebunden sind nur die Fraktionen der Kommunisten, Sozialisten, Agrarier und der "Ruch"-Bewegung. Die anderen können eher als Interessengemeinschaften bezeichnet werden.

Die Einteilung nach Fraktionen ist keineswegs konstant, sondern befindet sich in ständigem Wandel, weil feste parteipolitische Abgrenzungen fehlen. Für die Exekutive, d.h. für den Staatspräsidenten und die Regierung entstehen dadurch erhebliche Schwierigkeiten. Das zeigt sich besonders bei der Verabschiedung von Gesetzen. Oft treten auch unvorhergesehene Konflikte auf. So kam es mehrfach zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Präsidenten und der Werchowna Rada (Parlament) über die Ausarbeitung und Verabschiedung einer neuen Verfassung. Dieser Gegensatz dominierte in

33 Information aus dem Sekretariat des Parlaments.

den Jahren 1994-1996 das politische Leben der Ukraine. Mit der Annahme des Grundgesetzes nach der "historischen" 23stündigen Sitzung am 28. Juni 1996 wurde er vorerst beigelegt.

Der Verfassungskonflikt hat auch die Fluktuation innerhalb der Fraktionen maßgeblich beeinflußt. Gab es zu Anfang der neuen Legislaturperiode neun Fraktionen, so hat sich ihre Anzahl seit 1994 bis zum Sommer 1996 auf bis zu 13 vergrößert. Die mit 87 Abgeordneten stärkste Fraktion ist die der Kommunisten. Alle anderen Fraktionen bleiben im Durchschnitt unter der Grenze von 30 Sitzen. Als ein Minimum für die Bildung einer Fraktion sind 25 Abgeordnete vorgeschrieben. Die nach den Kommunisten stärkste Fraktion, die der "Reformer", weist 31 Mitglieder auf. Die "Ruch"-Fraktion hat 29 Abgeordnete. Gleich stark sind die Fraktion "Staatlichkeit" (Derschawnistj) und die Gruppe der "Fraktionslosen", zu der einige Minister, zwölf Nationalisten und mehrere Abtrünnige gehören, die aus Protest ihre bisherigen Fraktionen verlassen haben. Die Fraktionen "Zentrum" (Centr) und "Einheit" (Jednistj) haben jeweils 28 Abgeordnete, die Sozialisten 27 Sitze und drei Gruppierungen - "Soziale Marktwirtschaft" (Socjalno-rynkowyj wybir), "Unabhängige" (Nezaleschni) und "Interregionale" - je 26 Mitglieder. Es folgen die Fraktion der Bauernpartei (Frakcija Selanskoji Partii Ukrainy) und die Gruppe der "Agrarier-Reformisten" (Ahrarnyki za reformy) mit je 25 Abgeordneten[34].

Nach wie vor ist dieser Prozeß noch im Fluß und wird wohl bis zu den Neuwahlen der Werchowna Rada noch so manche Überraschungen bringen. Im Verlauf der Auseinandersetzungen um das neue Grundgesetz haben bereits zwei prominente Persönlichkeiten aus der Sozialistischen Partei, Natalja Witrenko und Wolodymyr Martschenko, ihre Fraktion verlassen. Eine Krise brach auch in der Fraktion "Staatlichkeit" aus, als vier bekannte Politiker wegen angeblicher Gefährdung der patriotischen Linie ihren Austritt erklärten. Um das notwendige Minimum sicherzustellen, sprang ihr die "Ruch"-Fraktion bei und "lieh" ihr einige Mitglieder. Unklar bleiben ferner die internen Machtverhältnisse innerhalb der kommunistischen Fraktion; zum einen bildete dort ein Dutzend Abgeordnete eine orthodoxe Gruppe, zum anderen folgten nicht alle Mitglieder dem Ruf des Fraktionsvorsitzenden und KP-Führers Symonenko nach Parteidisziplin und Ablehnung des Grundgesetzes: Mindestens 25 kommunistische Abgeordnete stimmten für die Verfassung. Das bisherige Bild von der Stärke der Parteien und Fraktionen im ukrainischen Parlament wird sich auch deshalb ändern, weil nach den Bestimmungen des neuen Grundgesetzes vom 28. Juni 1996 eine Koppelung des Abgeordnetensitzes mit der Bekleidung einer Funktion in der Staatsexekutive nicht erlaubt ist. Die kommenden Verschiebungen und Neuorientie-

34 Konstantin Malejew/Danylo Janewskyj, Politytschna arena Ukrainy, in: *Filosofska i socjolohitschna dumka*, 5-6/1994, Kiew; Chto je chto w parlamenti Ukrainy, in: *Ukrainska Hazeta*, 29.5 1996, Kiew.

rungen zwischen den Fraktionen werden sicherlich auch Einfluß auf die Gestaltung der politischen Parteien und dadurch auch auf die künftigen Wahlen haben.

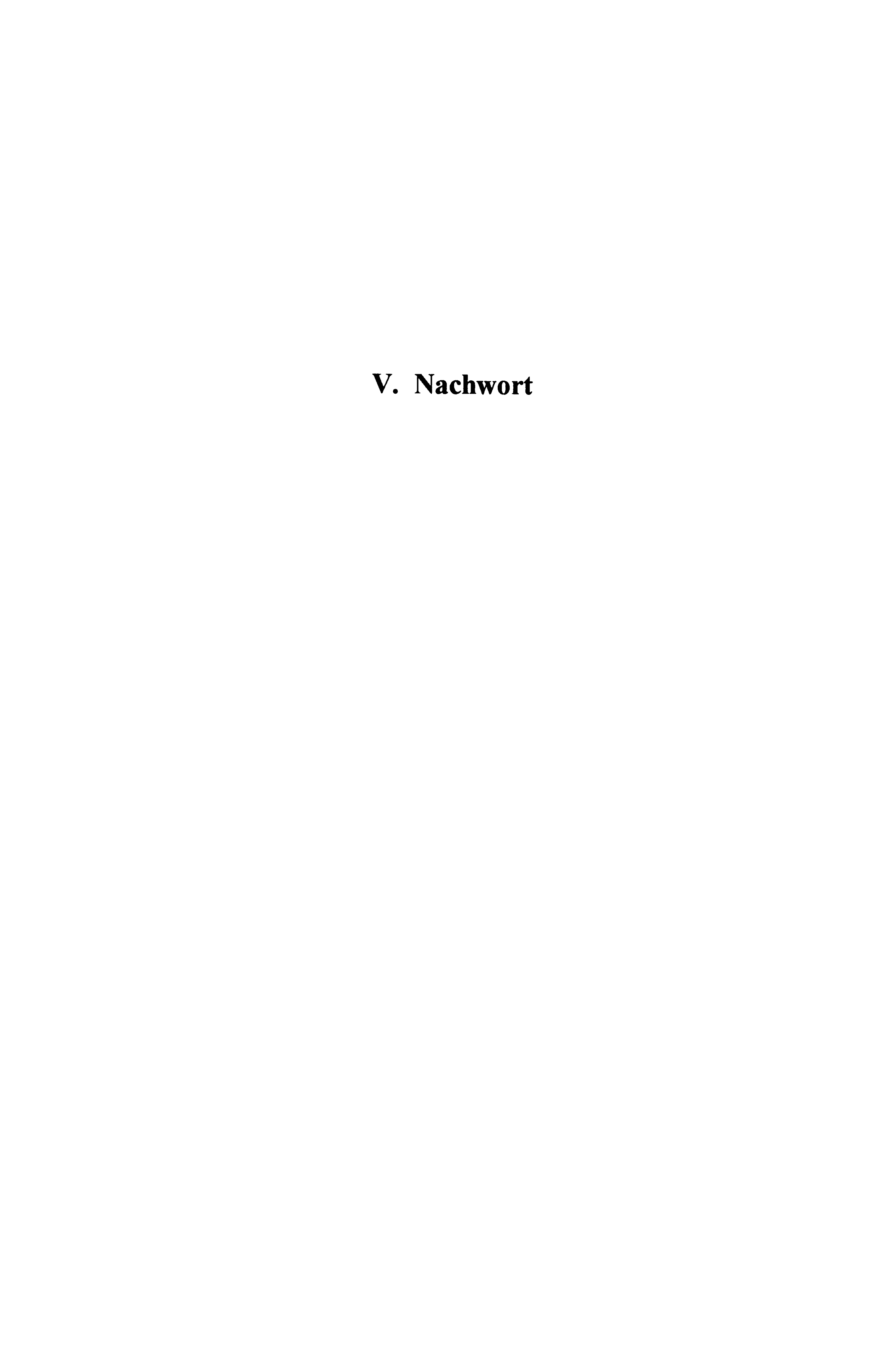
Manuskript abgeschlossen im Juli 1996.

Verzeichnis der Parteien

AAF	Antykomunistytschno-Antyimperskyj Front (Antikommunistisch-Antiimperialistische Front)
CDPU	Ukrainska Chrystyjansko-Demokratytschna Partija (Christlich-Demokratische Partei der Ukraine)
DPU	Demokratytschna Partija Ukrainy (Demokratische Partei der Ukraine)
DSU	Derschawna Samostijnist Ukrainy (Staatliche Selbständigkeit der Ukraine)
FTU	Front Trudjaschtsych Ukrainy (Front der Werktätigen der Ukraine)
HKU	Hromadjanskyj Konhres Ukrainy (Kongreß der Bürger der Ukraine)
KDPU	Konstytucijno-Demokratytschna Partija Ukrainy (Konstitutionell-Demokratische Partei der Ukraine)
KNDS	Konhres Nacjonalno-Demokratytschnych Syl (Kongreß der Nationaldemokratischen Kräfte)
KPU	Komunistytschna Partija Ukrainy (Kommunistische Partei der Ukraine)
KPZU	Komunistytschna Partija Zachidnioji Ukrainy (Kommunistische Partei der Westukraine)
KUN	Konhres Ukrainskych Nacjonalistiw (Kongreß der Ukrainischen Nationalisten)
LDPU	Liberalno-Demokratytschna Partija Ukrainy (Liberaldemokratische Partei der Ukraine)
LKI	Liberalno-Konserwatywna Partija (Liberalkonservative Partei)
LPU	Liberalna Partija Ukrainy (Liberale Partei der Ukraine)
MBR	Mischrehionalnyj Blok Reform (Interregionaler Block für Reformen)
NDP	Narodno-Demokratytschna Partija (Volksdemokratische Partei)

NPU	Narodna Partija Ukrainy (Volkspartei der Ukraine)
NU	Objednanja Nowa Ukraijina (Vereinigung Neue Ukraine)
OSDPU	Objednanja Socjal-Demokratytschna Partija Ukrainy (Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Ukraine)
OUN	Orhanisacija Ukrainskych Nacjonalistiw (Organisation der Ukrainischen Nationalisten)
PDWU	Partija Demokratytschnoho Widrodschenja Ukrainy (Partei der Demokratischen Wiedergeburt der Ukraine)
PP	Partija Praci (Partei der Arbeit)
PWSU	Partija Wilnych Seljan Ukrainy (Partei der Freien Bauern der Ukraine)
PZU	Partija Zelenych Ukrainy (Partei der Grünen der Ukraine)
RUP	Rewoljucijna Ukrainska Partija (Revolutionäre Ukrainische Partei)
SDPU	Socjal-Demokratytschna Partija Ukrainy (Sozialdemokratische Partei der Ukraine)
SelPU	Selanska Partija Ukrainy (Bauernpartei der Ukraine)
Selrob	Selansko-Robitnytsche Objednanja (Vereinigung der Bauern und Arbeiter)
SKU	Sojuz Komunistiw Ukrainy (Bund der Kommunisten der Ukraine)
SNPU	Socjal-Nacjonalna Partija Ukrainy (Sozialnationale Partei der Ukraine)
SPU	Socjalistytschna Partija Ukrainy (Sozialistische Partei der Ukraine)
TKU	Trudowyj Konhres Ukrainy (Kongreß der Werktätigen der Ukraine)
UKNP	Ukrainska Katolyzka Narodna Partija (Ukrainische Katholische Volkspartei)
UKRP	Ukrainska Konserwatywna Republikanska Partija (Ukrainische Konservative Republikanische Partei)
UNA	Ukrainska Nacjonalna Assambleja (Ukrainische Nationale Union)
UNA-UNSO	Ukrainska Nacjonalna Assambleja - Ukrainska Nacjonalna Samooborona (Ukrainische Nationale Versammlung - Ukrainische Nationale Selbstverteidigung)
UNDO	Ukrainske Nacjonalno-Demokratytschne Objednanja (Ukrainische Nationaldemokratische Vereinigung)
UNDP	Ukrainska Narodno-Demokratytschna Partija (Ukrainische Volksdemokratische Partei)

UNKP	Ukrainska Nacjonalna Konserwatywna Partija (Ukrainische Nationalkonservative Partei)
UNSO	Ukrainska Nacjonalna Samooborona (Ukrainischer Nationaler Selbstschutz)
UPS	Ukrainska Partija Sprawedlywosti (Ukrainische Partei der Gerechtigkeit)
UPSR	Ukrainska Partija Sozialistiw Rewoluzioneriw (Ukrainische Partei der Sozialistischen Revolutionäre)
URDP	Ukrainska Revolucijno-Demokratytschna Partija (Ukrainische Revolutionär-Demokratische Partei)
URP	Ukrainska Respublikanska Partija (Ukrainische Republikanische Partei)
USDP	Ukrainska Socjal-Demokratytschna Partija (Ukrainische Sozialdemokratische Partei)
USDP	Ukrainska Seljanska Demokratytschna Partija (Ukrainische Demokratische Bauernpartei)
USDRP	Ukrainska Socjal-Demokratytschna Robitnytscha Partija (Ukrainische Sozialdemokratische Arbeiterpartei)
UWO	Ukrainska Wijskowa Orhanisacija (Ukrainische Militär-Organisation)
WRU	Wsenarodnyj Ruch Ukrainy (Gesamtnationale Bewegung der Ukraine)



V. Nachwort

Richard Stöss/Dieter Segert

Entstehung, Struktur und Entwicklung von Parteiensystemen in Osteuropa nach 1989 - Eine Bilanz

1. Vorbemerkung

Im Unterschied zur Zeit zwischen den beiden Weltkriegen hatten sich bis Ende der achtziger Jahre in Osteuropa[1] günstige Bedingungen für den Übergang von staatssozialistischen zu demokratisch-kapitalistischen Systemen herausgebildet. Die vormalige Hegemonialmacht Sowjetunion war infolge interner Krisen nicht mehr in der Lage, ihr Interesse an der Aufrechterhaltung einer regionalen Vormachtstellung politisch durchzusetzen; zudem war sie selbst auf dem Weg der politischen Liberalisierung sehr weit vorangeschritten. Sie leistete in der Ära Gorbatschow dem Systemwandel in Osteuropa - gewollt oder ungewollt - sogar Vorschub. In den westeuropäischen Staaten hatten sich inzwischen - ebenfalls anders als in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts - uneingeschränkt demokratische Ordnungen fest etabliert. Die Westbindung, die die meisten politischen Lager im postkommunistischen Osteuropa anstreben, bedeutet daher eine wichtige Antriebskraft, um auf dem Weg der Demokratisierung und der ökonomischen Liberalisierung voranzuschreiten.

Der Wandel der Systeme in Osteuropa wurde durch externe Faktoren begünstigt, nicht aber verursacht. Er war unausweichlich, weil sich der Sozialismus, so wie er praktiziert wurde, als außerstande erwies, Produktion und Reproduktion funktional, bedürfnisgerecht, demokratisch und human zu gestalten. Innerhalb einer sehr kurzen Zeitspanne vollzogen sich in Osteuropa revolutionäre Veränderungen, die von Oppositionsgruppen im Schoß der kollabierenden Systeme vorbereitet wurden. Damals begann die Inkubationszeit wettbewerbsorientierter Parteien, die sich später als wichtige Instanzen im Transitionsprozeß erweisen sollten. Zunächst artikulierten sie abweichende,

1 Unter Osteuropa verstehen wir hier den europäischen Teil des ehemaligen sowjetischen Einflußbereichs im allgemeinen und die neun in diesem Band behandelten Länder im besonderen.

alternative politische Ziele und Werte und wurden so zu "Mitteln des Regimewechsels. (...) Parteien nahmen während der 'anti-totalitären Revolution' die Rolle des institutionalisierten Partners in der Abwicklung der zusammenbrechenden kommunistischen Regime wahr"[2], gestalteten dann pragmatisch die Reformpolitik und sorgten für den notwendigen sozialen Konsens. Erneut bestätigte sich die Erfahrung, daß die Entstehung und Entwicklung moderner Massendemokratien mit der Geschichte politischer Parteien zusammenfällt.

Die osteuropäischen Gesellschaften sind allerdings noch weit davon entfernt, parteienstaatlichen Charakter im Sinne der westlichen Demokratien anzunehmen:

"Sie sind noch keine Institutionen, in denen Bürger sich an der Politik beteiligen können, haben keine oder nur eine schwache soziale Basis, ihre Rolle als Institution der Interessenartikulation und -aggregation ist unterentwickelt, falls sie überhaupt vorhanden ist, ihre Haltung zum Parlamentarismus ist häufig vage, und von der Akzeptanz demokratischer Verfahren und Prozeduren kann oft keine Rede sein Parteien können in ihrer gegenwärtigen Verfassung am ehesten als politische Organisationskerne neuer und alter Eliten auf der Suche nach Wählern und einer sozialen Basis begriffen werden Die Mehrzahl der neuen Parteien entstand aus intellektuellen Substrukturen und 'schwebt' mangels einer halbwegs homogenen Basis und [wegen] der Distanz der Bürger gegenüber den Parteien gleichsam über der Gesellschaft Der ungarische Politologe Mihály Bihari hat das auf den Begriff gebracht. 'schwebendes Parteiensystem' "[3]

In der Literatur wird sogar oft die Auffassung vertreten, daß es in Osteuropa eigentlich kaum "echte" Parteien gäbe, daß wir es dort vielmehr mit Proto-, Pseudo- oder gar "Sofa"- bzw. "Taxiparteien" zu tun hätten. Klingemann hebt dagegen unter Berufung auf die Minimaldefinition der Partei bei Sartori hervor, "daß es seit den ersten Wahlen auch in Osteuropa 'richtige' politische Parteien gibt"[4]. Nebenbei bemerkt, finden sich auch in den westlichen Demokratien kleine, elitäre und sozial schwach verankerte, aber dennoch einflußreiche Parteien, und es mangelt auch nicht an Parteien, deren programmatisches Profil unscharf ist. Und nicht selten wird den Parteien auch hierzulande pauschal vorgeworfen, sie hätten sich längst von der "Willensbildung des Volkes in einer Weise abgekoppelt, daß ihre demokratische Funkti-

2 Gerhard Mangott, Parteienbildung und Parteiensysteme in Ost-Mitteleuropa im Vergleich, in: Peter Gerlich/Fritz Plasser/Peter A Ulram (Hrsg), *Regimewechsel. Demokratisierung und politische Kultur in Ost-Mitteleuropa,* Wien 1992, S 99-127, hier S 102, 105

3 Gert-Joachim Glaeßner, *Demokratie nach dem Ende des Kommunismus*, Opladen 1994, S. 252. Vgl. auch Dieter Segert/Csilla Machos, *Parteien in Osteuropa - Kontext und Akteure*, Opladen 1995, S. 15, 233ff.

4 Hans-Dieter Klingemann, Die Entstehung wettbewerbsorientierter Parteiensysteme in Osteuropa, in: Wolfgang Zapf/Meinolf Dierkes (Hrsg.), *Institutionenvergleich und Institutionendynamik*, Berlin 1994 (WZB-Jahrbuch), S. 13-38, Zit. S. 14 Bei Sartori (*Parties and Party Systems*, Cambridge 1976, S 64) heißt es: "A party is any political group identified by an official label that presents at elections, and is capable of placing through elections, candidates for public office "

on, wenn nicht gefährdet, so in der verschiedensten Weise problematisiert erscheint"[5]. Aber derartige Parallelen zwischen westeuropäischen und osteuropäischen Parteiensystemen sind epiphänomenaler Natur. Tatsächlich unterscheiden sich die Entstehungs- und Existenzbedingungen der Systeme im Westen und Osten unseres Kontinents fundamental. Die der osteuropäischen Parteiensysteme erschließen sich daher nur bedingt durch einen Vergleich mit den enstprechenden Verhältnissen im Westen[6]. Aussichtsreicher erscheint uns ihre Analyse im Kontext des (historisch einzigartigen) Systemwechsels in Osteuropa.

2. Die osteuropäischen Parteiensysteme in den verschiedenen Etappen des Systemwechsels

Bei der systematischen und zugleich vergleichenden Analyse der Systemwechsel in Osteuropa orientieren wir uns an der bekannten - akteursorientierten - Transitionsschule um O'Donnell, Schmitter und Whitehead[7], die drei Etappen eines erfolgreichen Übergangs von nichtdemokratischen (totalitären oder autoritären) zu demokratischen politischen Systemen unterscheiden.

- Liberalisierung,
- Demokratisierung,
- Konsolidierung der demokratischen Institutionen.

Die Transitionsprozesse unterscheiden sich vor allem hinsichtlich des Beginns der Liberalisierung, der Art des Systemwechsels und des Grads der erreichten Konsolidierung der Demokratie. In den hier behandelten Ländern vollzog sich der Systemwechsel wie folgt[8]:

5 Wilhelm Hennis, Überdehnt und abgekoppelt. An den Grenzen des Parteienstaates, in. Christian Graf von Krockow (Hrsg), *Brauchen wir ein neues Parteiensystem?*, Frankfurt a M 1983, S 28-46, Zit. S 30.

6 So auch Attila Ágh, The Hungarian Party System and Party Theory in the Transition of Central Europe, in: *Journal of Theoretical Politics*, 6 Jg. (1994), H 2, S. 217-238.

7 Guillermo O'Donnell/Phillipe C. Schmitter/Lawrence Whitehead (Hrsg.), *Transitions from Authoritarian Rule. Prospects for Democracy*, Baltimore 1986. Vgl. auch die Beiträge in Klaus v Beyme/Claus Offe (Hrsg.), *Politische Theorien in der Ära der Transformation*, PVS-Sonderheft 26, Opladen 1995, Wolfgang Merkel (Hrsg.), *Systemwechsel 1. Theorien, Ansatze und Konzepte der Transitionsforschung*, 2 Aufl., Opladen 1996

8 Typologie nach: Klaus von Beyme, *Systemwechsel in Osteuropa*, Frankfurt a M 1994, S. 94ff , Glaeßner, *Demokratie* (Anm. 3), S 214; Wolfgang Merkel, Institutionalisierung und Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa, in ders /Eberhard Sandschneider/Dieter Segert (Hrsg), *Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie*, Opladen 1996, S 73-112, hier S. 84

- Ausgehandelte Transition zwischen kommunistischer Elite und Systemopposition: Polen, Ungarn
- Von oben gelenkter Wandel: Albanien, Bulgarien, Rumänien, [Rußland], [Ukraine]
- Kollaps des alten Regimes: [Rumänien], Tschechoslowakei
- Zerfall und/oder Neugründung von Staaten: Rußland, Slowakei, Tschechien, Ukraine

Die Phase der *Liberalisierung* begann mit der Entstehung nichtkommunistischer politischer Akteure[9]. Dabei handelte es sich in der Regel nicht - auch nicht im eigenen Selbstverständnis - um politische Parteien, sondern um Gewerkschaften (herausragendes Beispiel ist die polnische "Solidarität"), Bürgerinitiativen (wie die "Charta '77" in der Tschechoslowakei oder die bulgarische "Ökoglasnost") und andere Gruppen mit zivilgesellschaftlicher Orientierung. Mit Ausnahme Polens rekrutierten sich diese Akteure aus der intellektuellen Elite, häufig waren es Künstler und Geisteswissenschaftler, die nach Jahrzehnten der Unfreiheit die unterdrückten gesellschaftlichen Interessen artikulierten. Nach ihrem Selbstverständnis ging es anfangs weniger darum, die politische Macht zu erobern, sondern eher um die Schaffung von Öffentlichkeit und die Rückgewinnung der individuellen Freiheiten[10].

Der Prozeß der Liberalisierung setzte in Osteuropa zu unterschiedlichen Zeitpunkten ein. Polen war bereits seit 1956 - mit Ausnahme der Staatsorganisation - begrenzt pluralistisch strukturiert. In den siebziger Jahren entstanden die ersten politischen Organisationskerne, die noch heute präsent sind, die Konföderation Unabhängiges Polen (KPN) und die Vorläufer der intellektuellen Beratergruppen der Gewerkschaft "Solidarität". In Ungarn exi-

9 Auf die besondere Bedeutung von Institutionen und Eliten kann hier nicht eingegangen werden. Vgl. Ellen Bos, Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen, in: Merkel, *Systemwechsel 1* (Anm. 7), S. 81-109.

10 Siehe etwa das Programm einer "Anti-Politik" oder Havels Konzept eines "Lebens in Wahrheit", des Ausbruchs aus der völligen Unterordnung aller gesellschaftlichen Bereiche einschließlich des Privatlebens unter die Diktatur. Vgl. György Konrád, *Antipolitik. Mitteleuropäische Meditiationen*, Frankfurt a. M. 1985, Václav Havel, *Versuch in der Wahrheit zu leben*, Hamburg 1990.

stierten seit den siebziger Jahren ebenfalls Gruppen, die sich um eine "zweite Öffentlichkeit" bemühten. Aus ihnen gingen in den späten achtziger Jahren vor allem die beiden liberalen Parteien (SZDSZ, FIDESZ) hervor. In der Tschechoslowakei setzte die Liberalisierung später ein, ihr Beginn fällt fast mit dem Anfang der Demokratisierung (im November 1989) zusammen. Zuvor bestand freilich ein Übergangsstadium, in dem die lange Zeit isolierten Initiativen marginalisierter Intellektueller (Charta '77) auf wachsenden gesellschaftlichen Widerhall trafen. Dieses Übergangsstadium begann in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre (insbesondere im Jahr 1988 entstanden viele neue Organisationskerne der späteren Parteien). Auch in Bulgarien und in der Ukraine bildeten sich gegen Ende der achtziger Jahre, noch vor Einsetzen des von Reformkommunisten initiierten Liberalisierungsprozesses, erste Bürgerinitiativen. In diesen Ländern wurde die Öffnung der Gesellschaft durch die Vorgänge in der Hegemonialpartei der Region, der KPdSU, begünstigt, in der seit März 1985 Reformkommunisten um den neuen Generalsekretär Gorbatschow versuchten, das sozialistische Programm der Partei zu erneuern und (gleichzeitig) ihre schwindende politische Macht wiederherzustellen. Der Liberalisierungsprozeß in der Sowjetunion zeitigte selbst dort Wirkungen, wo die Elite der nationalen Staatspartei bewußt gegensteuerte, wie beispielsweise in Rumänien (einzige "blutige" Revolution in Osteuropa).

Im Verlauf des Liberalisierungsprozesses entstanden aber nicht nur neue Organisationskerne zukünftiger Parteien innerhalb der oppositionellen Intelligenz, auch die vorsozialistische Geschichte dieser Länder erfuhr eine Renaissance. Teilweise wurden die 1947/48 aufgelösten bzw. verbotenen nichtkommunistischen Parteien wiederbegründet. Einige ihrer jüngeren Führer von damals waren noch am Leben und kehrten nach 1989 aus der westlichen Emigration zurück. Sie konnten sich oft auf Mitgliedergruppen stützen, die in einigen Staaten als Blockparteien überlebt hatten (besonders auffällig ist das bei der Polnischen Volks- bzw. Bauern-Partei, PSL). Insgesamt war das "Kontinuitätsmodell" für die Entwicklung jedoch nicht prägend[11]. Vielmehr bildeten sich im Prozeß des Systemwechsels neue Parteiensysteme heraus.

Der *Demokratisierungsprozeß* setzte im wesentlichen 1989 ein. In Polen und Ungarn wurde er zunächst durch Reformer in der Staatspartei selbst vorangetrieben, die hofften, sich einen Teil der eigenen Macht bewahren oder hinüberretten zu können. Diese Hoffnung sollte sich allerdings in den ersten freien (oder halbfreien) Wahlen als trügerisch erweisen. In den anderen osteuropäischen Staaten begann er im Herbst 1989 bzw. im Winter 1989/90. In der Sowjetunion wurde der Demokratisierungsprozeß durch die Bildung neuer Nationalstaaten überlagert, so daß der eigentliche Durchbruch zur De-

11 Beyme, *Systemwechsel* (Anm. 8), S. 283ff.

mokratisierung (ähnlich wie in der Ukraine) erst 1991/92 erfolgte. Als besonders wichtig für die Entstehung demokratischer Parteiensysteme erwiesen sich in allen Ländern die ersten Wahlen, in deren Vorfeld sich politische Parteien bildeten. Je nachdem, wielange sich die verschiedenen Gesellschaften bereits in einer Differenzierungsphase befunden hatten, wieweit sie sich also schon vor Beginn der offenen Krise der alten Macht vom "klassischen" Typ der staatssozialistischen Herrschaft entfernt hatten, entwickelten sich in einzelnen Ländern bereits im Umfeld der ersten Wahlen stabile postkommunistische Parteiensysteme (vor allem in Ungarn). Überwiegend handelte es sich dabei allerdings noch um Akteure, die sich im Übergangsstadium von offenen Bewegungen zu parteiförmigen Bündnissen befanden[12]. Den von Teilen der alten staatssozialistischen Elite gebildeten Parteien standen in diesen Fällen einheitliche politische Oppositionsbewegungen gegenüber, die in Ostmitteleuropa in der Regel zur vorherrschenden politischen Kraft in dieser Phase des Systemwechsels wurden. Die Konfliktlinie zwischen Antikommunismus und Kommunismus dominierte, andere Spaltungslinien waren (noch) nicht deutlich ausgeprägt. Die Gründungswahlen waren zumeist antikommunistische Plebiszite. Erst zwischen ersten und zweiten Wahlen verloren diese Bewegungen in einer Reihe von Ländern ihre hegemoniale Stellung, teilweise zerfielen sie, und es bildeten sich aus ihnen heraus neue Parteien (so etwa in den tschechischen und slowakischen Teilrepubliken, aber auch in Polen).

Überall dort, wo die Differenzierung der Gesellschaft im Spätsozialismus wenig fortgeschritten war, blieb die Lagerbildung bestehen. Den mit der alten (wenn auch reformierten) Elite verbundenen Kräften standen diverse antikommunistische Gruppierungen gegenüber - selbst noch nach den zweiten freien Wahlen (Rumänien, Bulgarien, Albanien). In diesen Ländern scheinen die Gründungswahlen, die normalerweise für lange Zeit die Machtverhältnisse und die Auseinandersetzungen in der politischen Arena prägten, keinen nachhaltigen Einfluß ausgeübt zu haben. Der Zerfall des "Oppositionslagers" stand erst noch bevor, die im Prozeß des Systemwechsels und der weiteren gesellschaftlichen Modernisierung auch hier zu erwartenden Spaltungslinien waren noch nicht bestimmend. Allerdings entstanden überall Parteien, die sich - stellt man gewisse Bedenken zurück - den aus Westeuropa bekannten Programmfamilien zuordnen lassen: sozialistische bzw. sozialdemokratische, liberale, konservative, christliche, nationalistische, bäuerliche und ethnische Parteien. Lediglich die ökologischen Parteien konnten kaum parlamentarische Erfolge erzielen. Aber auch die Zuordnung der Parteien zu

12 Vgl. hierzu Helmut Fehr, Soziale Bewegungen im Übergang zu politischen Parteien in Ost-Mitteleuropa: Polen, die Tschechische Republik, Slowakei und Ungarn, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 6 Jg. (1993), H 2, S. 25-40

Programmfamilien ist nicht stabil. Teilweise haben die Parteien ihr endgültiges programmatisches Profil noch nicht gefunden, teilweise ist der Prozeß der Abspaltung und Umbildung noch nicht zum Abschluß gekommen.

Tabelle 1: Wahljahre demokratischer Parlamentswahlen in Osteuropa nach 1989

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Albanien		x	x				x
Bulgarien	x	x			x		
Polen		x		x			
Rumänien	x		x				(x)
Rußland				x		x	
Slowakei	x		x		x		
Tschechien	x		x				x
Ukraine					x		
Ungarn	x				x		

(x) Wahlen geplant.

Eine baldige *Konsolidierung*[13] der demokratischen Institutionen[14] ist nur in einigen der hier untersuchten Ländern zu erwarten. Denn die gesellschaftlichen Umverteilungsprozesse infolge der ökonomischen Transition gleichen weithin Negativsummenspielen, die zu massenhaftem sozialem Abstieg, großer Armut und Perspektivlosigkeit führen. Erschwerend kommt hinzu, daß sich die Rechts-Links-Differenzierung der politischen Akteure weniger entlang materieller Interessen- bzw. sozialer Lagen, sondern eher entlang politisch-kultureller Spaltungslinien vollzieht und stark ideologisch geprägt ist. Zudem polarisieren in einigen Ländern ethnische Konflikte das politische Spektrum. Die friedliche Trennung und die Staatsneubildung im Falle der

13 Zum Konsolidierungsbegriff vgl. Wolfgang Merkel, Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften, in: v. Beyme/Offe, *Politische Theorien* (Anm 7), S. 30-58. Merkel schlägt in Anlehnung an Linz und Stepan ein Modell aus vier Ebenen vor institutionelle Konsolidierung (zentrale Verfassungsorgane), repräsentative Konsolidierung (Parteien, Verbände), Verhaltenskonsolidierung (Interessendurchsetzung im Rahmen der Verfassungsordnung) und schließlich Konsolidierung der *civic culture*, der demokratischen politischen Kultur.

14 Zum Zusammenhang von Demokratisierung, Institutionalisierung und Konsolidierung vgl. auch Friedbert W. Rub, Die Herausbildung politischer Institutionen in Demokratisierungsprozessen, in: Merkel, *Systemwechsel 1* (Anm. 7), S. 111-137; ders., Zur Funktion und Bedeutung politischer Institutionen in Systemwechselprozessen. Eine vergleichende Betrachtung, in: Merkel u a , *Systemwechsel 2* (Anm. 8), S. 37-72

Tschechoslowakei 1992 stellt eher einen Ausnahmefall dar, wie der Zerfall Jugoslawiens ab 1990 und einiger Staaten an der Peripherie der früheren Sowjetunion (Moldawa, Georgien, Aserbaidschan u.a.) belegen. Auch in Rußland ist der Neubildungsprozeß des Nationalstaates noch nicht abgeschlossen, so daß ein Ende der Demokratisierungsphase und eine Konsolidierung der Mehrparteiendemokratie nicht in Sicht sind.

Ein relativer Abschluß der Demokratisierungsphase und eine erfolgreiche Konsolidierung lassen sich für jene Länder konstatieren, in denen ein ausdifferenziertes (aber nicht zu stark polarisiertes) Parteiensystem entstanden ist und der erste allgemein akzeptierte Wechsel von Regierung und Opposition nach dem Machtverlust der Staatspartei stattgefunden hat. Das scheint für Polen (1993) und für Ungarn (1994) zuzutreffen. In der Tschechischen Republik hat sich ebenfalls ein differenziertes Mehrparteiensystem herausgebildet, das über eine stabile politische Mitte verfügt. Die Spaltung der politischen Kräfte nach dem Antikommunismus/Kommunismus-Cleavage ist in diesem Land auch deshalb nicht mehr entscheidendend, weil sich auf der linken Seite des Parteienspektrums neben dem Nachfolger der alten Staatspartei eine starke demokratische Linkspartei, die Tschechische Sozialdemokratie, entfalten konnte. In der Slowakischen Republik dagegen, dem anderen Kernstaat Ostmitteleuropas, ist die Demokratisierungsphase noch nicht abgeschlossen. Die Kräfteverhältnisse zwischen den politischen Parteien sind hier noch nicht konsolidiert, wie sich bei den vorgezogenen (den dritten) Wahlen im September 1994 zeigte. Der wirtschaftliche Systemwechsel ist kaum vorangeschritten, der ethnische Konflikt zwischen slowakischer Mehrheit und ungarischer Minderheit noch nicht dauerhaft geregelt. Indes sind auch einige günstige Bedingungen für eine mögliche Stabilisierung der demokratischen Institutionen gegeben. Dazu gehört unter anderem ein internationales Umfeld, das eher dämpfend als konfliktverschärfend auf die ethnischen Spannungen einwirkt.

3. Strukturmerkmale der Parteiensysteme in Osteuropa

Während in der Literatur bei der Beschreibung der Entwicklungstendenzen und -abschnitte der osteuropäischen Parteiensysteme im Systemwechsel keine gravierenden Dissonanzen auftreten, bestehen hinsichtlich der theoretisch-systematischen Deutung der Entstehungs-, Existenz- und Erfolgsbedingungen von Parteien(systemen) recht unterschiedliche Auffassungen. Es werden verschiedene, miteinander konkurrierende, Modelle angeboten, die zwar zu-

meist auf der Folie der Entwicklung westlicher Demokratien konstruiert wurden, jedoch in empirischen Analysen über Systemwechsel in Osteuropa überprüft worden sind. Parteiensysteme werden erklärt:

- erstens durch vordemokratische, im Modernisierungsprozeß der Gesellschaften entstehende Konfliktlinien[15],
- zweitens durch unterschiedliche Interessenlagen, politische Ziele und Wertorientierungen im Prozeß des Systemwechsels[16],
- drittens aus institutionellen Weichenstellungen im Gefolge des Systemwechsels (wie etwa der Verfassungsgesetzgebung zu den Institutionen und zur Willensbildung des politischen Systems oder des Parteien- und Wahlrechts[17]).

Es wird - viertens - allerdings auch die Position vertreten, daß es überhaupt kein allgemeingültiges Deutungsmuster der Parteienentwicklung und erst recht keinen einheitlichen Parteiensystemtyp geben kann, sondern nur verschiedene wissenschaftliche Erklärungsansätze[18]. In jeweils unterschiedlichem Maße verbänden oder überlagerten sich nämlich in den einzelnen Län-

15 Siehe z.B. die folgenden Arbeiten: v. Beyme, *Systemwechsel* (Anm. 8), S. 286ff.; András Körösényi, Revival of the Past or New Beginning? The Nature of the Post-Communist Politics, in: András Bozóki/András Körösényi/George Schöpflin (Hrsg.), *Post-Communist Transition. Emerging Pluralism in Hungary*, London 1992, S. 111 ff.; Gyorgy Márkus, Parties, Camps and Cleavages in Hungary, in: Michael Waller/ Bruno Coppieters/Kris Deschouwer (Hrsg.), *Social Democracy in a Post-Communist Europe*, London 1994, S. 154ff.

16 Siehe Herbert Kitschelt, The Formation of Party Systems in East-Central Europe, in: *Politics & Society*, 20. Jg. (1992), H. 1, S 2-50; ders., *Party Systems in East-Central Europe: Consolidation or Fluidity?*, Paper prepared for the 1994 Annual Meeting of the APSA, Ulf Lindström, East European Social Democracy: Reborn to be Rejected, in: Lauri Karvonen/Jan Sundberg (Hrsg.), *Social Democracy in Transition*, Aldershot 1991, S. 269-301.

17 Siehe Stefanie Babst, Wahlen in Ungarn, der CSFR und Polen: Erschweren Wahlgesetze die Regierbarkeit?, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 23. Jg. (1992), H. 1, S 69-83. In wichtigen Punkten - wenn auch nicht ausschließlich - institutionell argumentieren: Jan A. Dellenbrant/Sten Berglund, The Evolution of Party Systems in Eastern Europe, in. *The Journal of Communist Studies*, 8. Jg. (1992), H. 1, S. 148ff Man könnte in einem weiten Sinne wohl auch die Erklärung von Karl und Schmitter über die Ursachen der Konsolidierung und des Auseinanderbrechens von multiethnischen Staaten im Transitionsprozeß einer institutionellen Argumentationsweise zurechnen: Terry Karl/Phillipe C. Schmitter, Modes of Transition in Latin America, Southern Europe and Eastern Europe, in: *International Social Science Journal* 128, 43. Jg. (1991), S. 269-284.

18 Geoffrey Evans/Stephen Whitefield, Identifying the Bases of Party Competition in Eastern Europe, in: *British Journal of Political Science*, 23. Jg. (1993), H. 4, S. 521-548, heben drei Modelle hervor: Parteiensysteme könnten auf stabilen sozioökonomischen Cleavages, auf ethnischen Konfliktlinien oder auf Issue-Konflikten basieren.- Sie polemisieren in diesem Zusammenhang besonders gegen Kitschelt (S. 535ff.), der die sozioökonomischen Interessenlagen bei der Modellierung postkommunistischer Parteiensysteme hervorhebt. In einer 1994 veröffentlichten Arbeit hat Kitschelt seine Position von 1992 allerdings relativiert. Vgl. Kitschelt, Formation (Anm. 16); ders., *Party Systems* (Anm. 16).

dern sozioökonomische, politische und ethnisch-kulturelle Konfliktlinien. Erstere seien besonders in den Gesellschaften prägend, in denen schon vor 1989 ein hohes wirtschaftliches Entwicklungsniveau existiert habe, letztere vornehmlich in Ländern mit einem nur geringen wirtschaftlichen Entwicklungsniveau und ethnisch inhomogener Bevölkerung. Dies träfe auf viele Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu.

Auch den Herausgebern des vorliegenden Bandes erscheint es sinnvoll, angesichts des gegebenen Erkenntnisstandes und der noch nicht abgeschlossenen Demokratisierung in Osteuropa die Interpretationskraft verschiedener Ansätze für die Analyse des osteuropäischen Parteiwesens zu nutzen.

3.1. Allgemeine Determinanten

Weisen Struktur und Entwicklung der hier untersuchten Parteiensysteme in Osteuropa auch erhebliche Unterschiede auf, so lassen sich doch einige übereinstimmende Charakteristika nennen, die alle Systeme prägen:

- Alle Systemwechsel nach 1989 stellten "fundamentale sozialökonomische Umbrüche"[19] dar, die sich allerdings (mit Ausnahme Rumäniens) überwiegend friedlich und unblutig vollzogen. "Alle Transitionen sind in gewisser Weise verhandelt"[20], woraus sich ein Spannungsverhältnis zwischen Kontinuität und Bruch, Traditionalismus und Modernisierung, alten und neuen Eliten ergibt.
- Die neuen Eliten waren durch die Revolutionen von 1989 zumeist überrascht worden und somit weithin überfordert. Es bestand ein erheblicher Mangel an kohäsivem, qualifiziertem und populärem Führungspersonal[21], der insbesondere die demokratische Opposition politisch stark benachteiligte.
- Die osteuropäischen Demokratien sind zumeist Elite- oder gar "Vormundschaftsdemokratien". Der Systemwechsel wurde in den Führungsetagen der Politik vorbereitet und durchgeführt. Das Volk legitimierte lediglich die politischen Eliten, im Ausnahmefall (Rußland, Rumänien) auch die politischen Spielregeln (Verfassungen).

19 Glaeßner, *Demokratie* (Anm. 3), S. 140.
20 Ebd., S. 164.
21 Mangott, Parteienbildung (Anm. 2), S 100.

- Die Partizipationsbereitschaft der Bevölkerung hält sich - nach den Erfahrungen mit der Zwangsbeteiligung (bzw. der übermäßigen Politisierung des gesellschaftlichen Lebens) im Staatssozialismus verständlicherweise - in engen Grenzen. Vordringlich in der Problemhierarchie der Bevölkerung sind die "bread-and-butter"-Fragen.
- In diesem Zusammenhang steht auch die geringe Bindung (Parteiidentifikation) der Bevölkerung an die Parteien sowie die erhebliche Parteiverdrossenheit in den osteuropäischen Gesellschaften[22].
- Der Prozeß der Herausbildung eines intermediären Systems, das die Vermittlung von Gesellschaft und Staat leistet, vollzieht sich eher schleppend. Die Kommunikation zwischen politischen Eliten und Bürgern erfolgt primär durch die Medien und erst zu einem kleinen Teil innerhalb eines entfalteten Institutionengefüges. Dabei ist der Verbändesektor noch schwächer ausgeprägt als das Parteiwesen, das wiederum nur in Ausnahmefällen über eine "Verbandsfärbung" verfügt.

3.2. Institutionelle Weichenstellungen

Zwei Gruppen von institutionellen Rahmenbedingungen sind zu unterscheiden: das Regierungssystem und die rechtlichen Bedingungen der Parteientätigkeit (Wahl- und Parteienrecht, einschließlich Parteienfinanzierung).

Die Entwicklung der Parteien und ihre Rolle im politischen System hängen stark davon ab, welche Grundentscheidungen in den Verfassungen der neuen Staaten über die Kompetenzen des Parlaments getroffen wurden. Prinzipiell haben wir es mit zwei Modellen zu tun: einem präsidentiellen (Rußland, Ukraine) oder einem parlamentarischen Regierungssystem (Albanien, Bulgarien, Slowakei, Tschechien, Ungarn). Beide treten indes kaum jemals in ihrer reinen Form auf. Einige Autoren nennen noch einen dritten Typ, eine Mischform gewissermaßen: das semipräsidentielle Regierungssystem (Polen, Rumänien)[23]. Ihm wird eine bedeutende Funktion im osteuropäischen Sy-

22 Dafür finden sich viele Belege in diesem Band Vgl. auch Gerlich/Plasser/Ulram, *Regimewechsel* (Anm 2); Matthew Wyman/Stephen White/Bill Miller/Paul Heywood, The Place of "Party" in Post-Communist Europe, in *Party Politics*, 1. Jg. (1995), H 4, S. 535-548; Richard Rose, Mobilizing Demobilized Voters in Post-Communist Societies, in: ebd., S 549-563

23 Merkel (Institutionalisierung, Anm 8, S. 78) unterscheidet präsidentielle Regierungssysteme (kein Beispiel in Osteuropa), präsidentiell-parlamentarische Regierungssysteme (Rußland, Ukraine), parlamentarisch-präsidentielle Regierungssysteme (Polen,

stemwechsel bescheinigt[24]. Grundsätzlich stärken parlamentarische Regierungssysteme die Stellung von politischen Parteien (bestes Beispiel dafür sind die ungarische und die tschechische Entwicklung), präsidentielle Systeme reduzieren dagegen ihren Stellenwert - am deutlichsten in der Ukraine, in Rußland und in Rumänien nach 1992. In diesen Fällen verfügt der Präsident über keine stabile Mehrheit im Parlament, übt aber aufgrund seiner starken verfassungsrechtlichen Kompetenzen den entscheidenden Einfluß auf die Regierungsbildung aus. Die starke Stellung des Präsidenten gewährleistet in Rumänien eine stabilere Regierung als in Bulgarien, obwohl in Rumänien seit den Wahlen 1992 ungünstigere sozioökonomische Rahmenbedingungen herrschen als im Nachbarland.

Semipräsidentielle Institutionenarrangements scheinen unter den gegenwärtigen postkommunistischen Bedingungen eher einen stabilisierenden Einfluß auf die Regierungstätigkeit auszuüben, jedenfalls solange Personen das Amt des Präsidenten bekleiden, die nicht zusätzlich polarisierend wirken. In Polen (semipräsidentieller Typ) zeigt sich allerdings auch, daß ein Präsident mit starken Machtambitionen instabile politische Mehrheitsverhältnisse noch erheblich komplizieren kann. Wałęsa versuchte zudem mehrfach, seine politische Position durch die Bildung ihm loyal gesonnener Parteien zu stärken. Dies scheiterte allerdings beide Male daran, daß die von ihm initiierten Parteien (PC, BBWR) keine politischen Mehrheiten bilden konnten.

Daß das Wahlrecht einen Einfluß auf die Struktur und Entwicklung von (demokratischen) Parteiensystemen ausübt, ist auch für Osteuropa nachweisbar[25]. Die sehr unterschiedlichen Parteiensysteme lassen sich, was die Anzahl der Parteien oder den Grad ihrer Polarisierung angeht, schon deshalb nicht nach Wahlsystemen unterscheiden, weil sie in Osteuropa sehr ähnlich sind. Meist wird nach Subtypen der Verhältniswahl gewählt (nur drei der hier behandelten Länder stimmen auf der Grundlage des Mehrheitswahlrechts ab), wobei unterschiedliche Sperrklauseln (zwischen drei und zehn Prozent) gelten.

Nach Kasapoviç und Nohlen[26] gelten in den Ländern folgende Wahlsystemtypen (Stand 1995):

Rumänien) und parlamentarische Regierungssysteme (Albanien, Bulgarien, Slowakei, Tschechien, Ungarn).

24 Friedbert W. Rüb, Schach dem Parlament! - Über semi-präsidentielle Regierungssysteme in einigen postkommunistischen Gesellschaften, in: *Leviathan*, 22 Jg (1994), H. 2, S 260-292

25 Vgl. z B. Babst, Wahlen (Anm. 17).

26 Mirjana Kasapoviç/Dieter Nohlen, Wahlsysteme und Systemwechsel in Osteuropa, in. Merkel u.a., *Systemwechsel 2* (Anm 8), S. 213-259, hier S. 215.

- Absolute Mehrheitswahl: Ukraine
- Grabensystem[27]: Albanien, Rußland
- Verhältniswahl im Mehrpersonenwahlkreis: Bulgarien, Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechien
- Kompensatorisches Wahlsystem[28]: Ungarn

Die ersten beiden Typen ordnen die Verfasser der Mehrheitswahl, die beiden anderen der Verhältniswahl zu, das Grabensystem und das kompensatorische System bezeichnen sie als "kombinierte Wahlsysteme". Sie analysieren dann die Beziehungsmuster zwischen der Art des Systemwechsels und der Entscheidung für ein spezifisches Wahlsystem, wobei auch die Vorgründungswahlen miteinbezogen werden:

- Bei ausgehandelten Transitionen stelle das Wahlrecht einen Kompromiß zwischen alten und neuen Eliten dar. Während erstere zumeist im Interesse ihrer Machterhaltung die Mehrheitswahl befürworteten, drängten letztere auf Proporzsysteme, um eine optimale Repräsentation der Vielfalt von Interessen und politischen Überzeugungen zu gewährleisten. Bei diesem Modell des Systemwechsels komme es daher entweder zu Verhältniswahlsystemen oder zu kombinierten Wahlsystemen.
- Wird der Systemwechsel von den alten Eliten gesteuert, sei anfänglich eine Präferenz für Mehrheitswahlsysteme feststellbar. Mit fortschreitendem gesellschaftlich-politischem Wandel und der Differenzierung der staatssozialistischen politischen Führungsgruppen verlören diese ihr Interesse am Majoritätsprinzip.
- Im Fall kollabierender Regime sei eine Tendenz zu Verhältniswahlsystemen zu beobachten.

"Die generelle Tendenz in der Wahlsystempraxis Osteuropas", so Kasapoviç und Nohlen abschließend, "weist bisher in Richtung Verhältniswahl. Eine Rückkehr zur Mehrheitswahl scheint unwahrscheinlich. Das Grabensystem

27 "Ein Teil des Parlaments wird nach dem Prinzip der Mehrheitswahl, der andere nach jenem der Verhältniswahl gewählt. Je nach dem Anteil der nach Majorz bzw. Proporz gewählten Abgeordneten neigt das Wahlsystem dazu, der Mehrheitswahl oder der Verhältniswahl anzugehören." (ebd., S. 216)

28 Ähnlich wie das Grabensystem. Bei der Vergabe der Mandate nach dem Verhältnisprinzip werden allerdings die nach dem Mehrheitsprinzip vergebenen Mandate berücksichtigt und die entsprechenden Stimmen nicht mehr gezählt

fungierte häufig als Übergangsform von der Mehrheits- zur Verhältniswahl."[29]

Einflüsse des Wahlrechts lassen sich vor allem dann aufzeigen, wenn - wie in Polen bei den Wahlen zum Sejm 1989, 1991 und 1993 - nach jeweils unterschiedlichen Modi gewählt wird. Die Wahl 1989 war allerdings (wegen der Quotierung der Sitze für die Parteien aus der Zeit der Volksrepublik auf 65 Prozent) nur eine halbfreie Wahl. 1991 galt ein reines Verhältniswahlrecht, wodurch 29 Gruppierungen in den Sejm einzogen. 1993 war eine Fünf-Prozent-Hürde für Parteien und eine Acht-Prozent-Klausel für Wahlverbindungen festgelegt worden, was die Zahl der im Parlament vertretenen Parteien erheblich reduzierte (sechs, mit der deutschen Minderheit sieben). Dies hatte allerdings auch den Effekt, daß alle rechten Parteien des "Solidaritäts"-Lagers an der Sperrklausel scheiterten und damit ein Drittel der Wähler (abgesehen von der großen Gruppe der Nichtwähler) ohne parlamentarische Vertretung blieb. In der Slowakei verringerte die starke Anhebung der Sperrklausel zwischen den Wahlen 1990 und 1994 die Anzahl der Parlamentsparteien dagegen nicht Es blieb bei der ursprünglichen Zahl von sieben Parteien bzw. Koalitionen.

Das Wahlverfahren kann auch den Einfluß der Parteien insgesamt schwächen, wie beispielsweise in der Ukraine: Das aus 450 Abgeordneten bestehende Ein-Kammer-Parlament (Verchowna Rada) wird nach dem Majoritätsprinzip gewählt: Ein Kandidat ist dann erfolgreich, wenn in seinem Wahlkreis die Wahlbeteiligung über 50 Prozent liegt und er über 50 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen kann. Erfüllt im ersten Wahlgang kein Kandidat diese beiden Bedingungen, so erfolgt eine Stichwahl zwischen den beiden erfolgreichsten Kandidaten. Wenn auch in der Stichwahl die beiden Kriterien nicht erfüllt werden können, wiederholt sich der Vorgang, wobei sich auch neue Kandidaten bewerben können. Im ersten Wahlgang (27./28.3.1994) gelang es ganzen 49 Bewerbern, die beiden Hürden zu überwinden (das Parlament ist beschlußfähig, wenn wenigstens 301 Mandate besetzt sind). Bei den Stichwahlen im April wurden weitere 287 Sitze vergeben[30] Ende des Jahres waren immerhin schon 405 Plätze besetzt. Ein derartig stark personalisiertes Wahlverfahren ist kaum geeignet, eine Parteiendemokratie zu etablieren: Im Januar 1995 waren von 405 Abgeordneten 219 parteilos[31].

29 Ebd., S. 249
30 Vgl Sarah Birch, The Ukrainian Parliamentary and Presidential Elections of 1994, in *Electoral Studies*, 14 Jg. (1995), H. 1, S. 93-99, hier S. 96ff
31 Vgl. Alexander Ott, Die politischen Parteien in der Ukraine, *Berichte des BIOst*, 13/1995, S. 25.

Stärker noch als das Wahlrecht scheint das Parteien(finanzierungs)recht die Parteiensysteme Osteuropas zu prägen. Dazu liefern die Beiträge dieses Bandes viele Detailinformationen. Generell wirkt die finanzielle Bevorzugung der Parlamentsparteien stabilisierend auf sie. Allein schon die Abgeordnetendiäten sind für die Tätigkeit der Parteien und die Bildung einer stabilen politischen Klasse von größter Bedeutung. In einigen Ländern (z.B. Polen) werden die Wahlkampfkosten nur denjenigen Parteien erstattet, die parlamentarische Mandate erzielen. In anderen Ländern gelangen auch die Parteien in den Genuß staatlicher Alimentierung, die einen bestimmten Stimmenanteil auf sich vereinigen können (ein Prozent in Ungarn, drei Prozent in der Slowakei und Albanien), selbst dann, wenn sie an der Sperrklausel scheitern. In der tschechischen Republik wird auf der Grundlage von Stimmen- und Mandatsanteilen darüber hinaus jährlich eine gewisse Summe aus dem Staatshaushalt an die Parteien ausbezahlt. Für dic Stabilität der Parteien in Ungarn war sicherlich auch von Bedeutung, daß schon vor den ersten freien Parlamentswahlen eine staatliche Parteienfinanzierung (nach der Anzahl der eingeschriebenen Mitglieder) eingeführt wurde.

Ob die Parteien erfolgreich sind, hängt auch von den rechtlichen Voraussetzungen für ihre Gründung und für die Aufstellung der Kandidaten ab. In Rußland betrug das Quorum für Landeslisten 1993 100.000 Unterschriften. Von den 91 zugelassenen Parteien und Blöcken erfüllten schließlich ganze 13 diese Bedingung. In den anderen postkommunistischen Staaten waren die Teilnahmebedingungen für die ersten freien Wahlen zumeist weniger restriktiv. In Polen wurden beispielsweise pro Wahlkreis 5.000 Unterschriften gefordert. In der Slowakei mußte jede Partei 10.000 Mitglieder oder Unterstützer nachweisen.

3.3. Gesellschaftliche Konfliktlinien und Parteiensysteme

Als Klassiker des Cleavage-Konzepts gelten Lipset und Rokkan, die Parteien als "alliances in conflicts over policies and value commitments within the larger body politic"[32] bezeichnen. Die Existenzgrundlage von Parteien bilden mithin Konflikte über Werte und darauf gegründete politische Konzepte, die in allen Gesellschaften vorhanden sind. Parteiensysteme spiegeln die Konfliktstruktur einer Gesellschaft wider, Parteien übersetzen gesellschaftliche

32 Seymour Martin Lipset/Stein Rokkan, Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments, in dies. (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, New York 1967, S. 1-64.

Konflikte in Politik. Folgt man beiden Autoren, dann haben sich im Zuge von Reformation, demokratischer Revolution und industrieller Revolution nacheinander vier Konfliktlinien herausgebildet, die die westlichen Parteiensysteme von Beginn an prägen: Zentrum - Peripherie, Staat - Kirche, Stadt - Land, Arbeit - Kapital. Sie greifen ineinander und bilden je nach der historischen Entwicklung eines Landes spezifische soziale Konfliktkonstellationen. Diese haben sich nach Lipset und Rokkan bis spätestens in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts als wesentliche Strukturmerkmale aller westlichen Parteiensysteme verfestigt und sind dann mit der Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts eingefroren.

Ob und inwieweit sich dieses Konzept auf Osteuropa übertragen läßt, ist umstritten. Einerseits wird die These vertreten, daß die Entfaltung der von Lipset und Rokkan postulierten Cleavages durch die kommunistischen Regime in Osteuropa nur unterbrochen worden, während ihrer Entwicklung gewissermaßen "eingefroren" seien und sich nun vollenden könnten[33]. Andererseits wird darauf hingewiesen, daß die von Lipset und Rokkan formulierten Konvergenzen von sozioökonomischen und politischen Prozessen typisch für die Entstehung der westlichen Industriegesellschaften seien und daher nicht für eine angemessene Beurteilung der Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften taugten[34]. Bogdanor behauptet sogar, daß die postkommunistischen Cleavages mit den vorkommunistischen nichts mehr gemein hätten[35].

Da es sich in Osteuropa bereits um die zweite Demokratisierungswelle in diesem Jahrhundert handelt (mit Ausnahme vielleicht der Sowjetunion, wo die erste Welle sehr kurz ausfiel), lag es nahe, eine Renaissance der alten Konfliktlinien in den neuen Parteiensystemen zu erwarten[36]. Dies ist tatsächlich teilweise in einigen Ländern der Fall, in denen sich spezifische Cleavages der durch den Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft geprägten Zwischenkriegszeit erneut entfalteten. Das belegen die vorhandenen Bauernparteien und die christlichen Parteien. In Polen entstand beispielsweise die Volks- bzw. Bauernpartei neu (PSL), die früher (auch als Blockpartei) und heute die Interessen der Bauern gegenüber der Arbeiterschaft und den städtischen Mittelschichten vertrat bzw. vertritt. Neugegründet wurde zudem

33 Diese Variante der "Freezing-These" vertritt z.B. Michael G. Roskin, hier zit. nach Mangott, Parteienbildung (Anm. 2), S. 107, Anm. 28.

34 So z.B. Glaeßner, *Demokratie* (Anm. 3), S. 253ff.

35 Vernon Bogdanor, Founding Elections and Regime Change, in: *Electoral Studies*, 9. Jg. (1990), H. 4, S. 288-294.

36 Vgl. Dieter Segert, Ursprung und Wirkungsmöglichkeiten von "historischen Parteien" im osteuropäischen Transformationsprozeß, in: ders. (Hrsg.), *Konfliktregulierung durch Parteien und politische Stabilität in Ostmitteleuropa*, Frankfurt a. M. usw. 1994, S. 13-29.

eine Volks- [Bauern-]allianz (PL), die dem Lager der Opposition entstammt und der Integrationskraft ihrer Konkurrentin wenig entgegenzusetzen hat. In Ungarn repräsentiert die Kleinlandwirtepartei (FKGP) die dortigen Agrarinteressen. In Rumänien wurde die historische "Nationale Bauernpartei" als Nationale Christdemokratische Bauernpartei (PNŢCD) wiederbegründet; sie ist Teil des Oppositionsbündnisses "Demokratische Konvention". Auch in Bulgarien entstand eine Bauernpartei, die die Tradition des 1899 entstandenen Bulgarischen Bauernvolksbunds (BZNS) fortsetzt, der die sozialistische Ära als Blockpartei überlebt hat. Trotz häufiger Umgruppierungen in der Führung war die Bulgarische Bauernpartei (BZNS) in den Wahlen 1990 und 1994 (hier im Bündnis mit der BSP) erfolgreich. Die Agrarpartei Rußlands (APR) steht den dortigen Kommunisten nahe und bemüht sich, den "Agro-Industriellen-Komplex" zu repräsentieren. Auch die Bauernpartei der Ukraine (SelPU) ist bestrebt, das Kollektiveigentum in der Landwirtschaft zu schützen; sie ist - wie APR und BZNS - dem linken Spektrum zuzurechnen. Generell gilt freilich, daß der politische Einfluß der Bauernparteien heute wesentlich geringer ist als in der Zwischenkriegszeit. Das liegt an den Modernisierungsprozessen während der staatssozialistischen Ära, die in der Tschechoslowakei nach 1989 die Entstehung einer Agrarpartei sogar verhinderten. Polen ist mit seiner starken Einzelbauernschaft und ihrer Vertretung durch die eher konservative PSL wohl eher die Ausnahme.

Aber nicht nur der Stadt-Land-Gegensatz hat sich abgeschwächt, auch die Spannungen zwischen Kirche und laizistischem Staat sind geringer geworden, weil der Staatssozialismus die Verbreitung von Religionslosigkeit forcierte. Allerdings wirkt die Religions- und Kirchenzugehörigkeit nach wie vor partei- und sogar - wie in Polen 1993 - lagerbildend. So existieren in Tschechien, der Slowakei, in Ungarn, Rumänien und in der Ukraine Parteien, deren Mitglieder und Wähler sich von anderen Parteien durch ihr konfessionelles Bekenntnis unterscheiden. Die christlichen Parteien sind freilich stärker noch als vor 1945, oft sogar ausschließlich, in den älteren Bevölkerungsgruppen verwurzelt - so die ungarische Christlich-Demokratische Volkspartei (KDNP), die tschechische Christlich-Demokratische Union/ Tschechische Volkspartei (KDU/ČSL) und die slowakische Christlich-Demokratische Bewegung (KDH). Wenn nicht alles täuscht, wird sich ihr politischer Einfluß weiterhin vermindern.

Auch ethnischen Konflikten kommt heute nicht mehr die Bedeutung zu wie noch in der Zwischenkriegszeit. Darauf hat schon Wandycz hingewiesen[37]. Die Nachkriegsordnung der antifaschistischen Siegermächte hat die

37 Piotr S. Wandycz, *The Price of Freedom: A History of East Central Europe from the Middle Ages to the Present*, London/New York 1992, S. 270f.

ethnische Homogenität vieler osteuropäischer Gesellschaften deutlich erhöht. Das gilt vor allem für Polen, aber auch für die Tschechoslowakei. In beiden Ländern ist die deutsche Minderheit durch die gewaltsame Aussiedlung aus Polen, aus Böhmen und Mähren sowie durch Migration in den siebziger und achtziger Jahren mittlerweile fast völlig verschwunden. Dies gilt auch für Rumänien und - zunehmend - für Rußland. Die jüdische Bevölkerungsgruppe ist der deutschen Vernichtungspolitik während des Zweiten Weltkrieges nahezu vollständig zum Opfer gefallen. Heute ist mitunter noch ein Antisemitismus ohne Juden anzutreffen, aber heftige Spannungen zwischen der jüdischen Minderheit und den Angehörigen der Titularnation, wie sie zum Beispiel früher in Polen und Ungarn bestanden (und teilweise sogar zur Ausbildung dauerhafterer politischer Konfliktlinien geführt hatten), bestehen nicht mehr. Parteibildend wirken ethnische Konflikte in Osteuropa heute nur noch in Rumänien (einerseits in der Partei der magyarischen Ungarn, dem Demokratischen Magyarischen Verband Rumäniens, UDMR, andererseits in den rumänisch-nationalistischen Parteien des gegenwärtigen Regierungslagers, der Partei der Nationalen Rumänischen Einheit, PUNR, und der Partei Großrumänien, PRM), in Bulgarien (wo sich die türkische Bewegung für Rechte und Freiheiten der Türkischen Minderheit, DPS, und zumindest zeitweilig Teile der jetzigen Regierungspartei Bulgarische Sozialistische Partei, BSP, gegenüberstanden) sowie in der Slowakei (einerseits die Koalition der drei bzw. vier ungarischen Parteien, andererseits die Slowakische Nationalpartei, SNS, und die Bewegung für eine demokratische Slowakei, HZDS) In Albanien brachte es die griechische Minderheit bei den ersten beiden Wahlen mit ein bzw. drei Prozent der Stimmen zu einer kleinen parlamentarischen Vertretung. In keinem der Länder aber standen ethnische Spannungen bisher im Zentrum der politischen Auseinandersetzungen. Die einzige Ausnahme bildete die Tschechoslowakei zwischen 1990 und 1992, als sich die Spaltung des Landes vorbereitete. Aber auch dort war die an der Oberfläche ethnisch gefärbte Kontroverse untergründig eher eine Auseinandersetzung um den Weg zur Marktwirtschaft und um die Bewertung des untergegangenen staatssozialistischen Systems. Auch die Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen sind nur vordergründig durch einen ethnischen Konflikt belastet. Wegen der Zwangsaussiedlung der Deutschen nach 1945 handelt es sich dabei hauptsächlich um einen nationalen bzw. außenpolitischen Streit, der freilich in der letzten Zeit erheblich politisiert wurde. In Tschechien existiert darüber hinaus eine Partei, die ihren politischen Erfolg einer anderen ethnischen Konfliktlinie verdankt: die Republikaner (SPR/RSČ). Sie erzielten 1992 ihre höchsten Stimmenanteile in den Gebieten Nordböhmens, in denen der Anteil der Roma an der Bevölkerung überdurchschnittlich hoch ist. Auch die Bewegung für Demokratische Selbstverwaltung/Gesellschaft

für Mähren und Schlesien (HSD-SMS) hoffte, von einer ethnischen Konfliktlinie zu profitieren. Sie stellt allerdings eher eine Regionalpartei als eine ethnische Partei dar und erzielte bei der Wahl 1996 auch keine Mandate mehr.

In der Ukraine existiert ein möglicherweise brisanter nationaler Konflikt, der bislang allerdings von den Präsidenten Leonid Krawtschuk und Leonid Kutschma reguliert werden konnte: der zwischen Russen und Ukrainern, zwischen dem industrialisierten, russischsprachigen und prorussischen Osten und Süden und dem eher agrarischen und nationalistischen Westen des Landes. Diese Spaltung besteht seit dem 17. Jahrhundert. Während der Südosten russifiziert und industrialisiert wurde, entfaltete sich in der Westukraine, die Ende des 18. Jahrhunderts Teil der Habsburger Monachie wurde, ein ausgeprägtes Kultur- und Nationalbewußtsein. Nach dem Ersten Weltkrieg fiel die Westukraine größtenteils an Polen, kleinere Teile bekamen Rumänien (Bukowina) und die Tschechoslowakei (Karpato-Ukraine); der Rest wurde in die UdSSR eingegliedert. Nach dem Zweiten Weltkrieg fand die Vereinigung der ukrainischen Gebiete in der Ukrainischen SSR statt, die 1954 die (russische) Krim von Chruschtschow als Freundschaftsgeschenk erhielt. 1991 erklärte sich die Ukraine per Parlamentsentscheid und Volksabstimmung für unabhängig. "Als Ergebnis der historischen Entwicklung gibt es bis heute keine gesamtukrainische Staatsidentität."[38] Die antikommunistische Forumspartei "Ruch", die reformorientierten liberal-nationalen und die nationalistischen Parteien finden ihre Wählerbasis fast ausschließlich in der Westukraine und in der Kiewer Zentralregion Neokommunisten (KPU), Sozialisten (SPU) und die Bauernpartei (SelPU) sind im Osten und Süden sowie auf der Krim verankert. Der 1991 zum Präsidenten gewählte Krawtschuk steuerte einen von Rußland unabhängigen Kurs und bemühte sich, den nationalen Gegensatz auszugleichen. Die Abkapselung von dem ehemals wichtigsten Handelspartner Rußland und das Ausscheiden aus der Rubelzone führten das Land in den wirtschaftlichen Ruin[39]. Bei den Parlaments- und Präsidentenwahlen 1994 wurde offenbar, daß sich die Stimmung im Lande, vor allem im Kiewer Raum, im Osten und Süden, gewandelt hatte: Die national-unabhängigen und die liberalen Reformkräfte mußten eine Niederlage hinnehmen, und die prokommunistischen bzw. prorussischen Kräfte beherrschten das erste freigewählte Parlament. Der neugewählte Präsident Kutschma hatte seinen Rivalen vor allem im Osten und Süden überflügelt[40]. Gegenwärtig hat es

38 Cornelius Ochmann, Ukraine, in. Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa. Strategien fur Europa*, 2. überarb. Aufl., Gütersloh 1995, S. 389-403, Zit. S. 392.
39 Vgl ebd., S. 395f.
40 Vgl Birch, Elections (Anm 30), S. 97ff

allerdings nicht den Anschein, daß die Ukraine über diese nationale Spaltung zerbricht. Auch Kutschma bemüht sich um Ausgleich zwischen beiden Lagern. Er konnte den Konflikt mit Rußland entkrampfen, und es könnte ihm gelingen, das Land durch eine engere Kooperation mit Rußland aus der Wirtschaftskrise herauszuführen.

Die meisten Parteien in Osteuropa verdanken ihre Existenz jedoch nicht langfristigen sozioökonomischen bzw. soziokulturellen Konfliktlinien. "Die neuen Parteien entstanden auf der Grundlage neuer Cleavages"[41], schreibt v. Beyme. Als besonders ertragreich erscheint es uns daher, die Konfliktstruktur der Parteiensysteme auf konkurrierende Werte (und darauf basierende Politikkonzepte) zurückzuführen[42].

3.4. Der Modernisierungskonflikt

Nach Kitschelt ist der Parteienwettbewerb in Osteuropa durch den Konflikt zwischen "Political Redistribution" und "Spontaneous Market Allocation" (dahinter verbirgt sich die klassische Links-Rechts-Achse) einerseits und "Libertarian-Cosmopolitan Politics" und "Authoritarian Particularist Politics" andererseits geprägt[43]. Beide Konfliktlinien werden als rechtwinklig aufeinander stehende Achsen, als politischer Raum, modelliert. In ihm lassen sich die Parteien, beispielsweise nach ihrer Programmatik oder nach den Orientierungen ihrer Anhänger, verorten.

Die Literatur weist viele derartiger Modelle auf[44], die im Grunde genommen alle von der Annahme ausgehen, daß sich die wesentlichen Konflikte aus dem (ökonomischen) Transformations- und dem (politischen) Transitionsprozeß herleiten: Umstritten sind Richtung und Geschwindigkeit des Modernisierungsprozesses, insbesondere der Demokratisierung des politischen Systems und der Liberalisierung (Privatisierung) der Wirtschaft. In der poli-

41 Vgl v. Beyme, *Systemwechsel* (Anm. 8), S. 285, 287ff.

42 Mit anderem Akzent: Dieter Segert (Hrsg.), ***Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989***, Berlin 1996. Der Versuch, osteuropäische Parteiensysteme mit der Art des Systemwechsels zu erklären, ist bislang nicht erfolgreich gewesen. Vgl z.B. Sharon Werning Rivera, Historical Cleavages or Transition Mode? Influences on the Emerging Party Systems in Poland, Hungary and Czechoslovakia, in: *Party Politics*, 2. Jg. (1996), H. 2, S. 177-208.

43 Kitschelt, Formation (Anm. 16), S. 16ff.

44 Ein ähnliches Modell konstruieren Brokl/Mansfeldová für Tschechien (in: Segert/Machos, *Parteien*, Anm. 3, S. 142). Hedeler/Segert (in: ebd., S. 201) präsentieren für Rußland ein Modell nach Denisov, das aus den Konfliktlinien Gleichheit versus Freiheit und Demokratie versus Diktatur besteht.

tischen Sphäre geht es primär um die Entscheidung für demokratische, halbdemokratische oder autoritär-demokratische Strukturen (parlamentarisches, präsidentielles oder semipräsidentielles System etc.) und um die (rechtliche bzw. faktische) Kompetenzausstattung der Verfassungsorgane (Präsident, Premierminister, Regierung, Parlament, Verfassungsgericht). In der ökonomisch-sozialen Sphäre geht es vor allem um das Verhältnis von Staat und Markt (freie, soziale oder staatlich gesteuerte Marktwirtschaft), um das Ausmaß an staatlicher Intervention also, um die Reform des Eigentums (staatlich, genossenschaftlich, privat), der Preisbildung (durch den Staat, durch den Markt, Mischformen) und um die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme[45].

Dieser Modernisierungskonflikt tritt in Gestalt von zwei weiteren Konfliktlinien auf, die in der Literatur häufig erwähnt werden:

- der Konflikt zwischen (Post-)Kommunisten und Antikommunisten, zwischen Debolschewisierung und Rebolschewisierung (der seinen Ausdruck auch in der Geschichtsdiskussion findet[46]) sowie
- der Konflikt zwischen Traditionalismus und Verwestlichung, zwischen Partikularismus und Universalismus, zwischen Renationalisierung und Europäisierung.

Letzteren bezeichnet Mårkus[47] als "historisch tief verwurzelten" und zugleich "reale gesellschaftliche Alternativen reflektierenden" Konflikt, in dem die Forderung nach "Restauration der nationalen Souveränität und die Rückbesinnung auf die eigene Geschichte im Zeichen der nationalen Identität" mit der "Einbindung in das Modell der westlichen Zivilisation" konkurriert. Diese im Prinzip komplementären Forderungen würden von zwei politischen Blöcken konfrontativ vertreten.

Glaeßner verdichtet beide Konfliktlinien zu dem Gegensatz von Strukturkonservatismus und Modernisierung und gelangt zu folgender Gegenüberstellung[48]:

45 Eine Übersicht über die Strategien wirtschaftlicher Umgestaltung in den Staaten Osteuropas bietet. Weidenfeld, *Demokratie* (Anm. 38).
46 Vgl. Segert/Machos, *Parteien* (Anm. 3), S. 268ff.
47 György Mårkus, Das ungarische Parteiensystem - Legitimationsprobleme und Konfliktlinien, in: Egbert Jahn/Rudolf Wildenmann (Hrsg.), *Stabilität in Ostmitteleuropa?*, Baden-Baden 1995, S. 91-106, hier: S. 100ff.
48 Glaeßner, *Demokratie* (Anm. 3), S. 260.

Strukturkonservative (Ex-Kommunisten, Nationalisten, Sozialpopulisten)	**Modernisierer** (Forumparteien, Marktliberale)
Staatsinterventionismus und politische Redistribution	Allokation durch den Markt und Marktliberalisierung
nationale Wirtschaft	Internationalisierung, Kooperation
Etatismus	Dezentralisierung von Entscheidungskompetenzen, Entstaatlichung
Autoritärer Korporatismus	Autonomie
Klientelismus	Chancengleichheit
Nationalismus	(europäische) Integration
Assimilation von Minderheiten	Bürgerrechte für Minderheiten

Unsere These lautet, daß die politischen Auseinandersetzungen in den osteuropäischen Parteiensystemen im wesentlichen wertgebundene Modernisierungskonflikte darstellen, die jedoch auf dem Boden jeweils spezifischer historischer Erfahrungen aus der vorkommunistischen und der kommunistischen Periode und im Rahmen jeweils besonderer (verfassungs-) rechtlicher Normierungen ausgetragen werden. Unserer Auffassung nach handelt es sich bei den Modernisierungskonflikten um Konflikte erster Ordnung bzw. um Hauptkonflikte, die durch Nebenkonflikte bzw. Konflikte zweiter Ordnung ergänzt, überlagert oder durchdrungen werden Letztere mögen sozioökonomischer oder ethnischer Natur sein, sie können aber ebenfalls auf alternativen Wertorientierungen basieren.

Auf diesem hohen Abstraktionsniveau ergibt sich eine Parallele zur Entwicklung der westlichen Parteiensysteme: Es sei daran erinnert, daß das sozialstrukturelle Modell von Lipset und Rokkan die Diskussion in den sechziger und siebziger Jahren prägte. Anfang der achtziger Jahre mehrten sich dann aber kritische Stimmen (Inglehart, Flanagan, Dalton u.a.), die vorschlugen, angesichts des sozialen Wandels der westlichen Industriegesellschaften von einem sich an der "klassischen" Industriegesellschaft orientierenden Cleavage-Modell Abschied zu nehmen und den Blick statt dessen auf die Veränderung von grundlegenden Wertorientierungen zu richten. Im aufziehenden Zeitalter der "zweiten industriellen Revolution", des "Postindustrialismus" oder der "Postmoderne", der Informations- und Konsumgesellschaft wirkten die soziale und die konfessionelle Frage und erst recht der Stadt-Land-Gegensatz immer weniger parteibildend. In der am Westen orientierten Parteien- und Wahlforschung neigt man schon seit längerer Zeit da-

zu, insbesondere den Wertewandel zur Erklärung von Parteiensystemen und politischem Verhalten heranzuziehen. Die sozioökonomischen Konflikte der sich verabschiedenden Industriegesellschaft sind zwar immer noch präsent (nicht zuletzt, weil sie die Ausprägung von Wertorientierungen beeinflussen), aber sie sind nicht mehr dominant.

Die Gesellschaften in West- und Osteuropa befinden sich in einem tiefgreifenden Umbruch. Ihn zu gestalten, bildet den hauptsächlichen Gegenstand der politischen Konflikte in Ost und West. Wenn auch die Situation in beiden Hemisphären sehr unterschiedlich ist, sollten doch partielle Gemeinsamkeiten nicht übersehen werden: Der ökonomische Transformationsprozeß in Osteuropa umfaßt nicht nur den Wandel vom Sozialismus zum Kapitalismus, er bedeutet zugleich nachholende Modernisierung im Sinne der zweiten industriellen Revolution (von der Industriegesellschaft zur postindustriellen Gesellschaft) Osteuropa befindet sich in einer "doppelten Krise", wovon eine allerdings identisch ist mit der, die den Westen plagt. Wir prognostizieren, daß die Nebenkonflikte in Osteuropa an Bedeutung verlieren werden, daß eine "Globalisierung" der Modernisierungsdiskurse stattfinden wird.

3.5. Typologie der (Parlaments-)Parteien

Eine komplexe Typologie der osteuropäischen Parteien scheitert schon am defizitären Forschungsstand vor allem in bezug auf klassische parteiensoziologische Themen wie beispielsweise Organisation, Mitglieder, Führungsgruppen, Binnenstruktur oder Systemfunktionen[49].

Vergleichsweise wenige Probleme bereitet die Gruppierung der Parteien nach ihrer Entstehung. Dieses Kriterium dient vor allem der Beantwortung der Frage nach Kontinuität und Bruch in der historischen Entwicklung der Parteiensysteme. Allgemein wird zwischen neuen (also in der Krise des Staatssozialismus ab etwa 1985 und später entstandenen) Parteien und Nachfolgeorganisationen ehemaliger kommunistischer oder Blockparteien unterschieden. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß viele neue Parteien von Eliten der alten Staatsparteien ins Leben gerufen worden sind. Die neuen Parteien lassen sich nach wiederbegründeten (historischen) und neu-

49 Ágh bemängelt mit Recht, daß sich die Parteienforschung bezüglich Osteuropa in erster Linie mit den Parteiensystemen bzw mit dem Parteiwesen insgesamt befaßt und darüber die Analyse einzelner Parteien vernachlässigt Vgl Attila Ágh, Partial Consolidation of the East-Central European Parties. The Case of the Hungarian Socialist Party, in *Party Politics*, 1 Jg (1995), H 4, S 491-514, hier S 491

gegründeten Parteien unterteilen, wobei hinsichtlich der Neugründungen von Interesse ist, ob sie in der Opposition gegen ein staatssozialistisches Regime wurzeln oder im Zuge des Gründungsbooms nach 1989 (in der Wende) oder noch später geboren wurden[50]. Oft wurzeln Nachwendeparteien partiell in früheren Oppositionsbewegungen, so beispielsweise der Demokratische Magyarische Verband Rumäniens (UDMR), die Christlich-Demokratische Bewegung (KDH) der Slowakei oder die Partei der Demokratischen Wiedergeburt der Ukraine (PDWU).

Mit Blick auf die von uns vertretene Modernisierungsthese stellt die Programmatik der Parteien ein wichtiges typologisches Kriterium dar. Die Zuordnung zu den bekannten Programmfamilien gestaltet sich freilich in mehrfacher Hinsicht besonders schwierig. Insbesondere ist auf die oft fehlende und zumeist unverbindliche Programmatik der Parteien in Osteuropa hinzuweisen. Hinzu kommt, daß die Familien der historisch-politischen Tradition des Westens entsprechen und nicht ohne weiteres auf die Transformations- und Transitionsprozesse in Osteuropa übertragbar sind. Wenn wir dennoch den Versuch unternehmen, die in diesem Band behandelten Parlamentsparteien nach ihrer globalen inhaltlichen Zielsetzung zu klassifizieren, dann sind wir uns sehr wohl bewußt, daß beispielsweise der Liberalismus im Osten Europas nicht identisch ist mit dem im Westen. Wie eben dargelegt, gehen wir allerdings davon aus, daß sich die Modernisierungsprobleme tendenziell angleichen werden.

Das diesbezügliche typologische Kriterium nennen wir *Orientierung*, wobei wir zwischen allgemeiner weltanschaulich-programmatischer und interessengerichteter Orientierung unterscheiden. Das Primat liegt bei dem erstgenannten Aspekt Bei einigen sozioökonomischen Interessenparteien war die weltanschauliche Orientierung jedoch nicht zweifelsfrei zu ermitteln bzw. zu bestimmen oder stand nicht im Vordergrund der Politik. In diesen Fällen wurde die Rubrizierung hilfsweise nach der Interessenorientierung (Mittelstands-, Bauern-, Frauen-, ökologische oder ethnische Parteien) vorgenommen[51].

Die Bestimmung der weltanschaulich-programmatischen Orientierung einer Partei bezieht sich auf ihr Modernisierungskonzept, wobei wir davon ausgehen, daß alle Parteien (auch die sozioökonomischen Interessenparteien)

50 Die Länderkapitel dieses Bandes enthalten viele Beispiele dafür, daß die Entstehung von Parteien auch im Zusammenhang mit Assoziations- und Dissoziationsprozessen (Fusionen, Abspaltungen usw) innerhalb der Parteiensysteme betrachtet werden muß. Dieser für die Geschichte einer Partei durchaus relevante Aspekt kann in unserer Typologie aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht berücksichtigt werden.

51 Klingemann (Entstehung, Anm. 4, S. 19) schlägt die Unterscheidung von "sozio-kulturellen", "reformierten kommunistischen" und "neuen Programmparteien" vor, sie ist ebenfalls mit erheblichen Abgrenzungsproblemen verbunden

Übersicht 1: Typologie osteuropäischer Parlamentsparteien

Kriterium	Typ	Abkürzung
Entstehung	Neue Partei	
	Wiederbegründete Partei	NEUHIST
	Neugegründete Partei	
	Opposition gegen Staatssozialismus	NEUOPPO
	In/nach Wende entstanden	NEUWENDE
	Nachfolgepartei einer ehem.	
	Staats- (Kommunistischen) Partei	NAFKOMM
	Blockpartei	NAFBLOCK
Orientierung	Neokommunistische Partei	NEOKOMM
	Sozialdemokratische Partei	SOZDEM
	Liberale Partei	LIB
	Linksliberale Partei	(LL)
	Rechtsliberale Partei	(RL)
	Sozialliberale Partei	(SL)
	Konservative Partei	KON
	Christliche Partei	CHR
	Nationalistische Partei	NAT
	Antikommunistische Forumspartei	FOR
	Mittelstands-/Unternehmerpartei	MIT
	Bauernpartei	BAU
	Frauenpartei	FRAU
	Ökologische Partei	ÖKO
	Partei ethnischer/nationaler Minderheiten	ETH
Machtstellung	Alleinige Regierungspartei	REG
	Partei mit Regierungsbeteiligung [(u. Premier)]	REGB[(P)]
	Tolerierung einer (Minderheits-) Koalition	TOL
	Oppositionspartei	OPPO

im Prinzip über ein derartiges Konzept verfügen. Liberalismus ist eine auf Demokratie und Marktwirtschaft gerichtete, prowestliche Modernisierungsstrategie, wobei wir zwischen eher demokratischen (linksliberalen), eher wirtschaftsliberalen und nationalen (rechtsliberalen) und eher sozialen (sozialliberalen) Positionen unterscheiden. Der Konservatismus ist gemäßigt liberal und betont stärker nationale, traditionelle und etatistische Ziele bzw. Werte. Christliche Parteien verbinden konservative mit religiösen Tenden-

zen. Mit Nationalismus bezeichnen wir eine Konzeption, die folgende Merkmale aufweist: völkisch, antidemokratisch, antiwestlich, antikommunistisch, autoritär-etatistisch, korporatistisch[52]. Der Neokommunismus orientiert sich am Staatssozialismus, ohne ihn uneingeschränkt zu kopieren. Im Vordergrund stehen Antiliberalismus, Antiuniversalismus, Kollektivismus, Etatismus, Autoritarismus und Zentralismus, wobei sich viele Berührungspunkte zum Nationalismus ergeben. Als sozialdemokratisch charakterisieren wir eine Modernisierungskonzeption, die gemäßigt liberal, dafür aber besonders stark auf soziale Gerechtigkeit bedacht ist. Die osteuropäischen Sozialdemokratien (nach westlichen Kriterien handelt es sich oft um sozialistische Parteien) propagieren im Vergleich zum Liberalismus ein moderates Modernisierungstempo, setzen stärker auf staatsinterventionistische und sozialstaatliche Rezepte und wollen (für eine längere Übergangszeit) neben dem privaten auch staatliches und genossenschaftliches Eigentum erhalten und fördern. Schließlich sind noch die Forumsparteien zu nennen, die ein antikommunistischer Grundkonsens eint, hinsichtlich ihrer Modernisierungsvorstellungen aber sehr pluralistisch verfaßt sind. Zumeist bergen sie das gesamte Spektrum von sozialdemokratischen über liberale bis hin zu konservativen und nationalistischen Rezepten[53].

Nicht alle Autoren dieses Bandes ordnen die Parteien diesen Programmfamilien zu Gnauck und Harms unterscheiden für Rußland beispielsweise zwischen radikalen Demokraten, Zentristen, radikalen Kommunisten und Nationalisten[54]. In unserer Systematik zählen die radikalen Demokraten zu den (Links-) Liberalen, die Zentristen zumeist zu den (Rechts- bzw. Sozial-) Liberalen. Alexander Korab gliedert das politische Spektrum der Ukraine in nationalradikale Rechtsparteien (hier: nationalistisch), Parteien der rechten Mitte (hier: rechtsliberal), der liberalen Mitte, der linken Mitte (hier: links- bzw. sozialliberal) und in Parteien der Linken (hier: sozialdemokratisch bzw. neokommunistisch)[55]. Die oft in den Länderkapiteln gewählten besonderen Systematiken eigenen sich nicht immer für vergleichende Darstellungen.

52 Gemessen an der politischen Kultur der Bundesrepublik handelt es sich bei den nationalistischen Parteien in Osteuropa zumeist um (wenigstens in Teilen) rechtsextreme Organisationen mit oft sogar faschistoiden Merkmalen Klingemann (Entstehung, Anm. 4, S. 26) weist allerdings mit Recht darauf hin, daß nationalistische Parteien "einerseits in den Ländern entstanden [sind], die um ihre Unabhangigkeit kampfen mußten Andererseits fanden sie Unterstützung in Ländern mit ethnischen Minderheiten oder solchen mit einer größeren Diaspora."

53 Die Zuordnung der Parteien erfolgte auf der Grundlage der Beiträge dieses Bandes und gegebenenfalls weiterer Literatur. Da viele Parteien seit 1989 ihr programmatisches Profil verändert haben, wurde gegebenenfalls nur der aktuelle Stand berücksichtigt

54 Siehe oben S 313

55 Siehe oben S 358ff

Übersicht 2: Osteuropäische Parlamentsparteien nach Entstehung und Orientierung (1996)

Lander/Parteien	Entstehung	Orientierung
Albanien:		
Demokratische Partei Albaniens (PDSh)	NAFKOMM	LIB (RL)/KON
Sozialistische Partei Albaniens (PSSh)	NAFKOMM	NEOKOMM
Sozialdemokratische Partei Albaniens (PSDSh)	NEUWENDE	SOZDEM
Bulgarien:		
Bulgarische Sozialistische Partei (BSP)	NAFKOMM	SOZDEM
Union der Demokratischen Kräfte (SDS)	NEUHIST/WENDE	FOR
Bewegung Turkische Minderheit (DPS)	NEUWENDE	ETH
Bulgarische Bauernpartei (BZNS)	NAFBLOCK	SOZDEM/BAU
Volksallianz (Demokrat. Partei, BZNS-N Petkov)	NEUHIST	LIB/KON
Bulgarischer Unternehmerblock (BBB)	NEUWENDE	LIB/MIT
Polen:[a]		
Bundnis der Demokratischen Linken (SLD)	NAFKOMM	SOZDEM
Polnische Volks- [Bauern-]partei (PSL)	NAFBLOCK	KON/BAU
Demokratische Union (UD)	NEUOPPO	LIB
Union der Arbeit (UP)	NEUOPPO	SOZDEM
Konföderation Unabhängiges Polen (KPN)	NEUOPPO	NAT
Parteil Block zur Unterstutz. der Reformen (BBWR)	NEUWENDE	KON
Christlich-Nationale Vereinigung (ZChN)	NEUOPPO	CHR
Zentrumsallianz (PC)	NEUOPPO	KON/LIB
Liberal-Demokratischer Kongreß (KLD)	NEUOPPO	LIB (RL)
Volks- [Bauern-]allianz (PL)	NEUOPPO	KON/BAU
Gewerkschaft "S"	NEUOPPO	SOZDEM
Rumänien.[b]		
Front der Nationalen Rettung (FSN)	NAFKOMM	SOZDEM/NAT[e]/ [NEOKOMM]
Demokrat Magyarischer Verband Rumäniens (UDMR)	NEUWENDE/OPPO	ETH
Nationalliberale Partei (PNL)[c]	NEUHIST	LIB (RL)
Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens (PDSR)	NAFKOMM	SOZDEM/NAT[e]
Partei der Nationalen Rumänischen Einheit (PUNR)	NEUWENDE	NAT
Demokratische Konvention Rumäniens (CDR)	NEUOPPO	FOR
Demokrat. Partei/Front der National. Rettung (PD/FSN)	NAFKOMM/ NEUWENDE	SOZDEM
Rußland:[d]		
Rußlands Wahl (VR)	NEUWENDE	LIB
Liberal-Demokratische Partei Rußlands (LDPR)	NEUWENDE	NAT
Agrarpartei Rußlands (APR)	NAFKOMM	BAU
Kommunist Partei der Rußländ. Föderation (KPRF)	NAFKOMM	NEOKOMM/NAT[e]
Partei der Rußländ Einheit und Eintracht (PRES)	NEUWENDE	LIB
Block Javlinskij-Boldyrev-Lukin (JABLOKO)	NEUWENDE	LIB
Politische Bewegung "Frauen Rußlands" (PDŽR)	NAFKOMM	FRAU
Demokratische Partei Rußlands (DPR)	NEUWENDE	LIB (RL)
Unser Haus Rußland (NDR)	NEUWENDE	LIB

Forts. nächste Seite

Länder/Parteien	Entstehung	Orientierung
Slowakei:		
Offentlichkeit gegen Gewalt (VPN)	NEUOPPO	FOR
Bewegung für eine demokratische Slowakei (HZDS)	NEUOPPO	SOZDEM/NAT[e)]
Partei der Demokratischen Linken (SDL)	NAFKOMM	SOZDEM
Christlich-Demokratische Bewegung (KDH)	NEUWENDE/OPPO	CHR
Demokratische Partei (DS)	NAFBLOCK	KON
Demokratische Union der Slowakei (DUS)	NEUOPPO	LIB
Arbeiterassoziation der Slowakei (ZRS)	NEUWENDE	NEOKOMM
Slowakische Nationalpartei (SNS)	NEUWENDE	NAT
Partei der Grünen (SZ)	NEUWENDE	ÖKO
Ungarische Parteien (MKH, S, NMI, MOS)	NEUWENDE	ETH
Tschechien:		
Bürgerforum (OF)	NEUOPPO	FOR
Demokratische Bürgerpartei (ODS)	NEUOPPO	LIB (RL)/KON
Komm. Partei Böhmens und Mährens (KSČM)	NAFKOMM	NEOKOMM
Tschechische Sozialdemokratische Partei (ČSSD)	NEUHIST/OPPO	SOZDEM
Liberal-Soziale Union (LSU)	NAFBLOCK/ NEUWENDE	LIB (LL/SL)[/ÖKO]
Christl.-Demokr. Union/Tsch. Volkspartei (KDU/ČSL)	NAFBLOCK	CHR
Republikaner (SPR/RSČ)	NEUWENDE	NAT
Demokratische Bürgerallianz (ODA)	NEUOPPO	LIB (RL)
Bew f. Dem. Selbstv./Ges. f. M. u. Schl (HSD-SMS)	NEUWENDE	ETH
Ukraine:[f)]		
Kommunistische Partei der Ukraine (KPU)	NAFKOMM	NEOKOMM
Volksbewegung der Ukraine (Ruch)	NEUOPPO	FOR
Bauernpartei der Ukraine (SelPU)	NAFKOMM	BAU
Sozialistische Partei der Ukraine (SPU)	NAFKOMM	SOZDEM
Ukrainische Republikanische Partei (URP)	NEUOPPO	LIB (RL)
Partei der Arbeit (PP)	NEUWENDE	LIB
Partei der Demokrat. Wiedergeburt der Ukr. (PDWU)	NEUWENDE/OPPO	LIB (SL/LL)
Christlich-Demokratische Partei der Ukraine (CDPU)	NEUWENDE	CHR
Kongreß der Ukrainischen Nationalisten (KUN)	NEUHIST	NAT
Ukrainische Nationale Versammlung - Ukrainische Nationale Selbstverteidigung (UNA-UNSO)	NEUWENDE	NAT
Ungarn:		
Ungarische Sozialistische Partei (MSZP)	NAFKOMM	SOZDEM
Bund Freier Demokraten (SZDSZ)	NEUOPPO	LIB (SL)
Ungarisches Demokratisches Forum (MDF)	NEUOPPO	KON/LIB (RL)
Unabhängige Partei der Kleinlandwirte (FKGP)	NEUHIST	BAU
Christlich-Demokratische Volkspartei (KDNP)	NEUHIST	CHR
Bund Junger Demokraten (FIDESZ)	NEUOPPO	LIB (RL)

a) Nur Parteien mit über 5% Stimmenanteil bei einer der beiden Parlamentswahlen.
b) Nur Parteien mit über 5% Stimmenanteil bei einer der beiden Parlamentswahlen (nur: Abgeordnetenversammlung).
c) In CDR aufgegangen.
d) Nur Parteien und Blöcke, die die Fünf-Prozent-Klausel bei den Listenwahlen zur Duma überwunden haben.
e) Gemäßigt nationalistisch, eher national orientiert.
f) Nur Parteien, die bei der Parlamentswahl 1994 mehr als 2 Mandate erreichten.

Diese erfordern schlichtere Schemata, die allerdings Zuordnungsprobleme aufwerfen. Dabei handelt es sich vor allem um Parteien im Grenzbereich zwischen Liberalismus und Konservatismus sowie um die Verquickung von sozialdemokratischen bzw. neokommunistischen und nationalistischen Positionen. Letztere begegnet uns vor allem bei den rumänischen Sozialdemokraten (FSN, PDSR), die freilich eher national als nationalistisch orientiert sind, bei den russischen Neokommunisten (KPRF), die nicht selten sogar gemeinsam mit der rechtsextremen LDPR Reformen blockieren, und bei den Sozialdemokraten der Slowakei (HZDS), die sich wegen ihres betonten Populismus nur mit Mühe in unserem Klassifikationsschema unterbringen lassen[56].

Um die politische Bedeutung der bisher genannten Parteitypen zu beurteilen, haben wir als weiteres Klassifikationsschema die Machtstellung der Parteien in Parlament und Regierung herangezogen. Wir unterscheiden zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien sowie Parteien, die eine Minderheitsregierung tolerieren (nur die tschechische ČSSD). Auch hier bereitet die Zuordnung oft große Schwierigkeiten, weil sich die Machtverhältnisse nicht selten innerhalb einer Legislaturperiode (besonders der ersten) verändern oder gar nicht an Legislaturperioden gebunden sind. In Zweifelsfällen wurden nur die Machtverhältnisse unmittelbar nach einer Wahl berücksichtigt oder aber keine Zuordnung vorgenommen. In den präsidentiellen Systemen Rußlands und der Ukraine sind die parlamentarischen Machtverhältnisse extrem unübersichtlich, weil die Regierung vom (direkt gewählten) Präsidenten eingesetzt wird und de facto auch nur ihm gegenüber verantwortlich ist. In beiden Ländern kann die Machtstellung der Parteien daher nicht bestimmt werden. Dies gilt auch für die erste Legislaturperiode in Polen, in der die Regierungskoalition häufig wechselte.

In Anlehnung an Klingemann[57] wurden die Parteien schließlich nach ihrer Stärke gekennzeichnet, wobei der Mandatsanteil als Indikator dient. Anders als Klingemann berücksichtigen wir generell nur Parlamentsparteien, die wenigstens bei einer der stattgefundenen demokratischen Parlamentswahlen über fünf Prozent der Stimmen (gegebenenfalls bezogen auf die Liste einer Partei) erhalten haben und/oder mit mehr als zwei (gewählten) Abgeordneten

56 Meseznikov bezeichnet die HZDS als eine "non-standard"-Partei, weil sie sich u.a wegen ihrer Neigung zu nationalem und sozialem Popolismus, wegen ihres Autoritarismus und ihrer Radikalität und schließlich wegen ihres Hangs zu Konfrontation nicht in das traditionelle Schema "konservativ-liberal-sozialdemokratisch" einordnen lasse. Vgl. Grigorij Meseznikov, The Parliamentary Elections 1994: A Confirmation of the Split of the Party System in Slovakia, in: Soňa Szomolányi/ders. (Hrsg), *Slovakia: Parliamentary Elections 1994. Causes - Consequences - Prospects*, Bratislava 1995, S. 103-113. Unserer Auffassung nach ist die HZDS hinsichtlich ihrer Orientierung noch am ehesten eine sozialdemokratische Partei.

57 Klingemann, Entstehung (Anm. 4)

Übersicht 3: Osteuropäische Parlamentsparteien nach Machtstellung und Stärke (Mandatsanteil) (1996)

	Machtstellung			Stärke (Mandatsanteil)		
	1 Wahl	2 Wahl	3. Wahl	1. Wahl	2 Wahl	3. Wahl
Albanien:[a]						
Demokratische Partei Albaniens (PDSh)	REGB	REGB(P)	REG	30	66	87
Sozialistische Partei Albaniens (PSSh)	REGB(P)	OPPO	OPPO	68	27	7
Sozialdemokratische Partei Albaniens (PSDSh)	REGB	REGB	OPPO	0	5	6
Bulgarien:						
Bulgarische Sozialistische Partei (BSP)	REGB(P)	OPPO	REG	53	44	52
Union der Demokratischen Kräfte (SDS)	OPPO	REGB(P)	OPPO	36	46	28
Bewegung Türkische Minderheit (DPS)	OPPO	REGB	OPPO	6	10	7
Bulgarische Bauernpartei (BZNS)	(REGB)[b]	#	c)	4	0	c)
Volksallianz (Demokrat. Partei; BZNS-N Petkov)	---	---	OPPO	---	---	8
Bulgarischer Unternehmerblock (BBB)	---	---	OPPO	---	---	5
Polen:						
Bündnis der Demokratischen Linken (SLD)	UN	REGB	*	13	37	*
Polnische Volks- [Bauern-]partei (PSL)	UN	REGB(P)	*	10	29	*
Demokratische Union (UD)[d]	UN	OPPO	*	14	16	*
Union der Arbeit (UP)	UN	UN	*	1	9	*
Konföderation Unabhängiges Polen (KPN)	UN	OPPO	*	10	5	*
Parteil Block zur Unterstütz. der Reformen (BBWR)	---	OPPO	*	---	3	*
Christlich-Nationale Vereinigung (ZChN)	UN	OPPO	*	11	0	*
Zentrumsallianz (PC)	UN	OPPO	*	10	0	*
Liberal-Demokratischer Kongreß (KLD)[d]	UN	OPPO	*	8	0	*
Volks- [Bauern]-allianz (PL)	UN	OPPO	*	6	0	*
Gewerkschaft "S"	UN	OPPO	*	6	0	*

Rumänien:[e)]						
Front der Nationalen Rettung (FSN)[f)]	REG	---	*	68	---	*
Demokrat. Magyarischer Verband Rumäniens (UDMR)	OPPO	OPPO	*	7	8	*
Nationalliberale Partei (PNL)[g)]	UN	#	*	7	0	*
Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens (PDSR)	---	REGB(P)	*	---	34	*
Partei der Nationalen Rumänischen Einheit (PUNR)	h)	(REGB)[i)]	*	h)	9	*
Demokratische Konvention Rumäniens (CDR)	---	OPPO	*	---	24	*
Demokrat. Partei/Front der National. Rettung (PD/FSN)	---	OPPO	*	---	13	*
Rußland:[k)]						
Rußlands Wahl (VR)	UN	UN	*	16	---	*
Liberal-Demokratische Partei Rußlands (LDPR)	UN	UN	*	14	11	*
Agrarpartei Rußlands (APR)	UN	UN	*	12	0	*
Kommunist. Partei der Rußländ. Föderation (KPRF)	UN	UN	*	10	33	*
Partei der Rußländ. Einheit und Eintracht (PRES)	UN	UN	*	7	0	*
Block Javlinskij-Boldyrev-Lukin (JABLOKO)	UN	UN	*	6	10	*
Politische Bewegung "Frauen Rußlands" (PDŽR)	UN	UN	*	5	0	*
Demokratische Partei Rußlands (DPR)	UN	UN	*	3	---	*
Unser Haus Rußland (NDR)	UN	UN	*	---	12	*
Slowakei:						
Öffentlichkeit gegen Gewalt (VPN)[l)]	REGB(P)	---	---	32	---	---
Bewegung für eine demokratische Slowakei (HZDS)[m)]	---	REGB(P)	REGB(P)	---	49	41
Partei der Demokratischen Linken (SDL)[n)]	OPPO	OPPO	OPPO	15	20	12
Christlich-Demokratische Bewegung (KDH)	REGB	OPPO	OPPO	20	12	11
Demokratische Partei (DS)	REGB	#	#	5	0	0
Demokratische Union der Slowakei (DUS)	---	---	OPPO	---	---	10
Arbeiterassoziation der Slowakei (ZRS)	---	---	REGB	---	---	9
Slowakische Nationalpartei (SNS)	OPPO	REGB	REGB	15	10	6
Partei der Grünen (SZ)	OPPO	#	p)	4	0	p)
Ungarische Parteien (MKH, S, NMI, MOS)[o)]	OPPO	OPPO	OPPO	9	9	11

Forts. nächste Seite

	Machtstellung			Stärke (Mandatsanteil)		
	1. Wahl	2. Wahl	3. Wahl	1 Wahl	2 Wahl	3 Wahl
Tschechien:						
Bürgerforum (OF)[q]	REG	---	---	64	---	---
Demokratische Bürgerpartei (ODS)[r]	---	REGB(P)	REGB(P)	---	38	34
Komm. Partei Böhmens und Mährens (KSČM)[s]	OPPO	OPPO	OPPO	16	17	11
Tschechische Sozialdemokratische Partei (ČSSD)	#	OPPO	TOL	0	8	31
Liberal-Soziale Union (LSU)[t]	---	OPPO	---	---	8	---
Christl -Demokr. Union/Tsch Volkspartei (KDU/ČSL)	OPPO	REGB	REGB	9	8	9
Republikaner (SPR/RSČ)	#	OPPO	OPPO	0	7	9
Demokratische Bürgerallianz (ODA)	---	REGB	REGB	---	7	6
Bew f. Dem Selbstv./Ges. f. M. u Schl. (HSD-SMS)	OPPO	OPPO	#	11	7	0
Ukraine:[u]						
Kommunistische Partei der Ukraine (KPU)	UN	*	*	22	*	*
Volksbewegung der Ukraine (Ruch)	UN	*	*	5	*	*
Bauernpartei der Ukraine (SelPU)	UN	*	*	5	*	*
Sozialistische Partei der Ukraine (SPU)	UN	*	*	4	*	*
Ukrainische Republikanische Partei (URP)	UN	*	*	3	*	*
Partei der Arbeit (PP)	UN	*	*	1	*	*
Partei der Demokrat. Wiedergeburt der Ukr. (PDWU)	UN	*	*	1	*	*
Christlich-Demokratische Partei der Ukraine (CDPU)	UN	*	*	1	*	*
Kongreß der Ukrainischen Nationalisten (KUN)	UN	*	*	1	*	*
Ukrainische Nationale Versammlung - Ukrainische Nationale Selbstverteidigung (UNA-UNSO)	UN	*	*	1	*	*
Ungarn[v]:						
Ungarische Sozialistische Partei (MSZP)	OPPO	REGB(P)	*	9	54	*
Bund Freier Demokraten (SZDSZ)	OPPO	REGB	*	24	18	*
Ungarisches Demokratisches Forum (MDF)	REGB(P)	OPPO	*	43	10	*
Unabhängige Partei der Kleinlandwirte (FKGP)	REGB	OPPO	*	11	7	*
Christlich-Demokratische Volkspartei (KDNP)	REGB	OPPO	*	5	6	*
Bund Junger Demokraten (FIDESZ)	OPPO	OPPO	*	6	5	*

Zur Auswahl der Parteien vgl. die Anmerkungen in Übersicht 2 Stand. im Zweifelsfall unmittelbar nach der Parlamentswahl.

UN Unbestimmbar, da keine dauerhafte Zuordnung möglich
* Noch keine 2. bzw. 3. Wahl.
\# Sperrklausel nicht überwunden
--- Keine Wahlbeteiligung

a) Bei der 3. Wahl (1996) gab es offenbar erhebliche Unregelmäßigkeiten. Auf internationalen Druck hin wurde sie in 17 Wahlbezirken wiederholt. PSSh und PSDSh traten nicht an und forderten eine Wiederholung der Wahl insgesamt. Die Regierung unter Ministerpräsident Aleksander Meksi ist eindeutig PDSh-dominiert (22 von 25 Ministerien).
b) Zeitweilig "heimliche Koalition" mit der BSP.
c) Kandidatur im Rahmen der BSP.
d) Im Frühjahr 1994 Fusion von UD und KLD zur Freiheitsunion (UW).
e) Die Mandatsanteile addieren sich nicht auf 100, da nur Parteien mit über 5% Stimmenanteil bei einer der beiden Parlamentswahlen (nur Abgeordnetenversammlung) aufgeführt sind. Mandate insgesamt: 1990 389, 1992 341.
f) 1991/92 im wesentlichen in PDSR und PD/FSN gespalten.
g) Im Dezember 1994 in CDR aufgegangen.
h) 1990 in FSN.
i) Zunächst informelle, später offizielle Koalition der PDSR mit der PUNR und weiteren zwei Parlamentsparteien (Partei Großrumänien, PRM, und Sozialistiche Partei der Arbeit, PSM).
k) Die Mandatsanteile addieren sich nicht auf 100, da nur die Mandate der bei den Listenwahlen erfolgreichen Parteien und Blöcke, die die Fünf-Prozent-Klausel überwunden haben, berücksichtigt sind.
l) 1990 (1. Wahl) mit NMI (Ungarische Unabhängige Initiative); Nachfolgepartei HZDS
m) 1994 (3. Wahl) mit SRS (Slowakische Bauernpartei).
n) 1990 (1. Wahl): KSS (Kommunistische Partei der Slowakei); 1994 mit SDSS (Sozialdemokraten) und SZ (Grune) als "Koalition Gemeinsame Wahl" (KSV)
o) 1994 (3. Wahl) mit MOS (Ungarische Bürgerpartei) als "Ungarische Koalition" (MK)
p) 1994 mit SDSS (Sozialdemokraten) und SDL als "Koalition Gemeinsame Wahl" (KSV)
q) Nachfolgeparteien. ODS, ODA (sowie OH, später Partei Freier Demokraten, SD; s. Anm. t)
r) 1992 (2. Wahl): ODS/ODA.
s) 1990 (1. Wahl): KSČ (Kommunistische Partei der Tschechoslowakei); 1992 (2. Wahl): LB (Linker Block)
t) Teile der LSU (insbes. die Sozialisten) verließen im Juni 1993 das Bündnis, nannten sich Liberal-Soziale Nationalpartei (LSNS) und schlossen sich vor der 3. Wahl (1996) mit der Partei Freier Demokraten (SD) von Dienstbier (ehem. Bürgerbewegung, OH) zur SD-LSNS zusammen, die die Sperrklausel aber nicht überwinden konnte.
u) Nur Parteien, die bei der Parlamentswahl 1994 über 2 Mandate erreichten. Stand. Januar 1995. Dabei ist folgendes zu beachten: In der Ukraine gilt ein außerordentlich kompliziertes (Persönlichkeits-) Wahlrecht, das viele Wahlgänge erforderlich macht. Im Januar 1995 waren erst 405 der insgesamt 450 Abgeordneten bestimmt. Davon sind 219 keiner Partei zuzuordnen. Angaben nach: Alexander Ott, Die politischen Parteien der Ukraine, *Berichte des BIOst*, 13/1995.
v) Die Mandatsanteile für 1990 (1. Wahl) addieren sich nicht auf 100, da 2 Prozent der Sitze an sonstige Parteien fielen

im Parlament vertreten waren[58]. Die so ermittelten Maßzahlen geben - wegen der Besonderheiten des Wahlrechts in den einzelnen Ländern - allerdings nur einen ungefähren Eindruck von der Resonanz der Parteien in der Bevölkerung.

In der Literatur werden noch weitere Typologien angeboten. So unterscheidet Kitschelt beispielsweise mit Blick auf das Wahlverhalten zwischen charismatischen, klientelistischen und Programmparteien[59]. Unsere Bemühungen, dieses Schema auf die hier behandelten Parlamentsparteien anzuwenden, war nur teilweise erfolgreich, weil oft keine entsprechenden Informationen verfügbar waren oder erhebliche Abgrenzungsprobleme zwischen den drei Typen bestanden.

3.6. Entstehung, Orientierung, Machtstellung und Stärke der Parlamentsparteien

Von den 74 nach den oben beschriebenen Kriterien[60] ermittelten Parlamentsparteien in den hier behandelten neun Parteiensystemen Osteuropas (vgl. Übersicht 2) stellen 53 neue Parteien und 21 Nachfolgeparteien dar. In den Parlamenten dominieren also mit rund 70 Prozent Parteien, die keine politische Verantwortung für den Staatssozialismus trugen. Unter den 53 neuen Parteien befinden sich nur sieben wiederbegründete (historische) Parteien, womit die These von der geringen parteibildenden Kraft der alten Konfliktlinien unterstrichen wird. Die 46 neugegründeten Parteien verteilen sich etwa zur Hälfte (20:26) auf Oppositionsparteien gegen den Staatssozialismus und auf Wendeparteien. Von den 21 Nachfolgeparteien gehören 16 zu den ehemals kommunistischen und fünf zu den früheren Blockparteien.

Mit Blick auf die Herkunft der Parlamentsparteien haben wir es also mit drei hervorragenden Typen zu tun: den neugegründeten Wendeparteien, den neugegründeten Oppositionsparteien und den kommunistischen Nachfolgeparteien. Die beiden übrigen Typen sind dagegen bedeutungslos. Die Nachfolgeparteien sind heute zumeist sozialdemokratisch (acht) oder neokommunistisch (vier) orientiert. Aus der Opposition gegen den Staatssozialismus

58 Bei Veränderungen im Laufe einer Legislaturperiode wurde das Wahlergebnis zugrunde gelegt.
59 Herbert Kitschelt, Formation of Party Cleavages in Post-Communist Democracies. Theoretical Positions, in: *Party Politics*, 1 Jg (1995), H 4, S 447-472.
60 Wenn Parteien bei einem Klassifikationsmerkmal mehreren Typen zugeordnet werden mußten, wurde nur das erste (wichtigste) gezahlt.

entstanden vier der fünf Forumsparteien; desgleichen bildete sie eine wichtige Quelle für liberale Parteien (acht), die nach ihrer Entstehung aber ebenso häufig dem Typ Wendepartei zuzurechen sind (acht). Die ethnischen Parteien und etwa die Hälfte der nationalistischen Parteien stellen ebenfalls Wendeparteien dar.

Nach ihrer Orientierung verteilen sich die Parlamentsparteien insgesamt wie folgt[61]:

Neokommunistische Parteien	5	
Sozialdemokratische Parteien	14	
Liberale Parteien	20	(2)
Konservative Parteien	6	(3)
Christliche Parteien	5	
Nationalistische Parteien	7	(4)
Antikommunistische Forumsparteien	5	
Mittelstands-/Unternehmerparteien	0	(1)
Bauernparteien	3	(3)
Frauenparteien	1	
Ökologische Parteien	1	
Parteien ethnischer/nationaler Minderheiten	7	

In den Parlamenten dominieren also nach der Anzahl der vertretenen Parteien liberale und sozialdemokratische Orientierungen. Dies interpretieren wir als Bestätigung unserer Modernisierungsthese: Offenbar geht es im parlamentarischen Parteienwettbewerb hauptsächlich darum, ob die Demokratisierung der politischen und die Liberalisierung der ökonomischen Ordnung rasch nach westlichem Vorbild vorangebracht oder ob sie behutsam, dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit und den besonderen nationalen Traditionen verpflichtet und auf mäßige Dekommunisierung bedacht, durchgeführt werden sollen.

Die *gegenwärtige* politische Relevanz der parlamentarisch repräsentierten Parteitypen soll auf der Grundlage einer Typologisierung der hier behandelten osteuropäischen Parteiensysteme erfolgen, die sich ebenfalls an den Parlamentsparteien orientiert (Übersicht 4). Wir unterscheiden zunächst zwischen Dreiparteien- und Mehrparteiensystemen. Werden die Systeme zudem nach der Stellung der stärksten politischen Parteien unterteilt, so ergeben sich solche mit einer dominanten Partei, einer relativ dominanten Partei und mit zwei relativ gleichstarken - den anderen Teilnehmern am Wettbewerb gleichermaßen überlegenen - Flügelparteien. In der Literatur ist die im letzt-

61 In Klammern die Anzahl der Parteien, denen der entsprechende Typ an zweiter Stelle zugeordnet wurde.

genannten Typ sichtbar werdende Zersplitterung der Parteiensysteme auch als "polarisierter Pluralismus"[62] bezeichnet worden. In Rumänien nach 1992 und im polnischen Sejm 1991-93 konnte eine derartige Zersplitterung in viele miteinander konkurrierende Parteien und die dadurch verursachte Instabilität von Regierungen beobachtet werden. Im polnischen Fall handelte es sich um eine Übergangserscheinung, der durch das geänderte Wahlgesetz im Jahr 1993 der Boden entzogen wurde. Die Entwicklung in Rumänien läßt sich erst nach den Wahlen im Herbst 1996 beurteilen. In Rußland hatte die starke Fraktionierung des Parteiwesens im Parlament nach der 1. Wahl 1993 (Gnauck und Harms zählen im Mai 1994 elf Fraktionen[63]) keine gravierenden Rückwirkungen auf die Stabilität der Regierung. Das lag an der herausgehobenen Machtposition des Präsidenten gegenüber der Staatsduma und änderte sich folglich auch nicht nach der 2. Wahl (1995), die zu einem Mehrparteiensystem mit einer relativ dominanten Partei (den Neokommunisten) führte.

Die Parteiensysteme werden also wie folgt aufgeschlüsselt:

- System mit einer dominanten Partei: Es besteht eine Partei mit einem Mandatsanteil von über 50 Prozent.
- System mit einer relativ dominanten Partei: Es besteht eine Partei, die deutlich stärker ist als die übrigen Parteien (der Abstand zum Mandatsanteil der nächstgrößeren Partei beträgt mindestens 20 Prozentpunkte), aber über weniger als die Hälfte aller Parlamentsmandate verfügt.
- System mit zwei Flügelparteien: Die beiden nach ihrem Mandatsanteil stärksten Parteien sind etwa gleichstark und befinden sich in deutlichem Abstand (über 10 Prozentpunkte) zur drittstärksten Partei.

Da die Ukraine über kein von Parteien beherrschtes Parlament verfügt, können in die folgende Analyse nur acht Länder einbezogen werden. Unter diesen acht Parlaments-Parteiensystemen befindet sich nur ein Dreiparteiensystem, nämlich das von Albanien. Die übrigen Parteiensysteme stellen Mehrparteiensysteme dar.

In Albanien dominiert und regiert seit 1992 (2. Wahl) die Demokratische Partei (PDSh), eine kommunistische Nachfolgepartei mit rechtsliberal-konservativer Orientierung, die auch den Präsidenten (Sali Berisha) stellt. In

62 Jan Ake Dellenbrant hat diesen Typ vor einigen Jahren irrtümlich als wesentlich für die Entwicklung der osteuropäischen Parteiensysteme bezeichnet Er verwies darauf, daß insbesondere im polarisierten Pluralismus Parteien existierten, die die demokratischen Spielregeln ablehnten (Anti-System-Parteien) und mitunter ihre Vetomacht sogar dazu gebrauchten, die gesamte Regierungsarbeit zu blockieren, ohne praktikable Alternativen anzubieten. Siehe Dellenbrant/Berglund, Evolution (Anm. 17). Vgl. auch Stephen White/Judy Batt/Paul G Lewis, *Developments in East European Politics*, Basingstoke/London 1993, S. 158ff

63 Siehe oben S 315ff.

der 3. Wahl (1996)[64] errang die PDSh eine quasi monopolartige Machtstellung (sie verfügt im neugewählten Parlament über 122 der 140 Sitze, das sind 87 Prozent der Mandate), die sie - wohl hauptsächlich aus optischen Gründen - mit drei kleineren (davon zwei außerparlamentarischen) Parteien teilt. Die wichtigste - mit zehn Sitzen allerdings extrem schwache - Oppositionskraft ist die Sozialistische Partei Albaniens (PSSh), eine kommunistische Nachfolgepartei mit neokommunistischer Programmatik.

Übersicht 4: Typen osteuropäischer Parteiensysteme (Parlamentsparteien)

Land	Systemtyp		Partei	Typ: Entstehung	Typ: Orientierung
ALB	3PSY	Dom	PDSh	NAFKOMM	LIB(RL)/KON
BUL	MPSY	Dom	BSP	NAFKOMM	SOZDEM
UNG	MPSY	Dom	MSZP	NAFKOMM	SOZDEM
RUS	MPSY	Rel Dom	KPRF	NAFKOMM	NEOKOMM/NAT
SLO	MPSY	Rel Dom	HZDS	NEUOPPO	SOZDEM/NAT
POL	MPSY	2 Flügelpart	SLD	NAFKOMM	SOZDEM
			PSL	NAFBLOCK	KON/BAU
RUM	MPSY	2 Flügelpart	PDSR	NAFKOMM	SOZDEM/NAT
			CDR	NEUOPPO	FOR
TSC	MPSY	2 Flügelpart	ODS	NEUOPPO	LIB(RL)/KON
			ČSSD	NEUHIST/OPPO	SOZDEM

Stand: Jeweils nach der letzten Parlamentswahl Das System der Ukraine läßt sich in dieses Schema nicht einfügen

3PSY Dreiparteiensystem.
MPSY Mehrparteiensystem.
Dom System mit einer dominanten Partei (über 50% der Parlamentsmandate).
Rel Dom System mit einer relativ dominanten Partei (Abstand zum Mandatsanteil der nächstgrößeren Partei mindestens 20 Prozentpunkte).
2 Flügelpart System mit zwei nach ihrem Mandatsanteil etwa gleichstarken Flügelparteien, die sich in deutlichem Abstand (uber 10 Prozentpunkte) zur drittgrößten Partei befinden.

In Bulgarien und Ungarn bestehen Mehrparteiensysteme mit einer dominanten Partei: jeweils sozialistische Parteien (BSP bzw. MSZP), kommunisti-

64 Vgl Ubersicht 3, Anm. a

sche Nachfolgeparteien mit sozialdemokratischer Orientierung. Gegenspielerin der bulgarischen BSP ist die Union der Demokratischen Kräfte (SDS), eine antikommunistische Forumspartei, in der sich historische und neugegründete Bündnispartner zusammengefunden haben. Die Dominanz der BSP beruht in erster Linie wohl zum einen auf der großen Reformbereitschaft seit 1987/88 innerhalb ihrer Vorgängerpartei, der Bulgarischen Kommunistischen Partei (BKP), zum anderen auf der Heterogenität und der konzeptionellen Schwäche der SDS, die bei der 3. Wahl (1994) allerdings noch rund 30 Prozent der Mandate erobern konnte. In Ungarn dominiert nach kometenhaftem Aufstieg seit 1994 die MSZP, die mit ihrem liberalen Koalitionspartner (SZDSZ), der zweitstärksten Partei, über eine komfortable Mehrheit im Parlament verfügt (72 Prozent). Wichtigster, aber 1994 extrem geschwächter Kontrahent ist das Ungarische Demokratische Forum (MDF), eine konservativ-liberale Partei, die aus der Opposition gegen das kommunistische Regime hervorgegangen ist.

Parlamentarische Mehrparteiensysteme mit relativer Dominanz einer Partei bestehen in Rußland und der Slowakei. Allerdings haben beide Regierungs- bzw. Wahlsysteme wenig Gemeinsamkeiten. Die Bewegung für eine demokratische Slowakei (HZDS), ihrer Herkunft nach eine neugegründete Oppositionspartei mit sozialdemokratischer und gemäßigt nationaler Ausrichtung, ist die mit Abstand stärkste Partei im Parlament (im Bündnis mit der Slowakischen Bauernpartei, SRS). Sie ist führende Regierungspartei und stellt den Ministerpräsidenten (Vladimir Mečiar). Unter den vier gleichstarken Oppositionsparteien (jeweils rund zehn Prozent der Mandate) - den Christdemokraten, einem HZDS-Ableger, einem Bündnis von Linksparteien und der ungarischen Minderheit - besteht kaum politische Übereinstimmung. Während die Machtverhältnisse im Parlament der Slowakei aber überschaubar und im großen und ganzen auch kalkulierbar sind, herrschen im Kongreß der Volksdeputierten Rußlands Fragmentierung und Fluktuation vor[65]. Ein Regierungs- bzw. Oppositionslager existiert nicht, und weder der Präsident noch die Regierung stützen sich dauerhaft auf bestimmte Parteien. Insoweit ist die Situation in Rußland eher mit der in der Ukraine vergleichbar, wo die Parteien indes noch weniger Bedeutung für das parlamentarisch-politische Geschehen haben. In beiden Parlamenten verfügen die neokommunistischen Nachfolgeparteien über die stärkste parteigebundene Fraktion: die KPRF mit 33 Prozent und die KPU mit 22 Prozent der Mandate.

In Polen, Rumänien und Tschechien bestehen Mehrparteiensysteme mit zwei Flügelparteien. Während die Flügelparteien in Polen - es handelt sich um die Nachfolgeparteien SLD und PSL mit sozialdemokratischer bzw. kon-

65 Einzelheiten im Beitrag von Gnauck und Harms in diesem Band, insbes. S. 306ff

servativ-agrarischer Orientierung - gemeinsam die Regierung bilden, stehen sich die Flügelparteien in den beiden anderen Systemen als führende Regierungs- bzw. Oppositionspartei gegenüber. In Rumänien bestimmt die Partei der Sozialen Demokratie (PDSR), eine kommunistische Nachfolgepartei mit sozialdemokratisch-nationaler Orientierung, die Regierungspolitik und stellt überdies den Präsidenten (Ion Iliescu). In Tschechien führt die aus der antikommunistischen Opposition erwachsene und liberal-konservativ ausgerichtete Demokratische Bürgerpartei (ODS) unter Ministerpräsident Klaus eine Minderheitsregierung, die von der ebenfalls neugegründeten tschechischen Sozialdemokratie (ČSSD) toleriert wird.

Übersicht 5: Stärkste Regierungspartei und stärkste Oppositionspartei in Osteuropa (1996)

Land	Stärkste Regierungspartei	Stärkste Oppositionspartei	Stärkeverhältnis (Distanz[a])
ALB	*LIB/KON	*NEOKOMM	87:7 (80)
UNG	*SOZDEM	KON/LIB	54:10 (44)
SLO	SOZDEM/NAT	*SOZDEM	41:12 (29)
BUL	*SOZDEM	FOR	52:28 (24)
POL	*SOZDEM[b]	LIB	37:16 (21)
RUM	*SOZDEM/NAT	FOR	34:24 (10)
TSC	LIB/KON	SOZDEM	34:31 (3)

* Kommunistische Nachfolgepartei
a) Differenz von stärkster Regierungspartei und stärkster Oppositionspartei.
b) Den Ministerpräsidenten stellt die konservativ-agrarische PSL.

Obwohl der Anteil der Nachfolgeparteien an allen Parlamentsparteien in den hier berücksichtigten Parteiensystemen nur rund 30 Prozent ausmacht, bilden sie in der Gruppe der nach ihrer Stärke herausragenden und parlamentarisch einflußreichen, eben *relevanten*[66] Parteien die Mehrheit (neun von 16 Parteien). In dieser Gruppe überwiegen nicht liberale, sondern sozialdemokratische Orientierungen (sieben von 16 Parteien). Unter den sieben stärk-

66 Die Gruppe der parlamentarisch relevanten Parteien besteht aus den dominanten Parteien (3), den relativ dominanten Parteien (2), den Flügelparteien (6) sowie - soweit noch nicht berücksichtigt - den stärksten Oppositionsparteien (5). In der Ukraine existiert keiner dieser Typen. Die unterschiedliche Bedeutung der Parlamente wird bei dieser Betrachtungsweise ausgeklammert.

Tabelle 2: Mitgliederzahlen osteuropäischer Parlamentsparteien

Länder/Parteien	Mitgliederzahlen
Albanien:	
Demokratische Partei Albaniens (PDSh)	100.000
Sozialistische Partei Albaniens (PSSh)	100.000
Sozialdemokratische Partei Albaniens (PSDSh)	20.000
Bulgarien:	
Bulgarische Sozialistische Partei (BSP)	300.000
Union der Demokratischen Kräfte (SDS)	?
Bewegung Türkische Minderheit (DPS)	100.000
Bulgarische Bauernpartei (BZNS)	120.000
Volksallianz (Demokrat. Partei; BZNS-N. Petkov)	?
Bulgarischer Unternehmerblock (BBB)	?
Polen:	
Sozialdemokratie der Republik Polen (SdRP)	60.000
Polnische Volks- [Bauern-]partei (PSL)	250.000
Demokratische Union (UD)	15.000
Union der Arbeit (UP)	8.000
Konföderation Unabhängiges Polen (KPN)	25 000
Parteil. Block zur Unterstütz. der Reformen (BBWR)	?
Christlich-Nationale Vereinigung (ZChN)	6.000
Zentrumsallianz (PC)[a]	15.000
Liberal-Demokratischer Kongreß (KLD)	3.000
Volks- [Bauern-]allianz (PL)	?
Gewerkschaft "S"[b]	?
Rumänien:[c]	
Front der Nationalen Rettung (FSN)	?
Demokrat. Magyarischer Verband Rumäniens (UDMR)	500.000
Nationalliberale Partei (PNL)	35.000
Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens (PDSR)	250.000
Partei der Nationalen Rumänischen Einheit (PUNR)	105.000
Demokratische Konvention Rumäniens (CDR)	300.000
Demokrat. Partei/Front der Nat. Rettung (PD/FSN)	700.000

Forts. nächste Seite

Länder/Parteien	Mitgliederzahlen
Rußland:	
Rußlands Wahl (VR)	?
Liberal-Demokratische Partei Rußlands (LDPR)	250.000
Agrarpartei Rußlands (APR)	?
Kommunist. Partei der Rußländ. Föderation (KPRF)	600.000
Partei der Rußländ. Einheit und Eintracht (PRES)	?
Block Javlinskij-Boldyrev-Lukin (JABLOKO)	?
Politische Bewegung "Frauen Rußlands" (PDŽR)	?
Demokratische Partei Rußlands (DPR)	50.000
Unser Haus Rußland (NDR)	?
Slowakei:	
Öffentlichkeit gegen Gewalt (VPN)	?
Bewegung für eine demokratische Slowakei (HZDS)	34.000
Partei der Demokratischen Linken (SDL)	48.000
Christlich-Demokratische Bewegung (KDH)	27.000
Demokratische Partei (DS)	5.000
Demokratische Union der Slowakei (DUS)	1.800
Arbeiterassoziation der Slowakei (ZRS)	20.000
Slowakische Nationalpartei (SNS)	7.000
Partei der Grünen (SZ)	?
Ungarische Christdemokratische Bewegung (MKH)	30.000
Koexistenz (S)	6.000
Ungarische Unabhängige Initiative (NMI)	?
Ungarische Bürgerpartei (MOS)	?
Tschechien:	
Bürgerforum (OF)	?
Demokratische Bürgerpartei (ODS)	25.000
Christlich-Demokratische Partei (KDS)	2.000
Komm. Partei Böhmens und Mährens (KSČM)[d)]	222.000
Tschechische Sozialdemokratische Partei (ČSSD)	12.000
Liberal-Soziale Union (LSU)	11.000
Christl.-Demokr. Union/Tsch. Volkspartei (KDU/ČSL)	88.500
Republikaner (SPR/RSČ)[e)]	70.000
Demokratische Bürgerallianz (ODA)	1.350
Bew. f. Dem. Selbstv./Ges. f. M. u. Schl. (HSD-SMS)[f)]	150.000

Forts. nächste Seite

Länder/Parteien	Mitgliederzahlen
Ukraine:[g)]	
Kommunistische Partei der Ukraine (KPU)	150.000
Volksbewegung der Ukraine (Ruch)	60.000
Bauernpartei der Ukraine (SelPU)	2.000
Sozialistische Partei der Ukraine (SPU)	90.000
Ukrainische Republikanische Partei (URP)	15.000
Partei der Arbeit (PP)	400
Partei der Demokrat. Wiedergeburt der Ukr. (PDWU)	3.000
Christlich-Demokratische Partei der Ukraine (CDPU)	12.000
Kongreß der Ukrainischen Nationalisten (KUN)	50.000
Ukrainische Nationale Versammlung - Ukrainische Nationale Selbstverteidigung (UNA-UNSO)	?
Ungarn:	
Ungarische Sozialistische Partei (MSZP)	40.000
Bund Freier Demokraten (SZDSZ)	32.000
Ungarisches Demokratisches Forum (MDF)	40.000
Unabhängige Partei der Kleinlandwirte (FKGP)[h)]	60.000
Christlich-Demokratische Volkspartei (KDNP)[i)]	30.000
Bund Junger Demokraten (FIDESZ)	12.000

Die Angaben sind den Beiträgen dieses Bandes entnommen Sie wurden gegebenenfalls auf der Grundlage neuerer Informationen korrigiert Sie beruhen auf eigenen Angaben der Parteien, die zumeist Maximalwerte darstellen, nicht immer zuverlässig sind und oft übertrieben erscheinen

a) Früher bis zu 50.000
b) Die Gewerkschaft gab für 1994 1,8 Mio., für 1991 2,28 Mio Mitglieder an
c) Die Daten wurden den Verfassern kurz vor Abschluß des Manuskripts von Anneli Ute Gabanyi zur Verfügung gestellt Sie hat die Zahlen ihrerseits erst kurz zuvor von Vertretern der betreffenden Parteien erhalten und konnte sie daher nicht mehr in ihren Beitrag über Rumanien einarbeiten Es handelt sich um Angaben (Annaherungswerte) aus Anlaß der gesetzlichen Registrierungspflicht für Parteien
d) Fruher bis zu 317 000
e) Aktuellste Angabe
f) Die Mitgliederzahl liegt heute wesentlich niedriger
g) Angaben nach· Alexander Ott, Die politischen Parteien der Ukraine, *Berichte des BIOst*, 13/1995
h) Heute etwa 30 000
i) Heute etwa 18 000.

sten Regierungsparteien[67] befinden sich fünf sozialdemokratische und zwei liberal-konservative Parteien. In der praktischen Politik der Staaten Osteuropas dürfte das sozialdemokratische Modernisierungskonzept eine größere Rolle spielen, als der Anteil der sozialdemokratischen Parteien an den Parlamentsparteien signalisiert. Nach den zur Verfügung stehenden Mitgliederzahlen, die jedoch nicht immer zuverlässig sind, zählen die osteuropäischen Sozialdemokratien zu den organisationsstarken Parteien, insbesondere dann, wenn sie als kommunistische Nachfolgeparteien entstanden sind. Allerdings verfügen die Nachfolgeparteien generell über deutlich mehr Mitglieder als die neuen Parteien. Sie können sich auf ihre Traditionsbestände stützen, während die neuen Parteien vor der Aufgabe stehen, den Organisationsaufbau unter den Bedingungen weitverbreiteter Parteiabstinenz zu leisten (Tabelle 2).

4. Entwicklungstendenzen in den osteuropäischen Parteiensystemen

4.1. Machtwechsel und Machtkontinuität

Verfassungsgemäß vollzogene Machtwechsel gelten als ein wichtiger Indikator für die Konsolidierung von Demokratien. Wir sprechen hier von Machtwechsel, wenn das Amt des Regierungschefs nach demokratischen Wahlen[68] an eine andere Partei übergeht. In präsidentiellen Systemen liegt ein Machtwechsel dann vor, wenn das Amt des Präsidenten durch demokratische Wahlen einer anderen Partei oder einem anderen politischen Lager zufällt.

Nach dieser - zugegebenermaßen schlichten - Definition fand in vier der hier behandelten Länder noch kein Machtwechsel statt: in den (semi-)präsidentiellen Systemen Rumänien und Rußland und in den parlamentarischen Systemen Slowakei und Tschechien. In Rumänien wurde die sozialdemokratisch-nationale Regierungspartei PDSR 1992 zwar erheblich geschwächt, sie behielt jedoch das Amt des Regierungschefs. Vor allem aber siegte ihr Präsidentschaftskandidat Iliescu über seinen Herausforderer Constantinescu von der Forumspartei CDR. In Tschechien blieb das Amt des Ministerpräsiden-

67 Ohne Rußland und Ukraine.

68 Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden Machtwechsel während einer Legislaturperiode ausgeklammert.

ten 1996 bei der ODS, die alte und neue Regierungskoalition verlor allerdings ihre Mehrheit und wird von den Sozialdemokraten toleriert.

In den übrigen fünf Staaten fanden Machtwechsel statt: in Albanien 1992, in Bulgarien 1991 und 1994 und in Ungarn 1994. In der semipräsidentiellen Demokratie Polen siegte Aleksander Kwaśniewski von der sozialdemokratischen SdRP/SLD 1995 über Lech Wałęsa, der die antikommunistische Tradition der "Solidarität" verkörperte. Die SLD ist seither auch Regierungspartner der (schwächeren) Volkspartei (PSL). Der Präsidentenwechsel in der Ukraine 1994 von Krawtschuk zu Kutschma kann ebenfalls als Machtwechsel bezeichnet werden, denn bei den Wahlen siegte die pro-russische über die national-ukrainische Orientierung.

Daß in den vier genannten Ländern bislang kein Machtwechsel erfolgt ist, deutet (für sich genommen) noch nicht auf mangelnde Konsolidierung hin. Denn ebenso bedeutsam wie ein Machtwechsel dürfte die Anerkennung von Machtkontinuität für die demokratische Kultur in Osteuropa sein. Daß die tschechische ČSSD aus Gründen der Staatsräson die Minderheitsregierung des von ihr zuvor heftig bekämpften Ministerpräsidenten Klaus stützt, signalisiert ebenso demokratische Reife wie die Akzeptanz des Wahlergebnisses in Rußland durch Neokommunisten und Nationalisten, was - daran sei erinnert - zuvor nicht von allen politischen Beobachtern erwartet worden war.

4.2. Alt-Kommunisten im Aufwind?[69] Zur Entwicklung der kommunistischen Nachfolgeparteien

Der (vermeintliche oder tatsächliche) Wiederaufstieg der kommunistischen Nachfolgeparteien beschäftigt nicht nur die Massenmedien, sondern auch die Parteienforschung. Auch dabei geht es letztlich um die Frage, ob der Konsolidierungsprozeß der osteuropäischen Demokratien in Gefahr ist.

Als Ursachen werden interne und externe Faktoren genannt: die vergleichsweise große Organisationskapazität der kommunistischen Nachfolgeparteien, die Kontinuität ihrer Führungsgruppen, ihre Vernetzung mit den ehemaligen Staatsgewerkschaften und ihre Verankerung in der Bevölkerung[70]. Georgiev betont die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen:

69 Titel einer Dokumentationsseite der Frankfurter Rundschau v. 21.1.1994, S. 12 - allerdings ohne Fragezeichen.

70 Vgl. Michael Waller, Adaption of the Former Communist Parties of East-Central Europe. A Case of Social-democratization?, in: *Party Politics*, 1. Jg (1995), H. 4, S.

"Als pauschale Erklärungen für das mehr oder weniger spektakuläre comeback der exkommunistischen Parteien werden am häufigsten zwei Faktoren in Betracht gezogen: die soziale Krise, die Enttäuschung breiter Bevölkerungsschichten mit dem schleppenden Tempo des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und die enormen sozialen Lasten der Wirtschaftsreform; die wachsende Unsicherheit und Zukunftsängste auf der einen Seite, andererseits das Scheitern der nicht-sozialistischen Regierungen in den ersten Jahren nach der Wende und deren Art, mit der sozialen Krise umzugehen."[71]

Timmermann weist ergänzend darauf hin, daß mit der sozialen Not "der Zorn über die kommunistische Gewaltherrschaft zu verrauchen" beginne und "die Periode des Realsozialismus mit seinen Minimalsicherheiten vielfach sogar in ein verklärendes Licht gerückt" werde[72].

Ob sich die "Alt-Kommunisten" tatsächlich im Aufwind befinden, ist letztlich eine Frage der Definition. Auf der Basis unserer Typologie ergibt sich ein differenziertes Bild, wenn die Entwicklung der Stärkeverhältnisse seit den Gründungswahlen zugrunde gelegt wird:

- Gestärkt wurden die kommunistischen Nachfolgeparteien in Polen (von 13 auf 37 Prozent) und Ungarn (von 9 auf 54 Prozent). In Rußland ist ein Bruttogewinn zu verzeichnen: Die Kommunistische Partei (KPRF) verbesserte sich von 10 auf 33 Prozent, die Nachfolgeparteien Frauen Rußlands (PDŽR) und Agrarpartei Rußlands (APR) verloren dagegen (von 5 bzw. 12 auf jeweils 0 Prozent). Obwohl in der Ukraine bislang nur eine demokratische Wahl stattgefunden hat, scheint sich auch dort ein Bedeutungszuwachs der Postkommunisten abzuzeichnen. In Polen, Ungarn und der Ukraine fanden Machtwechsel zugunsten kommunistischer Nachfolgeparteien statt.
- In Rumänien, in der Slowakei und in Tschechien wurden die Nachfolgeparteien geschwächt. In Rumänien spaltete sich die Front der Nationalen Rettung (FSN) in einen systemkonservativen (PDSR) und einen reformorientierten Flügel (FSN), während sich die Opposition in einer Forumspartei (CDR) zusammenfand. Die Schwächung ging jedoch nicht mit einem Machtverlust einher: Die PDSR ist führende Regierungs- und Präsidentenpartei. In der Slowakei konkurrieren die sozialdemokratisch orientierten Postkommunisten als stärkste Oppositionspartei mit der füh-

473-490. Die Wahlerfolge kommunistischer (Nachfolge-) Parteien beruhen zudem oft auch darauf, daß sie als Interessenvertretung der alten Nomenklatura dienen. Vgl. dazu den Beitrag von Körösényi in diesem Band (S. 166). So ist die russische Agrarpartei (APR) eine Art Interessenverband der (ehemaligen) Direktoren der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe. Vgl. dazu den Beitrag von Gnauck und Harms, oben S. 319f.

71 Ivo Georgiev, Spätsozialistische Voraussetzungen der Wahlerfolge der Bulgarischen Sozialistischen Partei, in: Segert, *Spätsozialismus* (Anm. 42), S. 161-174.

72 Heinz Timmermann, Die KP-Nachfolgeparteien in Osteuropa: Aufschwung durch Anpassung an nationale Bedingungen und Aspirationen, *Berichte des BIOst*, 31/1994, S. 4.

renden Regierungspartei HZDS, einer relativ dominanten Partei, die aus der antikommunistischen Opposition entstanden und ebenfalls der sozialdemokratischen Parteifamilie zuzurechnen ist. In Tschechien befindet sich die postkommunistisch-neokommunistische KSČM mit der neugegründeten Sozialdemokratischen Partei (ČSSD), die teils historischen, teils antikommunistischen Ursprungs ist, im Wettbewerb. Daß beide Nachfolgeparteien vergleichsweise schwach sind und im Konkurrenzkampf mit ihren Pendants vom Typ "neue Partei" das Nachsehen haben, wird mit dem Transitionsmodus in der Tschechoslowakei erklärt: Der Kollaps des Staatssozialismus habe zur "völligen Delegitimierung und deshalb raschen Entmachtung der stalinistisch gebliebenen kommunistischen Eliten" geführt. Der Regimeopposition sei daher bereits "in einer sehr frühen Phase des Transitionsprozesses der Kontrahent verloren gegangen"[73].

- Die Stärke der bulgarischen Sozialdemokraten (BSP) hat sich insgesamt nicht verändert. Allerdings mußte sie in der 2. Wahl (1991) eine Niederlage hinnehmen und in die Opposition gehen. 1994 konnte sie diese Schlappe aber wieder wettmachen.
- In Albanien fand zugleich eine Stärkung und eine Schwächung der kommunistischen Nachfolgeparteien statt: während die Neokommunisten (PSSh) dramatische Verluste einstecken mußten - sie fielen von 68 auf 7 Prozent - verbesserten sich die Liberal-Konservativen (PDSh) von 30 auf 87 Prozent. Wir haben es gewissermaßen mit einem Machtwechsel innerhalb der Postkommunisten - von Traditionalisten zu Reformern - zu tun.

In Albanien, Bulgarien, Polen und Ungarn beruht der Aufschwung kommunistischer Nachfolgeparteien auf ihrer Reformorientierung. "Andere Nachfolgeparteien dagegen haben Rückenwind, weil sie gerade umgekehrt dafür eintreten, an bestimmte Elemente des früheren kommunistischen Regimes anzuknüpfen"[74], wie in Rußland und der Ukraine. In Albanien, der Slowakei und in Tschechien haben Postkommunisten Wettbewerbsnachteile, weil sie im Modernisierungsdiskurs ihrer Länder anachronistische Positionen vertreten. Von einem durchgängigen Trend zur "Sozialdemokratisierung" kommunistischer Nachfolgeparteien kann gegenwärtig also nicht die Rede sein.

73 Merkel, Institutionalisierung (Anm. 8), S. 89. Vgl. auch Geoffrey Evans/Stephen Whitefield, Economic Ideology and Political Success. Communist-successor Parties in the Czech Republic, Slovakia and Hungary Compared, in. *Party Politics*, 1 Jg. (1995), H. 4, S. 565-578.

74 Timmermann, *KP-Nachfolgeparteien* (Anm. 72), S 5.

4.3. Sozialdemokratisierung des Modernisierungsdiskurses?

In der Konfliktstruktur der osteuropäischen Parteiensysteme vollzieht sich ein Wandel von Systemkonflikten zu Modernisierungskonflikten. Die Entwicklung ist noch nicht überall abgeschlossen. Aber schon heute kann die Vermutung geäußert werden, daß die Sieger der Systemkonflikte nicht die Sieger der Modernisierungskonflikte sind. Die antikommunistische Opposition der unmittelbaren Wendezeit hat erheblich an Einfluß verloren. Das einigende Band der Gegnerschaft zum Staatssozialismus ist über die Frage nach der Gestaltung der postkommunistischen Gesellschaft zerrissen. Welche Kräfte bzw. Orientierungen werden sich im Modernisierungsdiskurs durchsetzen?

Vieles deutet darauf hin, daß dies die Sozialdemokratien sein könnten: Sie stellen sieben der 16 relevanten Parlamentsparteien und fünf der sieben stärksten Regierungsparteien. Sie sind vergleichsweise gut mit der Ressource Organisation ausgestattet und von ihrer Entstehung und Zielsetzung her noch am ehesten in der Lage, eine Brücke zwischen der alten und der neuen Ordnung zu schlagen.

Gegenüber dem zumeist auf rasche Reformen drängenden und nicht selten auf Schocktherapien setzenden Liberalismus könnten sich die sozialdemokratischen Parteien als Garanten des Sozialstaats etablieren. "Solange extreme politische, soziale und ökonomische Unsicherheiten zur Objektivität des Sozialen, zum konstitutiven Element des Systemwechsels gehören, ist der Sozialstaat die einzige plausible Antwort."[75] Anders als in den westeuropäischen Ländern mit ihrer historischen Abfolge von Rechtsstaat, liberaler Demokratie und Sozialstaat fungiert der Sozialstaat in Osteuropa "als Voraussetzung für die Konsolidierung von Demokratie und Marktwirtschaft"[76].

5. Zum Einfluß der Parteien auf die politische Stabilität in Osteuropa

In demokratischen Systemen bildet politische Stabilität eine wichtige Voraussetzung für Frieden und Wohlstand. Stabilität darf allerdings nicht mit Konfliktlosigkeit gleichgesetzt werden. Demokratie lebt von der Spannung

75 Rub, Funktion und Bedeutung (Anm 14), S. 66
76 Ebd.

zwischen Konsens und Konflikt, zwischen Repräsentativität und Regierbarkeit, zwischen Partizipation und Effektivtität[77]. In nichtkonsolidierten Demokratien bestehen diese Spannungen in erhöhtem Maße. Es hängt auch und gerade von der Handlungs-, Konflikt- und Konsensfähigkeit der politischen Parteien ab, ob eine Konsolidierung der Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates gelingt oder ob es zur Wiedererrichtung autoritärer Herrschaftsformen kommt. Für die Konsolidierung der politischen Systeme Osteuropas ist aber auch bedeutsam, ob die von den neuen politischen Eliten durchgesetzten Institutionendesigns mit genügend Massenlegitimation ausgestattet sind, um einen stabilen Rahmen für Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse abzugeben.

Ein breiter Konsens über die Verfassung des politischen Systems und die Spielregeln des politischen Prozesses ist die Voraussetzung dafür, daß sich die ungelösten Konflikte nicht in Form von Gewalt äußern. Die Parteien als Agenturen der sozialen Integration, der Interessenaggregation und Politikformulierung können nur in einem relativ stabilen institutionellen Umfeld erfolgreich sein. Sie sind einerseits zwar selbst Architekten dieses Umfeldes (insbesondere bei der Verfassunggebung), andererseits aber auch seinen Bedingungen und Restriktionen unterworfen. Das Beispiel des letzten Wahlgesetzes in Polen von 1993 zeigt, daß die Ergebnisse einer gesetzlichen Normierung nicht notwendigerweise den Akteuren zugute kommen, auf deren Initiative sie entstanden ist.

Mit der Konsolidierung der politischen Systeme Osteuropas, die weithin davon abhängig sein wird, ob die Parteien ihre Funktionen erfüllen, werden sich auch die Parteiensysteme verändern. Das betrifft zum einen ihre Struktur: Die gesellschaftlichen Konfliktlinien, die gegenwärtig die Struktur der Parteiensysteme und die Wettbewerbsbedingungen der einzelnen Parteien prägen, sind zwangsläufig dem Wandel unterworfen. Die konfliktträchtigen Erblasten aus der staatssozialistischen Epoche (oder gar aus noch früherer Zeit) dürften auf mittlere Sicht verblassen und völlig vom Modernisierungskonflikt verdrängt werden. Und das betrifft zum anderen die Organisationswirklichkeit der einzelnen Parteien. Die Beiträge dieses Bandes stützen die Beobachtung, daß es sich bei den Parteien in Osteuropa zumeist um "Honoratiorenparteien" handelt, die gesellschaftlich nicht oder nur schwach vernetzt sind und deren Resonanz überwiegend von der Popularität ihrer Führer abhängt. Fortschritte bei der politischen Konsolidierung in Osteuropa setzen auch voraus, daß es den maßgeblichen Parteien gelingt, sich von "Or-

77 Vgl. Larry Diamond, Three Paradoxes of Democracy, in: *Journal of Demoracy*, 1. Jg. (1990), H 1, S. 48-60.

ganisationskernen neuer und alter Eliten"[78] zu - im funktionalistischen Sinn - echten politischen Parteien zu entwickeln, zu Organisationen also, die imstande sind, die Gesellschaft mit der staatlich-administrativen Sphäre effektiv zu verknüpfen. Daß sie dabei den Typ der westlichen Volkspartei annehmen, ist unwahrscheinlich. Denn dieser im Westen zeitweilig einflußreiche Parteityp befindet sich selbst in einer schweren Existenzkrise. Vermutlich ist er für Epochen tiefgreifender gesellschaftlich-politischer Veränderungen dysfunktional. Jedenfalls scheint das Zeitalter der Massenparteien mit der Mediengesellschaft zu Ende zu gehen; die Parteien werden sich in allen Regionen Europas verstärkt der modernen Massenkommunikationsmittel bedienen, um ihre Repräsentations-, Integrations- und Steuerungsfunktionen zu erfüllen.

In Osteuropa deuten sich heute unterschiedliche Chancen auf eine Konsolidierung der Demokratie an. In Polen, Ungarn und Tschechien sind die Aussichten am besten. Dort besteht offenbar ein demokratischer Grundkonsens unter den maßgeblichen politischen Akteuren. Die Parteien sind zwar in der Regel noch schwach, aber sie erfüllen ihre Artikulations-, Integrations- und Legitimationsfunktion bereits mit gutem Erfolg. Regierungswechsel gehen mehr oder weniger glatt über die Bühne und beeinträchtigen die Stabilität der Systeme nicht. Nationalistische oder neokommunistische Parlamentsparteien, die die Konsolidierung behindern könnten, bestehen nicht (Ungarn) oder haben an Stärke eingebüßt. Allein die rechtsextremen tschechischen Republikaner verzeichnen einen gewissen Aufschwung.

Anders sieht es in Albanien, Rußland und der Ukraine aus. Obwohl sich in Albanien ein Dreiparteiensystem herausgebildet hat, was häufig als Glücksfall für eine Demokratie gilt, stehen die Chancen für eine dauerhafte Etablierung eines Rechtsstaats momentan nicht gut. Bei den Wahlen 1996 wurde erneut deutlich, daß die Regierungspartei und Präsident Berisha ihre Macht rigoros gegen Gegner und Konkurrenten einsetzen. Rußland und die Ukraine befinden sich nach dem Zerfall der Sowjetunion weiterhin auf der Suche nach einer stabilen Grundlage für den neuen Staat. Der Einfluß der Parteien auf die Politik ist gering, das demokratische Bewußtsein in den Bevölkerungen extrem schwach ausgeprägt, und die politische Polarisierung ist besonders heftig. Konflikte werden nicht selten mit Gewalt ausgetragen, und die staatliche Machtausübung geschieht gelegentlich auf despotische Art und Weise (womit nicht nur der Tschetschenien-Konflikt gemeint ist).

Bulgarien, Rumänien und die Slowakei liegen hinsichtlich der Konsolidierung ihrer Regierungssysteme zwischen diesen beiden Staatengruppen. Hier sind die Regierungen labil, die Oppositionen schwach. In Bulgarien existiert mit den Sozialisten immerhin eine dominante Partei, und das von ihr geführte

78 Glaeßner, *Demokratie* (Anm. 3), S. 252

Regierungsbündnis aus Bauernpartei (BZNS) und Eko-Glasnost muß sich keiner nationalistischen oder neokommunistischen Gegner erwehren. Auch in Rumänien kommt es immer wieder zu Spannungen innerhalb der aus Sozialdemokraten (PDSR) und Nationalisten (PUNR) bestehenden Koalition. Allerdings verbesserte sich in letzter Zeit das Ansehen der führenden Politiker der Sozialdemokratie. Die slowakische Koalition zeichnet sich durch eine exorbitante ideologische Breite aus: Sie umfaßt die Nationalisten (SNS), die Sozialdemokraten (HZDS) und die Neokommunisten (ZRS) und wird wohl nur von der populistischen Persönlichkeit Vladimir Mečiars zusammengehalten.

Bei allen kritischen Anmerkungen zum Konsolidierungsgrad in Osteuropa sollte allerdings nicht übersehen werden, daß die Transitionsprozesse innerhalb eines historisch sehr kleinen Zeitraums, vergleichsweise rasch, trotz der einschneidenden Deprivationsvorgänge im großen und ganzen gewaltfrei und zumeist ohne große Hilfe von außen vorangeschritten sind. Dieser Erfolg muß auch den politischen Parteien gutgeschrieben werden. Angesichts der defizitären Entwicklung der intermediären Strukturen sind sie wichtige Garanten für die Fortführung und Vollendung des Systemwandels. Gewiß: In einigen der in diesem Band untersuchten Länder steht vorerst nicht die Demokratisierung auf der politischen Agenda, sondern die Konsolidierung von demokratisch legitimierten Diktaturen. Die Gefahr einer Restauration des gescheiterten Staatssozialismus besteht unseres Erachtens gleichwohl nicht. Denn das Vertrauen in diese Herrschaftsform, die dringenden Existenzprobleme der Menschen zu lösen, ist verbraucht.

Die Autoren

BEYME, KLAUS VON, geb. 1934; Dr. phil., o. Professor für Politikwissenschaft an der Universität Heidelberg. Arbeitsschwerpunkte: vergleichende Systemforschung und politische Theorie. Buchveröffentlichungen (Auswahl): Parteien in westlichen Demokratien, 2. Aufl., München 1984; Reformpolitik und sozialer Wandel in der Sowjetunion 1970-1988, Baden-Baden 1988; Theorie der Politik im 20. Jahrhundert: Von der Moderne zur Postmoderne, 2. Aufl., Frankfurt a. Main 1992; Die politische Klasse im Parteienstaat, Frankfurt a. Main 1993; Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt a. Main 1994.

DOMASCHKE, CORNELIA, geb. 1953; Dr. phil., Historikerin und Publizistin, Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Zeitgeschichte des Balkan, Nationalismus in Osteuropa. Neuere Veröffentlichungen: Menschen ohne Hoffnung. Flucht aus Osteuropa, Berlin 1993 (Mitverf.); Spaltet der Balkan Europa? Berlin 1994 (Mitverf.); Zur Genesis national-ethnischer Konflikte in Ex-Jugoslawien, in: Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte, Bonn 1996.

GABANYI, ANNELI UTE, geb. 1942; M.A.; wissenschaftliche Referentin für Rumänien am Südost-Institut in München. Forschungsschwerpunkte: politische Transformationsprozesse, Außen- und Sicherheitspolitik, Minderheiten- und Kulturpolitik in Rumänien und Moldova. Veröffentlichungen: Partei und Literatur in Rumänien seit 1945, München 1975; Die unvollendete Revolution. Rumänien zwischen Diktatur und Demokratie, München 1990; Rumänien: Vom Revolutionspatriotismus zur chauvinistischen Restauration, in: Margareta Mommsen (Hrsg.), Nationalismus in Osteuropa, München 1992; Das Parteiensystem in Rumänien nach 1989, in: Geschichte und Gesellschaft, 3/1992; Die Deutschen in Rumänien: Exodus oder Neuanfang?, in: Georg Brunner/Hans Lemberg (Hrsg.), Volksgruppen in Ostmittel- und Südosteuropa, Südosteuropa-Studie 52, Baden-Baden 1993; Rumäniens Sicherheit und die NATO, in: Südosteuropa Nr. 1-2/1994; Rumänien, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Demokra-

tie und Marktwirtschaft in Osteuropa, Gütersloh 1995; Moldova im Spannungsfeld zwischen Rußland, Rumänien und der Ukraine, BIOst 16/ 1996.

GNAUCK, GERHARD, geb. 1964; Redakteur für Außenpolitik bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung; Magisterarbeit über "Rußland im Werk Leopolds von Ranke". Veröffentlichungen: Wolken über Kaliningrad... Vier Jahre nach der Öffnung: eine Zwischenbilanz, in: Kluge (Hrsg.), "Ein schicklicher Platz"? Königsberg/Kaliningrad in der Sicht von Bewohnern und Nachbarn, Osnabrück 1994 (erw. Fassung in: Družba Narodov, 3/ 1995); Russen außerhalb Rußlands, in: Hatschikjan/Weilemann (Hrsg.), Nationalismen im Umbruch. Ethnizität, Staat und Politik im neuen Osteuropa, Köln 1995; Parteien und Demokratisierung in Rußland, in: Roggemann/Sundhaussen (Hrsg.), Ost- und Südosteuropa in der Transformation, Wiesbaden 1996; Parteien und Nationalismus in Rußland (Diss., Berlin 1996, im Druck).

HARMS, MICHAEL, geb. 1964; Diplompolitologe; Studium am Institut für Internationale Beziehungen in Moskau und am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Arbeitsschwerpunkte: russische Geistesgeschichte, die Entwicklung des modernen Parteiensystems in Rußland. Buchveröffentlichungen: Rußland und der Westen, 1992 (Hrsg. u. Übers.); Ohne Freiheit keine Gerechtigkeit, 1993 (Hrsg.); Überall Klippen. Innen- und Außenpolitische Gegebenheiten Rußlands, 1992 (Mithrsg. u. Mitverf.).

KÖRÖSÉNYI, ANDRÁS, geb. 1959; Politikwissenschaftler, Dr. (PhD.); Diplomökonom 1982, Promotion in Soziologie 1988, PhD. in Politikwissenschaft 1993; Dozent an der Eötvös Universität Budapest. Arbeitsschwerpunkte: europäische Parteisysteme, zeitgenössische politische Ideologien und ungarische Politik. Veröffentlichungen (Auswahl): Post-Communist Transition: Emerging Pluralism in Hungary, London/New York 1992 (Mithrsg. u. Mitverf.); Pártok és pártrendszerek (Parteien und Parteiensystem), Budapest 1993; Publikationen zum Systemwechsel und Parteiensystem von Ungarn in Zeitschriften wie "Südosteuropa", "Electoral Studies", "Government and Opposition", "Political Quarterly", "East European Politics" und "Society" sowie in ungarischen, englischen und deutschen Sammelbänden.

MESEZNIKOV, GRIGORIJ, geb. 1958; Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für politische Wissenschaft der Slowakischen Akademie

der Wissenschaften in Bratislava, Sekretär der Slowakischen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Arbeitsschwerpunkte: v.a. Entstehung und Entwicklung der Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften. Veröffentlichungen (Auswahl): The Slovak Path of Transition - to Democracy?, Bratislava 1994 (Mithrsg. u. Mitverf.); Slovakia: Parliamentary Election 1994. Causes - Consequences - Prospects, Bratislava 1995 (Mithrsg. u. Mitverf.); Vnutropoliticky vyoj a politicka scena SR v roku 1995 (Domestic Politics and Political Scene in Slovakia in 1995), in: Slovensko 1995. Suhrnna Sprava o Stave Spolocnosti (Slovakia 1995. Global Report on State of Society), Bratislava 1996 (Mithrsg. u. Mitverf.); Vyvoj stranickeho systemu na Slovensku po roku 1989 (Development of the Party System in Slovakia after 1989), in: Politologicka Revue (Prague), 3(1996)1; Nacionalizmus proti liberalizmu a demokracii v postkomunistickej spolocnosti (Nationalism versus Liberalism and Democracy in Post-Communist Society), in: Text. Revue Pre Humanitne Vedy (Bratislava), 3-4/1994.

NIEDERMAYER, OSKAR, geb. 1952; Dr. rer. pol., Professor am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Parteienforschung und international vergleichende Einstellungs- und Verhaltensforschung. Buchveröffentlichungen: Multinationale Konzerne und Entwicklungsländer, Königstein 1979; Europäische Parteien?, Frankfurt a. Main 1983; Neumitglieder in der SPD, Neustadt 1987 (Mithrsg. u. Mitverf.); Innerparteiliche Partizipation, Opladen 1989; Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993 (Mithrsg. u. Mitverf.); Wahlen und europäische Einigung, Opladen 1994 (Mithrsg. u. Mitverf.); Parteien und Wähler im Umbruch, Opladen 1994 (Mithrsg. u. Mitverf.); Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Berlin 1994 (Mithrsg. u. Mitverf.); Politische Strukturen im Umbau, Berlin 1994 (Mithrsg.); Public Opinion and Internationalized Governance, Oxford 1995 (Mithrsg. u. Mitverf.).

OSADCZUK, BOHDAN (Korab, Alexander), geb. 1920 in Kolomyja, Galizien; Studien der Geschichte, Politologie und des Völkerrechts in Berlin und München, Dr. rer.pol., emeritierter Professor für osteuropäische Zeitgeschichte an der FU Berlin, Mitarbeiter der Neuen Zürcher Zeitung und des Tagesspiegel in Berlin, Vorsitzender der Studiengruppe zur Erforschung der Gegenwart in der Ukraine. Veröffentlichungen (Auswahl): Geschichte der kommunistischen Parteien Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei; Sowjetkommunismus; Chronik der Ereignisse in Polen nach 1956.

SCHLIEWENZ, BIRGIT, geb. 1957; Dr. phil., Historikerin und Publizistin, Werder. Arbeitsschwerpunkte: Zeitgeschichte Bulgariens und des Balkan, Nationalismus in Osteuropa, Analyse der europäischen Sicherheitspolitik. Neuere Veröffentlichungen (Auswahl): Menschen ohne Hoffnung. Flucht aus Osteuropa, Berlin 1993 (Mitverf.); Spaltet der Balkan Europa?, Berlin 1994 (Mitverf.); Zur Genesis national-ethnischer Konflikte in Ex-Jugoslawien, in: Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte, Bonn 1996.

SEGERT, DIETER, geb. 1952; Dr. sc. phil., Professor für Vergleichende Analyse politischer Systeme (Osteuropa) am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Herausbildung von Parteien und Parteiensystemen in Osteuropa und Ostdeutschland, Demokratietheorie und politische Modernisierung, Analyse der politischen Elite in der DDR und Ostdeutschland. Buchveröffentlichungen: Konfliktregulierung durch Parteien und politische Stabilität in Ostmitteleuropa, Frankfurt a. Main usw. 1994 (Hrsg. u. Mitverf.); Parteien in Osteuropa, Opladen 1995 (Mitverf.); Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, Berlin 1996 (Hrsg. u. Mitverf.); Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie, Opladen 1996 (Mithrsg. u. Mitverf.).

STOSS, RICHARD, geb. 1944; Dr. phil., wissenschaftlicher Angestellter am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung und Privatdozent am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin Arbeitsschwerpunkte: v.a. politische Parteien, Wahlen und Rechtsextremismus. Buchveröffentlichungen (Auswahl): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, 2 Bde, Opladen 1983/1984, Pb: 1986 (Hrsg. u. Mitverf); Die extreme Rechte in der Bundesrepublik, Opladen 1989; Politics Against Democracy: Right-wing Extremism in West Germany, Oxford/New York 1991; Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993 (Mithrsg. u. Mitverf.); Parteien und Wähler im Umbruch, Opladen 1994 (Mithrsg. u. Mitverf.); Die PDS, Opladen 1996 (Mitverf.).

SZOMOLÁNYI, SOŇA; Dr., Forschungsleiterin am Institut für Soziologie der Slowakischen Akademie der Wissenschaften und Gastprofessorin an der Comenius-Universität Bratislava. Forschungsschwerpunkte: Transitionsprobleme der Slowakei, Struktur und Entwicklung des slowakischen Parteiensystems, Elitenbildung. Veröffentlichungen (Auswahl): Social and Political Transformations of Slovakia at the Beginning of 1990s and the Scenario of Changes, Bratislava 1993; Structuring Party System and

Political Stability in Slovakia, in: Dieter Segert (Hrsg.), Konfliktregulierung durch Parteien und politische Stabilität in Ostmitteleuropa, Frankfurt a. M. 1994; Die alten Eliten im neuen slowakischen Staat, in: Die real existierende postsozialistische Gesellschaft, Potsdam 1994; Has the Dissolution of Czechoslovakia Been Inevitable?, in: Scottish Affairs, 2/1994; The Slovak Path of Transition - to Democracy?, Bratislava 1994 (Mithrsg. u. Mitverf.); Slovakia: Parliamentary Elections 1994. Causes - Consequences - Prospects, Bratislava 1995 (Mithrsg. u. Mitverf.); Central European Transition Paths, Parallels and Differences: The Case of Slovakia, in: Sociologia 27/1995.

VODIČKA, KAREL, geb. 1949; JUDr. (Univ. Prag), wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität-GH-Siegen. Arbeitsschwerpunkte: politische Systeme der Tschechoslowakei, Tschechiens und der Slowakei und ihre Subsysteme; politischer Systemwandel in Osteuropa; Interdependenzen zwischen dem politischen und wirtschaftlichen System. Buchveröffentlichungen: Věda a vědní politika v Československu (Wissenschaft und Wissenschaftspolitik in der Tschechoslowakei), Praha 1990; Vademecum der tschecholsowakischen Wissenschaft, Praha 1992; Abschied von der Tschechoslowakei. Ursachen und Folgen der tschechisch-slowakischen Trennung, Köln 1993 (Hrsg. u. Mitverf.); Rozloučení s Československem, Praha 1993 (Hrsg. u. Mitverf.); Politisches System Tschechiens. Zwischen kommunistischem Einparteiensystem und demokratischem Verfassungsstaat, Münster i.E. (Mitverf.).

ZIEMER, KLAUS, geb. 1946; Dr. phil., Professor für Politikwissenschaft an der Universität Trier. Arbeitsschwerpunkte: Probleme der politischen und sozioökonomischen Systemtransformation in Ostmittel- und Osteuropa, Demokratisierungsprozesse in Afrika südlich der Sahara. Buchveröffentlichungen: Politische Parteien im frankophonen Afrika, Meisenheim 1978; Politische Organisation und Repräsentation in Afrika, 2 Bde., Berlin/New York 1979 (Mitverf.); Politische Herrschaft in Schwarzafrika, München 1980 (Mitverf.); Demokratisierung in Westafrika? Paderborn usw. 1984; Sozialistische Systeme: Politik - Wirtschaft - Gesellschaft (Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 4), München/Zürich 1986, Pb.: 1989 (Hrsg.); Polens Weg in die Krise. Eine politische Soziologie der "Ära Gierek", Frankfurt a. Main 1987; zahlreiche Aufsätze u.a. zum politischen und Systemwandel in früher kommunistischen Staaten, insbesondere Polen.